

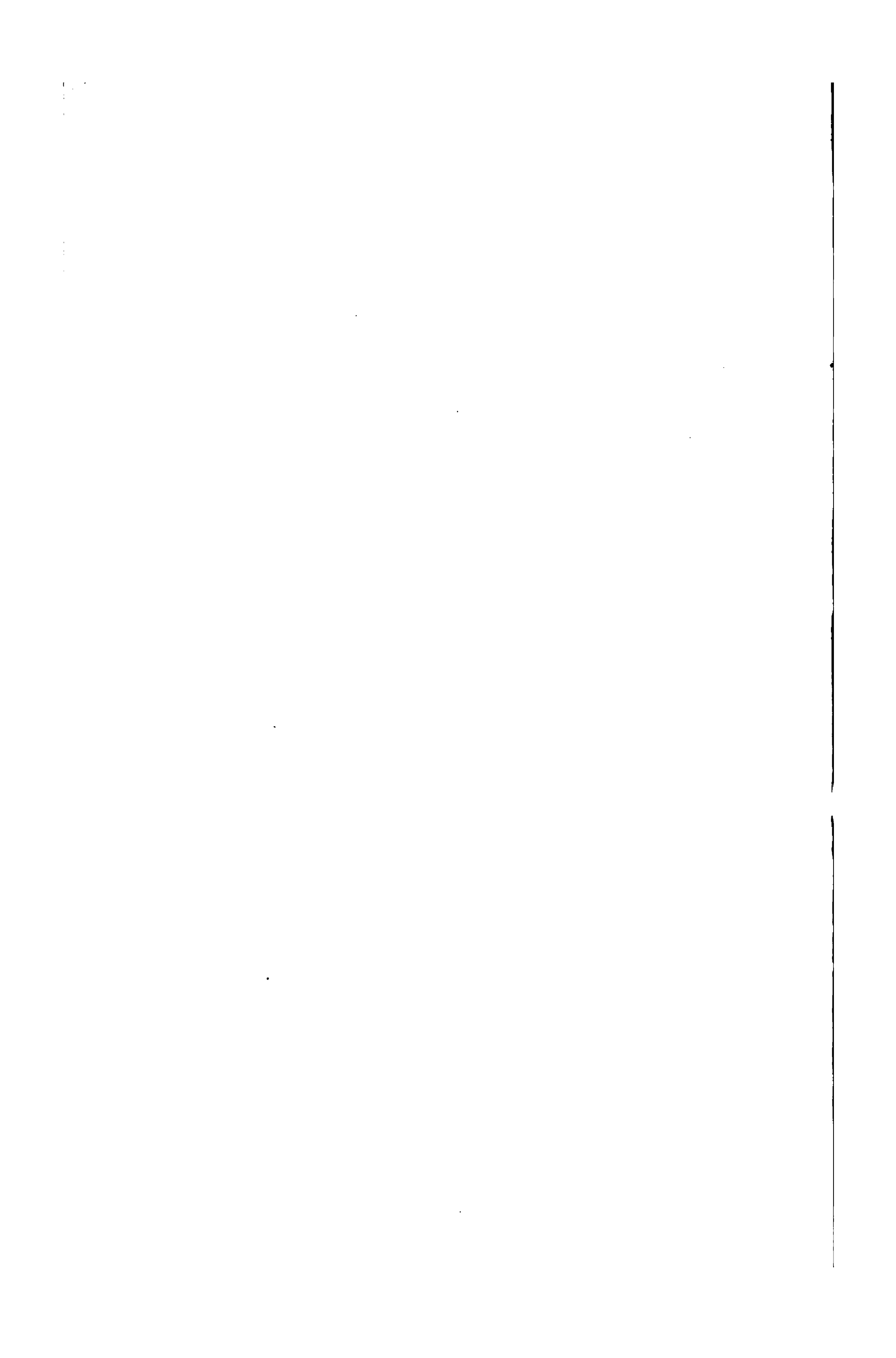




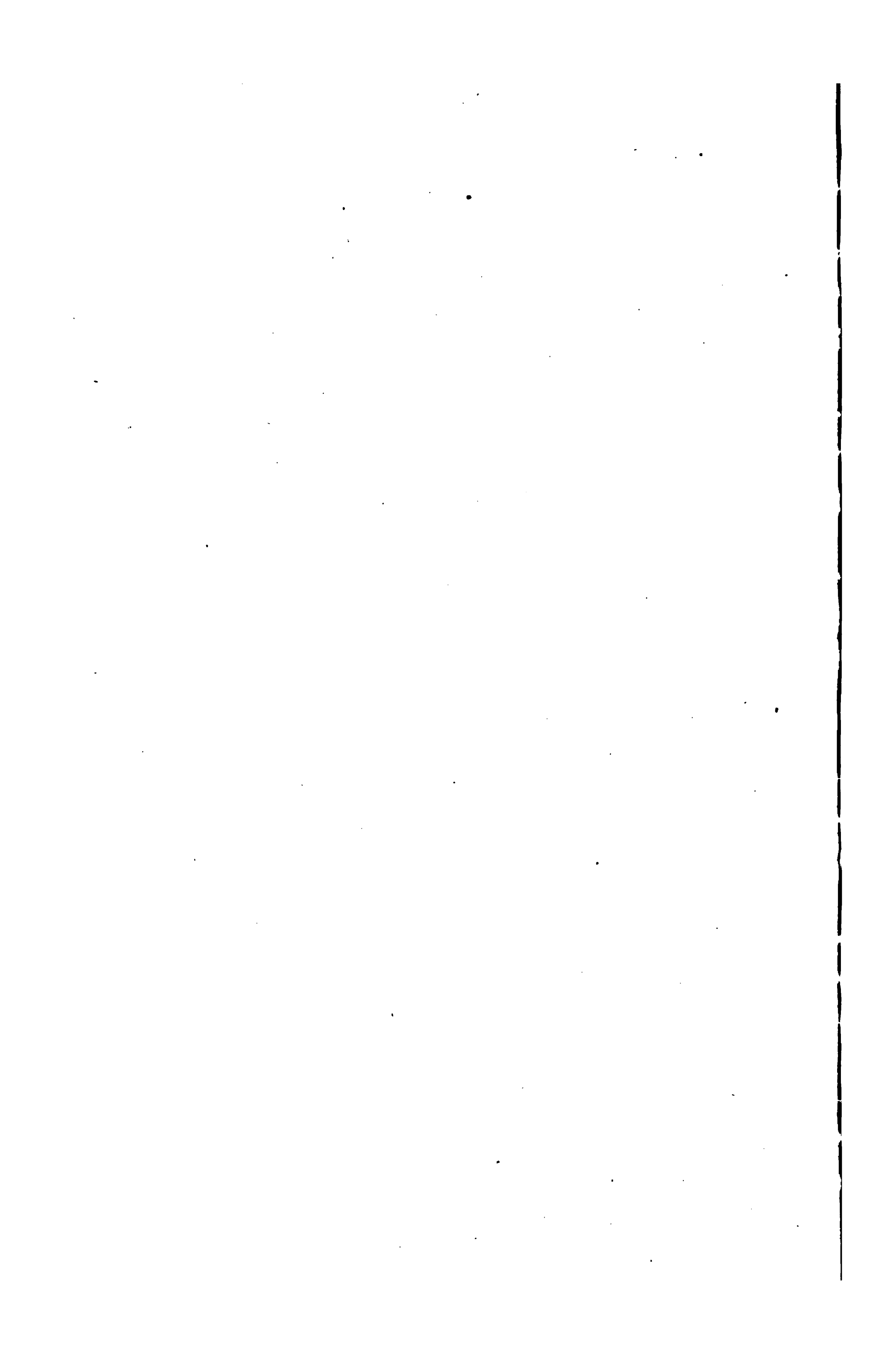
George Bancroft.







Vorträge und Aufsätze.



Vorträge und Aufsätze

von

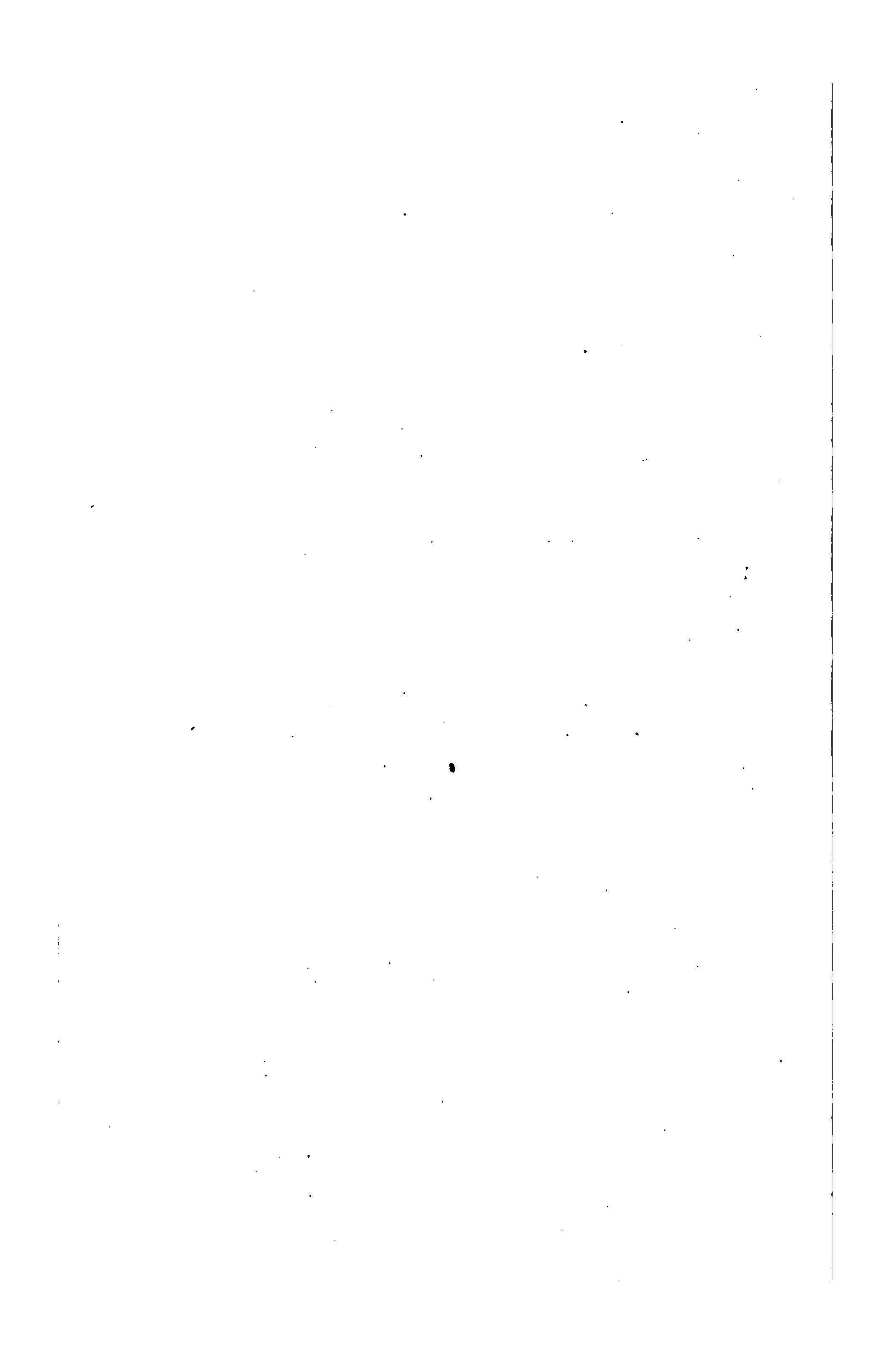
Heinrich von Sybel.



Berlin. 1874.

A. Hofmann & Co.

Inhaltsverzeichniß.



Ueber die Gesetze

des

historischen Wissens.

Festrede

in der Universitäts-Aula zu Bonn,

3. August 1864.

Die historischen Wissenschaften sind in den letzten Menschenaltern in Deutschland zu einer regen und vielseitigen Thätigkeit gelangt. Die Forschung hat weite Quellengebiete neu erschlossen, die künstlerische Darstellung ist mehr als sonst ein Gegenstand aufmerksamen Strebens geworden, ein wirksames Verhältniß der Wissenschaft zum Leben hat sich ohne Schäden der Gründlichkeit und Wahrheitsliebe herausgebildet. Bei einem so mannichfaltigen Wirken und Voranschreiten konnte es nun nicht fehlen, daß die Wissenschaft auch auf sich selbst reflectirte, daß es zu mehrfachen Erörterungen über ihre Technik und Methode, über ihre Mittel und Zwecke, über ihre Aufgaben und Schranken kam. Indem die geschichtlichen und die Naturwissenschaften in der Menge ihrer Ergebnisse wetteiferten, gelangte mehrmals die Frage zur Erörterung, in wie weit die Methode ihrer Forschung übereinstimme oder verschiedenen Wesens, ob die Sicherheit ihrer Resultate gleich groß, die Erkenntniß der leitenden Gesetze auf beiden Seiten gleich weit vorangeschritten sei. Indem die Wissenschaft populär und praktisch anwendbar wurde, erneuerte sich der alte Streit, ob ihr theoretischer Bestand oder ihre praktische Nützlichkeit die letzte Entscheidung über ihren Werth und ihre Gestaltung zu geben habe. Indem die geschichtliche Forschung Gegenstände ergriff, deren Auffassung für die momentane Praxis des Staates und der Kirchen von Bedeutung war, entsprangen lebhafte Verhandlungen, ob nicht die wissenschaftliche Untersuchung nach den Forderungen jener Praxis gewisse Grenzen ein für alle Male zu respectiren habe, ja noch mehr, ob nicht auch innerhalb dieser Grenzen die Forschung an gewisse, der politischen und kirchlichen Praxis erwünschte Voraussetzungen ein für alle Male gebunden sei. Das Interesse und die Wichtigkeit dieser Erwägungen ist einleuchtend. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Fragen, in wie weit der Mensch wissen dürfe, und in wie fern

er wissen könne — in wie weit der historischen Kritik die wissenschaftliche Untersuchung gestattet, und in wie weit ein Ergebniß für dieselbe sachlich erreichbar sei.

Es scheint mir, daß bei einem Feste wie dem heutigen, wo wir das Andenken des hohen Gründers unserer Universität begehn, eine Erörterung über solche Fundamentalfragen der Wissenschaft wohl an ihrer Stelle ist. Offenbar ist nur dann der Werth unserer königlichen Gründung gesichert, wenn über jene Fragen klare Orientirung und richtige Entscheidung vorhanden ist. Ich maße mir nicht an, den ganzen Umfang und die volle Tiefe des Gegenstandes erschöpfen zu wollen; ich vermeide an dieser Stelle insbesondere, das Verhältniß der Wissenschaft zu den politischen und kirchlichen Forderungen zu berühren. Dagegen versuche ich einige Bemerkungen über jene andere Seite der Sache, über die Möglichkeit eines sicheren Erkennens auf dem Gebiete der historischen Wissenschaften, und was damit unmittelbar zusammenhängt, über die Möglichkeit einer, im mathematischen Sinne exacten Methode bei den Forschungen des historischen Faches.

Auf den ersten Blick scheinen die Klagen nicht unberechtigt, welche man häufig genug über die ewigen Schwankungen des historischen Wissens vernimmt. Je glänzender die Fortschritte der Forschung sind, desto größer ist auch die Zahl der angeblichen Thatsachen, die sie als irrige Annahmen früheren Halbwissens über Bord wirft. Was heute ein Forscher auf den Trümmern der bisherigen Ansichten auferbaut, schlägt morgen ein Anderer wieder zu Scherben. Oft haben wenige Jahre erfolgreichen Fleißes hingereicht, weite Strecken der Vergangenheit in völlig neues Licht zu setzen. Fast an keiner Stelle hat es jetzt noch der Erwachsene so bequem, in historischen Dingen sich auf die Erinnerungen seiner Schuljahre verlassen zu können. Nun ist allerdings die Schule weniger zum Lehren als zum Bilden vorhanden; nicht so sehr das Ueberliefern einzelner Notizen, als die allgemeine Stärkung des Geistes ist ihr Zweck; sie ist dann auch nur sehr langsam im Stande, die neuen Ergebnisse der Forschung unter ihre Lehrmittel aufzunehmen, und vor Allem auf dem üppig producirenden Boden der Geschichte muß schon nach wenigen Jahren Derjenige sich rathlos finden, der seine Gymnasialkenntnisse als sicheren Besitz für das Leben betrachtete. Für den Einzelnen kann dies unter Umständen

lästig und beschwerlich sein, für die Sache selbst ist es, wie man leicht erkennt, nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke. Alle menschliche Vorstellung beginnt mit dem Irrthum, alles Wissen mit dem Zweifel, der Beseitigung des Irrthums; die bequeme Trägheit, welche ruhig in dem Geleise der bestehenden Ueberlieferung verharrte, wäre das gerade Gegentheil geistigen Lebens. Wir wollen freilich keine willkürliche, beweislose Neuerung, wohl aber die stete, nach fester Regel vorwärtsschreitende Entwickelung bewiesener Erkenntniß.

Was ist nun erforderlich, damit in der historischen Forschung eine Thatsache als bewiesen, ein Beweis als geführt erachtet werden könne?

Der Naturforscher hat ausschließlich mit Gegenständen sinnlicher Wahrnehmung zu thun, mit Gegenständen, die er bei jeder selbstständigen Untersuchung mit eignen Augen sieht, mit den eignen Sinnen beobachtet. Dieser Beobachtung kann er nach der Beschaffenheit ihrer Objecte die möglichst große Zuverlässigkeit geben, durch Messung und Wägung, durch Isolirung und Vervielfachung der Experimente, durch die Controle einer die leisesten Abwandlungen verfolgenden Rechnung.

Der Historiker dagegen hat die Handlungen und Zustände der Menschen zu seinem Gegenstande, ein Material also, das nur zum Theile in den Bereich der sinnlichen Wahrnehmung fällt, und gerade in der Hauptsache, den Stimmungen, Motiven und Tendenzen der handelnden Personen nur durch geistiges Verständniß begriffen werden kann. Von vorne herein fallen hier für die Beobachtung diejenigen Mittel exacter Controle fort, über welche der Naturforscher verfügt, und vor Allem, nur in den seltensten Fällen ist der Historiker im Stande, vollständig aus eigener Beobachtung der Personen und Thatsachen zu berichten. Durchgängig ist er darauf beschränkt, entweder aus den ihm noch sichtbaren Fragmenten oder Folgen der Vorgänge auf deren Verlauf zurückzuschließen, oder sich ein Bild desselben aus den Berichten dritter Personen zu entwerfen, Personen, welche die Sache selbst gesehn, und dann hoffentlich gut beobachtet, oder sie ihrerseits von Augenzeugen und dann hoffentlich guten Augenzeugen erfahren haben.

Niemand wird zweifelhaft sein, welche Art der Belehrung die größere Sicherheit gibt. Die Sache oder nur Bruchstücke selbst sehn

ist besser, als sich von den besten Augenzeugen darüber erzählen lassen. Dem Historiker also ist es ein unschätzbarer Gewinn, wenn er irgendwo noch realen Ueberresten der vergangenen Ereignisse begegnet. Hier kommt er sofort in eine Lage, welche in vielen Fällen jener des Naturforschers ganz ähnlich ist: mit gleicher Sicherheit, wie der Geologe aus den Petrefacten die frühere Entwickelung der Erdrinde, erschließt der Historiker aus Denkmälern und Urkunden die vergangenen Perioden des Menschenlebens. Es ist wahr, die menschlichen Zustände entwickeln sich bei dem Einfluß der individuellen Willensfreiheit nicht in so gleichförmiger Regelmäßigkeit wie die terrestrischen; es ist also der Schluß aus einem einzelnen Ueberreste auf ganze Zustände in der Geschichte nicht überall gleich sicher wie in der Natur. Dafür sind für die geschichtliche Forschung die Bruchstücke des menschlichen Thuns um so viel reicher, feiner und mannichfaltiger; sie sind erfüllt von den Niederschlägen des gesammten geistigen Daseins. Neben den Denkmälern und Urkunden, welche die Resultate des verschiedensten Handelns darstellen, erscheinen zahlreiche Acten, Depeschen und Briefe, Documente, welche nicht erzählen wollen, sondern von denen jedes Stück ein Theil der Action selbst ist, und deren Reihe das Werden und den Zusammenhang derselben unmittelbar vor Augen legt. Wo es uns vergönnt ist, Materialien dieses Schlages zu benutzen, kann sich die historische Kritik fast allein auf die Frage der Aechtheit beschränken, auf die Frage, ob das Document wirklich das ist, wofür es sich ausgibt. Die forschende Thätigkeit ist damit erledigt; es kommt dann weiter darauf an, das hier festgestellte thatsächliche Material zu den Zwecken der Combination, der Erkenntniß eines leitenden Gesetzes, der künstlerischen Darstellung zu verwerthen.

Auf einen ganz verschiedenen Boden aber gelangt der Historiker, wenn er nicht mehr Reste der Ereignisse selbst, sondern nur erzählende Darstellungen derselben zu seiner Quelle hat: hier ist es, wo die Aufgabe der historischen Kritik im engern Sinne des Wortes beginnt, und die Lösung derselben die Möglichkeit des Wissens erst begründet. Es ist wichtig, sich hiervon eine möglichst genaue Vorstellung zu machen.

Wer eine Thatsache nach den Erzählungen Dritter erkennen will, soll, sagt man, den Werth seiner Quellen prüfen, ursprüngliche und abgeleitete, parteiische und unparteiische Zeugnisse unterscheiden. Er

soll fragen, ob der Zeuge die Wahrheit sagen wollte, und ob er sie sagen konnte. Dies Alles ist schön und gut: nur kommt es darauf an, ob und wie es sich ausführen läßt. Wenn man prüfen soll, ob ein Erzähler die Wahrheit sagen konnte, so ist es die Frage, ob jemals ein Erzähler im strengen Sinne des Wortes die Wahrheit berichtet, ob er jemals ein absolut zutreffendes Bild der Thatsache gegeben hat. Allerdings eine einzelne Notiz, eine Meldung, deren Inhalt mit einer einzigen sinnlichen Wahrnehmung erschöpft werden kann, mag ohne erhebliche Entstellung von einem Gewährsmann zum andern kommen. Ganz anders aber, sobald wir es mit einem Zusammenhang mehrerer Einzelheiten, mit einer Gruppirung oder einer Entwickelung, mit einer Darstellung oder einem Urtheil zu thun haben. Hier zeigt nicht bloß die historische, sondern auch die psychologische Erfahrung, daß der unbedeutendste und offenbarste Gegenstand von zwei Gewährsmännern niemals in gleicher Weise dargestellt wird, daß derselbe Erzähler, wenn er mehrmals denselben Gegenstand schildert, bei jeder Wiederholung variirt, daß auch der vorsichtigste und gewissenhafteste Mann der genauesten Selbstcontrole bedarf, um die Einzelnheiten seines Vortrags nur nach dem Zusammenhang der Sache, und nicht nach subjectiver Stimmung zu gruppiren: mit einem Worte, daß kein objectiver Thatbestand durch die Auffassung und Darstellung eines Menschengeistes hindurchgeht, ohne aus der Substanz dieses Geistes mehr oder minder erhebliche Umwandlung zu erleiden. Es ist, wie wenn ein weißer Lichtstrahl successiv durch verschieden gefärbte Gläser passirt: die Bilder behalten die Umrisse des Urbildes, aber sie erscheinen ein jedes in der Farbe des betreffenden Glases. Sobald die Absicht zu erzählen, die Absicht erzählend darzustellen, im Geiste vorhanden ist, wirkt die persönliche Natur des Erzählenden mit gestaltender Kraft auf den Stoff ein. Die größte Schärfe und Klarheit der Beobachtung gibt dagegen keinen Schutz, denn die richtig empfangenen Eindrücke werden in der Darstellung eben ungeformt. Die stärkste Liebe zur Wahrheit steht nicht im Wege: denn der Erzählende ist im Moment eben der Ueberzeugung, daß seine Ausarbeitung die rechte Wahrheit sei. Die naivste Unbefangenheit der Erzählung ist keine Garantie gegen die Verfälschung, denn diese vollzieht sich in den meisten Fällen naiv und unbewußt, und

was allein sie verhüten oder wieder gut machen kann, ist gerade der reflectirende, kritische, selbstbewußte Verstand.

Suchen wir diesen Hauptpunkt noch etwas näher zu fassen. Ich erwähnte vorher der Acten, Depeschen, Correspondenzen als Ueberreste der Handlungen im Gegensatz zu erzählenden Darstellungen derselben. Nun weiß Jeder, daß in der Praxis dieser Gegensatz gerade bei Briefen und Depeschen vielfach in einander fließt: eine Menge Actenstücke sind nichts als erzählende Darstellungen, eine Menge Depeschen und Gesandtschaftsberichte scheinen nichts Anderes sein zu sollen. Indessen wird man bei einiger Aufmerksamkeit niemals im Zweifel bleiben, auf welche Seite das betreffende Document gehört, und welcher Maaßstab demnach an seine Beurtheilung zu legen ist. Der letzte Zweck des Verfassers entscheidet Alles, der Wille, in einem Falle eine Handlung zu vollziehen oder hervorzurufen, im andern, durch eine Darstellung den Leser zu unterrichten. Ein Beispiel mag es erläutern. Wer die Telegramme und Depeschen zusammennähme, die zwischen den Gesandten der neuesten Londoner Conferenz und ihren Regierungen während der Dauer der Sitzungen gewechselt worden sind, fände ohne Zweifel in den Berichten der Gesandten manche Erzählung, dennoch aber würden wir sagen, er hätte in jenen Actenstücken nicht eine darstellende Geschichte der Conferenz, sondern er hätte in geschichtlichem Spiegelbilde die Conferenz selbst. Die Depeschen, obgleich manche in erzählendem Tone auftreten, sind nicht Erzählung der Conferenzdebatten, sie sind Quelle oder Bestandtheil eben dieser Debatten. Als aber am Schlusse der Sitzungen Baron Brunnow ein geschichtliches Resumé derselben anfertigte — ganz gewiß, da es für die Oeffentlichkeit bestimmt war, mit sorgsamstem Streben, jede thatsächliche Unrichtigkeit zu vermeiden — zeigte sich sofort die Kraft der subjectiven Einflüsse; das Bild nahm auf der Stelle eine sehr ausgesprochene Färbung an, und die deutschen Gesandten beeilten sich, ihrerseits — wieder mit nicht geringerer Wahrheitsliebe — eine Darstellung zu liefern, welche dann ein von dem russischen völlig verschiedenes Bild gewährte. Dieselbe Erscheinung zeigt sich fast ausnahmslos, wo ein Selbsthandelnder seine Thaten und Erlebnisse später in erzählender Darstellung aufzeichnet, wenn er seine Memoiren schreibt. Solche Memoiren bedeutender Menschen wird niemand gering schätzen, aber frei von dem

Einflusse darstellender Verfälschung sind sie fast nie. Vergleicht man z. B. die Memoiren Lafayette's, Dumouriez's, Napoleon's mit den Briefen, Depeschen, Ordrebüchern dieser Feldherren, so treten sofort eine Menge von Entstellungen, Trübungen, Unrichtigkeiten in den Memoiren hervor. Der Grund ist klar. Die Ordres, die der Feldherr auf dem Schlachtfelde erläßt, wollen nicht erzählen, sondern sind selbst Handlung oder Quelle von Handlung; von der Einwirkung des darstellenden Triebes ist bei ihnen keine Rede. Bei den Memoiren aber wirkt dieser auf Schritt und Tritt. Manches Mal ist bewußte Lüge im Spiel, viel häufiger aber unbewußte Verschiebung des Zusammenhanges, Abschwächung des Gedächtnisses, Aenderung des Urtheils. Marschall Marmont hat in seinen Memoiren die wichtigsten Actenstücke selbst abdrucken lassen, also gewiß den Leser nicht irre führen wollen. Um so frappanter ist es, daß an vielen erheblichen Stellen diese Noten den Text seiner Erzählung formel und geradezu widerlegen. Jeder weiß es, daß keine sichere Correctheit im Einzelnen bei der Selbstbiographie unseres großen Dichters stattfindet — nur daß Goethe dieses Verhältniß mit klarer Einsicht gleich auf dem Titel ausgedrückt, und sein unsterbliches Buch deshalb Wahrheit und Dichtung genannt hat.

In der That, abgesehen von jenen wirklichen Ueberresten der Ereignisse selbst, besteht alle geschichtliche Ueberlieferung aus einer unübersehbaren Mischung von Wahrheit und Dichtung. Wir sehen in den Erzählungen nicht die Dinge selbst, sondern nur die Eindrücke, die sie in der Seele unserer Berichterstatter gemacht haben, und wir wissen, daß die Erzählung dieser Eindrücke niemals den Dingen völlig genau entspricht. Aus der Erzählung nun auf die erste Form des Eindrucks, und aus diesem auf die Gestalt der Thatsache zurückzuschließen, die Zuthaten und Aenderungen der subjectiven Einwirkung zu beseitigen, und dadurch den objectiven Thatbestand wieder herzustellen: das ist, nach seinem umfassendsten und präcisesten Ausdruck, das Geschäft der historischen Kritik.

Sie hat, um dieses Ziel zu erreichen, im Allgemeinen zwei Wege.

Die Persönlichkeit des Berichterstatters ist gleichsam das Medium, durch welches das von der Thatsache ausgehende Licht das Auge des

Forschers erreicht, ein Medium, welches, wie wir sahn, den Lichtstrahl niemals völlig ungetrübt oder ungebrochen durchpassiren läßt. Es kommt also darauf an, diese Brechungen und Trübungen genau zu berechnen, und dazu ist die unerläßliche Voraussetzung die genaue Kenntniß des Mediums, die genaue Kenntniß der persönlichen Natur jedes Berichterstatters. Das Verfahren ist in gewisser Hinsicht ähnlich dem des Astronomen, der wegen der Einwirkung der Atmosphäre auf die Lichtstrahlen keinen Stern am rechten Orte sieht, und erst aus seiner Kenntniß der atmosphärischen Luft den Fehler berechnen und eliminiren muß. Nun erkennt man sofort, daß die entsprechende Berechnung des Historikers weniger einfach ist — denn er hat es nicht mit einem einzigen gleichartigen Medium, sondern mit zahllos verschiedenen Personen zu thun — und daß er die formale Evidenz der mathematischen Rechnung nicht erreichen kann — denn bei ihm handelt es sich um die Kenntniß menschlicher Persönlichkeiten, und der Kern jeder Persönlichkeit entzieht sich dem arithmetischen Calcul wie der sinnlichen Wahrnehmung. Allein trotzdem ist auch hier die Möglichkeit eines streng wissenschaftlichen Verfahrens keineswegs in Abrede zu stellen. Das Leben selbst lehrt uns, daß ein Mensch das Wesen eines Andern, wenn nicht sehn, so doch verstehn kann, verstehn bis in alle Einzelnheiten, verstehn bis in die innersten Tiefen seiner Erwägung und Entschlüsse hinein. Der Dichter und der Künstler zeigt es uns durch die sprechende Nachbildung, der Pädagog und der Herrscher beweist es durch die sichere Leitung der Menschen, daß jenes verstehende Erkennen eines Andern möglich ist — daß es möglich ist, sich in sein Inneres zu versetzen, die Entstehung seiner Eindrücke zu belauschen, das Maaß und die Regel seiner Vorstellungen und Gefühle zu erfassen. Eben dies ist es, was der historische Kritiker bedarf, was die Sicherheit des historischen Wissens begründet, was dem Rückschluß von der Erzählung auf die erzählte Thatsache exacte Genauigkeit verleiht. Auch ist der allgemeine Grund dieses Verhältnisses nicht schwer zu finden. Nichts ist uns geläufiger als das Wort: ich verstehe mich leicht und schnell mit einem Freunde, und schwer und langsam mit einem fremden oder widerwärtigen Menschen — oder in anderm Ausdruck: ich verstehe mich leicht mit einem Jeden, dessen Wesen dem meinigen gleichartig ist. Nun aber findet bei aller individuellen Verschiedenheit eine gewisse Gleichartigkeit, und

folglich auch die Möglichkeit eines gegenseitigen Verständnisses bei allen Menschen Statt, eben weil Alle menschlichen Wesens sind und von den gleichen Gesetzen der menschlichen Natur bestimmt werden.

Aber allerdings, dies Verständniß der Persönlichkeiten hat seine Schranken, innere Schranken, nach der Abstufung der individuellen Natur, äußere Begränzung, nach der Unvollständigkeit der historischen Kunde. Oft genug müssen wir darauf verzichten, das Wesen eines Gewährsmannes so weit zu erforschen und zu prüfen, wie es zur exacten Feststellung der von ihm gemeldeten Thatsachen erforderlich wäre. Dann tritt ein zweites Verfahren ergänzend ein. Ebenso wie die Wissenschaft aus einer sichern Einzelnheit auf weitern Zusammenhang schließt, ebenso berechnet sie aus einem bereits festgestellten Zusammenhang eine noch undeutliche Einzelnheit. Die Möglichkeit und Sicherheit dieses Schlusses beruht auf der Wahrnehmung, daß keine geschichtliche Thatsache isolirt steht. Vielmehr ist eine jede in Zeit und Raum, in Ursache und Wirkung mit der andern verbunden, wirkt nach festen, erkennbaren Gesetzen auf dieselbe ein, und wird ihrerseits von denselben bestimmt. Da diese Continuität der Dinge eine unverbrüchliche ist, so muß offenbar die unrichtige Auffassung der einen Thatsache sofort mit dem richtigen Bilde der andern in Collision kommen: entweder zieht der eine Fehler weitere Fehler nach sich, oder es erscheint ein Riß in dem Zusammenhange, der auf die Quelle des Fehlers hinführt. Es wird hiermit deutlich, daß wer eine Reihe historischer Thatsachen kritisch festgestellt hat, darin ein sicheres Mittel besitzt, bei dem nächstanschließenden Ereigniß die Genauigkeit der Berichte zu bestimmen, auch ohne die Verfasser derselben näher zu kennen. Von vorne herein wird sich jeder Erzähler am meisten empfehlen, der seinerseits den offensten Sinn für jenen Zusammenhang der Dinge für chronologische Genauigkeit, geographische Bestimmtheit, ursächliche Verkettung und Folgerichtigkeit bewährt. Auch von dieser Seite her kommen wir zu dem Ergebniß: die historische Wissenschaft ist fähig, zu völlig exacter Kenntniß vorzudringen. Auch auf dieser Seite ist die Voraussetzung, mit welcher die Sicherheit des Erkennens steht und fällt, die absolute Gesetzmäßigkeit in der Entwickelung, die gemeinsame Einheit in dem Bestande der irdischen Dinge. Denn existirte diese nicht, oder könnte sie irgendwo unter-

brochen werden, so wäre es vorbei mit der Sicherheit jedes Schlusses aus dem Zusammenhange der Ereignisse, ebenso wie jede Berechnung menschlicher Personen dem Zufalle anheim gegeben wäre. Die beiden Quellen der historischen Erkenntniß wären verschüttet. Der Bestand der historischen wie jeder andern Wissenschaft reicht genau so weit wie die Anerkennung des herrschenden Gesetzes.

Die Prüfung der Berichterstatter nach dem Wesen ihrer Persönlichkeit — und die Prüfung der Thatsachen nach ihrem Zusammenhang in Zeit und Raum und Causalverkettung: dies sind die beiden Operationen der historischen Kritik, die beiden Vorbedingungen jedes historischen Wissens.

Ich halte einen Augenblick inne. Ich weiß nicht, ob die Meisten unter Ihnen, bei dem Hervortreten eines so einfachen Resultates, nicht bereits die Frage gethan haben: wozu so lange Erörterung und Begründung für Dinge, die sich so völlig und zweifellos von selbst verstehn? Gewiß, ich bin weiter als irgend ein Mensch von der Meinung entfernt, daß diese Grundsätze theoretisch einem Zweifel unterliegen könnten. Aber die wiederholte Discussion erhält dennoch heute wie früher ihre Rechtfertigung durch die wissenschaftliche oder unwissenschaftliche Praxis, welcher die feste Bethätigung jener Sätze fort und fort unendlich schwer fällt. Erlauben Sie mir hierüber einige Bemerkungen.

Jene subjective Umgestaltung der von den Thatsachen empfangenen Eindrücke ist, wie schon ihr allgemeines Vorkommen zeigt, nichts Willkürliches. Abgesehn von den meistens leicht erkennbaren Fällen planmäßiger Lüge, vollzieht sie sich unbewußt, bald sofort bei der Auffassung, bald später bei der Wiedererzählung der Thatsache. Während der Naturforscher für die einzelnen Naturobjecte weder Vorliebe noch Abneigung hat, regt jede menschliche Handlung in jedem menschlichen Betrachter auf der Stelle eine Empfindung der Sympathie oder Antipathie an: man fühlt die eigne Stimmung damit in Einklang oder Widerspruch, man findet die eignen Bestrebungen dadurch gehindert oder gefördert. Ohne Einwirkung eines bewußten Willens wird durch diese Gefühle die Auffassung des Bildes in bestimmte Richtung und Haltung gedrängt, und je mehr diese der eignen Persönlichkeit entspricht, um so zäher wird sie trotz der spätern Einwendungen

der kritischen Reflexion festgehalten. Wenn etwa heute in Deutschland ein Schriftsteller, ohne irgend einen Gewährsmann aufzuführen, erzählen wollte, Peter der Große habe in seiner Jugend gerne Flöte gespielt und Zeitungen gelesen, sei von seinem Vater deshalb mißhandelt und nach einem mißlungenen Fluchtversuch beinahe zum Tode verurtheilt worden — wenn er also gewisse Schicksale Friedrich des Großen auf den russischen Selbstherrscher ohne irgend welche authentische Quellen übertrüge: so würde ein solcher Autor bei uns, denen Peter kein persönliches, sondern nur ein wissenschaftliches Interesse einflößt, einfach ausgelacht werden. Dagegen ist es bis auf den heutigen Tag nach Umständen sogar etwas mißlich, sich in der Schweiz verneinend über die Tellsage auszusprechen, obgleich hier ganz derselbe Fall vorliegt, daß 150 Jahre nach der Befreiung der Waldstätte, ohne irgend einen beglaubigten Gewährsmann, mit Verletzung mehrerer urkundlichen Verhältnisse, eine altnordische Sage auf einen angeblichen Helden des Befreiungskampfes übertragen wurde. Das Herz des Volkes hängt an seinem Tell, und statt das Unerweisliche und Zweifelhafte aus der Wissenschaft zu beseitigen, zieht man sich hinter die Sätze zurück, daß der Inhalt der Sage immerhin möglich sei, und deshalb kein genügender Grund zu ihrer Verwerfung vorliege. In Wahrheit ist, wie man sieht, der einzige Beweis für das Leben des Tell der lebhafte Wunsch vieler Schweizer, es möchte doch der Tell gelebt haben. Für die Wissenschaft, die nur erwiesene Thatsachen kennt, existirt er nicht.

Die Erscheinung, die wir hier beobachteten, daß die Stimmung, aus welcher eine der Thatsache nicht entsprechende Darstellung entspringt, in weiten Kreisen getheilt wird, und eben dadurch eine dem wissenschaftlichen Urtheil trotzende Consistenz gewinnt, wiederholt sich in zahllosen Fällen, im 19. Jahrhundert so gut wie in den frühern. Wir wissen jetzt auf das Bestimmteste, nicht nur aus erzählenden Berichten, sondern aus den Acten der Zeit, daß der große Krieg der französischen Revolution nicht von Oesterreich und Preußen oder gar von England, sondern daß er aus revolutionärer Angriffslust von den Parteien der französischen Jacobiner begonnen wurde. Aber die Masse des französischen Volkes hatte 1791 und 1792 das richtige Gefühl, daß seine neue Freiheit von den Mächten mit

großer Feindseligkeit betrachtet wurde; später nach dem Siege hatten die französischen Machthaber ein bestimmtes Interesse, als die ungerecht Angegriffenen zu erscheinen und damit ihre Eroberungen zu legitimiren. Aus diesen Stimmungen entsprang eine fast unabsehbare Literatur über Ursachen und Verlauf des Revolutionskriegs, in welcher die gerechte Defensive Frankreichs bis in die Gestaltung der kleinsten Einzelnheiten durchgeführt war, und die trotz der vollen Unwiderleglichkeit des Gegenbeweises ihren Einfluß auch heute noch, nicht bloß in Frankreich, sondern sogar weit nach Deutschland hinein geltend macht. Ein deutsches Buch der entgegenstehenden Ansicht war in das Französische übersetzt worden; der Uebersetzer aber wurde in Paris mit einer Art von gesellschaftlicher Acht bedroht, wenn er ein so antifranzösisches Werk publicire; auf seine Einrede, daß dasselbe die actenmäßige Wahrheit erzähle, erhielt er nur die Antwort, um so schlimmer sei es, wenn er es herausgäbe. In unserer Gegenwart freilich, welche durch und durch mit dem Geiste der kritischen, selbstständigen, unbedingten Forschung erfüllt ist, haben solche Erscheinungen nicht eben viel zu bedeuten; sie illustriren sehr charakteristisch die Nothwendigkeit der methodischen Kritik, wenn nicht alle Wahrheit abhanden kommen soll, aber sie sind trotz aller Energie der unkritischen Stimmung immer nur kurze Zeit im Stand, den ungeschichtlichen Mythus aufrecht zu erhalten.

Nicht immer aber war in unserem Europa dieses Verhältniß vorhanden. So selbstverständlich uns in der Theorie die Grundsätze der historischen Kritik erscheinen, so erstaunlich jung ist die Thätigkeit dieser Disciplin unter den modernen Nationen. Wenn man von einer äußerst kleinen Anzahl höchst isolirter Denker absieht, existirte in den langen Jahrhunderten des Mittelalters der Sinn für kritische Geschichtsbetrachtung überhaupt nicht. Die ersten Anmeldungen desselben brachte das 15. Jahrhundert, die Zeit der sogenannten Renaissance, der Wiedererweckung des classischen Alterthums. Die eigentliche Geburtsstätte desselben ist das 16. Jahrhundert, das Zeitalter der kirchlichen Reform. Die vollendete Evolution desselben endlich gehört der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an, der Zeit der philosophischen Regeneration und des weiten Durchschlagens der naturwissenschaftlichen Thätigkeit in Europa.

Dem Mittelalter fehlte eine ganze Reihe von Voraussetzungen, welche für Entstehung und Fruchtbarkeit der kritischen Betrachtung erforderlich sind. Die Quelle derselben ist eine gewisse, ich möchte sagen, männliche Reife der Bildung, eine Bildung, welche Phantasie und Verstand in ein bestimmtes Gleichgewicht setzt, welche sichere Wahrheit der erfreulichsten Einbildung vorzieht, welche der poetischen Umarbeitung eines gegebenen Stoffes ihre ideale Wahrheit gern zuerkennt, aber dieselbe von der wissenschaftlichen Realität der Dinge strenge unterscheidet, welche von der Naturwissenschaft die Allgegenwart der Regel und des Gesetzes, und von der Philosophie das Bewußtsein, nur in und unter dem Gesetze Freiheit und Wahrheit zu finden, gelernt hat. Von allen diesen Forderungen zeigt sich in der geschichtlichen Betrachtung des Mittelalters das gerade Gegentheil. Wohl fehlt es niemals an einzelnen Beschauern, die mit genauer Gewissenhaftigkeit einzelne ihnen auffallende Thatsachen in ihre Kalender und Jahrbücher eintragen; wohl bringt auch Mancher seine eigenen Erlebnisse, mit der ruhigen Unbefangenheit des fortlaufenden Tagebuches zu Papier; wohl schreiben einzelne Verfasser, bald durch das Vorbild der Alten, bald durch künstlerische Fähigkeit angetrieben, zusammenhängende Erzählungen, zuweilen mit Fleiß und Gründlichkeit und lobenswerthem Formtalente nieder. Die wissenschaftliche Geschichte kommt, wenn sie mit diesen Aufzeichnungen die Ueberreste der Handlungen und Zustände, die Urkunden und Briefe, die Gesetze und Rechtsquellen verbindet, in den Stand, ein zwar überall höchst unvollständiges, immerhin aber zuverlässiges Bild der wirklichen Ereignisse zu gewinnen. Um so mehr aber erstaunt man, wenn man mit dieser Realität der Dinge die allgemein verbreiteten und herrschenden Vorstellungen vergleicht: es ist als wäre der gesammte Horizont von einer großen Fata Morgana erfüllt und das Bild der Wirklichkeit dadurch völlig verdeckt worden. Das 12. oder 13. Jahrhundert war wahrhaftig nicht, was man wohl eine vorhistorische Zeit nennt, eine Zeit etwa ohne Schreibekunst, ohne Gedächtniß noch Urtheil, ohne Intelligenz noch Cultur. Vielmehr war es die Zeit der herrschergewaltigsten Kaiser und Päpste, die Zeit einer hohen Kunstblüthe in Poesie und Architektur, die Zeit Bernhard's und Abälard's, Albert des Großen und Thomas' von Aquin. Aber eben

diese Zeit hatte keine Vorstellung von geschichtlichem Urtheil, keinen Sinn für geschichtliche Realität, keine Spur von kritischer Reflexion. Das Princip der Autorität, auf dem religiösen Gebiete ganz unbedingt herrschend, kam wie den überlieferten Dogmen so auch jeder andern Ueberlieferung zu Gute. Ueberall war man geneigter zu glauben als zu prüfen, überall hatte die Phantasie das Uebergewicht über den Verstand. Man unterschied nicht zwischen idealer und thatsächlicher, zwischen poetischer und geschichtlicher Wahrheit. Die Heldengedichte galten für hohe und wahre Geschichte, und die Geschichte versetzte sich überall mit epischer, novellistischer oder legendarischer Poesie. Eine langsame geschichtliche Entwickelung führte man auf eine einzige große That, einen einzigen persönlichen Schöpfer zurück. Fast Niemand trug ein Bedenken, vorhandenen Zuständen durch erdichtete Geschichten oder Urkunden die Sanction eines ehrwürdigen Alters aufzudrücken; die Frage, ob eine solche Herleitung wahr sei, hatte für Niemand Interesse, genug wenn das Ergebniß dem bestehenden Rechte, den vorhandenen Interessen, dem herrschenden Glauben entsprach. In der Geschichtschreibung disponirte man den historischen Stoff nicht nach seiner eignen Beschaffenheit, sondern theilte ihn auf Grund einer mißverstandenen Danielischen Weissagung in die Historie der vier Weltmonarchien, wovon die römisch-deutsche die letzte sein und bis zum Ende der Dinge reichen würde. In der Darstellung des Einzelnen schrieb ein Annalist dem andern mit wunderwürdiger Unbefangenheit ab, unter allen andern Berichten auch solche Sätze, in welchen der alte Gewährsmann erzählte, daß er, einige hundert Jahre vor der Geburt des Copisten, die eine oder andere Begebenheit selbst mit angesehn. Oft genug kam es vor, daß ein solcher Autor mehrere Berichte benutzte, die an verschiedenen Stellen sich formell widersprachen; Niemand nahm Anstoß daran, daß der Compilator beide Erzählungen ganz fröhlich hinter einander in sein Buch einrückte. Aeußerst selten zeigte sich der Trieb, die Dinge nach ihrer innern Verbindung zu begreifen, eine Regel ihres Zusammenhangs oder ein Gesetz ihrer Entwickelung zu ermitteln. Desto stärker war die Neigung zum farbigen und frappanten Detail, zum Absonderlichen, Verwunderlichen, Wunderbaren — ein Zug, der in jener Zeit ebensowohl auf dem Gebiete der Naturforschung

und Geographie wie der Geschichtschreibung hervortrat. Man wird in einer solchen Beschaffenheit der Gemüther verstehn, wie allmählich eine Anschauung der früheren Jahrhunderte entstand, welche gerade bei den wichtigsten, das Interesse am stärksten anregenden Ereignissen mit dem wirklichen Verlaufe gar nichts mehr gemein hatte. Heute weiß Jedermann, wie die Herrschermacht der römischen Curie in vielhundertjähriger Entwickelung Schritt auf Schritt herangewachsen und unter welterschütternden Kämpfen allmählich zum Siege gelangt ist. Damals aber war außer zwei oder drei Gelehrten die Welt überzeugt, daß schon im 4. Jahrhundert der Kaiser Constantin bei seiner Taufe dem Papst Silvester Italien und die westlichen Länder und insbesondere alle Inseln geschenkt habe; die völlig grundlose Erdichtung kam nicht blos in die Historien, sondern auch in die Gesetzbücher; ja es geschah auf Grund dieses Rechtstitels, daß Papst Urban II. sich die Insel Corsika unterwarf, daß Papst Hadrian IV. die Insel Ireland der Herrschaft des eroberungslustigen Königs von England überwies. Wie der päpstlichen Weltherrschaft, erging es einem anderen weltbewegenden Ereignisse der Zeit, den Kreuzzügen. Ueber wenige Ereignisse des Mittelalters sind wir so gut und detaillirt unterrichtet, wie über ihre erste Veranlassung und die Gründung des christlichen Königreichs Jerusalem; wir wissen genau, in welchem kirchlich-politischen Zusammenhang Papst Urban II. Europa zu diesem großen Glaubenskriege aufbot, wie sein Legat die officielle Leitung hatte, und Fürst Boemund von Tarent für die diplomatisch-militärische Entwickelung das Beste that, wie wenig Planmäßigkeit und Disciplin dabei existirte, wie geringen Erfolg man bei colossalen Mitteln und idealer Begeisterung erreichte. Aber nicht mehrere hundert Jahre später, wie bei der Constantinischen Schenkung, sondern unmittelbar während des Ereignisses erschuf die erregte Phantasie der Theilnehmer eine völlig verwandelte Geschichte desselben. Der Ruhm Urban II. und Boemund wurde auf den Einsiedler Peter und Gottfried von Bouillon übertragen, welche unter Christi unmittelbarer Anregung und Leitung gehandelt hätten; alle Details des Zuges wurden in diesem Sinne umgestaltet, und das Ganze mit einer maaßlosen Fülle von heiligem Glanze und ritterlicher Pracht umgeben. Als dann fünfzig Jahre später die auf so herr-

liche und gottgeweihte Art entstandenen Reiche dennoch von den Türken mit drängendem Verderben bedroht wurden, setzte man seine Hoffnung auf eine neue, ebenso wunderwürdige Diversion. Wahrscheinlich nach Gerüchten von der Erhebung eines tungusisch-chinesischen Stammes, der einige christliche Missionäre unter sich hatte, und von Osten her eine Weile die Türken bedrängte, zeichnete Bischof Otto von Freisingen in seiner Chronik die Geschichte auf, daß ein Nachkomme der heiligen drei Könige, der Priester Johannes, der denn auch die von jenen beherrschten Länder regiere, nach dem Muster seiner Vorfahren einen Zug nach Jerusalem beschlossen; er habe die Türken geschlagen, sei an den Tigris gekommen, habe dort einige Jahre auf das Zufrieren des Flusses gewartet, um ihn passiren zu können, und sei, als dieses nicht geschehn, wieder umgekehrt. Später circulirte ein Brief dieses Priesterkönigs an mehrere europäische Herrscher, worin er die Herrlichkeiten seines Reiches nach dem Muster von Sindbad's Mährchenreisen auseinandersetzte: und so allgemein wurden diese Dinge geglaubt, daß Papst Alexander III. zum Priester Johannes einen außerordentlichen Botschafter ausschickte, dessen Gesandtschaftsberichte dann freilich nicht veröffentlicht worden sind. Und ähnliche Dinge wiederholen sich auf allen Seiten, auf welche Stelle der Vergangenheit oder der Ferne der dichtungdurstige Blick der Menschen sich richtet. Die Franken sind zu Nachkommen der Trojaner, die Briten des Tyrannenfeindes Brutus geworden. Die Dänen leiten sich von Odin eine Reihe von Königen her, die sich mit den Römern in die Weltherrschaft theilen. In Böhmen gründet Libussa mit übernatürlichen Gaben ein großes Reich, welches eine geraume Zeit hindurch mit dem fränkischen wetteifern kann. Der Ostgothe Theodorich wird zu einer halbdämonischen Heldengestalt in der Nibelungensage; Carl Martell brennt nach seinem Tode im vulkanischen Feuer der liparischen Inseln. Der große Kaiser Karl hat bereits einen Zug nach Jerusalem gemacht und das heilige Land erobert. Der deutsche König Heinrich I. wird vom Vogelheerde zum Throne geholt, und schenkt dann sein Herzogthum Sachsen dem Papste. In Spanien wächst der Ruf eines grausamen und treulosen Söldnerhäuptlings zu dem leuchtenden Ruhme des Cid Campeador heran. Dazu nehme man die Masse freier Erfindung in einer großen Zahl

der kirchlichen Legenden, die Fülle der erdichteten oder umgearbeiteten Urkunden, die Menge Ueberbleibsel der altgermanischen Götter= und Heldensagen, die auf das Bunteste gemischten und gemodelten Erinnerungen aus dem classischen Alterthume: man vergesse nicht, daß in einem ganzen Menschenalter vielleicht zwei oder drei oder zehn einsame Forscher an diesen phantastischen Ergüssen Anstoß nahmen, sonst aber kein Zweifel und keine kritische Erwägung bei den neben und nach einander lebenden Millionen vorkam —: wer dies Alles bedenkt, wird anerkennen, daß jene Menschen geradezu in einer anderen Welt als wir existirten, in einem geschichtlichen Horizonte, der von dem unserigen ganz so verschieden ist, wie die Ptolemäische Astronomie von der Copernicanischen.

Man begreift bei dem Umfange und der Dauer aller dieser Täuschungen, daß die einmal erwachte historische Kritik Jahrhunderte nöthig hatte, sie auf die Seite zu schaffen, und wenn wir sehn, daß eine große Anzahl derselben auch heute noch in weiten Kreisen in Geltung stehn, so bemerken wir, wie tief die Neigung, der sie die Entstehung verdanken, in der menschlichen Natur wurzelt, und welch' ein Unterschied zwischen der theoretischen Anerkennung und der praktischen Bethätigung der kritischen Grundsätze ist. Man sieht hiernach, wenn nicht der ganze Bestand unserer Wissenschaft sich in Nebelbilder auflösen soll, daß jene Grundsätze überall mit ausnahmsloser Genauigkeit festgehalten werden müssen. Längst ist die Naturwissenschaft in allen ihren Theilen von der Gewißheit durchdrungen, daß auf ihrem Gebiete keine Behauptung erscheinen darf, die nicht auf kritischen Beweis gegründet, in den gesetzlichen Zusammenhang der Dinge sich einfügt. Sie läßt es völlig dahingestellt, ob auf andern Gebieten des menschlichen Daseins andere Regel und andere Praxis gilt: innerhalb ihrer Marken aber hält sie jene Ordnung unerschütterlich aufrecht. Denn sie weiß, daß das, was nicht auf gesetzlicher Regel beruht, und nicht zur Erkenntniß gesetzlicher Regel führt, dem Wesen der Wissenschaft fremd ist. Nun, dieselben Principien beherrschen auch das Wesen der historischen Forschung, und nur deshalb ist ihrem Gebiete das Verhalten weniger correct, weil, wie vorher bemerkt, hier stärker, als bei der Physik, die Neigungen des menschlichen Herzens und die Wünsche der

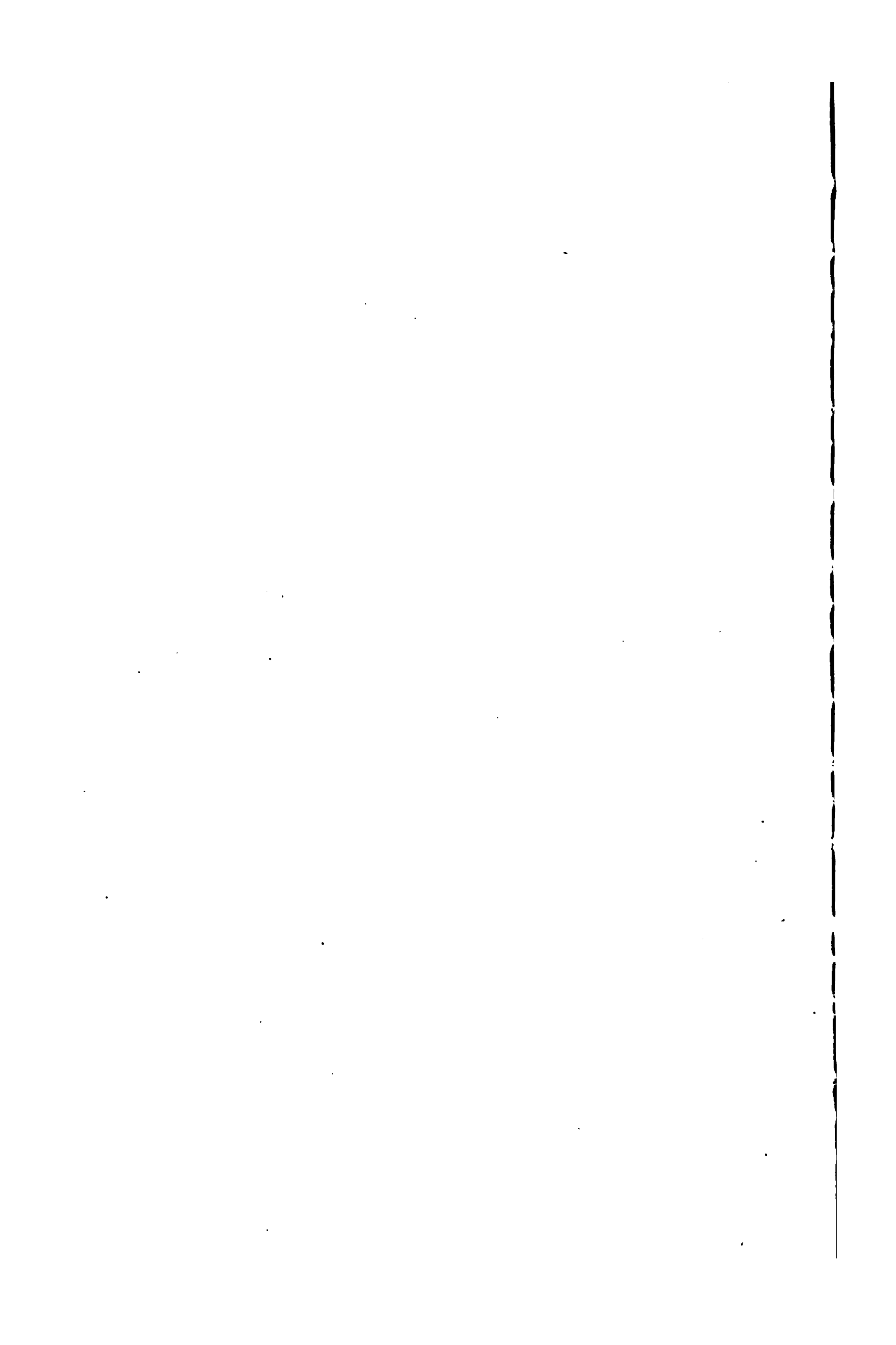
menschlichen Praxis einreden. Die Wissenschaft aber kann nicht nach Neigung und Wünschen, sondern nur nach Wahrheit fragen.

So weit diese Principien reichen, so weit reicht die Grenze des wissenschaftlichen Gebiets. Innerhalb derselben ist die Möglichkeit sicherer objectiver Erkenntniß, draußen beginnt das Spiel der unbedingten subjectiven Phantasie. Wir wollen die letztere wahrlich nicht verachten; neben der Lüge und der gehaltlosen Erfindung erschafft sie den Völkern die tiefste Poesie, und vermählt sich gerne mit den edelsten Gefühlen der menschlichen Brust, mit der religiösen wie mit der patriotischen Begeisterung. Ueberall sonst mag sie ihr Recht haben, nur in der Wissenschaft, in der Erkenntniß der objectiven Wirklichkeit und ihrer Gesetze hat sie keine Stelle.

König Friedrich Wilhelm III. hat den gelehrten Studien an zwei bedeutenden Punkten eine edle Heimath gegründet, dort in der preußischen Hauptstadt, hier in den reichgesegneten deutschen Grenzlanden. In beiden Orten ist in den Anfängen der neuen Anstalt der Gang der geschichtlichen Wissenschaft durch die Thätigkeit des Mannes geweiht worden, G. B. Niebuhr, der wie kein Anderer dieses Jahrhunderts für die Bethätigung der kritischen Grundsätze, für die Entwickelung ächten Wissens schöpferisch gewirkt hat. Die Staaten, sagt Sallust, werden durch den Geist erhalten, in dem sie gegründet worden: mögen auch auf unsern Hochschulen die kommenden Geschlechter des Geistes eingedenk bleiben, der bei ihrer Gründung gewaltet hat.

Drei Bonner Historiker.

Bonn, 18. October 1867.



Ich übernehme das Amt, zu welchem mich für das nächste Jahr das ehrende Vertrauen meiner Collegen unter Zustimmung der Staatsregierung berufen hat, mit dem Gefühle der lebhaftesten Dankbarkeit. Soweit meine Kraft reicht, werde ich danach streben, jenem Vertrauen zu entsprechen, und das Wohl unserer Hochschule nach allen Richtungen zu wahren. Ich bitte dabei vor Allem um Ihre thätige Unterstützung, meine Herrn Collegen; ich befinde mich zum ersten Male in dieser Stellung, und fühle die Ehre und die Verantwortlichkeit derselben in um so höherem Maße, da mein Amtsjahr durch die Feier des fünfzigjährigen Bestehens unserer Universität ungewöhnlich reich an officiellen Pflichten sein wird.

Bei dem Eintritt in ein Festjahr wie dieses wird von selbst der Blick rückwärts gelenkt; man hat den natürlichen Trieb, bei einem solchen Abschnitte gewisse Summen der Entwickelung zu ziehen und durch den Ueberblick über die Vergangenheit sich zum Fortgang in die Zukunft zu stärken. So bitte auch ich an diesem Tage mir einige Worte der Erinnerung an die hiesigen Vertreter meiner Wissenschaft, der Geschichte, in der jetzt zu Ende gehenden Periode unserer Universität zu verstatten. Die Aufgaben dieses Faches sind von einem allgemeinen Interesse; unsere Historiker haben an ihrer Lösung mit hohen Ehren, ja zum Theil mit den höchsten Erfolgen, die dem Gelehrten überhaupt erreichbar sind, gearbeitet, und in mehrfacher Beziehung sind diese Männer nicht blos Lehrer eines eng begrenzten Schülerkreises, sondern ächte Repräsentanten einer ganzen Epoche gewesen. Indem ich in diesem Sinne die Thätigkeit derselben mit raschen Strichen zu zeichnen versuche, beschränke ich mich, was nicht erst der

Rechtfertigung bedürfen wird, auf die Hervorragendsten unter den Verstorbenen: möge es uns Lebenden vergönnt sein, nachstrebend heranzuwachsen, und so von dem kommenden Geschlechte ähnlichen Dank zu verdienen, wie wir ihn jenen Vorgängen schulden.

Als unsere Universität vor fünfzig Jahren gegründet wurde, trieb in der deutschen Geschichtswissenschaft das frische und begeisterte Leben, welches den hoffnungsreichen Beginn einer neuen Epoche, einer neuen Jugendzeit des Geistes charakterisirt. Im 18. Jahrhundert hatte unsere geschichtliche Forschung sehr gründliche und sehr geistlose Studien im Dienste der Reichsgerichte oder der Landesregierungen gemacht; daneben war eine sehr geistreiche aber durchaus nicht immer gründliche Weise philosophischer und weltbürgerlicher Geschichtsbetrachtung aufgekommen; die ächte historische Auffassung aber, welche das kritische Studium des Einzelnen und die geistige Durchdringung des Ganzen auf dem Boden eines positiven nationalen Lebens verbindet, erhielten wir erst in den ersten Decennien unseres Jahrhunderts. In der Zeit der französischen Fremdherrschaft, unter dem Drucke einer unerträglichen Gegenwart richtete man sich innerlich wieder auf an dem Bilde einer besseren Vergangenheit; besiegt auf dem Schlachtfelde, fand man die innere Stärke wieder in der Betrachtung des tausendjährigen Lebensganges unserer Nationen, des Reichthums unserer Culturgeschichte, der Eigenartigkeit unseres Rechtes, der Herrlichkeit unserer Sprache. Das Studium der Vergangenheit diente von nun an nicht allein mehr den Advocaten des Reichskammergerichts; es wurde eine Lebens- und Herzenssache der ganzen Nation; es begann seine Forschung über die Hof- und Staatsactionen hinaus in alle Kreise des Culturlebens zu erstrecken; es drang mit ganz neuer Energie auf Sicherheit und Weite des Blickes, auf Breite und Tiefe der Erkenntniß. Dann kamen die stolzen Jahre der Befreiungskriege; unsere Nation erlebte jetzt an sich selbst ein Stück Weltgeschichte, wie es niemals ein schöneres, mächtigeres, ergreifenderes gegeben hatte, und der gewaltige Schwung solcher Ereignisse hob sofort auch das historische Schauen in lichtere Höhen und zu weiterem Gesichtskreise empor. Man hatte beispiellose Katastrophen selbst gesehen, ungeheuere Anstrengungen selbst gemacht; man hatte den ganzen Kreis der Leidenschaften durchlaufen, und alle Lebensinteressen in Thätigkeit und Gefahr erblickt: eine

kräftigere Schule für das erkennende Verständniß vergangener Dinge war nicht denkbar.

Niemand wurde von dieser Strömung stärker ergriffen und vorwärts getragen, als der Mann, den wir als den eigentlichen Begründer der modernen deutschen Geschichtschreibung, und zugleich als die leuchtendste Zierde unserer jungen Hochschule zu betrachten haben, Barthold Georg Niebuhr. Eine allseitig und nervös erregbare Natur, ein Geist, erfüllt von Scharfsinn und Phantasie, von Fassungskraft und Erfindungsgabe, ein Fachgelehrter von höchster Gründlichkeit und Genauigkeit, und dabei ein nach allen Richtungen durchgebildeter Mensch: so ging Niebuhr durch eine unruhige und mannichfaltige Thätigkeit hindurch, durch philologische und juristische Studien, durch politisches und finanzielles Wirken, um endlich die Hand an sein eigentliches Lebenswerk, an die Ausarbeitung seiner römischen Geschichte zu legen. Er selbst bezeugt es, wie die große Bewegung der Befreiungskriege dabei auf ihn gewirkt hat. Früher, sagt er, mochte man sich mit alter Geschichte begnügen, wie mit Landkarten oder gezeichneten Landschaften, ohne den Versuch, sich danach das Bild der Gegenstände selbst vor die Seele zu rufen: jetzt vermochte eine solche Geschichte nicht mehr zu genügen, wenn sie sich nicht an Klarheit und Bestimmtheit neben die der Gegenwart stellen konnte — und an einer andern Stelle: die Vergegenwärtigung anderer Zeiten bringt dieselben der Theilnahme und dem Gefühl des Geschichtsschreibers um so näher, je größere Begebenheiten er mit zerrissenem oder freudigem Herzen erlebte; er fühlt über Recht und Ungerechtigkeit, Weisheit und Thorheit, die Erscheinung und den Untergang des Herrlichen, wie ein Mitlebender, und so bewegt reden seine Lippen darüber, obwohl „Hecuba dem Schauspieler nichts ist".

In den vergangenen Dingen leben wie ein Mitlebender — diese Forderung scheint jeder Historiker bei jedem Momente seines Thuns zu erfüllen: wer aber Ernst mit dem Worte macht, lernt bald wie schwer und gehaltvoll es ist. Niebuhr erwuchs aus dieser Energie, womit er den vergangenen Dingen so zu sagen auf den Leib rückte, zunächst die kritische Methode der Forschung, die seitdem die Grundlage aller unserer Arbeiten geworden ist. Der erste Grundsatz dieser Methode lautet: bei jedem historischen Berichte eingedenk

sein, daß er nicht unmittelbar das berichtete Ereigniß, sondern zunächst den Eindruck desselben auf den Berichterstatter darstellt — und nun danach trachten, aus diesem Eindruck das Bild der Sache zu erschließen — um so endlich nicht mehr durch die Augen des alten Gewährsmannes, sondern mit zugleich schöpferischer und regeltreuer Phantasie die vergangene Sache selbst zu sehn, wie ein Augenzeuge, wie ein Mitlebender. Auch in dieser Fassung klingt die Aufgabe leicht und beinahe selbstverständlich; ihre Lösung aber ist, wie Sie wissen, nicht weniger als die Summe alles exacten Wissens auf historischem Gebiet und bezeichnet genau die Grenze zwischen dilettantischer Velleität und wissenschaftlicher Leistung. Niebuhr hat hier in höchstem Maße epochemachend gewirkt, und Ranke's Kritik so wie die seiner Schule ist nichts als Entwickelung der durch Niebuhr für immer festgestellten Technik. Dem Werthe des kritischen Rüstzeugs, wie der große Meister es zusammengestellt, thut natürlich keinen Eintrag, daß er selbst in seiner lebhaften Weise zuweilen den Bogen überspannt, die Klinge durch allzuscharfe Hiebe schartig gemacht hat. Noch nie hat ein genialer Erfinder gelebt, welchen die Heftigkeit seines Wesens nicht gelegentlich zu Uebertreibung und Irrthum fortgerissen hätte; aber auch nie hat es ohne eine solche Heftigkeit einen genialen Erfinder gegeben: und so gilt in diesem Sinne das alte Wort, daß der Weg zum Fortschritt durch den Irrthum führt. Heute, wie gesagt, bekundet und bethätigt alle solide Forschung, daß Niebuhr's kritische Methode gleichbedeutend mit ächter Wissenschaft ist.

Eine andere Consequenz seines höchsten Grundsatzes ist der jetzigen deutschen Geschichtswissenschaft vielleicht etwas weniger gegenwärtig geworden oder geblieben. Wer von sich sagen will, daß er vergangene Dinge leibhaftig vor sich sehe, wie ein Mitlebender, muß nicht bloß die Berichte über dieselben kritisch gesichtet, er muß offenbar auch von ihnen selbst ein sachliches Verständniß gewonnen, er muß ihr reales Wesen begriffen haben: ohne dies kann man in genauer Wahrheit überhaupt nicht sagen, daß er sie *sähe*. Wer die Construction und den Zweck einer Maschine nicht versteht, sieht in Wahrheit nicht eine Maschine, auch wenn er Stunden lang ihrer Arbeit zuschaut, sondern nur eine Anzahl Stangen, Schrauben &c. Einem Jeden ist es klar, daß es kindisch wäre, bei der höchsten

Buchgelehrsamkeit eine Geschichte der Medicin schreiben zu wollen, ohne über medicinische Dinge selbst sachverständig unterrichtet zu sein. Aber hundert und wieder hundert strebsame Gelehrte forschen und schreiben über wichtige Momente der Völkergeschichte, ohne gründliches Studium der religiösen, philosophischen, ökonomischen Streitfragen, über große politische Ereignisse ohne Kenntniß des Rechtes und des Staates, über verwickelte Conflicte starker Leidenschaften, ohne Verständniß des menschlichen Herzens und seiner Bewegung, und wer sich etwas näher um unsere historische Literatur kümmert, bemerkt die Folgen dieses Verhältnisses vor Allem auf dem Gebiete der mittelalterlichen Geschichte. Ich pflege nicht häufig Thiers als maßgebend für unsere Wissenschaft zu citiren: aber ohne Frage hat er vollkommen Recht, wenn er als das höchste Erforderniß des Historikers die Einsicht bezeichnet, die Einsicht in die Höhen und Tiefen der Dinge, die er zu erzählen unternimmt. Die Quellenkritik, gerade wenn sie gewissenhaft und methodisch gehandhabt wird, kann ihrer Natur nach nur den Bestand der einzelnen Thatsache ermitteln: dann erst erscheint aber die eigentliche Aufgabe des Historikers, aus dem äußeren Bestande auf den inneren Gehalt dieser Facta zu schließen, ihren geistigen Zusammenhang festzustellen und so zu ihrer sittlichen Würdigung zu gelangen. Was nun hiefür die sachliche Einsicht bedeutet, ist klar an sich selbst, und nirgendwo kann man es sich handgreiflicher vor Augen führen, als wenn man Niebuhr's römische Geschichte mit den Werken seiner Vorgänger vergleicht. So wichtige Entdeckungen er seiner radicalen Quellenkritik verdankt, so sind doch seine größten und anregendsten Ergebnisse, z. B. die Definition und Darstellung der römischen Plebs, viel weniger das Werk der gelehrten als der staatsmännischen Einsicht, wie sie bei ihm durch vergleichende Völkerkunde und politische Praxis herangereift war, und seinem divinirenden Auge Zusammenhang und Leben zeigte, wo seine Vorgänger nur unverständliche Trümmer erblickt hatten.

Auf das Engste hängt hiemit ein Drittes zusammen, die Energie des sittlichen Gefühles, die ein jedes Wort in Niebuhr's Darstellungen beseelt und erwärmt, und sich nicht selten bis zu leidenschaftlicher Erregung steigert. Die Form seiner Bücher und Vorlesungen wird dadurch höchst individuell bestimmt; ich kann, sagt er einmal, von

diesen Dingen nicht reden, ohne zu weinen; er liebt und haßt, er jubelt und trauert wie ein Betheiligter, wie ein Mitlebender. Es ist immer derselbe Grundzug: er ist in seinem ganzen Dasein inmitten der erzählten Vorgänge; er besitzt im reichsten Maße das eigentlich constitutive Talent des Historikers, die Fähigkeit, die Erscheinungen der Geschichte voll und ganz und unmittelbar auf die eigene Seele wirken und hier ihr reines Spiegelbild reflectiren zu lassen. Dabei braucht die Besonderheit des eigenen Wesens nicht verwischt oder verschliffen zu werden: im Kreise jener Römer, unter welchen seine Phantasie verweilt, bleibt Niebuhr stets derselbe, eigenartige, grunddeutsche Mensch, und um so unbefangener begeistert er sich für die alte Größe der Fremden, je glühender er im eigenen Herzen die Liebe zu dem werdenden und wachsenden Vaterlande empfindet. Ich wiederhole seine Worte: die Vergegenwärtigung anderer Zeiten bringt dieselben der Theilnahme des Geschichtschreibers um so näher, je größere Begebenheiten er selbst mit zerrissenem oder freudigem Herzen erlebt hat.

So hat er in diesen Räumen eine ansehnliche Reihe von Jahren gewirkt durch sein Wissen, durch seine Rede, vor Allem durch das Gewicht seiner Persönlichkeit. Mit dem ersten Worte jedes Vortrages stand er sofort inmitten der geschilderten Nation und Zeit; das umfassendste Material strömte seinem wunderwürdigen Gedächtnisse wie von selbst zu; der lebhafte Affect, das schneidende Urtheil, die heftige, unbewußt hervorquellende Diction, das Alles machte in jedem Momente den Eindruck, daß nicht ein Erlerntes docirt, sondern ein Durchlebtes mitgetheilt wurde; und wie oft auch wunderliche Einzelnheiten den Hörer frappiren mochten, so entzog sich doch Niemand der Wucht dieser reichen, starken und überströmenden Lebensfülle. Wohin er sich wendete, überall imponirte die Masse und Bereitschaft seiner Gelehrsamkeit, und was die Hauptsache war, ein Jeder empfand es, daß dieses Wissen seine innersten Lebenswurzeln in politischem Rechtssinn, religiöser Unabhängigkeit und heißer Vaterlandsliebe besaß. Es wäre nicht möglich gewesen, der Zukunft unserer Universität einen charakteristischeren Vertreter, ein höheres Vorbild zu geben, als diesen Mann.

Wir dürfen es sagen: die durch ihn bezeichnete Richtung ist

dann auch in seinem Fache die herrschende an unserer Universität geblieben bis auf den heutigen Tag, und wird es bleiben, so lange unserem Institute überhaupt Gedeihen und Lebenskraft bestimmt ist. Niebuhr's Nachfolger, Johann Wilhelm Löbell, war allerdings persönlich eine von jenem grundverschiedene Natur. Diese Verschiedenheit beschränkte sich nicht auf äußere Erscheinung, Temperament und Haltung, sondern der Grund- und Ausgangspunkt seines gesammten Geisteslebens war ein anderer als bei seinem großen Vorgänger. Löbell war vor Allem Aesthetiker; was in aller menschlichen Geschichte sein erstes Interesse in Anspruch nahm, war die Form des geistigen Daseins. So schien keine That ihm rühmlicher, als die des Künstlers und Dichters, und keine Forderung dünkte ihn unabweisbarer auch für den Gelehrten, als künstlerische Trefflichkeit der Darstellung. Mit großen kritischen Operationen, die mit einem Schlage das Ansehen ganzer historischer Perioden verwandeln, hat Löbell sich wenig befaßt: aber wenige Menschen haben gelebt, die für diesen Theil der historischen Aufgaben ein so feines, durchdringendes, man möchte sagen genießendes Verständniß besaßen wie er. Wer auf wenigen Seiten in ebenso lehrreicher wie geschmackvoller Ausführung erfahren will, wie es um das Verhältniß von Geschichte und Poesie, von Kritik und Sage, von Historie und Historik steht, der lese Löbell's Abhandlungen über diese Dinge; Niebuhr selbst und Ranke hätten nicht treffender und fördernder darüber reden können. Mit dieser Richtung und Begabung war Löbell recht eigentlich zum Literarhistoriker und bei seinem warmen Patriotismus zum Geschichtschreiber der deutschen Literatur geboren: nicht genug kann man es beklagen, daß er erst in späten Jahren der Verwirklichung dieser Aufgabe näher trat und durch den Tod inmitten der Arbeit unterbrochen wurde. In gewissem Sinne kann man freilich sagen, daß sich ihm jede begonnene Untersuchung zu einem Stücke Literaturgeschichte gestaltete. Jahre lang hatte er tiefgreifende, zum Theil grundlegende und epochemachende Studien den Zuständen des alten Germaniens und der fränkischen Monarchie gewidmet: hundert Andere wären stolz gewesen, aus diesen gediegenen Materialien sofort eine Verfassungs- und Rechts-, eine Kirchen- und Culturgeschichte der merovingischen Zeit zu gestalten: Löbell begnügte sich, einer gewissen Bescheidenheit,

aber mehr noch dem Grundtrieb seines Wesens folgend, ein Buch über den alten fränkischen Historiker Gregor von Tours, unsere Hauptquelle für jene Zeit, zu schreiben. Hier wird denn geschildert, wie Gregor aufwächst, wie seine Umgebung auf ihn einwirkt, wie er allmählich die Materialen seines Werkes mehr oder weniger ausreichend sammelt, wie er endlich als Schriftsteller disponirt, formt und urtheilt: und so lernen wir denn Staat und Kirche des 6. Jahrhunderts nicht an sich selbst, sondern zunächst als Bildungsmittel und literarischen Stoff eines bedeutenden Geschichtsschreibers kennen — freilich setzen wir sofort hinzu, unser Berichterstatter ist so vortrefflich, daß wir auch auf diesem Umweg von ihm über die Merovinger mehr und besseres erfahren, als aus allen Büchern vor ihm.

Auf solche Art geht nun der ästhetische Zug dominirend durch Löbell's gesammtes Wirken hindurch. Sein Gesichtskreis war deshalb nicht beschränkt, seine sachliche Auffassung nicht einseitig: im Gegentheil, wie es dem echten Aesthetiker geziemt, fesselte ihn jedes geistige Problem, jeder sittliche Conflict, gleichviel wo sie sich finden, in alter oder neuer Zeit, im Palast oder in der Hütte, im Orient oder Occident; er hatte ganz wie Niebuhr die Fähigkeit, sich an jeder Stelle in die unendliche Mannichfaltigkeit der Erscheinungen zu versenken, das Bild einer jeden in sein Inneres aufzunehmen, inmitten dieser Eindrücke beschauend zu verweilen. Aber während Niebuhr auf jeden solchen Eindruck sofort und lebhaft reagirte, sei es freudig oder erzürnt, lobend oder tadelnd, immer aber nach einer Stimmung aus einem Gusse, war Löbell's Urtheil stets behutsam, selten unbedingt, niemals terroristisch; überall strebte es nach ausgleichender Gerechtigkeit und gleichschwebender Mäßigung, etwa wie der Kunstkenner und Sammler jede Statue seines Museums, einerlei ob sie den Achill oder den Hektor darstellt, mit gleicher Neigung hegt. In gründlichem Irrthum aber wäre gewesen, wer aus dieser allseitigen Objectivität auf sittliche, politische, religiöse Indifferenz geschlossen hätte. Seine Objectivität bewahrte ihn sicher vor jedem Parteifanatismus, aber sie wurde zugleich begrenzt und geadelt durch eine liberale und patriotische Gesinnung, deren Lebhaftigkeit mit jedem Jahre des Greisenalters nur noch zuzunehmen schien.

Man begreift es, daß ein Mann wie dieser, überall gemäßigt und milde, jeder Heftigkeit und Einseitigkeit widerstrebend, patriotisch warm und politisch klar, aber allem Partei- und Tendenzwesen abgekehrt, bedächtig, ja langsam in der Arbeit, weil die Discussion ihm Genuß, die Form der Erörterung Herzenssache, und der Inhalt des Schlußresultates relativ gleichgiltig war: man begreift es, daß ein solcher Mann in unserer ungeduldigen, parteivollen realistischen Zeit nur selten einen glänzenden oder durchschlagenden Erfolg errang. Dennoch aber wissen zahlreiche Generationen unserer akademischen Bürger, wie eindringlich und nachhaltig seine fort und fort wachsende Wirksamkeit als Lehrer war. Eben hier auf unserem niederrheinischen Boden war es geradezu unschätzbar, daß ein Literarhistoriker von Löbell's Bedeutung ein volles Menschenalter hindurch thätig sein konnte. Denn — heute ist es glücklicherweise beinahe vergessen — vor fünfzig Jahren war in diesen Landen der Masse der Bevölkerung, auch in den höheren und mittleren Classen, die Thatsache unbekannt, daß durch Lessing, Goethe, Schiller Deutschlands Literatur der aller anderen Nationen ebenbürtig geworden; weder die Churfürsten von Cöln und Trier noch, späterhin die französischen Präfecten hatten dafür gesorgt, die Jugend des Landes aus jenen Quellen ewiger Schönheit und humaner Sittlichkeit schöpfen zu lassen; im Jahre 1815 hätte man hier aller Orten antreffen können, was ich vor nicht gar langer Zeit einmal in Altbayern erblickte, eine ganze Gruppe von Candidaten des höheren Lehramtes an einem Tische, von denen keiner Schiller's Jungfrau von Orleans gelesen hatte. Die Gründung unserer Universität war, wie man sieht, in mehr als einer Beziehung ein nationaler Act; es bedeutete etwas für ganz Deutschland, daß in diesen Grenzlanden die aufwachsende Generation durch kundige Hand in den Strom des deutschen Geisteslebens hinein gestellt wurde.

In anderer Weise aber mit noch deutlicherem Erfolge hat an derselben Aufgabe der dritte unserer historischen Koryphäen gewirkt, Friedrich Christoph Dahlmann. Wenn Löbell in erster Linie Aesthetiker, so war Dahlmann, wie alle Welt weiß, in erster und letzter Stelle Politiker. Nicht die Schönheit der geistigen Form, sondern die Kraft des sittlichen Gehaltes, nicht das ästhetische Können,

sondern das ethische Sollen war der Magnet, welcher alle Bewegungen seines Innern entscheidend bestimmte. Wer ihn sah, die kräftige Gestalt, die festen Gesichtsformen, die buschigen Brauen, das treue Auge, der wußte, daß er einem Manne gegenüberstand, einem Manne, der in unbedingter Unterwerfung unter die Pflicht die Quelle einer unbeschränkten Selbständigkeit und unerschöpflichen Stärke besaß. Nach diesem Maße hielt er sich im Leben wie in der Wissenschaft; es gab für ihn wie für Niebuhr kein halbes Urtheil und keine Reception ohne Urtheil; es gab aber für ihn in der Geschichte — und hier unterschied er sich auf das Weiteste von Niebuhr — keine Menge relativ und specifisch berechtigter Eigenartigkeiten, es gab nur eine gute Sache und deren Freunde und Gegner. Ein solcher Standpunkt ist, wo er wie hier durchaus auf das strengste Sittenprincip gestellt wird, von imponirender Reinheit und Höhe, jedoch ist, wie die menschlichen Dinge einmal beschaffen sind, die Gefahr seiner Einseitigkeit nicht zu verkennen. Ein Politiker dieses Schlages setzt sich die höchsten Aufgaben und bringt sich ihnen freudig selbst zum Opfer, aber lösen wird er sie nicht leicht, da er nur an die Pflicht der Menschen appellirt und die Mannichfaltigkeit ihres Naturells so wie die Kraft ihrer Leidenschaften als unberechtigte Factoren außer Rechnung läßt: er schreibt der Zukunft ihre Programme — das ist allerdings ein hoher Beruf — aber er überläßt die Verwirklichung derselben und damit die Beherrschung der Gegenwart den Gegnern. Diesem Schicksal ist auch Dahlmann nicht entgangen; er war unter den Schöpfern des kleindeutschen Programmes ohne Zweifel der bedeutendste, aber die Ausführung desselben mußte er 1850 kläglich scheitern sehn, an dem Wirken der Partei, deren Führer sechszehn Jahre später dann die von Dahlmann gestellte Aufgabe in die Hand genommen, und die erste Hälfte dieser Bahn mit siegreichem Schritte durchmessen hat. Auch als Historiker hat Dahlmann jener Einseitigkeit seiner Stellung einen gewissen Tribut zahlen müssen, jedoch nach der gesunden Kraft seines Talentes in möglichst geringem Maße. Seine Arbeiten über Herodot und Saxo Grammaticus sind Musterstücke methodischer Kritik; die Untersuchung geht genau und solide auf ihr Ziel los, und erledigt jede Frage, die sie sich stellt, von Grund aus. Seine dänische Ge-

schichte wird für alle Zeiten ein Schmuck und Stolz der deutschen Literatur bleiben; so gründlich und exact und scharf ist dort die kritische Forschung, so lehrreich und anschaulich entrollt sich das Bild der Zustände, der Rechtsordnungen, der populären Entwickelung, so lebhaft und markig und einschneidend tritt der Gedanke und das Urtheil des Autors dicht an den Leser heran. Nur daß sich aller Orten ein gewisser Ueberschuß eben dieses subjectiven Momentes zeigt. Wenn Dahlmann uns dänische Seekriege, norwegische Bauernkämpfe, isländische Gerichtshändel erzählt, so gewinnen wir freilich eine deutliche, farbige, lebenvolle Ansicht dieser Dinge, aber doch noch mehr als an der Erzählung haftet unser Blick an dem Erzähler selbst, und am Schlusse haben sich tiefer und energischer als das Bild all jener Recken und Piraten die festen und guten Züge Dahlmann's in die Seele des Lesers gegraben — und wenn es freilich der höchste Grad historischer Kunst nicht ist, daß das Gemälde über dem Maler vergessen wird, so wissen wir uns bei diesem Manne doch kaum über den Tausch zu beklagen.

Man kann schon hienach ermessen, welch eine Kraft Dahlmann im persönlichen Verkehre als Lehrer ausübte. Er sprach sehr ruhig, fast immer mit mäßiger Stimme, überhaupt mit sparsamster Oekonomie der äußeren Mittel. Dabei war der stoffliche Inhalt mehrerer Vorlesungen, vom Standpunkte gelehrter Wissenschaftlichkeit betrachtet, nicht eben reich zu nennen, so viel Interessantes und Selbsterarbeitetes immerhin an vielen einzelnen Stellen erschien. Die Hauptsache war offenbar ihm selbst die sittlich-politische Wirkung, und ich zweifle, daß ein Einziger unter der Masse seiner Zuhörer den beabsichtigten Eindruck nicht an sich erfahren hat. Eine tiefe Ueberzeugung reißt mit sich fort, eine feste Willenskraft imponirt und beherrscht: bei Dahlmann erschien beides auf das Engste verschmolzen, eine im Innersten begeisterte aber durch unverbrüchliche Selbstlenkung zusammengenommene Natur: wie hätte eine deutsche Jugend nicht erfaßt werden sollen? Jedes Wort seiner Vorträge gab Kunde von seiner strammen Beherrschung des Stoffes bis in die kleinsten Articulationen hinein; der Styl war gedrungen, im Streben auf inhaltreiche Kürze nicht ganz frei von Manier, jedoch niemals die Wirkung, die er wollte, verfehlend. Bei aller Knappheit aber umfaßte die Rede

den ganzen Gehalt dieser breiten Mannesbrust, den warmen Ernst der höchsten Moralität, das unablässige Wirken für Recht und Freiheit, die volle Hingebung an Staat, Nation und Vaterland. Es war nicht seine Weise, ein lautes Ausbrechen des Enthusiasmus hervorzurufen; er bewegte die Herzen und hielt sie zusammen; zwischen innerer Erhebung und ruhigen Entschlüssen pulsirte die Stimmung seiner Hörer. Auch er stand, wie Löbell, trefflich gerade hier in Bonn an seiner Stelle. Denn unter dem verkommenen Regime des 18. Jahrhunderts war den schönen rheinischen Landen die Anschauung eines wirklichen Staatslebens mit seinen Pflichten und seinem Segen ebenso abhanden gekommen wie das Bild unserer classischen Literatur. Seit 1814 entwickelte sich das Eine mit dem Anderen, rasch, lebhaft, in mannichfaltigen Richtungen, wie es bei dem erregbaren und beweglichen Geiste der rheinischen Bevölkerung zu erwarten war. Welch ein Gewinn, daß hier dem aufstrebenden Sinne ein Lenker wie Dahlmann geboten wurde, dessen Lehre und Leben eine einzige Mahnung zu politischer Freiheit und patriotischer Hingebung war.

So haben diese drei bedeutenden Männer mit- und nacheinander das historische Fach an unserer Universität vertreten, und damit einen nicht geringen Beitrag zu der Constituirung ihres Gesammtcharakters geliefert. Wir haben die tiefe Verschiedenheit ihres individuellen Wesens beobachtet: heben wir hier am Schlusse noch einmal ihr Gemeinsames hervor. Sie alle waren Meister der Forschung, d. h. des unermüdlichen, streng geschulten und doch genialen, immer neu erfinderischen Fleißes. Sie alle waren erfüllt von dem Streben nach geistigem Verständniß und künstlerischer Gestaltung des historischen Stoffes, und so verschieden die Wege waren, auf denen sie zum Ziele vordrangen, so ähnlich war zuletzt das Ideal gestaltet, das ihre Geister nach sich zog. Denn sie Alle waren durchdrungen von dem Bewußtsein, daß das Wissen erst dann zur Wissenschaft wird, wenn es sich den allgemeinen Gesetzen des menschlichen Daseins einordnet, wenn es nicht bloß einzelne Notizen lehrhaft weiter trägt, sondern die Gesammtheit des Lebens veredelnd fördern hilft. Deßhalb kommt es zu vollem Gedeihen, nimmermehr auf der Grundlage einer egoistischen Gesinnung, gleichviel ob hochmüthiger

Abschließung, frivoler Genußsucht oder pedantischer Einseitigkeit, sondern einzig und allein im Strome des Gemeinsinnes, der Hingebung, der nationalen Begeisterung.

Niebuhr fand, wie wir sahen, die reichste Quelle für die Begabung des Historikers in seiner lebhaften Betheiligung an den großen Geschicken des Vaterlandes, und wie weit Dahlmann und Löbell sonst auseinandergingen, eben jene nationale Grundlage ihrer Wissenschaft hatten sie untereinander und mit Niebuhr gemein. Ihre Stellung zu einzelnen politischen Parteifragen war höchlich verschieden, und bei Niebuhr wie bei Löbell nicht immer die gleiche in verschiedenen Lebensaltern. In der Summe aber finden wir sie sämmtlich über die leitenden Grundsätze einig, entschiedene Widersacher des Absolutismus und der Revolution, dem Wachsthum der Freiheit eifrig dienend, der Freiheit, deren Entwickelung mit der Ausbreitung von Bildung und Sitte gleichbedeutend ist. Auf das tiefste waren sie endlich durchdrungen von der Hoheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Die äußeren Ordnungen des Unterrichts sahen sie als die wichtigste Nationalsache mit Freude unter der Leitung des Staates: den inneren Gehalt aber der wissenschaftlichen Arbeit selbst begehrten sie frei aus freiem Geiste zu schöpfen, unbeirrt durch irgendwelche, sei es weltliche, sei es geistliche Bevormundung. Es waren die Gesinnungen, welche 1810 und 1818 bei der Gründung der Universitäten von Berlin und Bonn sich schöpferisch bethätigt hatten, von denen seit jenen Berliner Tagen Niebuhr's ganze Seele erfüllt war, von deren Fortpflanzung dann die bisherige Blüthe unserer Hochschule ausgegangen und, sagen wir es sofort, die ganze Machtentwickelung unseres Staates bedingt ist.

Sie, meine Herren Commilitonen, haben wieder nach langer Friedensruhe eine Zeit gesehen, welche, wie Niebuhr sagt, unsere Seelen durch die Gefahren, mit deren Dräuen wir vertraut wurden, wie durch die leidenschaftlich erhöhte Anhänglichkeit an Landesherrn und Vaterland stark machte. Die alten Ordnungen sind zertrümmert, unser Gesichtskreis ist erweitert, dem Wirken des nationalen Geistes ist gesunder Grund und freie Bahn geschafft. Lernen Sie von den großen Vorbildern, an die ich heute erinnert habe, wie man solche Verhältnisse für Wissenschaft und Studium nutzbar macht; stählen

Sie Ihre Arbeitskraft, indem Sie bei jeder Anstrengung nicht bloß an das eigene Interesse, sondern an das Wohl des Ganzen und das Gedeihen des Vaterlandes denken. In diesem Sinne lassen Sie uns alle, Lehrende und Lernende, zusammenwirken und zusammenhalten: dann werden wir unser Jubiläum, würdig der trefflichen Vorgänger, feiern dürfen und mit Genugthuung und Hoffnung der weiteren Zukunft unserer Universität entgegengehn.

Die

deutschen und die auswärtigen

Universitäten.

Akademische Festrede,

Bonn, 22. März 1868.

Die deutschen Universitäten genießen zur Zeit eines hohen und nicht unbegründeten Ansehns in Europa. Während bei uns über die leitenden Grundsätze des höhern Unterrichtswesens kaum noch ein Streit ist und einzelne Differenzen höchstens durch die Frage veranlaßt werden, ob ohne Schaden des Fundamentes einzelne eigentliche fremde, aber an sich nützliche Nebenzwecke mit erreicht werden können: sehen wir bei unsern großen Nachbarvölkern die bestehenden Universitätseinrichtungen von Grund aus in Frage gestellt, umfassende Reformen beantragt, fort und fort die deutschen Hochschulen als treffliches Muster in das Auge gefaßt. Es ist kein Zweifel, sagt das englische Parlamentsglied Grant-Duff, einer der besten Kenner des Unterrichtswesens in ganz Europa, daß die deutschen Universitäten, trotz aller ihrer Fehler, in jedem Theile realer Wirksamkeit allen ähnlichen Instituten weit voraus sind. Eine kleine deutsche Universität, bemerkt einer der berühmtesten Pariser Gelehrten, E. Rénan, mit ihren linkischen Professoren und hungernden Privatdocenten, leistet für die Wissenschaft mehr als alle prunkenden Reichthümer Oxfords. Ein solches Lob kann nicht anders als unserem Nationalgefühle in hohem Grade schmeichelhaft sein, wird dann aber dem rechten Patrioten vor Allem ein Antrieb zur ernstesten Selbstprüfung werden, zu der Frage, ob wir wirklich die Höhe einnehmen, welche jene freundlichen Stimmen uns beilegen, ob unser eigenes Thun eine Fortsetzung dieses glücklichen Zustandes verheißt, ob nicht auch wir von den Fremden eben so viel zu lernen haben, wie in anderer Richtung diese von uns. Die moderne Zeit bringt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens große Ausgleichungen zwischen den Nationen zum Vorschein. Wäre es nicht denkbar, daß ähnliche Erscheinungen sich auch in Bezug auf die Universitäten wiederholten?

Betrachtet man den bisherigen Zustand, so sind es in der That völlig verschiedene Dinge, die man in Deutschland und England mit dem gleichen Namen der Universitäten bezeichnet, und in Frankreich, zum Theil unter andern Benennungen zu gleichem Zwecke, zur Ertheilung des höchsten wissenschaftlichen Unterrichts geschaffen hat. In Frankreich gibt es zunächst keine Anstalt des höhern Unterrichts mehr, welche wie unsere Universitäten alle Lehrfächer in ihrem Umkreise versammelte. Es gibt Rechtsschulen, medicinische Schulen, Facultäten der Theologie, Facultäten der schönen Wissenschaften; es gibt Anstalten, wie das Collège de France, welches eine Gruppe verschiedener Disciplinen in seinen Hallen vereinigt. Die Lehrmethode und die Ziele des Unterrichts sind in diesen verschiedenen Schulen höchst verschieden. Einige, wie die Ecole des chartes, würden wir unsern Seminarien vergleichen; andere beabsichtigen nichts Anderes, als möglichst rasche und brauchbare Dressur ihrer Schüler für irgend einen praktischen Beruf. An den äußern Zuschnitt unserer Universitäten werden wir am Meisten bei den großen Anstalten des Collège de France oder der Sorbonne erinnert; aber allerdings zeigt die erste eingehende Betrachtung, daß wir auch dort uns in einer völlig andern Welt befinden. E. Rénan schildert den Zustand höchst anschaulich. Der Pariser Professor öffnet seinen Hörsaal ohne Honorar dem gesammten Publicum. Er weiß nicht, wie viele lernbegierige Schüler, wie viele überlegene Kritiker, wie viele ergötzungsbedürftige Müßiggänger er unter seinen Zuhörern hat. Er weiß nicht, ob morgen noch ein Einziger des heutigen Auditoriums auf seinen Bänken sich wiederfinden, ob er nicht morgen zu einer völlig neuen, völlig unvorbereiteten Versammlung reden wird. So muß jeder einzelne Vortrag ein in sich geschlossenes Ganze und in seiner Form so durchgearbeitet und so vorwiegend auf den rhetorischen Effect gestaltet sein, wie es der empfindliche Gaumen eines höchst gebildeten und verwöhnten Publicums fordert. Wird diese Kunst von einem genialen Gelehrten geübt, der auch über tiefes und methodisches Wissen verfügt, so ergeben sich daraus virtuose Leistungen, denen kein Land Europas etwas Aehnliches an die Seite setzen kann, Vorträge, die zu den höchsten Meisterwerken zählen, wie sie weder das deutsche noch das englische Unterrichtswesen jemals aufweist.

Aber man erkennt es leicht: dies ist alles Andere, nur nicht wissenschaftliche Schule. Der Vortragende muß den größeren Theil seiner Kraft auf die literarische Form seines Vortrags verwenden; oft genug verbraucht er seine Mittel vollständig in dieser Richtung und deckt dann die Blöße des Inhalts mit glänzenden Redewendungen zu; im besten Falle liefert er schriftstellerische Leistungen, fertig und abgeschlossen in sich, Schlußresultate einer vielleicht lang fortgesetzten Forschung, bei denen aber die Mühe und Arbeit dieser Forschung auf das Emsigste verborgen werden muß. Auf solche Art ist es zunächst schlechthin unmöglich, im Laufe eines Semesters eine umfassende Disciplin in ihrem ganzen Umfange zu behandeln; und, was noch wichtiger ist, der Zuhörer erfährt nicht das Mindeste über die geistigen Operationen, durch welche die ihm überlieferten Ergebnisse hergestellt worden sind. Er hört z. B. die Thaten Alexander des Großen, aber er gewinnt in keiner Weise einen Einblick in die zu ihrer Erkenntniß erforderlichen philologischen und historischen Studien. Mit einem Worte, es wird wissenschaftlicher Stoff überliefert, aber wissenschaftliches Arbeiten nicht gelehrt. Die Hochschule ist nicht mehr die Stätte für die schöpferische Fortbildung der Wissenschaft; nicht ein originell gearbeiteter Gehalt, sondern der Reiz des Styls und der Exposition steht in der ersten Linie der Anforderungen. Frankreichs Gefahr auf dem geistigen Gebiete, sagt Rénan, besteht darin, daß wir eine Nation von Sprechern und Redactoren werden.

Einen völlig entgegengesetzten Weg hat der akademische Unterricht in England eingeschlagen. Hier richtet sich die Klage dahin, nicht daß die Universität zu wenig Schule sei, sondern daß sie es zu sehr, zu ausschließlich sei. Hier hat das College, d. h. das Repetitorium die Vorlesung überwuchert. Der Tutor, der Repetent, hat den Professor verdrängt. Der Professor hält ein Dutzend Vorlesungen im Jahr, fast nach Pariser Weise. Der eigentliche Unterricht geschieht daneben in den Colleges, und hier ganz in den Formen unserer Gymnasien. Der leitende Zweck, welcher die Richtung und den Lehrstoff der Oxforder Studien bestimmt, ist allerdings nicht die Abrichtung des Schülers zu einem praktischen Berufe, aber auch nicht die Einführung desselben in speciellere und tiefere Wissenschaftlichkeit: sondern es ist die Entwicklung und Formirung der allgemeinen Geisteskraft,

der Fähigkeit zu denken und zu sprechen, der Leichtigkeit der Combination, der Sicherheit des Urtheils, der Fertigkeit des Ausdrucks; es ist, wie gesagt, die Aufgabe unserer Gymnasien, nur höher gefaßt und reicher entwickelt nach dem reiferen Alter und der vorgeschrittenen Bildungsstufe des Studirenden. Nach diesem obersten Gesichtspunkte richtet sich Alles. Für das äußere Dasein der Schule ist in beispielloser Reichlichkeit gesorgt. Es ist feste Regel, daß die Schüler eines College zusammen wohnen, unter fortdauernder Aufsicht stehen, nach dem Plane der Anstalt ihre Studien einrichten. Der Nutzen jener Einrichtungen wird jetzt sehr nachdrücklich in Zweifel gezogen; ihre Vertheidiger heben nicht so sehr die Verhütung von Excessen hervor, da ja gerade durch das enge Zusammenleben, wie die Möglichkeit der Controle, so auch die Möglichkeit der Ansteckung wächst; desto mehr betonen sie die sichere und vornehme Haltung des Gentleman, die hier im steten Verkehre mit Genossen guter Gesellschaft gewonnen wird. Was den Lehrstoff betrifft, so sind es vorwiegend die alten Sprachen, Mathematik, etwas Geschichte, gewisse Reflexionen, die man Philosophie nennt, und bei den künftigen Clerikern einige Theologie, welche die Zeit der Zöglinge füllen; die eigentliche Erlernung der Fachwissenschaft bleibt größtentheils den ersten Jahren nach dem Abschlusse des akademischen Studiums vorbehalten. Der zusammenhängende Kathedervortrag erscheint nur bei jenen spärlichen öffentlichen Vorlesungen; im Uebrigen ist die Unterrichtsform dialogisch; der Lehrer entwickelt, fragt, hört ab, läßt Aufsätze schreiben und beurtheilt dieselben. In jeder Hinsicht erkennt man das Ueberwiegen des allgemeinen pädagogischen Zweckes, und in dieser Hinsicht sind die Erfolge keineswegs unbedeutend. Eines der hervorragendsten Mitglieder der Oxforder Reformpartei, Marc Pattison, erkennt es an, daß die historisch-philologischen Abhandlungen der ältern Studirenden eine höchst bedeutende und erfreuliche Entwicklung und Reife des Geistes bekunden. Ihre jungen Verfasser greifen den Gegenstand mit sicherem Geschicke an, beleuchten die verschiedenen Seiten desselben mit eindringender Debatte, haben Gedanken darüber von nicht selten überraschender Schärfe und Brauchbarkeit, zeigen sich durch Styl und Gehalt als fertige Männer. Sie bilden, sagt Pattison, ohne allen Zweifel den Kern und die Blüthe des heranwachsenden Geschlechts, die Hoffnung der nächsten Zukunft der

Nation. Aber nicht minder charakteristisch ist dann auch die Kehrseite des Verhältnisses. Frägt man nach dem selbstständigen originellen Wissen, welches jenen stattlichen Arbeiten zu Grunde liegt, so zeigt es sich äußerst gering. Der junge Autor discutirt mit gebildetem politischen Verstande z. B. die Wirkungen der solonischen Verfassung, gelessen aber hat er darüber auf der Welt nichts anderes, als Grote's griechische Geschichte. Mit dem hier gewonnenen Material weiß er besser zu wuchern als mancher unserer gelehrten Seminaristen mit der gediegensten Quellenkunde. Aber dafür bleibt er dem Inhalte nach überall abhängig von seinem Gewährsmann; was die Emancipation des persönlichen Geistes, was wissenschaftliche Gründlichkeit und befreiende Tiefe des Gedankens bedeutet, hat er nicht erfahren. Es ist, sagt Pattison mit frappantem Ausdruck, als seien unsere Universitäten nur dazu bestimmt, den Zeitungen flinke Verfasser trefflicher Leitartikel zu liefern. Einer solchen Richtung der Schüler entspricht, wie natürlich, in Licht und Schatten die Qualität der Lehrer. Im Einzelnen zeigt sich eine große Anzahl höchst verdienstlicher und wohl unterrichteter Pädagogen; im Ganzen vollzieht sich die Entwicklung der Wissenschaften in England aller Orten sonst, nur nicht auf den Universitäten.

So sehen wir von entgegengesetzten Ausgangspunkten aus die beiden Nationen zu dem gleichen Ergebniß gelangen. Wir sind bedroht, ein Volk von Redactoren zu werden, ruft Rénan. Es ist, als sollte unsere Jugend nur lernen, Leitartikel zu schreiben, erklärt Pattison. Beide, und mit ihnen eine Menge ihrer Landsleute, wenden ihre Blicke den deutschen Einrichtungen zu. Sie finden bei diesen nicht unerhebliche Mängel; sie sind zum Theil der Meinung, daß die vor dreißig Jahren erreichte Vollkommenheit gesunken sei; in der Hauptsache aber, in dem leitenden Grundsatze, sehen sie eine sichere Quelle geistiger Erhebung auch für ihre Nation.

Fragen wir näher, was sie an unserem Zustande rühmen, welcher Moment ihnen als der Grund der Trefflichkeit unserer Universitäten erscheint, so lautet ihre einstimmige Antwort dahin: die stete Verbindung und Verschmelzung von Forschung und Unterricht.

Es ist also nichts Aeußerliches, was sie an uns schätzen, nicht unsere Corporationsrechte, an die man in Frankreich kaum denkt und

deren man in England fast zu viele zu haben glaubt, nicht die akademische Freiheit auf geselligem Gebiete, über deren Aufwallungen man besonders in England bedenklich den Kopf schüttelt; nein, das Lob der Fremden trifft den innern Kern der Sache und bezeichnet in der That die richtige Grundlage alles Guten, was wir haben. Unsere Universitäten sind deßhalb gute Schulen, weil sie nicht bloß Lehranstalten, sondern auch Werkstätten der Wissenschaft sind, weil die fort und fort wirkende wissenschaftliche Production die Seele alles ihres Unterrichts sein soll. Deßhalb versammelt der Staat die besten wissenschaftlichen Kräfte von ganz Deutschland als Lehrer an den Universitäten, so daß die in England und Frankreich alltägliche Erscheinung, ein namhafter Gelehrter ohne akademische Stellung, bei uns eine ganz seltene Ausnahme ist. Deßhalb richtet sich bei jeder akademischen Anstellung die erste und letzte Sorge auf die literarische Wirksamkeit; was Lehrtalent im formellen Sinne betrifft, so ist man zufrieden, wenn nicht die gänzliche Abwesenheit desselben constatirt ist, Alles kommt darauf an, ob die Fähigkeit zu eigener wissenschaftlicher Production sich bewährt hat; wer diese besitzt, denkt man, wird die wesentliche Aufgabe des akademischen Unterrichts erfüllen können. Schon hiemit ist im Grunde der leitende Gesichtspunkt dieses Unterrichts bezeichnet. Ohne Zweifel, auch wir begehren von unsern Universitäten, daß sie für eine Reihe von Lebensberufen die Vorbereitungsschule für die künftige Praxis seien. Aber wir wünschen diese Aufgabe nicht mechanisch und compendiarisch zu lösen. Wir wünschen nicht in kürzester und handlichster Weise diejenigen Notizen und Kenntnisse, welche das Examen und etwa das erste Dienstjahr erfordert, dem Gedächtnisse des Studirenden einzuprägen. Auf der andern Seite bescheiden wir uns, von unsern Docenten nicht die höchsten Leistungen der Kathedervirtuosität zu begehren, wie sie das Pariser Publicum von den seinigen erwartet. Unsere Aufgabe sehen wir wesentlich darin, dem Studirenden die Methode seiner Wissenschaft zu überliefern und ihn damit in den Stand zu setzen, nicht eben selbst Gelehrter zu werden, wohl aber jeden künftigen Beruf im wissenschaftlichen Sinne und mit wissenschaftlicher Kraft zu treiben. Er soll vor Allem lernen, was Wissenschaft ist, wie man wissenschaftliche Arbeit betreibt, was wissenschaftliche Schöpfung bedeutet. So weit die be-

schränkte Menschenkraft es gestattet, soll der Lehrer bei jedem Vortrage sich in frischer, originaler Hervorbringung bewegen; der Schüler soll vor Allem dadurch gebildet werden, daß er an diesem Entstehungsprocesse des Gedankens anschauend Theil nimmt; was auch im späteren Leben sein Beruf sein möge, in seinen akademischen Jahren soll er Jünger der Wissenschaft sein, und nichts anderes, weil die beste Vorbereitung für jeden Beruf die Erlangung wissenschaftlicher Reife, Gelenkigkeit und Selbstständigkeit des Geistes ist.

Was dies sagen will, wird am Sichersten deutlich werden, wenn wir einen Blick auf das Verhältniß der Universität zu dem Gymnasium werfen. Das Gymnasium verfolgt bei uns wie in den Nachbarländern denselben letzten Zweck, die allgemeine Schulung und Stärkung des Geistes; es wählt seinen Lehrstoff nicht nach der Frage, inwiefern gewisse Kenntnisse überhaupt im Leben nützlich sein mögen — irgend welchen Nutzen hat ja natürlich jede Kenntniß — sondern nach der Erwägung, welche Arbeiten für die allgemeine Gymnastik des Geistes am förderlichsten sind. Bei dem Uebergang zur Universität verschwindet in Frankreich dieser Standpunkt vollständig; die französischen Facultäten sind Fachschulen, welche einen fertigen wissenschaftlichen Inhalt zur technischen Vorbereitung auf irgend einen praktischen Beruf überliefern. In England, wie wir sehen, ist umgekehrt die Universität nichts anderes als ein fortgesetztes Gymnasium, die formale Bildung des Geistes ist nach wie vor die herrschende Aufgabe des Unterrichts. Zwischen diesen beiden Extremen hält die deutsche Universität die positive Mitte. Nach dem Inhalte ihres Lehrstoffs verfolgt sie die technische Vorbereitung für den speciellen Fachberuf, nach der Methode ihres Unterrichts hält sie den Gesichtspunkt der formalen, allgemeinen Bildung fest. Sie besteht, äußerlich betrachtet, aus einer Reihe von Fachschulen, die zwar durch räumliche Nachbarschaft und corporative Genossenschaft der Mitglieder verbunden, in ihrer Thätigkeit aber völlig unabhängig von einander sind. Aber bei dieser Unabhängigkeit schließen sie doch auf das Bestimmteste zusammen durch die Gemeinsamkeit ihrer Lehrmethode. Während bei technischen Schulen die Wahl des Lehrstoffs und die Form des Vortrags sich wesentlich durch die Forderung bestimmt, den Schüler möglichst rasch und allseitig für die äußeren Aufgaben seiner künftigen Praxis brauch-

bar zu machen, verfolgen unsere akademischen Fachschulen das Ziel, ihre Zöglinge so tief wie möglich in die Arbeit ihrer Wissenschaft einzuführen und dadurch ihrem Geiste die letzte männliche Entfaltung zu geben. Sie setzen damit die Wirksamkeit der Gymnasien fort, nur freilich nicht, wie die englischen Colleges in bloß erweitertem Umfang, sondern auf einer neuen höhern Stufe.

Das Gymnasium treibt Lateinisch und Griechisch, um an den reichen Formen der fremden Sprachen die Fähigkeit des Denkens und Sprechens überhaupt zu üben; es führt seinen Schülern das Bild des classischen Alterthums und die großen Thatsachen der christlichen Religion vor, um ihrer Seele die Richtung auf sittlich hohe und reine Gegenstände zu geben. Ohne Zweifel ist damit die Gymnastik des Geistes noch nicht abgeschlossen. Nachdem der Geist auf jener vorbereitenden Stufe eine allgemeine Uebung durch die Aufnahme mannichfaltiger Eindrücke empfangen hat, ist es jetzt erforderlich, daß er diese Uebung durch Concentration seiner Kräfte auf eine specielle Aufgabe, auf eine specielle Wissenschaft bethätige. Erst dann ist der Mensch in Wahrheit Herr über eine geistige Kraft, wenn er von ihr durchgreifenden Gebrauch gemacht, wenn er sie an irgend einem festen Probleme mit vollem Nachdruck erprobt hat. Dies aber ist nach der Natur der Dinge unmöglich ohne Sonderung der Fächer. Der Jüngling, der eben die Schule verlassen, kann nicht zu gleicher Zeit in Theologie und Jurisprudenz und Medicin die selbstständige wissenschaftliche Forschung beginnen. Er muß sich auf Ein Fach beschränken, um auf dessen Boden in die Tiefe vordringen zu können. Eben indem der akademische Unterricht ihn zu dieser concentrirten und tieferen Forschung aufruft, setzt er trotz der Sonderung der Fächer die allgemeine, formale Bildung der Gymnasien in der wirksamsten Weise fort.

Das Gymnasium verwendet als Bildungsmittel den in der philologischen, historischen, mathematischen Literatur ihm dargebotenen Wissensstoff. Es übt seine Schüler an den Texten, wie sie die gelehrte Philologie constituirt; es lehrt ihnen die historischen Thatsachen, wie die historische Forschung sie zur Zeit festgestellt hat: weder seine Lehrer noch seine Schüler machen den Anspruch, das gelehrte Wissen durch eigne Forschung weiter zu führen, durch eigne Kritik sich unab-

hängig von den Meistern der Literatur zu stellen. Dagegen ist ein solcher Anspruch geradezu das Lebenselement der deutschen Universitäten. Gerade sie sind die Stätte, wo sich die gelehrte Schöpfung, die wissenschaftliche Kritik, der literarische Fortschritt vollziehen soll. Ihre Lehrer sind die Organe des autonomen wissenschaftlichen Geistes; ihre Schüler sollen wie zur arbeitsamen Concentration, so auch zur geistigen Selbstständigkeit erzogen werden. Wenn irgend etwas, ist dies das absolute Merkmal ächter akademischer Bildung. Es ist nicht erforderlich, wie es nicht möglich ist, daß ein junger Mann in sechs bis acht Semestern den ganzen Umfang seiner Wissenschaft gleich gründlich aus den letzten Quellen mit voller Literaturkenntniß studire. Ein solches encyclopädisches Bestreben würde umgekehrt in die Breite statt in die Tiefe, zur Oberflächlichkeit statt zur Gründlichkeit führen. Aber dies ist wesentlich, daß der Studirende ein deutliches Bewußtsein von der Aufgabe der Wissenschaft, und von den Operationen, womit sie die Aufgabe löst, gewinne; dies ist nöthig, daß er an einigen, wenigstens an einem Punkte diese Operation selbst durchmache, daß er einige Probleme bis in ihre letzten Consequenzen verfolge, bis zu einem Punkte, wo er sich sagen kann, es gebe nun niemand auf der Welt, der ihn hier und hierüber noch etwas lehren könne, hier stehe er fest und sicher auf eignen Füßen und entscheide nach eigenem Urtheil. Dieses Bewußtsein geistiger mit eigner Kraft errungener Selbstständigkeit, ist geradezu ein unschätzbares Gut. Es ist beinahe gleichgültig, welchen Gegenstand die Untersuchung zuerst betroffen, die zu demselben hingeführt hat: genug, sie hat an einem noch so kleinen Punkte die Abhängigkeit der Schule durchbrochen; sie hat die Kräfte und Mittel erprobt, mit denen von nun an jedes neue Problem ergriffen und zu gleicher Lösung geführt werden kann; sie hat inmitten der fröhlichen Jugendzeit den Jüngling zum Manne gereift. Noch weiß er nicht Vieles noch Vielerlei, aber er weiß, was das Wort „Wissen" bedeutet; dem schlummernden Geiste ist das Bewußtsein seiner Kraft, und für immer die Richtung auf den Adel der Seele, auf selbstbestimmende Eigenartigkeit gegeben.

Wenn ich vorher, um diesen Standpunkt scharf zu bezeichnen, methodische Forschung und encyclopädische Kenntnisse scheinbar in Gegensatz stellte, so werde ich in diesem Hörerkreise nicht das Mißverständ-

niß zu befürchten haben, als dispensire das Streben nach guter Methode von weithin sammelndem Fleiße, als sei es möglich, in die Tiefe zu schürfen, ohne über eine gewisse Breite des Bodens zu verfügen. Die Frage ist nur, in welcher Richtung und zu welchem Gebrauche die Kenntnisse gesammelt werden: wer im Sinne eigner methodischer Forschung arbeitet, wird bald inne werden, daß bei jedem Schritte die Anforderungen wachsen, daß er, um eine Frage vollständig zu lösen, seine Kenntnisse nach allen Seiten erweitern muß, daß die zu hebende Last mit jedem Tage gewichtiger wird — aber auch das wird er fühlen, daß mit jedem Tage seine Kräfte wachsen, seine Bewegung sicherer und leichter wird. Was gestern noch schwer zu schiebende Last war, ist morgen bereits Locomotive geworden. Ja noch mehr. Wer in diesem Sinne studirt, hebt innerlich die scheinbare Absonderung der akademischen Fachschulen, der Facultäten wieder auf, und stellt an seinem Theile die lebendige Einheit der universitas literarum her. In alten Wäldern trifft man wohl Baumgruppen, vier, fünf gewaltige Stämme dicht neben einander, deren Kronen in weiter Entfaltung nach allen Weltgegenden ihre Wipfel auseinander legen; tritt man näher, so sieht man, daß sie alle einer Wurzel erwachsen, in der Tiefe alle aus einem Keime entsprossen sind. So ist es mit den einzelnen Disciplinen der Wissenschaft. Ihre Zweige erstrecken sich nach den verschiedensten Richtungen: wer in die Tiefe gräbt, stößt auf die gemeinsame Wurzel. Wer einem juristischen Problem bis in die letzten Voraussetzungen folgt, muß sich mit sittlichen, philosophischen, religiösen Grundfragen auseinandersetzen. Wer eine historische Aufgabe gründlich lösen will, begegnet auf Schritt und Tritt juristischen, kirchlichen, politischen Erwägungen. Und so durch alle Fächer hindurch. Mit einem Worte, wer an irgend einer Stelle der Wissenschaft originale, gründliche, abschließende Arbeit machen will, wird dadurch genöthigt, mit eigner Entschließung selbstständig seine Stellung zu allen Grundproblemen des Daseins, zur Welt und zu Gott zu nehmen. Und dies ist wohl der höchste Segen, zu welchem das Unterrichtssystem unserer Universitäten den Antrieb gibt. Wenn die deutsche Nation in den letzten hundert Jahren die Kraft zu den gewaltigsten Fortschritten auf allen Lebensgebieten gefunden hat, so ist hier vielleicht der wichtigste Hebel

zu unserm Aufschwunge bezeichnet. Nicht hoch genug kann der Gewinn angeschlagen werden, daß unsere höchsten Lehranstalten in ihrem innersten Wesen die Tendenz auf die volle Befreiung des männlichen Geistes haben. In der vorausgehenden Schule beherrscht die Autorität nothwendig den ganzen Menschen; im späteren Leben nimmt die Praxis, und mit derselben wieder die Autorität, ansehnliche Strecken des Daseins in Beschlag. Aber wenigstens Einen Augenblick soll auf deutschem Boden jeder gebildete Mann in seinem Leben haben, wo die Organe der Autorität, wo Nationen, Staat und Lehrer selbst, als die höchste aller Anforderungen ihm das Gebot verkünden, geistig frei zu sein. Aus dem Grunde der eigenen Seele heraus mit der Leuchte selbstständigen Wissens sich den Lebensweg selbst zu bahnen, das ist das Ziel, welches das deutsche Universitätssystem seinen Schülern aufsteckt. Möge der Einzelne in Folge dieser Studien und Arbeiten die eine oder die andere Richtung einschlagen, möge er liberal oder conservativ, Reactionär oder Progressist, orthodox oder ketzerisch werden: das für uns Wesentliche ist nur, gleichviel was er sei, daß er es nicht aus Jugendgewohnheit, unklarer Stimmung, überliefertem Gehorsam, sondern daß er es für sein ferneres Leben aus wissenschaftlicher Erwägung, kritischer Prüfung, selbstständiger Entschließung sei. Dann und nur dann wird er zu den tüchtigen Gliedern seines Berufs, den kräftigen Vertretern seiner Partei, den wirksamen Organen seiner Confession, den Zierden und Ehren seiner Nation, dann und nur dann wird er in der Wahrheit zu der alle Stände durchbrechenden Aristokratie unserer Zeit, zu den Männern wirklicher Bildung zählen.

Ich habe in diesen Sätzen die charakteristischen Züge des deutschen Universitätswesens zusammenzustellen versucht. Ich weiß es nur zu gut: was ich ausgesprochen habe, sind nicht die Leistungen, die wir hervorbringen, sondern es sind die Forderungen, die wir an uns stellen. Ich räume es bereitwillig ein, daß die großen Meister in den ersten Decennien des Jahrhunderts das Ideal in höherem Maße realisirt haben, als es uns, den Nachlebenden, vergönnt ist. Nicht einem Jeden ist die Kraft und die Fügung zugetheilt, sein Banner als starker Feldherr zu glänzenden Siegen vorwärts zu tragen; was man von Jedem fordern kann, ist, daß er der glorreichen Fahne

treu bleibe, und an seiner bescheidenen Stelle ihrem Dienst die Kraft seines Lebens widme. Dies ist, im Ganzen und Großen betrachtet, bisher bei Lehrern und Lernenden der deutschen Universitäten geschehn. Der wesentliche Charakter unserer Hochschulen, wie er im Anfange des Jahrhunderts von Schleiermacher und Friedrich August Wolf, von Süvern und Fichte, von W. Humboldt und Altenstein festgestellt worden, ist in seinen entscheidenden Zügen bis zum heutigen Tage erhalten worden. In den ersten Jahren nach den Befreiungskriegen empfand er den Druck der politischen Verhältnisse, das unreife Streben eines Theils der Studirenden, sich unmittelbar und praktisch an den brennenden Fragen der Tagespolitik zu betheiligen, und in Folge davon die polizeiliche Reaction von 1819, welche die Universitäten überhaupt unter eine einengende Vormundschaft stellte. Seit 1840 haben dann zuweilen theologische und confessionelle Rücksichten stärker, als für Religion und Wissenschaft heilsam war, an einigen Punkten auf die akademischen Verhältnisse eingewirkt, und auch die Stürme von 1848 sind nicht spurlos an den deutschen Hochschulen vorübergegangen. Niemals aber sind diese Trübungen von bleibendem Erfolg gewesen; vielmehr hat gerade in den letzten Jahrzehnten das akademische Unterrichtssystem, welches ich zu schildern versuchte, sehr bedeutende Eroberungen im deutschen Süden gemacht, auf Gebieten, welche bis dahin dem Geiste desselben sich beinahe völlig abzuschließen gestrebt hatten.

Trotz dieses, im allgemeinen höchst erfreulichen Ergebnisses würde unser Bild ein unvollständiges und somit unrichtiges sein, wenn neben dem Lichte nicht auch der Schatten Erwähnung fände. Ich will nicht ausführlich von kleinern und speciellern Schäden sprechen, wie deren zu allen Zeiten bei allen Einrichtungen dieser Welt erscheinen. Ich beschränke mich auf die Darlegung eines Momentes, weil es, so weit ich sehe, eine Gefahr für die tiefste Wurzel unseres ganzen akademischen Daseins in sich schließt, weil seine Wirkungen bereits vielfach fühlbar zu werden beginnen, weil hier, wenn irgendwo jene Bemerkung fremder Beurtheiler berechtigt ist, daß wir nicht völlig mehr auf der früheren Höhe stehen.

Seit dem vorigen Jahrhundert ist die herkömmliche Dauer der Studienzeit, wenigstens auf unsern norddeutschen Universitäten, ein

Triennium, welches sich nur in wenigen Fächern zum Quadriennium ausdehnt. Dies mochte vor hundert Jahren genügen, heute ist es, in allen Facultäten ohne Ausnahme, absolut unzulänglich. Der Grund ist die mächtige Ausdehnung des wissenschaftlichen Materials, sowie die Vertiefung und damit die Vervielfältigung der speciellen Disciplinen. Die Arbeitsmasse hat sich intensiv und extensiv verdoppelt; die individuelle Kraft des Menschen ist im neunzehnten Jahrhundert nicht größer als im achtzehnten; die nothwendige Folge ist entweder qualitative Verschlechterung der Arbeit oder erhebliche Vermehrung des Zeitaufwandes. Drei oder nach Umständen vier Jahre bedeuten heute nicht mehr als drei oder vier Semester in alter Zeit. Wenn in ihnen das akademische Studium zu einem gewissen äußerlichen Abschlusse gelangen soll, so ist eine starke Verkümmerung des innern Gehaltes unvermeidlich.

Wird nun vollends, wogegen vom akademischen Standpunkte aus nicht entschieden genug gewarnt werden kann, das militärische Dienstjahr auch noch in die Studienzeit verlegt, so bleibt gar keine Möglichkeit mehr für die ernste Ausbildung des wissenschaftlichen Sinnes, also für die Lebensaufgabe der Universität. Nicht ein Fach, nicht ein Lebensberuf existirt, wo bei der heutigen Ausdehnung der Disciplinen zwei bis drei Jahre auch nur zu halbwegs leidlicher Vorbereitung für das Examen völlig ausreichten, ich rede hier von jener völlig mechanischen Vorbereitung, die der drastische Ausdruck der Commilitonen das Einpauken nennt. Da das Examen aber einmal die Bedingung des künftigen Amtes ist, so richtet sich nothgedrungen der Fleiß auf dieses kümmerliche Verfahren; die eigene selbstständige Forschung, die Uebung der wissenschaftlichen Methode, die philosophische und historische Begründung des Fachstudiums unterbleibt in zahlreichen Fällen. Man klagt über die Zunahme des bloßen Brodstudiums, über die flache, materialistische Richtung auch der Jugend in unserer Zeit. Als wäre die Jugend nicht heute und überall dieselbe, als zeigte sie nicht bei hundert sonstigen Anlässen, heute wie immer, daß sie enthusiastisch, wissensfroh und freiheitsdurstig ist, eben weil sie Jugend, gesunde menschliche Jugend ist. Aber freilich, das Brod bedarf auch sie, wie jedermann, vor allem Andern, um zu leben, und wer sie deshalb materialistischer Verflachung an=

klagt, der setze sie erst in die Lage, außer dem Brode nach Höherem streben zu können. Hier dürfen wir mit demüthiger Bewunderung hinüber nach England blicken. Wir hören von dortigen Kennern, wie ich anführte, daß ihre Hochschulen geringere wissenschaftliche Erfolge als die unsern erzielen: nun, für diese kleinern Leistungen hat die englische Nation nach ihrer Ehrfurcht vor geistiger Bildung und ihrem stolzen Gemeinsinn in so gewaltiger Weise gesorgt, daß aus einem Oxforder Jahresüberschuß sechs ganze deutsche Universitäten ihre Jahreskosten bestreiten könnten, daß dort ein weit höherer Betrag als ein ganzes Jahreseinkommen der Universität Bonn allein zu Stipendien und Prämien nicht für dürftige, sondern für fleißige Studirende, daß eine ebenso große Summe zum Unterhalt für examinirte junge Doctoren verwandt wird, die zu weiterer gelehrter Ausbildung noch in den Räumen der Hochschule eine neue Jahresreihe zubringen wollen. Und ich betone es, all diese kolossale Dotirung, welche die unsrige in dreifach höherem Maße übertrifft, als der englische Nationalreichthum den unsrigen, ist zum größten Theile nicht Zuschuß der Staatsregierung, auf die wir bei eigener Unthätigkeit zu blicken lieben, sondern successive Stiftung einzelner Bürger, welche damit sich Denkmäler wissenschaftlichen Sinnes gesetzt haben, wie wir sie leider in dem wissenschaftlichen Deutschland vergebens suchen.

Ein sehr sachverständiger Zeuge, der neulich von dem Comité des englischen Unterhauses für Universitätsreform vernommen wurde, Dr. Walter Perry, erklärte rund und präcis: alle erheblichen Mängel der deutschen Universitäten haben nur eine Ursache. Welche wäre das, wurde er gefragt. Die Antwort war: Mangel an Geld. In der angegebenen Hinsicht hatte er wahrlich nicht Unrecht. Es ist meine festeste Ueberzeugung, daß es keine dringendere Lebensfrage für die fortdauernde Blüthe unserer Universitäten gibt, als die Sorge um die Mittel, um der großen Zahl unserer Studirenden die Möglichkeit eines mindestens fünfjährigen Aufenthaltes auf der Hochschule zu gewähren. Ehe dergleichen gewonnen ist, wäre es hart gegen die Einzelnen und schädlich für das Ganze, zu einer gesetzlichen Verlängerung des Trienniums zu schreiten. Die Wirkung würde thatsächliche Ausschließung eines sehr tüchtigen, sehr fähigen

Theils der Bevölkerung von der akademischen Laufbahn sein. Das Richtige wäre, die längere Fortsetzung des Studiums nicht durch Gebot zu erzwingen, sondern durch Prämiirung zu ermöglichen. Wie leicht sich hier an die bestehenden Zustände anknüpfen, wie viel sich auch mit kleinen Mitteln erreichen ließe, zeigt der erste Blick. In erfreulicher Blüthe z. B. sind unsere Seminarien, in welchen der Lehrer die Mitglieder zu eigner wissenschaftlicher Forschung unmittelbar anleitet und die Ergebnisse kritisirt, in welchen also der Grundgedanke des deutschen Universitätswesens die ausdrücklichste Verkörperung gewinnt. Diese Ergänzung der zusammenhängenden Lehrvorträge hat sich nach allen Richtungen bewährt. Ursprünglich auf Theologen und Philologen beschränkt, sind jetzt auch für Jurisprudenz, Geschichte, Mathematik, Naturwissenschaften Seminarien errichtet. Die meisten derselben geben ihren fleißigsten Mitgliedern halbjährliche Prämien oder Stipendien von etwa zwanzig Thalern, ein Betrag, der offenbar nur als Ehrengeschenk, nicht aber als Erleichterung der Subsistenz betrachtet werden kann. Welch eine Förderung gründlicher Wissenschaftlichkeit würde sich nun ergeben, wenn diese Stipendien erhöht, vervielfacht, wenn sie insbesondere zur Unterstützung bei längerem Studium nach bestandenem Doctorexamen ertheilt werden könnten. Noch in anderer Richtung könnte englisches Vorbild für unser akademisches Wesen ergiebig werden. Schon vor einigen Jahren hat Döllinger in einer trefflichen Erörterung über die deutschen Universitäten die Frage aufgeworfen, ob nicht auch bei uns eine Wiederbelebung der alten bursae möglich und rathsam wäre, Einrichtungen für das äußere Leben der Studirenden, wie sie in den englischen Colleges vor Augen liegen, Pensionen unter der Leitung eines akademischen Beamten, wie König Max II. von Baiern eine solche in München im größten Style und nach vortrefflichen Anschauungen gegründet hat. Wer etwa geneigt wäre, einen solchen Vorschlag als unzeitgemäß oder gewohnheitswidrig kurz von der Hand zu weisen, der sehe erst mit eigenen Augen, wie unendlich Vieles in der äußeren Lebensstellung unserer Studirenden schädlich für Gesundheit und Körperkraft und damit für Arbeitsfähigkeit und Geistesfrische ist, und bilde dann sein Urtheil, welche Wohlthaten verständige auf diesen Punkt gerichtete Maßregeln mit sich führen würden. Es versteht

sich, daß unter allen Umständen dabei das fundamentale Princip der akademischen Freiheit an oberster Stelle maßgebend sein müßte. Niemand dürfte zum Eintritt gezwungen, niemand vom Austritte abgehalten werden. Eine gewisse Hausordnung wäre wie bei jedem Zusammenleben mehrer Menschen unvermeidlich; jedoch dürfte sie hier nicht über die nöthigsten Punkte hinausgehn und vor Allem die volle Selbstbestimmung über Arbeitsstoff, Arbeitszeit und Arbeitsweise in keiner Weise beschränken. Die deutsche Universität will allerdings mit der Erklärung der Lehr- und Lernfreiheit ihren Schülern nicht die Vollmacht zu Trägheit und Unfleiß ausstellen, aber indem sie dieselben zu unausgesetzter Thätigkeit anspornt, überläßt sie deren Richtung im Einzelnen dem eigensten persönlichen Entschlusse des Studirenden selbst.

Wenn es in solcher oder anderer Weise gelänge — denn der Mittel und Wege gibt es hier wie bei jedem guten Zwecke eine Menge — wenigstens einen ansehnlichen Theil unserer Commilitonen etwa zehn Semester auf der Universität festzuhalten: der Gewinn würde höchst bedeutend sein. Auf's Neue wäre die jetzt vielfach bedrohte wissenschaftliche Vertiefung des Studiums gesichert, die wir als das charakteristische Ziel unseres ganzen Lehrsystems anerkannten. Es würde die Erwägung möglich werden, auf welche Art den Genossen der praktischen Facultäten der wirksamste Impuls zur Anlehnung ihres Fachstudiums an allgemeine philosophische Bildung zu geben wäre. Dann endlich würde man sich in der Lage befinden, dem sogenannten Hange zum Brodstudium mit positiven Mitteln entgegenzutreten. Bis dahin aber ist, wie sehr man die Thatsache anerkennen und bedauern muß, jede desfallsige Anklage gegen die studirende Jugend als eine ungerechte oder doch unbillige zu bezeichnen. Und ich setze hinzu, ich würde es nicht wagen, ein solches Wort mit solcher Bestimmtheit auszusprechen, wenn ich nicht aus vieljähriger Erfahrung wüßte, daß es gerade von unseren Commilitonen am Wenigsten mißdeutet werden wird. Denn nicht in ihrem Willen liegt die Ursache des Mangels; jetzt wie früher bethätigt ihre große Mehrheit Tag für Tag die Ueberzeugung, daß auch unter Entbehrung und Opfern die ächte und schwere Wissenschaft ihre Aufgabe und ihr Lebensziel ist. Es ist die Pflicht und das Interesse der Nation,

ihre Söhne in den Stand zu setzen, durch strengen Dienst der Wissenschaft sich zum Dienste des Vaterlandes geschickt zu machen.

Wir Alle wissen, daß die augenblickliche Zeitlage [1]) dem Staate es kaum verstattet, seine Ausgaben für andere Zwecke als den der unmittelbaren Landesvertheidigung erheblich zu steigern. Aber doch ist es auch eine Frage eben dieser Vertheidigung, die Frage, ob die Bildungsstätten unserer Staatsmänner, Beamten und Lehrer auf der frühern Höhe bleiben, oder zu oberflächlichen Dressiranstalten handwerksmäßiger Routine herabsinken sollen. Auch wissen wir, daß in unserm preußischen Staate, der vor einem halben Jahrhundert den Beginn seiner Wiedererhebung und die Vollendung seiner Siege jedes Mal durch die Begründung einer Universität signalisirt hat, für jeden bestimmt nachgewiesenen Mangel im Unterrichtswesen gesorgt wird, so weit die Mittel irgend reichen. Wo diese ihre Schranken haben, wird die freie Thätigkeit der Einzelnen, der Gemeinden, der Provinzen Anlaß zu schöpferischer Thätigkeit finden: unsere Bevölkerung, die jetzt zum Drange nach politischer Freiheit das Bewußtsein nationalen Selbstgefühls hinzugewonnen hat, ist sich, hoffen wir, darüber klar, daß nur gemeinnütziges Handeln das feste Fundament für Freiheit und Unabhängigkeit gründen kann.

---

[1]) 1868. Jetzt hat sich dies geändert, und um so dringender erscheint die Pflicht, für die angegebenen Bedürfnisse zu sorgen.

Ueber

die Emancipation der Frauen.

Vortrag,

gehalten zu Bonn am 12. Februar 1870.

Die Emancipation der Frauen ist in neuerer Zeit in Amerika, England und Deutschland wieder der Gegenstand lebhafter Verhandlungen geworden. Man pflegt unter jener Bezeichnung eine Reihe mannichfaltiger Forderungen zusammenzufassen: Zulassung der Frauen zu freiem Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Aemtern, zum Wahlrechte und zur Volksvertretung, Selbstständigkeit der Ehefrau in der Verwaltung ihres Vermögens, Gleichstellung der väterlichen und der mütterlichen Gewalt, unbedingte Freiheit der Ehescheidung. Mit Einem Worte, die Frau soll von dem Gesetze und der bürgerlichen Gesellschaft nicht anders angesehen und behandelt werden, als der Mann. Die demokratische Entwicklung des Zeitgeistes fordert auf allen Gebieten gleiches Recht für Alle: warum auch nicht gleiches Recht für die Frauen? Sie fordert Freiheit für Alle: wie sollte sie nicht gegen die Fortdauer des Bibelworts „er soll dein Herr sein" Widerspruch erheben?

Diese Bewegung entspringt, wie die demokratische Tendenz überhaupt, aus dem richtigen und edlen Grundgedanken, daß jedes vernünftige Wesen gleichen Anspruch auf Rechtsfähigkeit und Rechtsschutz habe, und daß dieser Anspruch nicht durch materielle Gewalt und Körperstärke beeinträchtigt werden dürfe. Nun ist es unzweifelhaft, daß die Frauen vernünftige Wesen sind, so gut wie die Männer: die Folgerung scheint auf der Hand zu liegen, es sei demnach ein Mißbrauch der Körperstärke, wenn die Männer den Frauen irgend ein denselben erreichbares Recht verweigern. Die wesentliche Frage ist also diese: Entbehren heute die Frauen die Befugnisse, welche sie durch eine ungehinderte Entwicklung ihrer Rechtsfähigkeit erlangen könnten? Wenn es sich so verhielte, so würde der Umstand, daß

die bisherigen Einrichtungen so alt wie die Welt sind, ohne Bedeutung sein, denn eine Rechtsverletzung gewinnt durch lange Dauer an sich keinen Anspruch auf Fortbestand. Wir wissen, daß alle menschlichen Einrichtungen mit der Gewalt begonnen haben: wir wissen aber auch, daß mit dem Fortschritte der Bildung die Gewalt immer mehr durch Recht und Freiheit verdrängt wird. Es hat eine Zeit gegeben, in der es selbstverständlich schien, den Kriegsgefangenen zum Sclaven zu machen, nach dem Grundsatze, daß so weit wie die Mächt, so weit auch die Befugniß des Siegers reiche. Heute fordert Jedermann, daß jede Macht das menschliche Recht des Anderen respectire: wenn also das bisherige System den Frauen Unrecht thäte, so würde es eben so sicher wie einst die Sclaverei aus der Entwicklung der Menschheit verschwinden.

Daß dies so geschehen werde, ist denn ganz und gar die Ansicht des Mannes, der in unseren Tagen als talentvoller Vorkämpfer für die Befreiung des weiblichen Geschlechtes aufgetreten ist, des berühmten englischen Philosophen John Stuart Mill. Sein Buch: Die Hörigkeit der Frauen, faßt den Gegenstand ungleich durchgreifender in seiner Wurzel, als eine andere, neuerlich viel erwähnte Besprechung des Themas: Fanny Lewald's Frauenbriefe in der Kölnischen Zeitung. Die Alles entscheidende Hauptsache für die Stellung des Weibes ist die Auffassung der Ehe, als des regelmäßigen, von der Natur selbst eingesetzten Berufes der Frau, von dessen Gestaltung die Lebensverhältnisse des Weibes auch in jeder anderen Beziehung abhängen. Es hat also guten Grund, daß Stuart Mill die Erörterung des Eherechts mit großem Nachdruck in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt. Er sieht nun in der heutigen Lage der Frau eine Knechtschaft, eine Leibeigenschaft im schwersten Sinne des Wortes. Sie ist, sagt er, von dem Hochzeitstage bis zu ihrer Todesstunde an den einmal gewählten Mann gefesselt, mit Leib und Seele, mit Hab und Gut; er herrscht über ihr Dasein in allen Stücken; er regiert ihren Willen in jeder seiner Aeußerungen; er schaltet über ihre Arbeitskraft und über ihr Vermögen; mag er sich im Verlaufe der Tage hassenswerth, grausam, verächtlich zeigen, es gibt für sie kein Entrinnen; wohin sie sich wenden mag, so erreicht er sie mit der vereinigten Macht des Staates

und der Kirche, um sie in sein Joch zurückzunöthigen. Stuart Mill ist erfüllt von der Ueberzeugung, daß eine solche Tyrannei nur durch die dumpfe Macht der Gewohnheit heute noch fortdauert, daß das 20. Jahrhundert auf die Vernichtung derselben mit gleicher Stimmung zurücksehen wird, wie wir heute auf die Abschaffung des Negerhandels. Er fordert also höchst entschieden die Verwandlung der Ehe in einen Societätsvertrag, der wie jeder andere Vertrag dieser Art jedem Theilnehmer gleiche Berechtigung und volle Freiheit der Kündigung gebe.

Die Schärfe, mit der sein Verdammungsurtheil den jetzigen Zustand verwirft, wird, denke ich, nicht besonders geeignet sein, uns für die Richtigkeit desselben im voraus einzunehmen. Schildert Stuart Mill in der That die Welt, in der wir leben? Ist das tägliche Dasein unser Aller hier das Leben des Sclavenhalters, dort das der Sclavin? Ist unter der Herrschaft unseres Rechtssystems in unseren besseren Hälften die Neigung und die Kraft, zu wollen, und sogar ihren Willen durchzusetzen, so vollständig erstickt? Wachsen unsere Söhne in der Vorstellung auf, daß ihre Mütter entwürdigte Hörige seien? Ist bei unseren jungen Männern im Augenblick der Verlobung der Gedanke vorwiegend, eine für häusliche Geschäfte brauchbare Magd zu erwerben? Man braucht solche Fragen nur zu stellen, um sich mit Lachen oder mit Verdruß von ihnen hinweg zu wenden. Oder wollte nun Jemand sagen, die herrschenden Männer seien allerdings in der Praxis nicht gar so schlimme Despoten, immer aber bleibe das Rechtsverhältniß ein despotisches, und sei deshalb im Namen der Freiheit und der Moral zu beseitigen? Es würde dabei vor Allem auffallen, daß während sonst eine sichere Wechselwirkung zwischen Recht und Praxis, zwischen Gesetz und Sitte Statt findet, während immer das Gesetz aus der Sitte herauswächst, und die Sitte durch das Gesetz geregelt wird, hier im geraden Gegentheil unter der hundertjährigen Herrschaft eines harten Gesetzes die Sitte immer milder und freier geworden wäre. Nach Stuart Mill's Principien ist das englische Eherecht viel schlechter, weil ungünstiger gegen die Frau, als das preußische und französische: wie kommt es, daß die Praxis des englischen Haushalts durchgängig besser für das Wohlbefinden der Frau als die unsrige sorgt, daß die englische Er=

klagt, der setze sie erst in die Lage, außer dem Brode nach Höherem streben zu können. Hier dürfen wir mit demüthiger Bewunderung hinüber nach England blicken. Wir hören von dortigen Kennern, wie ich anführte, daß ihre Hochschulen geringere wissenschaftliche Erfolge als die unsern erzielen: nun, für diese kleinern Leistungen hat die englische Nation nach ihrer Ehrfurcht vor geistiger Bildung und ihrem stolzen Gemeinsinn in so gewaltiger Weise gesorgt, daß aus einem Oxforder Jahresüberschuß sechs ganze deutsche Universitäten ihre Jahreskosten bestreiten könnten, daß dort ein weit höherer Betrag als ein ganzes Jahreseinkommen der Universität Bonn allein zu Stipendien und Prämien nicht für dürftige, sondern für fleißige Studirende, daß eine ebenso große Summe zum Unterhalt für examinirte junge Doctoren verwandt wird, die zu weiterer gelehrter Ausbildung noch in den Räumen der Hochschule eine neue Jahresreihe zubringen wollen. Und ich betone es, all diese kolossale Dotirung, welche die unsrige in dreifach höherem Maße übertrifft, als der englische Nationalreichthum den unsrigen, ist zum größten Theile nicht Zuschuß der Staatsregierung, auf die wir bei eigener Unthätigkeit zu blicken lieben, sondern successive Stiftung einzelner Bürger, welche damit sich Denkmäler wissenschaftlichen Sinnes gesetzt haben, wie wir sie leider in dem wissenschaftlichen Deutschland vergebens suchen.

Ein sehr sachverständiger Zeuge, der neulich von dem Comité des englischen Unterhauses für Universitätsreform vernommen wurde, Dr. Walter Perry, erklärte rund und präcis: alle erheblichen Mängel der deutschen Universitäten haben nur eine Ursache. Welche wäre das, wurde er gefragt. Die Antwort war: Mangel an Geld. In der angegebenen Hinsicht hatte er wahrlich nicht Unrecht. Es ist meine festeste Ueberzeugung, daß es keine dringendere Lebensfrage für die fortdauernde Blüthe unserer Universitäten gibt, als die Sorge um die Mittel, um der großen Zahl unserer Studirenden die Möglichkeit eines mindestens fünfjährigen Aufenthaltes auf der Hochschule zu gewähren. Ehe dergleichen gewonnen ist, wäre es hart gegen die Einzelnen und schädlich für das Ganze, zu einer gesetzlichen Verlängerung des Trienniums zu schreiten. Die Wirkung würde thatsächliche Ausschließung eines sehr tüchtigen, sehr fähigen

Theils der Bevölkerung von der akademischen Laufbahn sein. Das Richtige wäre, die längere Fortsetzung des Studiums nicht durch Gebot zu erzwingen, sondern durch Prämiirung zu ermöglichen. Wie leicht sich hier an die bestehenden Zustände anknüpfen, wie viel sich auch mit kleinen Mitteln erreichen ließe, zeigt der erste Blick. In erfreulicher Blüthe z. B. sind unsere Seminarien, in welchen der Lehrer die Mitglieder zu eigner wissenschaftlicher Forschung unmittelbar anleitet und die Ergebnisse kritisirt, in welchen also der Grundgedanke des deutschen Universitätswesens die ausdrücklichste Verkörperung gewinnt. Diese Ergänzung der zusammenhängenden Lehrvorträge hat sich nach allen Richtungen bewährt. Ursprünglich auf Theologen und Philologen beschränkt, sind jetzt auch für Jurisprudenz, Geschichte, Mathematik, Naturwissenschaften Seminarien errichtet. Die meisten derselben geben ihren fleißigsten Mitgliedern halbjährliche Prämien oder Stipendien von etwa zwanzig Thalern, ein Betrag, der offenbar nur als Ehrengeschenk, nicht aber als Erleichterung der Subsistenz betrachtet werden kann. Welch eine Förderung gründlicher Wissenschaftlichkeit würde sich nun ergeben, wenn diese Stipendien erhöht, vervielfacht, wenn sie insbesondere zur Unterstützung bei längerem Studium nach bestandenem Doctorexamen ertheilt werden könnten. Noch in anderer Richtung könnte englisches Vorbild für unser akademisches Wesen ergiebig werden. Schon vor einigen Jahren hat Döllinger in einer trefflichen Erörterung über die deutschen Universitäten die Frage aufgeworfen, ob nicht auch bei uns eine Wiederbelebung der alten bursae möglich und rathsam wäre, Einrichtungen für das äußere Leben der Studirenden, wie sie in den englischen Colleges vor Augen liegen, Pensionen unter der Leitung eines akademischen Beamten, wie König Max II. von Baiern eine solche in München im größten Style und nach vortrefflichen Anschauungen gegründet hat. Wer etwa geneigt wäre, einen solchen Vorschlag als unzeitgemäß oder gewohnheitswidrig kurz von der Hand zu weisen, der sehe erst mit eigenen Augen, wie unendlich Vieles in der äußeren Lebensstellung unserer Studirenden schädlich für Gesundheit und Körperkraft und damit für Arbeitsfähigkeit und Geistesfrische ist, und bilde dann sein Urtheil, welche Wohlthaten verständige auf diesen Punkt gerichtete Maßregeln mit sich führen würden. Es versteht

sich, daß unter allen Umständen dabei das fundamentale Princip der akademischen Freiheit an oberster Stelle maßgebend sein müßte. Niemand dürfte zum Eintritt gezwungen, niemand vom Austritte abgehalten werden. Eine gewisse Hausordnung wäre wie bei jedem Zusammenleben mehrer Menschen unvermeidlich; jedoch dürfte sie hier nicht über die nöthigsten Punkte hinausgehn und vor Allem die volle Selbstbestimmung über Arbeitsstoff, Arbeitszeit und Arbeitsweise in keiner Weise beschränken. Die deutsche Universität will allerdings mit der Erklärung der Lehr- und Lernfreiheit ihren Schülern nicht die Vollmacht zu Trägheit und Unfleiß ausstellen, aber indem sie dieselben zu unausgesetzter Thätigkeit anspornt, überläßt sie deren Richtung im Einzelnen dem eigensten persönlichen Entschlusse des Studirenden selbst.

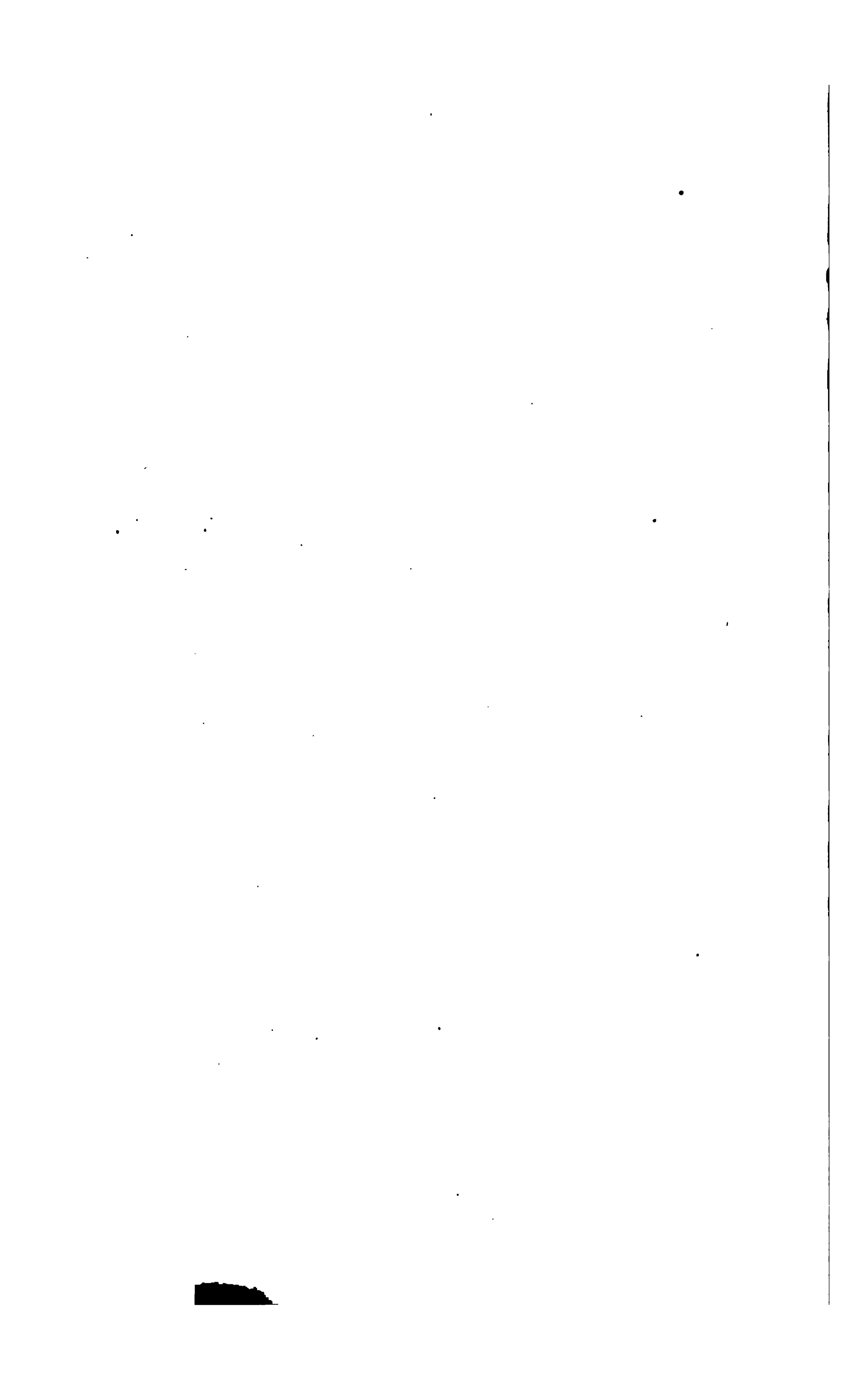
Wenn es in solcher oder anderer Weise gelänge — denn der Mittel und Wege gibt es. hier wie bei jedem guten Zwecke eine Menge — wenigstens einen ansehnlichen Theil unserer Commilitonen etwa zehn Semester auf der Universität festzuhalten: der Gewinn würde höchst bedeutend sein. Auf's Neue wäre die jetzt vielfach bedrohte wissenschaftliche Vertiefung des Studiums gesichert, die wir als das charakteristische Ziel unseres ganzen Lehrsystems anerkannten. Es würde die Erwägung möglich werden, auf welche Art den Genossen der praktischen Facultäten der wirksamste Impuls zur Anlehnung ihres Fachstudiums an allgemeine philosophische Bildung zu geben wäre. Dann endlich würde man sich in der Lage befinden, dem sogenannten Hange zum Brodstudium mit positiven Mitteln entgegenzutreten. Bis dahin aber ist, wie sehr man die Thatsache anerkennen und bedauern muß, jede desfallsige Anklage gegen die studirende Jugend als eine ungerechte oder doch unbillige zu bezeichnen. Und ich setze hinzu, ich würde es nicht wagen, ein solches Wort mit solcher Bestimmtheit auszusprechen, wenn ich nicht aus vieljähriger Erfahrung wüßte, daß es gerade von unseren Commilitonen am Wenigsten mißdeutet werden wird. Denn nicht in ihrem Willen liegt die Ursache des Mangels; jetzt wie früher bethätigt ihre große Mehrheit Tag für Tag die Ueberzeugung, daß auch unter Entbehrung und Opfern die ächte und schwere Wissenschaft ihre Aufgabe und ihr Lebensziel ist. Es ist die Pflicht und das Interesse der Nation,

ihre Söhne in den Stand zu setzen, durch strengen Dienst der Wissenschaft sich zum Dienste des Vaterlandes geschickt zu machen.

Wir Alle wissen, daß die augenblickliche Zeitlage [1]) dem Staate es kaum verstattet, seine Ausgaben für andere Zwecke als den der unmittelbaren Landesvertheidigung erheblich zu steigern. Aber doch ist es auch eine Frage eben dieser Vertheidigung, die Frage, ob die Bildungsstätten unserer Staatsmänner, Beamten und Lehrer auf der frühern Höhe bleiben, oder zu oberflächlichen Dressiranstalten handwerksmäßiger Routine herabsinken sollen. Auch wissen wir, daß in unserm preußischen Staate, der vor einem halben Jahrhundert den Beginn seiner Wiedererhebung und die Vollendung seiner Siege jedes Mal durch die Begründung einer Universität signalisirt hat, für jeden bestimmt nachgewiesenen Mangel im Unterrichtswesen gesorgt wird, so weit die Mittel irgend reichen. Wo diese ihre Schranken haben, wird die freie Thätigkeit der Einzelnen, der Gemeinden, der Provinzen Anlaß zu schöpferischer Thätigkeit finden: unsere Bevölkerung, die jetzt zum Drange nach politischer Freiheit das Bewußtsein nationalen Selbstgefühls hinzugewonnen hat, ist sich, hoffen wir, darüber klar, daß nur gemeinnütziges Handeln das feste Fundament für Freiheit und Unabhängigkeit gründen kann.

---

[1]) 1868. Jetzt hat sich dies geändert, und um so dringender erscheint die Pflicht, für die angegebenen Bedürfnisse zu sorgen.



Ueber

die Emancipation der Frauen.

Vortrag,

gehalten zu Bonn am 12. Februar 1870.

Die Emancipation der Frauen ist in neuerer Zeit in Amerika, England und Deutschland wieder der Gegenstand lebhafter Verhandlungen geworden. Man pflegt unter jener Bezeichnung eine Reihe mannichfaltiger Forderungen zusammenzufassen: Zulassung der Frauen zu freiem Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Aemtern, zum Wahlrechte und zur Volksvertretung, Selbstständigkeit der Ehefrau in der Verwaltung ihres Vermögens, Gleichstellung der väterlichen und der mütterlichen Gewalt, unbedingte Freiheit der Ehescheidung. Mit Einem Worte, die Frau soll von dem Gesetze und der bürgerlichen Gesellschaft nicht anders angesehen und behandelt werden, als der Mann. Die demokratische Entwicklung des Zeitgeistes fordert auf allen Gebieten gleiches Recht für Alle: warum auch nicht gleiches Recht für die Frauen? Sie fordert Freiheit für Alle: wie sollte sie nicht gegen die Fortdauer des Bibelworts „er soll dein Herr sein" Widerspruch erheben?

Diese Bewegung entspringt, wie die demokratische Tendenz überhaupt, aus dem richtigen und edlen Grundgedanken, daß jedes vernünftige Wesen gleichen Anspruch auf Rechtsfähigkeit und Rechtsschutz habe, und daß dieser Anspruch nicht durch materielle Gewalt und Körperstärke beeinträchtigt werden dürfe. Nun ist es unzweifelhaft, daß die Frauen vernünftige Wesen sind, so gut wie die Männer: die Folgerung scheint auf der Hand zu liegen, es sei demnach ein Mißbrauch der Körperstärke, wenn die Männer den Frauen irgend ein denselben erreichbares Recht verweigern. Die wesentliche Frage ist also diese: Entbehren heute die Frauen die Befugnisse, welche sie durch eine ungehinderte Entwicklung ihrer Rechtsfähigkeit erlangen könnten? Wenn es sich so verhielte, so würde der Umstand, daß

die bisherigen Einrichtungen so alt wie die Welt sind, ohne Bedeutung sein, denn eine Rechtsverletzung gewinnt durch lange Dauer an sich keinen Anspruch auf Fortbestand. Wir wissen, daß alle menschlichen Einrichtungen mit der Gewalt begonnen haben: wir wissen aber auch, daß mit dem Fortschritte der Bildung die Gewalt immer mehr durch Recht und Freiheit verdrängt wird. Es hat eine Zeit gegeben, in der es selbstverständlich schien, den Kriegsgefangenen zum Sclaven zu machen, nach dem Grundsatze, daß so weit wie die Mächt, so weit auch die Befugniß des Siegers reiche. Heute fordert Jedermann, daß jede Macht das menschliche Recht des Anderen respectire: wenn also das bisherige System den Frauen Unrecht thäte, so würde es eben so sicher wie einst die Sclaverei aus der Entwicklung der Menschheit verschwinden.

Daß dies so geschehen werde, ist denn ganz und gar die Ansicht des Mannes, der in unseren Tagen als talentvoller Vorkämpfer für die Befreiung des weiblichen Geschlechtes aufgetreten ist, des berühmten englischen Philosophen John Stuart Mill. Sein Buch: Die Hörigkeit der Frauen, faßt den Gegenstand ungleich durchgreifender in seiner Wurzel, als eine andere, neuerlich viel erwähnte Besprechung des Themas: Fanny Lewald's Frauenbriefe in der Kölnischen Zeitung. Die Alles entscheidende Hauptsache für die Stellung des Weibes ist die Auffassung der Ehe, als des regelmäßigen, von der Natur selbst eingesetzten Berufes der Frau, von dessen Gestaltung die Lebensverhältnisse des Weibes auch in jeder anderen Beziehung abhängen. Es hat also guten Grund, daß Stuart Mill die Erörterung des Eherechts mit großem Nachdruck in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt. Er sieht nun in der heutigen Lage der Frau eine Knechtschaft, eine Leibeigenschaft im schwersten Sinne des Wortes. Sie ist, sagt er, von dem Hochzeitstage bis zu ihrer Todesstunde an den einmal gewählten Mann gefesselt, mit Leib und Seele, mit Hab und Gut; er herrscht über ihr Dasein in allen Stücken; er regiert ihren Willen in jeder seiner Aeußerungen; er schaltet über ihre Arbeitskraft und über ihr Vermögen; mag er sich im Verlaufe der Tage hassenswerth, grausam, verächtlich zeigen, es gibt für sie kein Entrinnen; wohin sie sich wenden mag, so erreicht er sie mit der vereinigten Macht des Staates

und der Kirche, um sie in sein Joch zurückzunöthigen. Stuart Mill ist erfüllt von der Ueberzeugung, daß eine solche Tyrannei nur durch die dumpfe Macht der Gewohnheit heute noch fortdauert, daß das 20. Jahrhundert auf die Vernichtung derselben mit gleicher Stimmung zurücksehen wird, wie wir heute auf die Abschaffung des Negerhandels. Er fordert also höchst entschieden die Verwandlung der Ehe in einen Societätsvertrag, der wie jeder andere Vertrag dieser Art jedem Theilnehmer gleiche Berechtigung und volle Freiheit der Kündigung gebe.

Die Schärfe, mit der sein Verdammungsurtheil den jetzigen Zustand verwirft, wird, denke ich, nicht besonders geeignet sein, uns für die Richtigkeit desselben im voraus einzunehmen. Schildert Stuart Mill in der That die Welt, in der wir leben? Ist das tägliche Dasein unser Aller hier das Leben des Sclavenhalters, dort das der Sclavin? Ist unter der Herrschaft unseres Rechtssystems in unseren besseren Hälften die Neigung und die Kraft, zu wollen, und sogar ihren Willen durchzusetzen, so vollständig erstickt? Wachsen unsere Söhne in der Vorstellung auf, daß ihre Mütter entwürdigte Hörige seien? Ist bei unseren jungen Männern im Augenblick der Verlobung der Gedanke vorwiegend, eine für häusliche Geschäfte brauchbare Magd zu erwerben? Man braucht solche Fragen nur zu stellen, um sich mit Lachen oder mit Verdruß von ihnen hinweg zu wenden. Oder wollte nun Jemand sagen, die herrschenden Männer seien allerdings in der Praxis nicht gar so schlimme Despoten, immer aber bleibe das Rechtsverhältniß ein despotisches, und sei deshalb im Namen der Freiheit und der Moral zu beseitigen? Es würde dabei vor Allem auffallen, daß während sonst eine sichere Wechselwirkung zwischen Recht und Praxis, zwischen Gesetz und Sitte Statt findet, während immer das Gesetz aus der Sitte herauswächst, und die Sitte durch das Gesetz geregelt wird, hier im geraden Gegentheil unter der hundertjährigen Herrschaft eines harten Gesetzes die Sitte immer milder und freier geworden wäre. Nach Stuart Mill's Principien ist das englische Eherecht viel schlechter, weil ungünstiger gegen die Frau, als das preußische und französische: wie kommt es, daß die Praxis des englischen Haushalts durchgängig besser für das Wohlbefinden der Frau als die unsrige sorgt, daß die englische Er=

ziehung der Knaben viel planmäßiger als die unsrige die Pflicht der Achtung und Ehrfurcht gegen das weibliche Geschlecht betont? Ob die Zahl der rohen und schlechten Ehemänner auf dem Continente geringer ist als in England, hat noch keine statistische Zählung ermittelt: dagegen ist in keinem Lande der Welt die sociale Stellung des Weibes eine so freie und zugleich so geehrte wie in Nordamerika, während dort seit Jahrhunderten kein anderes Eherecht als das englische herrscht, und erst in neuester Zeit in einigen Staaten der Union für einzelne Theile desselben eine Annäherung an unsere Rechtsnormen Statt gefunden hat. Solchen Erfahrungen gegenüber wird man, denke ich, gegen die philosophische Kritik eines großen Rechtssystems etwas mißtrauisch werden; man wird sich sagen, daß der Werth eines Gesetzes vor Allem nach seinen Wirkungen zu bemessen ist, daß ein Eherecht, unter dessen Herrschaft die Frau auf die höchste Stufe des socialen Daseins tritt, unmöglich auf unnatürlichen und barbarischen Grundlagen beruhen kann. Und so verhält es sich in der That. Der Mangel des englischen Eherechtes ist, daß es ein an sich richtiges Princip zu formalistisch und äußerlich durchführt, und dabei die Unvollkommenheit und Schlechtigkeit der Menschen zu wenig berücksichtigt: so können unter seiner Herrschaft im Einzelnen arge Mißbräuche vorkommen, die unter unseren Gesetzen nicht mehr möglich sind. Trotzdem aber bewährt sich im Großen die Kraft und der Segen seines Grundgedankens, wonach es, den Ansichten Stuart Mill's allerdings schnurgerade widersprechend, die Ehe als volle, ganze und ewige Lebensgemeinschaft, und nicht als willkürlich zu regelnden und zu lösenden Vertrag auffaßt. Ist es schwierig, ja, ich möchte sagen, ist es erst noch nöthig, die Frage zu entscheiden, welche der beiden Ansichten dem Wesen der Ehe und der Würde des Weibes am besten entspricht?

Die Gatten geben einer dem andern Hand und Herz, d. h. Leib und Seele zu eigen. Ein solches Verhältniß wäre schimpfliche Knechtschaft, wenn es nicht freie, tiefe, ewige Liebe wäre. Die Liebe aber, wenn sie rechte Liebe ist, fordert ganze Hingabe an den Geliebten, Hingabe des ganzen Wesens und des ganzen Lebens; nähme sie irgend ein Stück des Daseins von der Hingabe aus, wäre ihr der Geliebte nicht lieber als Alles auf der Welt, so wäre die Hingabe

schmähliche Wegwerfung des eigenen Selbst. Die Zwei wollen Eines sein durch die Ehe und sie wollen Eines sein für immer, sonst wäre der Mann ehrlos und die Frau entehrt. Aus diesem Höchsten und Größten, der Einheit der Personen, folgt von selbst das im Vergleiche hiermit fast Unbedeutende und Geringfügige, die Einheit aller äußeren Verhältnisse, der Besitzthümer, Geschäfte, Freundesbeziehungen. Im Innern des Hauses, im Verhältnisse der Gatten zu einander, geht durch die Ehe, wie sattsam bekannt, die Willensfreiheit des Einen und des Anderen keineswegs zu Grunde: im Gegentheile, sie wird durch die unaufhörliche Beziehung des Einen auf den Anderen entwickelt, geläutert, gekräftigt. Aber Beide wissen, daß ihr Wille, ehe er nach außen wirkend hervortritt, in jedem einzelnen Falle wieder gemeinsamer Beschluß sein muß. Für jede Thätigkeit des Einen ist die unerläßliche Bedingung, daß sie das Dasein des Anderen nicht störe, sondern ergänze, daß sie die wesentlichen Interessen des Hauses nicht durchkreuze, sondern befördere. So ist auch das Eigenthum Beider Eines in dem Sinne geworden, daß Keiner damit ferner einen eigensüchtigen Zweck verfolgen, vielmehr Jeder das Ganze dem Anderen und dem gemeinsamen Hause zur Verfügung stellen soll.

Dies ist das normale Bild der Ehe.

Allerdings ist nichts gewisser, als daß eine solche Aufgabe niemals in ganzer Vollkommenheit erfüllt wird, ja, daß mit der Schwere der Anforderung auch die Gefahr des Irrens und Verfehlens wächst. Nicht jeder Mann, und allerdings auch nicht jede Frau, benimmt sich so, wie die ideale Aufgabe der Ehe es fordert. Nur zu häufig wird die Nähe und Enge des Zusammenlebens zur übelsten Behandlung des schwächeren oder gutmüthigeren Theiles mißbraucht. Wie stellt sich hiernach die Aufgabe des Gesetzgebers? Soll er wegen des Vorkommens dieser Mißbräuche das eheliche Verhältniß überhaupt verbieten? Soll er ihm, was thatsächlich ungefähr dasselbe wäre, den wesentlichen Charakter einer allseitigen und unverbrüchlichen Gemeinschaft nehmen? Oder soll er für die Mißbräuche Heilung und Linderung auf dem Boden der echten Ehe selbst aufsuchen und nicht in der Zerstörung, sondern in der Kräftigung derselben die Abhülfe erstreben?

Ich glaube nicht, daß die Beantwortung dieser Fragen im Ernste zweifelhaft sein kann. In jedem Falle wird man leicht erkennen, auf welchem Wege das Interesse gerade der Frau gefördert, auf welchem es am schwersten geschädigt wird.

Als ersten Grundsatz der Ehe bezeichneten wir die Regel: die Gatten wollen Eines sein für immer. Nach der idealen Consequenz dieses Satzes ergibt sich daraus die Unauflöslichkeit der Ehe, das Verbot einer jeden Scheidung. Wie bekannt, spricht das katholische Kirchenrecht diese Folgerung vollständig und rückhaltslos aus; das englische Recht erkennt in einzelnen Fällen die juristische Möglichkeit der Scheidung an, umgibt sie aber mit solchen Schwierigkeiten, daß thatsächlich zuletzt die Scheidung doch so gut wie verboten bleibt. Gerade hier liegt mithin ein solcher Fall idealen Rechtes und praktischer Härte vor, wie ich sie vorher als eigenthümlichen Charakter der englischen Gesetzgebung bezeichnete; deßhalb stellt denn auch das französische Recht als Regel die Unauflöslichkeit der Ehe fest, gestattet aber in bestimmten Ausnahmefällen die Scheidung. Ganz anders aber ist der Standpunkt der modernen Emancipationslehre. Durch einzelne grelle Vorkommnisse bestimmt, kehrt sie das Verhältniß von Regel und Ausnahme um. Sie ist mit gutem Grunde entrüstet über die Grausamkeit einzelner Männer und die Wehrlosigkeit ihrer unglücklichen Frauen. Sie erkennt zugleich, daß während der Dauer der Ehe ein wirksames Mittel der Abwehr nicht zu finden ist, daß bei der Intimität des ehelichen Lebens kein Gericht und keine Polizei den schwächeren Theil gegen den bösen Willen des stärkeren wirksam zu schützen vermag. So begehrt sie denn als einzig durchgreifende Hülfe die Freiheit der Scheidung, und wenn sie folgerichtig ist, die unbedingte Freiheit eines jeden Theiles, aus der unerträglich gewordenen Gesellschaft jederzeit zurückzutreten. Nicht die Unauflöslichkeit der Ehe, sondern die Scheidungsfreiheit macht sie zur Grundregel des Instituts. Ich will nun den Gegenstand nicht vollständig discutiren; ich beschränke mich auf die Frage: ob dieses freie System als eine Wohlthat gerade für die Frauen gelten kann? Vergißt man, daß die Scheidungsfreiheit, die man dem Weibe einräumt, auch dem Manne gewährt werden muß? Daß die Scheidung also nicht immer die Errettung, sondern eben

so häufig die Verstoßung der Frau sein wird? Und vor Allem, wenn das Ja am Traualtare gesetzlich nicht mehr einen Bund auf's Leben, sondern einen Vertrag auf Kündigung bekräftigt, hat man kein Gefühl dafür, daß durch diese Neuerung das Weib tausendfach tiefer erniedrigt wird als der Mann? Wird eine liebende und rechtschaffene Braut — und die unendliche Mehrzahl unserer Bräute ist ja beides — ihr Loos dadurch verbessert glauben, daß sie dann nicht mehr einen Herrn für immer, sondern einen freien Compagnon auf beliebige Zeitfrist gewinnt?

Nicht ganz so schneidende, aber, wenn ich nicht irre, in der Hauptsache ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Erwägung des ehelichen Güterrechtes.

Der Grundsatz: die Ehegatten wollen Eines sein in allen Stücken, führt, wie wir bemerkten, in seiner reinen Consequenz zu der völligen Einheit auch ihres Vermögens. Es gibt zwischen ihnen kein Mein und Dein mehr: was sie haben, ist zum gemeinsamen Nutzen Beider bestimmt. Ein solches Grundverhältniß ist nun in der Praxis verschiedener Gestaltung fähig. Es kann das volle Eigenthum des beiderseitigen Vermögens verschmolzen und dann in Eine Hand, und zwar bisher bekanntlich in die Hand des Mannes, gelegt werden: es ist dies das System des englischen Rechtes. Oder es können die Güter beider Gatten zu Einer Masse vereinigt werden, an welcher dann Beide zwar gemeinsames Eigenthum haben, die Verwaltung aber allein von dem Manne geführt wird. Endlich kann das Eigenthum beider Theile getrennt bleiben und die eheliche Gemeinschaft sich nur durch die Einheit der Verwaltung und Nutznießung bethätigen. Nach diesen Gesichtspunkten verfahren das preußische und das französische Recht; ja sie gehen noch weiter und verstatten der Frau, durch Ehevertrag sich auch die selbstständige Verwaltung einzelner Vermögenstheile vorzubehalten. Vergleicht man diese Systeme, so entspricht offenbar die volle Verschmelzung des Eigenthums dem idealen Begriffe der Ehe am gründlichsten, gibt aber freilich einem nicht idealen Manne die Geldinteressen der Frau ganz schonungslos Preis. Die continentalen Rechte decken demnach mit größerer Vorsicht die Substanz des Vermögens der Frau gegen etwaige Ausschreitungen des Mannes, halten aber dabei

immer noch durch die Gütergemeinschaft und durch die Einheit der Verwaltung und Nutzung den Grundsatz der vollen Lebensgemeinschaft aufrecht. Dagegen scheint der bei ihnen mögliche Vorbehalt eines selbstständigen Vermögens unter gesonderter Verwaltung allerdings im formellen Widerspruche zu dem sittlichen Begriffe der Ehe zu stehen. Was soll man zu der Selbstachtung einer Braut sagen, welche zwar ihre Person, aber ja nicht ihre Thalerstücke dem Bräutigam anvertrauen will? Vor Allem aber, denke ich, soll man sich hüten, den verschiedenen Formen des ehelichen Güterrechtes eine zu hohe Bedeutung für die persönliche Stellung des Weibes beizulegen. Der praktische Werth jener Gesetze erscheint überall nicht während, sondern nach der Ehe, wenn der Tod eines Gatten das Vermögen desselben zum Gegenstande der Vererbung macht. So lange die Ehe dauert, wird bei einiger Maßen gutem Bestande derselben trotz aller juristischer Absonderung die thatsächliche Gemeinsamkeit des Vermögens von selbst vorhanden sein. Ist die Ehe aber eine gründlich unglückliche, so wird alle pecuniäre Selbstständigkeit dem schwächeren Theile wenig Nutzen bringen; auch in England kommen die Fälle vor, wo die vermögenslose Frau den allein besitzenden Mann tyrannisirt, und in Frankreich sieht man umgekehrt die reiche Frau ihr Eigenthum um des häuslichen Friedens willen dem unberechtigten Manne seufzend überlassen. Unter allen Gesetzgebungen der Welt wird in der Ehe, so lange sie Ehe ist, das pecuniäre Moment dem persönlichen Verhältnisse völlig untergeordnet sein.

Indessen, wenn man nun auch nach diesen Erwägungen die Gemeinschaft des Vermögens und die Einheit seiner Verwaltung anerkennt, so bleibt immer die erheblichste, die eigentlich praktische und brennende Frage zurück. Mit welchem Rechte legt bisher die Gesetzgebung aller Länder die Verfügung über das gemeinsame Vermögen, ja, noch mehr, die Entscheidung über das persönliche Schicksal aller Familienglieder allein in die Hand des Mannes? Unter den Verfechtern der Emancipation gibt es manche, welche mit uns in der Achtung vor dem ehelichen Bunde vollkommen einig sind. Aber sie meinen, da die Ehe eine gegenseitige Hingabe der Gatten sei, da nicht nur die Frau dem Manne, sondern auch der Mann der Frau gehöre, so führe gerade das innerste Princip der

Ehe selbst nicht auf die Herrschaft des Mannes, sondern auf die Gleichberechtigung Beider. Sie läugnen nicht und können nicht läugnen, daß factisch der Wille der Frau in kleinen und großen Angelegenheiten des Hauses eben so schwer wiegt und eben so wirksam ist, wie jener des Mannes. Aber freilich, wenn einmal Beide sich nicht verständigen, so legt das Recht die schließliche Entscheidung in die männliche Hand, und hierin sehen sie die empörende Zurücksetzung des weiblichen Geschlechtes. Daß nun irgendwo eine solche im Nothfalle entscheidende Instanz vorhanden sein muß, ist gerade für das Familienleben unbestreitbar. Gerade hier ist es in den zahlreichsten und wichtigsten Fragen unmöglich, es etwa beim Alten zu lassen und abzuwarten, bis die Verständigung über das Neue erfolgt sei. Die Bestimmung z. B. des Wohnortes ist fast immer eine unaufschiebliche Frage, die Wahl der Schule für die heranwachsende Jugend darf nicht lange verzögert, die Regelung des täglichen Mittagessens kann nicht Wochen lang verschleppt werden. Die Entscheidung irgend einer dritten Behörde zu übertragen, ist nach der Natur des Familienlebens völlig unzulässig; es bleibt also nichts übrig, wenn jeder der Gatten auf seinem Sinne beharrt, als einem von ihnen die schließliche Festsetzung einzuräumen. Warum aber, fragt Stuart Mill, ist dieser Eine denn ein- für allemal der Mann? Die größere Körperkraft ist dafür offenbar kein zutreffender Grund; an Geist und Tact und Gesinnung ist das weibliche Geschlecht dem männlichen völlig ebenbürtig: woher also diese unverbrüchliche, permanente Unterordnung des Weibes? Warum nicht Theilung der Herrschaft nach den Gegenständen, oder Wechsel des Regiments nach Zeitabschnitten, oder Regulirung der Frage nach den Individualitäten in jedem einzelnen Ehecontract?

Ich bitte um Verzeihung, wenn die Antwort auf diese Fragen trivial erscheinen sollte: diese Gefahr ist einmal nicht zu vermeiden, wenn man Dinge zu widerlegen hat, welche gegen die tägliche Erfahrung oder den gesunden Menschenverstand angehen.

Für das Leben des Hauses und der Familie gilt wie für jede menschliche Gemeinschaft das große Gesetz der Arbeitstheilung. Für die Ehegatten aber ist die Theilung der Arbeit und damit im Wesentlichen auch ihre rechtliche Stellung ein- für allemal durch

die Natur bestimmt, ohne daß der menschliche Wille, oder die persönlichen Talente, oder der Fortschritt der Zeiten daran irgend etwas zu ändern vermöchten. Das einfache, unverrückbare, entscheidende Verhältniß ist das höchst bekannte, daß in der Ehe die Männer Väter, die Frauen aber Mütter werden. Damit ist Alles gesagt.

Für den Hauptabschnitt des menschlichen Lebens, in welchem die körperliche Kraft und die geistige Frische auf ihrer höchsten Stufe steht, in welchem der Mann seine Bildung vollendet, seinen Lebensberuf feststellt, seine schwersten Arbeiten und Kämpfe übernimmt, für das Alter etwa vom 20. bis zum 40. Jahre, hat die Natur die Frau einem einzigen großen Berufe gewidmet, in dessen Ausübung sie durch lange Zeitstrecken schutzbedürftig und unfähig zu sonstiger Anstrengung wird und durch die Ernährung und Pflege des gewonnenen Kindes ihr ganzes Dasein in Anspruch genommen sieht. In der Behandlung des Säuglings kann die derbere Hand des Mannes ihr gar nicht helfen; bei der Erziehung des Knaben beginnt die erhebliche Einwirkung des Vaters nicht leicht vor dem siebenten Jahre; die Heranbildung der Töchter bleibt zum größeren Theile bis zu deren Großjährigkeit fort und fort die Aufgabe der Mutter. Um der Kinder willen gilt es dann, den Haushalt in seinem ganzen Umfange auf sichere Regelmäßigkeit und gedeihliche Ordnung zu gründen, ihn zu allen Stunden mit innerer Wärme und erquicklicher Anmuth zu erfüllen, und ihn so zu einem Borne körperlicher und sittlicher Gesundheit für das heranwachsende Geschlecht zu machen. Diese ganze aus tausend Kleinigkeiten zusammengesetzte, jeden Tag und jede Stunde fortdauernde Aufgabe liegt allein auf der Frau, aus dem einfachen Grunde, weil der Mann nicht die Fähigkeit zu ihrer Lösung, ja, nicht einmal den Sinn für ihre Mittel besitzt. Keiner Mutter, welche diesen Beruf versteht, wird das Bewußtsein von der Schwere und Höhe desselben mangeln. Keine wirkliche Mutter wird Neigung haben, denselben mit einem anderen zu vertauschen, und keine wird sich dabei dem Irrthum hingeben, daß ihr derselbe Zeit und Kraft im Ueberschusse lasse. Sie kann mit einzelnen kurzen Beschäftigungen, mit einigen Stunden mechanischer Arbeit die Thätigkeit des Mannes unterstützen, aber einen weiteren selbstständigen Lebensberuf auf sich nehmen, einen Beruf, der wieder volles Interesse und die Hingabe des ganzen

Menschen begehrte, das hieße ihre Gesundheit, ihren Haushalt, ihre Kinderzucht, es hieße die Bestimmung ihres Daseins zerstören. Ich weiß, daß es Abweichungen auch von dieser Regel, daß es hohe und niedere Lebensverhältnisse gibt, wo Ausnahmen möglich oder unvermeidlich sind: aber auch hier ist zu sagen, je geringer die Abweichung, desto besser für Frau und Mann und Kind; die Durchschnittsregel, welche das Maß für die Einrichtungen der Gesellschaft bilden muß, wird immer bleiben, daß die Mutter für die Kinder und das Haus zu sorgen hat und für nichts Anderes.

So ist es denn die Sache des Mannes, die Vertretung des Hauses nach außen zu übernehmen, der jungen Mutter Schutz und Schirm zu sein, der sorgenden Hausfrau den Unterhalt für sie Alle zu erwerben. Von ihm erwartet man, daß er das Haus, in dem sie walten soll, auf festen Grund und die rechte Stätte stelle, daß er es im Kampfe des Lebens mit den Waffen des Rechtes zu decken, und im Getümmel der Welt für Nahrung und Achtung zu sorgen wisse. Die Ergebnisse seines Wirkens bilden die Voraussetzung und deßhalb auch das Maß und die Richtschnur für den innern Verlauf des Haushaltes. Was er thut, thut er vor Allem für die Frau, und wird deßhalb keine größere Autorität als ihren Wunsch und ihre Meinung kennen. Aber die Verantwortung, daß das Richtige und Nöthige geschieht, liegt auf ihm, aus dem einfachen Grunde, weil die Frau sie wegen ihrer Mutterpflichten nicht übernehmen kann: und wer die Verantwortung trägt, muß auch in letzter Instanz die entscheidende Stimme haben. Aus diesem schlichten Grunde, der aber unabänderlich ist wie die Vertheilung der Vater- und Muttersorgen, ist der Mann und nicht die Frau das rechtliche Haupt des Hauses, eben so sicher, wie aus demselben Grunde nicht der Mann, sondern die Frau die belebende Seele des Hauses ist.

So hat es die Natur gewollt, und so wird es im Wesentlichen bleiben, so lange die Mutter keinen größeren Schatz als das Kind in der Wiege kennt, und so lange dem Manne die Talente der Wartfrau und die Fähigkeiten der Amme versagt sind. Das Gebiet der Frau ist das scheinbar enge und einförmige des innern häuslichen Lebens; die Domaine des Mannes ist die weite Welt da draußen, die Wissenschaft, die Rechtsordnung, der Staat. Aber wer

sieht es nicht täglich vor Augen, daß jener beschränkte Wirkungskreis der Frau alle starken und reinen Gefühle der Menschenbrust, daß er die tiefsten Genüsse, die schwersten Opfer und die wunderbarsten Leistungen in sich schließt? In unscheinbarer unablässiger Arbeit reiht hier die Hausfrau That an That, deren sittlicher Gehalt alle Leistungen des Mannes hinter sich zurückläßt, legt hier die Mutter den Grund zu all dem glänzenden Wirken, mit welchem dereinst der Sohn die Welt erfüllen und beherrschen wird. Stuart Mill gibt sich die unnöthige Mühe, zu beweisen, was Niemand bestreitet, daß das weibliche Geschlecht keiner Geisteskraft, welche die Psychologie aufführt, entbehre, und also bei richtiger Ausbildung eine ganze Reihe männlicher Arbeiten übernehmen könne. Wäre es nur eben so gewiß, daß, wenn auf solche Art die Frauen ihre bisherige Lebenssphäre verließen, die Männer die Fähigkeit besäßen, sie im Haushalt und der Kinderpflege zu ersetzen. Vor Allem aber scheint mir Stuart Mill zu übersehen, daß es immer nicht bloß auf die Quantität, sondern in gleichem Maße auf die Richtung des Talentes ankommt. In dieser Hinsicht aber wird sogar seine Autorität die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß dieselbe Schöpferkraft, welche dem Manne die Pflichten des Vaters und der Frau das Amt der Mutter übertragen, auch die geistige Constitution eines jeden Geschlechtes dieser Ur= und Grundbestimmung angepaßt hat. Neben dem Wirken und Dulden der Mutter hat keine andere große Arbeit Raum. Bei gleicher Qualität der Geistesbegabung würde also die Frau, welche kaum erwachsen ihre Schulbildung abschließen muß, in der empfindlichsten Weise und nach jeder Richtung hinter dem Manne zurückbleiben, dessen Thätigkeit das Leben hindurch in jedem Berufe zu irgend einem Lernen Antrieb gibt.

So hat denn die Natur das geistige Interesse der Frau nach einer andern Seite gewandt, und ihr die methodische Durchbildung des Verstandes durch eine angeborene Feinheit und Schnelligkeit des Gesammtempfindens ersetzt, wie sie bei dem männlichen Geiste äußerst selten vorkommt. Der Mann gelangt zu einem festen Urtheil über eine Erscheinung erst nach der Discussion ihres Zusammenhanges mit allen andern Dingen: die Frau ergreift oder lehnt sie ab nach dem unmittelbaren Eindrucke derselben auf ihr eigenes Wesen. Den

Mann, auch den geistreichsten und genialsten, würde ein solches Verfahren den ärgsten Irrthümern aussetzen; die Frau bewährt dabei, wenn sie anders gesund ist, einen ganz sichern Tact, den sie sich durch langes logisches Erwägen des einzelnen Falles vielleicht nur verdunkeln würde. Es ist die Gabe unvermittelter oder doch unbewußt vermittelter Anschauung, nach welcher schon vor Jahrtausenden unsere Vorfahren in dem Weibe etwas Heiliges und Prophetisches erblickten: sie halten, sagte Tacitus, die Meinung der Frauen hoch und legen Gewicht auf ihre Aussprüche; sie haben in einigen, ohne sie gerade für Göttinnen zu halten, gleichsam ein Wehen göttlichen Geistes verehrt. Diese Art der Anschauung verhält sich zu den Beobachtungen des Verstandes wie das unbewußte Schaffen des Künstlers zu den erschlossenen Resultaten der Wissenschaft; die höchsten Leistungen des menschlichen Geistes erscheinen da, wo der Genius beide Fähigkeiten in gleicher Kraft verbindet; beide sind denn auch keinem der beiden Geschlechter ganz versagt, wohl aber in verschiedenem Maße unter dieselben vertheilt. Der Mann, auf welchem der Kampf des äußern Lebens für sich und die Seinen liegt, ist der geborene Logiker und Dialektiker; die Frau, deren Beruf die innere Beseelung des Hauses ist, erkennt und wirkt durch den Tact ihres Gesammtgefühls. Man bemerkt leicht, wie unschätzbar eine solche Richtung der geistigen Anlage vor Allem auf dem Gebiete der sittlichen Erziehung ist. Keine Kenntniß und Methode der pädagogischen Wissenschaft könnte hier die rasche und klare Empfindung der Mutter ersetzen, das unendlich nüancirte Urtheil über die einzelnen Regungen des Kindes, die tiefe Auffassung der gesammten Persönlichkeit desselben. Ueberhaupt, wenn irgendwo der rechnende und schließende Gedanke seine Unzulänglichkeit erklären und der Kraft der unmittelbaren Intuition das Feld räumen muß, so ist es bei der Erkenntniß und Behandlung einer menschlichen Individualität nach ihren Wesenskerne, ihren Stärken und Schwächen, ihren Bedürfnissen und Antipathieen. Niemand, der Menschen erziehen und lenken will, darf dieser Gabe völlig entbehren; unter den Männern erscheint sie als persönliche Anlage Einzelner neben anderen Talenten Anderer, bei den Frauen ist sie mit seltenen Ausnahmen regelmäßiges Gemeingut. Dadurch stellt sich denn auch in Bezug auf die Macht ganz von selbst das

Gleichgewicht zwischen beiden Geschlechtern her. In einer guten Ehe unterstützt der Mann durch sein logisches Urtheil den Verstand der Frau, und die Frau nach ihrem sicheren Empfinden ist recht eigentlich das Gewissen des Mannes. Der Mann ist durch Discussion und Willen der Herr der äußern Welt und deshalb auch des Hauses; aber nach ihrer unbewußten Menschenkenntniß lenkt und bestimmt den gestrengen Herrscher doch immer die Frau, und Gott möge uns davor bewahren, daß dieser Einfluß an der rechten Stelle uns jemals ermangele.

Auf der andern Seite erhellt nicht minder deutlich, wie die angegebene Tendenz der weiblichen Natur die Theilnahme der Frau an den Geschäften der Männer sehr bestimmt begränzt, auch da, wo die äußeren Verhältnisse des Hauses sie sonst möglich machen, also wo keine Kinder zu pflegen, oder wo sie bereits erwachsen sind, oder wo es sich um die Thätigkeit unverheiratheter Frauen handelt. Man kann die allgemeine Regel dahin aussprechen: je mehr ein Beruf neben dem unbewußten Schauen und Schaffen das bewußte logische Raisonnement in Anspruch nimmt, desto weniger ist er für weibliche Arbeit geeignet. Zu allen Zeiten finden wir Frauen auf den verschiedenen Gebieten der schönen Kunst mit bestem Ergebniß thätig, weil hier die Hauptsache der Leistung sofort mit dem unbewußten Acte des genialen Schaffens gegeben ist. Wir sehen sie den Männern überlegen auf gewissen Feldern des praktischen Lebens, wo es besonders auf feinsinnigen Tact oder auf die richtige Behandlung anderer Personen ankommt, so z. B. beim Detailverkauf, der Gärtnerei, der Krankenpflege. Nach jenem Talente der Menschenkenntniß und Menschenlenkung haben Frauen das höchste Amt dieser Erde, das fürstliche, in manchen Fällen mit glänzendem Erfolge verwaltet, indem sie für die ihnen ferner liegende geschäftliche und technische Seite desselben mit sicherem Blicke die rechten Werkzeuge zu finden wußten. Andere haben sich nach ähnlicher Begabung auf dem Gebiete der Medicin, der Diplomatie, der priesterlichen Seelsorge bewährt. Dagegen weiß die Geschichte von weiblichen Philosophen, weiblichen Juristen, weiblichen Politikern sehr wenig oder doch sehr wenig Rühmliches zu berichten, und während eine talentvolle Dichterin uns ein natürliches nnd anziehendes Bild ist, schüttelt sich ein Jeder, wenn er von einem

weiblichen Advocaten, Literaten und Zeitungsschreiber hört. Der Grund ist immer derselbe: in den eben genannten Thätigkeiten kommt Alles auf bewußte und methodische Dialektik an, und hier empfinden wir sofort den Widerspruch gegen die normale Constitution der Frau. Wir sehen den charakteristischen Reiz der Weiblichkeit zu Grunde gehen, und fassen zugleich zu der Tüchtigkeit der naturwidrigen Leistung nur in geringem Maße Vertrauen. Es dünkt uns also nicht wahrscheinlich, daß wir demnächst weibliche Professoren und Regierungs-Präsidenten erleben werden, und wenn es geschähe, erschiene es uns als ein äußerst zweifelhafter Gewinn. Nur bei dem seltensten persönlichen Genie wird hier die Frau mit der Arbeit des Mannes wetteifern können und auch dann bei jedem solchen Versuche Gefahr laufen, den unbewußten Tact und das sichere Gefühl abzustumpfen, aus dem zugleich die Anmuth und Kraft ihres Geschlechtes entspringt. Sie wird kein ganzer Mann und ist keine rechte Frau mehr; die Männin ist der Welt genau so viel werth wie ein weibischer Mann.

Nach allem diesem brauche ich kaum noch besonders zu sagen, was ich von dem Antrag auf politisches Stimm- und Wahlrecht der Frauen halte. Die Verheirathete ist Eines mit ihrem Manne, beide zusammen haben nach außen nur einen Willen, und dieser wird in politischen Dingen von dem Manne vertreten. Was die Wittwe betrifft, so wie die Unverheirathete, wenn sie der väterlichen Gewalt entwachsen ist, so scheint mir die Frage durchaus von den allgemeinen Grundsätzen des geltenden Wahlsystems abzuhangen. Erblickt dieses in der Ernennung der Gesetzgeber, der Kreis- und Gemeindebeamten ein wichtiges politisches Amt, zu dessen Ausübung entsprechende politische Befähigung und Leistung erforderlich ist, so glaube ich nicht, daß die Zahl der Damen, welche diese Bedingungen erfüllen oder zu erfüllen wünschen, jemals groß sein wird, zumal wenn ein englischer Kritiker mit der Behauptung Recht hätte, daß bisher noch keine Mutter jenen Anspruch zu erheben Lust gehabt, sondern alle weiblichen Agitatoren reifere Jungfrauen oder kinderlose Frauen gewesen seien. Erklärt man dagegen das politische Stimmrecht für ein durch die bloße Geburt erworbenes Menschenrecht, so ist die Forderung jener Damen, die ohne Zweifel geboren und als Menschen geboren

sind, consequenter Weise nicht abzulehnen: als der erste norddeutsche Reichstag uns mit dem suffrage universel beschenkte, habe ich mir schon damals, 1867, erlaubt, auf diese nothwendige Folgerung hinzuweisen. Auf dem Grunde dieses Systems läßt sich gar nichts gegen die Worte einer amerikanischen Freundin der Frau Lewald einwenden, es sei unerträglich, daß eine gebildete Dame eines wichtigen Rechtes beraubt sei, welches der dümmste Schusterbube und der roheste Neger besäße. Offen bleibt dabei nur die Frage, ob der Staat besser thue, den züchtigen Jungfrauen das Wahlrecht zu geben, oder es den dummen und rohen Mänern so weit wie möglich zu beschränken.

Mit Einem Worte also, weder ein Gewinn für den Staat noch für die Frauen würde es mich bedünken, wenn das weibliche Geschlecht zur Ausübung politischer Rechte oder zur Bekleidung öffentlicher Aemter berufen würde. Dagegen wäre es völlig verkehrt, ihm auf dem Gebiete der privaten Arbeit, der ökonomischen und industriellen, der literarischen und künstlerischen Thätigkeit, irgend eine gesetzliche Schranke zu ziehen, außer der einen, in der Natur der Ehe begründeten, daß die Ehefrau nicht ohne Zustimmung des Mannes ein selbstständiges Gewerbe betreibe. Die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes hat zum Glücke für unsere Nation den großen Grundsatz voller Arbeitsfreiheit für Alle anerkannt und die Wohlthaten dieses Systems dem weiblichen Geschlechte so gut wie den Männern zugedacht. Wie gesagt, die Ehefrau wird nur in einzelnen Ausnahmefällen thatsächlich in der Lage sein, davon Gebrauch zu machen; in der Regel hat sie für andere Dinge zu sorgen als Geld zu erwerben; heute und künftig wird nach der Natur der Dinge das alte Wort des Aristoteles gelten, daß der Mann das Vermögen erringen und die Frau es bewahren soll. Desto wichtiger ist das Princip der vollen Gewerbefreiheit für die Unverheiratheten, und hierauf mit lebhaften Nachdruck hingewiesen zu haben, scheint mir das einzige, aber auch äußerst dankenswerthe Verdienst der modernen Agitation. Je unverholener ich dies anerkenne, um so mehr wünsche ich, daß es durch genaue Klarheit über Zweck und Mittel erfolgreich bleiben, daß es nicht durch Verquickung mit den windigen Partieen der Emancipationslehre, durch Ignoriren der natürlichen Verschieden-

heit beider Geschlechter, durch Mißachtung der Ehe als des regelmäßigen weiblichen Berufes, geschädigt und verkümmert werde. Zur Zeit scheint mir die Hauptaufgabe weniger in der Richtung zu liegen, wo sie zuweilen mit dem geräuschvollsten Eifer gesucht wird, in der Eröffnung neuer Arbeitsfelder und bisher unbekannter Erwerbsquellen für die Frauen; denn, wie wir eben sahen, alle Gebiete productiver Arbeit sind durch die heutigen Gesetze den Frauen geöffnet und zum großen Theile auch in der Praxis bereits von ihnen in Angriff genommen; die Einzelne braucht nur zu wollen, sich vorzubereiten, zu beginnen. Wenn ich nicht ganz irre, so kommen denn auch heute die Klagen über die Unzulänglichkeit der Erwerbswege durchgängig nur von einer Seite; es handelt sich um die Töchter unserer höheren Stände, welche, an eine glänzende sociale Stellung gewöhnt, diese in so häufigen Fällen mit dem Tode des Vaters plötzlich zusammenbrechen sehen, während sie oft genug auch zu dem geringfügigsten selbstständigen Erwerbe nicht vorgebildet sind. Hiermit ist aber sofort auch der eigentliche Grund des Uebels ausgesprochen; er liegt nicht in den Mangel fruchtbarer Gebiete der Frauenarbeit, sondern in weit verbreiteter Unvollkommenheit der weiblichen Erziehung gerade in den höheren Schichten unserer Gesellschaft. Eine Revision der hier geltenden Grundsätze und Gewohnheiten scheint mir bei Weitem die wichtigste Aufgabe derer zu sein, welchen die wahre Hebung und Befreiung des weiblichen Geschlechtes am Herzen liegt.

An dieser Stelle ist, wie es sich versteht, eine erschöpfende Discussion des weiten Gegenstandes unmöglich: ich beschränke mich, auf einige für unseren Zusammenhang leitende Gesichtspuncte hinzuweisen. Der höhere Unterricht der weiblichen Jugend hat zunächst dieselbe Aufgabe, wie die Gymnasien und höheren Realschulen für die Knaben; die formale Bildung, d. h. die Uebung und Stärkung sämmtlicher Geisteskräfte. Wie die Aufgabe, so sind im Wesentlichen die Mittel für beide Geschlechter dieselben. Wer richtig sprechen lernt, lernt dadurch auch correctes Denken; Entwicklung des Styls ist Schulung des Geistes, Erlernung fremder Sprachen ist Bereicherung desselben. Dies gilt für Mädchen wie für Knaben; es ist nirgend ein Grund abzusehen, in der Betonung dieser Hauptsache, im Ernste und der Gründlichkeit des Sprach- und Stylunterrichtes

irgend einen Unterschied zwischen den Geschlechtern zu machen. Es ist ein leeres und durchaus nicht unschädliches Vorurtheil, welches die zweifellos besten und fruchtbarsten Mittel zur Erreichung dieses Hauptzweckes, die beiden classischen Sprachen, aus dem weiblichen Unterrichte ausschließt. Niemand wird Einwendung erheben, wenn die Schule Gelegenheit auch zur Aneignung lebender Idiome, des Französischen, Englischen u. s. w., bietet; der Besitz derselben ist höchst erfreulich für Leben und Lectüre; nur sollte Niemand für die Gesammtbildung, gleichviel ob des Knaben oder des Mädchens, gleiche Frucht von ihnen, wie von dem Lateinischen und Griechischen erwarten, oder gar dem Mädchen geringeres Geschick als dem Knaben auf diesem Felde zutrauen. Die Verschiedenheit der Geschlechter macht sich für den Unterricht erst geltend, wo es auf die Auswahl und die Behandlung der neben den Sprachen zu überliefernden Kenntnisse ankommt. Für den Knaben soll das Gymnasium die Vorbereitung zu einem wissenschaftlichen Fachstudium, für das Mädchen zu dem allgemeinen weiblichen Berufe der Hausfrau und Mutter sein, und je strenger auf beiden Seiten dieser leitende Gesichtspunkt durchgeführt wird, desto besser für den Erfolg, denn in pädagogischen Dingen ist nichts nöthiger, als Klarheit und Einheit des Zweckes, und nichts schädlicher, als das Streben, zwei Fliegen mit Einer Klappe zu schlagen. Schon aus diesem Grunde halte ich das amerikanische Experiment, Knaben und Mädchen in Einer Classe zu vereinigen, für gründlich verfehlt. Das Mädchen-Gymnasium soll die Vorbildung der Hausfrau liefern, nichts als dieses, dieses aber ernstlich: und wer sich genau entwickelt, wie Vieles in diesen Kreis (der Mutter, der Hausfrau, der Frau vom Hause) hineinfällt, und welche Gesinnung zu einer gedeihlichen Bearbeitung desselben gehört, wird bald inne werden, daß er damit die bisher landläufigen Anforderungen nicht herabsetzt, sondern steigert. Auch ist dies in der Theorie so ziemlich anerkannt; in der Praxis ist die häufigste Klippe, daß man aus der umfassenden Aufgabe ein einzelnes, untergeordnetes Moment einseitig in den Vordergrund stellt, daß man sich nicht die Ausbildung der Frau, sondern der Dame zum Ziele setzt, nicht auf das Wesen, sondern auf den Schein, nicht auf das gesammte Bedürfniß, sondern auf einen speciellen Schmuck des Lebens arbeitet.

Ich bitte, mich hier nicht dahin mißzuverstehen, als wenn ich etwa die Ausbildung der körperlichen Anmuth, des Geschmackes in der Kleidung, der sicheren Gewandtheit in Benehmen nicht für einen wesentlichen Theil der weiblichen Erziehung hielte: was ich im Auge habe, ist die Verkrüppelung des geistigen und technischen Unterrichts, welche nicht mehr die Kräftigung der Seele und nicht die Förderung des Hausstandes, sondern eine fertige und flache Bereitschaft zu jeder Conversation und Repräsentation als die höchste Aufgabe zu betrachten scheint. In den Handarbeiten trägt es nicht selten die ganz nutzlose Kunststickerei über das überall Nothwendige, über die Anfertigung des Kleides davon. Man treibt Musik, weniger zu edler und reiner Anregung der Phantasie oder zu künftiger Belebung des Familienkreises, als für die Ausbildung einer, wenn nicht für den Concertsaal, so doch für den Applaus des Salons hinreichenden Virtuosität. Auf dem Gebiete der schönen Literatur ist es ziemlich fester Brauch, daß die Namen der Poeten, die Titel der Dichtungen und zu jeder ein wohl redigirtes Urtheil dem Gedächtniß eingeprägt werden, damit sich dereinst die erwachsene Dame bei keinem literarischen Gespräche der guten Gesellschaft in Verlegenheit befinden könne: durchaus nicht so sicher ist es anzunehmen, daß die junge Seele durch den unmittelbaren Genuß der großen Meisterwerke erquickt und gehoben worden ist. Die Beseitigung der alten Sprachen hat wohl auch keinen andern Grund. Welche Mutter heranwachsender Knaben hat es nicht schon beklagt, ihre Söhne nicht wenigstens auf den ersten Stufen des Gymnasiums lenkend und beaufsichtigend begleiten zu können? Und welch ein fruchtbares Band zwischen den Geschwistern würde eine solche fortgesetzte Gemeinschaft des wichtigsten Lernstoffes sein? Aber die falsche Sitte ist unerbittlich. In der Gesellschaft kommt man freilich nie in die Lage, lateinisch oder griechisch angeredet zu werden, oft genug aber, mit einem französischen oder englichen Tänzer die angenehmsten Dinge zu verhandeln, oder im Cursaal inmitten eines vielsprachigen Publicums sich mit beneideter Sicherheit bewegen zu wollen. Es wäre noch ein langes Capitel; jedoch ist es für unseren Zweck ausreichend, durch diese Beispiele das Problem und den Fehlgriff anschaulich zu machen.

In die Schule absolvirt, was nach dem angegebenen Grundsatze

mit dem 15. oder 16. Lebensjahre der Fall sein wird, so gibt es für das jetzt zur Jungfrau entwickelte Mädchen zunächst nur Eine Hochschule und nur Einen Professor an derselben, das Elternhaus und die Mutter. Gerade in diesen ersten Jahren die Mündigkeit und zugleich den letzten vor der vielleicht nahe bevorstehenden Heirath concentrirt sich ihr Bildungsgang ganz und gar in dem Leben des Hauses. Früher hat sie die Wohlthaten desselben passiv genossen: jetzt soll sie, um ihrer Zukunft gerecht zu werden, unter dem Auge der Mutter durch thätiges Wirken an der Leitung des Hausstandes, der Erziehung jüngerer Geschwister, der Erfüllung der gesellschaftlichen Anforderungen Theil nehmen. Alles kommt darauf an, daß sie Stimmungen, Bedürfnisse und Mittel des häuslichen Daseins zu vollster Aneignung sich vergegenwärtige, um hier unter dem Dache der Eltern für die Bestellung des eigenen Heerdes tüchtig zu werden. Verkehrteres weiß ich also nicht zu denken, als die leider noch so häufige Gewohnheit, gerade in diesem Lebensabschnitte die Tochter aus dem Elternhause zu entfernen, ohne einen anderen Grund, als daß sie in irgend einer namhaften auswärtigen Pension den letzten Schliff der Bildung, die letzte Politur der Weltläufigkeit erlange. Sie hört noch diese oder jene Vorlesung von höherer Eleganz, schließt eine oder die andere ewige Herzensfreundschaft, und lebt übrigens in einer Gemeinschaft, welche gerade mit Haus und Familie nicht die mindeste Aehnlichkeit hat, sondern eine sonst unerhörte Verbindung von Salon, Kloster und Akademie darstellt. Für die allgemeine Vorbereitung der künftigen Hausfrau bringt die Einrichtung keinen Vortheil, sondern nur eine Störung. Von dem Beginn einer fachmäßigen Ausbildung für irgend einen speciellen Nahrungsberuf ist entfernt nicht die Rede. Glücklicher Weise sind unsere jungen Damen von so trefflichem Seelen- und Herzensstoffe, daß sie selbst dieses Abenteuer ohne erheblichen Schaden zu bestehen pflegen.

Für die Mehrzahl, für die künftigen Ehefrauen, ist der Cursus des Unterrichtes hiermit beschlossen. Aber nicht Alle gehören zu dieser Mehrzahl, und Keine ist im Voraus sicher, zu ihr zu gehören. So bleibt auch auf unserem Standpunkte die Forderung, für das nach erlangter Ausbildung im häuslichen Berufe eintretende Fachstudium dem weiblichen Geschlechte bereitere Hülfe, wirksamere Anstalten,

kräftigeren Antrieb zu geben, als es bisher geschehen. Leidlich ausreichende Hülfsmittel und Gewohnheit des Studiums finden sich bisher fast nur für einen Zweig, für die Vorbereitung zum Lehrerberufe. Naturwissenschaftliche, medicinische, kaufmännische und Gewerbeschulen für Mädchen sind in hohem Grade wünschenswerth, sollen aber, so viel ich weiß, erst noch entstehen. Die immer mehr sich verbreitende Einrichtung der öffentlichen Vorträge ließe sich leicht und wirksam für entsprechende Lehrzwecke erweitern, wenn man nicht sechzig Minuten je einem Wissensfragmente, sondern zwanzig Stunden einer zusammenhangenden Lehrentwicklung widmete, wie z. B. in dem Berliner Victoria-Lyceum damit ein erfreulicher Anfang, allerdings immer erst ein Anfang gemacht worden ist. Ganz verkehrt aber ist wieder die hier und da auftauchende Forderung, Mädchen und Frauen zu den Lehrcursen der Universitäten zuzulassen; soll ein Unterricht gut sein, so muß er, wie gesagt, einen festbestimmten Zweck verfolgen, ein bestimmt vorbereitetes Publicum voraussetzen. Wenn unsere Universitätscollegien für die Damen taugten, so wären sie unzweckmäßig für die Studenten, und umgekehrt. Ich denke, daß die deutsche Nation Kraft und Eifer genug haben wird, um sowohl ihren Söhnen als ihren Töchtern die einem Jeden gemäßen Bildungsquellen in reichem Maße zu eröffnen: nur ist stets die Grundforderung zu wiederholen, daß es auf beiden Seiten mit fester Planmäßigkeit und in Anerkennung der großen Naturgesetze geschehe. Eine Nation kann nicht wirksamer für ihr Gesammtgedeihen sorgen, als wenn sie die rechte Entwicklung des weiblichen Geschlechtes befördert; sie kann nicht schlimmer den Grund ihres Daseins vergiften, als wenn sie die Frauen ihrem hohen natürlichen Berufe entfremdet. Wer von der Zukunft Früchte begehrt, muß die Blüthen der Gegenwart pflegen; die besten Blüthen aber eines Volkes sind seine Frauen.

Die Lehren

des heutigen

Socialismus und Communismus.

Zwei Vorträge,

gehalten in Barmen, am 9. und 16. März 1872.

I.

Wenn ich, ein akademischer Gelehrter, es unternehme, über eine der wichtigsten Fragen der industriellen Welt an diesem Orte und in diesem Kreise, der eine Menge der erfahrensten Praktiker unserer Industrie vereinigt, lehrend aufzutreten, so könnte dies leicht als eine völlig unberechtigte Anmaßung erscheinen. Ich beeile mich daher, die Grenzen meiner Aufgabe in bestimmter Fassung zu bezeichnen. Die Verhandlung dessen, was man die sociale Frage zu nennen pflegt, hat gegenwärtig einen Umfang gewonnen, der sich mit allen Gebieten des Lebens und der Wissenschaft berührt. Die Forderung der modernen Socialisten beziehen sich in erster Linie auf eine Umgestaltung des industriellen Lebens. Zugleich aber suchen sie ihre Berechtigung nachzuweisen durch eine neue Auffassung der Grundlagen alles menschlichen Daseins, des Rechtes und des Staates, der Geschichte und der Philosophie. Das schließliche Urtheil über die Ausführbarkeit ihrer Ansprüche kann nur auf dem Standpunkte des praktischen Geschäftsmannes, die Auseinandersetzung aber mit ihren Grundsätzen nur auf dem Boden der Wissenschaft gelingen. So ist zu einer umfassenden Erledigung des Problems allerdings das Zusammenwirken von Theorie und Praxis erforderlich, und eine gedeihliche Reform wird erst dann aussichtsvoll werden, wenn die Wissenschaft das Maß der Berechtigung und die industrielle Praxis die Möglichkeit der Durchführung Betreffs der socialen Forderungen festgestellt haben.

In Deutschland ist die sociale Bewegung von jüngerem Datum als in unseren Nachbarländern, aus den beiden Gründen, daß sowohl die Entwickelung der Industrie, welche den Anstoß zur Entstehung des Socialismus, als auch die liberale Staatsordnung, welche ihm die Möglichkeit des Heranwachsens giebt, bei uns jünger ist.

Der Anfang der modernen Bestrebungen zeigt sich bei uns erst in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts, wesentlich durch die Franzosen St. Simon und noch mehr Louis Blanc angeregt, von welchem letzteren die bis heute verbreiteten Stichworte: Bourgeoisie (gleich Inbegriff der Capitalisten), Volk (gleich Inbegriff der Lohnarbeiter), Organisation der Arbeit (gleich Einrichtung von Arbeiterfabriken auf Staatskosten), übernommen wurden. Die bedeutendsten geistigen Fähigkeiten, welche damals auf diesem Gebiete hervortraten, waren Friedrich Engels, in einer gründlichen, sehr einseitigen, aber auch heute noch lehrreichen Darstellung der englischen Fabrikzustände, und Karl Marx, vornehmlich in einer scharfen Kritik gegen den französischen Journalisten Proudhon, dem er freilich nicht wie die französischen Conservativen wegen seines Socialismus, sondern umgekehrt wegen seiner wissenschaftlichen Halbheit und praktischen Unentschlossenheit zürnte. In beiden Büchern findet man bereits alle Keime zu der heute so gewaltig herangewachsenen Agitation. Es kam dann die Revolution von 1848, und auch in Deutschland verschmolz sich mit der republikanischen Partei ein starker Zusatz socialistischer Elemente, wurde aber damit auch in die schließliche Niederlage der Republikaner verwickelt und für eine geraume Zeit in Deutschland mundtodt gemacht. Auf literarischem Gebiete hatte die Bewegung nur eine bedeutendere Erscheinung hervorgerufen, ein Buch von Karl Marlo, einem Kasseler Professor Winkelblech, welches jedoch durch eine Reihe absonderlicher Eigenthümlichkeiten jede weitere Wirkung verfehlte und auch durch die nachträgliche Empfehlung des Wiener Ex-Professors und Ex-Ministers Schäffle schwerlich eine solche erzielen wird. Es blieb 1850 bei der völligen Zurückdrängung des Socialismus. Die Führer mußten in das Ausland flüchten, die Massen versanken wieder in die hergebrachte Ruhe. Gegen Ende der fünfziger Jahre schien auch bei uns das Freihandelssystem zu unbedingter Anerkennung gelangt, mit seinem Grundsatze unbedingter Freiheit des Eigenthums und der Verträge, der Arbeit und des Verkehrs, als ausreichende Bürgschaft für den wachsenden Wohlstand Aller, für vermehrte Gütererzeugung und für naturgemäße Güterverteilung, stets unter der Bedingung, daß kein fremder Zwang, keine bindende Vorschrift des Staates in das ökonomische Treiben der Einzelnen störend ein-

greife. Man lasse, hieß es, den Dingen ungehindert ihren Lauf; die ökonomische Bewegung erfolgt mit Regelmäßigkeit eines Systems von Naturkräften; man muß diese nur nicht meistern und hindern wollen, dann setzen sie sich stets nach unwandelbaren Gesetzen in heilsames Gleichgewicht. Als dann vollends auf dem Grunde dieses Systems Schulze-Delitzsch den Arbeitern darlegte, daß es nur auf sie selbst ankomme, durch Sparsamkeit, Fleiß und Zusammenhalten ihre Lage zu verbessern, als die von ihm empfohlenen Vorschuß-, Rohstoff- und Creditvereine in allen Theilen Deutschlands eine sehr bedeutende Wirksamkeit entfalteten, da schien vielen vertrauenden Gemüthern die sociale Frage für immer gelöst, die sociale Sorge auf alle Zeiten aus der Welt geschafft. Freilich gab es noch Armuth und Hunger genug; aber man vertraute, daß die natürliche Entwickelung der Freiheit in sicherem Fortschritt die Dinge immer fort zum Besseren wenden würde.

Es ist Ihnen allen nun bekannt, daß gerade an eine Kritik des Schulze'schen Vereinswesens durch Ferdinand Lassalle seit 1863 eine neue Erhebung des Socialismus anknüpfte und mit einem Schlage die deutsche Arbeiterwelt durch den Schlachtruf der Staatshülfe in umfassende Aufregung setzte. Deren Entwickelung ist es, die ich Ihnen im Einzelnen darzulegen wünsche, und zwar an erster Stelle die wissenschaftliche Begründung ihrer Ansprüche durch ihre geistig hervorragenden Führer. Der bedeutendste unter diesen ist aber keineswegs Lassalle — obwohl derselbe unter der deutschen Arbeiterbewegung in der sichtbarsten Rolle hervorgetreten ist: wir werden sehen, in welchem Grade es ihm an originaler Schöpferkraft gefehlt, wie sehr er sich mit der populären Verbreitung fremder Gedanken begnügt hat. Vielmehr ist bei weitem der umfassendste und gewichtigste Geist unter dieser Gruppe der Mann, den ich vorher als früheren Gegner Proudhon's bezeichnete, der schon 1859 die Grundzüge seines Systems in kleineren Abhandlungen der Oeffentlichkeit vorgelegt, und seitdem in einem größeren, höchst lesenswerthen Buche: Das Capital (ein dicker Band ist erschienen, zwei andere sollen folgen), die Anschauungen und Begehren seiner Partei in ausführlicher Gründlichkeit entwickelt hat. Marx ist, wie Lassalle, durchaus kein Proletarier, sondern der Sohn eines jüdischen Bourgeois und wie jener ein eifriger

Schüler der Hegel'schen Philosophie. Nachdem er vor zwanzig Jahren seinen Wohnort in London genommen, hat er mit einem unermüdlichen Fleiße die Verhältnisse der englischen Industrie, die Entstehung und das Heranwachsen ihrer einzelnen Zweige, die Lage der verschiedenen Arbeiterclassen, die Wechselbeziehung zwischen Industrie und Ackerbau studirt. Er hat dann diese Forschungen weit zurück in die Vergangenheit ausgedehnt, die Umwälzung der dortigen Lebenszustände durch die großen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts untersucht und so den Ursprung der heutigen Verhältnisse in großem historischem Zusammenhange aufzufassen vermocht. Dabei ist er einer der gründlichsten Kenner der volkswirthschaftlichen Literatur in allen Ländern Europa's, so daß er sowohl von der theoretischen als von der praktischen Seite mit einer ganz seltenen Vorbereitung seine Aufgabe ergriffen hat. Sein Styl ist nicht eben erfreulich; als guter Hegelianer strebt er die ungeheueren Massen seines Stoffes auf die Entwickelungs-Momente eines einzigen Grundbegriffs zurückzuführen und wird dadurch in seinem Raisonnement oft unerträglich weitschweifig, oft in lästiger Weise schwerfällig. Bündig aber und geschlossen ist seine Erörterung im höchsten Grade; wer ihm die ersten Sätze zugiebt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen genöthigt. Jedenfalls begreift man nach der Lecture des Buchs, daß der Verfasser innerhalb seiner Partei einen großen, leitenden Einfluß gewinnen mußte; er ist bekanntlich Mitglied des Generalraths der Internationale und nach sehr bestimmten Nachrichten zur Zeit die eigentliche Seele und der thatsächliche Führer des gefährlichen Bundes.

Er beginnt sein Buch mit einigen rein theoretischen Ausführungen zur Klarstellung der Grundbegriffe, und auch ich muß für einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit für diese scheinbar trockenen oder spitzfindigen Dinge erbitten. Denn, wie eben gesagt, nicht weniger als Alles hängt davon ab. Ich werde bei der Besprechung derselben mich absichtlich ganz auf Marx' Standpunkt stellen und die wissenschaftlichen Begriffe überall nach seinem eigenen Sprachgebrauch bezeichnen, um dadurch auch die Widerlegung, wo eine solche nöthig wird, der Sache möglichst genau anzupassen. — Bei jeder Waare also kann man eine doppelte Art des Werthes unterscheiden, den

Nutzen, den sie durch ihren Verbrauch für menschliche Bedürfnisse bringt, ihren Gebrauchswerth, und die Bedeutung, die sie im Austausch gegen andere Waaren hat, den Tauschwerth. Daß beide Werthe nicht gleich sind, daß sie sich nach verschiedenem Maße bestimmen, ist einleuchtend auf den ersten Blick. Der Gebrauchswerth von 100 Pfund Brod für die menschliche Ernährung ist stets derselbe, ihr Tauschwerth, ihr Preis dagegen steht bald höher, bald niedriger, je nach dem günstigen oder ungünstigen Ausfall der Ernte, der Leichtigkeit der Zufuhr, der Verbesserung der Mühlen oder Bäckereien. Als Gebrauchsgegenstand hat jede Waare ihren eigenthümlichen Charakter, je nach dem menschlichen Bedürfniß, dem sie dient. Der Tauschwerth zeigt eine ihnen allen gemeinsame Eigenschaft, die nur in verschiedener Quantität bei den einzelnen Waaren erscheint. Als Gebrauchsgegenstand können weder 100 noch auch 1000 Beefsteaks ein Paar Stiefel ersetzen; dies hindert nicht, daß eine gewisse Anzahl Beefsteaks genau den Tauschwerth eines Paars Stiefel hat. Damit dies möglich sei, muß es also eine Eigenschaft geben, welche allen Waaren aller Art, seien sie sonst noch so verschieden, anhaftet: Dinge, die gar nichts mit einander gemein haben, kann man ja nicht mit einander vergleichen; Jeder würde lachen, den man fragte, wie viele Beefsteaks den Werth eines guten Witzes hätten. Marx fragt nun: Was ist dieser gemeinsame Bestandtheil aller Waaren, dessen Größe bei jeder einzelnen das Maß ihres Tauschwerths bildet? und seine Antwort, anknüpfend an die Theorie des großen englischen National=Oekonomen Ricardo, lautet dahin: Es ist die zu ihrer Erzeugung nöthige menschliche Arbeit.

In der That ist so viel einleuchtend, daß, wo gar keine Arbeit stattgefunden hat, auch kein Tauschwerth existirt. Die unentbehrlichsten Gebrauchswerthe für den Menschen sind Luft und Wasser; aber Tauschwerth haben unter gewöhnlichen Verhältnissen beide nicht, weil sie dem Menschen ohne eigene Arbeit zukommen. Damit die Arbeit Tauschwerth erzeuge, ist es erforderlich, daß es überhaupt nützliche Arbeit sei, daß sie einem menschlichen Bedürfniß diene, daß sie den Naturstoffen eine für menschliche Zwecke brauchbare Form gebe: wo Tauschwerth entstehen soll, muß also auch irgend ein Gebrauchswerth vorhanden sein. Nur, betont Marx, irgend ein Gebrauchswerth.

Welche Art des Nutzens, das ist gleichgültig für das Maß des Tauschwerthes. Nicht die besondere Art und Richtung der einzelnen Arbeit wird im Tauschwerth geschätzt, sondern das aller Arbeit Gemeinsame, der Verbrauch menschlicher Arbeitskraft, oder, wie Marx es ausdrückt, die Verausgabung menschlicher Hirn= und Nerven= und Muskelsubstanz. Diese erscheint bei jeder Art der Arbeit, sie ist das Maß ihres Tauschwerths, und sie selbst wird lediglich durch ihre Dauer, durch die Arbeitszeit gemessen. Die Thätigkeit des Schneiders ist eine ganz andere als die des Webers; wenn aber zur Entstehung eines Rockes eben so viele Arbeitsstunden nöthig waren, wie zur Herstellung von 10 Ellen Leinwand, so werden beide Waaren gleichen Tauschwerth, gleichen Marktpreis haben.

Sie sehen wohl schon hier, auf welches Ziel diese Erörterung hinsteuert. Der Tauschwerth einer Waare ist das Erzeugniß allein der Arbeit. Der Weg ist damit geöffnet zu der Frage: Wem gehört also von Rechts wegen dieser Tauschwerth? Doch wohl keinem Anderen, als seinem Schöpfer, dem Arbeiter? Wie kommt der Fabrikant dazu, ihn einzustecken?

Ehe wir darauf näher eingehen, wird es gut sein, den ersten Grundsatz zu prüfen, daß nur die in einer Waare verkörperte Arbeit Quelle und Maß des Tauschwerthes sei. Damit die Arbeit Werthe erzeuge, muß sie, hörten wir Marx erklären, irgendwie nützlich sein, irgend einem menschlichen Bedürfnisse dienen. Der Tauschwerth entstehe stets in dem Boden irgendeines Gebrauchswerthes, welcher Art aber dieser sei, das sei dem Tauschwerthe gleichgültig. Ich will dies Herrn Marx gern glauben, auf Seiten des Verkäufers; dieser wird seine Preisforderung vor allem nach der Mühe und den Ausgaben einrichten, die ihm die Erzeugung seiner Waare gekostet hat. Damit aber sollte auch auf Seiten des Käufers die Sache abgemacht sein? Kein Mensch wird das annehmen. Ein Tausch kommt zu Stande, wenn beide Parteien meinen, eben so viel einzunehmen, als sie unter anderer Form herausgeben. Der Verkäufer legt in seiner Waare ein Stück seiner Arbeitskraft, seiner Gehirn= und Muskel= und Nervensubstanz, mit Einem Worte, seiner Lebenskraft vor. Der Käufer fragt, ob der Gebrauch der Waare auch ihm durch Befriedigung eines Reizes, eines Bedürfnisses ein entsprechen=

des Quantum Lebenskraft eintragen wird. Die Bedürfnisse sind nun ebenso verschieden wie die Arten der Arbeit: aber wie diese lassen sie sich messen durch das Quantum Lebenskraft, dem sie entsprechen, und sofort zeigt sich, daß ihr Grad und ihre Dringlichkeit wechseln nach der augenblicklichen Lebenslage des Menschen. Im Winter bedarf ich zur Erzeugung der gleichen Körperwärme mehr Kohlen als im Sommer; der Tauschwerth der Kohle steigt, auch wenn die Quanta der Grubenarbeit ganz dieselben geblieben sind. Marx sagt ganz richtig, daß die Arbeit nur insoweit Werth erzeuge, als sie, „gesellschaftlich nothwendige“ Arbeit sei: wenn die Dampfspinnerei dreißig mal mehr Garn in derselben Zeit liefert, als der Handspinner, so mag sich der Handspinner einen Monat lang mit saurem Fleiße plagen, sein Garn stellt immer nur den Werth eines Arbeitstages dar. Eben so richtig aber sagt Lassalle: Wenn die menschliche Gesellschaft heute z. B. eine Million Ellen Seide bedarf, und die Unternehmer produciren deren fünf, so muß der Werth der Elle Seidenzeug mindestens auf ein Fünftel sinken, da das reale Bedürfniß aller Individuen nach Arbeit in Seide nicht gewachsen, vier Fünftel also der gelieferten Arbeit eine „gesellschaftlich nothwendige“ nicht gewesen ist. Man sieht jedoch auf den ersten Blick, daß in beiden Fällen das Wort „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ in ganz verschiedenem Sinne gebraucht wird. Im ersten Falle bezeichnet es das Minimum der Arbeit, welche zur Erzeugung einer festen Waarenmenge erforderlich ist, im zweiten das Maximum der Arbeit, welche den Gesammtbedarf des Marktes befriedigt. Im ersten Falle ändert sich der Waarenwerth durch Aenderung der erzeugenden Arbeitskraft, im zweiten bei gleichbleibender Arbeitskraft durch die Aenderung ihres Verhältnisses zum Bedürfniß. Der Tausch ist eben ein zweiseitiges Geschäft; der Tauschwerth wird nicht durch Einen Factor, sondern durch zwei bestimmt, durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das zur Erzeugung der Waare nothwendig ist, und durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das vom Gebrauche der Waare erhofft wird. Er wechselt je nach dem augenblicklichen Verhältniß beider Factoren. Die Energie, die zur Herstellung der Waare schlechterdings erforderlich ist, bezeichnet seine unterste, seine Minimalgrenze, die Energie, die sich in dem augenblicklichen Verlangen nach der Waare ausspricht, seine oberste

oder Maximalgrenze. Das stete Maß des Tauschwerthes ist demnach nicht allein die Zeitdauer der erzeugenden Arbeit, sondern das Verhältniß derselben zu dem Drange des dadurch zu stillenden Bedürfnisses: oder, um es mit Einem Worte auszusprechen, die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist Quelle und Maß des Werthes.

Doch folgen wir unserm Autor weiter. Sehen wir, welche Folgerungen er aus seiner Arbeits= und Werthstheorie gewinnt.

Jede auf ein menschliches Bedürfniß eingerichtete Arbeit, sagt Marx, setzt dem bearbeiteten Stoffe ihren eigenen Werth hinzu. Der Tauschwerth jeder Waare setzt sich zusammen aus dem Werthe ihres Rohstoffs, einem Werththeile des Arbeitsgeräths, und dazu dem Werthe der hervorbringenden Arbeit. In dem Leinengarn z. B. steckt der Werth des Flachses, sowie ein Theil des Werthes der Spindel, und dazu der Werth der Spinnerarbeit; in der Leinwand erscheint der Werth des Garnes, sowie ein Werththeil des Webstuhls, und dazu der Werth der Weberarbeit; im linnenen Rocke findet sich der Werth der Leinwand so wie ein Werththeil von Nadel und Schere u. s. w., und dazu der Werth der Schneiderarbeit. Je mehr Arbeit erforderlich ist, eine jede dieser Waaren aus dem betreffenden Rohstoffe anzufertigen, desto höher stellt sich ihr Tauschwerth. Allerdings gibt es verschiedenwerthige Arbeit, einfache und technisch=geübte Arbeit; für die Feststellung der allgemeinen Gesetze kommt es uns hier nicht darauf an, da sich jedes Quantum geübter Arbeit durch das doppelte oder zehn= oder hundertfache Quantum einfacher Arbeit ausdrücken, oder mit anderen Worten, da sich der Werth der geübten Arbeit stets auf den der einfachen reduciren läßt. Dies alles ist zweifellos richtig, allerdings, wie wir jetzt wissen, unter der Voraussetzung gleich bleibenden Bedürfnisses, gleich bleibender Nachfrage. Indessen sehen wir für den Augenblick von allen hierdurch entstehenden Preisschwankungen ab; denken wir uns für einen gegebenen Zeitpunkt Angebot und Nachfrage, Arbeit und Bedürfniß im richtigen Verhältniß fixirt, so werden wir Marx Recht geben, wenn er erklärt, der Werth einer Waare sei genau gleich dem Werthe ihrer Productionsmittel, und dazu dem Werthe der sie erschaffenden Arbeit.

An diesem Punkte erhebt nun Marx die für sein ganzes System

entscheidende Frage. Wer sich mit Waarenerzeugung und Waarenverkauf befaßt, will aus dieser Thätigkeit einen Vortheil ziehen. Er will es nicht blos in dem Sinne, daß er einen leichtgläubigen Kunden bei dem Handel übervortheile und ihm mehr abnehme, als der wirkliche Tauschwerth der Waare beträgt, denn eine solche Prellerei würde nicht lange vorhalten und jedenfalls die Gesellschaft im Ganzen nicht bereichern. Sondern er wünscht, durch seine Fabrikation wirklichen Mehrwerth zu erzeugen. Wie aber soll dies zugehen, wenn der Werth der fertigen Waare, nach unserer vorherigen Beobachtung, nichts Anderes ist, als der Werth ihrer Arbeitsmittel und der sie erzeugenden Arbeit zusammengenommen? Beide Werthe, sowohl der Arbeitsmittel als der Arbeit, muß doch der Fabrikant seinem Conto zur Last schreiben: wenn der Erlös der Waare ihm nachher weiter nichts bringt, als die Summe jener Werthe, so geht Gleich gegen Gleich auf, und ein vermehrter Werth ist nicht geschaffen, ein reeller Gewinn nicht erzielt. Nichts desto weniger sehen wir tagtäglich unsere Industrie neue wachsende Werthe erzeugen und den vorhandenen National-Reichthum unermeßlich steigern. Woher, fragt Marx, kommt dieser Mehrwerth?

Er antwortet: der neu entstandene Mehrwerth ist Schöpfung der Arbeit. Die Arbeit erzeugt größeren Tauschwerth, als sie selbst kostet. Die Thatsache selbst ist weltbekannt: nicht viele Menschen würden arbeiten, wenn dem nicht so wäre. Aber was für den selbstständigen Arbeiter die Quelle immer neuer Werthe, immer neuer Lebenskraft wird, das verwandelt sich in Raub und Mord für den Arbeiter in fremdem Dienste. Und eben hier setzt Marx seine Anklage gegen das Capital ein. Der Capitalist, sagte er, arbeitet nicht selbst, sondern beschäftigt den Lohnarbeiter. Er zahlt demselben als Lohn den Tauschwerth oder den Marktpreis seiner Arbeitskraft. Der Werth der Arbeitskraft bestimmt sich nach demselben Gesetze, wie der jeder anderen Waare, nach dem Aufwande von Zeit und Kraft zur Herstellung derselben. Man kann also den Tageswerth der Arbeitskraft gleichsetzen dem Werthe der Lebensmittel, welche täglich zur Erhaltung des Arbeiters und seiner Familie nöthig sind. Und weiter, der Marktpreis dieser Lebensmittel richtet sich wieder nach der für ihre Erzeugung nöthigen Arbeitszeit. Nehmen wir nun an,

daß unter gewissen Verhältnissen sechs Stunden durchschnittlicher Arbeit zur Lieferung jener Lebensmittel, und ebenfalls sechs Stunden zur Anfertigung eines Thalers Silbergeld erforderlich wären, so würde sich der normale Marktpreis der Arbeitskraft für jeden Tag auf einen Thaler stellen: für diesen Tagelohn also verkauft der Arbeiter seine ganze Arbeitskraft für einen ganzen Tag dem Capitalisten, und empfängt damit alles, was er nach dem allgemeinen Gesetze des Tauschwerths gerechter Weise fordern kann. Wie aber? welch ein besonderer Handel ist dies? er verkauft seine Kraft für einen Thaler, d. h. für das Erzeugniß von sechs Stunden Durchschnittsarbeit, und er gibt um diesen Preis seine werthzeugende Arbeit für einen ganzen Tag von zwölf Stunden? In der That, so ist es. Der Tauschwerth der Arbeit ist geringer als ihr Gebrauchswerth; ihre Erzeugungskosten sind geringer als ihre Leistungen. In sechs Stunden nach unserer vorherigen Annahme setzt der Spinner der Baumwolle, indem er sie in Garn verwandelt, einen Werth von einem Thaler zu, genau so viel, wie ihm der Fabrikant für die Anstrengung eines ganzen Tages zahlt. Er arbeitet dann aber noch sechs Stunden weiter, und deren Ertrag steckt der Fabrikant ohne irgend eine Gegenleistung in seine Tasche. Der Fabrikant erzielt diesen Gewinn durch fremde Arbeit und zwar durch unbezahlte fremde Arbeit. Dies ist, nach Marx, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Capitalisten. Es ist das Geheimniß der Selbstvermehrung des Capitals. Während sonst keine irdische Kraft aus Nichts etwas machen kann, verwandeln sich im Kreislaufe des Capitals 100 Thaler in 200, erschaffen diesen Zusatz scheinbar aus dem Nichts. Die Lösung des Räthsels ist ebenso einfach wie abscheulich. Man kauft für 100 Thaler fremde Arbeitskraft, welche die Eigenschaft hat, den Werth von 200 Thalern zu erschaffen. Man wiederholt diesen erfreulichen Proceß Tag für Tag, mit 10, mit 100, mit 1000 Arbeitern; man preßt aus denselben immer größeren Ertrag heraus, sei es durch Verlängerung der Tagesarbeit, sei es durch Beschleunigung des Arbeitsprocesses. Wir hatten vorher angenommen, daß der Tagelohn, ein Thaler, gleich sei dem Werth von sechs Stunden Arbeit, so daß bei zwölfstündiger Tagesarbeit der Fabrikant den Ertrag der zweiten Tageshälfte ohne Entgeld gewinne. Würde nun bei gleichbleibendem

Tagelohn die Tagesarbeit von zwölf auf achtzehn Stunden ausgedehnt, so leuchtet ein, daß sich für den Fabrikanten der unbezahlte Mehrwerth verdoppelte. Und dasselbe Verhältniß träte ein, wenn durch Verbesserung der Maschinen der Arbeiter in den Stand gesetzt würde, den Werth seines Tagelohns nicht erst in sechs, sondern schon in vier oder zwei Stunden unter zwölf zu erschaffen; für den Fabrikanten ergäbe sich wieder die Verdoppelung und Verdreifachung des unbezahlten Mehrwerthes. Verbindet man beide Proceduren, so daß man bei stets verbesserter Maschine die Arbeitszeit immer weiter ausdehnt, so wächst die Ausbeutung der Arbeiter, die Aneignung unbezahlter Arbeit in immer ärgerem Maße. Kein Wunder, wenn sich bei dem Capitalisten die Millionen anhäufen, während die Arbeiter immer elender, immer ausgemergelter werden. Die Concurrenz unter den Capitalisten selbst treibt mit der Unaufhaltsamkeit einer Naturkraft diese Scheußlichkeiten immer weiter in die Höhe: wer seine Arbeiter täglich nur zehn Stunden arbeiten läßt, kann nicht bestehen neben dem Rivalen, der ihnen vierzehnstündige Arbeit auferlegt: wer ihnen den Lohn von einem auf zwei Thaler erhöhte, würde nicht so wohlfeil produciren können, wie sein hartherzigerer Nachbar. Das Elend der ausgebeuteten Massen wächst bergehoch, ohne daß man, erklärt Marx ausdrücklich, dem einzelnen Fabrikanten daraus einen Vorwurf machen könnte. Sobald die Grundbedingungen des ganzen Zustandes einmal gegeben sind, entwickeln sich die Folgen mit widerstandsloser Schnelligkeit. Sobald die menschliche Arbeitskraft, welche den Waaren ihren Tauschwerth verleiht, selbst zur Waare wird, ist Alles gesagt. Dann folgt aus dem Begriffe des Tauschwerthes und der Waare ganz von selbst die Ausbeutung und die Entwürdigung des Arbeiters. Nicht der persönliche Charakter des Capitalisten, sondern die capitalistische Productionsweise im Ganzen trägt daran die Schuld. Es hat Zeiten gegeben, wo alle Welt ihre Bedürfnisse selbst für den eigenen Gebrauch producirte, wo also auch alle Welt die erforderlichen Arbeitsmittel und die Arbeitsgeräthe bebesaß, und wo von Tauschwerth und Waare kaum die Rede war. Nun aber geschah es seit dem 16. Jahrhundert — Marx weist es besonders für England nach —, daß die großen Grundbesitzer, um ihr Land in Viehtrifft und Waldung zu verwandeln, ihre Pächter

und Tagelöhner zu Tausenden austrieben, und damit diese kleinen Leute ihrer bisherigen Arbeitsmittel beraubten. Um das nackte Leben zu fristen, kamen sie in großen Scharen und boten den städtischen Capitalisten ihre Lohnarbeit an.

Wer waren aber, fragt Marx, diese Capitalisten? wie waren sie zu ihrem Gelde gekommen? Es waren, antwortet er, wieder vornehmlich England betrachtend, die Kaufleute, die seit den Entdeckungen Columbus' und Vasco de Gama's sich in den ost- und westindischen Handel geworfen, mit himmelschreiender Gewalt die Neger und Malayen zu Sclaven gemacht und deren Schweiß und Blut zu unermeßlichem Gewinn sich angeeignet hatten. Von Anfang an, bemerkte er, beruhte also die moderne Capitalmacht auf rechtloser Aneignung fremder Arbeit. Und nun entdeckte man zu gleicher Zeit die Vortheile des Systems der Arbeitstheilung: wenn Jeder nur Eine Waarenart, nur Einen Waarentheil anfertigte, so erzielte man größere Virtuosität der Arbeit und dadurch reichere und größere Werthe. Dieses System beherrscht jetzt die ganze Welt; fast kein Mensch producirt mehr für das eigene Bedürfniß; jedes Gewerbe producirt nur noch Waare zum Austausch. Anstatt des Gebrauchswerths ist der Tauschwerth zum Beherrscher der Production geworden. Dieses System entwickelt nun überall eine gesteigerte Technik des Betriebes und damit ein immer wachsendes Bedürfniß vervollkommneter Arbeitsmittel, Geräthe und Maschinen. Jede neue Maschine aber macht eine Anzahl früher selbstständiger Arbeiter brodlos und zwingt damit immer größere Menschenmassen, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Maschine, in den Dienst des Capitalisten zu verkaufen. Der Proceß der Lohnarbeit, dessen mörderischen Verlauf wir beobachtet haben, nimmt so von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Wie soll das nun anders werden? Das System der Arbeitstheilung wird sich nicht mehr beseitigen lassen; die Welt will nicht wieder in den Zustand patriarchalischer Armuth zurückgeschraubt werden. Es bleibt nur der Weg, zwar unter Anwendung der Arbeitstheilung fort zu produciren, aber alle Arbeitsmittel, Grund und Boden, Geräth und Rohstoffe der Gesammtheit zu überweisen und in allen Gewerben stets

für Rechnung der Gesammtheit zu arbeiten, mit anderen Worten, das Privateigenthum aufzuheben.

Ich habe Ihnen diese Entwickelung in ihrem ganzen Zusammenhange wiederholt, um Ihnen die Bündigkeit, Geschlossenheit und Folgerichtigkeit derselben anschaulich zu machen. Gibt man den ersten Satz zu, so ist an kein Aufhalten der Folgerungen zu denken. Aber wir haben schon vorher gesehen: der erste Satz ist falsch. Derselbe lautet dahin, daß die menschliche Arbeit für sich allein die Quelle und das Maß des Werthes sei. In Wahrheit aber ist es die Arbeit im Verhältnisse zu den menschlichen Bedürfnissen, die sie befriedigt. Nicht die Zeitdauer, sagten wir, sondern die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist also der Alles entscheidende Punkt.

Wir sehen leicht, wie wichtig diese Unterscheidung für die ganze Frage ist. Nach Marx entsteht Mehrwerth einzig und allein durch die Eigenschaft der menschlichen Arbeit, mehr zu erzeugen als sie kostet, diese Eigenschaft, die für den selbstständigen Arbeiter Bereicherung und Segen ist, aber in der mißbrauchenden Hand des Capitalisten zum Fluche der Millionen Lohnarbeiter wird. Aber ist es denn wahr, daß in jedem Falle der Fabrikherr seinen Gewinn einzig und allein der Ausbeutung seiner Arbeiter, dem Ueberschusse des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn verdankt? Ist es wahr, daß seine eigene Thätigkeit keine andere Rolle bei dem Processe spielt, als die des Aufsehers, welcher den Arbeiter zur richtigen Leistung der versprochenen Arbeit anhält? Ich sollte denken, daß jeder Tag uns das Gegentheil lehrt. Bleiben wir bei dem Marx'schen Beispiele. Der bedungene Tagelohn ist gleich dem Werthe von sechs Arbeitsstunden, in welchen die zur Erhaltung des Arbeiters erforderlichen Lebensmittel producirt werden können: verkauft dafür hat der Arbeiter aber seine ganze Arbeitskraft für den ganzen Tag, also für zwölf Stunden; der Fabrikant zahlt ihm demnach täglich einen Thaler und streicht für die täglich erzeugte Waare zwei Thaler ein. Da geschieht es, daß eines Tages, unter völlig gleichen Verhältnissen, der Fabrikant den Tagelohn plötzlich verdoppelt. Nach Marx' Lehren hätte er damit auf jeden Gewinn verzichtet. Er hätte die einzige denkbare Quelle des sogenannten Mehrwerthes selbst verschlossen. In Wahrheit aber steht es so, daß zwar gegenwärtig immer noch

dieselben Verhältnisse vorliegen, daß aber sein Scharfblick eine bevorstehende Aenderung in der Zukunft entdeckt hat. Er sieht deutlicher als die Anderen voraus, daß binnen zwei Monaten das Bedürfniß eines großen Marktes in Folge irgend welcher auswärtiger Ereignisse die Nachfrage nach seinen Waaren ungeheuer steigern wird. Er sieht es kommen, daß bald genug seine Concurrenten dieselbe Wahrnehmung machen und Einer dem Andern die tüchtigen Arbeiter abjagen werde. Er sichert sich die seinigen durch die sofortige Verdoppelung des Arbeitslohnes und erntet dafür nach einiger Zeit vervierfachte Preise der zu Markte gebrachten Waaren. Seine Arbeiter haben für zwölf Stunden Arbeit den Tauschwerth, nicht mehr von sechs, sondern von zwölf Arbeitsstunden empfangen, und doch hat sich der Capitalist in hohem Maße bereichert, nicht durch Ausbeutung der Arbeiter, sondern durch Ausbeutung der Conjunctur. Der Mehrwerth, der Gewinn des Capitalisten ist allerdings durch Arbeit geschaffen worden, aber nicht durch die Handarbeit des Arbeitnehmers, sondern durch die Kopfarbeit des Arbeitgebers. Ein besser berechtigter und verdienter Gewinn ist nicht zu denken. Und wir alle wissen, wie unendlich häufig die Fälle dieser Art, wie sie eigentlich die überwiegenden und regelmäßigen sind, die Speculationen auf den Wechsel der Conjunctur, die Gewinnste, die ganz unabhängig von dem Verhältnisse zwischen Capitalisten und Arbeiter, lediglich durch die Schwankungen des Marktes, des Bedürfnisses herbeigeführt werden.

Wir müssen aber noch weiter gehen. Gewiß, die menschliche Arbeit ist Quelle alles Werthes, alles Reichthums, in so fern kein Werth ohne menschliche Arbeit entstehen kann. Die Frage drängt sich auf: Wodurch verdient sich menschliches Thun den ehrenvollen Namen Arbeit? Wodurch wird menschliche Arbeit Werthquelle? Marx selbst gibt die völlig zutreffende Antwort (Capital. I, 142). „Wir betrachten“, sagt er, „den Arbeitsproceß in einer Form, worin er dem Menschen ausschließlich angehört. Eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Zellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vorn herein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er sein Werk im Kopfe gebaut hat, bevor er es in der Wirklichkeit baut. Am Ende des Arbeitsprocesses

kommt ein Resultat heraus, das beim Beginne desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Er bewirkt nicht bloß eine Formänderung des Naturstoffes, sondern er verwirklicht in demselben zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt, dem er seinen Willen unterordnen muß." Dadurch also wird menschliches Thun zur Arbeit, daß es einem menschlichen Zwecke dient, und zur ökonomisch nützlichen Arbeit, daß dieser Zweck die Befriedigung menschlicher Genüsse in sich schließt. Von einer andern Seite der Betrachtung führt uns auch Marx auf unseren ersten Grundsatz zurück, daß die Zweckmäßigkeit der Arbeit Quelle und Maß des Werthes ist, und in unwiderleglicher Weise ergibt sich daraus sofort, daß nur der Mensch der Arbeit in Wahrheit ihren Werth verleiht, der ihr den Charakter der Zweckmäßigkeit aufdrückt, der ihr die nützlichen Zwecke setzt und für die Verwirklichung derselben die angemessenen Mittel entdeckt und wirken läßt.

Wenden wir nun dieses Ergebniß auf den Arbeitsproceß einer großen Manufactur oder Fabrik an. Wer ist hier der Schöpfer des Zweckes? Wer verleiht damit den behandelten Stoffen die Eigenschaft von Werthen? Man braucht, scheint mir, die Frage nur zu stellen, um sie zu entscheiden. Es ist einzig und allein der Fabrikherr, und nicht seine Arbeiter, den wir in dieser Stellung finden. Er allein gibt der Fabrik, um Marx' Worte zu wiederholen, den Zweck, „den er weiß, der die Art und Weise aller Thätigkeit als Gesetz bestimmt, dem jeder Mitwirkende seinen Willen unterordnen muß". Er prüft die Conjunctur, er bestimmt danach Art und Umfang der Production, er schafft die Maschinen und deren Verbesserung, die Handarbeiter und deren Auswahl. Vielleicht, daß er auch für einzelne Arbeiten geistiger Art Lohnarbeiter in seinem Dienste hat, Techniker und Ingenieure oder Sachverständige für commercielle Fragen. Vielleicht, daß er (wie die Actionäre einer Eisenbahn) den ganzen Betrieb des einmal eingerichteten Geschäftes einem bewährten und besoldeten Beamten überträgt. Der wesentliche Punkt bleibt unter allen Umständen: der Fabrikherr, der Capitalist ist der Schöpfer des Zweckes und damit der Schöpfer aller entstehenden Werthe. Seine Lohnarbeiter haben damit nichts zu thun.

Sie sind Werkzeuge in seiner Hand, beseelte, menschliche Werkzeuge, darum aber für den Arbeitsproceß der Fabrik nichts Anderes, als eine besondere Art von Arbeitsgeräth neben den Maschinen. Er kann ohne sie seinen Zweck nicht erreichen, so wenig wie ohne Kohlen, Räder und Schrauben. Er soll es auch niemals vergessen, daß zwar die Maschinen eben nur Maschinen zum Zwecke der Fabrikation, seine Lohnarbeiter aber außerdem auch Menschen, vernünftige Menschen sind, die eine Zeit lang dem Fabrikzwecke dienen, daneben aber andere, allgemein menschliche, auch für ihn ehrwürdige Zwecke haben. Aber für den Arbeitsproceß der Fabrik sind sie in keinem anderen Sinne werthbildend, als die Maschine, mit der sie zusammenwirken. Der Heizer, der die Kohlen unter den Dampfkessel wirft, was weiß er von der Aufgabe und Leistung der Fabrik? Der Knabe, der die Abfälle der Baumwolle entfernt, was weiß er von dem Zusammenhange, von Zweck und Mittel der Production? Der geistige Lohnarbeiter, der Ingenieur oder Betriebsdirector weiß freilich den Zweck, aber macht ihn nicht und ändert ihn nicht, sondern empfängt ihn aus dem Geiste des Herrn und dient ihm so gut und so unbedingt wie der Handarbeiter. Ihrer aller Arbeitslohn geht in den Werth der Waare mit ein, ebenso wie ein Theil der Kosten von Nadel und Schere in den Rock, den der Schneider verfertigt. Kein Mensch aber wird behaupten, daß Nadel und Schere den Rock und seinen Werth geschaffen haben, und so ist bei der großen Fabrikation nicht die Arbeit des Handarbeiters, der die Maschine bedient, sondern die Kopfarbeit des Fabrikherrn, der sie beherrscht, die Schöpferin des Werthes und des Mehrwerthes.

Es ist also nach den eigenen Grundsätzen des Hrn. Marx nicht wahr, daß die Aneignung der Fabrikproducte durch den Fabrikanten eine Ausbeutung seiner Lohnarbeiter enthalte; sie ist vielmehr die höchst rechtmäßige Frucht seiner eigenen schaffenden und leitenden Thätigkeit. Die Erörterung des Hrn. Marx stellt dagegen das wirkliche Verhältniß geradezu auf den Kopf; sie macht die Werkzeuge zum Schöpfer und läßt den wirklichen Schöpfer als müßigen Schmarotzer erscheinen. An diesem einzigen Haken aber, an dieser grundfalschen Auffassung von dem Ursprunge des Mehrwerthes, hängt sein ganzes System; mit deren Widerlegung fällt es in

völliger Richtigkeit zusammen. Die schärfere Entwickelung der von ihm selbst aufgestellten Gesetze des Tauschwerthes beweist dieses Urtheil unwidersprechlich. Oder würde er vielleicht noch einwenden, daß es doch Fälle gebe, wo das Capital ohne jede schöpferische Thätigkeit seines Besitzers reiche Zinsen auf Kosten des arbeitenden Geschäftsmannes eintrage, jene Fälle, wo der schaffende Unternehmer mit geliehenem Gelde arbeitet? Es würde wieder leicht sein, aus seinen eigenen Grundsätzen über den Tauschwerth die Richtigkeit eines solchen Tadels darzuthun. Denn auf das Schärfste betont er die Regel, daß jeder Tausch die gegenseitige Ueberlieferung von Aequivalenten voraussetzt: die Zinsen aber, welche der darleihende Capitalist empfängt, sind eben das Aequivalent für einen sehr reellen Verlust, für den Aufschub des Genusses, den er sonst gleich heute mit seinem Gelde sich hätte verschaffen können. Auch die historische Begründung, die Marx für seine Verdammung des Capitals versucht, erweist sich nicht stichhaltig. Er lacht bitter über die hergebrachte Auffassung, nach welcher Capital nichts Anderes sei, als der in Fleiß und Sparsamkeit angesammelte Ertrag eigener Arbeit. Er zeigt auf die Ausplünderung beider Indien, auf die Vernichtung der kleinen Bauernhöfe in England, Schottland, Irland. Die Sclaverei jenseits des Oceans habe den Grund zur britischen Capitalmacht gelegt, die Ausweisung der Bauern habe ihr die Massen der sogenannten freien Lohnarbeiter zur weiteren Ausbeutung zugejagt. Die Thatsachen, die er aus der englischen Geschichte anführt, sind leider richtig genug. Aber sie sind von geringem Gewicht für den heutigen und insbesondere für den deutschen Zustand. Auch in Deutschland hat hier und da, besonders in den östlichen Provinzen, Beseitigung der kleinen Pächter und Häusler stattgefunden; auf ebenso großen Strecken aber ist umgekehrt die Zahl der kleinen Eigenthümer stets im Wachsen geblieben. Seit 1816 hat sich im Großen und Ganzen die Zahl der mittleren Güter in Preußen auf gleicher Höhe gehalten und eine geringe Abnahme derselben ist nicht dem Großgrundbesitz, sondern den kleinen Parzellareigenthümern zugewachsen. Und von unsern Fabrikanten, wie viele wird man auffinden können, die ihren Reichthum durch die Ausbeutung indischer Sclaven geschaffen haben? wie viele, deren Geschäft ein durch mehrere Jahrhunderte vererbtes

ist? wie viele, die nicht die Söhne ihres eigenen Fleißes, ihres eigenen Scharfsinnes sind? Seitdem bei uns jede Art der Hörigkeit, der Arbeitsbeschränkung, des Monopols verschwunden ist, sehen wir Tag für Tag aus der Arbeiterwelt heraus immer neue Elemente durch Fleiß, Klugheit und Sparsamkeit zu der Stellung des Besitzers, des Fabrikanten, des Capitalisten sich emporheben.

Nach all diesen Widerlegungen aber kann ich doch nicht anders, als das zu Anfang geäußerte Wort wiederholen, daß es wenige lesenswerthere Bücher als das Marx'sche gibt, für einen Jeden, der ein Herz für das Wohl des Gemeinwesens und den Jammer der Unglücklichen hat. Die Marx'sche Theorie von der Aneignung unbezahlter Arbeit, von der diebischen Anschwellung des Capitals hat nichts auf sich, ist in jeder Hinsicht unbegründet. Das Rechtsverhältniß ist vom ökonomischen Standpunkte untadelhaft, sobald für bedungene Arbeit der bedungene Lohn bezahlt wird. Aber Sie Alle wissen, daß gutes Recht bei unbarmherziger Anwendung die Quelle unsäglichen Elends werden kann. Bleiben solche Fälle vereinzelt, so wird der Gesetzgeber Bedenken tragen, zu Gunsten eines einzigen Leidenden eine Menge anderer Bürger in ihrer rechtlichen Freiheit zu beschränken. Wächst aber die Menge derartigen Unheils so heran, daß sie für einen großen Theil, ja für die Mehrzahl der Bevölkerung die ganze Lebensexistenz mit Vernichtung bedroht, so kann der Staat zuletzt die Frage der Einmischung nicht mehr umgehen. Und ein solches Verhältniß weist für England Marx in unwidersprechlicher Weise nach. Es ist sehr wahr, daß er die Lichtseiten der dortigen Arbeiterverhältnisse nicht mit gleichem Eifer bucht, wie die dunklen Partien; aber nicht weniger ist es wahr, daß diese letzteren kolossal, und die Nachweise ihrer Gräßlichkeit von Marx überreichlich geliefert sind. Mehr als zwei Drittel des Buches sind wörtliche Auszüge aus parlamentarischen Verhören und Protokollen, aus amtlichen Berichten der englischen Fabrik-Inspectoren und Gesundheitsbehörden, Aussagen der mannichfaltigsten Sachverständigen aus allen Theilen Großbritanniens. Die Bilder, die uns hier vorgeführt werden, sind grauenvoll: Kinder unter zehn Jahren, die zu Hunderten und Tausenden fünfzehn Stunden des Tages stehend die Maschinen bedienen, Männer und Weiber, die, unter einander ge-

mischt, fast unbekleidet in den dunklen Gängen der Kohlengruben arbeiten, große Menschenmassen zusammendrängt bei verschiedenen technischen Fabrikationen in geschlossener, heißer, mit giftigen Gasen erfüllter Luft, Arbeiterwohnungen, wo in einem Zimmer zehn, zwölf, vierzehn Personen ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts durch einander gebettet sind, Statistik der Lebensmittel, wo es sich zeigt, daß im Durchschnitt der Fabrikarbeiter um ein Drittel, der ländliche Tagelöhner um die Hälfte schlechter genährt ist als der gemeine Soldat, medicinische Erhebungen, welche das stete Wachsthum der sogenannten Fabrikkrankheiten, die jährlich feste Zunahme der Schwindsucht unter den Londoner Arbeiterinnen, das langsame körperliche Verkommen der ärmeren Bevölkerung über jeden Zweifel herausheben. Bei diesen entsetzlichen Erscheinungen war es zuletzt unmöglich, daß die Nation im Ganzen, daß die Staatsgewalt dem fortschreitenden Verderben unthätig zusah. Sie ist dann in doppelter Richtung vorgegangen. Einmal hat sie in der Zeit von 1824 bis 1859 die Einschränkungen des freien Vereinsrechtes für die Arbeiter aus dem Wege geräumt und ihnen damit die Möglichkeit zu der vollen Entfaltung ihrer Trades-Unions oder Gewerkvereine eröffnet, so daß nun die verbundenen Arbeiter in der Lage sind, die Verbesserung ihrer Stellung selbst in die Hand zu nehmen und unbilligen Forderungen oder ungenügenden Leistungen der Arbeitgeber einen gemeinsamen und dadurch wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Freiheit hat in rascher Entwicklung einen gewaltigen Einfluß auf die englischen Zustände ausgeübt und die Arbeiter gegenüber dem Capital geradezu als Macht gegen Macht constituirt. Es ist weltbekannt, wie diese Arbeitervereine durch das Mittel großer Arbeitseinstellung die Löhne erhöhen und vielfache Erleichterung in der Arbeitsleistung erzwingen. Sie erzielen also eine erhebliche Wirkung, eine Wirkung mit Licht- und Schattenseiten, immer aber eine große Wirkung; sie erzielen dieselbe ohne Communismus, auf dem Boden des Privateigenthums und der capitalistischen Production: wir verstehen, daß Marx sich nicht gerade berufen fühlt, viel von ihnen zu reden; er schwört ja darauf, daß ohne Communismus eine Besserung gar nicht möglich sei. Zweitens hat in England der Staat auch direct in den industriellen Arbeitsproceß eingegriffen; er

hat die tägliche Arbeitszeit in einer ganzen Reihe von Gewerben auf zehn Stunden für die erwachsenen Weiber, auf sechs für die Kinder beschränkt, einen nothdürftigen Elementarunterricht für die letzteren angeordnet, verschiedene Vorschriften für die bessere Ventilation der Fabrikräume und sonstige Punkte der Gesundheitspflege erlassen, und endlich feste Behörden für die Ueberwachung des genauen Befolgens dieser Gesetze angestellt. Die von Marx ausgezogenen Acten thun dar, daß von all' diesen Maßregeln die Beschränkung der Arbeitszeit äußerst wichtige und wohlthätige Folgen gehabt hat; alle andern Vorschriften aber sind theils an sich selbst ungenügend gewesen, theils durch das Widerstreben der Fabrikanten illusorisch geblieben. Marx berichtet dieses Mißlingen überall mit einer grimmigen Genugthuung; es bestätigt ihm seinen Grundgedanken, daß das Verderben in dem Wesen des Systems, in dem Wesen der capitalistischen Productionsweise überhaupt liege, daß irgend eine Hülfe nur möglich sei bei Vernichtung des ganzen Systems, bei Vernichtung des Privateigenthums. Und nun ist es eine frappante Erscheinung, wie an dieser Stelle seinem Pessimismus die Extremsten seiner Gegner, die unbedingten Freihandelsmänner, in die Hände arbeiten. Marx findet: so lange Privatcapital überhaupt existirt, kann der Staat nichts ausrichten gegen die natürliche Triebkraft desselben; er hat nur die Wahl, es gewähren zu lassen oder es ganz zu vernichten. Die Freihandels-Schule erklärt, so weit mit Marx ganz übereinstimmend: in der That, es sind unabänderliche Naturgesetze, nach welchen die Entwicklung des Reichthums vor sich geht, und so toll es wäre, wenn eine hohe Regierung durch ihre Rescripte in die Bewegung des Oceans bei Ebbe und Flut eingreifen wollte, so wenig soll sich der Staat in die ökonomische Bewegung seiner Bürger mischen wollen. Die Communisten fordern völlige Allmacht des Staates (des von ihnen regierten Staates), völlige Unterwerfung der individuellen Freiheit in ökonomischen Dingen: alles Andere sei Palliativ und Stümperei. Die Freihändler begehren gänzliche Unthätigkeit des Staates, absolute Ungebundenheit der individuellen Entfaltung in Sachen der Werthproduction; sie thun das Mögliche, um jeden Eingriff des Staates zu hindern, zu beschränken, abzuschwächen — so daß es freilich kein Wunder ist, wenn die Hoffnung auf be-

deutende Folgen der Staatsthätigkeit immer geringer, die Wirksamkeit der englischen Fabrikgesetze und Fabrik-Inspectoren in der That ein ohnmächtiges Palliativ wird. Marx ist damit, sehen wir, sehr wohl zufrieden; in der Ohnmacht der Reform erkennt er das Heranreifen der Revolution, die er wünscht. Die Freihändler lassen sich durch dergleichen Sorgen nicht anfechten. Laßt die Dinge nur ihren natürlichen Gang gehen, sagen sie, und ihr werdet es sehen, nach einigen Reibungen, einigen Nöthen der Uebergangszeit wird ganz von selbst auch der Wohlstand der Arbeiter eine ungeahnte Höhe in der Zukunft erreichen. Es wäre dies freilich sehr schön; traurig ist nur das Eine, daß diese Zukunft so langsam, so entsetzlich langsam heranreift. Die Maschinen-Industrie ist jetzt ein volles Jahrhundert alt, und seitdem sind in ihrem Arbeitsprocesse Hunderttausende an Leib und Seele, an Geist und Sitte verkommen und zu Grunde gegangen, und fort und fort kümmern Hunderttausende in elender Wohnung, verpesteter Atmosphäre, permanentem Hunger dahin. Angenommen, daß in der That der große Proceß in eine glänzende Zukunft ausmünden wird: ist es erlaubt, in solchem Umfang die Gegenwart der Zukunft zu opfern? und zwar nicht bloß materielle Güter, sondern menschliche Existenzen zu Tausenden zu opfern? und sie zu opfern nicht für ein ideales Gut der Zukunft, für Freiheit, Bildung, Sitte, sondern für die Steigerung materiellen Reichthums? Ist es der menschlichen Gemeinschaft, ist es dem Staate verstattet, einem solchen Opfer theilnahmlos zuzusehen? Oder hat die Freihandelslehre Recht, wenn sie im Namen der individuellen Freiheit dem Staate jede Befugniß zur Einmischung bestreitet?

Nimmermehr kann ich das einräumen. Der Fehler jener unbedingten Freihändler scheint mir in Folgendem zu liegen. Ihre Theorie hat durch wissenschaftliche Aufhellung der volkswirthschaftlichen Entwickelung der Menschheit unermeßliche Dienste geleistet. Mit gutem Grunde ist sie dabei, wie jede ernste wissenschaftliche Untersuchung, so verfahren, daß sie zunächst die ökonomischen Erscheinungen rein für sich betrachtet und zur Gewinnung deutlicher Resultate fürs Erste von allen sonstigen Einflüssen abgesehen hat. Aber ein Anderes ist die wissenschaftliche Erforschung des einen, in Gedanken isolirten Problems, und ein Anderes die Anwendung des

so gewonnenen Ergebnisses auf das praktische Leben, das von tausend anderweitigen Momenten mitbestimmte Leben. Der Mathematiker, welcher das Gesetz der Schwere studiren will, läßt bei seinem Experimente einen Körper in luftleerem Raume fallen, um die Erscheinung der Schwere ohne Störung durch den Luftwiderstand zu beobachten. Nur durch diese reine Erkenntniß des physikalischen Gesetzes wird dann der Artillerist in den Stand gesetzt, die Flugbahn und Wirkung seines Geschosses genau zu berechnen: aber allerdings er würde zum ärgsten Schaden kommen, wenn er bei der praktischen Anwendung des Gesetzes auf den Widerstand der Luft keine Rücksicht nähme. So ist überall der Gegensatz von Wissenschaft und Praxis oder besser gesagt der Gegensatz von reiner und angewandter Wissenschaft. Die reine Wissenschaft der National-Oekonomie wird die Grundsätze der individuellen Arbeitsfreiheit, Vertragsfreiheit und Handelsfreiheit niemals wieder aufgeben. Betrachtet man die ökonomischen Entscheidungen für sich allein, so wird man stets zu dem Resultate kommen, daß die größte individuelle Freiheit die größten Reichthümer erzeugt. Die Abschaffung des Privateigenthums, die ein Todesstreich für die individuelle Freiheit wäre, würde damit auch die Quelle allgemeiner Verarmung werden; in so weit ist die freihändlerische Theorie dem Communismus gegenüber vollständig im Rechte. Aber sie irrt, wenn sie in der praktischen Anwendung ihre Gesetze ohne Berücksichtigung der sonstigen Kräfte des menschlichen Daseins durchführen will, als wenn es außer den ökonomischen keine anderen Triebe und Zwecke in der Menschenwelt gäbe, als wenn jede Art von menschlichem Thun, auch ein unpatriotisches, geisttödtendes, mörderisches Thun, durch den Nachweis erhöhter Werthproduction gerechtfertigt wäre.

Der Reichthum hat an sich keinen Werth; er gewinnt ihn nur, indem er menschliches Bedürfniß befriedigt; der Erwerb soll dem Menschen nur in so weit Zweck sein, als er Mittel zur Erfüllung höherer Zwecke wird, Mittel für Gesundheit und Arbeitskraft, für Genuß und Macht, für Bildung und Wohlthätigkeit Wo die Erzeugung des Reichthums mit solchen Zwecken in Widerspruch geräth, da bleiben die ökonomischen Gesetze freilich immer gleich wahr, aber sie haben sich höheren Gesetzen zu beugen, und die menschliche Ge-

meinschaft, der Staat, ist nicht bloß befugt, sondern verpflichtet, diese Beugung von jedem seiner Bürger zu fordern und im Nothfalle gesetzlich zu erzwingen. Die extreme Freihandelsschule hat überhaupt eine durchaus unrichtige Auffassung des Staates. Sie würde ihn für völlig entbehrlich halten, wenn nur die Menschen etwas weniger streitsüchtig wären. Da diese Untugend aber sich noch immer nicht ganz ausrotten läßt, so bedarf man allerdings Richter und Gendarmen, um Person und Eigenthum im Innern des Landes, und Generale und Soldaten, um sie an den Grenzen gegen das Ausland sicher zu stellen. Dies geschehen, fordert jene Theorie dann im Uebrigen völlig freies Spiel der Einzelnen, der Vereine, der Gesellschaft; alles, was außer Justiz und Heerwesen der Staat sonst noch thut, erscheint ihr vom Uebel. Sie verkennt damit die menschliche Natur von der entgegengesetzten Seite her eben so gründlich wie die Communisten. Diese hassen alle menschliche Eigenartigkeit und Besonderheit und fordern kraft der allgemeinen Gleichheit unbedingte Herrschaft der Majorität. Die reinen Freihändler vergessen, daß für den Menschen die Selbstständigkeit nicht in Ungebundenheit und Vereinzelung, sondern nur in der Gemeinschaft möglich ist. Sich dem sittlichen Willen der Gesammtheit fügen, darin liegt keine Beschädigung der persönlichen Freiheit. Im Gegentheil, wo ein Staatsgesetz ein unsittliches Treiben verbietet, da stellt es die wahre Freiheit her, denn diese ist gleich mit dem Leben nach sittlichen Gesetzen.

Wenn also die englische Parlamentsacte untersagt, kleine Kinder Tag aus Tag ein in bleierner Arbeit zu Grunde zu richten, die erwachsenen Arbeiter über zehn Stunden hinaus täglich arbeiten zu lassen, wenn sie vorschreibt, daß die Beschaffenheit der Fabrikräume und Maschinen der menschlichen Gesundheit nicht schädlich sein, die Weiber und Mädchen nicht mehr in den Bergwerken unter der Erde arbeiten dürfen, so überschreitet sie damit nicht im Mindesten den dem Staate zustehenden Wirkungskreis: obgleich viele Arbeiter gejammert haben, daß man ihnen durch längere Arbeit ihrer Kinder weiteren Lohn zu erzielen verbot, und viele Fabrikanten, daß dadurch die Dividende ihres Geschäfts eine Weile herunterging, und schließlich viele Theoretiker, daß durch die Acte die ersten Grundsätze der

Freihandelslehre verletzt würden. Bald genug hat sich auch hier gezeigt, daß der momentane Schaden durch allgemeine Besserung des Zustandes rasch ausgeglichen wurde. Die Zehnstundenbill hat einen unermeßlichen Antrieb zur Vervollkommnung der Maschinen gegeben, um von nun an mit zehnstündiger Arbeit eben so viel wie früher mit zwölf- und fünfzehnstündiger Arbeit zu produciren. Die Arbeiter schonten Kraft und Gesundheit und wurden dadurch williger, fleißiger, aufmerksamer. Ueberhaupt, der Fabrikant, der seine Arbeiter überanstrengt, elend bezahlt, unzulänglich ernährt, der durch übermäßige Frauenarbeit ihr Familienleben zerrüttet und durch vorzeitige Kinderarbeit die künftige Generation vergiftet: er mag durch Ersparung am Arbeitslohn sich für den Augenblick bereichern, aber er ist wie der Mensch, der den Wald niederschlägt, um das Holz für Gold zu verkaufen, und der damit das Land in Geröll und Wüstenei verwandelt; er wird schließlich auf seinem Golde verdursten. Der wahrhaft einsichtige Fabrikant wird es begreifen, daß keine Auslage ihm für die Zukunft reichere Zinsen verspricht, als jene, mit der er für Gesundheit, Unterricht und Sitte seiner Arbeiter sorgt. Und wo der Mehrheit derselben diese Einsicht oder diese Menschenliebe fehlt und dann ihre Concurrenz die verständige Minderheit zu weiterer Vernutzung der Arbeiter nöthigt, da ist es völlig in der Ordnung, daß der Staat durch sein Gesetz die Sache der Sitte, der Zukunft und der wahren Freiheit vertritt.

Sie fragen vielleicht, auf welche praktischen Punkte nach meiner Ansicht der Staat unter den heutigen Verhältnissen eine solche Einwirkung zu richten hätte. Erlauben Sie, daß ich jetzt an meine ersten Worte erinnere: hier ist die Grenze für die theoretische Betrachtung, hier beginnt die Frage des praktischen Bedürfnisses und der praktischen Ausführbarkeit, in welcher nothwendig ein Jeder von Ihnen viel besser orientirt sein muß, als ich. Gewisse allgemeine Aufgaben sind leicht erkennbar: Sorge für gesunde Wohnungen, Arbeitsräume und Lebensmittel, Rücksicht auf Geschlecht und Alter der Arbeiter, Versicherung gegen Krankheit und Unglücksfälle, Pflege des Jugendunterrichts. Für alle diese Dinge kann Seitens des Staates und der Capitalisten ohne allen Zweifel vielmehr geschehen, als die Mehrzahl der englischen Fabrikanten und die Beschlüsse des

englischen Parlaments geleistet haben. Es würde aber nutzlos sein, darüber hier eine allgemeine Erörterung zu pflegen, da bei diesen Dingen eben Alles auf die ganz specielle praktische Durchführung und Ausführung ankommt. Nur Einen Gedanken allgemeiner Art erlaube ich mir hier noch auszusprechen. Vom ökonomischen Standpunkte aus gesehen, ist die menschliche Arbeitskraft eine Waare wie eine andere, das Verhältniß des Arbeitgebers und Arbeitnehmers ein Kaufvertrag, wo mit dem Austausch zweier Waaren, Geld und Arbeit, Alles erledigt ist. Die reine Wissenschaft der Oekonomie kann nicht anders reden, denn sie betrachtet die Dinge ja überhaupt nur, insofern sie Werthe, ökonomische Werthe bilden. Welche sonstigen Eigenschaften denselben noch anhaften, muß dieser Wissenschaft gleichgültig sein, so gleichgültig, wie der Malerei die Schallwellen und die Klänge sind. Nun haftet aber der Waare, die wir Arbeitskraft nennen, außer ihren ökonomisch interessanten Eigenschaften noch die weitere an, daß sie ein Stück Menschenleben ist, Leben eines beseelten, empfindenden, zur Vervollkommnung bestimmten Wesens. Daß ein Mensch sein ganzes Dasein verkauft, daß er Sclave wird, erscheint unserer Gefühlsweise abscheulich. Aber es ist uns völlig geläufig, daß er einzelne seiner Willensacte oder seinen ganzen Willen für einzelne Zeitabschnitte dem Willen eines Andern als Waare verkauft. Der Unterschied hat guten Grund: wer sich nicht ganz oder nur auf Zeit verkauft, behält die Möglichkeit, seine höheren Zwecke selbstständig zu verfolgen. Immer aber bleibt es ein Flecken auch auf diesem Verhältnisse: Gleichsetzung menschlicher Seelenkraft mit einem Stück Geld, — eine Gleichung, welche den Adel der menschlichen Natur degradirt. Eben aus dieser Wurzel entspringen alle jene schauervollen Erscheinungen der modernen Industrie, aus der traurigen Thatsache, daß eine große Anzahl von Fabrikanten und Arbeitern ihr Verhältniß lediglich als Kaufcontract ansehen, der Fabrikant in dem Arbeiter nichts Anderes als ein möglichst vortheilhaft auszunützendes Arbeitsgeräth erblickt, und der Arbeiter umgekehrt jede Schädigung des ihn mißhandelnden Fabrikanten als eignen Vortheil betrachtet. Alle Gefahren und Abscheulichkeiten der Sclaverei entwickeln sich dann auch bei der Lohnarbeit. Die Herren werden auf das tiefste demoralisirt, indem sie die menschliche

Natur, die ja auch ihre eigene ist, in dem Diener mißachten lernen. Die Arbeiter werden mit Haß und Neid erfüllt und zu allen Freveln der Sclaven=Aufstände gereizt. Es gibt nur Ein Mittel, die giftige Quelle zu schließen, und dieses Mittel heißt: Veredelung des Kaufcontractes durch ein persönliches Verhältniß gegenseitigen Wohlwollens, ein Verhältniß, bei dem der Fabrikherr, der Lenker und Leiter des Geschäftes, seine Arbeiter zwar in ihrer Fabrikthätigkeit als willenloses Geräth, in jeder anderen Hinsicht aber als befreundete Genossen behandelt. Jeder General verbraucht, wo der Zweck es fordert, in Kampf und Strapaze seine Soldaten so rücksichtslos, wie der hartherzigste Fabrikant seine Arbeiter. Der echte Feldherr aber weiß es, daß er eben deßhalb eine solche Forderung nur dann stellen darf, wenn er sie im Uebrigen mit dem Bewußtsein gemeinsamer Ehre und Waffenbrüderschaft erfüllt, wenn er für jeden derselben wie für den eigenen Augapfel sorgt, wenn er durch kräftige Theilnahme an jedem Einzelgeschick sie alle mit warmer Begeisterung für sich und das Ganze erfüllt. In dieser Hinsicht sollte jede große Fabrik einem gut geführten Regimente gleichen. Aus solchem Streben sind die Versuche entsprungen, die Arbeiter durch Tantièmen am Reingewinn sowohl besser zu stellen als für das Gedeihen der Fabrik zu interessiren, — Versuche, welche immer glänzenden Erfolg gehabt haben, wo der Arbeitslohn, wie z. B. in Kohlengruben, den beträchtlichsten Theil der Fabrikationskosten bildete. In andern Fällen hat die gleiche Gesinnung an die freie, christliche Liebe appellirt, und ohne Zweifel, wenn alle Menschen in vollem Maße von dieser durchdrungen wären, so gäbe es keine sociale Frage mehr, so wenig es dann noch Verbrechen, Processe und Krieg gäbe. Bis die Welt aber dahin gelangt, wird die Aufgabe bestehen bleiben, für die Heranbildung eines positiven persönlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern allgemeine, erkennbare und wirksame Normen zu suchen. Die Aufgabe ist unendlich schwer und verwickelt; aber der schöpferische Geist, der sie löste, hätte damit auf industriellem Gebiete der socialen Frage ihren Stachel genommen.

II.

Ferdinand Lassalle, der Urheber der neueren socialistischen Bewegung in Deutschland, war zu einer solchen Thätigkeit vornehmlich durch ein ganz hervorragendes Formtalent befähigt. Er besaß eine seltene Gabe, den theoretischen Grundsatz in verständlichen und packenden Ausdruck zu bringen, den Gegner mit gewandter und blendender Polemik zu verwirren, die Miene der imponirendsten geistigen Ueberlegenheit anzunehmen. „Nach dem Zeugniß von Männern wie Humboldt und Böckh, sagt er einmal mit gelassenem Selbstbewußtsein, schreibe ich jede Zeile bewaffnet mit der ganzen Bildung meines Jahrhunderts.“ In der That hat er sich auf den verschiedensten Gebieten umgesehen, mit rascher Arbeitskraft auf jedem einen großen Haufen wissenschaftlichen Materials zusammengerafft und dann als Virtuose geschickter Redaction nach übersichtlichen Gesichtspunkten geordnet. Er liebt das Schlagwort, das er gewöhnlich aus den Formeln der Hegel'schen Philosophie entlehnt. Im Mittelalter, sagt er, herrschte die Solidarität der Interessen in den Formen der Unfreiheit, in der Gegenwart herrscht die Freiheit ohne alle Solidarität, die Zukunft wird die Solidarität in den Formen der Freiheit bringen. Oder: das classische Alterthum wird beherrscht durch die Kategorie der Einzelnheit, das Mittelalter durch die der Besonderheit, die Neuzeit durch die der Allgemeinheit. Dergleichen macht Nichteingeweihten nicht selten den Eindruck überlegenen Tiefsinns: in Wahrheit sind es Formeln, die eine gewisse Berechtigung haben, im besten Falle aber nur einzelne sehr beschränkte Seiten der Thatsachen und Zustände abspiegeln.

Am schwächsten stand es um Lassalle's wissenschaftliche Ausrüstung auf dem nächsten Gebiete seiner Agitation, auf dem Felde

der National-Oekonomie. Einer seiner früheren Mitstreiter, Bernhard Becker, verheißt so eben den Beweis zu liefern, daß Lassalle hier nichts Anderes als ein Nachtreter des Franzosen St. Simon gewesen; einstweilen kann ich nur finden, daß er alles, wodurch er damals Aufsehen machte, von Marx entlehnt, und durchweg, wo er diese Grundlage nicht unter den Füßen hatte, in ökonomischen Fragen äußerst schwache Arbeit geliefert hat. Ich will nur einen Punkt hervorheben, allerdings einen Haupt- und Cardinalpunct in Lassalle's Erörterung, das Ricardo'sche Lohngesetz, welches nach Lassalle's Meinung den Arbeiter unwiderruflich zu ewiger Armuth verurtheilt, welches er für absolut bindend hält, für ein „ehernes Gesetz" erklärt. Dieses Gesetz ist in Wahrheit wieder eine jener einseitigen Abstractionen, richtige Folgerung aus gewissen einzelnen Thatsachen, die aber in der praktischen Anwendung überall durch andere Thatsachen modificirt wird. Der Tauschwerth jeder Waare, sagt Ricardo und nach ihm Marx, richtet sich nach den Erzeugungskosten derselben, nach den zu ihrer Erzeugung nöthigen Arbeitsmengen. Wo die Arbeitskraft selbst als Waare auftritt, wird ihr Preis also bestimmt durch die zur Erhaltung des Arbeiters nöthigen Lebensmittel, und sinkt trotz augenblicklicher Schwankungen immer wieder auf dieses niedrigste Maß zurück. Wenn dem so wäre, wenn der durchschnittliche Arbeitslohn buchstäblich nur das zum Leben Unerläßliche darstellte, so würde offenbar ein Arbeiter nur für kurze Momente etwas zurücklegen und regelmäßige Ersparungen nicht machen können, die Lohnarbeit also eine Hölle ohne Ausgang nach Hoffnung sein, und eben dies ist denn auch Lassalle's Folgerung, aus der er zu dem Antrag auf Staatshülfe für die Arbeiter-Vereine gelangt. Wir kennen den theoretischen Fehler in der Grundlage dieses Schlusses bereits: wie bei jeder Waare wird bei der menschlichen Arbeitskraft der Werth nicht allein durch die Erzeugungskosten, sondern auch durch Bedürfniß und Nachfrage bestimmt; jene bilden die Minimal-, diese Maximalgrenze des Werthes, und der sog. natürliche oder Durchschnittswerth liegt nicht auf der Minimalgrenze, sondern in der Mitte beider. Nur unter der doppelten Voraussetzung würde der Durchschnittswerth des Arbeitslohns stets auf sein Minimum herabsinken, daß die Arbeiter gar kein Mittel zum Widerstande hätten, und daß die

Arbeitgeben unter allen Umständen das Minimum durchzusetzen entschlossen wären. Daß die Arbeiter unter häufigen Verhältnissen Widerstand leisten können, lehrt jede Arbeitseinstellung, lehren die gewaltigen, nur durch Arbeiterbeiträge gebildeten Cassen der englischen Gewerkvereine. Und eben so gewiß ist es, daß das Streben der Arbeitgeber auf wohlfeilen Arbeitslohn eine gewisse natürliche Grenze, und zwar eine sich immer verengende Grenze hat. Marx selbst erkennt es an, indem er bemerkt, daß der Arbeitslohn auf die Dauer zwar nur die Lebensnothdurft liefere, daß aber dieser Begriff der Lebensnothdurft selbst ein wechselnder, nach Nationalität und Bildungsstufe der Menschen sehr verschiedener sei. Es kommt hier zur Sprache, was der Engländer den Standard of life nennt, Lebensmaßstab oder Lebenshaltung. Mit jedem allgemeinen Bildungsfortschritt erhöht sich für alle Classen eines Volkes der Inbegriff der Gegenstände, die als unerläßlich für das Leben, die mithin als Erhaltungskosten der Arbeitskraft und folglich als natürliche Factoren des Arbeitslohnes erscheinen. Vor 100 Jahren z. B. ging in ganz Europa die arbeitende Classe barfuß: heute versteht es sich aller Welt von selbst, daß der Arbeitslohn dem Arbeiter neben Nahrung und Kleidern auch Schuhwerk liefern muß. So erschafft die Lebensgewohnheit eine Vorstellung von Lebensnothdurft, die nach Umständen sehr weit von der buchstäblichen realen Nothdurft abweicht; der Arbeiter empfängt in seinem Arbeitslohne auf dessen Minimalgrenze nicht mehr, als was alle Welt für unerläßlich zum Leben erklärt, in Wahrheit aber ist es doch mehr, als was er zur strengen Fristung des Lebens braucht; er hat also auch dann immer noch die Möglichkeit des Sparens, wenngleich eine äußerst knappe und bittere Möglichkeit.

Eingehender und wissenschaftlicher als Lassalle bespricht die Bedeutung des Lebensmaßstabs oder der Lebenshaltung Albert Lange in seinem vielfach interessanten Buche über die Arbeiterfrage. Ohne Weiteres erkennt er es an: eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung erhöht auch den Arbeitslohn. Aber er fragt mit starkem Zweifel: wie kann der Arbeiter zu einer erhöhten Lebenshaltung gelangen? kann er es überhaupt durch die Mittel der eignen Lage? Er hat sonst nichts außer seiner Arbeitskraft und deren Preis, den

Arbeitslohn. Er muß also, um seine Lebenshaltung irgend verbessern zu können, zunächst eine günstige Conjunctur abwarten, in welcher der Arbeitslohn für den Augenblick steigt. Dann gilt es, keinen Pfennig zu verjubeln, sondern Wohnung und Mobiliar und Haushalt zu verbessern; es gilt, so lange die Conjunctur günstig und der Fabrikant der Thätigkeit der Arbeiter am dringendsten bedürftig ist, durch plötzliche Arbeitseinstellung den Lohn weiter in die Höhe zu treiben und schließlich den so eroberten Boden bei sinkender Conjunctur unerschütterlich zu behaupten. Aber dies alles, findet Lange, ist äußerst schwer. Bei günstiger Conjunctur und hohen Arbeitslöhnen denken die Arbeiter am wenigsten an ernstes Sparen oder gar an große Arbeitseinstellung; der Stachel des Bedürfnisses ist gerade dann weniger scharf; sie überlassen sich fröhlich den Annehmlichkeiten des Augenblicks. Erst bei sinkender Conjunctur weckt die wieder eintretende Noth die Erwägungen auf die Zukunft, und allerdings ist dann die unterdessen angenommene Lebensgewohnheit ein starkes Moment für zähen Widerstand gegen jede Lohnverminderung. Allein ist unter diesen Verhältnissen, fragt Lange, der Widerstand bei aller Zähigkeit auch aussichtsreich? Kann selbst der humanste Fabrikant bei sinkender Conjunctur den hohen Lohn immer fortzahlen? Ohne Nutzen thut er es einmal nicht, und hat der Arbeiter, wenn die Fabrikanten festbleiben, schließlich eine andere Wahl, als entweder den niedern Lohn anzunehmen, oder den Lohn durch Verminderung des Angebots wenigstens für seine Genossen wieder zu steigern, nämlich selbst Hungers zu sterben?

Diese Bemerkungen sind an sich völlig einleuchtend und bündig. Aber sie scheinen mir die ganze Stellung der Frage von vorn herein zu verschieben. Nicht darum handelt es sich hier, ob der einzelne Arbeiter oder auch der Arbeiterverein im Stande ist, lediglich durch seine Willenskraft die Dinge zu erreichen, die ihm zum Comfort des Lebens wünschenswerth erscheinen; wäre dies der Fall, so gäbe es keine sociale Frage mehr und die Arbeiter brauchten eben nur zu wünschen. Was wir untersuchen, ist die ganz verschiedene Frage, ob der Fortschritt der nationalen Bildung gewisse Forderungen des Arbeiters nicht bloß den Arbeitern, sondern aller Welt, und somit auch den Fabrikanten, nicht allmählich als ganz selbstverständlich er=

scheinen läßt. Es ist sonst ein entschiedener Vorzug Lange's, daß er auf dem ökonomischen Gebiete neben den ökonomischen auch die Wirksamkeit der geistigen und sittlichen Gesetze anerkennt und berücksichtigt. Gerade an dem Punkte aber, mit dem wir uns eben beschäftigen, scheint er es daran fehlen zu lassen, sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber. Er achtet den Einfluß der Lebenshaltung auf den Arbeitslohn thatsächlich gering, weil die Arbeiter in der Regel den günstigen Moment zu ihrer Geltendmachung, den Moment der aufblühenden Conjunctur, leichtsinnig verprassen. Nun, wenn sie das thun, so liegt die Schuld nicht an der ökonomischen Regel, sondern an dem sittlich unrichtigen Verhalten der Arbeiter; sie liegt nicht in der Natur der capitalistischen Productionsweise, sondern in dem Mangel an Einsicht und Willenskraft bei den Arbeitern. Der Bildungsfortschritt, die Quelle aller Verbesserungen, ist dann eben auf der Seite der Arbeiter noch nicht vorhanden. Und die Fabrikanten, sagt Lange, halten ein= für allemal auf ihren Nutzen; ohne Nutzen thun sie es nicht, und wenn die Conjunctur sinkt, so setzen sie, trotz aller Lebenshaltung der Arbeiter, den Lohn herab. Ich will dagegen nicht an die glücklicher Weise vorkommenden Ausnahmefälle erinnern, wo ein Fabrikant eine Weile auch mit Verlust arbeiten läßt, sei es aus menschlicher Rücksicht auf seine Arbeiter, sei es in Erwägung des noch größeren eigenen Verlustes bei völliger Stillsetzung des Geschäftes. Um so mehr aber betone ich das allgemeine Verhältniß, nach dem gewisse Bedürfnisse der Arbeiter nicht bloß von diesen selbst nach ihren neuerlichen Lebensgewohnheiten begehrt, sondern von der nationalen Gesammtheit nach deren fortschreitender Bildung im eigenen Interesse als unerläßlich anerkannt sind. Hier ist das Ergebniß gewiß. Die kurzsichtige Selbstsucht einzelner Arbeitgeber mag sich sträuben wie sie will: allmählich dringt die allgemeine Erkenntniß auch in ihre Seelen vor, und wo es nicht geschieht, greift endlich der allgemeine Wille mit der Kraft des gebietenden Gesetzes ein. So erging es in England mit der Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden. Bei dem ersten Auftreten der Forderung war der Lärm gewaltig; die Fabrikanten sagten den Untergang aller Industrie voraus. Aber die entsetzliche Menge der Fälle, wo ganze Arbeiterschaaren durch

Ueberanstrengung zu Grunde gerichtet wurden, schlug im Parlamente durch, und die letzte Entscheidung gab die Stimme eines Theiles der Fabrikanten selbst, die zugleich aus Menschenliebe und aus wohlverstandenem eigenen Interesse den Erlaß des Gesetzes dringend begehrten. Lange exemplificirt umgekehrt auf die höchst geringe Verbesserung, welche in den letzten Jahrzehenden die Ernährung und die Wohnung der Arbeiter erfahren hat, trotz alles Bedürfnisses, trotz aller Einsicht in das Bedürfniß. Allerdings, geschwinde, im Handumdrehen sind solche Entwickelungen nicht zu machen, und für jene Forderungen datirt die wissenschaftliche Erkenntniß erst von zwanzig, die öffentliche Agitation in Deutschland erst von etwa zehn Jahren. Was die Ernährung des Menschen betrifft, so waren vor einem Menschenalter die wissenschaftlichen Vorstellungen von ihrem Processe noch äußerst unklar; aus der täglichen sinnlichen Wahrnehmung hatte man freilich entnommen, daß Kartoffeln und dünner Kaffee dem Organismus weniger Stärkung und Belebung zuführten, als Fleisch und Wein; im Ganzen und Großen aber ließ man es dabei bewenden, daß bei einer hinlänglichen Quantität von Kartoffeln der Mensch doch immer seine tägliche Sättigung erreichte und am folgenden Tage weiter existirte. Heute weiß man mit genauester quantitativer Bestimmtheit, wie viel Stickstoffgehalt die menschliche Nahrung haben muß, um nicht das Individuum einer raschen Entwickelung sogenannter Hungerkrankheiten auszusetzen, Krankheiten, von denen manche nicht bloß den zuerst Betroffenen rasch zu Grunde richten, sondern nebenbei seine ganze Umgebung mit Ansteckung bedrohen. Eine solche Erkenntniß wirkt nicht plötzlich, aber sie wirkt wachsend, mit dem wachsenden Grade ihrer Deutlichkeit und Verbreitung, und im gegebenen Momente wirkt sie dann unwiderstehlich. Heute ist uns nichts geläufiger, als die Regel, daß der Arbeitslohn den Menschen vor dem plötzlichen Verhungern schützt, und die andere Regel, daß der Arbeitslose durch seine Commune vor einem solchen Verhungern geschützt werden muß. Ich habe nicht den mindesten Zweifel: die Entwickelung der öffentlichen Gesundheitspflege wird bald genug diese Regeln dahin steigern, daß der Schutz sich nicht bloß auf Verhinderung des Hungertodes, sondern auch der Hungerkrankheiten erstrecken, und nicht bloß die Quantität, sondern auch die Qualität

der Nahrungsmittel in Betracht ziehen muß. Nicht anders verhält es sich mit der Wohnungsfrage. Lange hat Recht, bis jetzt ist die Wohnungsnoth immer noch im Wachsen geblieben. Aber auch hier gilt es wieder: Wie lange ist es her, daß die Wissenschaft uns eine klare und umfassende Einsicht in die Gefahren derselben gegeben hat? Daß wir quantitativ genau wissen, wie vielen Sauerstoff in der Zimmeratmosphäre der Mensch zur Erholung seiner Gesundheit bedarf? Daß die Medicin die dichte Anhäufung großer Menschenmassen in Einem Hause als sichere Gefahr erkennen gelernt hat? Der Mensch ist nun einmal so beschaffen, daß er solche Erkenntnisse eine Weile als theoretische Notizen unthätig mit sich herum trägt, bis allmählich die zunehmende Erfahrung oder plötzlich ein greller Anlaß ihm die praktische Wichtigkeit derselben auch für sein eigenes Dasein klarstellt. Denn bei der Wohnungs- wie bei der Nahrungsnoth handelt es sich nicht bloß um den unmittelbar Leidenden: der rächt sich, ohne es zu wollen, wenn die Gesellschaft ihn stumpf und theilnahmlos verkommen läßt, an der Gesellschaft in furchtbarer Art; aus seinem hinsiechenden Körper steigt das Miasma empor, welches ganze Stadttheile verpestet und verödet. So ist die Wohnungsnoth durchaus eine Frage nicht des einzelnen Arbeiters, sondern des allgemeinen Wohles, und wenn sie gegenwärtig hier in Barmen mit Nachdruck und Gemeinsinn in die Hand genommen wird, so sorgt damit das Bürgerthum nicht bloß für eine einzelne Menschenklasse, sondern für die Gesammtheit der Stadt. Und ganz deutlich kommen wir auch hier wieder auf unsere neulichen Bemerkungen über die Befugniß der Staatsgewalt zurück, für allgemeines Interesse durch allgemeines Gesetz zu sorgen, und falls die freie Privatthätigkeit nicht ausreichen sollte, das allgemein Nothwendige durch herrschenden Befehl zu erzwingen.

Die Bedeutung der Wohnungsfrage erstreckt sich zudem, wie jetzt von allen Seiten anerkannt wird, noch weit über das Gebiet der leiblichen Gesundheit hinaus. Die bisherigen Wohnungsverhältnisse sind in zahllosen Fällen eine stets geöffnete Quelle auch des moralischen Verfalles, theils durch die Verlockung zum Wirthshausbesuch, theils durch die Schwierigkeit, in dem elenden Gelasse auf Geschlecht und Alter der Bewohner die nöthige Rücksicht zu nehmen.

Und wenn wir neulich als das Hauptproblem der socialen Frage die Herstellung eines menschlichen, persönlichen, dauernden Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezeichneten, so ist es wieder einleuchtend, daß es zur Annäherung an dieses Ziel kaum ein wirksameres Mittel geben kann, als die dem Arbeiter eröffnete Möglichkeit, durch längere Beschäftigung in derselben Fabrik zuerst der Miether und weiterhin der Eigenthümer einer gesunden und behaglichen Heimstätte zu werden. Diese Wahrheiten dringen immer weiter und tiefer in das allgemeine Bewußtsein vor, und schwerlich ist der Zeitpunkt noch weit entfernt, in welchem auf diesem wichtigen Gebiete der humanen Privatthätigkeit die öffentliche Förderung und Regelung umfassend zur Seite tritt. Auch hier suspendire ich mein Urtheil über die praktische Ausführbarkeit einzelner Vorschläge und begnüge mich zu constatiren, daß in der neueren Literatur bereits die Frage wiederholt discutirt worden ist, ob die Verpflichtung, gesunde Arbeiterwohnungen herzustellen (wie sich versteht, nicht als Geschenk, sondern zu leidlicher Miethe), auf die bürgerliche Gemeinde im Ganzen oder auf die betreffenden Arbeitgeber zu legen, oder ob die letzteren nicht wenigstens für einen Theil dieser Sorge verantwortlich zu machen sind. Die Stimmen, die sich für die Verpflichtung der Arbeitgeber aussprechen, heben hervor, daß denselben dadurch kein Opfer, sondern nur eine an sich rentable Capitalanlage zugemuthet würde; sie bemerken, daß bei dem bisherigen Zustande der Fabrikant bei blühender Conjunctur den Gewinn aus der Thätigkeit seiner Arbeiter allein zieht, bei sinkender Conjunctur aber die Erhaltung der entlassenen Arbeiter der Commune überläßt; sie heben hervor, wie in der großen Mehrzahl der Fälle die Wohnungsnoth durch massenhaften Anzug industrieller Arbeiter, in Folge neu entstehender Fabriken veranlaßt wird. Würde der Fabrik die Verpflichtung auferlegt, wenigstens für einen ansehnlichen Theil dieser neuen Arbeiter Dach und Fach zu beschaffen, so würde damit in den meisten Fällen die Entstehung einer allgemeinen Wohnungsnoth verhütet werden. Was sich gegen diese Erörterung sagen läßt, ist nicht minder deutlich. Die angegebene Verpflichtung des Fabrikanten würde manches Mal die Begründung eines sonst gewinnreichen Geschäftes in manchen Lokalitäten unmöglich machen, würde überhaupt je nach den Umständen, wie jede ernste

Verpflichtung, hemmend und hindernd einwirken. Es wird hier eben die praktische Aufgabe des Gesetzgebers sein, Vortheile und Nachtheile abzuwägen und danach das Maß seiner Vorschriften festzustellen. Gewiß aber ist heute schon die Ungerechtigkeit des bisherigen Zustandes, bei dem ein großer Unternehmer Hunderte oder Tausende von Arbeitern in eine Commune hineinzieht, mit ihrer Hülfe bei schwunghaften Geschäften gewaltigen Reichthum für sich erzielt, dann bei eintretender Krisis einen ansehnlichen Theil der Leute der öffentlichen Armenunterstützung, d. h. der Ernährung auf Kosten seiner Mitbürger überläßt. Es ist dies offenbar in erster Instanz keine Frage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, keine Frage, um in der Sprache der Socialisten zu reden, zwischen Bourgeois und Arbeiter, sondern eine innere Frage der Bourgeoisie: Wer soll die Kosten einer relativen Uebervölkerung tragen, der Urheber derselben, welcher bisher die Früchte derselben allein geerntet, oder die gesammte Ortseinwohnerschaft, die jener Bereicherung eines Einzelnen lediglich zugesehen hat? In weiterem Sinne freilich führen auch diese Betrachtungen auf den Kernpunkt der socialen Frage zurück, auf die Herstellung eines persönlichen und menschlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, indem der erstere nicht bloß für die Bezahlung des contractlichen Lohnes, sondern in einer wichtigen Beziehung für das gesammte Wohlergehen seiner Dienstleute verantwortlich gemacht würde.

Ueber der Erörterung der Lebenshaltung und ihres Einflusses auf den Wohlstand der Arbeiter haben wir Lassalle eine Weile aus den Augen verloren. Ich hoffe, es Ihnen klar gemacht zu haben, daß eine Besserung der allgemeinen Lebenslage der Arbeiter, trotz Lassalle's ehernem Lohngesetze, möglich, daß dieses angebliche Lohngesetz also keineswegs unerbittlich und die weitere Consequenz der Lassalleschen Lehre durchaus nicht zwingend ist. Er gelangt von jenem Gesetze in zwei Schritten zu der Forderung jener Staatshülfe, die lange Zeit hindurch das Stichwort seiner Anhänger im Gegensatze zu Schulze's Selbsthülfe war. Da nach jenem Lohngesetze der Arbeiter niemals sparen, also niemals selbstständiger Producent werden könne, so müsse der Staat ihm dazu verhelfen durch Creditirung solcher Vorschüsse, welche einen Arbeiterverein in den Stand setzen, unter Anschaffung der nöthigen Arbeitsmittel ein eige-

nes Geschäft zu begründen, also, wie Lassalle das nannte, Productiv-Associationen mit Staatshülfe. Er meinte, wie mir scheint, sehr utopistisch, die Associationen würden den ertheilten Vorschuß ohne Schwierigkeit verzinsen und schnell zurückerstatten, so daß der Staat durch die Operation ein materielles Opfer überall nicht brächte. Offenbar aber würde die Entscheidung dieser Frage von der allgemeineren abhängen, in wie weit die Leitung großer Fabrikationen durch Arbeitervereine sich rentabel erwiese, oder, um Albert Lange's Ausdruck zu gebrauchen, ob die Verwandlung der bisher monarchischen Fabriken in republikanische dem Geschäftsgewinne keinen Eintrag thun würde. Ich bekenne, daß ich nach der Natur der Sache eben so wie nach allen bisherigen Erfahrungen nur in sehr beschränktem Maße Vertrauen zu der Bejahung dieser Frage gewinnen kann. Nur unter seltenen Voraussetzungen scheint es denkbar, daß die Lenkung eines großen Geschäftes durch Mehrheitsbeschluß der Arbeiter eben so gewinnreich, wie die Direction eines Einzigen sich gestalten, oder daß ein gleicher Gewinn ohne die schwerste Beschädigung der Consumenten (vermittelst Aufhebung aller Concurrenz) erzielt werden sollte. In dem letzten Falle aber gäbe es doch nichts Unbilligeres, als von dem Staate, d. h. von dem Inbegriffe aller Consumenten, die künstliche Herbeiführung eines solchen Systemes zu begehren.

Es wird kaum erforderlich sein, hier erst ausdrücklich darauf hinzuweisen, in wie ganz anderem Sinne als Lassalle wir eine Einwirkung des Staates auf die industriellen Verhältnisse für befugt erachten. Lassalle begehrt ein Eingreifen des Staates ganz unmittelbar auf dem ökonomischen Gebiete selbst. Der Staat soll auf Kosten der Steuerzahler eine Klasse seiner Bürger, die bisherigen Arbeiter, in den Stand setzen, mit einer anderen Klasse, den bisherigen Fabrikanten, ebenbürtig in Concurrenz zu treten. Der Vorschlag ist ganz aus demselben Holze geschnitten, wie früher manche Arten der Schutzzölle: Der Staat sollte auf Kosten der inländischen Consumenten gewisse Fabrikanten in den Stand setzen, ihre auswärtigen Concurrenten von unserem Markt zu verdrängen. In beiden Fällen suchte der Staat durch eine ökonomische Operation die industrielle Thätigkeit zu beherrschen; sein unmittelbarer Zweck wäre, den Gütterertrag zu Gunsten des Einen oder des Andern aus den natürlichen Bahnen willkürlich abzulenken, eine

andere Erzeugung und Vertheilung der Reichthümer, als sie durch das freie Spiel der ökonomischen Gesetze gefordert wird, hervorzubringen. Wenn wir dagegen das Einschreiten des Staates bei den englischen Fabrikgesetzen, bei der Regulirung der Wohnungsverhältnisse, bei dem Unterrichte der Fabrikkinder billigen und begehren, so handelt es sich nicht um eine Verfälschung der ökonomischen Zwecke, um eine Alteration der ökonomischen Gesetze, sondern lediglich um die Anerkennung, daß die ökonomischen Zwecke nicht die einzigen, nicht die höchsten in der menschlichen Gesellschaft sind, daß ihre Wirksamkeit beschränkt werden darf und muß, wo sie mit höheren Zwecken in Collision kommen. Die Grundlage alles ökonomischen Gedeihens muß immer die Freiheit des Eigenthums bleiben. Wer aber diese Freiheit verletzt erklärt, wenn der Staat ihn verhindert, sein Eigenthum zur Quelle mörderischer Epidemien zu machen, der ist allerdings der wirksamste Apostel der communistischen Lehre, nach welcher das Privateigenthum die Pestbeule der menschlichen Gesellschaft sein soll.

Lassalle hat noch auf einem zweiten Gebiete, dem der Rechtswissenschaft, im Sinne der socialistischen Partei gewirkt, wie mir scheint, mit mehr Originalität und Fleiß als auf dem eigentlichen ökonomischen Felde, aber allerdings auch hier mit sehr zweifelhaften Ergebnissen. Ich muß nochmals Ihre Geduld für eine kurze, rein theoretische Erörterung in Anspruch nehmen; Sie werden sehr bald sehen, wie weitgreifende praktische Consequenzen sich daran knüpfen. Lassalle's zweibändiges Buch führt den Titel: „System der erworbenen Rechte", und geht von der Frage aus, welchen Einfluß neue Gesetze auf die bestehenden Rechtsverhältnisse haben können. Man erkennt leicht, daß diese Frage eine der allerwichtigsten für Recht und Staat und Gesellschaft, und zugleich daß sie nicht kurzer Hand zu entscheiden ist. An der Spitze aller unserer Gesetzbücher steht der Satz: ein Gesetz darf nicht rückwirkend sein. Wenn heute z. B. das Gesetz zu einem gültigen Verkauf von Aeckern nur die Unterschrift der beiden Parteien fordert, dann aber vom 1. Januar ab ein neues Gesetz einen notariellen Akt zur Bedingung der Gültigkeit macht, so bleiben alle vor dem 1. Januar geschlossenen Privatkäufe in Kraft, gleichviel daß ihnen die notarielle Beglaubigung mangelt. Darüber hat Niemand einen Zweifel. Wie aber steht es in folgendem Falle?

In einem Lande ist die Sclaverei gesetzlich eingeführt; die Grundbesitzer haben sich Sclaven gekauft, sie mit schwerem Gelde bezahlt, sie sind dort vollkommen rechtmäßige Eigenthümer derselben. Indessen ändern sich die rechtlichen und sittlichen Anschauungen der Nation. Es erscheint ein Gesetz, welches die Sclaverei, als der Würde der menschlichen Natur widersprechend, aufhebt. Ist es nun Rechtens, daß die früher gesetzmäßig gekauften Waaren Eigenthum ihres Herrn bleiben, und nur für die Zukunft der Sclavenhandel abgeschafft ist? Oder werden auch die früher gekauften Sclaven frei? Ich denke, daß Sie hier sofort für die letztere Ansicht entscheiden, diesen Fall also in ganz anderem Lichte sehen werden, als den vorher angeführten. Der Unterschied liegt darin, daß jedes Privatrecht die Anerkennung durch das allgemeine Rechtsbewußtsein zur Voraussetzung hat; es ist unantastbar, so lange diese Voraussetzung dauert, es erlischt, sobald dieselbe wegfällt. In unserem ersten Falle bliebe nach wie vor das Eigenthum an Aeckern anerkanntes Recht; die unter der früheren Erwerbsform vollzogenen Kaufverträge blieben also gültig, obgleich für die künftigen andere Erwerbsformen vorgeschrieben werden. In dem zweiten wurde das ganze Rechtsinstitut der Sclaverei von dem nationalen Bewußsein verdammt, das Eigenthum an einem Menschen als unsittlich verworfen; der Besitz des Herrn hatte also die Voraussetzung verloren, die ihn zum Rechtsverhältniß stempelte; die Sclaven, noch so rechtmäßig erworben, wurden auf der Stelle frei. Eben diese Ansicht hat schon vor Jahren unser großer Rechtslehrer Savigny entwickelt und Lassalle sie in der Hauptsache übernommen und nur in speciellerer und zum Theil präciserer Ausführung fortgebildet. Aber in einem Punkte von entscheidender Wichtigkeit weicht er von Savigny ab. In unserem zweiten Falle sehen wir, werden die rechtmäßig gekauften Sclaven dennoch frei. Aber die Frage entsteht: gebührt den Herren für ihren harten Verlust nicht eine Entschädigung? Savigny bejaht diese Frage, Lassalle verneint sie auf das Entschiedenste. Er sagt: mit dem Erlaß des neuen Gesetzes war die Sclaverei erloschen, ein Eigenthumsrecht der Herren gar nicht mehr vorhanden, für etwas Nichtiges ist Niemand Entschädigung schuldig. Oder in anderer Wendung: bei jedem Rechtsgeschäfte ist die stillschweigende Clausel hinzuzudenken, daß die Wirkungen desselben

nur so lange und so weit andauern, als das betreffende Rechtsinstitut nicht durch ein absolutes Gesetz verboten ist. Tritt ein solches Verbot ein, so verliert in demselben Augenblick das Geschäft und dessen Ergebniß den rechtlichen Charakter und damit auch den Anspruch auf Entschädigung. Ein wichtigerer Satz für die communistischen Anschauungen läßt sich nun gar nicht denken. In unserem Beispiel hat der Staat das allgemeine Rechtsbewußtsein, das Eigenthum an Menschen für unerlaubt erklärt: die Herren verlieren also nach Lassalle ihre Sclaven ohne Entschädigung. Zwanzig Jahre später erklärt das allgemeine Rechtsbewußtsein, d. h. ein gesetzgebender Körper mit communistischer Majorität, das Privateigenthum an Grund und Boden für unerlaubt, weil die Erde nicht für Einzelne, sondern für Alle geschaffen sei; von Rechts wegen nach Lassalle verlieren die Grundbesitzer ihre Häuser und Aecker ohne Entschädigung. Und noch ein Schritt weiter, und eine andere Gesetzgebung schafft überhaupt das Privateigenthum als eine Quelle von Monopol und Aussaugung ab, und wieder von Rechts wegen nach Lassalle haben die bisherigen Eigenthümer nicht den mindesten Anspruch auf Entschädigung. Denn, erklärt Lassalle, mit dem Erscheinen des verbietenden Gesetzes hatte das bisherige Recht seinen Rechtscharakter verloren; es war nichtig in sich geworden; für ein Nichts braucht man keine Entschädigung zu zahlen.

Wie mir scheint, ist dem scharfsinnigen Philosophen hierbei eine einfache Unterscheidung entgangen. Man kann ihm einräumen, daß in einem solchen Falle bei der sofort erfolgten Hinfälligkeit des früheren Rechtes zwischen den betheiligten Parteien kein Anspruch auf Entschädigung und keine Verpflichtung zu derselben existirt. Aber die Vernichtung des bisherigen Rechts ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist durch einen menschlichen und folglich verantwortlichen Willen erfolgt, durch den Willen des Staates, desselben Staates, welcher durch seine früheren gesetzgeberischen Akte seine Bürger zu jenen jetzt verpönten Rechtsgeschäften angeleitet, sie zu Ausgaben und Anlagen solcher Art selbst bevollmächtigt hatte. Gewiß, diese Vollmacht ist der Natur der Sache nach stets widerruflich; der Staat ist, bei einer Umwandlung seiner sittlichen Ueberzeugungen, befugt und verpflichtet, auch seine Rechtsinstitute entsprechend umzuwandeln. Aber diejenigen, die bisher ihr ganzes Dasein im Glauben an seine bis-

herige Vorschriften eingerichtet hatten, sie sollten keinen Anspruch an ihn haben, an ihn, der ihre auf diese Vorschriften gegründeten Vermögensrechte mit rascher Sinnesänderung vernichtet? Wenn dies die Gerechtigkeit des Rechtes wäre, so wüßte ich nicht, wo eine schreiendere Unsittlichkeit angetroffen werden sollte. Und es handelt sich nicht etwa um Vermögensnachtheile, welche indirect, wie bei jeder Abänderung des öffentlichen Zustandes, den Einen oder den Andern treffen: sondern der Wille des Gesetzgebers ging direct und ausdrücklich auf die Zerstörung gewisser, bisher von ihm anerkannter Vermögensrechte. Aus diesem Willen folgt in unaufhaltsamer Consequenz die Pflicht des Staates, dem hier Beschädigten den Tauschwerth seines Verlustes zu erstatten. Angenommen, daß die Zukunft einmal in dem einen oder andern Lande eine communistische Gesetzgebung bringe, so werden die davon Betroffenen freilich der Staatsgewalt sich fügen müssen, nimmermehr aber werden die Herrscher sich nach Lassalle's Theorie auf ein gutes Recht berufen dürfen, wenn sie nicht den Verletzten in anderer Form den Ersatz ihrer Verluste zuwenden.

Die Entschädigung vorausgesetzt, ist, wie wir sehen, die Gesetzgebung eben so berechigt wie verpflichtet, ihre Rechtsinstitute gemäß jedem Bildungsfortschritt fortzuentwickeln, umzugestalten, zu erneuern. Wenn die Einsicht der Nation zu der Erkenntniß käme, daß das Privateigenthum Diebstahl wäre, so verstände es sich, daß die Gesetzgebung es abschaffte. Wenn die Einsicht der Nation die Ueberzeugung gewänne, daß das Erbrecht weder verständige noch sittliche Begründung hätte, so wäre es ganz in der Ordnung, es aufzuheben. Lassalle, der auch in dem Sinne ein geschickter Agitator war, bei aller Heftigkeit seiner Polemik die letzten Consequenzen seines Systems nicht nackt auszusprechen, seine nächsten Bekämpfer also einzuschüchtern, von den Zuschauern aber möglichst Wenige abzuschrecken wünschte, Lassalle hat niemals die Abschaffung des Privateigenthums geradezu gefordert, sondern höchstens darauf hingedeutet, als auf den unvermeidlichen Abschluß einer weltgeschichtlichen Entwickelung. Um so entschiedener aber redet er von der wesentlichsten Grundlage des vollen Privateigenthums, von dem Erbrecht. Er stellt dies dar, in ausführlicher Entwickelung, als ein Erzeugniß gewisser nationaler und geschichtlicher Anschauungen, die längst in Europa abgestorben sind. Ihr Product,

das Erbrecht, erscheint also nicht mehr wie ein wachsender Baum, der gesunde Wurzeln in dem Grunde lebendigen Sittenbewußtseins hat, sondern wie eine wurzellose Stange, welche der Gesetzgeber jeden Tag auf den Kehricht werfen kann. Die alten Römer, sagt er, die Schöpfer unseres testamentarischen Erbrechts, glaubten, daß der letztwillig ernannte Erbe das Gefäß sei, in welches der persönliche Wille des Erblassers übergehe, und somit über den Tod hinüber inmitten der irdischen Verhältnisse fortdauere. Die alten Germanen, von denen wir unser Intestat-Erbrecht haben, betrachteten als den Eigenthümer des Vermögens nicht den augenblicklichen Inhaber, sondern die gesammte Familie desselben, so daß bei dem Tode des Vaters und dem Einrücken des Sohnes dieser kein neues Eigenthum empfing, sondern nur in der Verwaltung desselben freiere Hand bekam. Wer aber glaubt heute noch, fragt er, an den römischen Satz, daß der persönliche Wille des Erblassers in den Erben hineinfahre? Nach unseren Vorstellungen erlischt der Wille mit dem Tode, oder wird von der Erde hinweg zu Himmel und Hölle entrückt; ist es nicht blödsinnig, einem nicht mehr vorhandenen Willen die Befugniß zu allen Festsetzungen über Vermögensrechte einzuräumen? Und eben so ist das germanische Gesammteigenthum der Familie bei uns verschwunden; der Vater ist voller, alleiniger Eigenthümer seines Vermögens; im Augenblicke seines Todes wird das Vermögen herrenlos; welch ein Grund spricht noch dafür, daß das Gesetz den Sohn ohne Weiteres Besitz davon ergreifen läßt? Unsere Erbgesetze, schließt Lassalle, stehen völlig in der Luft; sie sind nur noch ein einziges, großes Mißverständniß; sie sind eine völlig willkürliche Regulirung der Hinterlassenschaften von Societäts wegen. Die Folgerung liegt auf der Hand; nichts hindert die Societät, vielmehr ladet Alles sie ein, den alten Plunder über Bord zu werfen und jede Hinterlassenschaft sich selbst zu neuer, gerechter Vertheilung anzueignen.

Diese Erörterung klingt wieder ganz plausibel, wie alle Schlußreihen bei Lassalle. Sie hat bloß zwei Fehler: ihre historische Voraussetzung ist höchstens zur Hälfte wahr, und wäre sie völlig wahr, so würden Lassalle's Consequenzen daraus nicht folgen. Jene Ansicht des römischen Erbrechts ist historisch unbegründet. Den Beweis dieser Kritik kann ich natürlich an dieser Stelle nicht entwickeln, son-

dern nur die Versicherung anzunehmen bitten, daß das Urtheil unserer historischen Rechtswissenschaft darüber einstimmig ist. Dann aber, hätte in Bezug auf Romulus oder Cicero Lassalle ganz das Richtige gesehen, was thäte es uns? Gewiß, jedes lebendige Rechtsinstitut entsprießt aus der Wurzel eines lebendigen Moralbegriffs und nimmt mit jeder Veränderung des letzteren veränderte Formen an. Umgekehrt aber wirkt es selbst auch wieder auf die sittlichen Anschauungen zurück und treibt hier neue Wurzeln: nichts ist uns geläufiger in Geschichte und Leben als diese Wahrnehmung. Das Königthum z. B. hat Jahrhunderte lang zu seiner sittlichen Voraussetzung die persönliche Freundschaft und Treue zwischen Lehnsherrn und Vasallen gehabt; heute ist von solchen Stimmungen nur bei äußerst wenigen Bürgern die Rede, aber um so wärmer verehren Millionen die Erbmonarchie als den festen Halt und Anker des Staates, als die in den Republiken unbekannte Bürgschaft für die Stetigkeit des öffentlichen Rechts. Die ursprüngliche sittliche Grundlage des Königthums ist verschwunden, aber die Wirksamkeit des bestehenden Königthums hat sich eine neue in den Gemüthern erzeugt. So glauben wir im Erbrecht nicht mehr an jene Art von Seelenwanderung des Erblassers in den Erben hinein, um so mehr aber sind wir von der Ueberzeugung erfüllt, daß auch in Vermögenssachen jedes menschliche Wirken werthlos und inhaltlos wird, wenn es sich seine Zwecke nur für die Dauer des einen Menschenlebens setzen darf. Betrachte man Tod und Unsterblichkeit wie man wolle, der rechte volle Mensch wird verstümmelt, wenn man ihm verbietet, in seinen Kindern und in seinen Werken fortzuleben, und dieses Verbot würde in dem Augenblicke ausgesprochen, in welchem die Staatsgewalt das Erbrecht, das testamentarische oder verwandtschaftliche, aufhöbe. Man kann sich denken, daß das Gesetz den Kreis der erbberechtigten Verwandtschaft einmal erheblich einschränkt, oder daß es die Befugnisse des testirenden Erblassers gegenüber seinen Kindern enger oder weiter zieht; ein Angriff aber auf den Bestand des Erbrechts überhaupt würde die tiefsten und edelsten Gefühle der Menschenbrust zum äußersten Widerstande entflammen. Diese Wahrheit wird denn auch von A. Lange rückhaltslos anerkannt.

Um so entschiedener ergreift dafür Lange den socialistischen Standpunkt bei einem andern hervorragenden Momente der Eigen-

thumsfrage, bei der Frage über das Privateigenthum an Grund und Boden. Wir haben neulich gesehen, wie Marx im Zusammenhange der englischen Verhältnisse zu der Forderung des Gesammteigenthums gelangt ist, als der einzigen Möglichkeit, die Arbeiter wieder selbstständig zu machen und ihnen wieder zum Besitze von Arbeitsmitteln verhelfen. Lange tritt an das Problem von einer andern Seite heran. In scharfsinniger und klarsichtiger Weise entwickelt er den Begriff der Bodenrente, die sich aus der Verschiedenheit der natürlichen Qualität der einzelnen Grundstücke ergibt. Bei dünner Volksmenge bebaut man nur die am leichtesten ergiebigen Aecker; die anwachsende Bevölkerung steigert die Nachfrage und damit die Kornpreise, so daß nun auch der Anbau schlechteren Bodens sich verlohnt, während der frühere Eigenthümer des besseren Ackers, ohne daß er selbst etwas dazu thut, ein Surplus an Werthen erzielt. Dieses Surplus hat wieder Ricardo zuerst betont und als die eigentliche Bodenrente, als den Preis des ursprünglichen Naturwerths des Ackers, bezeichnet. Lange, welcher auch darin an Ricardo anknüpft, daß er sonst die menschliche Arbeit allein als die Quelle und das Maß des Tauschwerths betrachtet, sieht, auf diesem Standpunkte consequent genug, in der Bodenrente ein seinem Rechtsgefühle widersprechendes Monopol, da sie, wie gesagt, dem Eigenthümer ohne eigene Arbeit, lediglich durch das Anwachsen der Bevölkerung und der Nachfrage, wie von selbst in den Schooß fällt. Er bemerkt nun ganz richtig, daß ähnliche Fälle in hundertfacher Anwendung vorkommen. Ein Haus, in dessen Nähe plötzlich eine heilkräftige Quelle hervorsprudelt, durch dessen Garten eine neue Straße gelegt wird, steigt gewaltig im Werthe, ohne alle eigene Arbeit des Eigenthümers. Er deutet, freilich nur ganz im Vorbeigehen, an, daß sich dergleichen nicht bloß bei Immobilien zeigt: es sind in der That die alltäglichsten Erscheinungen bei aller Industrie. Als z. B. der amerikanische Krieg plötzlich den Baumwollenhandel stocken machte, stiegen in ganz Europa die Leinwandpreise, ohne alle eigene Arbeit der Fabrikanten; es ergab sich für die letzteren ein Surplus, welches ganz wie die Bodenrente dem Gewinner durch Glücksgunst in den Schooß fiel. Lange kommt aus der Ricardo'schen Werth- und Arbeits-Theorie unaufhaltsam zu der Folgerung, daß alle diese

Erscheinungen abnorm seien, denn der Mensch solle keine Werthe empfangen, die er nicht selbst erarbeitet hat. Richtiger wäre ohne Zweifel gewesen, (da eine gute Theorie die Praxis nicht meistern, sondern erklären soll), daß er durch die Wahrnehmung all' jener zahllosen Ausnahmen zu einem Zweifel an seiner Werth-Theorie gelangt wäre. Wir haben uns neulich überzeugt: die Arbeit nicht für sich allein, sondern in ihrem Verhältniß zu den Bedürfnissen, also die Zweckmäßigkeit der Arbeit, ist Quelle und Maß des Werthes, und mag der Mensch dieselbe klug im voraus berechnet haben, oder sie glücklich erst hinterher erleben, er hat eben an zweckmäßiger Stelle oder zu zweckmäßiger Zeit geackert, gebaut, gewebt, und wenn nachträglich ein gesteigertes Bedürfniß, ein erweiterter Zweck hervortritt, so gebührt ihm der daraus entspringende Gewinn von Rechts wegen. Wenn Jemand eine Fabrik anlegt in der Berechnung, 10 Procent zu gewinnen, und ein äußerer Glücksfall nachher den Gewinn auf 20 steigert, kann sich dadurch ein Rechtsgefühl, kann sich ein anderes Gefühl als das des Neides dadurch verletzt fühlen? Und eben so, wer sich einen Acker kauft in der Erwartung, 4 Procent daraus zu ziehen, wie soll ein ökonomisches Gesetz verletzt werden, wenn gesteigerte Nachfrage den Werth des Ertrages auf 6 oder 8 Procent in die Höhe treibt? Mit Einem Worte: wer seine Kraft der Erzeugung allgemein nützlicher Güter widmet, darf mit Fug auch den durch das Glück ihm zufallenden Mehrgewinn dahinnehmen. Wogegen unser sittliches Gefühl sich in Wahrheit sträubt, ist die Bereicherung durch Spiel und Wette, welcher überhaupt keine productive Thätigkeit zu Grunde liegt, bei welcher der menschliche Scharfsinn unmittelbar in den Dienst der niedrigsten Selbstsucht tritt. Hier wird das Bild des erschwindelten Reichthums mit Grund dem darbenden Arbeiter gehässig, und nichts ist natürlicher, als die überall eintretende Gleichzeitigkeit großen Börsenschwindels und communistischer Reaction. Aber das allmähliche Wachsen der Bodenrente steht auf einem ganz andern Blatte; hier ist redliche und productive Arbeit, welcher Niemand auch den über die frühere Erwartung gesteigerten Lohn beneiden soll.

Indessen, bemerkt Lange, gebühre die Bodenrente wem sie wolle. Sie ist einmal da, und die interessante praktische Frage ist, wie sie

wirkt. Er antwortet: sie wirkt centralisirend, sie unterstützt die Anhäufung größerer Vermögensmassen in der Hand des Reichen und folglich das Wachsthum relativer Armuth bei dem weniger Wohlhabenden und, wie sich versteht, vor Allem bei dem völlig besitzlosen Arbeiter. In dieser Allgemeinheit hingestellt, wird Niemand seinen Satz bestreiten. Wer hat, dem wird gegeben, das ist ein altes Wort. Wo das Privateigenthum nicht wie im Mittelalter durch künstliche Bande eingeschnürt ist, wo es wie heute in freier Concurrenz sich rühren kann, da ist der Reiche dem Wohlhabenden und dieser dem Armen an Erwerbkraft überlegen, und die Tendenz zur Centralisation ist ein für alle Male dem freien Privateigenthum eingepflanzt. Eben so wenig läugnet irgend ein Mensch, daß eine übermäßige Entwickelung dieser Tendenz ein schwerer Schaden für die menschliche Gesellschaft und die nationale Gemeinschaft werden kann: ein Volk, das ohne allen Mittelstand nur noch aus wenigen Millionären und vielen Proletariern besteht, tritt in ein krankes Greisenalter seines nationalen Lebens ein. Aber eben so gewiß ist auf der anderen Seite, daß das freie Privateigenthum noch eine zweite, eben so unverwüstliche Tendenz hat, nämlich die Tendenz zu einer steten Steigerung der Production, weil bei seiner Verwerthung die edelsten und die niedrigsten und folglich die stärksten Triebe der menschlichen Natur zusammengreifen, die tief geistige Freude am Schaffen und Wirken und der tief sinnliche Drang nach Bereicherung und Gewinn. Gerade bei der Bodenrente, dem Lohne für die Erzeugung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse Aller, sollte man sich dreifach hüten, ehe man einen Gedanken an die Entnervung der Production durch Beseitigung des Privateigenthums Raum gäbe. Allerdings hat ein gebildeter Mann, wie Lange, dabei ganz sicher nicht die Rückkehr zu dem rohen Dorfcommunismus und jährlichen Ackerwechsel der alten Germanen oder der heutigen Russen im Sinne; vielleicht kommt man seiner Vorstellung nahe, wenn man sich alle heutigen Grundbesitzer in Domainenpächter verwandelt denkt: aber wie man sich die Ausführung auch vorstellen möge, das unausbleibliche Resultat würde immer ein gewaltiges Sinken in der Gesammtproduction der nothwendigsten Nahrungsmittel sein, ein Resultat, welches sicher den heutigen Capitalisten nicht erfreulich, aber eben so

sicher den heutigen Arbeitern verderblich wäre. Man wird also auch hier nicht umhin können, das Privateigenthum zu nehmen, wie es einmal menschlicher Weise ist, nach seinen guten wie nach seinen bedenklichen Seiten. Daß die ökonomische Freiheit, wenn sie nur eine allseitige ist, Mittel in sich trägt, der übermäßigen Centralisation entgegenzuwirken, davon liefern die englischen Gewerkvereine tägliche, wenn auch nicht stets erfreuliche Beispiele. Dann aber gilt immer wieder der Satz, daß der Staat befugt und berufen ist, unter voller Anerkennung der ökonomischen Gesetze, auch die anderen Seiten des menschlichen Daseins hervorzuheben, und nach deren Bedürfniß der ökonomischen Entwickelung, z. B. durch zweckmäßige Steuerreformen und erbrechtliche Bestimmungen, und vor Allem durch allseitige Steigerung der geistigen und sittlichen Kräfte Schranken zu setzen.

Wir haben nun die wichtigsten Themata kennen gelernt, welche der moderne Socialismus zum Inhalt seiner Bestrebungen gemacht hat. Wenn meine Darstellung nach meinen Wünschen ausgefallen ist, so habe ich Sie überzeugt, daß die Vertreter derselben, mögen wir noch so durchdrungen von der Unrichtigkeit ihres Systemes sein, mit großer wissenschaftlicher Kraft auf den Schauplatz treten und ganz und gar in der Lage sind, durch Erörterungen von scheinbarer Bündigkeit und Ueberlegenheit Millionen von Menschen die allerwichtigste Waffe, das gute Gewissen, zu ihrer Erhebung zu geben. Es wäre ein verderblicher Irrthum, den wissenschaftlichen Streit für erledigt, die Marx'schen und Lange'schen Lehren für längst abgethane Thorheit zu erklären. Und noch schlimmer wäre der Fehler, den man auch nicht als bloßen Irrthum bezeichnen dürfte, wollte unsere Praxis an den von jenen Männern signalisirten Thatsachen menschlichen Elends gleichgültig vorübergehen, weil es doch immer Armuth auf der Welt gegeben habe und immer geben werde. Das hieße die entsetzlichste Revolution zugleich hervorrufen und rechtfertigen. Im Gegentheil, wie die Verhältnisse heute liegen, gilt es geradezu für einen jeden Freund seines Landes, alle geistigen und sittlichen Kräfte zusammennehmen, um das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder auf die gesunde Grundlage befreundeten Zusammenwirkens zurückzubringen. Die letzten Verhandlungen der

internationalen Association zeigen uns, wohin wir gelangt sind (ich folge dabei den Büchern von Testu und Onslow). Die Internationale war in ihrem Ursprunge ein äußerst friedlicher Handwerker-Bildungsverein. Zwei Pariser Bronzearbeiter, Tolain und Fribourg, waren 1862 zur Londoner Ausstellung hinübergegangen, hatten dort die englischen Gewerkvereine kennen gelernt, dann aber erfahren, daß eine ähnliche Verbindung in Frankreich verboten war. Ein kluger Advocat machte sie aufmerksam, daß kein Gesetz sie hindere, Mitglieder eines englischen Arbeitervereins zu werden; darauf machten sie 1864 eine zweite Reise nach London und wurden hier mit dem bekannten republikanischen Schuster oder Schreiner Odger, mit Dr. Karl Marx, dem Geigenbauer Dupont und einigen Anderen die Gründer des internationalen Bundes, welcher dann allmählich in den einzelnen Ländern Europas Sectionen zu bilden begann und alljährlich große Congresse in Genf, Lausanne, Brüssel, Basel abhielt. Tolain und seine Genossen, sowie die Mehrzahl der englischen Arbeiter wollten Anfangs von Politik und Revolution und Communismus nicht reden hören, sondern nach dem Princip der Selbsthülfe durch die Kraft der Association ihre Lage auf dem bestehenden Boden verbessern. Es ist eine traurige, aber leider erklärliche Thatsache, daß, so lange diese Stimmungen den Bund beherrschten, er eine sehr kümmerliche Entfaltung fand. Er hatte nichts, um die Leidenschaften der Volksmassen zu reizen; die Mehrzahl der englischen Arbeiter hatte für die Zwecke des Bundes bereits ihre Gewerkvereine; in Frankreich war eine solche friedliche Thätigkeit eben so verboten wie eine revolutionäre. So dauerte es nicht lange, und neben Tolain und dessen Gesinnungsgenossen erhoben sich andere Tendenzen. Bei jedem neuen Congresse wurden die Anträge radicaler, die Zahl der revolutionären, großentheils den gebildeten Ständen angehörigen Stimmführer bedeutender, die Haltung der socialistischen Zeitungen ungeduldiger und grimmiger. Vor Allem war es der russische Flüchtling Bakunin, welcher die wildesten Bestrebungen zur Geltung brachte. Abschaffung der Religion und der Ehe, Beseitigung aller bisherigen Regierungen, Staaten- und Volksunterschiede, Aufhebung des Privateigenthums, des Erbrechts und der Lohnarbeit, und schließlich eine allgemeine Liquidation, d. h. die Einziehung aller

Güter zum Besten der Gesammtheit. Dazu kam die politische Krisis, welche in Frankreich dem Sturze des Kaiserreichs vorherging und welche die Arbeiter unter dem republikanischen Banner sammelte und zugleich die Zahl der französischen Gruppen der Internationale gewaltig anschwellte. Gleichzeitig war die spanische Revolution eingetreten, welche auch in diesem Lande den communistischen Bestrebungen Wurzel zu fassen ermöglichte. In Deutschland hatte Lassalle, völlig unabhängig von der Internationalen, die socialistische Agitation, einstweilen mit viel bescheideneren Zielen, der Gründung von Productiv-Associationen auf Staatscredit, in Fluß gebracht; bald nach seinem Tode aber setzten sich seinen uneinigen Nachfolgern Schweizer und Mende die internationalen Parteigänger Liebknecht und Bebel entgegen und gewannen in raschem Voranschreiten eine große Anzahl deutscher Vereine dem Gesammtbunde. Niemand wird behaupten wollen, daß alle Mitglieder desselben Bakunin's Gesinnungen theilen oder daß alle die kolossalen Mitgliederzahlen, welche Testu vorlegt, vollkommen zuverlässig seien. Aber die Pariser Commune von 1871 hat es gezeigt, wie viele Elemente der russische Nihilist mit seinen rasenden Leidenschaften erfüllt hat. Die in ihren Fundamenten bedrohte Gesellschaft hat noch immer, vor Allem in Deutschland, die Mittel, die Gefahr zu beschwören und den Frieden herzustellen. Aber gelingen wird es nur dann, wenn sie die höchsten Kräfte des Menschen an die große Aufgabe setzt: angestrengte Arbeit des Gedankens und unermüdliche Liebe des Nächsten.

Ueber die

Wirksamkeit der Staatsgewalt

in

socialen und ökonomischen Fragen.

Vortrag,

gehalten im Niederrheinischen Verein für öffentliche Gesundheitspflege
am 19. October 1872.

Der Vorstand unseres Vereins hat mich aufgefordert, in dieser Versammlung die Frage zu erörtern, in wie weit auf dem Gebiete der socialen und ökonomischen Verhältnisse ein Eingreifen der Staatsgewalt berechtigt und zweckmäßig sei.

Sie Alle wissen, von welchem Belange diese Frage, wie oft sie nach mannichfaltigen Richtungen verhandelt, wie lebhaft gerade in neuester Zeit darüber gestritten worden ist. Ein kurzer Vortrag, wie der heutige, kann den Gegenstand in keiner Weise erschöpfen; er muß sich begnügen, die allgemeinen Gesichtspunkte in so weit festzustellen, wie dies zunächst für die Zwecke unseres Vereins erforderlich ist.

Im letzten Jahrhundert war die vorwiegende Richtung der Geister auf dem europäischen Continent einer starken Berechtigung der Staatsgewalt entschieden ungünstig. Zwei Strömungen wirkten zusammen, um diese Gesinnung zu befördern, eine ökonomische und eine politische. Gegenüber den alten Schranken der Privilegien, Prohibitionen, Regulative, Zunftordnungen hatte die classische Nationalökonomie, vornehmlich seit Adam Smith, die wahren Gesetze der Gütererzeugung klar gestellt; sie hatte nachgewiesen, daß die Freiheit der Arbeit und des Verkehrs die eigentliche Quelle des Reichthums sei, sie kämpfte seitdem in allen Landen, die bisherigen Fesseln zu brechen, und warnte unablässig vor jeder Einmischung der Staatsgewalt in die ökonomische Bewegung, da, wie sie sagte, eine solche nur Trübungen und Störungen der naturgemäßen Entwickelung zur Folge haben könnte. Völlig parallel mit diesen ökonomischen Anschauungen ging seit dem vorigen Jahrhundert in ganz Europa eine Richtung des politischen Liberalismus, die gegenüber der monarchischen Zwangsgewalt der früheren Zeit energische Entwickelung der persönlichen Selbstständigkeit als das höchste Staatsideal begehrte. Der Einzelne

sollte völlig unabhängig vom Staate sein in Religion und Kirchenthum, in Hausstand und Gemeindeleben, in Wissenschaft und Unterricht, in Presse und Vereinswesen. Die Polizei erschien auf diesem Standpunkte als ein zur Zeit nicht entbehrliches Uebel, dessen Umfang und Stärke so weit wie irgend möglich einzuschränken wäre. Im Gegensatz zu der gehässigen Willkür der Polizei priesen die meisten Anhänger dieser Tendenz die Unabhängigkeit der Gerichte; die völlig Consequenten aber liebten auch die Tribunale des Staates so wenig wie die Polizeidiener desselben, sondern beantragten für jeden einzelnen Proceß freigewählte Schiedsrichter. Von selbst ergab sich damit die Forderung, daß ebenso für die Processe unter den Nationen anstatt der Soldaten Schiedsgerichte eingeführt, und hiermit dem Staate auch die Last und die Macht des Heerwesens abgenommen würden. Wie Sie sehen, blieben auf diese Art sehr wenige Gegenstände für die Thätigkeit der Staatsregierung übrig; nach dem Geiste des Systems wären diese durch gewählte und jeder Zeit revocabele Bevollmächtigte der Bürger, durch Gemeindebeamte und Abgeordnete, zu besorgen, allgemeine Regeln und Gesetze aber der Abstimmung durch das gesammte Volk, dem Referendum, wie man das in der Schweiz nennt, zu unterwerfen.

Der Grundgedanke aller dieser Forderungen ist, wie man sofort erkennt, die unbedingte Selbstständigkeit des einzelnen Menschen; die Freiheit des persönlichen Geistes wird hier mit voller Begeisterung als der wahre Adel der menschlichen Natur, als die Voraussetzung jedes Fortschrittes, als die Quelle alles Wohlstandes anerkannt und die Unrechtmäßigkeit jedes äußeren Zwanges, jeder drückenden Einengung mit unbedingtem Nachdruck hervorgehoben. Dieser freie Wille soll sich möglichst ungehemmt nach allen Seiten entfalten; nur unter seiner eigenen Zustimmnug und auch durch diese nur für bestimmte Momente und Zwecke darf er beschränkt werden. Sieht man näher zu, so hat selbst ein solche Beschränkung hier lediglich den Grund, daß mehrere Menschen auf begrenztem Raume neben einander leben, daß mithin ihre Wünsche und Interessen sich zeitweise kreuzen und stören können, und somit gewisse Einrichtungen und Verabredungen zur Ausgleichung nöthig werden. Die Gemeinschaft erscheint hier als ein rein Aeußerliches und Zufälliges und schlechter=

dings nicht als innere Verbindung, als Quelle sittlicher Pflichten, als nothwendige Form unseres Daseins. Nur der individuelle Wille ist das einzig Reale, das allein zu Respectirende in den menschlichen Verhältnissen. Die Gesellschaft, d. h. die Gesammtheit dieser privaten Existenzen und Interessen, erkennt hier keine höhere Gewalt mehr über sich an, keine Instanz, welche ihr durch äußeres Gebot und Gesetz Verpflichtung und Regeln auferlegen dürfte. Sie ist davon überzeugt, daß wenn nur ein Jeder seinen Willen haben kann, der möglichst beste Zustand für Alle eintreten wird. Denn Menschen seien sie ja Alle; als solche haben Alle schließlich dieselben Bedürfnisse; auch seien ja Alle mit Verstand und Einsicht begabt, und so würde bei augenblicklichen Irrthümern sehr bald einen Jeden das eigne Interesse auf den rechten Weg zurückführen. Also lasse man nur Jeden gewähren, und die allgemeine Harmonie der Zustände würde nicht lange ausbleiben.

So umfassend, wie ich hier die Theorie ausgeführt habe, ist sie nun niemals praktisch geworden. Es ging im wirklichen Leben doch eben niemals an, alle Civilrichter, Verwaltungsbeamte, Zollwächter, Gendarmen und Soldaten ohne Weiteres abzuschaffen. Am nächsten dem eben bezeichneten Ideal kam die französische Verfassung von 1791; aber der Versuch scheiterte auf der Stelle, und die schrankenlose Freiheit schlug in Anarchie und Gewaltsamkeit um. Es ist bekannt, wie oft seitdem ähnliche Bestrebungen mit ähnlichem Erfolge sich wiederholt, wie oft die Völker den Wechsel von Revolution und Reaction, von Anarchie und Dictatur durchgemacht haben. Schon hiernach wird man auf den Schluß geführt, daß in dem Gedankengange des Systems ein wesentlicher Fehler stecken muß: ein Princip kann nicht richtig sein, dessen Consequenzen fort und fort sich unanwendbar zeigen oder in ihr gerades Gegentheil umschlagen. In der That will denn heute auch Niemand mehr sich zu diesen letzten Consequenzen bekennen; Niemand redet mehr davon, die Gesellschaft völlig zu emancipiren, den Staat ganz und gar abzuschaffen: auch die radicalsten Freihändler verwahren sich lebhaft, wenn ihnen einmal eine solche Absicht unterstellt wird. Immer aber bleibt in größter Verbreitung die Tendenz, den Staat so weit wie möglich zu beschränken. Immer noch erscheinen zahlreichen Kreisen Staatsgewalt und Frei-

heit als Gegensätze, so daß es ohne Weiteres als Gewinn für die Freiheit betrachtet wird, wenn an irgend einer Stelle die Befugnisse der Staatsgewalt neue Schmälerung erfahren. Diese Richtung auf stets fesselloseren Individualismus kündigt sich in Literatur und Leben an, macht sich auf dem kirchlichen, dem ökonomischen, dem parlamentarischen Schauplatz geltend und erringt Schlag auf Schlag die folgenreichsten Triumphe. Sie prägt sich in den Grundrechten von 1848 und 1850 aus; sie gewinnt ein vollständiges Uebergewicht in der Zoll- und Handelspolitik; sie beseelt und bestimmt den größten Theil der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde und dem neuen Deutschen Reiche. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit werden verkündet; Actiengesellschaften aller Art werden aus der bisherigen Bevormundung entlassen; der einst so umfassende Begriff der Wohlfahrtspolizei schmilzt auf relativ unbedeutende Reste zusammen; die Befugnisse der Sicherheitspolizei werden im Interesse der individuellen Selbstbestimmung auf allen Seiten reducirt und limitirt, und nach derselben Grundanschauung, nach der absoluten Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit, selbst in ihrer verkommensten Erscheinung, erfährt auch das Strafrecht eine tiefgreifende Revision und Milderung. Jeder deutsche Bürger kann nicht bloß glauben, was er will, abstimmen, wie er will, drucken lassen, so viel er will, er kann auch wohnen, wo er will, reisen, wohin er will, arbeiten, was er will, Gründer werden, wie er will, Vereine stiften, wenn er will. Der Staat begnügt sich mit einem Minimum von Aufsicht oder Strafgewalt, eben ausreichend, um eine ganz unmittelbare Beschädigung der anderen Einwohner oder des Gemeinwesens zu verhüten. Sonst sind der individuellen Thätigkeit und Erwerbskraft die Bahnen auf jeder Seite eröffnet; Niemand ist gehindert, mit voller Rührigkeit in die große Concurrenz einzutreten.

Nach den Anschauungen des individualistischen Systems wäre damit der Anfang eines goldenen Zeitalters gesetzt. Und wahr ist es: die Ergebnisse sind schon heute gewaltig, in Deutschland wie in den übrigen Culturstaaten Europa's. Die Güter-Production hat in allen Zweigen einen mächtigen Aufschung genommen. Der Acker bringt mehr als doppelten Ertrag im Vergleiche mit dem vorigen Jahrhundert. Die Industrie erzeugt Werthmassen, deren Aufzeich-

nung der Anstrengung aller statistischen Organisationen spottet. Unsere Fabrikate gehen nach Osten und Westen über die Meere; die Rohproducte aller Welttheile strömen auf den europäischen Märkten zusammen. Im Besitze dieser kolossalen Reichthümer ertragen die Völker dreifache Steuerlasten leichteren Muthes, als vor hundert Jahren einfache. Unaufhörlich steigert und vervielfacht sich dieses rastlose Hervorbringen, Wettrennen, Ausbeuten. Die Armuth, denkt man, müßte ein veraltetes, vergessenes Ding sein und die eifrigsten Anhänger des Systems versichern denn in der That, daß es sich im Wesentlichen so verhalte, daß ein so reißend schneller Uebergang natürlich nicht ohne einige Reibungen und Unbequemlichkeiten vor sich gehen könne, daß aber einer gedeihlichen Zukunft ein Jeder sicher sei, der verständig, fleißig und sparsam sich verhalte und seiner ökonomischen Verantwortlichkeit bewußt bleibe. Für einen solchen gebe es in Wahrheit keine sociale Frage mehr. Bei der allgemeinen Freiheit erobere sich jede ernste Thätigkeit ihre Stelle nach dem Gesetze der inneren Harmonie der menschlichen Dinge. Sollte das goldene Zeitalter heute noch nicht angebrochen sein, so stehe es doch, so zu sagen, dicht vor der Thür.

Wer hörte solche Verheißungen nicht mit bereitwilligem Ohre? Aber allerdings wissen Sie Alle, daß sich diese segenvolle Zukunft von Jahr zu Jahr in die Ferne hinausschiebt und einstweilen die Gegenwart neben blendendem Lichte auch düstersten Schatten zeigt. Inmitten der täglich wachsenden Schätze liegt ein drückendes Unbehagen auf allen Landen. Die Einnahmen fast aller Volksclassen steigen, aber leider wachsen die Bedürfnisse und die Ausgaben in noch stärkerem Maaße. Sonst galt es für eine feste Thatsache, daß mit dem ökonomischen Wohlstande auch Bildung und Sittlichkeit zunehme; heute regt sich überall die Klage, daß die idealen Triebe der Seele vor dem Einen herrschenden Drange, der Geldgier, zurücktreten. Eine oberflächliche allgemeine Bildung ist weiter als jemals früher verbreitet; eine Abnahme aber intensiver und genialer Schöpferkraft ist in der Kunst unzweifelhaft und kündigt sich in mehreren wissenschaftlichen Fächern an. Das Strafrecht ist gemildert, die Gefängnisse haben eine Menge leerer Zellen: dafür sind die Straßen unserer großen Städte unsicherer als jemals. Das Gesetz schließt die Spiel-

höllen unserer Bäder, aber immer gewaltiger wächst die Zahl der Menschen, welche Geist und Charakter durch das Hazardspiel der Börse vergiften. Mehrere Milliarden unseres Vermögens sind in Actien-Gesellschaften angelegt, einer Geschäftsform, deren Constituirung auf dem sittlich höchst zweifelhaften Privileg der beschränkten Haftbarkeit beruht, deren Verwaltung sich durch völlige Verflüchtigung der persönlichen Verantwortlichkeit charakterisirt. Der radicale Individualismus hat freilich alle Kräfte der menschlichen Natur gelöst und alle Leistungen in das Unermeßliche gesteigert; aber eben so gewiß hat er auch alle Leidenschaften entfesselt und damit den gemeinen und niedrigen Affecten so gut wie dem hohen und fruchtbaren Streben die Wege gebahnt.

Deutschland ist durch die ökonomische Freiheit sehr rasch ein reiches Land geworden: wie steht es mit der Vertheilung der plötzlich gewonnenen Schätze? Noch ist ein kräftiger Mittelstand vorhanden: haben wir Aussicht, daß er in dem Treiben der Welt-Concurrenz, wo stets der Starke stärker, der Schwache schwächer wird, sich erhält? Die Arbeiterclasse hat durch kräftige Handhabung des Vereinsrechtes ihre Lage wesentlich verbessert und baut die so gewonnene Stellung unermüdlich weiter aus. Dafür ist auf weiten Strecken jedes persönliche Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Grunde gerichtet, und zwischen beiden ein heftiger Classenkampf und Classenhaß aufgelodert, in welchem ultramontane und internationale Agitation an hundert Punkten umherwuchert. Die Arbeitgeber beginnen ihrerseits dieselbe Waffe des Vereinsrechtes in die Hand zu nehmen; ohne Zweifel werden bald genug ihre Bündnisse sich durch ganz Deutschland eben so, wie die Gewerkvereine, verzweigen, und dann den letzteren eben so sicher überlegen und übermächtig entgegen treten, wie früher der einzelne Fabrikherr dem einzelnen Arbeiter. So weit gediehen, würde ein letzter Schritt nicht eben fern aus dem Wege liegen: die Coalition der Arbeitgeber gegenüber den Abnehmern und Consumenten, die Beseitigung der Concurrenz durch die Association. Bei der natürlichen Tendenz der Technik und des Credits, alle Industrie in wenigen großen Instituten anzuhäufen, hat eine solche Coalition schon heute in wichtigen Zweigen durchaus nichts Chimärisches mehr. Ist aber die Concurrenz erschlagen, was bleibt

von dem ökonomischen Gebäude des freien Individualismus noch bestehen?

Wie Sie bemerken, ist das glänzende Bild unseres ökonomischen Gedeihens nicht ohne peinliche und beängstigende Züge. Hier eine weit verbreitete Abspannung der öffentlichen Moral, dort ein offen verkündeter Kriegsstand zwischen Capital und Arbeit; auf der einen Seite die Gefahr einer communistischen Revolution, auf der anderen die Möglichkeit immer stärkerer Concentration des Reichthums, immer tieferer Verarmung der Massen. Wird man bei solchen Verhältnissen der Nation als politischer Gesammtheit, wird man dem Staate verbieten dürfen, schützend, regelnd, abwehrend einzugreifen? wird man Glauben mit der Versicherung finden, daß Alles auf den besten Wegen, und jene Krankheiten, jene Gefahren nichts als momentane Uebergangsnöthe seien? Wird man nicht umgekehrt zu demselben Ergebnisse gelangen, welches wir vorher auf dem politischen Gebiete wahrnahmen, daß nämlich der Grundgedanke des individualistischen Systems, die Achtung vor der geistigen Persönlichkeit, allerdings eine tiefe Wahrheit habe, in der Entwicklung des Systems aber mit unberechtigter Einseitigkeit durchgeführt und dadurch verfälscht und unbrauchbar werde?

Die heftigsten Gegner des unbeschränkten Individualismus sind heute, wie bekannt, die socialistischen und communistischen Parteien. Sie sind die Fanatiker der Gleichheit, wie ihre Widersacher die Fanatiker der Freiheit. Sie sehen sehr richtig, daß bei unbedingter Selbstständigkeit der Individuen der Starke den Schwachen, der Kluge den Talentlosen, der Reiche den Armen unbedingt überflügelt, und bei jedem Fortgange der Entwicklung in steigendem Maaße überflügeln wird. Sie rufen also die nationale Gemeinschaft an, diese wachsende Ungleichheit durch die Macht der Staatsgewalt zu vernichten und vor Allem das Eigenthum, als den concretesten Ausdruck der persönlichen Freiheit und Besonderheit, den Individuen zu entziehen und dem demokratischen Gemeinwesen zu übertragen, damit dieses in regelmäßiger Vertheilung dann allen Einzelnen ein stets gleiches Maaß von Arbeit, Genuß und Bildung zumesse. Es wäre bei gründlicher Durchführung die Allmacht des Staates, während wir den consequenten Individualismus eben so entschieden bei der

Ohnmacht des Staates anlangen sehen. Es wäre der Tod der persönlichen Freiheit, so gewiß wie das unbedingte Freihandelssystem die Vernichtung der Gleichheit enthält. In dieser einseitigen und absoluten Fassung sind Freiheit und Gleichheit schlechthin entgegengesetzte Begriffe, und, beiläufig gesagt, niemals hat eine politische Formel eine größere Verwirrung über die Welt ergossen, als der Schlachtruf der großen französischen Revolution, welcher seit 1789 beide Forderungen als zusammengehörig den Völkern verkündete. Der Staat der reinen Gleichheit, die demokratische Republik, ist der größte Freiheitsfeind, welchen menschliche Fähigkeit erfinden kann (in Nordamerika existirt die Freiheit heute, Dank den natürlichen Verhältnissen des Landes, trotz der Verfassung, nicht durch die Verfassung); das Gemeinwesen des reinen Individualismus führt zu einer staatlosen Gesellschaft, wo in einem allseitigen Kampfe um das Dasein jeder Anspruch auf Gleichheit unbarmherzig ausgetilgt wird.

Die Wahrheit ist, daß beide Systeme von einer einseitigen und deßhalb unbrauchbaren Auffassung der menschlichen Natur ausgehen. Sie verkennen den Menschen, sowohl in seinem individuellen Bestande, als in seinem Verhältniß zu den Nebenmenschen. Sie verkennen vor Allem die Natur und die Aufgabe des Staates, den ihre Vertreter als eine Erfindung der menschlichen Willkür betrachten, als ein Ding, das man nach Umständen auch wieder abschaffen mag, wenn es den souverainen Individuen so gefällt. Diese Ansicht ist beiden Schulen gemeinsam; sie gehen erst aus einander bei der Frage, auf welche Art der einmal entstandene Staat regiert werden soll. Hierauf antworten die Einen: er soll so eingerichtet werden, daß er die angeborene Freiheit jedes Einzelnen möglichst wenig beeinträchtigt. Sie sind nach dem ursprünglichen Princip ohne Frage die theoretisch Consequentesten. Die Anderen aber finden, daß ein solcher Staat in der Praxis so ziemlich einem altpolnischen Reichstage gliche: sie folgern also aus der präsumirten Freiheit und Gleichheit Aller, daß in allen Stücken die Mehrheit unumschränkt zu entscheiden, und ihrem Beschlusse jeder Einzelne sich blind zu unterwerfen habe. Falsch, grundfalsch ist nun der beiden gemeinsame Fundamentalgedanke. Die Staatsgemeinschaft ist nicht eine willkürliche Erfindung der einzelnen Menschen, sondern sie ist die ange-

borene nothwendige Form jedes menschlichen Daseins. Der Mensch ist so beschaffen, daß er in der Vereinzelung weder seine Anlagen entwickeln, noch seine Bedürfnisse befriedigen kann; nach der Natur seines Wesens vermag er nur in der Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft seine physische und seine moralische Existenz zu behaupten. Denn er besteht nicht bloß aus reiner Vernunft und sich selbst genügender Einsicht. Er enthält auch sinnliche Triebe, energische Leidenschaften, zerstörende Affecte, und eben diese sind es, die in der Jugend des Einzelnen wie der Völker zuerst in die Erscheinung treten. Es ist die Aufgabe seines ganzen geschichtlichen Daseins, diese Affecte der selbstbewußten Vernunft dienstbar zu machen und sie dann als bewegende Kraft zur Entfaltung seiner Thätigkeit und seiner Bildung zu verwenden. Aber wir Alle wissen es, diese Aufgabe ist keine leichte. Unaufhörlich bäumen sich diese Leidenschaften gegen das Joch der Vernunft, verdunkeln die Einsicht, verführen die Ueberzeugung. Der vereinzelte Mensch hat in diesem Kampfe der Vernunft und der Leidenschaft in sich selbst keine höhere Instanz; er bedarf eines weitern Rückhalts. Er findet ihn auf der einen Seite in der Religion, auf der anderen bei den anderen Wesen seiner Art und Gattung, in dem Naturtrieb des Wohlwollens, in dem Segen der Gemeinschaft. Das echte Wohlwollen schätzt in dem Anderen nicht die sinnlichen Triebe, sondern den sittlichen Kern der Persönlichkeit; es lehrt, für den Anderen alle niederen Vortheile aufopfern, nur nicht den sittlichen Kern des eignen Daseins. So bringt es uns sofort in die Stimmung des Gemüthes, in welcher die niederen Affecte vor den höheren Forderungen der sittlichen Natur zurücktreten. Es macht die Gemeinschaft zur Quelle der sittlichen Bildung, zur Wächterin der Vernunft und der Einsicht. Und deßhalb, weil die Einsicht über die dunkeln Triebe und die Vernunft über die Leidenschaften herrschen soll, deßhalb hat die Gemeinschaft Herrscherrecht über die Einzelnen. Indem sie leitet und ordnet und befiehlt, erdrückt sie nicht die Freiheit, sondern gerade umgekehrt, sie macht sie erst möglich. Denn Freiheit ist nicht die Befugniß, zu thun, was man gern möchte, sondern zu leben, wie es dem Wesen der eignen Natur entspricht, für den Menschen also die Selbstbestimmung zum sittlichen Leben. Das sittliche Leben aber, sahen wir,

ist für den Menschen nur unter der Leitung der Gemeinschaft erreichbar, und so entwickelt sich für ihn die Freiheit nur innerhalb der Entwicklung der Cultur und des Staates. Der Zweck des Staates ist Verwirklichung der Freiheit durch die Macht der Gemeinschaft. Als feste Rechtsregel erzwingt er die allgemeinen äußeren Voraussetzungen, unter welchen der freie Entschluß der Bürger zum sittlichen Leben ermöglicht und gesichert wird.

Wenn Sie dieser Darlegung der politischen Grundbegriffe zustimmen, so wird, hoffe ich, auch der weitere Satz Ihnen einleuchtend sein, daß es schlechterdings kein Gebiet des menschlichen Daseins gibt, wo der Staat nicht zur Lenkung berufen wäre. Denn es giebt keine Art unseres Thuns, wo nicht der Streit zwischen Wohlwollen und Selbstsucht, Vernunft und Leidenschaft, Einsicht und Irrthum zur Erscheinung käme, wo nicht das sittliche Interesse Aller durch die Fehler der Einzelnen geschädigt würde. Ueberall also erscheint das Bedürfniß der helfenden, schützenden, ordnenden Gewalt; überall zeigt sich die Einwirkung, Unterstützung und Lenkung eines gebietenden Gemeinwesens unentbehrlich. Es ist verkehrt, die Schranke der Staatsthätigkeit gleichsam räumlich nach Fächern ziehen, einige Lebensgebiete ihm eröffnen, andere versperren zu wollen. Nicht möglichst wenig, sondern möglichst gut einzugreifen, ist die richtige Regel des Staates. Das Gesetz der Freiheit fordert keineswegs, daß der Staat sich um gewisse Seiten unseres Daseins gar nicht kümmere, sondern daß er sie alle im Sinne und im Interesse der Freiheit behandle. Denn sein Wirken beabsichtigt ja nicht bloß, daß das Gute und Richtige geschehe, sondern daß es nach der Selbstbestimmung der Bürger geschehe. Er wird also sein Thun überall auf die Zustimmung der Bürger stützen, oder es doch so einrichten, daß er dieselbe möglichst rasch verdiene. Er wird die Schranke setzen, welche das absolut Schädliche verhüten, er wird die Richtung bezeichnen, in welcher sich die freie Thätigkeit entwickeln wird. Es ist einleuchtend, daß je nach der Beschaffenheit der einzelnen Lebensgebiete die Vorschriften bald eingehender, specieller, häufiger, bald weiter, elastischer, allgemeiner sein werden. Nach dem Zwecke der betreffenden Anstalten wird der Staat z. B. der Thätigkeit der Universitäten größere Ungebundenheit gewähren, als dem Wirken des

niederen, wesentlich erziehenden Unterrichts. Er wird das Heerwesen mit anderem Maaße messen als die Justizpflege, die ökonomischen Beziehungen nach anderen Gesichtspunkten als die kirchlichen Verhältnisse behandeln. Aber daß er an irgend einer Stelle völlig abdankte, an irgend einer Stelle den Einzelnen völlig losspräche von der Pflicht gegen die Gemeinschaft, oder die Gemeinschaft von der Pflicht gegen den Einzelnen, das wäre ein Widerspruch gegen die Gesetze der menschlichen Natur, gegen die Sitte und die Freiheit.

Wie Sie sehen, spreche ich hier überall von dem Staate, nicht von irgend einer besonderen Staatsbehörde. Es kommt mir an auf den Satz, daß in menschlichen Dingen Ordnung und Gedeihen mit dem Wegfall einer verständig gebietenden Leitung sofort zu Grunde geht, bei der Entwicklung der socialen und ökonomischen Verhältnisse so gut wie bei der Verwaltung des Heerwesens oder bei der Einrichtung der Rechtspflege. Die weiteren Fragen, welche Personen diese Leitung übernehmen, mit welchen Mitteln sie dieselbe vollziehen, auf welche Weise sie ihre Ansicht über das Nothwendige und Erreichbare bilden, liegen außerhalb des nächsten Zweckes unserer Untersuchung. An dieser Stelle prüfe ich also nicht, welche Befugnisse auf dem ökonomischen Gebiete die Polizei durch das Gesetz erhalten darf: was ich behaupte, ist das Recht der Gesetzgebung, in die sociale Bewegung überhaupt einzugreifen. Dies ist verträglich mit allen Grundsätzen liberaler Politik. Niemand glaubt heute noch, daß ein hoher Staatsbeamter als solcher alle Lebensverhältnisse besser verstehe als die unmittelbar Betheiligten; was ihn hervorhebt, ist nichts, als seine Aufgabe, die Unparteilichkeit seiner Stellung, die öffentliche Pflicht seines Amtes. Niemand läugnet, daß die Träger der Gesetzgebung und der Executive keinen wichtigen Schritt thun sollen, ehe die öffentliche Meinung und die Zustände der Gesellschaft das Bedürfniß desselben klar herausgestellt haben. Aber das Wesentliche ist, daß, wenn einmal das Bedürfniß vorliegt, dann zu der durchgreifenden Erledigung desselben die Staatsgewalt überhaupt nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet ist, daß die entgegengesetzte Ansicht, welche den Staat so weit wie möglich zur Ohnmacht verurtheilt, auf einer Verkennung der menschlichen Natur und Gemeinschaft beruht. Der Staat darf

und soll die Willkür der Einzelnen regeln, um die Freiheit Aller zu schirmen.

Diese Grundsätze, durch die Anhänger von 1789 auf dem politischen Gebiete vielfach bestritten, durch die Reaction gegen den absolutistischen Polizeistaat auch in Deutschland stark angegriffen, sind nun vor Allem von zahlreichen Nationalökonomen lebhaft zurückgewiesen worden.

Die Einwürfe, welche von dieser Seite der Thätigkeit der Staatsgewalt entgegengestellt werden, sind verschiedener Art, Erwägungen der Zweckmäßigkeit und der Principien.

Man sagt: zugegeben, daß bei der unbeschränkten individuellen Freiheit mancher Einzelne Fehler macht und sich selbst beschädigt. Aber auch der Staat macht Fehler, und jeder seiner Irrthümer beschädigt nicht bloß den Einen, sondern Unzählige und die ganze Nation. Also ist es besser, ein solches Risico gar nicht auf sich zu nehmen.

Dieses Argument beweist nichts, weil es zu viel beweist. Wäre es richtig, so dürfte es auch auf anderen Lebensgebieten keine allgemeine Regel geben, da es auf Erden, wenigstens in Deutschland, überhaupt keine infallibeln Regulatoren und Herrscher gibt. Der Fehler eines einzelnen Soldaten schadet nicht so viel, wie der Irrthum eines Feldherrn, und doch wird man im Kriege den Feldherrn nicht entbehren wollen. Man wird vielmehr aller Orten sich anstrengen, möglichst tüchtige Feldherren, Beamte und Gesetzgeber zu haben. Aber gerade weil jeder Einzelne dem Irrthume unterworfen ist, kann man die allgemeine Regel um so weniger entbehren.

Man setzt weitere Hoffnung, wie ich schon früher anführte, auf die innere Harmonie der menschlichen Beziehungen, nach der inneren Gleichartigkeit der menschlichen Natur. Alle haben dieselben Bedürfnisse, Alle haben Einsicht, die Mittel zur Befriedigung zu erkennen, schließlich müsse also das Ergebniß wohl zusammenstimmen. Es gebe nur Störungen und Hinderungen in diesem natürlichen Verlaufe, wenn der Staat mit ungeduldigem Besserwissen dazwischenfahre.

Man kann diesen Satz unter einer Beschränkung zugeben,

welche ihm dann aber sofort eine völlig neue Bedeutung gibt. Man darf die Ausgleichung, bei der Gleichartigkeit der menschlichen Bedürfnisse, dem egoistischen Interesse der Einzelnen vertrauensvoll überlassen, wenn man durch dieses Wort das wohlverstandene Interesse im weitesten, aber im allerweitesten Sinne bezeichnet. Der völlig einsichtige Egoismus weiß es, daß er selbst nur gedeiht bei dem Gedeihen seiner Nebenmenschen und der Gesammtheit. Der völlig aufgeklärte Egoismus empfindet auch ein Gefühl des Unbehagens bei dem Gedanken, daß seine Schöpfungen keine Dauer durch die Generationen haben möchten. Er also wird bereit sein, nicht bloß heute für sich, sondern auch für die Anderen und für die Zukunft zu sorgen. Unter der Voraussetzung also, daß der Egoismus Aller eine solche Stufe der Einsicht und der Reinigung gewonnen hat, wird ohne Widerrede seine Enfaltung jede regulirende Thätigkeit der Gemeinschaft ersetzen können. Wir wollen dahin gestellt sein lassen, bis wann die Menschheit diese Höhe erreicht haben wird: sicher ist, daß uns heute dieses Bild als ein frommer Wunsch, als ein holder Traum anmuthet.

Man räumt denn auch ein, im einzelnen Augenblicke gebe es Reibungen, Beschädigungen, Conflicte. Aber allmählich werden die Leute durch Schaden klug, kommen auf den richtigen Weg; jedenfalls sei der Schaden geringer, als wenn man durch allgegenwärtige Obervormundschaft des Staates die freie Bewegung hindere, und die Menschen niemals zu kräftiger Mündigkeit heranwachsen lasse.

Werden die Leute wirklich durch Schaden klug? Die historische Erfahrung lehrt, daß durch fremden Schaden schlechterdings noch Niemand, und durch eigenen nur die Klugen klug geworden sind. Ein großer französischer Finanzmann hat es in dem Worte constatirt: „Il y a toujours des moutons à tondre“. Soll die Nation ein für alle Male diese Schafschur gestatten, weil die schlauen Scherer durch die Wolle nachher den Nationalreichthum und zunächst ihren eignen vermehren? Ich meine nicht, daß der Staat neben jedes solches Schaf einen hütenden Polizeidiener stellen soll: aber sehr erlaubt scheint mir die Frage, ob nicht die Gesetzgebung die Pflicht hat, ein Gewerbe dieser Art wenigstens nicht zu erleichtern, sondern eher zu erschweren, und ebenfalls erlaubt die Ansicht, daß unsere

neueste Gesetzgebung in Betreff der Actiengesellschaften in der Begünstigung jener Operationen höchst zuvorkommend gewesen ist. Es ist andererseits zweifellos, daß eben diese Gesetzgebung eine Masse neuer Werthe und neuer Reichthümer in das Leben gerufen hat, und wie wir wissen, ist dies überall das drängendste Argument der Freihandelslehre; die gränzenlose Ungebundenheit entwickelt in jedem gegebenen Zeitpuncte die denkbar größte Productivität.

Damit aber ist, wie mich dünkt, die doppelte Forderung nicht abgewiesen, einmal, daß die Gemeinschaft auch auf dem ökonomischen Gebiete für ihre Zukunft sorge, und sodann, daß sie dem Reichthum nicht ihre höheren Interessen aufopfern lasse. Wenn der Staat z. B. seine Waldungen bewahrt, so verzichtet er damit auf mehr als zwei Drittel des Geld-Ertrags, den ihm die Rodung und der Getreidebau auf dem gelichteten Boden liefern würde. Aber er hat die Pflicht, dieses Opfer zu bringen, und unter Umständen auch die einzelnen Bürger dazu anzuhalten, um den kommenden Geschlechtern ein culturfähiges Territorium und nicht eine große Wüste zu hinterlassen.

Noch viel entschiedener aber ist die Dazwischenkunft des Staates gerechtfertigt, wo es sich nicht allein um Fragen des heutigen oder künftigen Reichthums, sondern um die Erkaufung des Reichthums durch Opfer an Bildung, Sitte und Menschenleben handelt, wo also das natürliche Verhältniß des niederen und höheren Werthes geradezu auf den Kopf gestellt wird. Hier ist die Intervention des Staates nicht bloß erlaubt, nicht bloß Pflicht, sondern ihre Unterlassung ist Frevel. Hier läßt sich auch nicht sagen, daß vorübergehende Uebelstände sich nach erzieltem Resultate wieder ausgleichen und herstellen lassen. Einen Geldverlust kann man wohl mit Zinsen wieder hereinbringen, aber einen verhungerten oder verkommenen Menschen nicht wieder zum Leben erwecken, und eine versäumte Etappe in der sittlichen und Cultur-Entwicklung ist unwiederbringlich versäumt.

Endlich aber hält man uns die principielle Unantastbarkeit des Privatrechtes entgegen. Es ist unerlaubt, sagt man, von Staats wegen den Bürger in seinem Hause, in der Verwendung seines Eigenthums, in der Verwerthung seiner Arbeitskraft, in der Verfolgung

seiner Vertragsrechte einzuengen und zu hindern. Möge der Staat die Angelegenheiten des Staates betreiben. Aber nicht die Staatsgewalt hat dem Menschen seinen Körper, seinen Willen und seine Arbeitskraft geliefert; woher also die Anmaaßung, in das Haus des freien Bürgers einzudringen, seine Geldgeschäfte zu bekritteln, seine Besitzthümer zu controliren? Heilig sei das Eigenthum, heilig die Verträge! Der Staat soll die Privatrechte schützen, aber nicht die Entwicklung derselben stören.

Wer so redet, verwechselt offenbar zwei sehr verschiedene Dinge, nämlich die Heilighaltung der nach den bestehenden Gesetzen eingegangenen Rechtsverhältnisse und die Befugniß des Staates zur Umgestaltung der bestehenden Gesetze über das Privatrecht. An der ersteren ist kein Rütteln erlaubt, aber auch die letztere ist über jeden Zweifel erhaben. Ausdrücklich und formell wird sie auch von keinem Menschen bestritten; sehr eifrige Anhänger des extremen Individualismus finden sich heute unter den wärmsten Vorkämpfern des Antrages auf Erlaß eines neuen Deutschen Civil-Gesetzbuchs. Nur ist, wie es zu gehen pflegt, dabei die stillschweigende Voraussetzung, daß dann der Inhalt der neuen Legislation durchaus nach den Wünschen der Partei ausfallen möge. Ich möchte nun nicht, daß irgend Jemand in Deutschland lebte, dem die Heiligkeit des Eigenthums, oder umfassender gesagt: die Heiligkeit wohl erworbener Privatrechte, mehr am Herzen läge, als mir. Die Befugniß des Menschen, sachliche Güter dieser Erde seinem Willen bleibend zu unterwerfen, ist die Bedingung aller Bildung, die Voraussetzung alles Wohlstandes, die Grundlage aller Freiheit. Nur ist es deutlich, daß, wenn das Eigenthum in abstracto seine unvertilgbare Wurzel in der allgemeinen Natur des Menschen hat, in concreto seine jedesmaligen Formen und Gränzen von dem jedesmaligen Bedürfniß- und Bildungsgrade des Volkes abhangen, daß hier durch die Gesetzgebung zu allen Zeiten ein steter Wechsel, eine fortschreitende Entwicklung Statt gefunden hat, und daß schlechterdings kein Grund zu entdecken ist, warum heute diese Entwicklung plötzlich abgeschnitten und die heutige juristische Form des Eigenthums die allein selig machende für alle Zeiten sein soll. Der Cultur-Fortschritt hat im Allgemeinen darin bestanden, daß aus einem ursprünglichen Gesammteigen Schritt auf Schritt ein

immer freieres Privat-Eigenthum sich herausgebildet hat, wohlbemerkt aber, unter parallel wachsenden Anforderungen an die Leistungskraft der Einzelnen zu Gunsten der Gesammtheit. Die Zeit verstattet nicht, diese Entwicklung im Einzelnen darzulegen: an sich wird es klar sein, wie sehr das Eine und das Andere ein redendes Zeugniß von dem Voranschreiten der Bildung enthält. Der Fortgang auf dieser Linie führt uns augenscheinlich nicht zum Communismus, nicht zur Aufhebung des Privat-Eigenthums, — wohl aber zu der Beseitigung seiner egoistischen Souverainetät, zu seiner Verpflichtung im Dienste der nationalen Gesammtzwecke. Der Staat wird das Eigenthum pflegen und schirmen, aber er wird auch unbedenklich das Eigenthum nöthigen, die für das Gesammtwohl erforderlichen Schranken, Formen und Leistungen auf sich zu nehmen.

Allgemeine Sätze dieser Art sind Formeln, welche höchstens einen Standpunct oder eine Richtung bezeichnen und falsche Tendenzen kennzeichnen können. Lebendige Anschaulichkeit gewinnen sie erst mit der Anwendung auf einen concreten Gegenstand; ich freue mich, einem verehrten Redner jetzt den Platz zu räumen, aus dessen Vortrag Sie drastische Belege entnehmen werden, in welchem Grade die einseitig privatrechtliche und individualistische Richtung bei einer der wichtigsten Fragen des Gesammtwohles die Heilung handgreiflicher und tiefer Schäden bisher in Deutschland erschwert und verkümmert hat.

Bonifaz VIII.

Vortrag in Darmstadt,

1872.

Boniface VIII. begun 1294 † 1303.

Der Gegenstand, auf den ich heute Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, ist durch einen Zeitraum von fünf Jahrhunderten von uns getrennt, und doch glaube ich nicht fürchten zu müssen, daß er Ihnen fremd und entlegen erscheinen werde. Denn die Fragen, welche damals vor allen andern die Gemüther der Menschen erregten, sind dieselben, deren heftiges Drängen auch heute unsere politischen und religiösen Zustände bis auf den Grund bewegt: es sind die Fragen, die zu allen Zeiten die wichtigsten für das Dasein der Menschen sind, die Fragen der persönlichen Religionsfreiheit und des Verhältnisses von Staat und Kirche. Beide hängen, wie auch unser Gegenstand es zeigen wird, auf das Innigste zusammen; es gibt keine Seite des menschlichen Lebens, welche nicht durch die Entscheidung derselben berührt und bestimmt würde. Wenn ich Ihnen dies an einem Stoffe des 13. Jahrhunderts zu vergegenwärtigen suche, so geht mein Absehen nicht auf die Enthüllung bisher völlig unbekannter Thatsachen (einige neue Einzelnheiten hat neuerlich französische Forschung zu Tage gebracht), sondern vornehmlich auf die deutliche Entwicklung des großen historischen Zusammenhangs, in welchem die Auffassung des Details erst die Möglichkeit zu weiterer Verwerthung gewinnt.

Wie bekannt, hat das Papstthum im 12. und 13. Jahrhundert den Anspruch, durch dessen Erneuerung es heute die Welt in Unruhe versetzt, auf unbedingte Beherrschung der Gewissen, der Wissenschaften und der Staatsgewalten in vollem Maaße verwirklicht. Die Namen Gregor VII., Innocenz III., Innocenz IV. bezeichnen die Stufen seiner siegreich fortschreitenden Eroberung. Um das Jahr 1250 kann man den Zustand Europa's kurz dahin bezeichnen, daß die abendländische Christenheit ein einziges Weltreich bildete, dessen geistlicher Monarch, der Papst, alle politische, intellectuelle und religiöse Thätigkeit seiner Unterthanen mit unumschränkter Macht regierte. Der Papst beherrschte den Clerus; der Clerus beherrschte die

Laien: in diesen beiden Sätzen spricht man kurz und zutreffend auch die politische Verfassung des damaligen Europa aus. Das römisch-deutsche Kaiserreich war in Trümmer zerschlagen; englische, spanische, ungarische Könige hatten dem Papste Huldigung geleistet; Neapel und Sicilien war anerkanntes Lehn des päpstlichen Stuhles; päpstliche Legaten lenkten die Politik der einzelnen Staaten, päpstliche Schatzmeister erhoben regelmäßige, stets wachsende Steuern in allen Landen; jeder Versuch einer religiösen Abweichung wurde mit vernichtender Strenge erdrückt; päpstliche Heere nahmen Constantinopel ein, und führten lange Kriege um den Besitz von Spanien, Palästina und Aegypten. Die starken Monarchien, schrieb damals ein geistlicher Schriftsteller, werden überall in kleine Fürstenthümer zerfällt; über sie alle herrschte dann der gekrönte Priester. Christus hatte gesagt: mein Reich ist nicht von dieser Welt; Gregor VII. erklärte, daß der Papst verantwortlich sei für die Sünden aller Könige.

Eine lange Reihe geschichtlicher Voraussetzungen hatte eintreten müssen, um ein so erstaunliches System möglich zu machen. Zunächst eine Auffassung der Religion, bei welcher jedes Recht der persönlichen Freiheit grundsätzlich ausgetilgt war. Die Religion erschien hier als unabänderliches Gesetz Gottes, dessen Kenntniß, Verkündung und Verwaltung durch Gott selbst den Behörden der Kirche ausschließlich anvertraut worden; es war, als hätte Gott, trotz seiner Allmacht und Allgegenwart, zu Gunsten der Kirche auf jeden unmittelbaren Verkehr mit den Seelen der Laien verzichtet. So war die Herrschaft des Clerus über die Weltlichen auf das denkbar festeste Fundament gegründet. Wo Gott selbst seine Beamten mit unmittelbarer Vollmacht ausrüstet, gibt es für den sündhaften Menschen keine andere Pflicht als die des unbedingten Gehorsams. Wie es späterhin einmal Cardinal Bellarmin ausdrückte, und wie es mit dessen Worten der heutige baierische Katechismus der dortigen Jugend einschärft: die Ordnung der Kirche ist die eines Kriegsheers; der Papst ist der Feldherr, die Bischöfe sind die Obersten, die Geistlichen die Officiere, die Laien die Soldaten; jeder Untergebene hat den Befehl eines jeden Vorgesetzten stracks zu vollziehen.

Eine solche Uebertragung militärischer Disciplin auf das innerste geistige Leben gibt natürlich dem herrschenden Stande eine unge-

heuere Macht. Sie führt in ihren Consequenzen zu einem kirchlich-politischen System, welches mit jeder entwickelten Geistesbildung unverträglich ist. Denn das Wesen der Bildung ist Selbstständigkeit des Geistes: wer den Geist knechtet, tödtet die Cultur. Jenes System hat denn auch in späterer Zeit bei cultivirten Völkern überall dieselbe Wirkung gehabt; es hat Spanien und dessen Colonien zu Grunde gerichtet, auf Italien bleiernen Druck gelegt, Oestreich und Frankreich auf das Schwerste geschädigt. Anders stand es aber im Beginne des Mittelalters; unter den damaligen Verhältnissen, und allerdings nur unter solchen, hatte das System Werth und Berechtigung. Damals war die Bildung der antiken Welt in sich abgestorben und halb vergessen. Die germanischen Völker, die sich in wilder Eroberung über das römische Reich ergossen, waren begabt und bildungsfähig, damals aber noch völlig unentwickelt und für die höheren geistigen Aufgaben noch nicht herangereift; man könnte sie mit lebhaften, kräftigen, aber auch wilden und rohen Elementarschülern vergleichen. Dabei war ihre einst reine Sitte durch das hundertjährige Kriegsgetümmel und die Berührung mit den Lastern der römischen Uebercultur stark angefressen und vergiftet. In jedem Sinne bedurften sie einer festen und methodischen Zucht zum elementaren Lernen, zum Bändigen ihrer ungefesselten Leidenschaften. Diese Aufgabe nahm die Kirche in die Hand, nöthigte die talentvollen Barbaren in ihre Schule, und erzwang sich blinden Respect mit den derbsten Mitteln. Der wissenschaftliche Unterricht, welchen sie vom 5. bis zum 11. Jahrhundert den Völkern ertheilte, war allerdings dürftig genug; die Lehrer selbst wußten nicht viel; das kirchliche System vertrug sich nicht mit erheblich weiteren Fortschritten: immer aber wurde ein Grund gelegt, und schwerlich wären die Schüler damals einer höheren Unterrichtsstufe gewachsen gewesen. Die allgemeine Moral war auch im 10. Jahrhundert noch in sehr bedenklichem Zustande, jedenfalls aber leidlicher als im 5., besser geschirmt und fester angestrebt: man war nicht erheblich gestiegen, aber genug, man war nicht tiefer gesunken, nicht völlig in bodenloser Unsitte zu Grunde gegangen, und dies Ergebniß verdankte man ohne Zweifel wesentlich der Kirche, und zwar der herrschenden, strafenden und zwingenden Kirche.

Das Walten derselben war in jenen Jahrhunderten um so nöthiger und um so möglicher, als die andere ordnende Macht der menschlichen Gemeinschaft, die Staatsgewalt, damals nur in kümmerlichen Anfängen vorhanden war und in unserem modernen Sinne eigentlich gar nicht existirte. Die Deutschen in jener frühen Zeit hatten ein lebhaftes Gefühl, ein Jeder für seine engste Genossenschaft, für Familie, Dorf, Nachbarverband. Weiter hinaus aber reichte der Blick für die Zusammengehörigkeit nicht; der Krieg hob einzelne größere Machthaber hervor, aber nirgend erlangten deren Gebiete innere Festigkeit und bleibenden Bestand. Wir fordern von dem Staate, daß er alle Seiten unseres Lebens fürsorgend, schützend, ordnend umfaßt und befördert: damals lebte im Grunde jede Gemeinde für sich, fand sich mit dem Könige über gewisse, einzelne Leistungen ab, und wurde nur in kurzen, vorübergehenden Augenblicken von der regierenden Thätigkeit desselben berührt. Ueberall erhoben sich kleinere und größere Localgewalten, Edelleute und Herren, dem Könige durch Lehenseid zur Treue verpflichtet, sonst aber in ihren Gebieten mit voller Fürstenmacht ausgestattet. Wenn im gegebenen Augenblick ihre Treue dem König versagte, fand sich dieser mit einem Schlag hülflos und mittellos. So war der Staat ohne feste Organisation, ohne einheitliche Kraft, ohne gemeinnützige Thätigkeit, während die Kirche ihm durch ganz Europa hindurch als centralisirte und disciplinirte Weltmacht gegenüber trat. Es war wahrlich kein Wunder, daß ihr päpstliches Oberhaupt über alle Kaiser und Könige emporwuchs.

Noch ein besonderer Umstand wirkte in gleicher Richtung mit. Es gab in jener früheren Zeit, wie keine vollen Staatsgewalten, so auch keine scharf gesonderten Nationalitäten. Die Deutschen hatten, wie gesagt, in der Völkerwanderung die römischen Provinzen überzogen und dort ihre neuen Reiche gegründet. So fand man überall dieselbe Mischung germanischer und romanischer Bewohner, deutscher und lateinischer Zunge; der einzige Unterschied bestand darin, daß in einer Gegend das eine, in einer andern das andere Element etwas mehr, etwas weniger überwog. Es verstand sich dabei von selbst, daß in Sachen des Rechtes, der Wissenschaft, der Religion die siegenden Deutschen von den besiegten Römern zu lernen hatten; so wurde überall das Lateinische die Sprache des öffentlichen Lebens, der ge-

lehrten Schule und vor Allem der kirchlichen Andacht. Dies Verhältniß war auch im eigentlichen Deutschland so unbedingt anerkannt, daß noch im 10. Jahrhundert, zur Zeit der großen Ottonischen Kaiser, es völlig zweifelhaft war, ob unser Volk nicht von oben herunter völlig romanisirt, ob nicht unser gutes Deutsch ganz und gar zu einem verkommenden Bauernpatois degradirt werden würde. Es leuchtet ein, wie sehr die Weltherrschaft der römischen Kirche durch eine solche Lage der Dinge erleichtert werden mußte. Ueberall im Abendlande fand sich der römische Priester zu Hause; an keiner Stelle trat seinem römischen Wesen eine abweichende oder entgegengesetzte Nationalität entgegen.

Auf diesen Grundlagen hatte denn das mittelalterliche Rom seine Weltherrschaft aufgeführt, und sah in der Mitte des 13. Jahrhunderts die Völker Europa's zu seinen Füßen. Innocenz IV. und seine Nachfolger vertilgten unser glänzendes hohenstaufisches Kaisergeschlecht, übertrugen die Krone Neapels dem französischen Karl von Anjou, empfingen mit Befriedigung die unterwürfigen Botschaften der deutschen Könige, Rudolf von Habsburg und Adolf von Nassau, erfreuten sich der zwar selbstständigen aber heiß religiösen Gesinnung des französischen Königs, des heiligen Ludwig. Der Wille des höchsten Pontifex schaltete widerstandlos durch den ganzen Welttheil. Die einzige Unbequemlichkeit in all diesem Glanze zeigte sich, wie es früher und später oft vorgekommen ist, gerade in der nächsten räumlichen Nähe des päpstlichen Thrones. Seit dem Sturze der Kaisermacht kam Italien zu keiner Ruhe noch Ordnung; im Kirchenstaate tummelten sich widerspenstige und gewaltthätige Barone; die römische Bürgerschaft selbst machte durch Tumulte und Parteihader den Päpsten zu schaffen; der wilde Volksausbruch der sicilianischen Vesper riß Sicilien von dem verhaßten Joche des Anjou los, und fand trotz aller Bannflüche des Papstes an dem kecken König von Aragon einen rüstigen Beschützer. Indessen dies Alles schienen locale Händel, lästig für den Augenblick, im Großen und auf die Dauer von keiner Bedeutung. Das große Frankreich stellte sofort dem römischen Stuhl seine ganze Macht für die Unterwerfung der sicilianischen und aragonischen Rebellen zur Verfügung; wie sollten diese Kleinen dem geweihten Arme widerstehen, der vor wenigen Jahren erst das deutsche Kaiserthum in den Staub

geworfen hatte? Genug, das Papstthum fühlte sich gewaltiger als jemals; für menschlichen Ehrgeiz schien es kein höheres Ziel zu geben als die Erlangung dieser die Welt beschattenden Krone.

Von einem solchen Ehrgeiz war in der Zeit, die wir heute näher betrachten wollen, niemand in höherem Maaße erfüllt, als der hochbejahrte Cardinalpriester Benedict Gaëtani. Aus einer vornehmen, früher in Gaeta angesessenen, damals vor Allem bei Anagni reich begüterten Familie entsprossen, hatte er sich in seiner Jugend der Rechtswissenschaft gewidmet, wahrscheinlich in Paris seine Studien gemacht, dann nach Rom zurückgekehrt, durch sein Talent und Feuer die Aufmerksamkeit der Curie auf sich gezogen. Er wurde Advocat und Notar des päpstlichen Stuhles, noch als Laie mit Ehren und Pfründen überhäuft, und bald in den wichtigsten diplomatischen Geschäften gebraucht. Er machte eine Gesandtschaft nach England mit, half später Rudolf von Habsburg mit Carl von Anjou versöhnen, untersuchte Beschwerden des portugiesischen Clerus gegen dessen Regierung, vermittelte endlich 1290 einen Friedensschluß zwischen Aragon und König Philipp IV. von Frankreich. Philipp hatte erst vor Kurzem den Thron bestiegen, ein schöner schlanker Herr im frischesten Mannesalter; Benedict, seit Jahren zum Cardinal befördert, damals schon ein Greis in den Siebzigen, kam nicht übel mit dem jungen Fürsten aus. Wohl fand er ihn wenig lenksam [1]) und eigenwillig im Gefühl seiner Kraft; er sah eine Natur von einem dem eignen gleichartigen Stoff; so wuchs eine gewisse Sympathie zwischen ihnen auf [2]); schwerlich dachten sie, daß ihnen ein Kampf auf Leben und Tod, der eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnen würde, bevorstehe.

Im Jahre 1292 starb Papst Nikolaus IV. und es dauerte länger als zwei Jahre, bis die Cardinäle sich über die Wahl des Nachfolgers einigten. Seitdem ein französischer Prinz in Neapel regierte, zerfiel das heilige Colleg in eine französische und eine italienische Fraction, jene durch die große Familie der Orsini, diese durch deren Nebenbuhler, die Colonna, geführt. Ihr Streit ließ es zu keiner Entscheidung kommen; Cardinal Gaëtani hielt mit den

---

[1]) Tosti. [2]) Boutaric.

Colonna zusammen, und wies einmal eine persönliche Einmischung des Königs von Neapel mit harten Worten zurück. Aber man kam nicht vorwärts. Beide Parteien sahen, daß sie keinen aus ihrer Mitte durchsetzen würden; man sah sich nach einem neutralen Candidaten außerhalb des Collegs um, und als zufällig einmal der Name eines heiligen Eremiten, Peter von Morrone, erwähnt wurde, rief ein Cardinal: einen Trefflicheren könnten wir nicht wählen. Der wackere Peter war armer Leute Kind, hatte nie studirt, und lebte seit Jahren von dem Weltgetümmel entfernt in den campanischen Gebirgen. Das Volk erzählte von ihm allerlei Wunderthaten; von den Regierungsgeschäften hatte er keine Ahnung; eben deshalb erhoben ihn jetzt beide Parteien, weil jede bei seiner Nichtigkeit den herrschenden Einfluß zu gewinnen hoffte. Der arme Heilige blieb auch als Papst Cölestin V. was er bisher gewesen, beschränkt und unwissend, andächtig und höchst gewissenhaft. Gaëtani, dessen Geschäftskenntniß ihm unentbehrlich war, überzeugte ihn bald, daß er seinem hohen Amte schlechterdings nicht gewachsen sei, und schwere Sünde begehe, wenn er es fortführe. Die Orsini dagegen drängten ihn zu bleiben, da ein Papst überhaupt zur Abdankung nicht befugt sei, und schwere Sünde begehe, wenn er eigenmächtig sein Amt fortwerfe. Cölestin quälte sich einige Monate mit diesen Zweifeln ab; endlich aber überwog die Sehnsucht nach seiner Eremitenzelle, und er unterzeichnete eine ihm vorgelegte Constitution, worin die Befugniß eines Papstes zur Abdankung gesetzlich festgestellt war. Unmittelbar nachher legte er die ihn erdrückende Bürde nieder, und Gaëtani sah sich auf's Neue die Wege geöffnet. Der eignen Partei war er jetzt für seine Erhebung gewiß; leider half das noch nicht viel, da in diesem Augenblick die Gegner die entschiedene Mehrheit im Colleg besaßen. Gaëtani entschloß sich rasch: während er öffentlich die Freundschaft mit den Colonna festhielt, hatte er eine geheime nächtliche Zusammenkunft mit dem Könige von Neapel, und versprach ihm, was er wollte, wenn er die ihm befreundeten Cardinäle für Gaëtani günstig stimme. So wurde dieser, Weihnachten 1294, beinahe einstimmig zum Papste gewählt, als welcher er den Namen Bonifaz VIII. annahm. Wie er die Erhebung durch doppelzüngige List gewonnen, so befestigte er sie auf der Stelle durch rück-

sichtslose Härte. Dem stillen Cölestin wurde der immer wieder auftauchende Satz, daß ein Papst nicht abdanken könne, Gaëtani's Wahl also ungültig sei, verderblich. Bonifaz ließ ihn verhaften, und auf dem Felsenschlosse Butrone, nicht weit von Anagni, eine so ungesunde Gefängnißzelle einrichten, daß der Alte schon im Mai 1296 elend dahinstarb. Darauf erst fühlte sich Bonifaz auf seinem Throne völlig gesichert.

Die Kirche, und mit ihr die katholische Welt, hatte jetzt einen Herrscher, der sich in jedem Sinne als Herrn fühlte. Trotz seiner hohen Jahre war Bonifaz im vollen Besitze seiner Kraft. Eine hohe Gestalt von starkem Gliederbau, große, im Affecte funkelnde Augen, ein fest gezogenes Profil, ein breiter Mund mit dicken Lippen, Alles in seiner Erscheinung kündigte Selbstbewußtsein und durchgreifenden Willen an. Bonifaz war nicht als Mönch oder Theologe, sondern als Jurist und Staatsmann emporgekommen; er zeigte wenig Anlage zu einem Heiligen seiner Kirche, desto mehr aber zum Gebieter derselben. An keiner Stelle duldete er einen Widerspruch; bei den Berathungen mit den Cardinälen sprach er seine Meinung als festes Gesetz aus; eine abweichende Ansicht liebte er nicht zu hören. Seine geistige Begabung, sein Scharfblick und seine Charakterkraft trat bei allen Anlässen hervor; dagegen fehlte in seiner Natur jeder milde und versöhnliche Zug; einen unerbittlichen Gewalthaber, nennt ihn sein Zeitgenosse Petrarca, den mit den Waffen zu brechen äußerst schwer, auf den durch Demuth oder Schmeicheln zu wirken ganz unmöglich war. Er stand auf seinem Rechte, wie Shylock auf seinem Scheine, und als das Recht seines Amtes erschien ihm die unbegränzte Allmacht desselben und die Ausrottung jeder selbstständigen Tendenz. Unaufhörlich war er bemüht, die Thätigkeit der Inquisition gegen die Ketzer anzutreiben und zu schärfen; die Kläger und Zeugen sollten den Angeklagten, wo es zweckmäßig schiene, nicht mehr genannt werden, der geistliche Richter nach seiner Ueberzeugung das Urtheil finden, die weltliche Obrigkeit, die mit der Vollstreckung säume, sofort dem Banne verfallen. Ketzer aber war, nicht bloß wer über göttliche Dinge andere Meinungen als die officiellen hatte, sondern vor Allem, wer in irgend einer Sache dem herrischen Willen des Papstes sich nicht beugen wollte.

Das erfuhren in furchtbarer Weise die alten Freunde Gaëtani's, die Colonna, zwei Cardinäle und eine ganze Anzahl mächtiger Barone, welche das große Geschlecht dem Kirchenstaat geliefert hatte. Sie hatten jenen Parteiverrath im Conclave, welcher dem früheren Genossen die Tiara verschafft hatte, nicht vergessen, zumal der Papst in seinen ersten Jahren in seiner allgemeinen Politik sich völlig orsinisch, neapolitanisch und französisch hielt. Die Colonna murrten, fuhren fort von der unerlaubten Abdankung Cölestin's und von der unrechtmäßigen Erhebung Bonifaz's zu reden. Dieser wußte sie seinerseits zu fassen; nach der gewaltthätigen Weise der Zeit ließen sie auf ihren weiten Besitzungen vielfachen Uebermuth, vielfache Ungesetzlichkeit ausgehn; der Papst schritt warnend, tadelnd, strafend ein und forderte sie endlich auf, ihre Schlösser und Burgen päpstlichen Besatzungen zu öffnen. Sie weigerten sich; er lud sie dann nach Rom zur persönlichen Verantwortung und als sie nicht erschienen, bezichtigte er sie, 1297, hochverrätherischer Einverständnisse mit den rebellischen Sicilianern, verfügte ihre Excommunication, ächtete sie und ihre Nachkommen bis in das vierte Glied, befahl ihre gesammte Habe einzuziehn und belegte jeden Ort, der sie aufnähme, mit dem kirchlichen Interdict. Darauf warfen auch sie jede Rücksicht hinweg, erkennten ihn nicht mehr als Papst an und setzten sich in ihren Städten zur Wehre. Der Krieg im Kirchenstaate dauerte volle zwei Jahre; Bonifaz ließ gegen die aufrührerischen Vasallen das Kreuz predigen, wie gegen Türken und Heiden, belohnte den Kriegsdienst gegen sie mit kirchlichen Ablässen und warf endlich 1298 ihre letzte Feste, Palestrina, in Trümmer. Seitdem wagte in der Umgebung Roms niemand mehr einen Widerspruch; ein zitternder Gehorsam ging durch das Land.

Wie hier trat Bonifaz in allen europäischen Verhältnissen auf, nachdrücklich, herrisch, kampfbereit. Lange Jahre hindurch wandte er alle Mittel an, um Sicilien den Anjous wieder zu unterwerfen; höchst charakteristisch für seinen ganzen Standpunkt war es, wie er einmal, um französische Hülfsvölker zu gewinnen, dem Bruder des Königs Philipp mit einem Federstrich zugleich die römische und die griechische Kaiserkrone anbot, als wenn er beide, gleichsam im Schranke wohlverwahrt, zu freier Verfügung besessen hätte. Ein

Sohn des Königs von Neapel machte dann Erbansprüche auf Ungarn, und als dagegen König Wenzel von Böhmen Widerspruch einlegte, ließ ihm Bonifaz anzeigen, daß Ungarn ein päpstliches Lehn sei und demnach Wenzel sich jeder Einmischung in ungarische Dinge zu enthalten habe. Wenzel erhob weiterhin Ansprüche auf die polnische Krone; der Papst aber, wegen Ungarn auf ihn zürnend, trat wieder mit der gleichen Erklärung dazwischen, Polen sei auch ein päpstliches Lehn und der König dürfe nicht daran rühren. Und nicht anders fuhr er gegen König Eduard von England heraus, als dieser alte oberherrliche Titel gegen Schottland geltend zu machen suchte: Schottland, hieß es auch hier, sei nicht ein englisches sondern ein päpstliches Lehn und der König habe die Hand davon zu lassen. Alle diese römischen Forderungen, welche im Osten und Westen des Erdtheils je nach Bedürfniß einschlugen, hatten nicht den vollen praktischen Erfolg, den Bonifaz gewünscht hatte, wirkungslos aber waren sie ganz und gar nicht. Zwar wurde Sicilien nicht wieder den Anjous unterthan, aber der Aragonese wurde, wie es früher der Anjou gewesen, päpstlicher Vasall. In Ungarn wurde nach langem Widerstand die Nachfolge des Anjou schließlich nach des Papstes Wünschen durchgesetzt, und ebenso blieb, wie Bonifaz es begehrt hatte, Polen getrennt von Böhmen, und Schottland unabhängig von England. In all diesen Angelegenheiten sehn wir auf's Neue jenes alte Streben der römischen Kirche: sie hindert die Bildung großer Staatscomplexe und besetzt die Throne mit möglichst schwachen Fürsten, um dann als einzige Großmacht alle die Kleinen in fester Abhängigkeit zu erhalten.

Nach seiner selbstsichern und hochfahrenden Weise ließ der alte Papst solchen Gesinnungen freien Lauf nach allen Seiten, gegen Mächtige und gegen Geringe, ohne Beschränkung noch Zweifel, in päpstlichen und in weltlichen Fragen. Auf seinem Standpunkt, woher hätte ihm ein Zweifel kommen sollen? Gott ist der Herr der Welt, er aber, der Papst, war der Vicarius Gottes. Ueber ihn durfte niemand richten, er aber war der Richter über Alle. Auf dieser Höhe der Selbstvergötterung mußten ihm alle irdischen Verhältnisse gleich ohnmächtig und geringfügig erscheinen; er verlor bei allem natürlichen Scharfblick den Sinn für die Wirklichkeit der Dinge, die Entwicklung

der Geister, die Wandlung der Zeiten. Da ihm die Allmacht und Unfehlbarkeit des Papstthums als ewige Gottesordnung erschien, so vergaß er, welchen irdischen Voraussetzungen die früheren Päpste ihre Siege verdankt hatten, und wies den Gedanken, daß unter andern Verhältnissen auch das Papstthum eine andere Stellung anzunehmen habe, als gottlosen Frevel hinweg. In der That aber hatte seit jenen frühen Jahrhunderten die Welt sich verwandelt, und Bonifaz, so gewaltig er war, sollte es empfinden.

Die Herrschaft der römischen Hierarchie über das Abendland hatte, wie wir sahn, ihren Grund in gewissen religiösen Anschauungen gehabt, war aber nur ausführbar geworden, weil die Kirche gebildeter und sittlicher war als die Völker, weil ihr gegenüber weder feste Staatsgewalten noch gesonderte Nationalitäten existirten. Allmählich aber hatte sich dies Alles geändert. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts, also gerade seit der Zeit, in der das Papstthum auf seine Machthöhe gelangte, war in Europa eine weltliche und zugleich nationale Bildung aufgewachsen. Allmählich hatten sich aus dem Racengemische der Völkerwanderung wieder neue, individuelle Nationalitäten gebildet, die mit jedem Tage ein festeres Bewußtsein ihrer Eigenartigkeit gewannen, die römische Herrschaft als etwas Fremdes und Ausländisches empfanden, die Alleinherrschaft der lateinischen Kirchensprache mit glänzenden literarischen Erfolgen beseitigten. In Südfrankreich und Nordspanien entstand die Poesie der Troubadours, im französischen Norden eine reiche epische und lyrische Dichtkunst, in Deutschland gewann, durch diese Vorbilder angeregt, das nationale Epos und der Minnegesang frisches Leben. Die große Mehrzahl dieser Poeten waren Laien und nationale Patrioten, und setzten sich sofort in lebhafte Opposition gegen den weltbeherrschenden Clerus. Mit den schärfsten Tönen bekämpften die Troubadours den weltlichen Hochmuth der Hierarchie, rief Walter von der Vogelweide das Volk zur Unterstützung des nationalen Königthums gegen die schrankenlosen Uebergriffe der römischen Curie auf. Zu den dichterischen Angriffen gesellte sich die philosophische Bekämpfung des herrschenden Kirchensystems, die vornehmlich auf französischem Boden in Abälard einen langehin wirkenden Vorkämpfer fand. Zwar blieben noch lange Zeit die Geistlichen die Hauptträger der philo-

sophischen Studien, aber eine große Zahl der hervorragendsten Denker unter ihnen wandte sich ganz entschieden von der rechtgläubigen Scholastik hinweg, erfüllte sich mit dem antiken Geiste des Aristoteles, versenkte sich in naturwissenschaftliche Forschung und setzte sich mit rationalistischer Kritik dem Autoritätsglauben entgegen. Dazu kam eine nicht minder thätige Beschäftigung mit dem römischen Rechte, dessen Studium seit der Mitte des 12. Jahrhunderts besonders in Italien eine Menge der besten Köpfe an sich zog: hier waren es vorwiegend Laien, welche durch die Gesetzbücher Justinian's die Einrichtungen eines großen Staatswesens kennen lernten, in welchem Papst und Hierarchie eine völlig untergeordnete Stellung eingenommen hatten. Auf dem religiösen Gebiete selbst erinnerten sich in Norditalien die Waldenser der apostolischen Einfachheit des ältesten Christenthums, griffen in Toulouse und Provence die Albigenser auf abweichende Lehrmeinungen früherer Jahrhunderte zurück. Sie wurden freilich durch Papst und Inquisition mit Feuer und Schwert vernichtet; aber weit und breit in Frankreich rührte sich die öffentliche Meinung auch des rechtgläubigen Volkes und des katholischen Königthums gegen den entsetzlichen Despotismus der Glaubensgerichte. Die Hierarchie war zur Macht gekommen, zu einer Zeit, als sie mit Grund sich als die Lehrerin und Zuchtmeisterin der Menschen hinstellen konnte. Jetzt aber war das Bewußtsein in der Laienwelt erwacht, daß man der Schulzeit entwachsen, daß man ebenso gut wie der Clerus zu geistiger und moralischer Mündigkeit gelangt sei.

Mit wachsender Ungeduld ertrug man das Joch des herrschenden Systems; man fand, daß der Clerus durch Macht und Reichthum und Ueppigkeit allen Lastern verfallen sei; durch ganz Europa machte sich im 13. Jahrhundert ein bitterer Classenhaß zwischen Weltlichen und Geistlichen fühlbar. Der Einzelne freilich war ohnmächtig gegenüber der Weltmacht der Kirche: sollte sich aber irgendwo eine organisirte Gewalt zum Widerstande entschließen, so war sie sicher, die begeisterte Zustimmung der Massen hinter sich zu haben.

Gerade nun in den Tagen Papst Bonifaz VIII. fand sich eine solche Gewalt. Ihren Lenker habe ich schon erwähnt, König Philipp IV., den Schönen, von Frankreich. Gerade in diesem Lande

bemerkten wir vorher mannichfaltige Regungen eines selbstständigen, antirömischen Geistes; es kam dazu, daß eben hier auch im 13. Jahrhundert eine kräftige Staatsgewalt und ein starkes Nationalbewußtsein entwickelt worden war. Lange Zeit war das französische Reich ebenso zersplittert gewesen wie das deutsche; wirkliche Macht hatte der König nur in seinem eignen Herzogthum, in der Umgegend von Paris gehabt; sonst thaten seine mächtigen Vasallen, die Herzoge und Barone, ein jeder ungefähr was er wollte. Indessen gelang es den Königen, den unschätzbaren Vortheil einer festen monarchischen Erbfolge zu behaupten; sicher und planmäßig schritten diese Capetinger in der Erweiterung ihres unmittelbaren Gebietes vorwärts, während die deutschen Wahlkaiser bei jedem Thronwechsel immer von vorne beginnen mußten. Dabei vermieden die französischen Könige mit großer Umsicht den offenen Streit mit dem Papstthum, so lange dieses entschieden übermächtig war, sondern unterstützten gelegentlich die Curie gegen die deutschen Kaiser, und ließen sich diese Hülfe durch stattliche Concessionen bezahlen. So brachten sie allmählich die große Mehrzahl ihrer fürstlichen Vasallen in feste Unterwerfung, und sogleich zeigte sich für alles Volk die Wohlthat politischer Ordnung und rechtlicher Sicherheit. Ueberall bändigte die königliche Gewalt die Eigenmacht und Willkür der adlichen Barone; die königlichen Gerichte bildeten in jedem Bezirk eine Stätte festen Schutzes für die kleinen Leute gegen die Gewalt der localen Machthaber; allmählich bildete sich so ein geschlossenes Netz königlicher Behörden für das ganze Land, und mit der erstarkenden Staatseinheit wuchs in den Menschen ganz von selbst das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit empor. Noch im 12. Jahrhundert war der Norden und der Süden des Landes, die langue d'oui und die langue d'oc streng und feindlich von einander geschieden: am Ende des 13. fanden sie sich völlig vereinigt in dem Gefühle der neu gebildeten französischen Nation. Zu der Kirche, welche die allgemeine Einheit der Christenheit vertrat, stand diese Entwicklung von Anfang an in wenig freundlichem Verhältniß. Die königlichen Richter griffen in die geistliche Gerichtsbarkeit so gut wie in die der Barone ein; der Monarch begehrte Steuern so gut von seinen geistlichen Unterthanen wie von seinen weltlichen; in den

obersten Rath der Krone berief er nicht mehr kirchlich gesinnte Prälaten, sondern weltliche Juristen, die aus Justinian's Gesetzen ihm die volle Souveränität der königlichen Gewalt und die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche verkündeten, so daß bald in den kirchlichen Kreisen das Wort aufkam, daß gute Juristen böse Christen seien. Und selbst unter dem Clerus hatte der König eine nicht unbedeutende Partei. Denn wenn das Papstthum den Geistlichen die Herrschaft über die Laien beilegte, so forderte es für sich selbst die schrankenlose Allmacht auch über Bischöfe und Priester, und zwar über ihre Geldmittel wie über ihre persönlichen Dienste. Die Bischöfe liebten es durchaus nicht, dem Könige schwere Abgaben zu zahlen, aber sie schaarten sich nur um so eifriger um den Thron, wenn dieser sie gegen noch stärkere päpstliche Steuerforderungen in Schutz nahm. So waren für die römische Curie damals in Frankreich eigentlich nur noch die großen Mönchsorden, die Templer, Cistercienser und Dominikaner absolut zuverlässige Stützen. Die Weltgeistlichen schwankten, der Adel war der Krone unterworfen, Bürger und Bauern dem Könige unbedingt ergeben.

Diese Stimmung des Volkes zeigt, wie so ganz unerträglich der frühere Druck auf den Gemüthern gelastet haben muß, um ihnen die Verwaltung Philipp IV. als Fortschritt und Befreiung erscheinen zu lassen. Denn nichts wäre irriger, als hier ein mildes Regiment zu vermuthen. Philipp war stark und klug, ehrgeizig und herrschsüchtig; wo es auf sein Machtinteresse ankam, scheute er vor keinem Mittel, warf das Recht unter die Füße, setzte seinen Willen herrisch und grausam durch. In langjährigem Kampfe suchte er die Freiheiten Flanderns zu brechen, führte einen zähen Krieg gegen König Eduard von England, riß von dem gefallenen deutschen Reiche weite burgundische Landstrecken und das wichtige Lyon ab. Eine solche Kriegspolitik forderte von dem Lande schwere Opfer; der Steuerdruck und die gewaltthätige Erpressung stieg von Jahr zu Jahr; stets wiederholte Münzverschlechterung richtete Handel und Credit zu Grunde. Hundert Mal ging schweres Seufzen und bitteres Murren durch das Land; und dennoch konnte der König in jedem entscheidenden Augenblick auf die Gesinnung seines Volkes zählen. Denn er war ein Staatsmann im vollen Sinne des Wortes,

begabt mit dem seltnen Blicke für das Erreichbare, Wirksame, Durchschlagende, in seinem ganzen Wesen von dem einen Triebe erfüllt, zu wachsen und voranzukommen, hart und elastisch wie Stahl, stets mit gesammelter Kraft auf einen Zweck beschränkt, in dessen Verfolgung durch keine Rücksicht, auch die sonst höchste und heiligste nicht, beirrt, und dann in demselben Moment, wo die Aufgabe gelöst, der Sieg errungen war, ohne Rast noch Ermüdung für den neuen Entwurf, den weiteren Gewinn beschäftigt. So gehörte er zu den Menschen, welche den Erfolg an ihre Schritte fesseln, zu den geborenen Lenkern und Herrschern dieser Erde. Er war nicht geliebt, bei all seiner List und Rechtlosigkeit und Gewaltthat; aber er unterwarf sich auch die Herzen seines Volkes, vornehmlich weil Alle wußten, daß jeder Erfolg des Königs auch ein Gewinn für Frankreich war.

Für einen Jeden, der mit einem solchen Herrscher zu verhandeln hatte, war vorsichtiges und gedecktes Spiel auf das Dringendste geboten. Papst Bonifaz aber in seiner schrankenlosen Selbstüberhebung war von solchen Gedanken so weit wie möglich entfernt. Gleich nach seiner Thronbesteigung hatte er die Absicht verkündet, einen neuen Kreuzzug zu Stande zu bringen und das heilige Land den Muhamedanern zu entreißen: leider aber stand Philipp mit den Königen von England und Deutschland in offenem Kriege, und der Papst beeilte sich, ihnen Allen seine Friedensvermittlung anzutragen; in wiederholten Ermahnungen mahnte er sie von ihrem Hader ab, um die Christenheit zum gemeinsamen Kampfe gegen Mamluken und Türken zu einigen. Obgleich die Könige geringe Neigung zum Frieden zeigten, verkündete der Papst 1295 eine Waffenruhe auf zwei Jahre. Philipp aber ließ sich dadurch nicht abhalten, für den weitern Kampf zu rüsten und Steuern bei Clerus und Laien einzutreiben. Der Papst, verdrießlich über Philipps Kriegslust, sah in diesen Kirchensteuern einen Anlaß, um dem Eigenwillen des Königs einen Dämpfer aufzusetzen; im April 1296 erließ er eine Bulle (Clericis laicos), worin er jede Geldzahlung von Geistlichen an Laien ohne päpstliche Erlaubniß verbot, und im Falle einer Uebertretung Zahlende und Empfänger mit der Strafe des Bannes bedrohte. Die Bulle war nur die Erneuerung einer gleichen Satzung Papst

Innocenz III; Philipp und Frankreich waren nicht ausdrücklich darin genannt; Bonifaz mochte denken, ebenso glimpflich in der Form wie wirksam in der Sache verfahren zu sein. Vielleicht ein Drittel des französischen Bodens war damals Kirchengut: Philipp war finanziell lahm gelegt, wenn er davon keine Abgaben mehr erhielt, und der Papst, in voller Sicherheit des Erfolgs, erließ am 13. August einen förmlichen Befehl an die Könige, bei Strafe der Excommunication die Waffen aus der Hand zu legen. Allein in demselben Moment traf ihn Philipp's Gegenschlag in einem Decrete 17. August, welches die Ausfuhr von Geld, Edelmetall, Kostbarkeiten, Werthpapieren, Pferden und Waffen aus Frankreich bei schweren Strafen verbot, damit der Feind dadurch nicht gekräftigt und die Hülfsquellen des eignen Landes nicht erschöpft würden. Nicht mit einer Sylbe war Bonifaz in dem Decrete erwähnt, aber die ganze Wucht des Inhalts traf seine Casse, die sonst aus Frankreich die stattlichsten Einnahmen zog, und eben jetzt durch den sicilianischen Krieg auf's Höchste in Anspruch genommen war. Es zeigte sich bald, auf welcher Seite die überlegene Stärke war. Der französische Clerus selbst war es, welcher die Entscheidung für den König gab. Er wußte sehr wohl, daß er Steuern zahlen mußte in jedem Fall, entweder an den Papst für den Kreuzzug, oder an den König zur Vertheidigung Frankreichs. Es bezeichnet die Wendung der Zeiten, daß auch bei ihm das nationale und vaterländische Interesse stärker geworden war, als das allgemein kirchliche. Er erklärte dem Papste, daß sein Patriotismus ihn zu Beisteuern zum englischen Kriege nöthige. Der König nahm jetzt in der entschiedensten Weise Stellung. Als zwei päpstliche Legaten ihm jenen Befehl zum sofortigen Friedensschluß überbrachten, antwortete er ihnen, daß er in geistlichen Dingen stets der gehorsame Sohn der Kirche sei, aber die weltliche Regierung seines Reiches gehöre ihm allein, und hierin werde er sich niemals einem irdischen Menschen unterwerfen. Der Papst war höchlichst erregt, wechselnd in Sorge und Grimm. Aber was wollte er thun? Seine eigne Geldnoth wuchs; dazu brach 1297 sein Streit mit den Colonna aus, der ihm den ganzen Kirchenstaat mit Kriegsnoth erfüllte; in dieser Lage durfte er es nicht zum offenen Bruch mit Frankreich treiben. Er entschloß sich zornigen Herzens zum Rückzug.

Er bewilligte Philipp das Recht, die französischen Kirchen für dringende Staatsbedürfnisse zu besteuern, und war zufrieden, als die kämpfenden Könige endlich seine Vermittlung annahmen, unter der Bedingung, daß er seinen Friedensspruch nicht als Papst, sondern als Privatperson, als Benedict Gaëtani ertheile.

Die Demüthigung war gründlich, jedoch ohne Zweifel wohlverdient. Für Bonifaz hätte sie eine ausreichende Quelle der Erkenntniß werden können, seine Natur und Stellung aber war zu fügsamer Einsicht nicht gemacht. Gegen Philipp behielt er den bittern Groll im Herzen, und den Entschluß bei erster Gelegenheit Vergeltung zu üben. Allerdings widerstand er bei seinem Friedensspruch von 1298 der Versuchung, die Rechte Flanderns gegen Frankreich anzuerkennen, wohl aber umging er die frühere Verheißung, nur als Privatperson zu vermitteln, indem er die Friedensurkunde zwar als Benedict Gaëtani ausstellte, dann jedoch als Papst Bonifaz in feierlicher Bulle publicirte und aller Welt die genaue Nachachtung anbefahl. Auch sonst gab es zahlreiche kleinere Reibungen zwischen den beiden Machthabern. Der König legte die Hand auf gewisse kirchliche Einkünfte in Laon und Rheims; einige französische Bischöfe klagten in Rom über ungebührliche Bedrückung durch die königlichen Steuerbeamten; Bonifaz nahm sich dieser Beschwerden mit Eifer an, und forderte seinerseits einige französische Grafschaften als kirchliche Besitzungen vom Könige zurück. Was aber Philipp am Empfindlichsten war, der Papst legte öffentlichen Protest gegen die Erwerbung Lyons durch Frankreich ein, weil die Stadt keine französische sei und dem dortigen Erzbischof unter Hoheit des deutschen Reiches gehöre. Es war nicht gerade Wohlwollen gegen Deutschland, was ihn dabei leitete: so lange unsere Kaiser stark gewesen, hatte die Curie das Mögliche gethan, um die Herrschaft derselben über Burgund zu untergraben: jetzt war Deutschland schwach, Frankreich aber gefährlich; also rief Bonifaz den deutschen König Adolf auf, gegen Philipp's Uebergriffe einzuschreiten, obgleich Lyon nach der Natur der Dinge ebenso gewiß zu Frankreich gehörte, wie der Elsaß zu Deutschland. Wieder aber hatte er in seinem Eifer die Wirklichkeit der Verhältnisse übersehn, und mit nicht vorhandenen Kräften gerechnet. Eben jetzt, 1298, wurde König Adolf in Deutschland

selbst durch Albrecht von Oestreich gestürzt und im Treffen von Göllheim umgebracht. Bonifaz wüthete, verbot Albrecht als Königsmörder, sich die deutsche Krone anzumaßen, und lud ihn nach Rom zur persönlichen Verantwortung wegen seines Hochverraths. Albrecht zauderte darauf keinen Augenblick, sich dem Gegner seines Feindes anzuschließen und im Sommer 1299 unterzeichnete sein Kanzler in Paris einen förmlichen Bündnißvertrag mit König Philipp. Die natürliche Folge dieses Verständnisses war, daß Philipp fortan in jeder Beziehung die Forderungen und Beschwerden des Papstes als nicht vorhanden betrachtete, in Deutschland aber Albrecht trotz Bonifazen's Verdammungsspruch allgemein als König anerkannt wurde.

Trotz dieses neuen Mißlingens gab indessen Bonifaz das Spiel noch keineswegs verloren. Es war die Zeit, in welcher er seinen Krieg gegen die Colonna mit vollem Erfolge beendigte, dadurch in seiner nächsten Nähe wieder freie Hand bekam, und zugleich von Philipp sich neu beleidigt fühlte, indem dieser mehreren Mitgliedern des gestürzten und verfluchten Geschlechtes an seinem Hofe eine ehrenvolle Aufnahme gewährte. Im Anfang des Jahres 1300 schrieb der Papst ein großes Jubiläum in aller Christenheit aus, bewilligte einem Jeden, der zu dieser Säcularfeier die Apostelgräber in Rom besuche, vollständigen Ablaß, und hatte die Genugthuung, daß über zwei Millionen Andächtige bei dieser Veranlassung in der Weltstadt zusammenströmten. Ein solcher Erfolg steigerte sein Selbstbewußtsein auf die höchste Höhe; er ließ einen Cardinal in seiner Gegenwart durch öffentliche Predigt verkündigen, daß der Papst als Stellvertreter Christi der Oberherr zugleich im Geistlichen und im Weltlichen sei, und zeigte sich den Massen der Pilger abwechselnd im Schmucke der päpstlichen und der kaiserlichen Würde. In solcher Stimmung fanden ihn Gesandte der von Philipp immer wieder bedrängten Flandrer; er ließ sich gerne von ihnen wiederholen, daß er der Gebieter Aller, daß der König von Frankreich verpflichtet sei, ihm zu gehorchen, und als jetzt neue Beschwerden über Philipps Auftreten gegen einige Kirchen seines Reiches einliefen: da sandte er seinen Legaten, den Bischof Soisset von Pamiers, an den König, um denselben mit den schwersten Kirchenstrafen zu bedrohen, wenn er

nicht bessere Wege einschlüge. Philipp, welcher die Kunst verstand, seine Gegner mit steten Ueberraschungen zu treffen, verhielt sich dem Legaten gegenüber freundlich und nachgiebig: kaum aber war Soisset wieder in seine Diöcese Pamiers zurückgekehrt, so wurde er wegen angeblicher Majestätsbeleidigung vor dem Könige verhört, und von dem Papste seine Auslieferung an den weltlichen Arm begehrt. Der Papst, um so heftiger gereizt, je weniger er gegen die juristische Form etwas aufzubringen vermochte, schritt jetzt zum Aeußersten: er berief auf den November 1302 ein allgemeines Concil nach Rom, um, wie er sagte, thätig zu sein für die Beschützung der französischen Kirche, die Reform des Königreichs, die Besserung des Königs und eine gute Regierung in Frankreich. Er erklärte dabei, daß es allerdings zwei Gewalten auf Erden gebe, eine weltliche und eine geistliche, daß aber die letztere der erstern übergeordnet und der Papst befugt sei, die Könige wegen ihrer Sünden zur Rechenschaft zu ziehn.

Die Kriegserklärung war unverhüllt, der Gegensatz unversöhnlich. Philipp that wie 1296. Nach jener Bulle des Papstes, die ihm die Besteuerung seines Clerus verbot, hatte er seine Bischöfe für sich zeugen lassen: auf den Anspruch des Papstes, auch in weltlichen Dingen Frankreichs Oberherr zu sein, rief Philipp das französische Volk auf. Er eröffnete im April 1302 den ersten französischen Reichstag, eine Versammlung, nicht bloß von Prälaten und Baronen, sondern auch von Abgeordneten der guten Städte. Der Erfolg war vollständig. Eine einzige Sitzung genügte, um die drei Stände zu einer einstimmigen Verwahrung gegen die päpstliche Anmaßung zu vereinigen. Zugleich erging in das Reich ein königliches Verbot, welches allen französischen Prälaten den Besuch des anberaumten Concils bei strengen Strafen verbot. Die Nation zeigte einen einzigen, einmüthigen Willen, und dieser wandte sich schneidend gegen das System der römischen Weltherrschaft.

Bei dem Papste steigerte der Widerstand den Haß und die Erbitterung. Er eröffnete am 2. November das freilich nicht glänzend besuchte Concil, und verkündete am 18. die berühmte Bulle Unam sanctam, die in dem Satze gipfelte: „es gibt zwei Schwerter, das geistliche und das weltliche; das eine wird durch die Kirche,

das andere durch die Könige geführt, dieses aber stets nach dem Winke und unter Verlaub des Priesters; es ist für die ewige Seligkeit jeder Creatur erforderlich, daß sie dem römischen Pontifex unterworfen ist". Die Bulle war, wie man heute in Rom sagt, ex cathedra, als Lehrbestimmung für die ganze Christenheit erlassen; sie ist zweihundert Jahre später durch ein allgemeines Concil in Lateran ausdrücklich wiederholt worden; nach den vaticanischen Beschlüssen von 1870 ist auch heute ihr Inhalt also ein für die Seligkeit jedes Christen erforderlicher Glaubenssatz, und ganz consequent verdammt der Syllabus Pius IX. die Ansicht, daß die früheren Päpste ihre Macht mißbraucht hätten.

Und nun vollends damals, im 14. Jahrhundert, wo bisher ohne Widerspruch die kirchliche Rechtgläubigkeit die Bedingung auch jedes äußern Rechtes in ganz Europa gewesen war! Was sollte Philipp thun? Wieder mit völlig überraschender Wendung gab er den Streich zurück, der nach des Papstes Meinung ihn niederschmettern sollte. Er hatte bis dahin die Unabhängigkeit der Staatsgewalt von der Kirche verfochten; jetzt, als das höchste kirchliche Organ diese Ansicht für Ketzerei erklärte, erhob er sich plötzlich als Kämpfer für die Reinheit und Rechtgläubigkeit der Kirche gegen einen, wie er sagte, ketzerischen Papst. Seine Juristen Nogaret, Flotte, Dubois, Plasian erhoben März 1303 im Staatsrathe eine Reihe der schwersten Anklagen gegen das kirchliche Verhalten des Papstes, bezichtigten ihn der gröbsten Laster, und zogen die alte Behauptung von der unrechtmäßigen Abdankung seines Vorgängers, von seinen gesetzwidrigen Umtrieben im Conclave, von der Nichtigkeit seiner endlichen Erwählung wieder an das Licht. Er ist, rief Nogaret, befleckt mit Simonie und Ketzerei; es ist unerläßlich, durch seine Verhaftung die Kirche vor völligem Ruine zu bewahren. Eine große Reichsversammlung zu Paris erklärte Juni 1303, Bonifaz als Papst nicht weiter anzuerkennen, und legte Berufung von seinen Sentenzen an einen künftigen Papst und ein neues Concil ein.

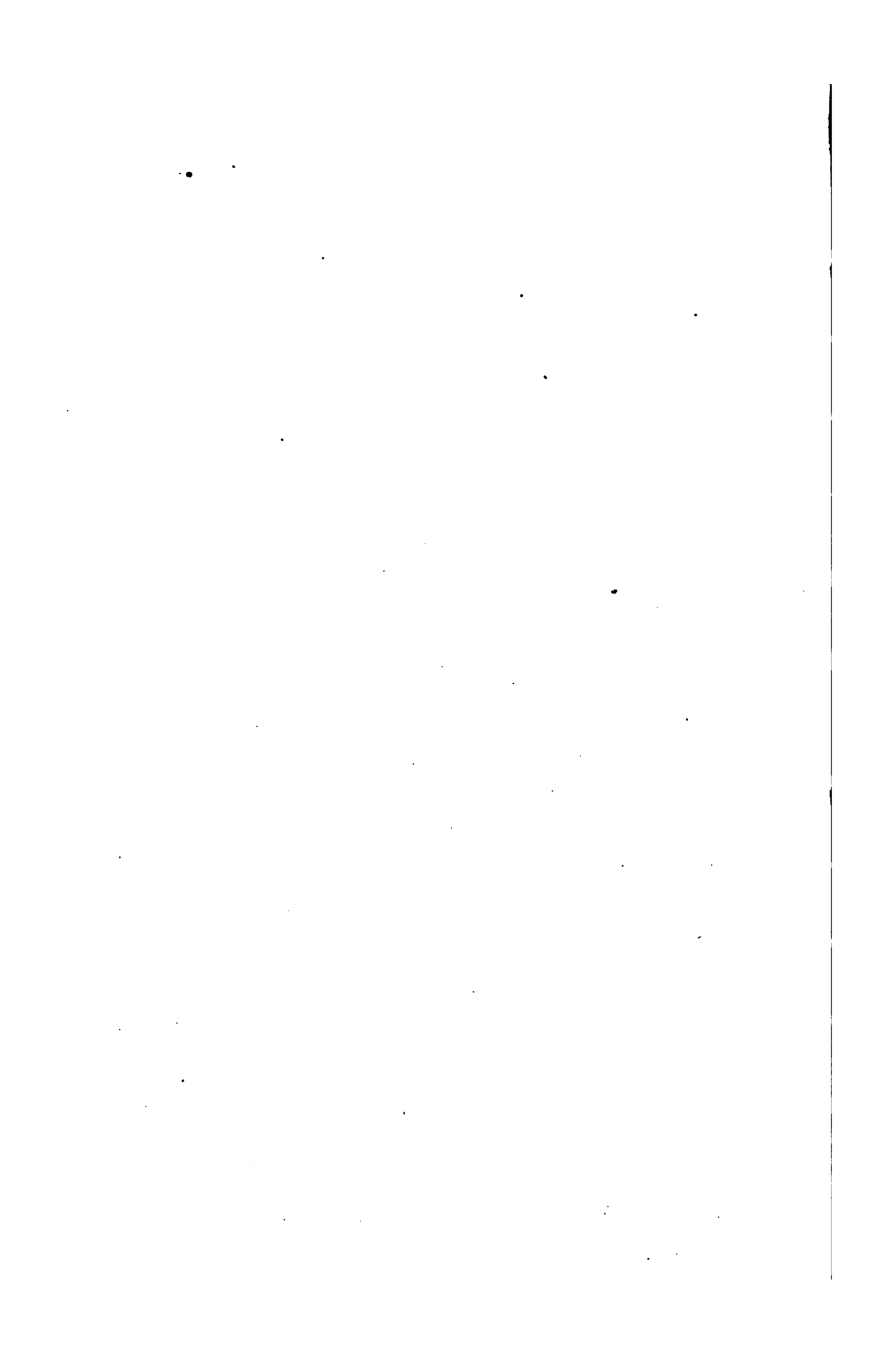
Damit waren die Brücken von beiden Seiten abgeworfen. Das Vorgehen Frankreichs war für Bonifaz um so empfindlicher, je zweifelhafter in moralischer Hinsicht sein Verhalten vor und nach seiner Wahl gewesen; er brauste hoch auf, und verlor in seiner

Erregung vollends die letzte Fähigkeit zu klarer Ueberlegung. Er schleuderte jetzt die Bannbulle gegen Philipp, betrachtete ihn nach römischen Grundsätzen seitdem als unfähig zur Regierung und bot dem deutschen König Albrecht, den er kurz zuvor als Hochverräther verdammt hatte, das französische Reich als päpstliches Lehn, wenn er als Diener der Kirche gegen den rebellischen Philipp das Schwert ziehen wollte. Es war wieder ein völlig nichtiges Toben. Albrecht, dem die Feindschaft der Curie in Deutschland vielfache Unbequemlichkeit bewirkt hatte, ging in Worten höchst bereitwillig auf Bonifazen's Entgegenkommen ein, war aber viel zu schwach und viel zu besonnen, um durch Thaten im päpstlichen Sinne sein gutes Vernehmen mit Philipp zu stören. Unterdessen hatte dieser den letzten Schritt gethan, um das Netz über dem Haupte des übermüthigen Priesters zusammen zu ziehen. Bei ihm waren es keine leeren Worte gewesen, wenn Nogaret im Staatsrathe die Verhaftung des Papstes beantragt hatte. Wie erwähnt, lebten an seinem Hofe mehrere der von Bonifaz geächteten Colonna. Der Eine derselben, Sciarra, war Monate lang in den römischen Gebirgen durch die päpstlichen Häscher und Ketzermeister wie ein wildes Thier gehetzt worden, und dann auf seiner Flucht afrikanischen Corsaren in die Hände gefallen, die ihn zwei Jahre lang als Galeerensclaven an die Ruderbank geschmiedet hatten. Er war ein roher und gewaltthätiger Mensch, und man kann sich denken, welche Gluth des Hasses gegen Bonifaz in seinem Herzen kochte. Mit ihm erwog Nogaret einen kecken Handstreich gegen den Papst, der damals in seiner Geburtsstadt Anagni Hof hielt. Dort in der Nähe lagen zahlreiche Besitzungen, ehemals den Colonna gehörig und von eifrigen Anhängern der Familie bewohnt. Einzelne der benachbarten Barone, die während der Kriegszeit ihre Gesinnung versteckt hatten und unangefochten geblieben waren, theilten die Feindschaft derselben gegen den Papst. Im Frühling 1303 kamen Nogaret und Sciarra Colonna, mit schweren Geldsummen versehen, heimlich nach Foggia, der Burg eines eifrigen Ghibellinen in Toscana, warben dort im Stillen eine bewaffnete Schaar, und setzten sich mit Reginald Supino, einem reichen Burgherrn zu Ferentino ganz nahe bei Anagni, in Verbindung, der alle mißvergnügten Edelleute der Umgegend zu dem Unternehmen sammelte. Früh Morgens

am 7. September erschienen Nogaret und Sciarra mit ihrer Schaar vor dem Thore von Anagni, das ihnen durch einheimische Genossen sogleich geöffnet wurde; unter Entfaltung der kirchlichen und der französischen Fahne brachen sie in die Straßen ein, überwältigten die Verwandten und Anhänger des Papstes, und beschwichtigten die Bürger mit der Angabe, daß sie von Bonifaz nichts weiter als die Berufung eines allgemeinen Concils begehren wollten. Dann ging es zum Hause des Papstes, der bei dem Lärmen gesagt hatte: ich bin verrathen wie Christus, ich will sterben wie es einem Papste geziemt. Er empfing die Eindringenden im vollen päpstlichen Schmuck, weigerte unerschütterlich die Berufung eines Concils, und blieb nicht minder fest, als Sciarra seine Abdankung unter Todesdrohung forderte. Da wollte Sciarra den gehaßten Gegner niederstoßen, wurde aber von Nogaret gehindert. Indessen plünderte die Bande den Palast und die päpstliche Casse, Bonifaz aber wiederholte die Verfluchung Philipps und seiner Nachkommen bis in das vierte Glied. Drei Tage lang blieb er in der Hand der Widersacher, geschmäht, insultirt, aber ungebeugt. Am 9. ermannten sich seine Anhänger in Anagni, und trieben Nogaret und die Seinen unter blutigem Gefechte aus dem Städtchen hinaus. Gleich am folgenden Tage verließ er in höchster Aufregung den ihm ekelhaft gewordenen Ort, um in den Vatican zurückzukehren. Die römische Bevölkerung nahm ihn mit Jubel auf; nach wenigen Tagen aber überwarf er sich mit den Cardinälen der Orsini'schen Faction, und so gründlich war nach dem Attentat von Anagni der Nimbus der heiligen Weihe von ihm gewichen, daß jetzt diese Cardinäle ihn mit Wachen umgaben und gewaltsam ihm jeden Ausgang verboten. Das war zu viel für den achtzigjährigen Mann, der im Bewußtsein, der Vertreter Gottes auf Erden zu sein, hilflos einer Beschimpfung nach der andern unterlag. Er fiel in ein hitziges Fieber, und starb am 11. October 1303.

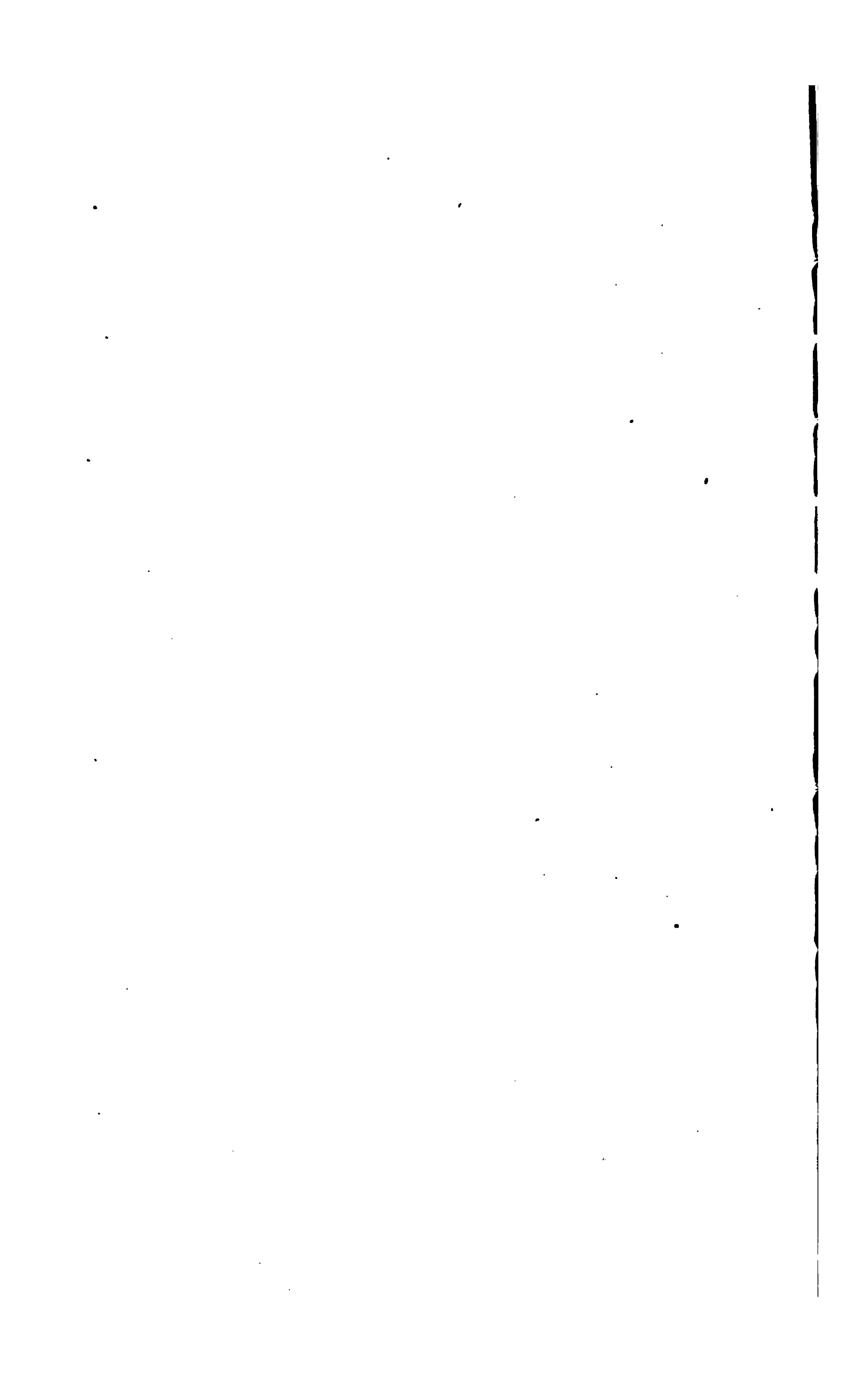
Es wird nicht nöthig sein, zu der Erzählung seiner Geschichte weitere Erörterung hinzuzufügen: die Thatsachen reden für sich selbst. Damals wie heute handelte es sich um keine religiöse Differenz; über Gott und göttliche Dinge läßt man heute jeden denken wie er mag, und damals hatte Philipp darüber genau dieselben Ansichten wie der Papst. Der Streit bewegte sich einzig um irdische Macht-

fragen, ob der Papst sich in die französischen Staatsangelegenheiten einmischen, ob er durch kirchliche Verordnung den französischen Clerus von dem Gehorsam gegen die Staatsgesetze entbinden, ob er der nationalen Staatsgewalt jede Einwirkung auf die kirchliche Ordnung der Nation verbieten dürfe. In diesem Kampfe wurde Bonifaz besiegt, nicht durch den Ueberfall in Anagni, sondern durch eine innere Entwicklung der Weltverhältnisse, die er in seinem geistlichen Hochmuthe nicht verstanden hatte. Sein Nachfolger schloß auf der Stelle Frieden mit Philipp; die dann kommenden Päpste geriethen selbst in völlige Abhängigkeit von Frankreich. Eine Beherrschung der Staatsgewalten durch die römische Kirche konnte seitdem nicht mehr durchgeführt werden. Das 16. Jahrhundert riß dann halb Europa auch von ihrer geistlichen Lenkung ab, mit der Verkündigung des Priesterthums aller Christenmenschen. Erst in unserer Gegenwart hat die Curie den Entschluß gefunden, alle Ansprüche Bonifaz VIII. zu erneuern, obwohl die Bildung der Laienwelt, die Kraft der Staatsgewalten, die Klarheit des Nationalbewußtseins in unendlich höherem Maaße als damals der geistlichen Weltherrschaft widerstrebt. Pius IX. hat in dem Syllabus die Ansicht verdammt, daß seine Vorgänger ihre Macht jemals mißbraucht hätten; er hat die österreichische Staatsverfassung für null und nichtig erklärt; er hat eine ganze Reihe der wichtigsten Grundrechte aller modernen Verfassungen in aller Form verurtheilt. Wenn er dann durch die im Vatican versammelten Bischöfe die Unfehlbarkeit aller päpstlichen Lehrentscheidungen feierlich als einen zur Seligkeit nöthigen Glaubensartikel verkünden ließ: kann man sich wundern, daß die in ihrer Unabhängigkeit schwer bedrohten Staatsgewalten zu Mitteln der Abwehr gegriffen haben? Wird es ihnen gegenüber Pius IX. besser gelingen als Bonifaz VIII., die Zeit und die Cultur zurückzuschrauben? Oder wird diese unsere kirchlichen Zustände auf den natürlichen Grundlagen befestigen, auf den einfachen und durchgreifenden Sätzen, der unbedingten Freiheit jedes Einzelnen, Gott zu suchen nach dem Bedürfniß seines Herzens, und der unbedingten Befugniß des nationalen Staates, die äußern Rechtsverhältnisse seiner religiösen Genossenschaften wie alle andern Rechtsfragen durch seine Gesetzgebung zu ordnen?



Polens Untergang
und der Revolutionskrieg.

Historische Zeitschrift 1870.



In meiner Geschichte der Revolutionszeit habe ich nachzuweisen versucht, in wie enger Verflechtung die Wendungen des französischen Kriegs von 1792 mit den Katastrophen der polnischen Republik gestanden haben. Die Revolution verdankt ihre Siege vor allem dem unheilbaren Bruche zwischen den beiden deutschen Großmächten, und eben die polnische Frage ist es, an welcher nach kurzem Bestande die junge Eintracht Oesterreichs und Preußens zu Grunde geht. Schritt auf Schritt wirkt der Hader über die polnische Beute zersetzend und verbitternd auf den Bestand der großen Coalition ein. Die Unterstützung, welche Oesterreich dem Plane einer polnisch-sächsischen Erbmonarchie angedeihen läßt, treibt Preußen in die Arme Rußlands und veranlaßt die zweite polnische Theilung. Der Zorn über deren Verlauf stürzt in Wien das Ministerium Cobenzl und bringt den Preußenfeind Thugut an das Ruder. Indem dieser sofort den lebhaftesten Kampf gegen Preußens Vergrößerung in Polen eröffnet, verleidet er dem bisherigen Genossen auf das Gründlichste die Unterstützung der kaiserlichen Waffen gegen Frankreich. Seit der hiedurch zum Theil veranlaßten Niederlage Wurmser's im Elsaß ist Thugut überzeugt von einem verrätherischen Einverständniß zwischen Preußen und Frankreich und erwartet jeden Tag einen Angriff Preußens auf die österreichischen Erblande: um so enger schließt er sich an Rußland an, und verheißt ihm unaufhörlich die Erneuerung der alten josephinischen Politik, wenn dasselbe den Kaiser gegen Preußen kräftig unterstützen wolle. Darüber tritt der Aufstand des Kosciusko ein; die Preußen nehmen Krakau, Thugut ist entschlossen, ihnen den Bezirk in keinem Falle und um keinen Preis zu lassen: die beiden Alliirten stehen dicht am offenen Kampfe. In dieser Verwicklung erlischt bei Thugut das Interesse für den französischen Krieg: die Räumung Belgiens, die Preisgebung

Hollands treten ein; zur Entschädigung erlangt Thugut einen Vertrag mit Rußland, der ihm Krakau, Baiern, Bosnien und Venetien und endlich die Hauptsache, die Waffenhülfe gegen das gehaßte Preußen verheißt. Die feindselige Haltung der beiden Kaiserhöfe, die seit den Siegen Suworoffs unverhohlen zu Tage tritt, veranlaßt Preußen zu dem Abschluß des Baseler Friedens mit Frankreich, um gegen Westen gedeckt, im Osten Krakau behaupten zu können. Auch Thugut versucht in dieser Zeit diplomatische Anknüpfung mit Frankreich zu gewinnen, wird jedoch damals noch von Rußland und England in der Kriegspolitik festgehalten. Aber so lange die Krakauer Streitfrage schwebt, so lange er einen Angriff Preußens auf Böhmen befürchtet, entschließt er sich nicht, irgend etwas Ernstliches am Rheine oder in Italien für den französischen Krieg zu thun, und so sieht das Ende des Jahres 1795 die Franzosen im vollen Besitze hier des linken Rheinufers, dort der genuesischen Riviera. Ja selbst jetzt, obgleich Preußen schon im Herbste Krakau aufgegeben und den Vertrag der dritten polnischen Theilung unterzeichnet hat, nehmen die Einwirkungen des unseligen polnischen Handels auf den Revolutionskrieg noch kein Ende: sie erleichtern Bonapartes Siege 1796 ebenso sehr, wie sie 1794 Carnot's Triumphe befördert hatten.

Bisher hatte ich für die Erforschung dieses großen Zusammenhangs vornehmlich preußische, englische und holländische Urkunden, so wie einige russische Publicationen (von Blum, Smitt und Ssolowjeff) benutzen können. Dieses Material war ausreichend, um über den Gang der Ereignisse und die leitenden Gesichtspunkte der handelnden Regierungen nicht den mindesten Zweifel zu lassen: so lange aber die Documente der einen betheiligten Großmacht, Oesterreichs, fehlten, verstand es sich von selbst, daß manche Einzelnheiten des Hergangs verborgen blieben und sich nur mit größerer oder geringerer Sicherheit vermuthen ließen. Es stand z. B. fest, daß Leopold II. die polnische Verfassung von 1791 begünstigt und seinen Verbündeten die sächsisch-polnische Erbmonarchie empfohlen hatte: in welchem Zeitpunkte aber und mit welchen Mitteln er diese Thätigkeit begonnen, darüber fehlte jede positive Belehrung. Oder, es war gewiß, daß seit Anfang 1794 Thugut jede neue Anstrengung

für den französischen Krieg verhindert, den Armeen jede noch so dringend geforderte Verstärkung versagt hatte: ob aber außer der Spannung mit Preußen noch anderweitige Beweggründe hierauf eingewirkt, darüber gaben die außerösterreichischen Documente nur zweifelhaften Aufschluß. Seit Jahren versäumte ich also keinen Anlaß, auf diese Lücke unserer Kenntniß hinzuweisen, und wenn ich selbst nach meiner Parteistellung im politischen Leben auf eine Erlaubniß zur Benutzung des Wiener Archivs nicht hoffen konnte, so wiederholte ich fort und fort die Aufforderung an alle günstiger Gestellten, die österreichische Politik in jener verhängnißvollen Epoche und insbesondere ihr entscheidendes Verhältniß zu Rußland aus den österreichischen Acten aufzuhellen[1]).

Je länger dieser Wunsch unerfüllt blieb, desto mehr freue ich mich, daß jetzt durch Alfred von Arneth's Einsicht und Liberalität für die Wiener Archivverwaltung eine neue Zeit begonnen hat. Nach der richtigen Auffassung, daß die Eröffnung der Acten und damit die echte Kenntniß der vaterländischen Geschichte auch ein politischer Gewinn ist, hat Arneth die Schätze des Wiener Archivs der Forschung in der breitesten Weise zugänglich gemacht; ich kenne zur Zeit kein Archiv in Europa, durch dessen Einrichtungen das Wiener in dieser Hinsicht übertroffen würde. Auch ich habe davon für die Geschichte der Revolutionszeit Vortheil ziehen dürfen und beeile mich auf den folgenden Blättern die neuen Ergebnisse vorzulegen, welche ich dort für die Geschichte jener Jahre habe gewinnen können. Es wird dies zugleich die Gelegenheit bieten, mich mit den Gegnern, welche sich gegen einzelne Theile meiner Auffassung erhoben haben, in einer vielleicht abschließenden Weise auseinander zu setzen.

1. Kaiser Leopold und die polnische Maiverfassung.

Als Joseph II. Februar 1790 starb, war Oesterreich bekanntlich in höchst bedrängter Lage. Das enge Bündniß mit Rußland, welches Joseph in der Hoffnung auf Erwerbung türkischer, venetianischer und baierischer Lande abgeschlossen, hatte dem tief erschütter-

---

1) Vgl. die Vorreden zu meiner Geschichte der Revolutionszeit, und die Abhandlung in der historischen Zeitschrift, Band 15.

ten Reiche wenig Vortheil gebracht. Während alle innern Verhältnisse schwankten, kam der leicht erachtete Kampf gegen die Türken zu keinem rechten Ergebniß, und von außen drohten England und Preußen bewaffnetes Einschreiten, wenn die Kaiserhöfe nicht sofort auf den alten Besitzstand Frieden schlössen. Leopold, wie man weiß, war über seine Haltung inmitten dieser Gefahren nicht lange in Zweifel. Wie er im Innern, bald zähe, bald geschmeidig, zu einem System der Schonung, Nachgiebigkeit und Erhaltung zurückkehrte, so verzichtete er nach außen auf die türkische Beute und schloß mit Preußen in Reichenbach auf den Grundsatz des alten Besitzstandes ab, zufrieden, dadurch auch den König zum Verzichte auf gewisse polnische Erwerbungen zu nöthigen. In Petersburg, wo man trotz Preußens Drohungen die Frucht des türkischen Kriegs nicht fahren lassen wollte, wurde, wie kaum der Bemerkung bedarf, dieser Rücktritt Leopolds von dem gemeinsamen Kampfe mit bitterem Zorne empfunden, wie unablässig auch Leopold versichern ließ, daß er nur der thatsächlichen Unmöglichkeit weiche und die treuesten Gesinnungen gegen Rußland bewahre. Da alle Verhältnisse in Osteuropa damals noch in gährender Bewegung waren, da Leopold selbst seine Friedensverhandlung mit den Türken in Sistowa erst begann, da bis zu deren Abschluß Oesterreichs Stellung zu Preußen und England völlig unsicher blieb, so lag es in der Natur der Dinge, daß Leopold so weit wie möglich sich die gute Gesinnung der Russen zu erhalten oder herzustellen suchte. Aber trotz aller Verheißungen und Betheuerungen konnte und wollte er diesem Wunsche nicht die ganze Richtung seiner Friedenspolitik opfern, und diese führte nur zu bald eine neue Differenz nach der andern herauf.

Allerdings, in der nächsten Frage, in der Verhandlung seines türkischen Vertrags, förderte der Kaiser das russische Interesse äußerst wirksam durch fortdauerndes Hinausziehen des definitiven Abschlusses. Das Jahr 1790 gieng zu Ende, ohne daß das geringste Ergebniß gewonnen worden wäre, zu lebhaftem Verdrusse Preußens und Englands, die sich dadurch in ihrem Vorgehen gegen die Russen auf das Lästigste gehindert sahen. Kaunitz verfehlte nicht, dies in Petersburg kräftig hervorzuheben, ohne jedoch die russische Verstimmung irgendwie dadurch zu bessern. Katharina fragte zurück, ob der

Kaiser, wenn Preußen aus seinen Drohungen Ernst mache und den Krieg gegen Rußland eröffne, dann nach seiner Bundespflicht bewaffnete Hülfe leisten würde: Kaunitz mußte dann entgegnen, daß dies gewiß geschehen würde, wenn Oesterreich die Kraft dazu besäße, leider lasse sich aber bei seiner jetzigen Erschöpfung der Zeitpunkt einer so günstigen Möglichkeit noch nicht bestimmen. Mit einer solchen Erklärung war denn natürlich den Russen wenig geholfen, und Kaunitz hatte schwer über die aus übelverstandenem Egoismus entspringenden russischen Vorwürfe zu klagen[1]). Auf Katharina's Gunst war also für Oesterreich wenig mehr zu rechnen, und da zugleich die Gefahren der französischen Revolution sich immer drängender und näher drohend entwickelten, so beschloß Leopold im Februar 1791 dem bisherigen Gegner, dem Könige von Preußen, einen Schritt entgegen zu thun. Sein Berliner Gesandter, Fürst Reuß, mußte den Wunsch des Kaisers auf freundschaftliche Beziehungen aussprechen; die sofortige Folge davon war eine Sendung des königlichen Vertrauten, des Obersten Bischoffswerder, nach Wien, wo er von Leopold auf das Gnädigste empfangen und vollständig gewonnen wurde; von hier an begann eine Verhandlung zwischen beiden Höfen über eine Allianz, welche den alten Hader hoffentlich für immer beendigen sollte. Man war in Wien nicht ohne Sorge, wie Katharina diese Befreundung mit der gegnerischen Macht aufnehmen würde: Kaunitz schrieb darüber an den Gesandten Ludwig Cobenzl, daß man gleichmäßige Rücksicht auf die beiderseitigen Alliirten (also Rußland und England) und volle Offenheit gegen Rußland als Grundsatz aufgestellt habe; im Uebrigen habe man dem Obersten ebenso honigsüß geantwortet wie er geredet; man wünsche Preußen von der unverbrüchlichen Freundschaft des Kaisers gegen Rußland zu überzeugen; man gönne Rußland eine türkische Erwerbung, während man selbst auf eine solche verzichte; vor allem aber wolle man nicht, daß Preußen, der gemeinschaftliche Feind, irgend eine Vergrößerung erlange. Denn es ist, bemerkte Kaunitz weiter, das gemeinschaftliche Interesse beider Kaiserhöfe, keine Ausdehnung Preußens zuzulassen, namentlich nicht auf der polnischen Seite, und selbst wenn alle drei Mächte an

1) Kaunitz an Cobenzl 2. Januar 1791.

einer solchen Theil nähmen, würde uns dies höchstens als Vermeidung eines größern Uebels annehmbar erscheinen [1]).

In dieser Erörterung zeichnet sich Leopolds Stellung nach allen Seiten. Er will eine Allianz mit Preußen, fährt aber fort, diese Macht als den gemeinschaftlichen Feind zu bezeichnen, dessen Zügelung die wichtigste Aufgabe der österreichischen Politik ist. Er verkündet die höchste Offenheit gegen Rußland, setzt aber die Bedeutung von Bischoffswerder's Mission weit unter das wirkliche Maß herab, da die hier angebahnte preußische Allianz unter allen Umständen denn doch eine gründliche Umgestaltung aller bisherigen Parteigruppirung herbeiführen mußte. Wenn Joseph sich im Gegensatze zu Preußen unbedingt mit Katharina's Bestrebungen identificirt hatte, so will Leopold zwischen beiden Mächten eine, wenn möglich friedfertige, jedenfalls aber selbstständige Stellung gewinnen. Niemand könnte ein solches Streben mißbilligen; nur zeugt freilich sein Verfahren mehr von feiner als von gerader Klugheit, und so geschickt er den einen Nachbarn durch den andern im Schach zu halten sucht, setzt er dennoch sich und seinen Staat der Gefahr aus, sich beide auf seine Kosten vereinigen zu sehen.

Während seine türkische und preußische Verhandlung jetzt neben einander langsam fortschritten, wurde die Welt durch den polnischen Staatsstreich vom 3. Mai 1791 überrascht. Die polnische Partei in Warschau setzte damals in plötzlicher Ueberrumpelung auf dem Reichstage die Proclamirung eines zwar beschränkten aber erblichen Königthums für den Kurfürsten von Sachsen und dessen Tochter durch. Da bei der bisherigen Adelsanarchie in allen Theilen des polnischen Staates Rußland die entscheidende Macht geübt hatte, so war es deutlich für alle Welt, daß der Staatsstreich und die von ihm erhoffte Wiedergeburt Polens vor allem das russische Interesse empfindlich beschädige. Und da im Jahre 1790 Preußen mit Polen einen gegen Rußland gerichteten Bundesvertrag geschlossen, so glaubten jetzt Viele, Preußen habe auch bei dem Staatsstreiche die Hand im Spiele gehabt. Dies war allerdings ein gründlicher Irrthum. Preußen war, wie die übrige Welt, durch die Warschauer

1) Kaunitz an Cobenzl 28. März.

Vorgänge vollkommen überrascht; seine Regierung sah darin eine große Gefahr für den eignen Staat und erhob nur deßhalb keinen Widerstand, weil sie, an der Schwelle eines russischen Krieges Polen nicht der Kaiserin Katharina in die Arme treiben wollte.

Wie stand Oesterreich zu dem Warschauer Unternehmen?

Die Leser der historischen Zeitschrift erinnern sich vielleicht der literarischen Controverse, die ich in deren Heften darüber mit Ernst Herrmann gepflogen habe. Dieser hielt Leopold für einen entschiedenen Feind der polnischen Bestrebungen, durchaus die russische Gesinnung theilend, nur zum Scheine hier und da für Polen freundlich redend. Umgekehrt war ich der Meinung, daß Leopold sich des neuen polnischen Zustandes mit Wärme und Thatkraft angenommen, ja daß er bei der Vorbereitung des Staatsstreichs betheiligt gewesen und gleich nach demselben den später verhängnißvoll gewordenen Gedanken einer bleibenden Personalunion Sachsens und Polens selbst auf die Bahn gebracht habe.

Die Correspondenz des österreichischen Ministeriums mit Warschau und Petersburg zeigt nun, um das Ergebniß gleich auszusprechen, daß Leopold unausgesetzt für die Anerkennung und Beschützung der neuen polnischen Verfassung gewirkt hat. Den Staatsstreich aber des 3. Mai hat er nicht vorbereiten helfen und auch den Gedanken der sächsisch-polnischen Personalunion hat Leopold nicht erfunden, sondern erst im Spätherbst von dem sächsischen Kurfürsten übernommen: hinsichtlich dieses Punkts, über den ich übrigens immer nur vermuthungsweise geredet, hat Herrmann ganz das Richtige gesehen.

Der kaiserliche Gesandte in Warschau, du Caché, hat, wie Herrmann ebenfalls richtig bemerkt und ich auch nicht bestritten, mit der Sache nicht das Mindeste zu thun. Er hat keine Berührung mit der patriotischen Partei; sein einziger näherer Freund ist der russisch gesinnte Malachowski; seine Regierung läßt ihn ohne alle erhebliche Aufträge. Oesterreich muß sich, schreibt ihm Kaunitz einmal, nach Lage seiner Verhältnisse sorgfältig jeder Theilnahme an den polnischen Angelegenheiten enthalten; somit habe er ihm keine besonderen Weisungen zu geben und nur mitzutheilen, daß die Freundschaft mit Rußland unverbrüchlich sei. Man sieht, daß Leopold die

gereizte Stimmung Rußlands gerade in Warschau, als dem empfindlichsten Punkte, mit größter Behutsamkeit zu schonen suchte. Hier trat sein Gesandter ganz und gar als der Genosse des russischen Collegen auf. Natürlich aber ist damit nicht bewiesen, daß Leopold aller Orten sonst eine der russischen gleiche Gesinnung gehegt und bethätigt hätte.

Vor allem, hatte Kaunitz am 28. März geschrieben, vor allem keine Vergrößerung Preußens auf der polnischen Seite. Wer so redete, war schwerlich ein Feind Polens. Wenn er irgend folgerichtig dachte, mußte er sich jeder innern Stärkung Polens erfreuen. Und so verhielt es sich in der That. Bereits im Jahre 1790 hatte er in Petersburg selbst in diesem Sinne zu wirken versucht [1]. Auf die erste Nachricht von der Revolution des 3. Mai meldete Kaunitz an du Caché, den 14.: „zwar ist der Kaiser abwesend (in Italien), jedoch bin ich zum Voraus versichert, und Ew. . . können es für sich ohne Zurückhaltung zu erkennen geben, daß der Kaiser an der vorgefallenen Veränderung vollkommen beifälligen und vergnüglichen Theil nehmen werde.“ Leopold seinerseits hatte schon vor jeder Nachricht von dem Staatsstreich durch Bischoffswerder den Verzicht Preußens auf die angestrebte Erwerbung Danzigs erwirkt; er hatte darauf am 9. und 11. Mai den preußischen und englischen Bevollmächtigten vorgeschlagen, die Garantie der polnischen Selbstständigkeit und Verfassung in ihren beabsichtigten Bundesvertrag aufzunehmen. Die erste Nachricht von dem Staatsstreiche machte ihn stutzig, weil er ihn für die Wirkung einer preußischen Intrigue hielt: bald aber wurde die völlige Grundlosigkeit dieser Auffassung deutlich, und sobald man sich überzeugt hatte, daß Preußen mit der polnischen Revolution nichts zu schaffen gehabt, wies Kaunitz am 24. Mai nach Leopold's Befehlen den Grafen Cobenzl an, bei Rußland die unbedingte Anerkennung der neuen Verfassung zu beantragen.

Fragt man nach den Beweggründen, welche Leopold in der polnischen Sache leiteten, so tritt auch in der Depesche vom 24. Mai vor allem die Abneigung gegen Preußen hervor. Kaunitz spricht die Hoffnung aus, daß Rußland sich niemals hinter dem

---

1) Adolf Beer, histor. Zeitschrift XXVII, 8.

Rücken seines treuen Bundesgenossen in Verhandlungen mit Türken, Preußen oder Engländern einlassen werde: um diese Hoffnung zu befestigen, preist er den Nutzen der österreichischen Allianz für Rußland und betont die Gefahren, die man bei der verwerflichen Politik Englands und Preußens laufe, wenn nicht beide Kaiserhöfe fest zusammenhielten. England trachte geradezu nach der Unterwerfung aller Staaten des Festlandes unter seine Gebote; Preußen strebe nach möglichster Ausdehnung seiner Herrschaft auf polnischem Boden: und Beides zu vereiteln, werde durch das gemeinsame Interesse der Kaiserhöfe gefordert. Hieraus folgert dann Kaunitz, daß auch die neue polnische Verfassung für Rußland nur erwünscht sein könne. Sie gebe Polen keine Mittel zu offensiven Plänen, sondern mache nur seine defensive Macht wirksam. In früherer Zeit hätte selbst dies den Russen vielleicht unbequem sein können: seit der ersten Theilung aber und den Niederlagen der Türken sei Rußland in eine Stellung getreten, in der ihm heute ebenso viel an der Erhaltung wie früher an der Schwächung Polens gelegen sein müsse. Um die neue Verfassung umzustoßen, würde Katharina die preußische Mitwirkung nicht umgehen können; jeder neue Fortschritt Preußens aber sei ebenso wohl eine Gefahr für Rußland wie für Polen. Die Fortdauer der frühern Anarchie in Polen würde Preußen genug Gelegenheit gegeben haben, daraus Vortheil zu ziehen; jetzt könne eben dieses polnische Reich zur nöthigen Beschränkung der preußischen Absichten ein neues sehr brauchbares Werkzeug abgeben, und umgekehrt Oesterreichs freundliche Beziehungen zu Preußen-England wieder dem Endzwecke dienen, die Republik vor den Bedrückungen Preußens zu bewahren.

Man wird schwerlich glauben, daß Kaunitz für diese Darlegung eine russische Zustimmung nach sachlicher Ueberzeugung erwartet hat. Wahrscheinlich hat er auf die damalige scharfe Spannung zwischen Preußen und Rußland gerechnet, bei welcher Katharinen ein preußenfeindliches Ereigniß erträglich dünken möchte, sogar wenn es die Selbstständigkeit Polens wäre. Ehe er jedoch darüber aufgeklärt wurde, traten andere Ereignisse ein, welche Leopold bestimmten, trotz alles Preußenhasses die Allianz mit dieser Macht wenigstens in vorläufiger Form zum Abschlusse zu bringen, und damit bei der damaligen Lage einen weiteren Schritt von Rußland hinweg zu thun.

Die Verhandlungen in Sistowa konnten unmöglich in alle Ewigkeit hinaus verschleppt werden; bei der größten Zähigkeit und Erfindsamkeit gab es endlich doch auch für Leopolds Diplomatie eine Grenze; Türken, Engländer und Preußen erklärten schließlich, daß nichts übrig bleibe als sofortiger Frieden oder neuer Krieg. In diese Spannung fiel dann entscheidend die Nachricht von der Krisis der französischen Dinge durch den Fluchtversuch Ludwig XVI. Leopold hatte bisher von keiner Einmischung in den Gang der Revolution wissen wollen; die persönliche Gefahr seiner Schwester ließ ihm jetzt keine Wahl: er mußte auf eine kriegerische Action im Westen gefaßt sein, also im Osten Ruhe haben und mit Preußen zum Einvernehmen gelangen. Zudem hatte er einzelne diplomatische Vortheile über die Türken, über die man lange Monate hindurch gestritten, neuerlich erlangt; der Hauptgrund seines bisherigen Zögerns war eigentlich nur noch der Wunsch gewesen, der russischen Regierung eine wohlfeile Gefälligkeit zu erweisen, und vielleicht war ihm die französische Verwicklung insoweit willkommen, als sie ihm einen für Katharina unanfechtbaren Vorwand gab, in Sistowa ein Ende zu machen[1]). So ertheilte er seinen Ministern Vollmacht zum Abschlusse des türkischen Friedens und des vorläufigen Allianzvertrags mit Preußen.

Nicht ohne Interesse ist die Depesche, durch welche Kaunitz am 7. Juli dem Gesandten in Petersburg Anweisung gab, diese Entschließungen dem russischen Hofe zu erläutern. Nachdem er erzählt, wie nahe man der Gefahr eines neuen Türkenkriegs gerückt, und wie dringend andererseits Preußen durch eine neue Sendung Bischoffswerder's seine Sehnsucht nach der Allianz bekundet, erwähnt er, wie die Gefahr Marie Antoinette's und die Bedrohung Belgiens und Italiens durch die revolutionäre Propaganda das Bedürfniß gezeigt hätten, den Zustand der Dinge in Frankreich in erträgliche Grenzen zurückzuführen. Dazu aber sei die Hülfe oder doch die Zustimmung aller Mächte erforderlich und deßhalb habe früher der Kaiser die einseitigen Angriffspläne der Emigranten stets gedämpft. Der Fluchtversuch Ludwig XVI. aber habe alles weitere Zaudern unthunlich

1) Siehe unten Kaunitz's Depesche vom 14. September.

gemacht; Sardinien und Spanien seien für sich allein ohnmächtig, und um die unerläßliche Mitwirkung Preußens und Englands zu gewinnen, sei der Abschluß des türkischen Friedens und der preußischen Allianz nothwendig geworden. Preußen sehe in der jetzigen Vernichtung des französischen Einflusses einen Schaden für sich selbst, sei es gründlich müde, sich von England lenken zu lassen — so habe z. B. Bischoffswerder gegen Elgin nichts als Eifersucht und Abneigung gezeigt — und werde deßhalb gerne zu einer ganz vollständigen Restauration in Frankreich mitwirken. Nach denselben thatsächlichen Verhältnissen werde England vermuthlich zu dem entgegengesetzten Ergebnisse gelangen, möglichster Verlängerung der revolutionären Anarchie in Frankreich, und nur in so weit Einschränkung derselben, um Irland und die britische Verfassung vor der jacobinischen Propaganda zu sichern. Da ferner Spanien nicht minder gerne eine Schwächung der französischen Macht durch die revolutionären Wirren sehe, so würde voraussichtlich auch der vorgeschlagene Verein der Mächte sich kein höheres Ziel gegenüber der Revolution stecken, als die gebührende Sicherheit und Achtung für den König und dessen Familie, und so viel Einfluß und Ansehen Ludwig's, um Frankreich vor völliger Anarchie zu bewahren.

Als den intimsten Gesichtspunkt Leopold's bezeichnet dann Kaunitz möglichst enges Zusammenhalten mit Rußland innerhalb des großen europäischen Vereins, wie denn Oesterreich auch bei seiner preußischen Allianz sowohl für Rußland als für England den Beitritt offen gehalten. Dann werde es den Kaiserhöfen leicht sein, allmählich Preußen von seiner Verbindung mit England abzulösen, Frankreich so weit zu stärken, als zur Bekämpfung des englischen Uebergewichts erforderlich sei, weiter aber keine Erneuerung der französischen Uebermacht zuzulassen, und so für sich selbst die ihnen gebührende herrschende Stellung in Europa zu gewinnen.

Aufs Neue sieht man bei dem Lesen dieser Depesche, wie weit von der Wahrheit diejenigen entfernt sind, welche bei Leopold irgend einen principiellen und activen Gegensatz gegen die Revolution vermuthet haben. Er wünscht seine Schwester vor persönlichem Unheil und sodann seine eignen Lande vor der Demokratie zu bewahren. Sonst hat bei ihm, und, wie er glaubt, auch bei den Lenkern der

andern Staaten die Revolution keine andere Bedeutung als die einer Schwächung Frankreichs. Die Mächte, die sich eine französische Allianz wünschen, sind also für die Contre-Revolution, die andern, und unter diesen Leopold selbst, denken höchstens das Feuer drüben so weit einzuschränken, daß es nicht über die Grenze hinübergreift. Leopold hat einen Augenblick sich zum Angriff auf Frankreich bereitet, und damals auch Preußen und die übrigen Mächte zu demselben aufgefordert: damals als durch die Scenen von Varennes Leib und Leben der königlichen Familie in unmittelbare Gefahr gesetzt war. Damals sagte er zu Bischoffswerder: man muß das Uebel mit der Wurzel ausrotten. Kaum aber war die persönliche Bedrohung seiner Schwester beseitigt, so beeilte er sich, der Revolution gegenüber auf die Defensive zurückzutreten [1]). In den Vertrag mit Preußen vom 25. Juli kam nichts als die gegenseitige Garantie der eignen Besitzungen und ihrer innern Ruhe; es kam ferner hinein die Garantie der neuen polnischen Verfassung, ein Punkt, der allein hinreichte, in Petersburg die von Leopold durchgesetzte Einladung zum Beitritt nicht als Zeichen der Freundschaft, sondern als beleidigenden Hohn erscheinen zu lassen. Von dem großen europäischen Verein wurde, da man ihn einmal so glänzend inscenirt hatte, Anstands halber noch eine Weile weiter geredet, und selbst in der Pillnitzer Erklärung ein Krieg gegen Frankreich in Aussicht genommen, wenn und im Falle der Verein zu Stande käme. Glücklicherweise wußten damals schon die hohen Contrahenten sehr bestimmt, daß der Verein nie zu Stande kommen würde. Als dann vollends in Frankreich die neue Verfassung zum Abschluß gelangte und damit Ludwigs Stellung zeitweilige Sicherheit erhielt, wurden von Oesterreich alle Rüstungen feierlich und förmlich abbestellt. Von einem Kriege gegen die Revolution war keine Rede mehr.

In Wien war man sich bewußt, daß man hiermit einen neuen Riß in das Verhältniß zu Rußland machte. Denn aus guten Gründen hatte Katharina begonnen, den Kreuzzug gegen die Revolution zu predigen, um für sich freie Hand gegen Polen zu haben, wenn

1) Es bedarf nicht erst einer speciellen Erörterung, um nachzuweisen, wie genau alle von Herrmann selbst (Forschungen, Band 5) vorgelegten englischen und preußischen Depeschen diesem Verhältniß entsprechen.

Oesterreich durch die Franzosen beschäftigt würde. Wir kennen jetzt zwei Rescripte, die sie im Mai und im Juli 1791 an ihren Vertrauten, den Fürsten Potemkin erließ, über die allgemeine Lage Rußlands, und über die polnische Sache insbesondere. Sie erwog darin die Möglichkeiten eines englischen oder preußischen Angriffs, wenn ihr Friede mit den Türken nicht bald zum Abschlusse käme, verließ sich im Mai noch auf die bundesfreundliche Gesinnung Leopold's, war aber schon damals entschlossen, entweder in Polen die alte Verfassung herzustellen, oder, wenn dies nicht gelänge, die östlichen Provinzen der Republik, deren Einwohner russischen Stammes und russischen Glaubens waren, wieder mit ihrem Reiche zu vereinigen. Auch in dem zweiten Rescripte kam sie auf diese Pläne zurück: wenn Preußen, schrieb sie, in seiner Habgier auf die Erwerbung polnischen Landes ausgienge, würde nichts übrig bleiben, als eine neue Theilung, bei welcher die drei Nachbarn gleichmäßig bedacht würden. So hatte hier die erste Nachricht von dem polnischen Reformversuche ohne Zaudern noch Bedenken das Todesurtheil über den aufstrebenden Staat herbeigeführt. In Wien hatte man natürlich von solchen Gedanken, die im schroffsten Gegensatze zu den österreichischen Entwürfen standen, nicht die mindeste Ahnung, wohl aber schon jetzt ein sehr bestimmtes Gefühl, wie weit die Bahnen der beiden Kaiserhöfe bereits sich von einander entfernt hatten. Das Ministerium beauftragte also am 14. September den Grafen Cobenzl, Oesterreichs Friedenspolitik in das möglichst günstige Licht zu setzen. Es sei gewiß für Oesterreich eine sehr bedenkliche Sache gewesen, sich in das französische Unternehmen einzulassen, während Preußen und England nichts mehr wünschten, als dasselbe zum Nachtheil des Kaisers zu mißbrauchen: aber allerdings, nachdem man zu dem Vereine einmal aufgerufen, müsse man noch eine Weile den Schein wahren, besonders bei Rußland, dem man damals die französischen Wirren als zwingendes Motiv zum Sistower Frieden vorgeführt, so daß in der That eine jetzige lauere Beherzigung derselben sehr ungünstige Eindrücke in Petersburg hervorrufen könnte. Freilich verhehlte das Ministerium sich nicht, wie viele Stöße die russische Freundschaft bereits erlitten. Die Depesche zählt sie sehr vollständig auf. Die Unterbrechung der russischen Pläne gegen die Türkei, die Hoffnung des

Kaisers, die polnischen Verhältnisse in anständiges Geleise zu bringen, die Stärkung Oesterreichs durch den Austritt Frankreichs aus dem europäischen System, das Bündniß mit Preußen und die Erhaltung des Friedens: das alles sind Dinge, die in Petersburg sehr böses Blut machen. Glücklicherweise wünscht Rußland dem Kaiser gegen Frankreich nur tapfere Reden, aber keine Hülfstruppen zu geben: also lobt man seine Worte und dringt durchaus nicht auf seine Soldaten. Man fährt fort, die russische Allianz als den Grundstein des österreichischen Systems zu preisen, und daneben die preußische als vorübergehend und untergeordnet zu schildern, allerdings nicht mit dem vollen Gefühl der Sicherheit, daß Katharina dadurch auf die Dauer sich beschwichtigen lassen werde.

Je deutlicher man das allgemeine Auseinandergehen der russischen und der österreichischen Bestrebungen sich zum Bewußtsein brachte, desto unangenehmer wurde vor allem das tiefe Schweigen, welches Rußland seit jener Depesche vom 24. Mai über Polen beobachtete. Leopold hatte seitdem in Berlin und in Dresden zu Gunsten der polnischen Sache unterhandelt, und insbesondere den sächsischen Kurfürsten zur Annahme der polnischen Erbkrone zu bestimmen gesucht. Nach langem Erwägen erklärte sich dieser jetzt unter zwei Bedingungen dazu bereit, einmal daß die königliche Gewalt noch etwas mehr, als in der neuen Verfassung geschehen, verstärkt, sodann, daß die polnische Krone für immer mit der sächsischen im Mannsstamme des Kurhauses verbunden würde. Schon im October gab Kaunitz hiervon dem preußischen Gesandten Notiz; in Berlin schwieg man darüber, da man der Sache als einem bloßen Einfall des Kurfürsten kein Gewicht beilegte, und in Wien wurde dies Schweigen für Einverständniß genommen. Es galt also jetzt noch, Rußlands Zustimmung zu dem sächsischen Systeme zu gewinnen, und am 12. November ergieng darüber an Cobenzl eine ausführliche Weisung. Die Begründung des Vorschlags war dieselbe wie im Mai, die Erörterung der Nothwendigkeit, Polen durch innere Stärkung gegen die preußischen Eroberungspläne sicher zu stellen, die Behauptung, daß Preußen seit der Erwerbung Schlesiens und Westpreußens Rußland ebenso wie Oesterreich gefährlich sei, der Nachweis, daß nur Preußen, nicht aber Rußland ein Interesse an weitern pol-

nischen Theilungen habe, endlich die Darlegung, daß Polen auch unter der neuen Verfassung den Kaiserhöfen keine Gefahr bringen werde. Leopold werde in dieser letztern Beziehung dem Kurfürsten seine erste Bedingung weigern; die zweite, die bleibende Personalunion mit Sachsen, sei dem Kaiser an sich ganz gleichgültig, liege aber völlig im Interesse der Kaiserhöfe, da sie alle Thronstreitigkeiten in Polen gründlich beseitige und somit den preußischen Umtrieben Thür und Thor versperre.

Aber wie bündig und überzeugend diese Beweisführung dem Fürsten Kaunitz auch erscheinen mochte, er selbst wußte, daß sie vor russischen Augen nicht bestehen würde; das Ergebniß zeigte es bald genug: in Petersburg verfehlte sie völlig ihren Zweck. Katharina hüllte sich über Polen in fortgesetztes Schweigen und fuhr fort, die österreichische Friedensliebe gegen Frankreich auf das Bitterste zu tadeln. In Wien beklagte man „diese merkliche Abnahme des Vertrauens und der Freundschaft des russischen Hofs", ließ sich aber dadurch auf der eingeschlagenen Bahn nicht beirren. Man blieb kalten Blutes bei allen Aufreizungen der Girondisten, und hielt fest an dem Plane der polnischen Wiedergeburt. Am 4. Januar 1792 sandte Kaunitz dem Gesandten in Berlin, Fürsten Reuß, eine ausführliche Weisung über die sächsisch-polnische Union, welche, abgesehen von der Vereitlung preußischer Eroberungspläne, sonst im Sinne der Depesche vom 12. November redigirt war, und das Bedürfniß aller Nachbarn, Polen bleibende Beruhigung und stätige Zustände zu geben, sowie die Gewißheit, daß die neue Verfassung keine Gefahr für die Nachbarmächte in sich schließe, betonte. Am folgenden Tage, 5. Januar, schrieb Kaunitz wieder an Cobenzl nach Petersburg: „wir sehen den baldigen vergnüglichen Ausgang der sächsisch-polnischen Unterhandlung als einen wesentlichsten Gegenstand an, zu deren gedeihlichen Wendung Ew. Excellenz die gefällige Herbeilassung des dortigen Hofes zu erwirken sich angelegentlichst bemühen wollen."

Es war das letzte Mal, daß man sich solchen Hoffnungen in Wien überlassen durfte. Auf der einen Seite entwickelte sich die Angriffslust der Gironde gegen Oesterreich mit reißender Schnelligkeit und zog dadurch die Hauptkraft des Kaisers von den östlichen Fragen ab: immer dringender des preußischen Beistandes bedürftig,

war er genöthigt, bei dem neuen Allianzvertrag vom 7. Februar auf die Wiederholung der Garantie für die polnische Verfassung zu verzichten. Auf der andern Seite zeichnete Rußland am 9. Januar seinen definitiven Frieden mit den Türken, hatte jetzt die Hände völlig frei und beschloß, mit allen Mitteln den Sturz des neuen polnischen Zustandes herbeizuführen und zugleich den Kaiser die bisherige Unterstützung desselben gründlich entgelten zu lassen: schon am 27. Januar schrieb Kaunitz bitterlich klagend an Cobenzl über die russische Zurückhaltung, bei deren Fortdauer Oesterreich sich vor jeder Betheiligung an der französischen Angelegenheit hüten müsse.

In so verdüsterte Verhältnisse fiel Leopolds plötzlicher Tod. Er hinterließ das Reich in andern aber nicht weniger bedenklichen Verhältnissen, als er es übernommen. Die russische Allianz, auf die einst Joseph sein ganzes System gestützt, war thatsächlich so gut wie aufgelöst, und der Petersburger Hof mit der gründlichsten Erbitterung über Leopold's selbstständiges Verhalten, vor allem in der polnischen Frage erfüllt. Statt dessen hatte man das Bündniß mit Preußen geschlossen, dem Staate, den man damit gründlich überlistet und gezügelt zu haben glaubte [1]), dem man nicht traute, und dem man nichts gönnte, und von dem man also schließlich auch nichts Besseres erwartete, als man selbst ihm zugedacht hatte. Und nun erhob sich die so tief unterschätzte Revolution zu einem wilden Angriff, der plötzlich die Kräfte des noch immer halb erschöpften Oesterreich vollständig in Anspruch nahm, den Widerstand gegen Rußlands polnische Pläne unmöglich, die Bundeshülfe Preußens unerläßlich machte und damit Oesterreich in entschiedene Abhängigkeit von den beiden nordischen Mächten versetzte.

Leopold's junger Nachfolger, Franz II., hatte schon früher mit Kummer den Zorn Rußlands gegen Oesterreich bemerkt und hatte im Grunde des Herzens Neigung genug, wieder in die Stellung Joseph II zurückzutreten. Aber seine Minister fanden es doch unmöglich, nachdem man sich so weit in die polnische Sache eingelassen, ohne Weiteres mit einem Sprunge die bisherigen Bestrebungen in ihr Gegentheil zu verwandeln. So entwickelte man noch einmal im

1) Vgl. Kaunitz an Cobenzl 28. August 1791.

März dem preußischen Hofe die Harmlosigkeit der Maiverfassung und die Nützlichkeit der sächsischen Erbfolge in Polen; am 12. April, eine Woche vor der französischen Kriegserklärung, machte man einen ähnlichen Versuch in Petersburg, klagte bitterlich über Rußlands bisherige Unfreundlichkeit, betheuerte die eigne gute Gesinnung und bot alle Nachgiebigkeit im Einzelnen an, wenn Rußland nur den allgemeinen Grundsätzen zustimme.

Es war alles vergebens. Die einzige Wirkung, die man erzielte, war, daß Katharina den Marsch ihrer Heere gegen Polen beschleunigte, und daß Friedrich Wilhelm eine polnische Provinz als seine Kriegsentschädigung forderte. Mit andern Worten, indem hiermit der Keim zur zweiten polnischen Theilung gelegt wurde, trat für Oesterreich die von Leopold so oft besorgte und bekämpfte Gefahr ein: Rußland und Preußen, welche auseinander zu halten, sein stetes Augenmerk gewesen, begannen hinter dem Rücken des Kaisers sich zu nähern und auf Oesterreichs und Polens Kosten ihre neue Freundschaft großzuziehn.

Unter solchen Verhältnissen begannen Oesterreich und Preußen den gemeinsamen Kampf gegen die Revolution.

2. Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Preußen.

Es war, soweit ich sehe, hauptsächlich der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Ludwig Cobenzl, der bei dieser Lage der Dinge die Herstellung der guten Beziehungen mit Rußland als das dringendste Bedürfniß der österreichischen Politik empfahl. Die Gesinnung Franz II. kam ihm entgegen; gleich nach den eben erwähnten Versuchen lenkte das Wiener Cabinet auf die russisch=preußischen Ansichten über Polen ein, befahl Cobenzl am 9. Juni, diese Wendung ganz unbedingt zu erklären, und erlangte damit von Katharina denn auch die Erneuerung des frühern Allianzvertrags, sowie die russische Zustimmung zu dem wieder aufgenommenen Gedanken des baierisch=belgischen Tausches. Aber die einmal erlittene Einbuße war damit keineswegs gut gemacht. Katharina blieb zurückhaltend, einsilbig, herrisch. Sie beharrte bei dem heftigen Tadel der sehr gemäßigten Restaurationspläne Oesterreichs gegen die Revolution: sie forderte vollständige Herstellung der alten Monarchie, damit Frankreich wie=

der ebenso viel wie früher in Europa bedeute; die österreichischen Minister kamen damals seufzend zu dem Wunsche, daß ihre preußische Allianz sich als echt und dauernd bewähren und sie dadurch zu voller Selbstständigkeit Rußland gegenüber befähigen möchte; einmal gieng selbst eine Weisung an Cobenzl, bei dem neuen Verhältniß zu Preußen brauche man sich nicht mehr wie früher von Rußland stets mit schönen Worten abspeisen zu lassen. Leider aber mußten sie nun erleben, daß die russischen Minister von Lobsprüchen über Preußen überflossen, und daß dieses, sehr bald nach dem österreichischen, sein besonderes Bündniß mit Rußland abschloß, dessen Tragweite ihnen für's Erste völlig unbekannt blieb. Dazu kam, daß die eigne Verständigung mit Preußen über die Kriegsentschädigung mißlang: der preußische Minister Schulenburg begehrte für Preußen eine polnische Provinz, und bot dafür Oesterreich eine Erwerbung am Rheine, wohl auf Frankreichs Kosten; der Oesterreicher Spielmann lehnte dies ab, und schlug statt dessen den Austausch Belgiens gegen Baiern vor. Preußen zeigte sich durchaus nicht abgeneigt, aber man gelangte zu keiner abschließenden Uebereinkunft, da im Sommer 1792 Oesterreich bei den Mainzer Berathungen zu Baiern noch die preußischen Provinzen Ansbach und Baireuth hinzu forderte. Es war die letzte politische That des Prinzen Kaunitz, daß er energisch die Hoffnungslosigkeit eines solchen Systems erörterte [1]). So wurde der Feldzug gegen Paris bereits unter ergebnißlosen, ärgerlichen Verhandlungen begonnen. Die Aussichten in die Zukunft waren unsicher auf allen Seiten.

Was einzig hier hätte helfen können, ein gemeinsamer großer Sieg, blieb aus. Statt dessen erlitt man gegen die Franzosen Verlust auf Verlust: die Preußen mußten aus der Champagne zurück, die Oesterreicher büßten Belgien ein. Wie immer brachte das Unglück vermehrte Spaltung. Ende October erklärte der König von Preußen, daß er in der bisherigen Weise nur dann am nächsten Feldzuge Theil nehmen würde, wenn Rußland und Oesterreich ihm die sofortige effective Besitzergreifung einer sehr ansehnlichen, bestimmt bezeichneten polnischen Provinz bewilligten. Diese Forderung empfieng

1) Beer a. a. O. S. 14 ff.

zuerst in Luxemburg der österreichische Minister Spielmann; als er sich zur Gewährung nicht befugt erklärte, überbrachte sie der preußische Minister Haugwitz nach Wien selbst. Dort war man lange zweifelhaft. Als entsprechender Gewinn hatte für Oesterreich die Vertauschung Belgiens gegen Baiern dienen sollen; jetzt aber war Belgien von den Franzosen besetzt, und die Meinung machte sich geltend, daß es sich nicht der Mühe und Kosten verlohne, das undankbare und unsichere Land wieder zu erobern, und daß man auf keinen Fall damit ebenso rasch wie Preußen mit seiner polnischen Erwerbung zum Ziele kommen, der ganze Handel also relativ ungünstig für Oesterreich sein würde. Endlich aber trug dennoch die kriegerische Ansicht den Sieg davon: man beschloß, Belgien den Franzosen zu entreißen, um es dann gegen Baiern zu vertauschen, zu diesem Behufe aber sich die unerläßliche Hülfe Preußens durch Bewilligung jener polnischen Forderung zu sichern. So meldete Haugwitz am 24. December seinem Könige, daß Spielmann ihm die einfache Zustimmung des Kaisers zu dem preußischen Begehren ausgesprochen und ihm zugleich Abschrift der Depesche mitgetheilt habe, worin das Ministerium den Gesandten Cobenzl zur Unterstützung desselben in Petersburg angewiesen, da, wie die Depesche sagte, die preußische Entschädigung ohne Zweifel, und vielleicht auch die österreichische (wenn der belgische Tausch fehlschlage), nur in Polen gesucht werden könne. Deshalb wurde auch Rußland gebeten, sich über seine Forderungen zu erklären. Die einzige positive Gegenforderung gieng dahin, daß Rußland und Preußen den belgischen Tausch dem Kaiser garantiren möchten.

Rußland und Preußen, im Wesentlichen bereits über die zweite Theilung Polens unter einander einig, schritten nach Empfang dieser Erklärung sofort zum Werke. Am 23. Januar 1793 wurde ihr Vertrag unterzeichnet, aber erst am 22. März, nach vollzogener Besitzergreifung der abgetheilten polnischen Provinzen, in Wien vorgelegt, dies auf unnachgiebiges Begehren Katharina's, die hier, wie wir annehmen dürfen, noch einmal dem Grolle über Leopold's polnische Politik Luft machte und frischen Zorn auf Oesterreich wegen gewisser Wiener Eröffnungen nach London hatte. Die Wirkung war denn äußerst nachdrücklich. Der Kaiser zürnte gewaltig, berief an Spiel-

mann's Stelle Thugut in das Ministerium und ließ durch diesen statt des erbetenen Beitritts offnen Protest gegen den Vertrag erheben. Insbesondere wurde Preußen erklärt, die angebliche (nur mündlich ausgesprochene) Zustimmung Spielmann's vom 21. December sei nie in der behaupteten, bindenden Weise erfolgt; nicht Preußen habe wegen der jetzigen Weigerung Grund zur Beschwerde wegen Vertragsbruches, sondern Oesterreich sei beleidigt, indem man ohne seine Zuziehung, die der Kaiser gefordert und erwarten durfte, verhandelt und abgeschlossen habe.

Diese Händel sollten verhängnißvoll werden. Sie bildeten den Beginn des unheilbaren Risses, der von hier an alle Anstrengungen der großen Coalition vereitelte. So sind sie denn auch in der geschichtlichen Literatur Gegenstand lebhafter Erörterung geworden: während ich in Oesterreichs Verhalten einen wirklichen Vertragsbruch und in seinem Widerstande gegen Preußens polnische Pläne den guten Grund zu Preußens Nachlassen im französischen Kriege sah, haben großdeutsche Schriftsteller, wie z. B. Hüffer, eifrig für Thugut Partei genommen: die Schuld am späteren Zerwürfniß falle an dieser Stelle zum größeren Theile nicht auf Oesterreich, kein Unbefangener könne läugnen, daß durch die preußisch-russische Politik der Kaiser empfindlich verletzt worden sei, auch habe Preußen die österreichische Gegenforderung vom December, die Garantie des belgischen Tausches, im Theilungsvertrage keineswegs erfüllt [1]).

Wie mir scheint, wird es über die Frage, was in jenen Decembertagen von Preußen begehrt und von Oesterreich versprochen worden, über die weitere Frage, was Oesterreich nach diesen Verhandlungen von seinen Verbündeten erwarten konnte und erwartet hat, keinen competenteren Zeugen geben, als die österreichischen Minister selbst, welche jene Verhandlungen geführt, jene Erwartungen gehegt haben. Glücklicher Weise hat nun der Minister Cobenzl an demselben 23. December, an dem er jene, für Preußen ostensible Depesche an seinen Vetter ausfertigte, auch mehrere Begleitschreiben dazu zur vertrauten Aufklärung des Gesandten verfaßt und, wie man doch annehmen muß, unter kaiserlicher Genehmigung, abgeschickt.

1) Hüffer, Politik der deutschen Mächte rc. S. 31 und 32.

Vergegenwärtigen wir uns ihren Inhalt, indem wir dabei nur vorausschicken, daß schon im September in Wien kein Zweifel darüber bestand, „Rußland werde in eine Zerstückelung Polens, wenn es mitspeisen könne, gerne willigen“, und daß man nur wünschte, die russischen und preußischen Loose nicht zu groß ausfallen zu lassen und im Falle der Theilung für Oesterreich selbst den baierischen Tausch zu sichern [1]).

Am 23. December schreibt nun der Minister: „Da Preußen dem Kaiser die fränkischen Fürstenthümer abgeschlagen habe, so müsse es sich mit einer geringeren polnischen Erwerbung begnügen, wie denn überhaupt deren möglichste Verminderung sowohl im österreichischen als im russischen Interesse liege.“ Aber wenn dies von Oesterreich gewünscht wird, so findet sich der Minister leider nicht mehr in der Lage, es ausdrücklich zu fordern. Er fährt fort: „ein anderer wesentlicher Umstand besteht darin, daß nach dem anfänglichen Concertsplan unser Austausch und eine preußische Acquisition in Polen pari passu hätten bewerkstelligt werden sollen. Dieser .... Grundsatz findet sich leider den größten Schwierigkeiten ausgesetzt, theils durch die in der gegenwärtigen Campagne erfolgten Unglücksfälle ... theils durch die Lage der innerlichen polnischen Angelegenheiten und die hieraus abgeleitete Folge, daß was in Polen zu geschehen habe, entweder geschwind geschehen müsse oder gar nicht mehr geschehen könne, als welches dem König in Preußen die natürlichste Veranlassung gegeben hat, auf die unverzügliche Berichtigung und Effectuirung seiner Entschädigung zu bestehen und solche als conditio sine qua non ... aufzustellen.“

Schon hienach wird man nicht mehr bezweifeln können, daß Oesterreich dem Grafen Haugwitz die „unverzügliche Effectuirung“ der preußischen Entschädigung in Polen zugesagt hatte und demnach ohne Wortbruch nicht mehr in der Lage war, auf Verzögerung oder Verkleinerung der preußischen Erwerbung hinzuwirken.

Auch wird dies von Cobenzl ganz ausdrücklich anerkannt. Das Erwünschteste, meint er, wäre für uns, wenn die drei Mächte zwar die Theilung im Geheimen eventualiter beschlössen, die öffentlich an=

1) Philipp Cobenzl an Ludwig Cobenzl, 13. Sept.

gekündigte Ausführung derselben aber noch verschoben werden könnte, und wenn der Berliner Hof auf der sofortigen Besetzung seines Antheils bestände, dann unter irgend einem Vorwande zugleich auch österreichische Truppen einrückten. Aber er setzt sofort hinzu: „dies alles kann dem russischen Hofe nur auf die vertrauteste Art und unter Ausbedingung der strengsten Geheimhaltung gegen Preußen, daß die Sache von uns herkömmt, eröffnet werden. Wir können uns dem Berliner Hofe nicht gerade entgegensetzen." Anders aber sei die Lage Rußlands, von Katharina hänge es ab, auf das österreichische Interesse die Rücksicht zu nehmen, die man sich im Hinblick auf die Verdienste Joseph II. verspreche.

Man erkennt also sich Preußen gegenüber für gebunden: man hegt den Wunsch, daß Rußland gegen Preußen thun möge, was Oesterreich nicht mehr thun kann.

Cobenzl schließt: es komme wesentlich darauf an, daß Katharina das preußische Loos zu beschränken suche, wobei Oesterreich den Grundsatz billige, daß die drei Höfe nicht benachbart werden dürften, sodann, daß sie diese Theilung nur unter der doppelten conditio sine qua non bewillige, daß Preußen den Krieg gegen Frankreich energisch weiterführe, andern Theils aber unser Austausch gleichfalls berichtigt und nach dem Frieden bewerkstelligt werde.

Daß Katharina das preußische Loos verkleinere, wird gewünscht. Gefordert wird als Bedingung Preußens Mitwirkung beim französischen Kriege, und Sicherheit für den baierischen Tausch, dieser aber mit ausdrücklichem Verzichte auf die Gleichzeitigkeit mit der polnischen Theilung. Letztere muß nach der Lage Polens sofort geschehen, erstere soll erst nach dem französischen Frieden verwirklicht werden.

In einem zweiten Schreiben desselben Datums nimmt Cobenzl einen Vorschlag des ersten zurück, nämlich das Einrücken österreichischer Truppen in Polen. Er wünscht überhaupt für Oesterreich keine Erwerbung in Polen, sondern zieht bei weitem den baierischen Austausch vor. Belgien, sagt er, auf dem bisherigen Fuße beibehalten, hieße ein gangränoses unheilbares Glied zum unvermeidlichen Verderben des ganzen übrigen Staatskörpers beibehalten. Der Kaiser begehrt also, daß noch vor der preußischen förmlichen Besitznehmung Mittel zur Sicherstellung des Austausches gefunden würden,

und würde diese Sicherstellung für existirend ansehen, wenn Preußen und Rußland dafür die Garantie übernähmen.

Fragen wir uns nun, welchen Eindruck diese vertraulichen Mittheilungen in Petersburg machen mußten, und wie sie sich zu dem wirklich abgeschlossenen Vertrage verhalten.

Die beiden von Oesterreich gestellten Bedingungen sind in demselben auf das Vollständigste erfüllt. Rußland verspricht im ersten Artikel, so lange die französischen Unruhen dauern, Heeresbereitschaft und Beistand nach den frühern Verträgen zu leisten und alle etwaige Unruhen in Polen und den deutschen Grenzlanden niederzuhalten; dagegen verpflichtet sich Preußen, Artikel 4, keinen Separatfrieden mit Frankreich zu schließen. Sodann bestimmt Artikel 7: Oesterreich sei zum Beitritt zu diesem Vertrage aufzufordern; für diesen Fall versprechen dann die beiden Contrahenten ihre guten Dienste und andere wirksame Mittel, die in ihrer Macht liegen, um dem Kaiser den belgisch=baierischen Tausch so wie andere mit dem allgemeinen Interesse verträgliche Vortheile zu verschaffen. Wenn das Wort Garantie fehlt, so ist die Sache in vollem Umfange gegeben[1]).

Was die sonstigen Wünsche Oesterreichs betrifft, so hat Katharina alle denkbaren Anstrengungen gemacht, den preußischen Antheil möglichst enge zu bemessen, und wenigstens jede Ueberschreitung der Wiener Abreden hintertrieben. An österreichische Territorien grenzt

1) Der König sagte später, er verstehe unter den „anderen Mitteln" die Wiedereroberung Belgiens, bei dem baierischen Kurfürsten könne er nur gute Dienste leisten, aber nicht Gewalt gebrauchen. Es ist einleuchtend an sich, daß Karl Theodor, ohne preußische Hülfe, keine Mittel gegen Oesterreich hatte, sich dem Tausche zu entziehen. Eine etwaige Weigerung, schrieb Cobenzl selbst am 23. December, würde durch die vereinigte Autorität des russischen, preußischen und unseres Hofes leicht zu überwinden sein. Ebenso sprach Thugut, 26. März, gegen Mercy die Ueberzeugung aus, daß Karl Theodor, wie von jeher, so auch jetzt mit dem Tausche zufrieden sei, und auch der Herzog von Zweibrücken seine Einwilligung geben würde, wenn Preußen nicht wie früher dagegen, sondern dafür wirke. Er hielt also Preußens „gute Dienste" an dieser Stelle für ganz ausreichend zur Erreichung des Zwecks; es war mithin nicht aufrichtig, wenn er gegen Preußen den Mangel einer formellen Garantie geltend machte.

nicht der preußische, wohl aber der russische Antheil, auf einer Strecke von wenigen Meilen bei Kaminiek. An diesem Punkte ist also Oesterreichs Wunsch nicht erfüllt worden: jedoch scheint es klar, daß dies vielleicht ein Anlaß zum Kummer, aber gewiß nicht zur Beschwerde sein konnte.

Vollends aber, was soll man jetzt zu der angeblichen Kränkung durch die Nichtzuziehung zu den Verhandlungen sagen? jetzt nach der Erklärung des Ministers, daß man Preußen „nicht gerade entgegen sein" könne und, indem man Rußland um ein solches Wirken ersuche, zugleich dringend bitte, Oesterreich nicht als Urheber desselben erscheinen zu lassen? Ein derartiges Spiel wäre ja mit Cobenzl's Theilnahme an der Verhandlung auf der Stelle unmöglich geworden.

Es bliebe also höchstens der Grund zur Beschwerde, daß Oesterreich nicht über die Ausdehnung des russischen Antheils befragt worden wäre. Aber einmal konnte Oesterreich sich darauf unmöglich noch eine erhebliche Einwirkung versprechen, nachdem es Rußland um so bedenkliche Freundschaftsdienste gegen Preußen ersucht hatte, und dann würde der Umstand vielleicht als Grund zum Aerger über Katharina, aber doch nimmermehr als Titel zum Wortbruche gegen Preußen gelten können. Und als einen solchen, als die unberechtigte Verletzung des im December gegebenen Versprechens, mußte Preußen den österreichischen Protest gegen den Theilungsvertrag empfinden. Wenn der Theilungsvertrag Oesterreich unangenehm berührte, so konnte die Klage darüber höchstens Rußland, sicher aber nicht Preußen treffen; wir werden jedoch sogleich sehen, daß der Ministerwechsel in Wien gerade die entgegengesetzte Stimmung zum Ausdruck brachte.

Niemand wird nach den jetzt vorliegenden Acten behaupten wollen, Philipp Cobenzl und Spielmann seien eifrige Preußenfreunde gewesen. Immer aber hatten diese Männer, auch nachdem sie die polnischen Entwürfe Leopold II dem Zwange der Umstände geopfert, an dem Hauptgedanken dieses Kaisers festgehalten, sich der früheren Abhängigkeit von Rußland zu entziehen, durch die neue Anlehnung an Preußen zwischen beiden Mächten sich eine selbstständige Stellung zu gründen, in dieser jede derselben durch die andere nach den österreichischen Zwecken zu lenken. Wir bemerkten, wie entschieden einmal im Laufe des Sommers 1792 bei diesem Balancirsysteme die Minister

trotz Ludwig Cobenzl's Ermahnungen von Rußland hinweg auf Preußens Seite neigten. Als ihnen dann aber Preußens polnische Forderung unbequem wurde, als sie darauf wieder die umgekehrte Richtung des Spieles versuchten: da fanden sie plötzlich als vollendete Thatsache das Allerwiderwärtigste vor sich, die vertraute Einigung ihres alten und ihres neuen Alliirten unter einander und damit innerhalb aller Bundesverträge die vollständige Vereinsamung des eignen Staates. Es war um so niederdrückender, als ein Titel zur Anklage an keiner Stelle existirte: wie jetzt urkundlich vorliegt, hatte Preußen nichts gethan, als was man ihm im Voraus genehmigt, Rußland nichts Erhebliches unterlassen, was man von ihm begehrt hatte. An keiner Stelle also hatten die beiden Höfe irgend eine Vertragspflicht verletzt; aber, was schlimmer war, Oesterreich sah sich mit einem Male aus ihrem Vertrauen, das sich nicht durch Verträge contrahiren läßt, hinausgethan. Das ganze politische System, das man seit 1790 befolgt hatte, war damit zu seiner Katastrophe gelangt; es war natürlich, daß seine Vertreter mit ihm stürzten, und die Männer einer entgegengesetzten Richtung zur Macht gelangten. Thugut führte sofort die österreichische Politik mit höchster Entschiedenheit in die 1790 verlassenen Bahnen zurück: die Herstellung des unbedingten und ausschließlichen Einverständnisses mit Rußland wurde wieder der Stützpunkt, und das Zurückwerfen Preußens um jeden Preis wieder das Ziel der gesammten österreichischen Staatskunst.

Da Thugut russische Gunst, preußische Kriegshülfe und den belgisch=baierischen Austausch wünschte, so hätte, wie ich anderwärts ausgeführt habe, der sofortige Beitritt zu dem Petersburger Vertrage, der alle diese Punkte Oesterreich zusicherte, als der einfachste und geradeste aller Wege zu einem solchen Ziele erscheinen können. Was Thugut davon abhielt, konnte, da er gegen Rußlands Vergrößerung keinen Einwand zu erheben dachte, und der Vertrag Oesterreichs Gewinn keineswegs auf Belgien beschränkte, nur die ihm verhaßte preußische Erwerbung sein. Allerdings, wenn er deshalb den Beitritt zum Vertrag ablehnte, so entband er damit auch Preußen von der dort übernommenen Verpflichtung, den baierisch=belgischen Tausch zu unterstützen: demnach gieng sein erster Schritt auf die Sicherung eines anderweitigen Beistandes für dies lang ersehnte Ge=

schäft, indem er am 26. März den Grafen Mercy in der nachdrücklichsten Weise mit der Erwirkung englischer Zustimmung und Hülfe dafür beauftragte, und da er Englands Abneigung gegen polnische Theilungen kannte, die Andeutung hinzufügte, falls der Tausch mißlänge, werde auch Oesterreich seine Erweiterung in Polen suchen müssen. In anderem Tone redete er am 4. April mit den Gesandten der beiden nordischen Alliirten: ohne officielle Erklärung äußerte er gesprächsweise, daß es nach der Behandlung, die Oesterreich von ihnen erlitten, die Ehre verbiete, dem Vertrage beizutreten, und indem man hienach auf den baierischen Tausch verzichte, müsse man statt dessen eine französische Provinz und ein Stück von Polen begehren. Am 14. wies er darauf den Grafen Ludwig Cobenzl an, von Katharina eine Aeußerung hervorzulocken, welchen Gewinn sie Oesterreich zugedacht habe; der Kaiser selbst könne in der augenblicklichen Lage seine Entschließung darüber noch nicht feststellen; es sei zu hoffen, daß der Widerstand der Polen gegen die Theilung die beiden Mächte in Verlegenheit setzen und die Mitwirkung Oesterreichs ihnen erwünscht machen würde. Indem er dann die bekannten Anklagen gegen den Vertrag erhebt, befiehlt er Cobenzl, keine bestimmten Forderungen zu stellen, und nur zu bemerken, daß schlimmsten Falles Oesterreich nichts übrig bleiben würde, als nach dem Beispiele seiner Verbündeten eine polnische Provinz zu nehmen. Uebrigens solle Cobenzl gegen Rußland durchaus nicht den Ton des Vorwurfes anschlagen. Der Kaiser sei vielmehr zu allen Anstrengungen entschlossen, dem russischen Bündniß die Kraft und Innigkeit der Josephinischen Zeiten wiederzugeben und die Verstimmung, die Katharina seit einiger Zeit bekundet, gründlich zu zerstreuen; könne es doch auch für Rußland keinen vortheilhafteren Alliirten als Oesterreich geben.

Unmittelbar mit dieser positiven Wendung zu Rußland that der Minister die entsprechenden negativen Schritte gegen Preußen. Du Caché erhielt am 23. April den Befehl, in Warschau alles zu thun, was die Vollendung des Theilungsgeschäftes verzögern könnte, ohne Oesterreich mit den beiden Höfen offen zu compromittiren [1]:

1) Dennoch schreibt Thugut mit sicherster Haltung am 12. Juli nach Petersburg: Der Widerstand des polnischen Reichstags überrascht uns.

ein Befehl, der weiterhin durch die Weisung begrenzt und verdeutlicht wurde, keinen Schritt zu thun, der auf eine Spannung „zwischen Oesterreich und Rußland" schließen lassen möchte. In demselben Sinne ergieng den 11. Mai an Cobenzl die Aufforderung, Katharina zu bestimmen, daß sie die „tractatmäßige Consolidirung neuer Erwerbungen in Polen" möglichst verzögere: mit dem Abschluß falle für Preußen der Antrieb für kriegerische Anstrengungen am Rheine fort; wenn dieser Staat erst seine polnische Beute im Trocknen habe, werde alles Schlimme von ihm zu besorgen sein. So gieng dies den ganzen Sommer hindurch: stete Betheuerung, Rußland zum einzigen echten vertrauten Alliirten zu begehren, dessen leisestem Wunsche man nachleben, ohne den man nicht die geringste Abrede mit Preußen nehmen würde — und zugleich die wiederholte Forderung, Rußland möge den Abschluß des preußisch-polnischen Cessionsvertrags verzögern, weil Preußen später nicht mehr am französischen Kriege Theil nehmen würde. Es war ein absonderliches Mittel, Preußens Kriegseifer zu Gunsten Oesterreichs zu stärken, dieses unausgesetzte Stören der preußischen Interessen in Polen, das natürlich auf die Dauer dem preußischen Hofe unmöglich verborgen bleiben konnte. Die Russen, so erwünscht ihnen im Allgemeinen die Haltung Thugut's war, suchten doch mehrmals seinen Eifer zu mäßigen. Sie machten die einleuchtende Bemerkung, da Preußen eben im Januarvertrage kriegerische Thätigkeit gegen Frankreich versprochen, so sei Oesterreichs Beitritt zu demselben auch das einfachste Mittel, Preußen bei dem Kampfe festzuhalten. Mehr als einmal fragten sie, ob Thugut es bis zum Kriege mit Preußen zu treiben gedenke. Thugut blieb auf seinem Wege.

Indessen hatte England auf jene Mittheilungen im März wiederholt mit dem lebhaftesten Widerspruche gegen den belgischen Tausch geantwortet, und Thugut es für zweckmäßig erachtet, die günstige Gesinnung Englands durch ein ausdrückliches, wenn auch geheimes Versprechen auf „Beibehaltung Belgiens" zu erkaufen. Er hatte die Genugthuung, daß Lord Grenville darauf dem österreichischen Gesandten erklärte, wenn Oesterreich Belgien unter seiner Herrschaft behalte und dadurch gegen Frankreich sichere, werde England gerne zu jeder andern Form, dem Kaiser Baiern zu verschaffen, die Hand

bieten. Vielleicht, setzte der Gesandte dieser Mittheilung hinzu, würde sich Baiern, wenn wir erst Elsaß und Lothringen erobert haben, gegen diese Lande eintauschen lassen. So angenehm dies klang, so verdrießlich war es dann wieder, daß Grenville bald nachher seinen Sinn änderte und wiederholt in Thugut dringen ließ, nicht bloß auf den Eintausch Baierns gegen Belgien, sondern auf die Erwerbung Baierns überhaupt zu verzichten. Um so bestimmter war indessen Thugut in Petersburg mit seinen polnischen Ansprüchen hervorgetreten. Am 16. Juni schrieb er an Cobenzl, daß die Eroberung französischer Provinzen ungewiß, der baierische Tausch, den wegen seines geringen Werthes der Kaiser übrigens niemals als Theil der ihm gebührenden Entschädigung habe betrachten können, so gut wie unmöglich geworden, Säcularisationen oder sonstige Erwerbungen in Deutschland für den Kaiser unthunlich seien, da sie der Habgier Preußens ein gefährliches Beispiel geben würden. Es sei also der Fall vorzusehen, daß Oesterreich seine Entschädigung nur in Polen finden könnte; unter den jetzigen Verhältnissen würde ja auch die vollständige Theilung des noch vorhandenen Restes keine besondere Schwierigkeiten machen. So in jenem schlimmsten Falle. Aber bei der Umwandlung, welche Polen durch die jetzigen Vorgänge erleide, müsse der Kaiser unter allen Umständen wenigstens auf einer Grenzverbesserung bestehn, damit nicht Galizien dem bösen Willen Preußens offen liege. Der Kaiser fordere also Krakau mit einem nicht sehr erheblichen Bezirk [1]); an allen übrigen Punkten der galizischen Grenze werde man mit großer Mäßigung verfahren. Vor allem sei dazu erforderlich, daß Rußland den preußischen Hof abhalte, in die Verträge mit Polen irgend eine Clausel über Garantie der noch übrigen polnischen Provinzen hineinzubringen. Preußen wisse von dem Inhalt dieser Depesche nichts, der Kaiser liebe es, seine Interessen vornehmlich mit seinem alten, seinem einzigen wahren Bundesgenossen zu verhandeln.

So war es Thugut, welcher die Eventualität der vollständigen Vernichtung Polens zuerst zur Sprache brachte und, falls ihm diese nicht zugestanden würde, auf alle Fälle eine weitere Schmälerung

1) Arrondissement très-médiocre.

der Republik zu Oesterreichs Gunsten begehrte. Diese Forderung wurde in Petersburg mit gleichem Eifer und gleicher Zähigkeit wiederholt, wie das Gesuch um Hinzögern des preußischen Erwerbs. Am 12. Juli schrieb Thugut wieder an Cobenzl: von unsern Forderungen des 16. Juni lassen wir nicht; wenn wir nichts in Frankreich oder Polen erhielten, so müßte der Kaiser andere Gegenstände aufsuchen, wobei denn die stets wachsende Verwicklung traurige Entzweiungen herbeiführen könnte. Cobenzl hatte darüber ein Gespräch nach dem andern mit den russischen Ministern, war aber lange Zeit nicht im Stande, befriedigende Nachrichten zu senden. Den besten Erfolg hatte er in der Erschwerung der preußischen Vortheile, da ihm hier die Stimmung Katharina's selbst entgegen kam: die Kaiserin hätte, wenn es nur möglich gewesen wäre, Polen ganz für sich behalten und Preußen am liebsten nichts gegeben. Ihr Botschafter in Grodno schleppte also den Abtretungsvertrag, durch welchen Polen die preußische Erwerbung anerkennen sollte, so lange wie irgend thunlich hin, und mehr als einmal erklärte der Minister Markoff dem Grafen Cobenzl, er hoffe, daß Oesterreich dieser Erfüllung eines Hauptwunsches die gerechte Anerkennung nicht versagen werde. Uebler aber stand es mit der Ueberlassung polnischer Lande an Oesterreich selbst. Markoff beklagte zuerst, daß dies nicht ohne Zustimmung Preußens erreichbar sei; später glaubte Cobenzl bessere Hoffnung geben zu können; endlich aber kam doch in den polnisch-russischen Abtretungsvertrag eine Clausel, welche Polen den Rest seines Gebietes gewährleistete, und Thugut mußte hienach für den Augenblick seine „mäßigen" Krakauer Ansprüche zurückstellen.

Es lag nun stets in Thugut's Weise, so viel wie möglich sich alle Thüren offen zu halten, alle Ansprüche neben einander fortzuführen, und zu diesem Zwecke weder Inconsequenz noch Doppelzüngigkeit zu scheuen. Wir sahen, wie heftig er gegen den Januarvertrag protestirte und den Beitritt Oesterreichs zu demselben für unmöglich und ehrwidrig erklärte. Wir sahen ferner, wie er anfangs England für den belgisch-baierischen Tausch zu gewinnen suchte, dann aber auf Lord Grenville's Dringen sehr bestimmt auf die Ausführung desselben verzichtete. Trotz alledem kam er schon am 30. Juni bei Katharina auf den Januarvertrag, welcher dem Kaiser gerade

den belgisch-baierischen Tausch garantirte, zurück, und ließ die Möglichkeit des Beitritts erkennen, wenn nur Rußland dem Kaiser eine völlig ausreichende Entschädigung verschaffen wolle. Die natürliche Antwort der Russen war die Gegenfrage, welche weitere Erwerbungen der Kaiser denn begehre. Allein wir bemerkten schon, das Thugut zu einer solchen Angabe seiner Forderungen, welche der Natur der Sache nach auch die bestimmte Abgrenzung derselben in sich schloß, durchaus nicht geneigt war, sondern umgekehrt ein bindendes Anerbieten der Russen wünschte. Indem man sich so das erste Wort hinüber und herüber gegenseitig zuschob, blieb die Sache Monate lang in völligem Stillstand. Zwar zeigten, von Polen abgesehen, die Russen im Allgemeinen die höchste Bereitwilligkeit. Die französischen Grenzlande, sagte Markoff Anfang Juli, Elsaß, Lothringen, Baiern, selbst die Türkei bieten Euch treffliche Gegenstände der Annexion, sämmtlich zweckmäßiger für Euch als Polen. Aehnlich redete Ende Juli der Kanzler Ostermann. „Warum greift Ihr nicht, sagte er, in Frankreich zu, wo die Sachen jetzt im besten Zuge sind? Den baierischen Tausch könnt Ihr ja, wenn nicht heute, so doch später bewerkstelligen; bleiben wir einig, so kann Euch die Gelegenheit dazu nicht fehlen.“ Jedoch dies alles traf noch nicht zu Thuguts Zweck. Er verhieß, Oesterreichs Begehren durch einen besondern Courier einzusenden; aber eine Woche nach der andern verfloß, ohne daß dieser Courier aus Wien abgieng. Endlich, als Anfang September Preußen und Russen zu Grodno in immer heftigere Spannung geriethen, gieng Katharina's Günstling Suboff etwas bestimmter mit der Sprache heraus. Lebhaft beklagte er das Ausbleiben des Couriers, da es hohe Zeit sei, sich über die gegen Preußen zu führende Sprache zu verständigen. Er schlug darauf dem Gesandten vor, Oesterreich möge Elsaß und Lothringen erobern und dort den Kurfürsten von Baiern unterbringen; dann werde es Baiern für sich nehmen und Belgien dazu behalten, ja mit einer Anzahl französischer Grenzfestungen vergrößern können. So würde es mehr Gewinn haben als Preußen, zumal dieses leicht wieder verlieren könne, was man ihm überlassen habe. Nur sei zur Verwirklichung dieses Systems kräftiger Krieg gegen Frankreich und hiezu lebhafte Theilnahme Preußens nöthig; also müsse vor allem Oesterreich dem Januar-

vertrage beitreten, welcher den König zu dieser Theilnahme verpflichte. Als Cobenzl, sonst höchlich einverstanden, noch einmal über Krakau und den galizischen Grenzstrich redete, begnügte sich Suboff mit der nicht durchaus abschreckenden Antwort: die den Polen zugesagte Garantie „bindet uns in dieser Hinsicht ein wenig die Hände". Als Thugut diese Mittheilung empfieng, athmete er auf. „Wenn das alles ehrlich gemeint ist, schrieb er am 21. September, so ist es höchst befriedigend; Suboff's Vorschlag hinsichtlich der Erwerbung Baierns würde für uns, falls er zur Ausführung gelangen könnte, unendlich passend sein." Aber auch jetzt wollte er den Courier noch nicht abfertigen: sei es, daß er auf offnen Bruch zwischen Rußland und Preußen, oder daß er auf folgenreiche Siege über die Franzosen hoffte, sei es, daß er sich durch Grenville's Vorstellungen wegen Baierns zur Zeit gehindert oder durch Englands Absichten auf Dünkirchen geärgert fühlte: genug, aus Gründen, über die ich keinen positiven Aufschluß besitze, erachtete er weiteres Zögern noch für vortheilhaft.

Sehen wir nun, wie er, inmitten dieser mannigfachen diplomatischen Bewegungen, sich unmittelbar dem preußischen Alliirten gegenüber benahm.

Im Mai hatte er demselben seine Ablehnung des Januarvertrags ganz im Sinne der Denkschrift vom 14. April motivirt, und darauf eine Antwort erhalten, welche den vorausgegangenen Sachverhalt genau feststellte und durch ihren festen Ton seine Erbitterung nicht wenig steigerte. Im Juni kam eine preußische Erklärung, daß der König gegen eine angemessene Entschädigung Oesterreichs auf Frankreichs Kosten oder durch den baierisch-belgischen Tausch nichts zu erinnern habe und nur um Erklärung bitte, worauf die Absichten des Kaisers in dieser Hinsicht gerichtet seien. Es verstand sich, daß dabei Oesterreichs Zustimmung zu der preußischen Erwerbung in Polen vorausgesetzt war. Indeß focht in Belgien ein preußisches Corps unter österreichischem Oberbefehl; der König selbst warf Custine zurück und belagerte Mainz; wiederholt beantragte er in Wien die Feststellung weiterer Operationspläne und acceptirte endlich bei fortgesetztem Schweigen des Kaisers einen Vorschlag des Prinzen von Coburg, welcher den König zu einem Angriffe auf

Lothringen aufforderte. Dies aber wurde in Wien auf der Stelle abgelehnt, und dafür ein Angriff auf den Elsaß vorgeschlagen, gegen welchen wieder die preußischen Officiere erhebliche militärische Bedenken hatten. Der österreichische Unterhändler, Fürst Waldeck, verhieß dann weitere Pläne einzusenden; diese Pläne aber giengen aus Wien so wenig ab wie der russische Courier. Darüber verflossen seit dem Falle von Mainz vier Wochen, die bei gründlicher Benutzung zum völligen Ruine des tief zerrütteten französischen Rheinheeres hingereicht haben würden. Im preußischen Hauptquartier begriff man dieses gemeinschädliche Zaudern nicht; die Verstimmung wuchs durch die Nachrichten aus Polen, welche stets bestimmter die feindselige Einwirkung Oesterreichs erkennen ließen; mit lebhafter Spannung sah man der Ankunft des Grafen Lehrbach entgegen, der nach Thugut's Meldung wichtige politische Eröffnungen zu machen bestimmt war.

Ich habe früher die Darstellung der Lehrbachschen Unterhandlung nach preußischen und englischen Berichten gegeben. Die Summe war, daß Lehrbach bestimmte preußische Garantien für den baierisch-belgischen Tausch, so wie Sicherheit für weitere Erwerbungen des Kaisers nach dem Fuße völliger Gleichheit mit Preußen und Rußland begehrte und von der vorausgehenden Erfüllung dieser Wünsche Oesterreichs Beitritt zum Januarvertrage abhängig machte: während umgekehrt Preußen auf Grund der Abreden mit Spielmann vor allem diesen Beitritt forderte und nur auf dieser Grundlage weiter verhandeln wollte. So schob sich die Verhandlung zwischen Lehrbach und Lucchesini in zwei Conferenzen vom 21. und 23. August erfolglos hin und her: Lehrbach's Berichte darüber liegen mir jetzt vor und stimmen vollständig mit den preußischen überein, abgerechnet kleine und unerhebliche Differenzen über die Reihenfolge der behandelten Gesprächsstoffe. Als Lehrbach von dem baierisch-belgischen Tausche redete, sprach Lucchesini sein Erstaunen aus, da man hier vernommen, daß Oesterreich den Engländern den Verzicht darauf zugesagt hätte. Sehr bestimmt entgegnete Lehrbach, er wisse von einem solchen Verzichte nichts; in Wien aber beruhigte der Minister den englischen Gesandten durch die Vorstellung, daß man die in Wahrheit völlig aufgegebene Sache nur als Finte gebrauche, um

den preußischen König für andere Vergrößerungspläne des Kaisers mürbe zu machen [1]). Unglücklicher Weise gelang es Lucchesini, dies Spiel aufzudecken, indem er von einem englischen Diplomaten eine positive Zusicherung über den österreichischen Verzicht herauslockte und damit die Unzuverlässigkeit der österreichischen Verhandlung bloß legte. Dies entschied die Stimmung des Königs. Lehrbach, der bis dahin manche persönliche Freundlichkeit von ihm zu rühmen hatte, bemerkte seit Anfang September einen völligen Umschwung. Der kaiserlich gesinnte Bischoffswerder fiel in Ungnade. Der Eifer zur kriegerischen Thätigkeit ließ nach. Lucchesini erklärte Lehrbach in der Conferenz des 21. September, daß Oesterreichs Anspruch auf Gleichheit der Erwerbungen in den Allianztractaten nicht begründet sei, daß Preußen über du Caché's Verhalten in Warschau Grund zur Beschwerde habe, daß der König wisse, was sich zwischen Wien und London zutrage, ohne daß Oesterreich darüber Mittheilung nach Berlin mache, obwohl der Allianzvertrag festsetze, keiner der beiden Höfe werde ohne Wissen des andern Verbindlichkeiten mit dritten eingehen. Lehrbach hatte wieder nichts zu erklären, als daß ihm von solchen Dingen nichts bekannt sei. In der That hatte ihn Thugut ohne jede Kenntniß über seine englischen Abmachungen gelassen.

Unterdessen hatte Thugut's antipreußische Thätigkeit in Petersburg ihre Frucht in Polen getragen. Unter activer Beschützung des russischen, unter verdeckter Assistenz des österreichischen Gesandten knüpfte der polnische Reichstag den von Preußen geforderten Abtretungsvertrag an unausführbare Bedingungen. Die Nachricht davon machte auch Lehrbach's Verhandlung ein Ende. Der König sprach den Entschluß aus, selbst nach Polen zu gehen, den Beitritt Oesterreichs zum Januarvertrage nicht länger begehren, dafür aber

1) Was soll man nach dieser Ausführung gegen den englischen Gesandten dann zu der Instruction Lehrbach's vom 20. November sagen: wenn Preußen nach unsern Beziehungen zu England fragt, so erklärt, daß außer der Convention vom 30. August zwischen Oesterreich und England keine Verhandlung noch Tractat [also auch kein Verzicht auf den belgischen Tausch] existire.

auch die Geldkräfte des eignen Staats nicht länger auf den französischen Krieg zu Gunsten Oesterreichs verwenden zu wollen. Der polnische Hader hatte die Coalition gegen Frankreich zerrissen. Immer trennte sich der König auch jetzt noch nur schwer von einem Unternehmen, das ihm einst als ein heiliges und glorreiches erschienen war. Er bat, daß Lehrbach zu weiterer Verhandlung ihm nach Berlin folgen möge.

Wenn ich früher in der eben überblickten Verhandlung Thugut's Verhalten unredlich und doppelzüngig gefunden, wenn ich gesagt hatte: „dem König war es klar, daß er Monate mit einem Schattenspiele (dem belgischen Tausch) umhergezogen worden war": so blieb Hüffer dabei, bis zur Einsicht der entscheidenden österreichischen Documente sein Urtheil zu suspendiren, meine Darstellung aber unbillig und einseitig zu finden. Wie wir jetzt sahen, wurde meine Darstellung durch die entscheidenden Documente überall bestätigt, ja verstärkt: wenn Thugut nicht England zu täuschen die Absicht hatte, so war seine ausführliche Verhandlung mit Preußen über den belgisch-baierischen Tausch ein planmäßig leeres Wortgefecht. Die entscheidenden Documente aber thun ferner dar, daß nicht bloß die Tauschfrage, sondern die ganze Lehrbach'sche Sendung nichts als eine Finte war, um unter Verhinderung jedes positiven Ergebnisses Preußen lediglich hinzuhalten. Thugut schrieb an Ludwig Cobenzl bereits am 30. Juni: „Der Kaiser ist entschlossen, seine Interessen vor allem und vorzüglich mit Rußland zu regeln, mit dem er fortan die intimsten Beziehungen engsten Vertrauens zu pflegen gedenkt. Wir werden also keine positive Eröffnung gegen Preußen machen, bis wir mit Rußland über alles einig sind. Nur können wir bei der weiten Entfernung zwischen Wien und Petersburg uns in der Zwischenzeit unmöglich dem drängenden Verlangen Preußens nach Aufklärung ganz entziehen. Lehrbach wird also in das preußische Hauptquartier mit einer Sendung abgehen, deren Zweck es ist, Zeit zu gewinnen und so viel wie möglich d'amuser le tapis, bis wir nähere Nachrichten aus Petersburg haben." Und ebenso meldete Thugut am 21. September, so sehr man sich über Suboff's (oben mitgetheilten) Vorschlag freue, so sehr sei man durch Rußlands bisherige Kälte bei Lehrbach's Unterhandlung in Verlegenheit gekommen.

Diese Unterhandlung hat keinen Erfolg haben können, weil wir entschlossen sind, mit Preußen in keine wesentliche Frage einzutreten, ohne vorausgegangene Verständigung mit Rußland.

Fassen wir Thugut's politische Wirksamkeit in diesem ersten Halbjahr seines Ministeriums zusammen, so wird zunächst wohl kein Zweifel über die seltene Gewundenheit und Hinterhaltigkeit seiner Diplomatie geblieben sein. Zwischen mannichfachen Gelüsten schwankt er hin und her; bei jedem seiner drei Verbündeten führt er eine andere Sprache, fordert von dem Einen, worauf zu verzichten er dem Andern verheißen, weist hier zurück, was er dort begehrt. Ueber den Umfang seiner Ansprüche hüllt er sich in drohendes Schweigen: nur Eines tritt von erstem Tage mit massiver Deutlichkeit hervor, die Abneigung gegen Preußen, gegen dessen polnische Erwerbung er England und Rußland um die Wette aufbietet, und der Befriedigung dieses Hasses ebenso die im Januarvertrage dem Kaiser gebotenen Vortheile wie die gedeihliche Förderung des rheinischen Feldzugs opfert. Und nicht minder deutlich ist dann das Hauptmittel gegen Preußen, die Herstellung des intimen Bundes mit Katharina, durchaus im Sinne Kaiser Joseph II, wie er es wiederholt und nachdrücklich betont. Dieser gönnt er Alles und Jedes; er stellt seine Anträge, mit ihr das noch übrige Polen zu theilen, wie er ihr anderthalb Jahre später unter gleicher Bedingung auch die Türkei Preis geben wird: nur daß Katharina ihm dann eine kräftige Hülfe gegen den einzigen wahren Widersacher, gegen Preußen bewillige. „Auf der einen Seite die beinahe unterthänige Deferenz vor der Weisheit und Macht der russischen Kaiserin, auf der anderen das unablässige Bemühen, Preußen herabzusetzen, anzuklagen und zu verdächtigen.... Für das deutsche Interesse im Osten zeigt er gar keinen Sinn; kein Zugeständniß an Rußland ist ihm zu schwer, wenn es die Vortheile des deutschen Nebenbuhlers mindert; und wenn er auch für den Augenblick einen Krieg gegen Preußen vermeiden muß, so läßt doch eine seiner Depeschen deutlich erkennen, daß er unter andern Verhältnissen Gefahren hätte heraufbeschwören können, vor denen nur die starke Hand Friedrich's des Großen die deutschen Grenzen glücklich beschirmt hat.“

Diese letzten Worte sind Hüffer's neuestes Urtheil über Thugut's

Verhältniß zu Rußland und Preußen im Jahre 1794 [1]). So wenig sie mit Hüffer's früherer Auffassung des österreichischen Ministers übereinstimmen, so sind sie, wie wir eben gesehen haben, in jeder Sylbe zutreffend auch für 1793, vom ersten Tage der Thugut'schen Verwaltung an.

Wenn Preußen damals volle Einsicht in die Tiefe dieses Hasses, der sich zunächst um die polnische Frage sammelte, hätte gewinnen können und dann sich beeilt hätte, aus dem Waffenbunde mit einem so feindseligen Genossen in volle Neutralität zurückzutreten: würde ein verständiger Mensch ihm jetzt noch einen solchen Schritt verargen können? Einstweilen hatte der König erst vereinzelte Aeußerungen jenes Hasses vor Augen: er begnügte sich mit der vorsichtigen Weisung an den Herzog von Braunschweig, zwar die deutschen Reichslande zu decken, aber den österreichischen Eroberungsgelüsten keinen Vorschub zu thun.

In der obigen Stelle constatirt Hüffer, daß Thugut gar keinen Sinn für das deutsche Interesse im Osten zeigt. Wird man es noch für wahrscheinlich halten, daß derselbe Mann die deutschen Interessen im Westen, nicht bloß nach den Umständen etwas leidlicher vertreten, sondern, wie meine Gegner behaupten, zur wesentlichsten Aufgabe seiner Politik gemacht habe?

3. Belgien.

Nachdem Preußen den Abmarsch seiner Truppen vom Rheine gedroht, wenn ihm in Polen fernere Schwierigkeiten bereitet und für den künftigen Feldzug keine Subsidien gezahlt würden, war Thugut's Ansicht entschieden, daß Preußen nicht bloß als lästiger Nebenbuhler, sondern als entschiedener Feind betrachtet werden müßte. Preußen, schrieb er an Cobenzl den 21. October, sucht sich aus dem französischen Kriege herauszuziehn, um, falls wir dennoch in demselben Fortschritte machten, durch einen zweiten Theil der Reichenbacher Geschichte Meister des Friedens zu werden, oder wohl gar, um seine Macht durch die Eroberung unseres schwach besetzten Galiziens zu vermehren. Er sandte den Grafen Lehrbach nach Berlin,

1) Politik, S. 129.

um durch dessen Ausbleiben nicht dem Könige einen Vorwand zur Beschwerde zu geben, meldete aber auf's Neue nach Petersburg, daß diese Sendung nur Zeitgewinn zum Zwecke habe, und befahl dem Grafen ein für alle Male, jedem Streben Preußens nach neuer Entschädigung entgegen zu treten. „Das ganze Benehmen des preußischen Hofes, sagte seine Instruction vom 18. November, läßt keinen Zweifel darüber, daß derselbe unaufrichtig mit Oesterreich umgeht und schädliche Gesinnungen gegen den Kaiser hegt. Wohin sind dieselben gerichtet? ist es dem Könige Ernst mit der Zurückziehung seiner Truppen aus dem gemeinschaftlichen Kriege? Unser Interesse, fuhr er fort, erheischt es dringend, daß die preußischen Truppen die dritte Campagne unvermindert mitmachen, und zwar weit weniger wegen des von ihnen zu hoffenden Beistandes, als wegen der unübersehbaren Gefahren, denen man ausgesetzt bliebe, wenn Preußen seine Kriegsmacht zu Hause concentrirte, während die unsere fast ganz in einer so weiten Entfernung beschäftigt wäre."

Mitten in dem gemeinsamen Kriege gegen Frankreich sieht der Minister in Preußen den neuen, zweiten Feind, dem er bei der ersten Gelegenheit einen Angriff auf die entblößten österreichischen Lande zutraut. Wie tödtlich lähmend ein solcher Gedanke auf die österreichischen Operationen gegen die Franzosen einwirken mußte, bedarf keiner Erörterung. Es war der Alp, der von nun an mit unausgesetztem Drucke die österreichische Kriegführung gegen die Revolution zur Ohnmacht zwang. Dieser selbstmörderische Argwohn hatte, wie wir jetzt urkundlich wissen, nicht die mindeste thatsächliche Begründung; kein Mensch in Berlin dachte an Krieg gegen Oesterreich: er war nichts anderes als der Reflex des eigenen feindseligen Handelns; Thugut setzte bei dem Könige solche Gesinnungen voraus, wie sie seinem Hetzen gegen Preußen in Petersburg freilich entsprochen hätten.

Wenn er die preußischen Truppen am Rheine festzuhalten wünschte, so gab es dafür ein höchst einfaches Mittel, die Herbeischaffung nämlich der von dem Könige begehrten Hülfsgelder — ganz so wie im Frühling die zutreffende Maßregel zum gleichen Zwecke der Beitritt zum Januarvertrage gewesen wäre. Allein Thu=

gut wollte freilich den Zweck, aber verabscheute das Mittel. Lieber setzte er die preußische Hülfe gegen Frankreich auf das Spiel, als daß er dem Könige eine Bereicherung, damals durch Land, jetzt durch Geld, gegönnt hätte. Statt dessen hoffte er auf einer Bahn in entgegengesetzter Richtung das gewünschte Ziel zu erreichen. Nicht den guten Willen Preußens durch Geld oder Provinzen zu gewinnen, sondern Preußen durch das intime Bündniß mit Rußland zum Kriegsdienst oder doch zur Unschädlichkeit zu zwingen, das war seine Politik, im Herbste wie im Frühling 1793. Gelänge das nicht, so würde er Frieden mit Frankreich suchen um jeden Preis. Es gibt nichts so Schwarzes und Niederträchtiges, schreibt er Cobenzl am 9. November, was sich Preußen nicht erlaubte . . . möge Katharina uns davor bewahren, durch kräftige Erklärungen, durch die Aufstellung eines starken Heeres an der polnisch-preußischen Grenze. Sonst könnten wir gezwungen sein, zu irgend einem französischen Frieden die Hand zu bieten, welcher dann die Umwälzung von ganz Europa zur Folge hätte.

Bei einer solchen Stimmung konnte nichts dringender erscheinen, als das Verhältniß zu Rußland zu festem Abschluß zu bringen. Cobenzl meldete damals wiederholt, daß Katharina und ihre Minister den lebhaftesten Unwillen gegen Preußen zeigten und immer nur beklagten, daß Oesterreich nicht durch Beitritt zum Januarvertrage dem König den letzten Vorwand entzöge. Thugut entschloß sich also jetzt, nachdem England seinen Widerspruch gegen den baierisch-elsassischen Tauschplan so wie die eigenen Ansprüche auf Dünkirchen aufgegeben [1]), den lange erwarteten Courier nach Petersburg abzusenden und dort die definitive Unterhandlung über Oesterreichs Erwerbungen und seinen Beitritt zum Januarvertrage zu eröffnen.

Die Forderungen, die er in dieser Instruction an Cobenzl 18. December 1793, aufstellt, sind dann allerdings umfassend genug. Zunächst erklärt er sich bereit, in den Januarvertrag einzutreten, in dessen siebentem Artikel, wie man sich erinnert, Rußland und

1) Thugut hatte von jeher gegen diese Ansprüche protestirt; England erklärte darauf, sich mit militärischer Besetzung des Platzes während der Dauer des Krieges begnügen zu wollen. Wie man weiß, war es ein Streit um das Fell des Bären, ehe der Bär erlegt war.

Preußen ihre guten Dienste und wirksamen Mittel zur Herbeiführung des belgisch-baierischen Tausches verheißen. Aber der Beitritt soll nur unter der Bedingung erfolgen, daß Rußland sich verpflichtet, dem Kaiser weitere angemessene Entschädigung zu verschaffen. Als solche bezeichnet Thugut zunächst französische Lande, Flandern, Artois, Picardie, Lothringen und Elsaß, so weit auf letzteres nicht andere deutsche Fürsten Anspruch haben. Leider hat man diese Provinzen noch nicht. Wie wenn man sie nicht erobern könnte? Thugut widmet hier noch einmal den früher erhobenen polnischen Ansprüchen einen Nachruf. „Wir hatten," sagt er, „für diesen Fall an Polen gedacht. Rußland ist dagegen. Wir verzichten darauf." Aber der Verzicht soll, wie ausdrücklich betont wird, nur für den Fall einer sichern anderweitigen Entschädigung gelten, und auch dann die Forderung einer galizischen Grenzverbesserung bestehen bleiben. Im Uebrigen denkt Thugut jetzt an die Erwerbung venetianischer Provinzen. Wenn Rußland nichts Besseres weiß, soll Cobenzl im tiefsten Geheimniß dies zur Sprache bringen.

Sodann aber hält der Minister es für sehr möglich, daß Preußen zu feindseligen Drohungen und Maßnahmen gegen die österreichischen Lande schreitet. Es fordert jetzt hohe Subsidien, entweder um einen Vorwand zu finden, sich dem Kriege zu entziehen und dem Kaiser beim Frieden Gesetze vorzuschreiben, oder um neue Eroberungen, wahrscheinlich in Deutschland, zu machen. Thugut begehrt also die Aufstellung einer russischen Heeresmacht an der preußischen Grenze und eine energische Sprache der russischen Diplomatie, um Preußens Böswilligkeit zu zügeln. Er wünscht ferner, um Preußen weiter zu imponiren, daß Rußland endlich das vertragsmäßige Hülfscorps von 12,000 Mann an den Rhein sende. Er begehrt über Rußlands Zusagen einen besonderen Act zwischen den beiden Kaiserhöfen: ob der Beitritt zum Januarvertrag mit Rußland allein oder auch mit Preußen vereinbart werden soll, überläßt er Katharina's Ermessen, da Preußen erklärt hat, seinerseits kein Gewicht mehr auf die Sache zu legen. Mit andern Worten, er ist bereit, die Garantie der polnischen Erwerbungen Rußland zu ertheilen und Preußen zu versagen. In Bezug auf die preußische Geldforderung ruft er Rußlands Schiedsurtheil an, um, falls auch

Preußen ihn annehme, Beseitigung des lästigen Anspruchs zu erwirken, oder, wenn Preußen ihn ablehne, Oesterreichs gute Gesinnung durch den Contrast hervorzuheben [1]).

Als Cobenzl diese weitgreifenden Depeschen zur Kenntniß der russischen Staatsmänner brachte, hatte er die Genugthuung, fürs Erste warme Zusicherungen allgemeiner Bereitwilligkeit zu empfangen. Daß ein förmlicher Vertrag so weitschichtigen Inhalts nicht in einem Tage zu Stande kam, lag in der Natur der Sache. In den zahlreichen Gesprächen darüber blieben die Russen bei der Ablehnung österreichischer Annexionen in Polen und wollten höchstens ein Besatzungsrecht in Krakau dem Kaiser zubilligen. Gegen französische Eroberungen hatten sie gar nichts einzuwenden, meinten aber zu Cobenzl's und Thugut's Kummer, man müsse, um dieselben zu erlangen, auf Preußens Wünsche einige Rücksicht nehmen, da russische Hülfstruppen leider nicht verfügbar seien. Venedig gaben sie vollständig Preis; denn das Liebäugeln dieser „Pantalons" mit Türken und Franzosen mache sie jeder Schonung unwerth [2]). Dann aber trat gelegentlich die Ansicht hervor, daß Rußland für so große Gefälligkeiten auch wohl eine Gegenleistung verdiene, und ohne daß jetzt schon ein bestimmter Antrag gestellt worden wäre, blieb über den Gegenstand ihrer Wünsche dadurch kein Zweifel, daß sie mit wachsendem Nachdrucke die Gefahr eines türkischen Angriffs erwähnten und zum Schutze der russischen Grenze eine Division nach der andern in den Süden abrücken ließen. Thugut konnte sich darüber nicht wundern und hatte auch in der Sache nichts einzuwenden: er war es gewesen, welcher den ganzen Sommer hindurch in Petersburg die Erneuerung des alten josephinischen Bündnisses beantragt hatte, mithin eines Allianzsystems, dessen erstes und letztes Wort die Theilung der Türkei gewesen, und dessen auf Venedig bezügliche Clausel er selbst eben jetzt wieder zur Sprache brachte. Wenn Katharina also ebenfalls auf den alten Lieblingsplan zurückkam, so handelte sie damit ganz und gar auf dem Boden des österreichischen Pro-

1) Depesche vom 28. December.

2) Einzelne Aeußerungen Thugut's am 18. December lassen es selbst zweifelhaft, ob nicht der russische Gesandte in Wien die erste Hindeutung auf Venetien gemacht.

gramms und durfte sich Thugut's eifriger Zustimmung im Voraus versichert halten. Allerdings seiner Zustimmung über das Ob, nicht über das Wann. Thugut, in seiner zürnenden Besorgniß gegen Preußen, wünschte während des französischen Kriegs die russische Macht gegen den Berliner Hof verfügbar, und deshalb nicht in Bulgarien beschäftigt zu sehn. Er empfahl also dem Grafen Cobenzl dringend, bei Katharina den Aufschub der türkischen Unternehmungen bis nach dem Abschlusse des französischen Friedens zu erwirken, und sah mit Sorge auf jede Aeußerung, welche Katharina ihrem ungeduldigen Ehrgeiz in den orientalischen Dingen verstattete [1]).

Schlimmer aber war, daß unmittelbar nach der Ausfertigung seiner Depeschen vom 18. December ein Hauptgegenstand derselben, die Eroberung des Elsaß, sich auf dem Schlachtfelde in eine blutige Niederlage verkehrte. Der Herzog von Braunschweig hatte seinen österreichischen Collegen Wurmser genau nach der oben angeführten Instruction behandelt: er hatte die pfälzische Grenze beschirmt, aber Wurmser's Offensive gegen Landau und den Elsaß nur schwach unterstützt und erst nach der Niederlage desselben wieder kräftig zum Schutze der österreichischen Heerestrümmer eingegriffen. Es war auch hier keine Rede von Verrath, kein Einverständniß mit dem Feinde: im Gegentheile, Braunschweig hatte den hitzköpfigen kaiserlichen Ge=

1) Um den nachlassenden Eifer Oesterreichs im französischen Kriege, die Räumung Belgiens, das Preisgeben des linken Rheinufers zu erklären, hatte ich bisher (nach der Correspondenz der preußischen und holländischen Gesandtschaft in Wien) angenommen, daß Thugut sein Augenmerk auf den Orient geworfen und deshalb schon Anfang 1794 die russischen Rüstungen gegen die Türkei mit Befriedigung gesehn habe. Thugut's eigene Correspondenz zeigt nun, daß in erster Linie bei ihm die preußische Sorge, und erst in zweiter die türkische Frage wirkte; sie zeigt ferner, daß er auf türkische Eroberungen sann, aber Katharina bat, erst nach dem französischen Frieden den Angriff zu eröffnen. Hiernach sind eine Reihe Details meiner frühern Darstellung zu modificiren. Die Hauptsache aber, die Abwendung Thugut's von dem französischen Kriege, wird dadurch nur noch weiter bekräftigt: wer Sehnsucht hat, nach dem französischen Frieden die Türkei zu theilen, wird sicher nicht auf langen Krieg, sondern auf baldigen Frieden mit Frankreich hinarbeiten und seine Streitkräfte möglichst für den künftigen Zweck reserviren.

neral vielfach gewarnt, ihm einzelne Abtheilungen geliehen, zweimal geradezu Rettung gebracht; aber allerdings war es hier am Rheine die Einstellung wirksamer preußischer Hülfe, nachdem an der Weichsel und Newa Oesterreich ein halbes Jahr hindurch alle Mittel zur Bekämpfung Preußens aufgeboten hatte. Allein die österreichischen Staatsmänner machten, wie man denken kann, keine solche Unterscheidung. Lehrbach meldete ein über das andere Mal aus Berlin, daß er keinen Zweifel mehr über das heimliche Einvernehmen Preußens mit Frankreich habe. Cobenzl trauerte in Petersburg über das durch die schwärzeste Treulosigkeit herbeigeführte Mißgeschick. Thugut fand durch die neue Katastrophe lediglich seine bisherige Auffassung bestätigt und erließ am 27. Februar neue Weisungen an Cobenzl, worin er seine französischen Ansprüche nach den Umständen erheblich beschränkte, die venetianischen aber im weitesten Sinne erneuerte und vor allem gegen etwaigen preußischen Widerspruch das feste Versprechen russischen Beistandes forderte. Es ist die höchste Zeit, sagte er, daß die Kaiserhöfe gemeinsam gegen die Böswilligkeit und die Habsucht Preußens einschreiten; es wäre ein Glück, wenn eine preußische Feindseligkeit Anlaß böte, diesen gefährlichen Staat auf angemessene Grenzen zurückzuführen. Eben aus diesem Gesichtspunkte warnte er nochmals dringend vor Ueberstürzung des türkischen Planes, durch welche Preußen jetzt die Möglichkeit gewinnen werde, in Deutschland und Polen um sich zu greifen, während zur rechten Zeit der Kaiser sich gerne mit Rußland über die beiderseitigen Interessen in der Türkei verständigen würde.

Wie man sieht, bot eine solche Stimmung des leitenden österreichischen Ministers sehr besondere Aussichten für die Energie des gemeinsam mit Preußen zu führenden Krieges gegen Frankreich.

Die unausbleibliche Wirkung trat auf der Stelle ein. Die Hauptmasse der österreichischen Armee stand unter dem Prinzen von Coburg in Belgien, welcher dort mit Inbegriff der englischen und holländischen Hülfstruppen über etwa 150- bis 160,000 Mann verfügte [1]). Während des ganzen Winters wiederholte der Prinz seine

1) Ungefähr 60,000 Mann Verbündete. Die Angaben über die Stärke der Oesterreicher schwanken zwischen 87,000 und 114,000 Mann;

Meldungen über die Unzulänglichkeit dieser Streitmittel, gegenüber den colossal heranwachsenden französischen Rüstungen; er erklärte fort und fort die Unmöglichkeit, ohne große Verstärkung das Land zu behaupten; wenn der Kaiser, schrieb er, den letzten Mann aus dem Innern hinaussende, werde das nicht mehr als kaum genug sein. Er erlangte dann einige Ersatzmannschaft für den Kriegsverlust seiner Regimenter; die Sendung aber irgend welchen neuen Truppentheils wurde ihm hartnäckig und zuletzt in verweisendem Tone abgeschlagen. Nun gab es damals in den Erblanden nach amtlichem Nachweise 144,000 Mann (ausrückender Stand, außer Reserven, Depots u. s. w.), wovon ungefähr 60,000 Mann für die Garnisonen des Innern erforderlich waren, mehr als 70,000 aber zum Abmarsch für den activen Dienst bereit standen. Jedoch von dieser Masse kam kein Mann nach Belgien[1]), wie kläglich auch Coburg seine Verzweiflung aussprechen mochte. Einige Regimenter derselben mögen zur Oberrhein-Armee abgegangen sein; der ganze große Rest blieb standhaft im Innern des Reiches. So unbegreiflich ein solches Verhalten gegenüber dem französischen Kriege erscheinen mußte, so nothwendig zeigt es sich uns auf dem jetzt bekannt gewordenen Standpunkte Thugut's. Wenn man Preußen als den heimlichen Alliirten Frankreichs betrachtete, jeden Tag seines Angriffs gewärtig war, im Grunde des Herzens eine solche Feindseligkeit selbst ersehnte: so war es wahrlich keine übertriebene Maßregel, außer den nothwendigsten Garnisonen noch 60—70,000 Mann im Innern verfügbar zu behalten, zur Deckung Galiziens, Böhmens und Mährens, mochte aus dem entfernten, lästigen Belgien werden, was da wollte. Thugut's Ansicht von Preußens Gesinnung war die eines von Haß und Eifersucht völlig verblendeten Geistes: so lange

---

wahrscheinlich drückt die kleinere Zahl die Größe des wirklich ausrückenden Standes nach Abzug der Kranken, Arretirten und Detachirten aus.

1) Dies zeigen Coburg's Briefe (bei Witzleben, Band III) ganz unwidersprechlich. Es ist nicht daran zu denken, daß, wie Häusser Politik S. 40, allerdings selbst etwas zweifelnd anfragt, die erwähnte Zahlendifferenz in der Weise zu erklären wäre, daß die Oesterreicher ursprünglich 87,000 Mann gezählt, und dann aus dem Innern auf 114,000 Mann verstärkt worden wären.

er sie aber einmal für richtig hielt, hätte er verrückt sein müssen, wenn er, um Brüssel zu behaupten, die Straße nach Wien entblößt hätte.

Hatte man somit wegen der vermutheten preußischen Feindschaft selbst keine Truppen verfügbar, so mußte es Thugut geradezu widersinnig erscheinen, auf die Streitkräfte des gefürchteten Gegners als nützliche Unterstützung zu rechnen und demselben gar aus eigenen Mitteln Geld zu seiner Rüstung zu bezahlen. Was er wünschte, war, einzelne preußische Abtheilungen unter österreichischem Oberbefehl zur Verstärkung der kaiserlichen Heere zu erlangen: ein Begehren, welches den König jeder selbstständigen Politik beraubt und unbedingt unter die kaiserliche Leitung gestellt hätte, an dessen Erfüllung also ohne vorausgegangene materielle Unterwerfung Preußens kein verständiger Mensch denken konnte. Thugut aber sah in einem selbstständigen preußischen Heere für Oesterreich die allerschlimmste Gefahr, weigerte jeden Beitrag zu preußischen Subsidien ganz unbedingt und verhehlte seinen Aerger nicht im Mindesten, als darauf England die Sache in die Hand nahm und endlich den Haager Vertrag mit Preußen abschloß, in welchem dieses gegen englisch-holländische Zahlungen 62,000 Mann zum französischen Kriege zu stellen versprach. Er sagte dem englischen Gesandten in Wien, daß die Existenz der preußischen Armee um so bedenklicher für Oesterreich sei, als dieselbe zwischen dem kaiserlichen Hauptheere in Belgien und den österreichischen Erblanden stehe. Er verbat sich demnach mit großem Eifer das englische Vorhaben, jene 62,000 Preußen zur Unterstützung Coburg's nach Belgien zu schicken: freilich hätten sie dann nicht mehr auf der Communicationslinie zwischen Brüssel und Wien gestanden, aber im Siegesfalle französische Provinzen occupirt, welche Thugut sich für die österreichische Entschädigung ausersehen hatte. Also blieb Coburg ohne preußische Hülfstruppen wie ohne österreichische Verstärkung, und für die Vertheidigung des Rheines sollte eine neu zu bildende Reichsarmee sorgen, die vor dem Herbst nicht zusammenkommen konnte und im Voraus — was dann auch die Erfahrung sofort bestätigte — bei allen Sachverständigen für völlig unbrauchbar galt. Es war thatsächlich der Verzicht auf jede wirksame Vertheidigung Belgiens und der Rheinlande. Thugut

hatte die Freude, daß die russischen Minister, in dem für sie natürlichen Wunsche, Oesterreich und Preußen auseinanderzuhalten, seine Auffassung billigten und Englands unberufene Einmischung heftig tadelten. Wem es jedoch noch Ernst mit dem französischen Kriege und der Vertheidigung Belgiens war, fand allerdings Thugut's Verhalten schlechthin unbegreiflich. Lucchesini, damals preußischer Gesandter in Wien, dessen holländischer College, van Haeften, und die preußische Regierung selbst waren der Meinung, daß Thugut auf möglich schnellen Friedensschluß mit Frankreich ausgehe und sich dann im Bunde mit Rußland durch türkische Provinzen zu entschädigen gedenke[1]). Coburg jammerte über den Bruch mit Preußen ebenso nachdrücklich wie über den Mangel eigener Verstärkung. Der Marschall Lascy bot vergeblich alles auf, um größere Anstrengungen in Oesterreich selbst, Abschluß eines günstigen Vertrags mit Preußen und durch Beides die Möglichkeit zu einer kräftigen Offensive an der Sambre herbeizuführen. Der jüngste Oheim des Kaisers, der Erzbischof von Köln, sonst ganz und gar kein Preußenfreund, kam nach Wien, um in demselben Sinne zu wirken, die unheilvollsten Folgen des bisherigen Systems vorauszusagen, wenn möglich einen Ministerwechsel und die Ersetzung Thugut's durch Lascy oder Spielmann herbeizuführen. Es war alles ebenso nutzlos wie die unvermuthete Ankunft des Erzherzogs Karl, der ebenfalls Coburg's Wünsche zu vertreten suchte und ebenfalls rauh zurückgewiesen wurde. Thugut benutzte alle diese Vorgänge, um seine Widersacher bei dem Kaiser des Kleinmuthes, der Begehrlichkeit, der Eigenwilligkeit zu zeihen. Er entzog den Generalen die unerläßlichen Mittel und schob in demselben Momente die Schuld des von ihnen prophezeiten Mißlingens ihrer Kraftlosigkeit und Unfähigkeit zu. Er wollte, nach Rußlands Wünschen, noch einen Feldzug wagen, um im glücklichen Falle französische Provinzen zu occupiren und dann entweder diese oder Belgien gegen Baiern einzutauschen. Aber er war entschlossen, nicht den kleinsten Schritt zu Gunsten dieses Zweckes in freundlichem Sinne gegen Preußen zu thun: nicht die Beihülfe, sondern die Zerstückelung der preußischen Armee war sein Augenmerk,

1) Eben diese Auffassung hatte ich mir früher angeeignet.

und diesem opferte er jede andere Rücksicht, und leichter als jede andere die Rücksicht auf das ihm von jeher widerwärtige Belgien [1]). Mit einem Worte: noch mochte bei ihm kein fester Beschluß für Frieden mit Frankreich, und noch kein ausdrücklicher Plan auf Räumung Belgiens vorhanden sein; wohl aber hatte die Gesammtrichtung seiner Politik eine Wendung genommen, deren Fortdauer das Verlassen Belgiens und das Aufgeben des französischen Krieges unausbleiblich machen mußte.

Der Kaiser stand, so weit wir sehn können, zu Thugut's Anschauungen in ähnlichem Verhältniß, wie der preußische König zu den Tendenzen seiner Minister. Beide Fürsten wünschten persönlich den Krieg gegen Frankreich, und beide vermochten nicht die tiefe Abneigung ihrer Staatsmänner gegen die einzig erfolgreiche Kriegspolitik zu überwinden. Der Kaiser wünschte damals selbst nach Belgien zu gehn, schon um der Eintönigkeit seines Wiener Hoflebens für eine Weile zu entrinnen [2]), und Thugut mußte, wenn er sich seinen Fürsten nicht völlig entfremden wollte, gute Miene zu der Expedition machen, die sonst übel genug zu seinen Bestrebungen paßte. Fast im Augenblicke der Abreise erschien dann noch in Wien eine Nachricht, welche für die ganze Entwicklung verhängnißvoll werden sollte, die Kunde von dem Ausbruch des Aufstandes in Polen.

Daß ein solches Ereigniß an sich selbst dem kaiserlichen Minister nicht unwillkommen war, erhellt aus der einfachen Erwägung, daß er den ganzen vorigen Sommer hindurch auf eine österreichische Erwerbung in Polen, ja auf die vollständige Theilung des Landes gearbeitet, daß er diese Wünsche nur mit Kummer und nicht einmal vollständig im Angesichte des russischen Garantievertrages aufgegeben, und nun durch den Aufstand diesen von ihm so lange bekämpften Garantievertrag zerrissen und somit sich selbst die polnischen Bahnen

1) Ueber Lascy und den Kurfürsten von Köln vgl. Lucchesini's Berichte vom 4. und 18. Januar, 15. Februar, 5. März. Im Uebrigen verweise ich auf die Geschichte der Revolutionszeit, Ergänzungsheft S. 43. Häffer hat diese Erörterung in seiner neuesten Schrift nicht erwähnt.

2) Lucchesini's Bericht vom 28. December 1793.

wieder eröffnet sah [1]). Ohne Zweifel hätte er sie sofort mit Freude beschritten, wenn nur nicht auch hier wieder der Gedanke an den preußischen Rivalen sich ihm in den Weg geworfen hätte. Schlimmer als die Furcht vor den polnischen Insurgenten, schreibt er am 10. April, ist die Sorge vor neuen Schritten der preußischen Unbilligkeit und Turbulenz. Die preußischen Truppen setzen sich gegen Polen in Marsch, und Rußland protestirt nicht; im Gegentheil, sein General Igelström tritt mit den Preußen in Einvernehmen. Wir hoffen, daß er stark genug zur Ueberwältigung der Empörer ist, und einsehn wird, daß er preußischer Hülfe nicht bedarf. Schlechterdings können wir nicht zulassen, daß die Preußen längere Zeit in Polen bleiben, oder gar in Krakau Stellung nehmen. Der Kaiser begehrt keine Aenderung und keine Erwerbung in Polen, wohl aber das Besatzungsrecht einzelner polnischer Grenzplätze. Aber dies alles würde geändert durch eine neue Vergrößerung Preußens. Rußland wird diese zu hindern wissen; wir bitten um Auskunft, was es gegen die preußische Habsucht zu thun gedenkt. Verstärkung der russischen Truppen ist das Erste. Dann um Gotteswillen Aufschub des türkischen Kriegs. Der Kaiser billigt die russischen Pläne und ist ganz bereit, dazu mitzuwirken. Aber in diesem Augenblicke wäre der Krieg verhängnißvoll. Dänemark und Schweden rüsten. Preußen würde sogleich neue Uebergriffe versuchen; Oesterreich, um diese zu vereiteln, müßte Frieden mit Frankreich machen um jeden Preis. Also kein türkischer Krieg vor dem Ende des französischen; nachher volle Unterstützung der russischen Absichten. Vor allem aber müssen wir sicher sein, daß Rußland nicht seine Gunst zwischen uns und Preußen theilt. Ließe Rußland preußische Truppen in Polen zu, so

1) Ich hatte früher, Ergänzungsheft S. 47, zur Bestätigung dieses Satzes eine Stelle aus Ssolowjoff, Fall Polens, fast wörtlich abgedruckt, worin nach einer Depesche Thugut's die Freude, die am Hofe über die bevorstehende Theilung geherrscht, in einer Weise erwähnt wird, welche die Worte schlechterdings nur auf Wien beziehen läßt. In Wahrheit spricht dort aber Thugut von Berlin; ich weiß nicht, ob das Mißverständniß Ssolowjoff oder seinem Uebersetzer zur Last fällt. Jedenfalls irrt Hüffer, wenn er fort und fort so redet, als hätte nicht Ssolowjoff den Thugut'schen Brief, sondern ich Ssolowjoff mißverstanden. Daß auf den Punkt nichts weiter ankommt, zeigt die obige Ausführung.

müßten auch wir einrücken, um für die letzte Theilung unser Loos zu sichern. Der Kaiser ist in Belgien; ich folge heute. Wir hoffen, daß Rußland unterdessen Preußens Umtriebe überwacht und in Schranken hält.

Die Depesche, die ich hier in abkürzendem Auszuge wiederholt habe, enthält ein vollständiges Programm, welches an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Hält Rußland die Preußen aus Polen entfernt, so will auch Oesterreich auf große polnische Erwerbungen verzichten, zur Zeit auf Annexion französischer Provinzen ausgehn und nach Beendigung des französischen Kriegs mit Katharina die Türkei theilen. Verstattet Rußland aber der zweiten deutschen Macht eine Vergrößerung in Polen, sei es durch directe Begünstigung, sei es durch die Entzündung eines Türkenkriegs, so wird Oesterreich, um diese zu bekämpfen, Polen so weit wie möglich sich selbst aneignen und im schlimmsten Falle Frieden mit Frankreich schließen um jeden Preis, d. h. auf Kosten des deutschen Reichs, sei es in Belgien, sei es am Rheine.

Mit diesen Gesinnungen eilte der Minister seinem Monarchen nach Brüssel nach, um das Seinige zur Vertheidigung Belgiens beizutragen. Anfangs, erinnern wir uns, hatte Coburg trotz seiner Minderzahl einige Erfolge; bald aber entwickelte sich die feindliche Uebermacht so drückend, daß man sich völlig auf die Defensive geworfen und die Aussicht auf die Eroberung französischer Provinzen in unerreichbare Ferne gerückt sah. Zugleich kamen immer spannendere Nachrichten aus Polen: die Russen hatten den Aufstand nicht erdrückt, sondern bei Krakau und in Warschau selbst blutige Niederlagen erlitten; anstatt die Preußen ferne zu halten, riefen sie dieselben eifrig zu Hülfe, und an der Spitze einer ansehnlichen Heeresmasse zog der König gerade auf das von Thugut seit einem Jahre begehrte Krakau; zwar hatte, aus Rücksicht auf Oesterreich, Katharina sich versprechen lassen, daß keine bleibende preußische Garnison dorthin kommen solle, es war aber klar an sich, wie leicht Preußen durch den Verlauf der Kriegsereignisse von der Erfüllung dieser Zusage entbunden werden konnte (wie denn auch die Russen sehr bald auf dieselbe verzichteten). Katharina sandte den 25. April die officielle Anzeige dieser Sachlage an das österreichische Cabinet ab, mit dem

Zusatze, daß sie an keinen Angriff auf die Türkei denke, wohl aber ihrerseits stets noch einen Angriff der Türken besorge. Um die Mitte des Mai mag diese russische Note in Thugut's Hände gekommen sein[1]). Da er entschlossen war, Krakau um keinen Preis in fremder und, nach seiner Ueberzeugung, feindlicher Hand zu lassen, so mußte er auf offenen Zusammenstoß mit Preußen gefaßt sein[2]). Wie mochte er sich freuen, alle Entsendungen aus dem Innern nach Belgien verhindert zu haben: welcher Wunsch konnte ihm näher liegen, als die Streitkräfte des belgischen Heeres selbst — zumal an Gewinn aus dem französischen Kriege nicht mehr zu denken war — so viel wie möglich für die deutschen und polnischen Interessen verfügbar zu machen? Von jenem Programme des 10. April war die zweite Alternative eingetreten: nicht mehr Frankreichs, sondern Preußens Bekämpfung war die erste Sorge Thugut's geworden.

Daß die Kriegführung in Belgien durch dies Verhältniß an Kraft und Muth nicht gewinnen konnte, liegt auf der Hand. In der Schlacht von Tourcoin, 18. Mai, standen 20,000 Oesterreicher, theils eine, theils zwei Meilen von ihren hartbedrängten Alliirten entfernt; die Soldaten der Avantgarde konnten den Gang des Gefechts an der Bewegung des Pulverdampfes verfolgen, und von Morgens fünf bis Nachmittags ein Uhr rührte das Corps nicht Hand noch Fuß, um in den entscheidenden Kampf einzugreifen. Das große Hauptquartier war ebenfalls nur eine Meile von der Gefechtsstätte und eine Meile von jenem österreichischen Corps entfernt: wenn man dessen Unthätigkeit mißbilligte, so konnte in 35 oder 40 Minuten ein reitender Bote, und wenn dessen Erscheinen nichts half, wieder in 40 Minuten ein neuer Commandirender die ungeduldig wartenden Truppen erreichen und in Bewegung setzen. Aber nichts der Art geschah, volle acht Stunden hindurch; das Hauptquartier war also einverstanden mit der Unthätigkeit des Corps, welche über den ungünstigen Ausgang der Schlacht, und damit wahrscheinlich des Feldzugs entschied. Hier hilft es nichts, auf die

1) Sie gieng über Wien, und der Weg durch Polen wurde immer unsicherer. Die nächste Depesche Cobenzl's vom 9. Mai kam erst am 4. Juni in Thugut's Hände.

2) Vergl. Ergänzungsheft S. 57; 69.

sonst vorkommende Vielköpfigkeit der damaligen österreichischen Heeresleitung Bezug zu nehmen: hier war der Höchstkommandirende zur Stelle und hat, mögen sechs oder zehn verschiedene Ansichten um ihn gestritten haben, schließlich am entscheidenden Punkte das entscheidende Wort für Zurückhaltung der letzten Reserve, damit aber auch für Preisgebung der Alliirten und Schonung der eigenen Truppen gesprochen. Daß dies nicht schön für die Vertheidigung Belgiens, aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen menschlicher Weise sehr begreiflich war, habe ich anderwärts nachgewiesen und vermag nicht zu entdecken, daß dagegen bisher ein sachlich stichhaltiger Gegengrund beigebracht worden wäre [1]).

Am 23. Mai, nachdem man eben einen weitern Angriff der Franzosen abgeschlagen, kam Thugut nach Tournai in das Hauptquartier, lehnte das Heranziehen von Verstärkungen aus Deutschland ab, erklärte dem Lord Elgin, der Kaiser würde wohl thun, seine Truppen aus Belgien hinwegzuführen. Am folgenden Tag war Kriegsrath, wo die ungünstige Lage der Armee hervorgehoben, von Coburg die nach den Umständen räthlichen Maßregeln entwickelt, von allen anwesenden Generalen, mit Ausnahme des Herzogs von York, weiterer Widerstand mit den vorhandenen Mitteln für hoffnungslos erklärt wurde [2]). Am 28. hatte General Mack eine Con-

1) Hüffer setzt auseinander, wie oft es im Kriege geschehe, daß eine Colonne später als man im Voraus geglaubt, ankomme: nichts ist richtiger, als diese Bemerkung, leider aber auch nichts unzutreffender für den vorliegenden Fall, da die österreichische Colonne ja nicht im Marsche verzögert worden, sondern gar nicht zum Marsche angetreten ist, überhaupt auch keine Reise zu machen, sondern nur auf ein vor ihren Augen liegendes Städtchen loszugehen hatte. Daß das Hauptquartier die Unthätigkeit gebilligt, erklärt Hüffer für undenkbar: was er darüber sagt, bekundet großes Vertrauen für Franz II, schafft aber das Factum nicht aus der Welt, daß das Hauptquartier ebenso unthätig wie die Colonne geblieben ist, in einer Lage, wo ein einfaches Commandowort des Kaisers hinreichte, die Colonne in Bewegung zu bringen.

2) Ich glaube sehr gerne, daß das Wort „Räumung Belgiens“ auch damals nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde: da es aber dabei blieb, die Armee in keiner erheblichen Weise zu verstärken, so konnte de Pradt mit voller Wahrheit schreiben, am 24. Mai sei der Beschluß zu Stande gekommen, Belgien aufzugeben.

ferenz mit dem Kaiser, Thugut und Mercy über die Aussichten und die Mittel zum Kriege. Er hatte von jeher auf das Eifrigste für Verstärkung des Heeres, Mitwirkung der Preußen und, unter diesen Voraussetzungen, für lebhafte Offensive gewirkt. Wie jetzt die Sachen lagen, hielt er allerdings den Rückzug aus Belgien für das einzig noch Mögliche und Heilsame, wie de Pradt bezeugt und eine am folgenden Tage dem Kaiser überreichte Denkschrift des Generals beweist [1]). Der Kaiser, wie es scheint, hatte indessen den Gedanken fernerer Kämpfe noch nicht aufgegeben, sondern befragte den General über die in der damaligen Zeit rathsamen Maßregeln. Natürlich begehrte Mack vor allen Dingen erhebliche Verstärkung der Armee [2]), und es erfolgte darauf zwischen ihm und Thugut ein lebhafter Wortwechsel über die Zahl der zur ferneren Offensive nöthigen Truppen, bis der Kaiser endlich entschieden Mack's Partei nahm und die warme Erklärung abgab, er sei jetzt überzeugt, daß, wie Mack gesagt, aber alle seine Minister bisher geläugnet hätten, in Belgien nicht genug Truppen vorhanden seien.

Hüffer, welcher diese Mittheilung Mack's einer Depesche des Herzogs von York entnimmt, fügt derselben hinzu: „Folge dieser Ueberzeugung ist aber nicht etwa der Beschluß, das Land zu räumen, sondern daß der Kaiser — wenigstens nach Mack's Erzählung — äußert, ein Theil der am Rhein befindlichen Truppen solle nach Belgien kommen.“

Was Hüffer aber nicht hinzufügt, ist die Thatsache, daß der Kaiser jene Absicht, Truppen vom Rheine nach Belgien zu ziehen, nicht ausgeführt hat [3]), und daß Mack dem Herzog von York nach

1) Wenn Hüffer's Politik 53 sagt, daß die Denkschrift auf verschiedene Lösungen und durchaus nicht auf einen einzigen Beschluß hinweise, so ist dies thatsächlich nicht richtig. Die ganze Reihe der dort gestellten Fragen führt auf die einzige Lösung: Rückzug der Oesterreicher aus Belgien, das die Seemächte allein vertheidigen mögen, und baldigsten Frieden mit Frankreich. Witzleben hat keine andere Ansicht, III, 260, 270.

2) Offenbar liegt hierin kein Widerspruch gegen die Thatsache, daß Mack seit Tourcoin, unter den gegebenen und nachher nie geänderten Verhältnissen, wo der Armee jede Verstärkung versagt blieb, die Räumung Belgiens für unvermeidlich hielt.

3) Erst nach langen Monaten kam ein Nachschub, und dieser betrug dann drei Bataillone.

dessen Briefe weiter erzählt: „die unerwartete Auslassung des Kaisers brachte den Minister für den Augenblick zum Schweigen, zeigte ihm aber, daß ein längerer Aufenthalt des Kaisers bei der Armee nicht im Interesse des Ministers läge, da der Kaiser sich zu eignem Urtheil fähig zeigte und nicht mehr so unbedingt wie bisher Thugut's Rathschlägen folgen wollte.“ In der That erschien, in tiefstem Geheimniß vorbereitet und zur Ueberraschung von aller Welt, plötzlich am folgenden Tage die Erklärung des Kaisers, daß er die Armee verlassen und nach Wien zurückkehren müsse. Daß Thugut hierauf eingewirkt, versteht sich von selbst; auch der Herzog von York bemerkt in seinem Briefe, Mack's Argwohn hierüber scheine ihm um so begründeter, als auch der Fürst von Waldeck ihm mehrmals gesagt, sehr einflußreiche Männer wirkten bei dem Kaiser auf gänzliches Aufgeben Belgiens, als einer dem Reiche mehr schädlichen als nützlichen Provinz. Er, Waldeck, arbeite dagegen, und der Kaiser habe ihm auch versprochen, einen so schlechten Rath nicht zu befolgen, aber Gott möge wissen, zu welchen Schritten jene ihn noch bringen würden, nachdem sie ihn einmal erst von der Armee hinweggebracht hätten [1]).

Diese Erklärung schien dem Herzog vollkommen glaublich, mit Ausnahme des einzigen Punktes, daß Waldeck ein Gegner der Räumung sei. Er wußte, daß Waldeck bei andern Personen in entgegengesetztem Sinne redete, und war überzeugt, daß er damit die Gesinnungen Thugut's, seines Lenkers, ausdrücke [2]). Diese entgegengesetzte Meinung hat denn Waldeck auch später ebenso wie früher bekundet, und sich derselben bei dem Grafen Döhnhoff sehr lebhaft berühmt. Nichts ist wahrscheinlicher, als daß er dem zürnenden und rohen Herzog gegenüber sich durch die augenblickliche Verläugnung eine peinliche Scene ersparen wollte. Die Hauptsache, die Betreibung des Rückzugs durch dieselben einflußreichen Personen, welche die Abreise des Kaisers bewirkten, hat er um so bestimmter bestätigt [3]).

---

1) Ich habe dies schon G. d. Rev. Zeit III, 111 Note 2, kurz angeführt, ausdrücklich nach der auch von Hüffer benutzten Depesche York's, aber freilich ohne dabei die Correspondence of Cornwallis zu citiren, wo dieselbe abgedruckt ist.

2) Schreiben York's vom 28. Juni.

3) Hiemit erledigt sich alles, was Hüffer, Politik S. 50—53 über Mack und Waldeck auseinandersetzt.

Daß die plötzliche Entfernung des Kaisers vom Kriegsschauplatze den Rückzug der Armee nicht bloß bedeutete, sondern auch wesentlich beförderte, darüber haben die nächst stehenden Zeitgenossen keinen Zweifel gehabt. York, Cornwallis, Dundas, Elgin waren sofort überzeugt, daß von nun an nichts mehr für Belgien von Oesterreich zu erwarten sei. Die Einwirkung auf die Armee war ebenso niederschlagend wie auf das Land: die bisher schon kümmerliche Einheit und Straffheit der Leitung machte einer allgemeinen Verwirrung Platz. Thugut erlebte diese Wirkung noch und war darüber höchlich entrüstet. Vivenot hat einige Briefe an den Cabinetsminister Colloredo veröffentlicht, in welchen Thugut sich mit grimmiger Erbitterung über die allgemeine Erbärmlichkeit, Zerfahrenheit und Feigheit ergeht, die Brüsseler Verwaltung als völlige Anarchie schildert, die Generale „die mit Theresienkreuzen behangenen Weißröcke" nennt und das aus ihrer Unfähigkeit entspringende Kriegsunheil lebhaft beklagt: es versteht sich, daß Vivenot und, ihm zustimmend, Hüffer in diesen Briefen authentische Beweise für Thugut's Eifer zum belgischen Kriege erblicken. Nun, wenn es ein Mittel gab, dieser Auflösung zu steuern, so war es offenbar die Verzögerung der Abreise des Kaisers, der sich sichtlich unlustig von dem Heere trennte. So oft hatte man über die Vielköpfigkeit des Hauptquartiers und die Eigenwilligkeit der Generale geklagt: wenn es Ernst darum war, die Kriegsgefahr von Belgien abzuwenden, mußte man alles aufbieten, durch die Anwesenheit des Souverains dieser innern Zerfahrenheit Schranken zu setzen. Da Thugut aber hievon das gerade Gegentheil that, so ist es deutlich, daß er zwar scheltende und klagende Worte genug in Bereitschaft hatte, durch die That aber auch hier das Seinige leistete, um das Verbleiben der Armee in Belgien unmöglich zu machen. Auch hier zeigt es sich, daß die polnische Sache und die Bekämpfung Preußens ihm mehr am Herzen lag, als der Krieg gegen die französische Revolution.

Nach einer Angabe seines Bureauchefs Jenisch hätte eine Nachricht, daß Kosciusko den Österreichern Krakau anbiete, bei ihm den Beschluß für die Abreise des Kaisers entschieden [1]). Daß es die

1) Cäsar an den König, 22. Juni. Ich hatte Hüffer vorgeworfen, daß er unter andern auch diese Depesche für seine Meinung anführe, die

polnische Sache überhaupt war, daß also das eben bezeichnete Verhältniß Statt fand, spricht seine Correspondenz mit Cobenzl in Petersburg so positiv wie möglich aus. Am 9. Mai hatte ihm Cobenzl gemeldet, nach dem preußischen Einmarsch halte Katharina eine neue Theilung Polens für gewiß und verheiße dabei kräftige Vertretung des österreichischen Interesse; allerdings müsse sie bei der jetzt nöthigen Rücksichtnahme auf Preußen die beinahe zum Abschluß gediehene Verhandlung über Thugut's Vorschläge vom December und Februar suspendiren. Thugut, welcher diese Depesche erst am 4. Juni, also nach dem Beschluß der Kaiserreise empfieng, antwortete darauf noch aus Brüssel am 21. Unter heftigen Schmähungen gegen Preußen erklärte er, daß der Kaiser zur gemeinsamen Operation gegen die Polen bereit sei, sobald er die dazu nöthige Truppenmacht in Galizien gesammelt habe. Die Verstärkungen dorthin seien auf dem Marsche, die Reise des Kaisers werde jeden Zeitverlust beseitigen, alle etwa noch vorhandenen Schwierigkeiten heben. Wie der Kaiser die Hydra der Revolution in Frankreich bekämpft habe, so eile er jetzt, dasselbe Ungethüm in Polen anzugreifen. Nur müsse Rußland das Seinige thun gegenüber der preußischen Böswilligkeit. Der Kaiser müsse fordern, und Rußland ihm dazu verhelfen, daß 33,000 Preußen beim Rheinheere blieben; nur unter dieser Voraussetzung könne er die englische Forderung genehmigen, den Rest der preußischen Armee nach Flandern zu senden.

Thugut fährt also beim russischen Hofe fort, hier, wie im Februar, die Zerstückelung der preußischen Armee zu beantragen. Daneben aber läßt er gleich nachher, am 23., in London erklären, er habe nichts dagegen einzuwenden, daß die ganze preußische Armee nach Flandern abrücke. In den zwei Tagen, welche zwischen beiden Depeschen liegen, hat sich die Lage nicht geändert; er weiß überhaupt,

polnischen Händel hätten nur geringen Einfluß auf den französischen Krieg gehabt. Er erklärt jetzt, daß er nicht diese, sondern eine andere Depesche desselben Datums, betreffend polnische Flüchtlinge, gemeint habe: ich habe nichts einzuwenden, muß aber dann um so mehr beklagen, daß er von der ersten, die allein zur Widerlegung seiner Ansicht ausreicht, keine Notiz hat nehmen mögen.

daß die preußische Macht am Rheine nicht entbehrt werden kann, daß eben aus diesem Grunde Preußen weder die Hälfte noch das Ganze nach Belgien schicken wird; er gesteht endlich in einem besondern Briefe, auch vom 21., dem Grafen Cobenzl unumwunden ein, daß der Marsch der Preußen nach Belgien für die Rettung dieses Landes jedenfalls zu spät kommen würde. Man erkennt deutlich, daß seine, sich gegenseitig widersprechenden Anträge über die preußischen Truppen zunächst nur darauf berechnet sind, für den sichern Fall der preußischen Weigerung sowohl in London als in Petersburg den König als den Urheber alles Unglücks in Belgien erscheinen zu lassen.

Thugut erörtert dann dem Grafen Cobenzl noch näher die Gründe für die Rückreise des Kaisers. „Ihr kennt dieselben", schreibt er in gewöhnlicher Schrift, „aus dem öffentlichen Circular; der Kaiser will die Rüstungen, besonders in Ungarn beschleunigen." In Chiffern fügt er aber hinzu: „Ihr erkennt leicht, daß die polnischen Ereignisse mächtigen Einfluß auf die Entschließung des Kaisers gehabt haben; die allgemeine Lage verwickelt sich mehr und mehr und fordert immer dringender das vollkommenste und vertrauteste Einverständniß zwischen den beiden Kaiserhöfen; der Kaiser hat durch seine Rückkehr die räumliche Entfernung zwischen sich und Petersburg vermindert und dadurch das engste Einvernehmen mit seiner hohen Alliirten erleichtert."

Was er fort und fort vor allem besorgte, war ein Bündniß Preußens mit Frankreich, und ein Angriff desselben auf die kaiserlichen Erblande. Er verstärkte denn seine galizischen Truppen von 15,000 auf 20,000 Mann, wagte aber nicht mehr dorthin zu senden, um für Böhmen und Mähren eine halbwegs ausreichende Deckung verfügbar zu behalten [1]). Mit 20,000 Mann konnte er in Polen unmöglich eine große Rolle spielen, wenn er nicht einer kräftigen und unbedingten Mitwirkung Rußlands sicher war, eines Waffenbundes nicht bloß gegen die polnischen Insurgenten, sondern eintretenden Falles gegen Preußen selbst. Es leuchtet ein, daß ihm unter solchen Umständen die Entsendung von Verstärkungen nach

1) Es standen 1794 dort 40,000 Mann.

Belgien doppelt undenkbar war, daß ihm umgekehrt eine Annäherung der großen belgischen Armee an den möglichen preußischen Kriegsschauplatz höchst erwünscht sein mußte, wie sich versteht, nicht einer geschlagenen, fliehenden, zerrütteten Armee, sondern intacter und imponirender Streitkräfte. Demnach ergiengen an Coburg und Clerfait wiederholte kaiserliche Ermahnungen, die Truppen zu conserviren, die Mannszucht herzustellen, wenn möglich irgend einen erfrischenden Offensivstreich zu führen. An den trefflichsten Rathschlägen und Aufgaben fehlte es nicht, desto mehr aber an der Hauptsache, den Geldsendungen und Verstärkungen, die entweder, am 15. Juli, in völlig unbestimmter Ferne gezeigt, oder in den spätern Briefen von den Bewilligungen der Seemächte abhängig gemacht wurden. Den armen Generalen mußte ein solches Drängen zur Offensive, unter steter Versagung aller Mittel, wie ein offener Hohn erscheinen; Coburg reichte seinen Abschied am 8. August ein, sein Nachfolger, Clerfait, bat um denselben gleich nach seiner Ernennung. Dieser Stand des Bedürfnisses war auch Thugut keineswegs unbekannt; schon am 21. Juni hatte er an Cobenzl geschrieben: die Lage in Belgien ist kritisch; die Feinde verstärken sich täglich, unsere Truppen schmelzen trotz ihrer Siege zusammen. Aber die natürliche Folge dieses Satzes, die schleunigste Beschaffung von Verstärkungen, blieb damals und später aus: was man zu Hause an Truppen besaß, glaubte man ja gegen Preußen zu bedürfen.

Indessen hatte Thugut in Wien selbst noch einen harten Sturm zur Behauptung seines Systems durchzumachen. Wir sahen, wie Viele unter den einflußreichen Personen der Regierung und des Adels, im geradesten Gegensatze zu Thugut's Ansicht, nicht die Bekämpfung Preußens, sondern den französischen Krieg für die wichtigste Aufgabe Oesterreichs hielten und demnach zur Verstärkung des belgischen Heeres und zur Erwirkung preußischen Beistandes riethen. Hieraus entsprang im Juli ein an den Kaiser gebrachter Vorschlag, an Coburg's Stelle dem Marschall Lascy den Oberbefehl des belgischen Heeres anzuvertrauen. Wie wir bemerkten, hatte Lascy von jeher, wenn nicht für Mack's große Invasionspläne, so doch für kräftige Offensive an der Sambre und zu diesem Behufe für Verstärkung der Armee und Einvernehmen mit Preußen gewirkt. Er

hatte dann, nachdem Thugut dies alles hintertrieben, wie Mack die Hoffnungslosigkeit des Kampfes erkannt und bereits Anfangs Juni die Räumung Belgiens und den Rückzug der Armee in die Erblande als das unter den gegebenen Umständen einzig Verständige bezeichnet. Immer aber hätte seine Ernennung zum Oberbefehlshaber den Eintritt eines, dem bisherigen völlig entgegengesetzten Systems bezeichnet, und so begriff sie auch Thugut und setzte ihr in kategorischer Weise seinen Widerspruch entgegen. Der Kaiser, wie wir wissen, war noch nicht ganz von der Kriegslust gegen Frankreich geheilt: hienach richtete Thugut seine Darlegung ein. Wie er schon früher die Schuld aller Kriegsunfälle auf den Mangel an Kühnheit und Energie bei den Generalen geschoben, so verdächtigte er auch jetzt in gleichem Sinne den Marschall Lascy, dem schon dessen alter Nebenbuhler Laudon alle Kraft und Frische zur Offensive abgesprochen habe. Lascy würde, schrieb er den 26. Juli an Colloredo, dem Kaiser jede Verfügung über die Armee entziehen; er würde 30 Millionen Gulden, eine neue Aushebung von 100,000 Mann, ein russisches Hülfscorps von 40,000 Mann begehren; er würde preußischen Beistand von 80,000 Mann um jeden Preis, selbst um den Preis der Abtretung von österreichisch Schlesien fordern und, wenn er dies alles nicht sofort erhalte, die Nothwendigkeit des französischen Friedens um jeden Preis erklären. Für den Fall, daß der Kaiser auf ein solches System eintreten wollte, bat Thugut, ihn von seinem Ministerposten zu entheben und Lascy die Leitung der Staatsregierung zu übertragen.

Diese Erörterung schlug bei dem Kaiser durch. Er ließ Lascy fallen und gab Thugut zu der bisherigen Macht noch einen höhern Titel. Es blieb bei dem bisherigen Verfahren, den Officieren die Mittel des Wirkens zu entziehen und wegen der Folgen ihre Schwäche und Muthlosigkeit anzuklagen. Frankreich hatte damals 800,000 Mann im Felde und verbrauchte monatlich 120 Millionen Franken für den Krieg: Oesterreich hatte bei den kämpfenden Armeen 200,000 Mann, für die es monatlich etwa 20 Millionen Franken bedurfte, und bei dieser Lage wurde der Gedanke einer Aushebung von 100,000 Recruten und eines Geldopfers von 30 Millionen Gulden mit Erfolg dem Kaiser als eine Ungeheuerlichkeit, als ent=

scheidender Grund gegen Lascy's Ernennung bezeichnet. Aber allerdings hätte dies System zur Aussöhnung mit Preußen, zur Anerkennung des preußischen Erwerbs in Polen geführt[1])!

Thugut, jetzt seiner herrschenden Stellung sicher, schritt auf seinem Wege vorwärts.

Ich habe früher[2]) nach englischen Documenten dargelegt, wie er in dem Wunsche, die österreichischen Streitkräfte gegen Preußen statt gegen Frankreich zu verwenden, durch die Rücksicht auf England und Rußland gehindert wurde. Denn diese begehrten Fortsetzung des französischen Kriegs und wollten nur unter dieser Bedingung dem Kaiser ihren Beistand gewähren. Die englische Regierung war durch die Abreise des Kaisers aus Belgien tief erbittert und glaubte darin ein sicheres Symptom seines Abfalls von der Coalition zu sehen. Thugut beeilte sich also, um diesen Eindruck zu verwischen, den Grafen Mercy, den notorischen Freund Belgiens, mit der Unterhandlung um englische Subsidien und Garantien (auch gegen Preußen) zu beauftragen. Leider aber drehte sich dieselbe Monate lang in dem üblen Kreise, daß England Geld und Allianz versprach, sobald Oesterreich etwas für Belgien wirklich leisten wolle, Thugut aber nichts leisten zu können erklärte, ehe er Geld und Allianz erhalten habe. Auf welcher Seite hiebei der redliche Willen war, darüber läßt die Reihe der beiderseitigen Aeußerungen nicht den Schatten eines Zweifels bestehen. Schon im Juli gab Lord Grenville Erklärungen, welche über die Hauptsache, die Zahlung großer Subsidien und kräftige Deckung gegen etwaiges preußisches Uebelwollen, falls nur Oesterreich seine belgische Armee auf 100,000 Mann, und diese wirklich in das Gefecht bringen wolle, jede denkbare Unsicherheit ausschlossen. Aber Thugut, weit entfernt davon, hierauf zuzugreifen, mäkelte an jedem Nebenpunkte, protestirte gegen einen englischen Oberfeldherrn, forderte den Umsturz der belgischen Verfassung, erklärte ein über das andere Mal, daß dem Kaiser an Belgien gar

1) Vivenot und Hüffer sehen in Thugut's Schreiben, wegen der Schmähungen auf Lascy's Unfähigkeit zur Offensive, einen glänzenden Beweis von Thugut's Eifer zur Vertheidigung Belgiens.

2) Ergänzungsheft S. 69—88.

nichts gelegen sei[1]), und handelte ganz und gar nach diesem Satze, indem er die Armee fortdauernd ohne Nachschub ließ, und die Generale nur für den Fall zu Offensivbewegungen anwies, daß England die Forderungen des Kaisers erfüllt haben würde. Mittlerer Weile zog die Armee, ohne seit der Schlacht von Fleurus noch ein ernstliches Gefecht zu liefern, hinter die Maas zurück und lag dort Wochen lang in voller Unthätigkeit, so daß jetzt auch die russischen Minister dem Grafen Cobenzl bedenkliche Zweifel über Oesterreichs Eifer zum französischen Kriege aussprachen[2]). Mitte September wich dann Clerfait nach einem scharfen Kampfe hinter die Roer, am 2. October aber nach einem leichten Scharmützel über den Rhein zurück. Indessen hatte Lord Grenville bei solchen Verhältnissen auf die Rettung Belgiens verzichtet und erklärte sich am 14. September bereit, Oesterreich Subsidien und deckende Allianz auch für den Krieg allein am Rheine und in Italien zu bewilligen.

Bis dahin hatte Thugut auch seine russische Unterhandlung hingezögert. Katharina und ihre Minister hatten die Rückkehr des Kaisers nach Wien nachdrücklich belobt und bei der künftigen Theilung Polens Oesterreich fette Bissen verheißen; auch wollten sie eine separate Unterhandlung mit dem Kaiser über Garantie gegen etwaige preußische Feindseligkeit eröffnen, fanden aber, da ein starkes preu-

1) Vivenot und Hüffer bleiben bei dem Argument, auf diese Reden sei gar nichts zu geben, weil sie nur den Zweck gehabt hätten, die Engländer zu eignen Anstrengungen anzuspornen. Das hätte vielleicht im Mai und Juni einen Sinn haben können; seit Juli aber lag es vollkommen klar zu Tage, daß gerade umgekehrt alle englischen Anstrengungen von der Bedingung eigner Thätigkeit Oesterreichs abhiengen und unter dieser sofort zu haben waren. Vivenot bringt einige Depeschen von 1792 bei, worin das Wiener Ministerium jenes Strategem dem Gesandten Stadion in London mit Erfolg empfehle, und meint, so sei es auch 1794 gewesen. In Wahrheit war der Unterschied gewaltig. 1792 erklärte Stadion, daß Oesterreich nichts zur Beschützung Belgiens thun werde, wenn man ihm nicht erlaube, das Land durch Tausch los zu werden: das soll nun ein Beweis für den Satz sein, Oesterreich habe Abneigung gegen Belgien 1794 nur geheuchelt, um das Land mit Englands Hülfe zu behaupten.

2) Cobenzl an Thugut 25. Juli, und sonst; sehr stark noch 2. December.

ßisches Heer in Polen stand, daß die Berathung über die Theilung nur zu Dreien, also gemeinschaftlich mit Preußen geführt werden könne. Dieser Ausspruch erweckte sofort bei Thugut ein peinigendes Mißtrauen auch gegen Rußland [1]). Er hatte im Juli ein kleines Corps in Polen einrücken lassen; er zog es nach jener Erklärung auf der Stelle wieder zurück. Im September aber fand sich der König von Preußen veranlaßt, die Belagerung von Warschau aufzuheben und den größten Theil seiner Truppen nach Südpreußen zurückzuführen. Damit schien für Rußland die Nothwendigkeit und die Neigung zu fernerer Rücksichtnahme auf Preußen weggefallen, und Thugut sandte den 11. September an Cobenzl eine neue Instruction, worin er ihn anwies, für Oesterreich Krakau, Sendomir, Chelm, Lublin und einen ansehnlichen Theil von Volhynien, zwischen dem Bug und Lipsk zu begehren; je mehr im Uebrigen Rußland, je weniger Preußen erhalte, desto erwünschter würde es für Oesterreich sein; es sei auf vollständige Theilung Polens zu dringen, und deshalb nicht der Vertrag von 1793 zu wiederholen, sondern eine ganz neue Stipulation anzufertigen; außerdem müsse der Kaiser einen französischen Grenzstrich oder statt dessen eine anderweitige Entschädigung erwerben; im französischen Kriege seien die preußischen Truppen unter kaiserlichen Oberbefehl zu stellen, ein russisches Hülfscorps aber würde stets eine principale Rolle erhalten. Als Cobenzl diese Anträge den russischen Ministern vorlegte, hatte er die Freude, sie gegen Preußen wegen des Rückzugs von Warschau höchst entrüstet zu finden; daß Katharina jetzt wenig Neigung zur Abreißung französischer Provinzen zeigte, hatte bei dem Stande der Kriegsoperationen wenig zu bedeuten; unangenehmer war, daß sie höchst bestimmt alles Land im Osten des Bug für sich begehrte und den Oesterreichern also jede Ausdehnung in Volhynien rund abschlug. Das russische Wort erhielt sehr bald wuchtigen Nachdruck durch Suworow's polnische Triumphe, und Thugut entschloß sich am 13. November, auf Volhynien zu verzichten, um im Uebrigen, und vor allem gegen Preußen, Rußlands Zustimmung zu erhalten; am

1) Cobenzl meldet am 15. August das lebhafte Bedauern der Russen darüber.

29. gab er Cobenzl dazu die Vollmacht, wiederholte, daß Oesterreich den Russen möglichst viel, den Preußen möglichst wenig gönne [1]), und kam jetzt auch wieder auf den Beitritt zu dem Januarvertrage zurück, den er genehmigen wolle, wenn Preußen die anderweitige Entschädigung Oesterreichs anerkenne. Nothwendig aber müsse Katharina in besonderer Urkunde Hülfe gegen Preußen versprechen, falls dieses die österreichische Entschädigung in Polen, Frankreich, Venetien oder sonst hindern wollte, falls es zu Drohungen, Demonstrationen, Gewaltthätigkeiten gegen den Kaiser vorschritte; es sei nöthig, daß man sich in Bezug auf Preußen ebenso verpflichte, wie bei dem frühern Bundesvertrage in Bezug auf die Türken. „Preußen, sagte er, hält sein Interesse für identisch mit dem französischen, sucht Frankreich zu seiner alten Macht zu erheben und wünscht ein Bündniß mit den republikanischen Räubern zu schließen: es dürfte keine Scholle Landes ohne die förmliche Verpflichtung zur ferneren Theilnahme am französischen Kriege erhalten."

Nachdem Cobenzl die Depesche vom 13. November empfangen, und somit die Streitfrage über Volhynien zwischen den Kaiserhöfen beseitigt war, eröffneten die Russen die förmliche Verhandlung auch mit dem preußischen Gesandten, Tauenzien. Dieser forderte das polnische Land bis zur Weichsel und Narew, darunter also auch Krakau und Sendomir, welches Katharina bereits Oesterreich zugebilligt hatte. Darüber stritt man in drei Conferenzen, am 16., 18. und 19. December [2]), natürlich ohne Erfolg. Für diesen Fall hatten die Russen schon am 15. mit Cobenzl sich dahin verständigt,

1) Hiemit wird die Ansicht widerlegt, daß Preußens Absichten gegen Oesterreich, dem es Lublin, Chelm und den eben von Thugut selbst begehrten volhynischen Bezirk zuwenden wollte, unfreundlicher als die österreichischen gegen Preußen gewesen.

2) Hüffer bemerkt ganz richtig, daß ich dieselben (Gesch. der Revolutionszeit III, 279) falsch datirt habe. Ich hatte Tauenzien's betreffende Depesche mehrere Jahre vor der Ausarbeitung des Buchs excerpirt, damals die Daten der einzelnen Sitzungen nicht notirt, sie später nach ihrer Reihenfolge und dem Datum des Tauenzien'schen Berichtes berechnet und demnach irrig auf den 18., 20 und 21. December gesetzt. Für die Sache war der Irrthum bedeutungslos.

daß dann die beiden Kaiserhöfe auch den Theilungsvertrag für sich allein abschließen und die sonstigen österreichischen Wünsche durch eine gegenseitige ministerielle Declaration erledigen sollten. Hienach fertigte die russische Kanzlei die betreffenden Actenstücke aus, die Declaration über den Theilungsvertrag, die Urkunden über den österreichischen Beitritt zum Januarvertrage von 1793, die russische Acceptation desselben, die sonstigen geheimen Festsetzungen und legte alles dem Grafen Cobenzl zur Unterschrift vor. Diesen erwartete hiebei noch eine besondere Ueberraschung. Auf persönlichen Befehl der Kaiserin war in die Declaration außer den Sätzen über Preußen und Venetien auch noch, wovon die Minister vorher nichts gesagt hatten, der Plan der türkischen Theilung von 1782 gesetzt worden. Als Cobenzl sein Befremden über solch eine Ueberrumpelung aussprach, meinten die Russen, bei so vielen Verheißungen ihrerseits sei ein Gegendienst Oesterreichs nicht mehr als billig; als Cobenzl auf die Gefahren eines türkischen Kriegs in diesem Augenblicke hinwies, versicherten sie, daß in diesem Augenblicke an denselben nicht zu denken, daß er entfernter als jemals sei. Cobenzl, sehr wohl wissend, daß man in Wien mit der Sache völlig einverstanden war, wenn sie nur nicht während des französischen Kriegs begonnen würde, entschloß sich sub spe rati zu unterzeichnen. Seinerseits brachte er noch in die Accessionsurkunde zum Vertrage von 1793 eine ausdrückliche Erwähnung des baierisch-belgischen Tausches, eine im Grunde unnöthige Vorsicht, da ja der 7. Artikel des alten Vertrags Rußlands Beihülfe zum Tausche bereits zusicherte, so daß ihm nachher Thugut auch sagte, er hätte den Schritt besser unterlassen, da man in London und München den Verzicht auf den Tausch ausgesprochen, und wenn Cobenzl's Clausel dort bekannt würde, diese Höfe daran Anstoß nehmen könnten; eine einfache Bezugnahme auf den 7. Artikel wäre demnach vorsichtiger, und in der Sache ausreichend gewesen [1]). Im Uebrigen aber hatte er für Cobenzl und dessen Werk nichts als Lob und Preis und beantragte sofort für sämmtliche Abmachungen die

1) Hüffer scheint anzunehmen, daß bei diesen Verhandlungen Cobenzl überhaupt erst wieder an den baierischen Tausch gedacht habe. Er übersieht, daß die von Thugut angebotene Accession zum Januarvertrag den Anspruch auf den Tausch in sich schloß.

kaiserliche Ratification. An der türkischen Clausel nahm er, einmal beruhigt darüber, daß die Russen nicht sogleich losschlagen würden, durchaus keinen Anstoß. Wie hätte er auch? Kein Anderer als er hatte ja in Petersburg die Erneuerung der josephinischen Politik, und damit den Plan zur Theilung der Türkei, wieder auf die Bahn gebracht, und in allen Instructionen auch der letzten Monate hatte er Cobenzl angewiesen, zwar die Vertagung des Türkenkrieges bis zum französischen Frieden zu begehren [1]), dann aber den vollen Beistand des Kaisers zu dem großen Plane zu versprechen. Er erndtete also in Katharina's Forderung lediglich, was er selbst gesäet hatte; mit vollem Grunde ist er als der Urheber der türkischen ebenso wie der venetianischen Clausel in dem bedeutungsschweren Vertrage zu bezeichnen.

Die Absicht der beiden Kaiserhöfe gieng also jetzt dahin, die Preußen aus Krakau auszuweisen und den preußischen Antheil von Polen auf 700 Quadratmeilen, neben 1000 für Oesterreich und 2000 für Rußland, zu beschränken, sodann den französischen Krieg in solcher Weise zu beschließen, daß Oesterreich dabei Baiern und Venetien erhielte, und hierauf gemeinsam zur Theilung der Türkei zu schreiten. Sollte Preußen sich in einem Punkte dieses Programmes in irgend einer Weise widersetzen, so würden beide Mächte es mit Waffengewalt zu Boden schlagen.

Preußen wußte von den Einzelnheiten dieser Abreden und überhaupt von ihrer vertragsmäßigen Besiegelung nichts. Aber die Kälte Rußlands und die Feindschaft Oesterreichs war ihm seit Monaten handgreiflich klar geworden. Gemeinschaftlich mit solchen Alliirten die Gefahren eines französischen Krieges fortzutragen, wäre widersinnig gewesen. Es that seinen Gegenzug, indem es in Basel seinen Frieden mit Frankreich einleitete und, darauf gestützt, in Petersburg die Erklärung abgab, Krakau nicht räumen zu wollen.

---

1) Schon in der Geschichte der Revolutionszeit III, 276 hatte ich betont, daß Oesterreichs Meinung war, erst nach dem Friedensschlusse mit Frankreich den türkischen Krieg zu beginnen. Hüffer rügt, daß ich im Widerspruche damit eine Seite vorher von dem Plane eines sofortigen Losbruchs gegen die Türkei geredet. Er übersieht, daß ich dort (III, 275) nicht von Oesterreich, sondern von Katharina spreche.

Der in den Abreden des 3. Januar vorgesehene Kriegsfall war damit eingetreten: es kam darauf an, wann und wie die Kaiserhöfe zur Ausführung schreiten wollten.

4. Der Feldzug von 1795.

Damals, in den ersten Monaten 1795, war die Lage der Dinge am Rhein die folgende.

Nachdem Clerfait Anfang October 1794 bei Köln auf das rechte Rheinufer zurückgegangen, hatte ihm der Kaiser am 13. in gelassenem Tone sein Bedauern darüber ausgesprochen und dann bemerkt, daß seine Versprechungen gegen die Alliirten und die wichtigsten politischen Gründe ihn nöthigten, Anstalten zum Schutze Hollands zu treffen; Clerfait solle also in dieser Beziehung alles thun, was ihm militärisch möglich erscheine. Am 23. wurde dieser Auftrag in wortreicher Ausführlichkeit wiederholt, und nur am Schlusse hinzugesetzt, Holland müsse die Verpflegung der kaiserlichen Hülfstruppen übernehmen, und England sich zu neuen Geldvorschüssen entschließen; geschehe dies nicht, so hätten die Alliirten es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie Oesterreichs guten Willen lähmten. Noch wurde hinzugefügt, daß Clerfait dem Befehlshaber der Reichsarmee, Herzog Albert, Nachricht über alle seine Unternehmungen geben, aber mit der ihm zunächst stehenden preußischen Armee am Mittelrhein jede Verhandlung unterlassen sollte. Clerfait, der indeß am 17. October sein Entlassungsgesuch wiederholt hatte, fand am 31. die militärischen Verhältnisse in Holland überall trostlos, mithin geringe Aussicht auf „militärisch mögliche" Unternehmungen [1]; auch das Verbot eines Einvernehmens mit den Preußen scheint ihn nicht ermuthigt zu haben, da er am 14. November Thugut sehr nachdrücklich, aber natürlich ohne Erfolg erörterte, daß der Mangel eines solchen Einvernehmens die einzige Ursache aller bisherigen Unglücksfälle gewesen sei. Indeß empfieng er wiederholte Weisung vom 2. November, mit York sich über einen Feldzugsplan nach reif-

1) Alle diese Briefe sind jetzt bei Vivenot (Thugut, Clerfait und Wurmser) gedruckt, leider Clerfait's klagende Erörterungen meistens nur in kurzem Auszug.

licher Erwägung zu verständigen, immer unter jener Voraussetzung, daß die Holländer die Verpflegung der Truppen lieferten, sowie einen Befehl vom 7., die Garnison von Maestricht, nicht etwa durch einen raschen Entsatzversuch, sondern durch Capitulation des Platzes auf freien Abzug der Besatzung, dem Vaterlande zu erhalten. Der Kaiser mochte für diese Maßregel treffliche Gründe haben; immer aber wird sie niemand als ein Signal zu energischer Kriegführung betrachten können. Am 27. meldete Clerfait den Abschluß seines Concertes mit York, auf Stellung von 30,000 Mann österreichischer Hülfstruppen für Holland gegen monatliche Zahlung von 100,000 Pfund Sterling englischer Subsidien, und bat um die kaiserliche Genehmigung, welche dann auch am 10. December erfolgte, unter der Einschränkung, daß die 30,000 Mann allerdings nach Umständen noch verstärkt, aber nicht bleibend mit der englischen Armee vereint werden dürften, und mit der Erläuterung, daß man die Abrede nur als eine provisorische und partielle betrachte, um zu verhindern, setzte Thugut hinzu, daß die Engländer nicht etwa glauben, mit jenen 100,000 Pfund seien unsere Ansprüche an das Londoner Cabinet erledigt; sollte vollends eine Unregelmäßigkeit in den Zahlungen eintreten, so sei York aufmerksam zu machen, daß die Truppen sofort zurückziehen müßten [1]). Clerfait ließ darauf die 30,000 Mann die holländische Grenze überschreiten, klagte aber fort und fort, 20. und 27. December, über die Schwäche, die Uneinigkeit und Wortbrüchigkeit der Alliirten und wiederholte sein Entlassungsgesuch. Es war kein Wunder, daß unter solchen Umständen die 30,000 Mann hart an der Grenze in völliger Unthätigkeit verharrten, und nachdem Pichegru Utrecht und Amsterdam genommen, ohne Thaten noch Verluste wieder in das Kölnische zurückkehrten.

Man könnte nach den vorliegenden Quellen nicht sagen, daß das unglückliche Ereigniß einen besonders tiefen Eindruck in Wien gemacht hätte. Ohne Zweifel wäre der Verlust Hollands an die

1) Vivenot und Hüffer bemerken in diesen und allen weitern Briefen stets nur die allgemeine Ermahnung zu kühner Offensive, womit dieselben zu beginnen pflegen; die Clauseln, Bedingungen und Hemmnisse, wodurch man hinterher das eben angezündete Feuer jedes Mal wieder dämpft, lassen sie unberücksichtigt.

Franzosen ein äußerst schwerer Schlag auch für die österreichische Kriegführung selbst gewesen, wenn dieselbe in altkaiserlichem Sinne die Vertheidigung der Rheinlinie und des deutschen Reichsbodens als eignen Beruf, oder gar wenn sie die Wiedereroberung Belgiens als eine ihrer Aufgaben betrachtet hätte. Aber wie vorher von einem eignen Interesse an Holland nichts zu spüren war, sondern jede Thätigkeit als freier Dienst für die Alliirten von holländischen Lieferungen und englischem Gelde abhängig gemacht wurde: so war die einzige Reflexion des Kaisers (9. Februar) nach der Vollendung des Unheils, daß das Ereigniß sehr traurig sei, aber für ihn eine gewisse Genugthuung in dem Gedanken liege, es sei alles geschehen, um jeden Argwohn gegen seine Bundestreue unmöglich zu machen. Was aber die praktischen Folgen anbetraf, so erhielt Clerfait die Weisung, da er selbst schon mit Recht bemerkt habe, daß die Vertheidigung Westfalens die natürliche Obliegenheit Preußens sei, solle er demnach seine Armee an den Oberrhein führen und sich mit den dort stehenden Oesterreichern und Reichstruppen zu einer großen und wirksamen Masse vereinigen. Von Holland oder dem Niederrhein war keine Rede weiter. In der That wäre es unnatürlich gewesen, in einem Augenblicke, wo man selbst den offenen großen Krieg gegen Preußen im Sinne trug, kaiserliche Truppen zur Vertheidigung preußischer Provinzen am Niederrhein stehn zu lassen [1]). Was dann mit der vereinigten Heeresmasse am Mittel- und Oberrhein weiter geschehn solle, darüber, schrieb Franz, werde er dem Feldherrn seine weiteren Entschließungen demnächst eröffnen; einstweilen habe Clerfait in tiefstem Geheimniß die Vorkehrungen zum Marsche an den Oberrhein zu treffen.

Welch ein Plan für weitere Operationen, und ob überhaupt einer beschlossen werden würde, dies hieng in Wien von vielen sonstigen Erwägungen, nur nicht von dem militärischen Bedürfniß der Reichsvertheidigung ab.

---

1) Uebrigens befahl gleichzeitig, aus politischen Erwägungen, die den österreichischen entsprachen, der König von Preußen den Abmarsch seiner Armee nach Westfalen, was Franz am 13. Februar dem General Clerfait meldete.

Thugut verhandelte fort und fort mit den Engländern über die Garantie einer großen Anleihe, bedeutende Vorschüsse, deckende Allianz. Im Januar hatte man gestritten, ob der Contract auf 6 Mill. Pfund englische Anleihe und 240,000 Mann österreichischer Truppen, oder auf 4 Mill. Pfund und 200,000 Mann lauten sollte. Zu derselben Zeit, in der Lord Grenville hierüber nachgab, begehrte Thugut statt des früher üblichen Zinsfußes von 7 1/2 Procent einen niedrigern von 6 Procent, unter der Erklärung, wenn England darauf nicht sofort abschließe, werde die Armee den Rhein verlassen und in die Erblande zurückgehn. Als Grenville dies kategorisch weigerte, lenkte Thugut ein, forderte dann aber einen sofortigen Vorschuß von 500,000 Pfund; sonst, wiederholte er, würde Luxemburg nicht entsetzt, Mainz nicht vertheidigt, das Heer vom Rheine zurückgezogen werden. Er behandelte hier das deutsche Reich, ganz so wie vorher Holland, als eine dem Kaiser eigentlich fremde Sache, die man den Alliirten zu Liebe vertheidigen wolle, wenn diese tüchtig zahlten, die man aber ihrem Schicksal überließe, wenn die Zahlungen ausblieben. Grenville antwortete, daß die Bedingungen der Anleihe fest ständen, ohne Anleihe kein Vorschuß erfolge und Thugut allein die Sache durch unbegreifliche Schwierigkeiten und grundlose Weiterungen verschleppe.

Die Preußen zogen damals ab vom Mittelrheine nach Westfalen. Die Reichstruppen am Oberrhein waren militärisch werthlos. Wenn die Oesterreicher die Rheinlinie verließen, hinderte nichts auf der Welt die Franzosen, ihnen nach Böhmen nachzumarschiren. Dies lag für alle Welt auf der Hand: sollte Thugut bei einer so deutlichen Gefahr noch dazu das Wagniß eines preußischen Krieges auf Oesterreichs Schultern nehmen? Die Antwort auf diese Frage spricht er selbst nach Petersburg aus.

Am 4. Februar sandte er die kaiserliche Ratification der geheimen Petersburger Verträge nebst einer ganzen Reihe begleitender Depeschen an Cobenzl ab. Diese alle hatten nach verschiedenen Beziehungen die eine beherrschende Frage zu erörtern: die gemeinsam an Preußen zu richtende Aufforderung, die polnische Theilung nach den Abreden der Kaiserhöfe anzunehmen, wie ist sie einzurichten und welche Vorkehrungen sind zu treffen, um das größte Unheil zu ver-

16*

hüten? Das erste und letzte Wort der Lösung ist überall: Rußland muß helfen. Alles kommt darauf an, Preußen vom Friedensschlusse mit Frankreich abzuhalten: will Rußland daraus nicht geradezu einen Kriegsfall machen, so könnte es wenigstens seine Garantie für Preußens polnische Erwerbungen von 1793 kündigen. Oesterreich sieht sich durch Englands Unbilligkeit und Geiz in drückende Finanznoth versetzt; auch hier wäre Rußlands Verwendung wichtig, und jedenfalls muß die Clausel über den belgischen Tausch in tiefstes Geheimniß gehüllt werden. Gegen Preußen ist imposante Festigkeit und kluge Umsicht zu verbinden; die Auswahl der einzelnen Maßregeln wird ganz und gar der russischen Weisheit überlassen; niemals wird Oesterreich einseitig und von Rußland gesondert mit Preußen unterhandeln. Nach allen Nachrichten aus Berlin würde dort die Ansammlung eines starken Heeres an der polnischen Grenze einen entscheidenden Eindruck machen: Rußland hat nach allen Seiten freie Hand, um Preußen seinen Willen als Gesetz zu dictiren. Von Katharina's erhabener Gesinnung ist nichts anderes zu erwarten. Sollte aber wider alles Verhoffen der Erfolg dieser Wahrscheinlichkeit nicht entsprechen, so würde, da wir Krakau und Sendomir nimmermehr aufgeben können, Preußens Verstocktheit nur ein Grund mehr für uns sein, unsern Frieden mit Frankreich zu beschleunigen.

Ueberhaupt, erörtert Thugut weiter, lassen die wichtigsten Erwägungen den Kaiser das rasche Ende eines Krieges wünschen, bei dem ihm Preußens verrätherische Treulosigkeit fast alle Aussichten auf Erfolg geraubt hat. Das frühere und jetzige Benehmen Preußens berechtigen zu den schwersten Sorgen über das Unheil aller Art, welches der Ehrgeiz und die zügellose Habgier eines Hofes ohne Redlichkeit, Schamgefühl und Humanität noch hinaufbeschwören kann. Nimmt man die Möglichkeit eines türkischen Angriffs und andere beunruhigende Umstände hinzu, so kann der Kaiser sich nicht verbergen, wie sehr die Klugheit ihn auffordert, die Erschöpfung seiner Monarchie nicht auf das Aeußerste zu treiben, sondern die ihm noch übrigen Streitkräfte zu schonen, sie zurückzuberufen und im Innern der Erblande zu pflegen und sie herzustellen durch eine wenn auch vielleicht kurze Ruhe, um dann allen Bedürf-

nissen, welche der künftige Lauf der Ereignisse herbeiführen könnte, gewachsen zu sein.

Solche Vorkehrungen, schließt der Minister, werden für uns um so dringender, je länger die englischen Zahlungen und die russische Truppenhülfe verzögert werden. Das bloße Erscheinen einer, wenn auch kleinen, russischen Colonne auf deutschem Boden als Hülfscorps zum französischen Kriege würde unschätzbare Folgen haben.

Deutlicher, scheint mir, ließ sich nicht reden. Was für Oesterreich jede andere Rücksicht überwiegt, ist die Erwerbung Krakaus und Sendomirs. Wenn man dem Kaiser nicht Krakau und Sendomir verschafft, so ist er zum preußischen Kriege und zum Frieden mit Frankreich entschlossen. Nur das kräftige Auftreten Englands und Rußlands für Oesterreich und gegen Preußen kann eine solche Wendung verhüten. An sich wäre nichts vernünftiger als der Rückzug der österreichischen Armee vom Rheine in die Erblande. Die Frage, ob Oesterreich die deutsche Reichsgrenze ferner vertheidigen wollte, war und blieb abhängig von den guten Diensten des Auslandes zur Erwerbung Krakaus.

Während man die Antwort Rußlands erwartete, war Clerfait beschäftigt, den Stellungswechsel mit der preußischen Armee zu vollziehn und seine Truppen von der holländischen Grenze in die Gegenden zwischen Ehrenbreitstein und Frankfurt zu versetzen. Die kaiserlichen Befehle für das Detail dieser Einrichtungen empfieng er am 2. März, und mit denselben die Aufforderung, dem Kaiser seine Ansichten über den in der neuen Stellung wünschenswerthen Feldzugsplan für 1795 mitzutheilen, einen Plan, dessen erste Grundlage wie es scheine stets die Erfrischung Luxemburgs und der Entsatz von Mainz bilden müsse. Clerfait versprach am 3. März, den Marsch an den Mittelrhein so schnell wie möglich auszuführen, machte aber gleich hier aufmerksam, daß zur Befreiung Luxemburgs zuerst eine siegreiche Schlacht, dann die Erstürmung der schwierigen Stellungen bei Trier, endlich die Bildung der nicht vorhandenen Magazine erforderlich sei. Der Kaiser hatte gegen diese Bedenken nichts einzuwenden; er ermahnte allerdings den 21. März auf's Neue, daß man, sobald die Armee ihre neuen Stellungen eingenommen, zu einer Offensivbewegung auf Luxemburg schreite, erkannte aber die Schwierigkeiten derselben an und erlaubte

für den ungünstigen Fall dem General im Voraus, dem Commandanten der Festung Vollmacht zu einer Capitulation nach Art der Maestrichter auf freien Abzug der Truppen zu ertheilen. Wie man sieht, war der Kriegseifer des Kaisers noch immer ebenso mäßig temperirt wie bei der holländischen Expedition. Ohne Zweifel wären ihm einige kurze siegreiche Gefechte ganz erwünscht gewesen, um die gesunkene Waffenehre und das Selbstbewußtsein der Truppen zu heben, den Gegnern zu imponiren und das offene Mißtrauen der Bundesgenossen zu zerstreuen. Man wollte die Armee verfügbar für den Nothfall zum preußischen Kriege haben und ließ sich deßhalb auf weitere Expeditionen nur mit höchster Vorsicht ein; aber vor allem wünschte man Unterwerfung Preußens ohne Krieg durch den Einfluß Englands und Rußlands, und diese Mächte waren mit der Unthätigkeit des österreichischen Heeres gegen die Franzosen sehr wenig zufrieden. Wir bemerkten, wie unumwunden sich Lord Grenville in dieser Hinsicht äußerte; aber auch in Petersburg hatten die Depeschen des 4. Februar einen nichts weniger als günstigen Eindruck gemacht. Ihr droht mit französischem Frieden, sagte Ostermann, er würde euch selbst am schlechtesten bekommen. Markoff zog aus der Depesche geradezu die Folgerung: ihr steht bereits mit Frankreich in Unterhandlung. Cobenzl hatte zu klagen, daß die Russen Thugut's Feilschen um einige Procente bei der englischen Anleihe strenge mißbilligten, daß sie bei einer Conferenz mit Tauenzien zwar die österreichischen Ansprüche vertheidigten, aber nicht bloß Preußen zur Nachgiebigkeit, sondern beiden Parteien zur Versöhnlichkeit riethen [1]). Wenn solche Symptome zu einiger Thätigkeit auf dem Kriegsschauplatze den Alliirten zu Gefallen drängten, so gab am 23. März Cobenzl eine Nachricht, welche die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Preußen für den Augenblick vertagte: während bisher die sofortige Vorlage des Theilungsvertrags an Preußen verabredet war, hatte jetzt der russische Minister Besborodko bei Katharina durchgesetzt, daß man vorher noch einmal den Weg gütlicher Verhandlung bei dem Könige

1) Cobenzl an Thugut, 27. Februar, 3. März, 6 März. Ostermann klopfte Anfang April selbst einmal an, ob Oesterreich nicht aus freien Stücken zu einer Vertauschung Krakaus die Hand bieten würde.

versuchen und erst, wenn dieser fehlschlüge, weitere Schritte berathen wollte. Man hatte also noch mehrere Wochen vor sich, ehe Preußen gegenüber der Kriegsfall wirklich gestellt wurde; während dieser Zeit konnte Clerfait unbedenklich sein Glück in einzelnen Offensivstößen gegen die Franzosen versuchen.

Unter solchen Umständen sandte am 3. April Clerfait den begehrten Feldzugsplan nach Wien ab. Er beantragte in demselben Besetzung von Koblenz, Marsch durch den Hundsrück auf Trier, das man in etwa drei Wochen erreichen würde, hierauf Vordringen nach Luxemburg, zugleich Deblokirung von Mainz und Entsendung einer zweiten Colonne von dort aus auf Luxemburg; gelinge es den Platz noch vor seinem Falle zu erreichen, so könne man von dort aus wirksam gegen Belgien vorgehn; dringend zu wünschen sei in jedem Falle Unterstützung der Sache durch einen preußischen Angriff auf Holland; nochmals entwickelte übrigens Clerfait die großen Schwierigkeiten des Unternehmens und bat dringend, einen Andern mit der Leitung desselben zu beauftragen. Der Kaiser antwortete ihm am 10. April, genehmigte den ganzen Plan und forderte Clerfait zu möglichst raschem Beginne der Operationen auf. In der That paßte der Plan durchaus zu den allgemeinen Verhältnissen: die ersten Schritte desselben, die Eroberung von Koblenz und die Befreiung von Mainz konnten bei den verbündeten Höfen die günstigste Wirkung hervorbringen, ohne im Falle eines Bruches mit Preußen dem Heere einen raschen Zug gegen Osten irgendwie zu erschweren. Clerfaits sonstige Bedächtigkeit und Bedenklichkeit machte, scheint es, gar keinen ungünstigen Eindruck: statt die angebotene Entlassung anzunehmen und ihm einen keckeren Nachfolger, etwa in dem stürmischen Wurmser, zu geben, ernannte ihn der Kaiser zum Feldmarschall und übertrug ihm dazu den Befehl auch über die Reichsarmee am Oberrhein. Aber ehe der neue Marschall zur Eröffnung seiner Operationen gelangte, waren bereits fernere diplomatische Sorgen dazwischen getreten.

Preußen gelangte am 5. April zum Abschluß seines Separatfriedens mit Frankreich, dem einige Wochen später ein Zusatzvertrag über die künftige Neutralität Norddeutschlands innerhalb einer genau bezeichneten, von preußischen Truppen zu besetzenden Demarcations-

linie folgte. Die ersten Gerüchte davon erreichten Clerfait am 7. April. Je stärker er bisher auf die Mitwirkung Preußens gedrungen, je nachdrücklicher ihn dann seine Regierung vor der preußischen Unzuverlässigkeit gewarnt hatte, um so stärker war er jetzt betroffen. Er hielt inne und sandte eine Anfrage nach Wien, worauf der Kaiser am 17. ihm die Ansicht aussprach, der Baseler Friede werde an der militärischen Lage nicht viel ändern, Clerfait solle immer seine Offensive durch den Uebergang über den Rhein beginnen, die Ereignisse müßten dann lehren, ob man diesen Angriff weiter treibe oder am Rheinufer stehen bleiben müsse. Zugleich wurde Thugut's Freund, der Graf Dietrichstein, in das Hauptquartier gesandt, um Clerfait bei etwaigen diplomatischen Verhandlungen, mit den Franzosen oder mit Andern, beizustehn. Ehe dieser jedoch bei Clerfait anlangte [1]), hatte der General immer wachsende Sorgen über die Preußen und die Stimmung der andern Reichsstände empfunden, nach Luxemburg die Unmöglichkeit des Entsatzes gemeldet, am 20. die Frage nach Wien gesandt, ob man jetzt nicht zweckmäßiger die Offensive gegen den Elsaß richte, oder, vielleicht noch besser, auf der Defensive bleibe und die Entwicklung der Dinge im Reiche abwarte; er hatte am 24. sich weitere Anweisung erbeten, wie er sich gegen ein preußisches Ansinnen, nicht die Lahn, sondern den Main zur Grenze der beiderseitigen Aufstellung zu nehmen, verhalten solle, ob er versöhnlich oder fest bei ihnen aufzutreten habe, ob er den etwaigen Abzug sonstiger Reichscontingente dulden müsse; nochmals hatte er gefragt, ob nicht reine Defensive jetzt das Beste und im Fall der Offensive, ob Landau oder Hüningen zu belagern sei, und für diesen Fall um Auskunft gebeten, bis wann er die dazu nöthigen schweren Geschütze erhalten könne. Der Kaiser beantwortete diesen Fragen am 2. Mai. Eine reine Defensive und völlige Unthätigkeit würde die wichtigsten Interessen Oesterreichs schwer beschädigen, Clerfait solle also auf der Stelle Mainz deblokiren. Dies vollbracht, überlasse man seinem sachverständigen Ermessen das Weitere und gebe ihm Vollmacht, wenn er es für thunlich halte, dann entweder gegen Landau oder gegen Hüningen zu operiren; die schwere Artillerie für ihn sei bereits auf-

1) Am 25. April.

gebrochen; die Preußen habe er fest und würdig zu behandeln und nicht über die Lahn sich ausdehnen zu lassen, den Abzug anderer Reichstruppen nicht zu dulden, von einer angeblichen Demarcationslinie schlechterdings keine Notiz zu nehmen. Clerfait empfieng diese Weisung am 8., fand sich aber dadurch noch keineswegs beruhigt. Er meldete am 15. Mai, daß die Preußen in der That ihre Aufstellung bis zum Maine erstrecken wollten, was, rein militärisch betrachtet, für die österreichische Armee den Vortheil engerer Concentrirung am Oberrhein gewähre, und klagte zugleich über seinen gänzlichen Mangel an Geld, Credit und Lebensmitteln. Der Kaiser und Thugut entgegneten umgehend, 21. Mai, daß er sich auf gar kein preußisches Gerede einzulassen, um politische Fragen nicht zu kümmern, baldmöglichst zur Deblokirung von Mainz zu schreiten habe. Statt dessen aber berichtete Clerfait am 31., daß seine sämmtlichen Generale das Mainzer Unternehmen für schwierig, verlustreich und nutzlos erklärten, und daß die Preußen ihre Demarcationslinie jetzt in einer Weise einrichteten, die für seine Communicationen bedenklich sei, die er also nicht dulden könne, aber nicht wisse, ob sie gutwillig eine Aenderung vornehmen würden. Unter diesen Umständen habe er das Mainzer Unternehmen noch verschoben.

Das längst aufgegebene Luxemburg capitulirte gleich nachher, auf freien Abzug der Besatzung.

Die eben überblickte Correspondenz zeigt es deutlich, daß damals, im April und Mai, der Wiener Hof Offensivbewegungen am Rheine wünschte, und Clerfait es war, welcher dieselben vornehmlich wegen des Baseler Friedens und der Sorge über Preußens weitere Schritte gegen den Willen des Kaisers unterließ. Wenn also Vivenot (und mit ihm Hüffer) behauptet, daß nicht Thugut, sondern Clerfait die Unthätigkeit der Armee verursacht habe, so hat er für diese beiden Monate nicht durchaus Unrecht. Aber auch hier ist für die Beurtheilung der Thugut'schen Politik ein Zweifaches nicht zu vergessen. Einmal erwähnten seit dem Baseler Frieden die Befehle des Kaisers nicht mehr den weitern Feldzugsplan vom 3. April, sondern beschränkten sich lediglich auf die Deblokirung von Mainz: ein Unternehmen also, welches mit einem einzigen Gefechttage abgemacht werden konnte und der Armee in jedem Augenblicke den Abmarsch nach

Osten frei ließ — während Clerfait's weitere Pläne auf Landau oder Hüningen noch im Stadium der ersten vorläufigen Erwägung lagen und vor der erst binnen mehrerer Wochen zu erwartenden Ankunft des schweren Geschützes an ihre Ausführung gar nicht gedacht wurde. Eine energische Kriegführung, wie sie Lord Grenville als Gegendienst für die englischen Subsidien begehrte, und wie sie Thugut, zur Erlangung dieser Gelder, dem vertrauenden englischen Gesandten Tag für Tag unter steten Klagen über Clerfait's unverbesserlichen Kleinmuth verhieß, lag in jenen kaiserlichen Befehlen wahrhaftig nicht. Und sodann, wenn Thugut den General mit Grund anwies, die politischen Sorgen über Preußen und den Baseler Frieden seiner Regierung zu überlassen, so hielt er in der Sache selbst diese Sorgen keineswegs für übertrieben, ja er zeigte eine noch viel tiefere Erregung als der General und gelangte durch dieselbe zu Entwürfen, deren Verwirklichung in kürzester Frist die Armee aus dem französischen Kriege hinweg zum offenen Kampfe gegen Preußen hätte führen müssen.

Kaum hatte er die officielle Nachricht von dem Abschlusse des Baseler Friedens erhalten, so erließ er am 20. April eine donnernde Depesche an Cobenzl nach Petersburg. „Der offene Verrath Preußens liege jetzt vor. Der König habe so eilfertig abgeschlossen, um den in den letzten Zügen liegenden Nationalconvent zu erretten und in den Augen des französischen Volkes wieder zu heben. Die weitesten und schwärzesten Plane bereiten sich vor. Rußland müsse scharf auftreten und die größten Heeresmassen in Polen ansammeln." Will man hier etwa sagen, er habe in Wahrheit solche Sorgen, nach Ausweis der an Clerfait erlassenen Befehle, gar nicht gehabt, er male so dunkel nur in dem Gedanken, dadurch bei Rußland lediglich die schon früher erwähnten, auf die Einschüchterung Preußens, auf die friedliche Erwerbung Krakaus berechneten Schritte zu erwirken? Wenigstens in Bezug auf seine Absichten würde man sich irren. Denn er bemerkt in der Depesche weiter: „höchst wahrscheinlich habe Preußen mit Frankreich die Herstellung Polens beschlossen: würde es bei dieser Sachlage nicht zweckmäßig sein, wenn die Kaiserhöfe selbst dem Widersacher mit dieser Maßregel zuvorkämen? Dann würde ein Jeder von ihnen in Polen für sich behalten, was ihm

convenirte, aus den preußischen Antheilen aber von 1772, 1793 und 1795 ein neues Polen gebildet werden, dessen König zu bezeichnen, Oesterreich der Entscheidung Katharina's überlasse. Die Krisis sei furchtbar; es gelte, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen." Thugut also beantragte, mit Preußen zu verfahren, wie es Napoleon zwölf Jahre später in Tilsit that: er beantragte, wie keines Beweises bedarf, den sichern Krieg, den Krieg auf Leben und Tod, den Krieg mit allen Mitteln; er beantragte ein Verfahren, welches nothwendig den König in die sonst so tief verhaßte französische Allianz jagen mußte, wenn dieselbe anders für Preußen noch zu haben war. Es war die Gesinnung, wie sie Thugut schon das Jahr zuvor, am 27. Februar 1794, ausgesprochen: „es wäre ein Glück, wenn Preußen sich einen feindseligen Schritt erlaubte, durch den man einen Anlaß gewänne, den gefährlichen Staat für immer zu beschränken." Auch war der Antrag nicht etwa nur ein kurzes Aufbrausen augenblicklichen Schreckens: er wurde am 7. Mai noch einmal dringender wiederholt, und am 16., nachdem die preußische Demarcationslinie bekannt geworden, auf das Bestimmteste erklärt, daß nach diesem Meisterstücke der Böswilligkeit und Anmaßung dem Kaiser nichts übrig bleibe, als active Maßregeln gegen Preußen zu ergreifen und die eigenen Truppen in die Erblande zurückzuziehn.

Daß all dieser hassende, zum Kampfe drängende Argwohn thatsächlich nicht den mindesten Grund hatte, daß Preußen keine andern Pläne schmiedete, als Ruhe zu haben, seine Finanzen zu schonen, seinen Standpunkt in der Krakauer Frage zu behaupten, daß der König an die Herstellung Polens nicht dachte und ein Bündniß mit Frankreich verabscheute: dies alles bedarf heute keines Beweises mehr. Ebenso sicher ist es freilich, wie ich vorher schon bemerkte, daß er, wenn die Kaiserhöfe mit dem von Thugut entworfenen Angriff hervortraten, durch die Noth gezwungen, die Hände auch nach dem französischem Bündnisse ausgestreckt haben würde. Daran hatte am Wenigsten Thugut einen Zweifel, da er ja schon jetzt ein gewisses Einvernehmen beider Staaten voraussetzte. Wer wird vermuthen wollen, daß er, der inmitten alles Unheils des französischen Kampfes einen Vernichtungskrieg gegen Preußen beantragte, stumpf und unthätig der tödtlichen Gefahr eines preußisch-französischen Doppelangriffs

entgegengesehn, daß er nicht alles aufgeboten hätte, um sich für den Fall des preußischen Krieges den französischen Friedensschluß vorzubereiten? Bei der bekannten Gesinnung Rußlands und Englands konnte er keine offene Unterhandlung mit Paris beginnen; aber gab es für eine erste Anknüpfung keine andern Mittel?

Eben in diesen Tagen der höchsten Spannung, April und Mai, erzählte der Ritter Carletti, der Gesandte des Großherzogs von Toscana, des Bruders des Kaisers, dessen einflußreichster Staatsmann Manfredini österreichischer General war und damals mit Thugut in laufender Correspondenz stand [1]) — Carletti erzählte den Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses, daß er, zwar ohne Vollmacht Thugut's, aber aus zuverlässiger persönlicher Kunde, die Sicherheit habe, Frankreich könne jeden Tag den Frieden mit dem Kaiser und darin für sich das linke Rheinufer erlangen, wenn es den Oesterreichern Baiern überlasse. Er machte in Paris damit großen Eindruck; die Franzosen, erfüllt von dem Begehr des linken Rheinufers, schwankten Monate lang, ob sie auf Grund dieser Mittheilungen eine directe Unterhandlung mit Oesterreich eröffnen, oder in der bisherigen Annäherung an Preußen verharren sollten. Im Mai wurde die Sache zuerst der preußischen Regierung und dann weiter in Deutschland bekannt, und hierauf begreiflicher Weise von Thugut höchst nachdrücklich abgeläugnet. Der englische Minister, obgleich schon längst über Thugut's toscanische Beziehungen sehr argwöhnisch, sprach in kühlen Worten seine Genugthuung über das Dementi aus; die preußische Regierung, um einem nutzlosen Streite ein Ende zu machen, that desgleichen

1) Lucchesini an den König, 17. December 1794. Hüffer hat bemerkt, daß ich die Depesche nicht verstanden, indem ich eine falsche und sprachwidrige Interpunction des Abschreibers nicht zu verbessern gewußt. Seine Emendation ist nicht gerade nöthig (da Lucchesini nicht immer correctes Französisch geschrieben hat), aber ganz ansprechend: nur muß ich constatiren, daß sie an der Hauptsache, an dem Sinn der Stelle nichts, aber auch gar nichts ändert. Auch dann sagt Lucchesini nichts anderes, als daß manches Detail noch ungewiß, sicher aber die Thatsache sei, daß Manfredini mit Thugut in laufender Correspondenz stehe und von jeher den Wunsch habe, der Pacificator Europas zu werden, in welcher Gesinnung er jetzt auch Unterhandlungen in Rom und Neapel anknüpfen wolle. Meine Folgerungen aus der Depesche bleiben also in vollem Umfange bestehn.

und erklärte die Sache für ein Mißverständniß, obwohl Niemand zweifelte, daß Carletti ein österreichischer Agent sei [1]), und ihr noch weitere Personen mit gleicher Aufgabe namhaft gemacht wurden. Das russische Ministerium hatte, wie wir sahen, seit Februar die Ueberzeugung, daß Thugut mit Frankreich in Unterhandlung stehe, erklärte auch dem preußischen Gesandten, bei weiterer Opposition Preußens über Krakau werde der Kaiser mit den Franzosen abschließen und Deutschland im Stiche lassen, begnügte sich aber bei Cobenzl mit wiederholten Erörterungen, daß ein wahrer und dauernder Frieden mit den ruchlosen Republikanern für Oesterreich undenkbar sei.

Thugut's moderne Verehrer sind anderer Ansicht als seine damaligen Bundesgenossen. Für Vivenot ist Thugut's Abläugnung ausreichend; er erklärt Merlin, Hardenberg und, wer sonst über Carletti Mittheilungen gemacht, für boshafte Lügner. Hüffer erkennt an, daß Thugut's Abläugnung nichts beweise, will aber trotzdem Carletti kein Wort glauben. Noch in seiner neuesten Schrift bemüht er sich mit einer Wiederholung des Schlusses, Carletti könne nicht auf Thugut's Veranlassung gehandelt haben, weil die Franzosen noch lange nachher zweifelhaft gewesen, ob es rathsam sei, eine directe Unterhandlung mit Oesterreich zu eröffnen [2]): ein Schluß, der, wie oben bemerkt, durch die einfache Thatsache seinen Boden verliert, daß Carletti sich den Franzosen nicht als Agenten Thugut's, sondern nur als wohlunterrichteten Beobachter gegeben und als solcher ihnen die Richtigkeit seiner Aussagen wahrscheinlich gemacht hat. Dann meint Hüffer, daß die Aussage eines so übel beleumdeten Menschen, wie Carletti, nicht ins Gewicht fallen könne: so viel ich

1) So meldete die Regierung am 8. Juni dem Grafen Tauenzien. Hüffer interpretirt in seiner Weise S. 191, daß die Regierung selbst positive Kenntnisse über Carletti gehabt habe, stehe nicht in der Depesche, sondern nur, daß nach allgemeiner Annahme Carletti für einen österreichischen Agenten gelte.

2) Noch scharfsinniger ist Vivenot's Ausführung, Thugut LXIV, weil die Franzosen im Spätherbst durch Theremin eine directe Unterhandlung anzuknüpfen suchen, könne ihnen im Frühling Carletti nicht die fraglichen Mittheilungen gemacht haben. Gerade umgekehrt: nachdem ihnen Carletti so schöne diplomatische Aussichten eröffnet, entschließen sie sich, einen Versuch zu directer Unterhandlung zu machen.

weiß, hat nur Thugut bei seinem Dementi wegwerfend über ihn geredet, was für einen solchen diplomatischen Act natürlich sehr zweckmäßig war; die Uebrigen [1]) haben an Carletti nichts auszusetzen, als daß er so eifrig französisch gesinnt sei; einen Mann aber von anderer Gesinnung hätte Thugut für jenen geheimen Auftrag gar nicht verwenden können. Endlich sucht Hüffer [2]) noch mit der Unterscheidung zu helfen, es seien zwei völlig verschiedene Fragen, ob der Kaiser Friedensunterhandlungen mit Frankreich heimlich angebahnt, oder ob er durch Carletti für Baiern das linke Rheinufer angeboten habe. Von der erstern sei zu sagen, daß diese Annahme keinen Tadel in sich schlösse, aber auch, daß man zur Zeit nichts Bestimmtes darüber anzugeben wisse; der Briefentwurf Rayneval's vom 18. September, der von eine voie inderecte rede, durch die Oesterreich seine Friedensliebe in Paris kundgegeben und Frankreich die seinige habe erkennen lassen, könne gerade nach meiner Auffassung nicht auf Carletti bezogen werden. Ich will dies dahingestellt sein lassen: ich habe auch nur behauptet und behaupte noch, daß dieser Brief allein den positiven Beweis für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Wien und Paris liefert, daß also die erste, allgemeinere Frage Hüffer's nicht als unentschieden zu betrachten, sondern zu bejahen ist. Aber die zweite, die eigentlich und einzig schlimme, das Angebot des linken Rheinufers für Baiern, wie steht es mit dieser? Zunächst muß ich wieder bemerken: daß Thugut durch Carletti's Vermittlung das linke Rheinufer „angeboten" habe, das habe wenigstens ich nicht erzählt, der ich stets betone, daß Carletti keine Vollmacht von Thugut vorgelegt, sondern, wenn auch durch Thugut veranlaßt, doch bei den Franzosen nur aus eigener Kenntniß die Abtretung des Rheinufers als leicht erreichbar geschildert hat. Der Unterschied ist erheblich. Durch eigenes unmittelbares Angebot hätte Thugut sich gebunden, während er bei dem eingeschlagenen Verfahren die Hände völlig frei erhielt; wäre es aber nach Carletti's Mittheilungen zu einer directen Unterhandlung gekommen, so würden

1) A. von Reumont (Histor. Zeitschrift XXIV, 113) nennt Carletti einen Fanfaron und eitlen Schwätzer: mir scheint, daß er deshalb zu der ihm bestimmten Rolle sich nicht schlechter eignete.

2) Politik S. 192, 193.

schon damals die Franzosen erlebt haben, was später Bonaparte in Campo Formio erfuhr, gründliches Handeln um jede Parzelle, bei schließlichem Losschlagen des Ganzen um den gebührenden Preis. Wer 1795 auf Frieden mit Frankreich sann, mußte auf die Forderung der Rheinlinie gefaßt sein, und unmöglich konnte auf die Vereitelung derselben gerade der Staatsmann hoffen, der sich eben anschickte, einen Vernichtungskrieg zwischen Oesterreich und Preußen zu entflammen. Welcher nicht ganz stumpfsinnige Mensch hätte unter solchen Umständen auch nur davon träumen können, den französischen Frieden für einen geringeren Preis als die Rheinlinie zu erlangen? Man sieht, daß es mit jener Unterscheidung der beiden Hüffer'schen Fragen thatsächlich nichts auf sich hat. Das Begehren der Franzosen nach dem linken Rheinufer war damals notorisch: wenn Thugut französischen Frieden suchte, um die Armee vom Rheine hinweg in den preußischen Krieg zu führen, so war er für den Nothfall auch zur Abtretung des Rheinufers bereit, und Carletti hatte nichts als die trockene, nothwendige Wahrheit gesprochen.

Und daß eine solche Gesinnung auf Thugut's Standpunkt nichts Erstaunliches hat, sollte, glaube ich, nach allen bisher beobachteten Schritten dieses Staatsmanns klar sein. Ich habe schon früher zwei Thugut'sche Staatsschriften vom Januar und April angeführt, worin er die Ansicht so nackt wie möglich ausspricht, daß Oesterreich seine Politik ausschließlich nach österreichischem Interesse einrichten und die Reichslande, wo Niemand etwas für den Kaiser thun wolle, eingeklemmt zwischen Preußen und Frankreich, ihrem Schicksal überlassen müsse [1]). Oder will man glauben, daß Thugut zwar bei Rußland, wie Hüffer es erklärt, alle deutschen Interessen, um Preußen zu demüthigen, hinweg geworfen, aber bei gleichem Zwecke den Franzosen gegenüber sie todesmuthig vertheidigt habe? Oder soll uns die Heimlichkeit und ganze Art des Verfahrens bei einem Diplomaten von Thugut's Schlage unwahrscheinlich bedünken? Ich zweifle, daß ein Leser der vorstehenden Mittheilungen sich noch

1) Hüffer gleitet über diese Actenstücke Politik 177 mit der kurzen Bemerkung hinweg, daß ich sie mißverstanden und überschätzt habe: „mit Oesterreichs Beziehungen zu Frankreich stehen sie kaum in Zusammenhang".

zu dieser Ansicht bekennen wird: zum Ueberflusse läßt sich auch diese Frage durch Thugut's eigene Worte beleuchten. Drei Jahre später verhandelte er mit Rußland einen neuen Krieg gegen die Franzosen. Wieder plagte ihn die Sorge vor der Feindseligkeit Preußens, wieder drängte er die Russen, durch starke Truppenaufstellung in Polen den bösen Willen dieser Macht zu zügeln. Es werde dies, schrieb er an Cobenzl 30. Septbr. 1798, um so eher gelingen, als in Berlin ein rechtes Vertrauen auf die französische Freundschaft doch nicht existiren könne. „Man weiß dort, daß die französische Politik auf die Gewohnheit der Unredlichkeit, auf die Verachtung aller Verträge gegründet ist, daß folglich, welche Verpflichtungen man auch gegen Preußen eingegangen wäre, es stets von den Kaiserhöfen abhängen würde, den Bruch derselben herbeizuführen, durch das Mittel nützlicher Bedingungen, welche die Höfe im letzten Nothfalle den Franzosen anzubieten für nöthig erachten würden, und worauf diese, entzückt über den Zwist unter den Monarchen, ohne Zaudern ihren preußischen Bundesgenossen, wenigstens für eine Zeit lang, der Rache der Kaiserhöfe Preis geben würden, um dann selbst die Hände gegen England frei zu haben. Wie sich versteht, darf deshalb keine militärische Vorsichtsmaßregel gegen Preußen versäumt werden."

Wer im Jahre 1798 solche Erwägungen pflog, dem, glaube ich, tritt die Annahme nicht zu nahe, daß er auch 1795 bereit war, den Franzosen „nützliche Bedingungen im Nothfall anzubieten, auf welche sie Preußen der Rache der Kaiserhöfe Preis geben würden".

Indessen, zum Glücke unseres Vaterlandes, sollte es so weit nicht kommen. Allerdings scheint Kartharina einen Augenblick geschwankt und den Gedanken der Eroberung aller preußisch-polnischen Lande nicht ungünstig aufgenommen zn haben. Schließlich aber trug doch die bisherige Richtung es davon: es gelang Thugut nicht, die Zustimmung des russischen Cabinets, weder zum Frieden mit Frankreich, noch zur Herstellung Polens zu gewinnen. Die Russen wünschten Preußen nicht auf das Aeußerste zu treiben und zogen es deshalb vor, die Gefahr einer preußisch-französischen Allianz gar nicht hervorzurufen: was jedoch Krakau und Sendomir betraf, verhießen sie Cobenzl auf's Neue die kräftigste Unterstützung, und als von Preußen ein erneuerter

Widerspruch angemeldet wurde, stellten sie den Antrag, jetzt die gemeinsame Vorlage des Theilungsvertrags vom 3. Januar in Berlin zu bewirken. Es war, was Thugut seit Januar gewünscht hatte; zur Zeit aber, nach dem Abschluß des Baseler Friedens, erweckte es ihm die schwersten Bedenken. Er schrieb darüber an Cobenzl den 27. Mai: „Die preußische Demarcationslinie habe das ganze Reich in Bewegung gesetzt, die Verpflegung der kaiserlichen Heere werde vielfach dadurch gehindert, eine Anzahl deutscher Fürsten zeige Neigung, dem bösen Beispiel zu folgen. So sehe sich der Kaiser genöthigt, auf dem Reichstag eine Berathung über den Frieden in gesetzlichen Formen zuzulassen, und sofort erheben sich dort eine Menge von Stimmen, man solle Preußens gute Dienste anrufen. Dies aber werde der Kaiser in keinem Falle genehmigen, es wäre ein Vertrauensvotum für die Felonie, es wäre der Sturz des kaiserlichen Ansehens. Nun sei es deutlich, daß unter solchen Wirren der Kaiser jeden Tag zum offenen Bruche mit Preußen kommen könne. Dieses lasse bereits einen Theil seiner westfälischen Truppen nach Osten abrücken. Oesterreich habe fast keine Streitkräfte in Böhmen, die Artillerie der dortigen Festungen befinde sich am Rheine. Wenn bei dieser Sachlage die Anzeige über den Theilungsvertrag in Berlin geschehe, wer könne die Folgen berechnen? Möglich, daß der König sich füge. Besitze er aber eine gewisse Dosis von Festigkeit und Energie, so könne er mit 80,000 Mann in Böhmen einfallen, die Festungen nehmen und in Wien den Frieden dictiren, ehe nur eine Nachricht davon in Petersburg anlange. Hätte Rußland die Anzeige in Berlin vor dem Baseler Frieden gemacht, es wäre vortrefflich gewesen. Jetzt aber sei zu wünschen, daß, ehe sie erfolge, Oesterreich in Böhmen gerüstet sei, daß Katharina ihre Truppen in Polen auf den Kriegsfuß setze, daß Suworoff angewiesen werde, auf den ersten Wink in Preußen einzubrechen, daß Rußland in Berlin erkläre, für jede Belästigung Oesterreichs mit den Waffen eintreten zu wollen. Es sei wahr, daß (nach aufgefangenen Depeschen) die preußischen Minister aus Geldnoth nach Frieden seufzen, daß Preußen neuerlich die besten Versicherungen gebe. Aber, schließt Thugut, wer kann trauen."

Rußland konnte gegen den hier geforderten Aufschub füglich

nichts einwenden, und auf das Emsigste wurde nun in Oesterreich an der Armirung der böhmischen Festungen und an der Aufstellung imposanter Truppenmassen hinter der Nordgrenze gearbeitet. Es gelang, bis Ende Juli die Festungen wohl zu verwahren und ungefähr 80,000 Mann in Böhmen, Mähren und Galizien zu versammeln [1]). Es verstand sich, daß unter solchen Verhältnissen von Offensivoperationen am Rheine keine Rede mehr war. Zwar versicherte Thugut dem englischen Gesandten, daß auf das neue Zaudern Clerfait's am 10. Juni ein höchst ungnädiger Schelt- und Mahnbrief an denselben abgegangen sei, und dieser Brief beginnt denn auch in der That mit kräftigen Worten über die Verkehrtheit und Schädlichkeit der bisherigen Zögerung: er endigt aber mit dem Befehle, nicht etwa, jetzt auf der Stelle vorzugehn, sondern die genauesten Berichte über den Stand des Heeres einzusenden, worauf der Kaiser ihm unzögerlich die weitern Entschließungen über den Feldzugsplan zuschicken würde. Da diese Entschließungen aber in jedem neuen Briefe als demnächst bevorstehend angekündigt wurden [2]), so blieb die Armee mehr als drei Monate lang in vollständiger Unbeweglichkeit. Einige Verlegenheit verursachte dieser Zustand dem kaiserlichen Minister gegenüber seinem englischen Bundesgenossen, den er über die polnisch-preußischen Bedenken nicht in's Klare setzen durfte. Thugut hatte gleich unter dem ersten Eindrucke des Baseler Friedens, in der frischen brennenden Sorge über den preußischen Verrath, die bisherigen Mäkeleien gegen England fallen lassen und auf Lord Grenville's Bedingungen zuerst am 6. Mai den Subsidien- und dann am 20. den Bundesvertrag abgeschlossen. Bei diesen Abreden war englischer Seits die erste und letzte Forderung kräftige und rasche Action des Rheinheeres gewesen, auf Luxemburg oder Landau, auf Elsaß oder Franchecomté, wohin man wolle, nur daß endlich geschlagen werde. Nach solchen Verheißungen war es freilich eine unangenehme Sache, die beste Zeit des Jahres so ganz und gar zu verlieren; ich habe anderwärts nach den Briefen des englischen

1) Thugut an Cobenzl 8. August.

2) Vivenot, Thugut rc. S. 162, 170, 171, 173, 182. Selbst Häffer hat bemerkt, daß in diesem Abschnitt des Jahres in Wien der Eifer zur Offensive gestockt habe.

Gesandten erzählt, mit welchen Ausreden Thugut sich zu helfen suchte, wie er auf Clerfait's Unverbesserlichkeit schalt, dann eine russische Depesche, dann ein deutsches Reichstagsconclusum erwartete, auch in London unaufhörliche Klagen über Preußens Unzuverlässigkeit und Feindseligkeit erhob, wie er es schweigend hinnahm, daß Clerfait einem englischen Commissar der Wahrheit gemäß erklärte, er habe wohl Hoffnung auf kaiserliche Befehle, die Befehle selbst aber noch nicht empfangen: und so das Vertrauen Englands auf die Ehrlichkeit und Wirksamkeit der österreichischen Politik in der nachhaltigsten Weise erschüttert wurde.

Am 9. Juli schickte Cobenzl aus Petersburg umfassende Erklärungen Rußlands, welche Thugut's Wünschen in allen wesentlichen Punkten entsprachen. Zur Zeit ihrer Ankunft in Wien war die böhmische Rüstung so gut wie vollendet, und Thugut erließ an den Fürsten Reuß in Berlin die erforderlichen Weisungen zur Vorlage des Theilungsvertrags, welche dann am 5. August erfolgte. Thugut meldete dies alles dem Grafen Cobenzl am 8. August. „Man hat, fügte er hinzu, vielfache Klagen über unsere militärische Unthätigkeit erhoben. In Deutschland galt es zuerst, das von Basel bis zur Zuydersee zerstreute Heer zu sammeln; dann gab es Aufenthalt, weil England uns, nicht die Anleihe, aber einen Vorschuß von 700,000 Pfund weigerte; dann kam der preußische Frieden, die Demarcationslinie, preußische Umtriebe bei allen Reichsständen. Jetzt hat der Kaiser die 170,000 Mann starke Masse seiner Truppen in zwei Heere getheilt, und eins derselben dem glänzenden und tapfern Wurmser anvertraut; jetzt werden die Operationen beginnen."

Nachricht von dem eben erwähnten Beschlusse über die Theilung des Heeres und die Ernennung Wurmser's wurde am 30. Juli an Clerfait gesandt, ohne daß jedoch der künftige Offensivplan hinzugefügt worden wäre. Es war Wurmser, welcher mit dessen Ausführung betraut werden sollte; dieser kam jedoch erst am 22. August in seinem Hauptquartier Freiburg an, fand hier eine Menge Lücken und Mängel und meldete am 26. die Absicht, sich einen passenden Uebergangspunkt über den Rhein auszusuchen. Am 7. September schrieb ihm der Kaiser über seine Intentionen: wenn einige Wahrscheinlichkeit vorliege, daß man durch den Uebergang über den Rhein Erfolge erringen, oder daß man bei geringerem Glücke wenigstens

Hüningen nehmen und, während die Armee auf dem rechten Ufer überwintere, den Platz behaupten, oder endlich, daß im Falle des Mißlingens die Armee glücklich über den Rhein zurückkommen könne: in diesen drei Fällen wünsche er, daß Wurmser baldmöglichst Hand ans Werk lege; jedenfalls solle Wurmser Nachricht geben, wie weit die Vorbereitungen gediehen seien, ohne deshalb die Ausführung aufzuschieben.

Man erkennt deutlich, daß in Wien niemand den Rheinübergang vor Mitte September beabsichtigt hat. Im entgegengesetzten Falle würde man den tapfern und glänzenden Wurmser, der bekanntlich damals zur Disposition stand, schon vier oder sechs Wochen früher an den Rhein gesandt und die von ihm beklagten Lücken und Mängel bei der Armee im voraus ausgefüllt haben [1]). Daß dies Letztere nicht geschehen, obgleich man seit Juni reiche Zahlungen von England bezog, wird höchst wahrscheinlich keine andere Ursache gehabt haben, als der Stillstand der rheinischen Operationen überhaupt, nämlich die böhmischen und mährischen Rüstungen. Wie vorsichtig und bedächtig man auch jetzt noch zu Werke gieng, zeigt der kaiserliche Brief des 7. September in jedem Worte; der Grund ist nach allem Bisherigen unzweifelhaft, es dauerte nämlich bis Ende September, ehe der preußische Hof sich zur Anerkennung des Theilungsvertrags und zur Räumung Krakaus entschloß. Damals aber waren bereits die Franzosen der österreichischen Offensive zuvorgekommen und hatten ihrerseits den Rhein überschritten; jetzt mußte man schlagen, und beide Generale, sowohl der bedächtige Clerfait als der feurige Wurmser schlugen sich vortrefflich [2]). Beide zeigten, daß sie ihren französischen Gegnern vollständig gewachsen waren, wo nicht politische Bedenken ihre Schritte hemmten. In die technische Frage,

1) Daß dieselben in Wien nicht unbekannt waren, zeigt Clerfait's und Dietrichstein's Correspondenz an vielen Stellen.

2) Vivenot klagt mehrmals, daß die kleindeutschen Geschichtsbaumeister, und unter diesen auch ich, den alten Wurmser in ihren Darstellungen verunglimpft hätten. Ich kann, was mich betrifft, dieser bestimmten Behauptung lediglich die ebenso bestimmte Verneinung entgegenstellen. Ich habe Wurmser nicht als einen Feldherrn ersten Ranges gepriesen; aber wo habe ich ihn verunglimpft? Oder hätte ich Castiglione loben müssen?

ob der Eine oder der Andere als Soldat größere Fähigkeit gezeigt, brauche ich hier nicht einzutreten und begnüge mich, wenn Vivenot ganz ausschließlich für Wurmser und gegen Clerfait Partei nimmt, nur das Eine zu bemerken, daß mitten im Siegeslaufe zwar ein Divisionschef Clerfait's, General Kray, zuerst einen Waffenstillstand mit dem geschlagenen Feinde abschloß, Clerfait aber dagegen Protest erhob, denselben jedoch nicht durchsetzen konnte, weil Wurmser als selbstständiger Befehlshaber der Oberrheinarmee sofort dem Beispiele Kray's gefolgt war[1]). Man hatte damals aller Orten gesiegt, die Franzosen vom rechten Rheinufer vertrieben, Mainz und einen Theil der Pfalz befreit, das übrige linksrheinische Land aber in der Hand der Gegner gelassen.

Preußen hatte, wie eben erwähnt, in der polnischen Sache sich den Forderungen der Kaiserhöfe gefügt. Die dritte Theilung war zum Abschlusse gekommen; nur im Krakauischen war noch zwischen dem Wiener und Berliner Hofe eine nähere Grenzregulirung vorbehalten. Es ergaben sich kleine Differenzen, ein Hin- und Herhandeln um schmale Landstriche, das sich lange Monate hindurch fortschleppte. Für Thugut war dies ausreichend, um sein Mißtrauen gegen Preußen in vollem Umfange lebendig zu erhalten: auf das dringendste wünschte er sonst die österreichischen Streitkräfte in Italien zu verstärken, wo man Ende 1795 schwere Einbußen erlitten hatte; er hatte, wie wir sahen, in Böhmen und Mähren 80,000 Mann gegen Preußen aufgestellt, und kein Unbefangener konnte glauben, daß Preußen, nachdem es die Hauptsache, Krakau, den Drohungen der Kaiserhöfe geopfert hatte, es jetzt wegen einer unbedeutenden Landzunge auf großen Krieg würde ankommen lassen. Aber Thugut war unverbesserlich. Er blieb im Frühling 1796 fest bei dem Satze, daß kein Mann aus Böhmen nach Italien abreisen dürfe, so lange die Grenzregulirung noch nicht völlig erledigt sei. Oesterreich hatte damals hinter dem Apennin 32,000 Mann im Felde, neben 17,000 Sardiniern: wären diese Streitkräfte durch böhmische und mährische Verstärkungen verdoppelt worden, nimmermehr hätte Bonaparte, der kaum über 50,000 Mann verfügte, seinen Siegeslauf beginnen können.

---

1) Vivenot, Thugut 414, 416 Note.

Die polnische Frage war thatsächlich erledigt, aber ihr Schatten reichte hin, der Coalition die letzte Katastrophe zu bereiten.

Die Analyse der hier betrachteten Urkunden hat uns gezeigt, daß Ende 1794 nur eine völlig energielose Demonstration zu Gunsten Hollands von der kaiserlichen Armee gemacht und dann im Februar und März in großer Ruhe die Verpflanzung derselben an den Mittelrhein bewirkt wurde. Im April und Mai, als die bei der damaligen Kriegsführung gebräuchliche Jahreszeit zur Eröffnung der Operationen herannahte, genehmigte der Kaiser zuerst Clerfait's Plan zum Entsatze Luxemburgs; seine Regierung war aber mit Clerfait's Besorgnissen über die Folgen des Baseler Friedens der Sache nach vollkommen einverstanden und beschränkte demnach trotz aller englischen Verträge Clerfait's Aufgabe auf die Deblokirung von Mainz, zumal sie gleichzeitig in Petersburg Anträge stellte, deren Annahme den sofortigen Ausbruch eines großen preußischen Kriegs hätte bewirken müssen. Als Katharina an deren Stelle die einfache Vorlage des letzten polnischen Theilungsvertrags in Berlin setzte, wurden wenigstens alle activen Operationen am Rheine durch den Kaiser für mehr als drei Monate vertagt, um Zeit und Mittel für die vermeintlich nöthigen Rüstungen in Böhmen zu gewinnen. Es war nach damaligem Brauche die eigentliche Jahreszeit des großen Krieges; die innere Zerrüttung der französischen Heere hatte gerade in diesem Augenblicke eine solche Höhe erreicht, daß nach aller menschlichen Voraussicht ein entschlossener Angriff zu dem mächtigsten Erfolge hätte führen müssen; ein einziger glücklicher Schlachttag konnte bei energischer Benutzung nicht bloß den gesammten Reichsboden vom Feinde befreien, sondern noch weiter Elsaß oder Belgien dem Kaiser zur Verfügung stellen.

Welch eine Stellung hätte dann Oesterreich eingenommen, wie breit hätte es seine Entschädigung bemessen können, in welcher Ueberlegenheit würde es auch Preußen gegenüber gestanden haben! Und dies alles wurde unterlassen aus der Furcht vor einer eingebildeten Gefahr, nach dem Argwohn gegen einen erschöpften Rivalen, den zu überflügeln es gerade gar kein wirksameres Mittel gab, als große Siege über die französische Revolution. Es war der Grundirrthum in Thugut's sämmtlichem Thun, vom ersten

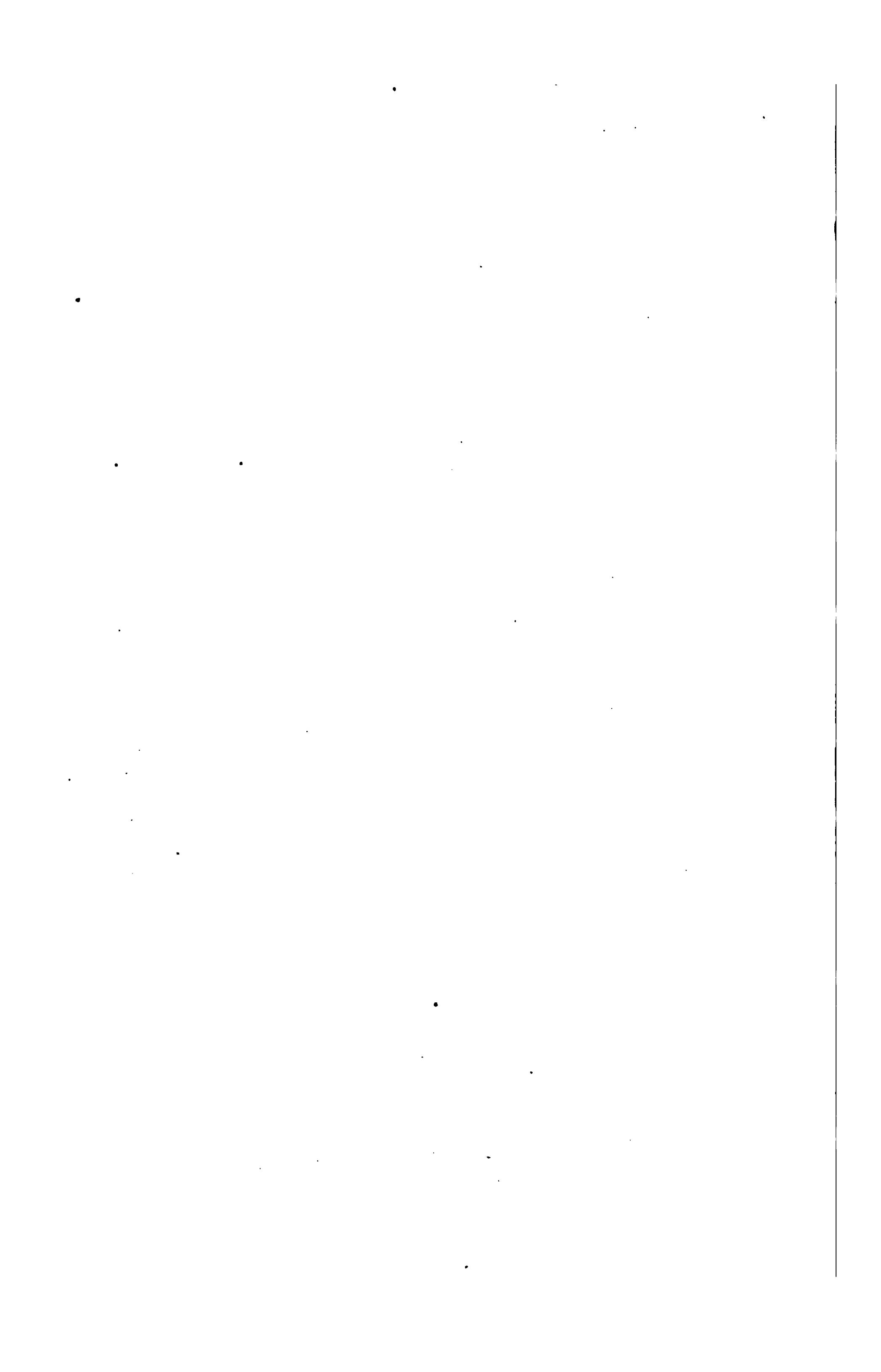
Tage seines Ministeriums bis zum letzten Augenblicke dieses unheilvollen Krieges. Nach allen Seiten hin machte er sich ein erfolgreiches Wirken unmöglich, indem er alle seine Schritte auf die falsche Voraussetzung einer activen Feindschaft Preußens basirte. Nach dem fünfzigjährigen Kriegsstande zwischen beiden Staaten war nichts begreiflicher und nothwendiger bei einem österreichischen Minister als die bestimmteste Vorsicht bei allen preußischen Beziehungen; nimmermehr aber durfte ein Staatsmann, der ein offenes Auge für Menschen und Dinge besaß, die Intentionen Friedrich Wilhelm II. und seiner Minister in solcher Weise mißverstehen, wie Thugut zum Unglück Oesterreichs widerfahren ist. Thugut fehlte es sonst weder an Kenntnissen noch an Scharfblick: offenbar aber hatte in diesem wichtigsten Punkte eine lang angesammelte Leidenschaft die Klarheit seines Urtheils verdunkelt.

In allem Uebrigen gilt auch von ihm, was der Geschichtsforscher so häufig beobachtet: die genauere Kenntniß, welche uns jetzt die Einsicht seiner eignen Staatsschriften verstattet, setzt sein Bild in ungleich günstigeres Licht. Wenn ich von der Verkehrtheit unserer großdeutschen Schriftsteller absehe, den Minister nicht bloß österreichische, sondern auch deutsche Interessen verfechten zu lassen, eine Gesinnung, die er selbst zuweilen in berechneten Phrasen vor sich hergetragen, in seinen wirklichen Worten aber und noch mehr in seinen Thaten immer weit von sich hinweg gewiesen hat: so war es nach dem früher bekannten Material unmöglich, Thugut für etwas Anderes als für einen unruhigen, unsichern, zwischen den verschiedensten Tendenzen hin und her schwankenden Intriganten zu halten. Dieser Schein verschwindet, wenn man ihm näher tritt. Er ist kein reiner und milder, wohl aber ein starker, klarer, in sich geschlossener Charakter. Nirgends erscheint bei ihm ein Zug persönlicher Selbstsucht; dafür aber geht sein ganzes Wesen auf in dem höchsten Begriffe von der Größe und Berechtigung seines Staates. Es ist wie ein Nachklang der Gesinnung des alten kaiserlichen Gedankens, alles Erdreich sei Oesterreich unterthan: wenn eine der Mächte ihm eine Forderung abschlägt, einen Widerstand entgegensetzt, so erscheint ihm das wie eine sittliche Verirrung. Als England ihm 1795 nicht länger Vorschüsse ohne Gegenleistung zah-

len will, redet er, als sei eine schwere Pflichtwidrigkeit begangen worden, und man versteht jetzt um so eher seine Entrüstung über die Selbstständigkeit des schlimmen kaiserlichen Vasallen, des Kurfürsten von Brandenburg. Gibt man ihm aber einmal diese erste Voraussetzung seines Handelns, den heftigen Gegensatz gegen Preußen zu, so sind alle seine Maßregeln aus einem Guß: von allen Seiten her drängen sie auf das unverrückbar festgehaltene Ziel, und sogar in dem Schlimmsten, wie in der steten Doppelzüngigkeit seiner Diplomatie oder in der argen Buhlerei um Rußlands Gunst, erscheint eine rücksichtslose Energie, die auch das Beschämende, wenn es einmal nöthig ist, lieber ganz als halb thut. Völlig unverdient zeigt sich dann der Ruf seiner Trägheit und Arbeitsscheu; unzweifelhaft hat es wenige Staatsmänner gegeben, welche mit so unermüdlichem Fleiße gedacht, geschrieben und gewirkt haben. Die Veranlassung zu dem falschen Urtheil ist auch hier unverkennbar: es ist immer wieder derselbe Umstand, daß er ein von Grund aus irriges System befolgte und dabei nothwendig in Verwicklungen und Stockungen gerieth, welche dem ferner Stehenden Ergebnisse von Trägheit und Unentschlossenheit dünken mußten, während sie in Wahrheit die Wirkungen eines zwar verkehrten, aber in sich folgerichtigen Calculs waren.

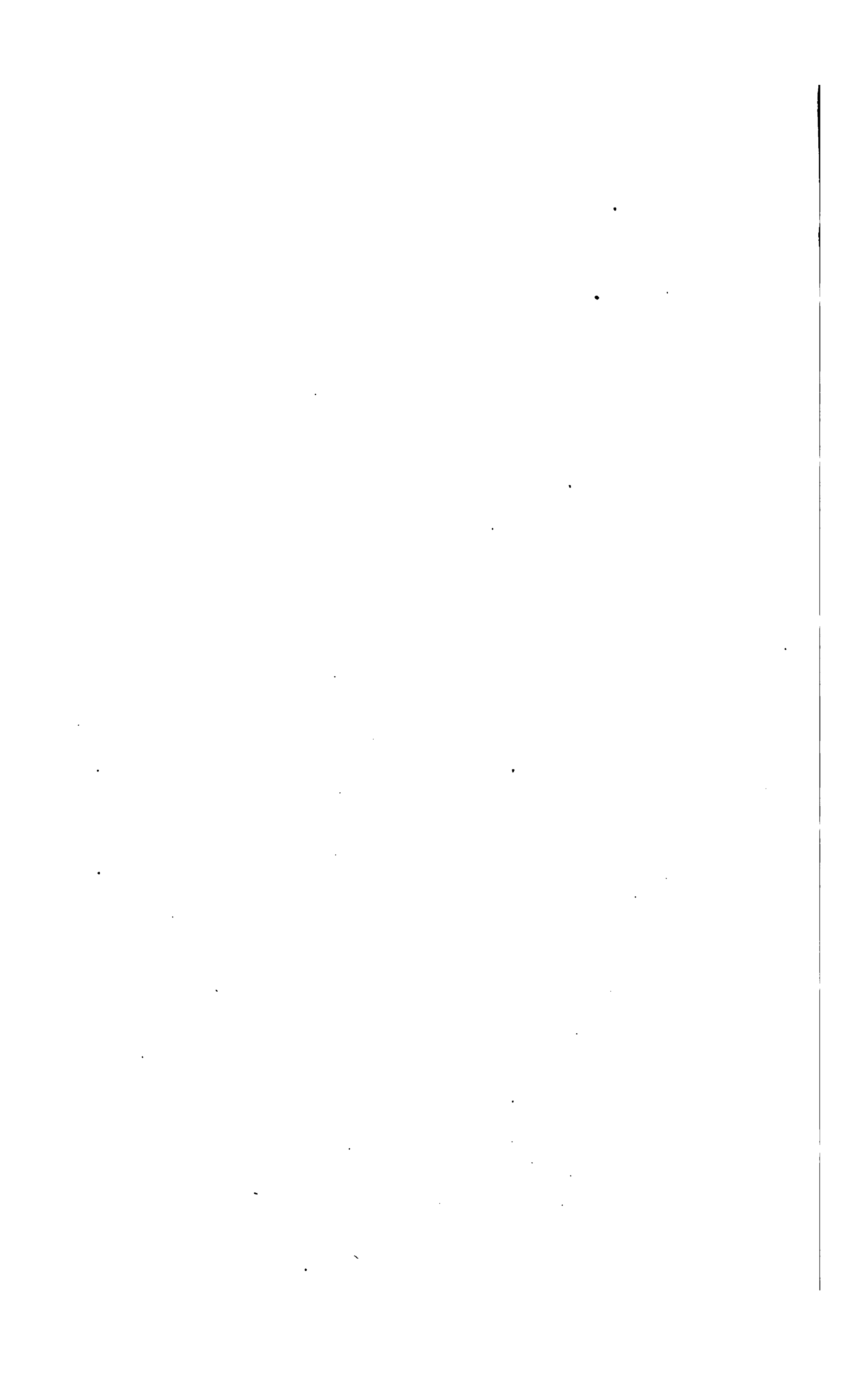
Aber nicht bloß für die persönliche Beurtheilung Thugut's, sondern auch für die österreichische Politik im Ganzen scheinen mir die jetzt gewonnenen Aufschlüsse ein Gewinn. Um es mit einem Worte zu sagen, es erhellt, daß auch in der hohen Politik noch schlimmer als blindes Vertrauen der grundlose Argwohn ist. Das Wachsthum des norddeutschen Staates lag in den Verhältnissen, wie sie der westfälische Frieden unserem Vaterlande hinterlassen hatte, und ohne Zweifel war dasselbe für den Wiener Hof und dessen politische Ueberlieferungen keine angenehme Sache: eine gewisse Besorgniß, ein entsprechender Gegensatz war natürlich unter allen Umständen. Aber wer könnte heute noch läugnen, daß dieses berechtigte Gefühl den Wiener Hof gerade in den entscheidenden Augenblicken zu Schritten verleitet hat, die keine andere Wirkung haben konnten als die Beschleunigung der befürchteten Gefahr, die Vertiefung der Rivalität zu zerstörender Feindschaft? Durch das kränkende Mißtrauen gegen

Friedrich Wilhelm I. stellte Oesterreich selbst dessen großen Nachfolger auf die Schwelle seiner für Oesterreich verhängnißvollen Ruhmesbahn. Fünfzig Jahre später gewährte Thugut's nicht minder grundloser Argwohn gegen Friedrich Wilhelm II. der Revolution die Zeit zu ihrer Rettung und Napoleon die Mittel zu seinem ersten Siegeszuge nach Wien. Und wieder fünfzig Jahre später verwandelte die nicht minder unverdiente Eifersucht des Fürsten Schwarzenberg gegen Friedrich Wilhelm IV. den großen preußischen Staatsmann unserer Tage aus einem begeisterten Verehrer in den gefährlichsten Gegner Oesterreichs. Es könnte, scheint es, genug sein mit diesen Erfahrungen über die Früchte, welche die Saat des Mißtrauens hervorbringt: um Oesterreich und Deutschland wird es gut stehn, wenn sich auf beiden Seiten der Entschluß befestigt, Vertrauen zu geben und Vertrauen zu verdienen.



Am Denkmal Arndt's in Bonn.

1865.



Im Namen unserer guten Stadt, insbesondere im Namen unserer Turn- und Sangvereine rufe ich Ihnen, die Sie hier erschienen sind, um in Arndt's Standbild das Andenken des besten deutschen Mannes zu ehren, brüderlichen Gruß und ein kräftiges Gutheil zu.

Millionen Deutscher hat das Herz höher geschlagen bei Arndt's Reden und Liedern. Millionen sind von ihm in der Liebe zum Vaterlande erwärmt, und zu Treue und Thatkraft begeistert worden. Millionen sind heute in Gedanken an dieser Stelle anwesend, auf der Deutschland ihm und sich selbst ein Denkmal seiner hehrsten Zeit gesetzt hat.

Was ist es, wodurch dieser Mann solche Wirkung erreicht, solche Anerkennung gewonnen, solche Ehren verdient hat?

Er war Dichter und Gelehrter. Indessen Deutschland hat größere Dichter und tiefere Gelehrten besessen. Er hat für die Sache des großen Freiheitskampfes gewirkt. Aber er stand doch nicht unter den leitenden Feldherren, den herrschenden Staatsmännern. Weshalb denn nennt Deutschland, wenn es an 1813 gedenkt, Ernst Moritz Arndt als den dritten neben seinem größten Staatsmann, dem Freiherrn von Stein, neben seinem ersten Feldherrn, dem alten Blücher?

Oder fragen wir weiter: weshalb nennt Deutschland vor allen anderen Staasmännern Stein, obgleich Metternich zuweilen diplomatisch klüger war? weshalb nennt es vor allen andern Generalen Blücher, obwohl der seine besten Pläne dem großen Geiste Gneisenau's verdankte? Die Antwort ist: weil Stein die Staatskunst mit der glühenden Gesinnung des deutschen Volkes trieb, weil unter Blüchers Soldatenrock das volle Herz des deutschen Volkes schlug, weil beide die Geschicke Deutschlands nach dem ächtesten Sinn des deutschen Volkes lenkten.

Und Ernst Moritz Arndt? Er war kein Herrscher und Führer, aber er war ein Bild und Ausdruck seines Volkes. Das Wesen dieses Volkes, wie es sich im Schwunge einer großen Kampfeszeit gestellt hatte, war in ihm verkörpert. Wer es wissen will, welche Gedanken damals in den deutschen Bürgern und Bauern arbeiteten, welche Gefühle ihren Herzschlag belebten, welche Kraft und Leidenschaft in ihrem Geiste pulsirte — wer es wissen will, wie das deutsche Volk in jenen großen Jahren alle niederen Sorgen, alles selbstsüchtige Behagen, alle knechtische Gesinnung hinter sich warf und lebensfroh und todesmuthig sein ganzes Dasein für Vaterland und Recht einsetzte: wer dies mit Augen sehn will, der blicke auf die schlichten, freundlichen und festen Züge dieses Mannes. So wie Arndt während eines langen und wechselvollen Lebens war, so war das deutsche Volk in der leuchtendsten Zeit seiner Geschichte — und wahrlich, auf diese Art der Vertreter seines Volkes genannt zu werden, ist kein kleiner Ruhm. Das Herz des deutschen Volkes hängt an Arndt, weil er im vollsten Sinn des Wortes ein Mann des Volkes war.

Sein Wirken faßt sich, wie jenes der deutschen Nation zur Zeit der napoleonischen Kriege, in den beiden Worten zusammen: Freiheit und Vaterland. Für Freiheit und Vaterland hat er während der Fremdherrschaft und in den spätern Friedensjahren jede Rücksicht des Privatinteresses hintenangesetzt, Verfolgung und Gefahren auf sich genommen, mehr als einmal das bittere Brod der Verbannung gegessen. „Auf denn, redlicher Deutscher, ruft er während des Kampfes, bete täglich zu Gott, daß er dir das Herz mit Stärke fülle, daß keine Liebe dir heiliger sei als die Liebe des Vaterlandes, und keine Freude dir süßer als die Freude der Freiheit.“ Ihm wie seinem Volke damals erschien es kein Leben, ohne ein freies Vaterland zu leben. So jauchzt er nach der Leipziger Schlacht: „wir sind frei, wir athmen wieder; wir können die Sonne wieder anschauen, als das Licht, welches Ehre und Tugend wieder bescheinen wird.“ Ohne ein freies Vaterland hätte ihm Ehre und Tugend, Sonnenlicht und Athmen vernichtet gedünkt. „Wer Knecht geworden, schrieb er ein anderes Mal, hat die Hälfte seiner guten Eigenschaften verloren. Nur ein freier Mensch kann sein, wie ihn Gott gemacht hat; nur in einer freien Brust

können hohe Gedanken und Gefühle wohnen; nur ein Mann, der keinen Herrn über sich erkennt, als Gott im Himmel und das Gesetz auf Erden, kann die Einfalt des Herzens und die Fülle des Lebens bewahren, welche allein die Quelle großer Thaten und unsterblicher Werke sein können."

Diese Lebenslust des Daseins, die Freiheit, sah er nicht in äußern Staatsformen oder politischen Schultheorien, wie überhaupt die Form und die Theorie ihm wenig, die Lebenskraft und sittliche Pflicht ihm Alles galt. Als Jüngling hatte er für die Republiken der heidnischen Griechenzeit geschwärmt: dann aber hatte er die Einsicht gewonnen, daß die Entwicklung Europa's zur Bildung großer nationaler Staatskörper dränge, für welche die Monarchie die einzig angemessene Staatsform sei. Freiheit und Monarchie faßte er zusammen in dem einfachen und schönen Worte:

Die erste Majestät auf Erden,
Die höchste, ist Gesetz und Recht.

Und so hing er am Königthum, weil er zugleich dessen Beruf und Weihe im Rechtsschutz für die Bürger und im Waffenschutz nach Außen sah. „Die Republiken und die Kleinherren und die Viertelsherren, sprach er 1813, sind vergangen und werden vergehn." Er lebte der Hoffnung, daß der Strom der Befreiungszeit die kleinstaatliche Zersplitterung aus dem Vaterlande hinwegfegen, und uns unter einem starken Kaiserthum einer mächtigen Zukunft entgegenführen würde. Es war ihm nicht vergönnt, die Verwirklichung dieses Hoffnungsbildes zu erblicken: bis auf den heutigen Tag haben wir ja anstatt der deutschen Einheit immer nur erst die deutsche Frage — und so danken wir Arndt, daß er in Millionen Herzen diese Frage wenigstens gestellt, daß er sie mit der ganzen Wucht seines Patriotismus gestellt und wachgerufen hat, die Frage: was ist des Deutschen Vaterland?

Und nimmermehr wird von nun an im deutschen Volke der helle und starke Ton wieder verhallen, den dieses Lied angestimmt, und von einer Grenzmark des Vaterlandes zur andern getragen hat. So weit die deutsche Zunge klingt, wird immer klarer und immer fester das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit hervortreten, und aller Hindernisse spottend, endlich den vollen Triumph erringen.

Mehr als ein vergeblicher Anlauf ist gemacht worden; vielleicht noch mehr als ein vergeblicher Anlauf steht bevor: manches Mißverstehn, manche Reizbarkeit, manches bittere Grollen mag noch zu überwinden sein — endlich aber müssen wir siegen, so gewiß das Vaterland stärker ist als die Viertelsherrn, der Brudersinn stärker als der Eigensinn, und die Liebe stärker ist als die Selbstsucht. Eine große Nation, deren Bürger ihrer gemeinsamen Art einmal bewußt geworden sind, kann auf die Dauer nicht von Fremden beherrscht, und kann auf die Dauer nicht in willkürliche Stücke auseinander gerissen werden. Im Namen der Freiheit wird sie ihre kleinen Souveränitäten achten, so weit diese die eigenartige Natur der einzelnen Provinzen und Stämme vertreten: im Namen der Freiheit aber wird sie nach Außen zu Schutz und Schirm und Heerbefehl, die straffe Einheit, die starke Leitung durch die stärkste Hand begehren. Ich kenne, ruft Arndt, kein sächsisches oder preußisches, kein baierisches oder holsteinisches Volk; es giebt nur ein deutsches Volk mit zahlreichen Volksstämmen und Volkstheilen. Mit allem Respect vor allen Souveränitäten, fährt er fort, wo es sich um Krieg und Heerbefehl handelt, folge ich blindlings dem Gefühle weiland Sanct Christoffels, der von seinem breiten Rücken selbst den Teufel abschüttelte, als dieser bei Erblickung eines hölzernen Kreuzes scheu auszuweichen strebte: Sanct Christoffel wollte nur einem Herrn dienen, der sich vor nichts zu fürchten brauchte. Einer starken und freien Nation kann nur ein starker Heerbefehler taugen, der sich vor nichts zu fürchten braucht: der Krieg will Einheit des Befehls, das Heer will Einheit der Ordnung; hier müssen, schließt Arndt, die Kleinen und Schwachen von ihrer mißgedeuteten Souveränität etwas abtreten.

Er will den starken Herrscher für ein freies Volk, damit die Freiheit vor fremdem Eingriff sicher sei. Und eben deshalb will er ein freies Volk für den starken Herrscher, weil die rechte Stärke nur aus der Freiheit geboren werden kann. Zwei Dinge, sagt er, ließen (1808—1813) die preußischen Staatslenker nicht aus den Augen, die beiden Dinge, durch welche der Staat aus einem kleinen und schwachen ein großer und mächtiger geworden war: das Volk waffengeübt zu machen, und den Geist frei zu lassen. Was hat, fragt er am Schlusse des herrlichen Jahres 1813, dem

preußischen Heere die siegende Kraft gegeben? Und er antwortet: „zunächst Gott, und dann der Geist, die Freiheit des Geistes. Recht hat Friedrich Wilhelm gethan, würdig und königlich hat er dem Zeitalter und seinem Volke vertraut, als er das Licht nicht bedecken wollte, welches gerade dadurch ein verderbliches Feuer geworden wäre. Die Geister, die er hat frei fliegen lassen, haben Gott zu seinem Bundesgenossen gemacht, und seine Heere mit dem Athem der Begeisterung angeweht, wodurch die Fesseln zersprungen sind, die uns schmerzten. „Was wäre es geworden," fragt er weiter„, wenn zu dem unsäglichen Unglück des Landes auch noch das gekommen wäre, daß diese Menschen nicht hätten denken, daß sie nicht hätten sprechen, noch sich die Zeit und ihr Leid und ihre Hoffnungen hätten auslegen dürfen? Dann wäre es nur eine dicke faule Masse geworden, eine starre Leiche voll Schmutz und Sünde; der preußische Staat wäre dann wirklich todt gewesen; wie Blei wäre der traurige Rest zusammen gesunken, und vergebens hätte das königliche Scepter im Frühling 1813 auf die bleiernen Sclaven geschlagen, sie zum Kampfe aufzuwecken; sie wären wie stumme und dumme Klötze in ihrer Faulheit liegen geblieben. Daß Preußen wieder dasteht, daß Deutschland erstehn wird, daß das ruhmreiche Geschlecht der Hohenzollern auch künftig im Glanze herrschen wird: das Alles verdanken wir nächst Gott der geistigen Freiheit, die der König seinem Volke unverkümmert ließ."

Wenn irgend einem Menschen, kam es Arndt zu, in diesem vollen Mannestone, dessen Worte wie Schläge des Eisenhammers auf das Herz des Hörers fallen, das Lob der Freiheit, der kräftigen, krafterschaffenden Freiheit zu verkünden. Denn er redete nicht als ein rascher Enthusiast in oberflächlicher Unerfahrenheit von Dingen, die er nur nach der Außenseite kennt. Er wußte wie Einer, daß die ächte Freiheit keine leichte Sache ist, die etwa durch einen gnädigen Landesvater geschenkt oder mit einem siegenden Revolutionstag erobert werden könnte. Vielmehr ist sie eine schwere Aufgabe, eine Uebung hoher Pflicht, eine Frucht sittlicher Bildung, die nur bei allgemeiner thätiger Hingebung an Gesetz und Recht und Gesammtwohl gedeihen kann. Arndt, der beim auswärtigen Kriege heftig und

feurig war, dem dort nichts stark und schnell und reißend genug war, hielt im innern Staatsleben Mäßigung und Unerschütterlichkeit für die höchste Tugend. Von einer Freiheit, die wie ein Pilz über Nacht aufwachsen könnte, versprach er sich gar nichts. „Bleibende Gesetze ordnen," schrieb er 1815, „und gerechte Verfassungen aufrichten, ist allein das Werk besonnener Weisheit, langer Erfahrungen, oft vielfältiger Proben und harter Kämpfe. Wie die Naturforscher sagen, daß die Leiber, welche langsam das volle Wachsthum erreichen, auch die ausdauerndsten sind, so halten die Verfassungen auch am längsten aus, welche sich im Gedränge und Kampf langsam entwickelt haben. Denn nicht was auf dem Papiere steht und zerreißlich wie Papier ist, ist die Freiheit, sondern was durch festes und muthiges Ringen um die schönsten Güter in den Herzen der Bürger festgewurzelt hat, das drückt dem Papiere das rechte Bestätigungssiegel auf: das ist die starke Verfassung, die in der starken Brust verfaßt ist."

Und sage keiner, daß diese Mahnung zu langsam fortschreitender Arbeit für unsere raschlebende Zeit zu bedächtig, oder gar daß sie ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Fähigkeit des deutschen Volkes sei. In den schlimmsten und den besten Stunden hat Arndt inmitten dieses Volkes gestanden: er hat es in seinem Opfermuth und in seiner Hingebung gesehn; er hat die Kämpfer, deren tosendem Ungestüm Napoleon erlag, in ihrer Pflichttreue und ihrer Gottesfurcht erblickt: in ihm stand seitdem die Ueberzeugung felsenfest, daß dieses Volk der Freiheit werth, der Freiheit bedürftig, zur Freiheit berufen sei. Wie viel Reibung und Unbequemlichkeit und Fehlgriffe im Einzelnen vorkommen mochten: „wir müssen hindurch," rief er aus; „freilich das Feuer, welches wärmt, verzehrt auch; aber wir müssen hindurch. So wenig ein dreißigjähriger Mann zur unmündigen Unschuld seines dritten oder fünften Lebensjahrs zurückkehren mag, so wenig können wir durch Hofbefehle oder Bannbullen zur Seligkeit unseres politischen Kindesalters zurückgeführt werden. Was vergangen ist, das ist vergangen; die quicken und feurigen Geister müssen, auch durch Flammen und Abgründe hindurch, ihren leuchtenden Olympus mit uns erklimmen." Wir sehn wohl, wenn ein solcher

Mann zu Mäßigung und Langsamkeit auffordert, so ist es nicht blasse Furcht oder mißtrauende Aengstlichkeit, die aus ihm redet. Im Gegentheil, es ist stolze Sicherheit, festes Vertrauen, unerschöpfliche Kraft. Mag heute eilen und hasten, wer des morgigen Tags nicht sicher ist; mag heute auf lockerem Fundament luftig in die Höhe bauen, wer auf morgen sich keine Kraft oder Ausdauer zutraut. Solche Arbeit zerfällt dann, geschwind wie sie emporgestiegen, und die Arbeiter laufen umher, und stöhnen und schmähen, nicht über sich und ihre Fehler, sondern über die Zeit und die Welt, über den Staat und das Volk, dem nun einmal nicht zu helfen sei. Unser Arndt hat gar nicht gewußt, was es heiße, den Staat aufgeben, am Volke verzweifeln. Er war langlebig, nicht bloß im körperlichen Sinne, und wie er selbst beinahe ein Jahrhundert durchmessen hat, so umfaßte sein geistiges Auge die Jahrhunderte, welche die Stunden am Lebenstage eines Volkes sind. Er selbst war langsam gewachsen und fest und knorrig wie die Eichen der Heimath; er traute auch seinem Volke die unverwüstliche Triebkraft der deutschen Eiche zu. Wenn uns die Gegenwart nicht gerade heiter erscheint: nun, er hatte die schlimmere Zeit der Fremdherrschaft gesehn, und keinen Tag im Siegsvertrauen gewankt, und dann die herrlichste Befreiung erlebt. Da ging dann im goldenen Glanze die höchste Hoffnung auf: aus der äußern Unabhängigkeit die Hoffnung auf die innere Freiheit und die deutsche Einheit. Nur zu bald aber erfolgte die Enttäuschung, die lange bittere Enttäuschung. Tausende wurden schlaff und muthlos, verhetzt und verzweifelt. Arndt blieb an seiner Stelle, gefaßt und tapfer, unermüdlich, unerschütterlich Seiner selbst und seines Volks gewiß, hielt er ohne rechts noch links zu weichen, seine Bahn. Aus der alten Quelle, dem Einssein mit Volk und Staat, strömte fort und fort auch dem Greise die ewig junge Begeisterung zu, die Jugendkraft, zu lieben und zu hassen, die Liebe für Freiheit und Recht, der Haß von Lug und Trug und Gleißnerei. Aus diesem Borne schöpfte er in tief trüben, schwer lastenden Jahrzehnten zugleich die Festigkeit und die innere Heiterkeit und Freudigkeit, welche das Erz dieses Standbildes verkörpert und wiederstrahlt. „Gott verläßt, schrieb er 1853, keinen Deutschen

der sich nicht selbst verläßt." Sein altes Wort war in ihm lebendig: „Vaterland und Freiheit, und der Gedanke ihrer Unvergänglichkeit sind keine leeren Namen. Unter welchem Panier wollten wir denn künftig in das Feld ziehn, als mit der Losung Deutschland?"

Und diese Losung rufe denn sein edler und tapferer Geist fort und fort den jetzigen und den kommenden Geschlechtern zu. Ein Hoch auf das deutsche Vaterland!

Das neue Deutschland und Frankreich.

Sendschreiben an Herrn Forcade in Paris.

Aus der revue des deux mondes, 15. septembre 1866.

Mein Herr! Ihre Chronik der beiden letzten Monate liegt vor mir. Das Hauptthema derselben bildet der preußisch-österreichische Krieg, der Sieg von Sadowa, die daraus erfolgende Neugestaltung Deutschlands, und nothwendig erhebt sich die Frage, in wie fern diese großen Ereignisse den Interessen Europas und insbesondere denen Frankreichs entsprechen. Das Ergebniß Ihrer Betrachtungen ist ein bedingtes. Mit Einsicht und Unparteilichkeit erkennen Sie die Berechtigung des deutschen Volkes an, sich zu einer neuen Verfassung und starken Centralisation zusammenzuschließen. Zweifelhaft aber scheint es Ihnen, ob die jetzige Vergrößerung Preußens in der That einen solchen Charakter an sich trage, ob sie in Wahrheit ein Erzeugniß des nationalen Willens und des geschichtlichen Fortschrittes oder ob sie im Gegentheil lediglich das zufällige Werk eines persönlichen oder dynastischen Ehrgeizes ist. Was in jenem Falle erfreulich und wohlthätig wäre, müßte in diesem den Tadel und das Einschreiten Europas hervorrufen.

Wenn ich mir einige Bemerkungen zu Ihren Sätzen erlaube, so habe ich nicht den Wunsch auf Widerlegung, sondern auf Verständigung. Ich würde es mir nicht herausnehmen, ein französisches Urtheil über französische Interessen irgendwie beeinflussen zu wollen. Wenn aber das Urtheil von der Frage abhängt, ob auf deutschem Boden gewisse Voraussetzungen thatsächlich vorhanden sind oder nicht, so verstatten Sie wohl einem deutschen Beobachter das Wort, um über die Zustände seiner Heimath gewissenhafte Auskunft zu ertheilen.

Zunächst, um was handelt es sich? Was ist es, was zur Zeit von Preußen und dessen deutschen Anhängern erstrebt wird?

Die Verträge von Nikolsburg und Prag geben auf diese Frage bestimmte Antwort. Preußen will keinen Fuß breit österreichischen Landes, dafür erkennt ihm Oesterreich die Befugniß zu, über Norddeutschland, sei es durch Einverleibung, sei es durch ein Bundes-Parlament, zu herrschen und mit dem deutschen Süden irgend eine losere Form der nationalen Verbindung durch besondere Verträge zu suchen. Dieses Ergebniß unterscheidet sich erheblich von den Systemen, wie sie seit 1848 zur Lösung der deutschen Frage von liberaler Seite vorgeschlagen worden waren. Damals war man erfüllt von Begeisterung und Vaterlandsliebe, aber nicht eben glücklich in der Behandlung der gegebenen wirklichen Verhältnisse. Man war etwas romantisch, man war in höherem Grade radical und in noch höherem doctrinär. Man verkündete ein deutsches Kaiserthum und redete viel von der Macht und Herrlichkeit des alten Friedrich Barbarossa, die jetzt wieder erneuert werden sollte, obwohl man so ziemlich genau wußte, daß die Regierung jenes Kaisers eine Kette von Niederlagen gewesen und daß man heute das gerade Gegentheil von allen seinen Wünschen erstrebte. Man erklärte weiter, daß zu dem neuen deutschen Reiche alle Deutschen gleichmäßig gehören sollten, gleichviel unter welchen Verhältnissen sie bis dahin gelebt hätten, ob als Unterthanen einer der beiden Großmächte oder als Bürger einer der kleinen freien Städte, ob in den tyroler Alpen oder in den Marschen Holsteins, ob im Süden oder im Norden, ob als Katholiken oder Protestanten. Man beschloß endlich für sie Alle eine Verfassung, welche die bestehenden fünf und dreißig Throne und Territorien ungeändert ließ und nur den Kaiser von Oesterreich einlud, die Hälfte seines Gebietes unter preußische Oberhoheit zu stellen, den König von Preußen aber aufforderte, den Kaisertitel anzunehmen, übrigens aber alle Beschlüsse des künftigen deutschen Parlaments ohne Widerrede zu vollstrecken. Es war kein Wunder, daß dieser Versuch, ein demokratisches Kaiserreich von 50 Millionen aus dem Nichts hervorzuzaubern, kläglich scheiterte.

Heute ist keine Rede von Kaiserprunk und 50 Millionen Seelen. Man ist bescheidener, praktischer, klüger geworden. Man hat gelernt, daß ein bedeutendes Reich nicht mit Worten und constitutionellen Paragraphen hergestellt werden kann. Gerade an Oester-

reichs Beispiel hat man gesehen, daß die Anhäufung vieler widerhaariger und hinausstrebender Elemente weder Stärke, noch Sicherheit gewährt. Man wünscht also in den neuen Bundesstaat nur solche Fürsten aufzunehmen, von deren gutem Willen man überzeugt ist. Man stärkt die Macht des leitenden Staates so weit, daß er in jedem Momente ein meuterisches Uebelwollen dämpfen könnte. Die entlegeneren Staaten des Südens bleiben nur durch den Zollverein und völkerrechtliche Verträge mit dem Norden in Berührung. Sie haben so oft geklagt, daß Preußen sie verschlingen wolle, und gegen solche Gewaltthat im voraus protestirt. Heute fürchten sie bereits, daß sie in kurzer Frist ihrerseits um Anschluß bitten und dann ihren Wunsch vielleicht nicht so rasch erfüllt sehen werden. Mit einem Worte, die jetzige deutsche Reform strebt nicht nach einem kolossalen Gebiete, sondern nach einer festbegründeten Sicherheit. Sie stattet den künftigen Führer mit durchgreifender Macht aus. Sie beseitigt die notorisch übelwollenden Fürsten, so weit sie kann. Sie überläßt den Zutritt unzuverlässiger Genossen einer fernen Zukunft. So ergibt sich für das neue Preußen ein unmittelbares Gebiet von 24 Millionen, dazu die Staaten des norddeutschen Bundes, mit 5 Millionen, endlich die süddeutschen Mitglieder des Zollvereins mit 9 Millionen Einwohnern. Auf die letzteren ist, was preußische Macht betrifft, heute noch nicht zu rechnen: aber man sieht, daß auch für die Zukunft, auch bei dem Eintritte Süddeutschlands, die Gesammtziffer sich nicht höher als auf 38 Millionen, mithin dieselbe Zahl, wie die Bevölkerung des vollständig centralisirten Frankreich stellt. Daß hervorragende französische Staatsmänner schon in einem solchen Zahlenverhältniß eine Gefahr für Frankreich erkennen würden, darauf, gestehe ich, war ich bei allem Nationalstolze, dessen ich mich rühme, nicht vorbereitet. Wäre ihr nationales Bewußtsein so tief gesunken, daß sie in einem Nachbarvolke von gleicher Zahl eine Gefahr für Frankreich erblickten? Oder wäre es so krankhaft überreizt, daß ihnen das gesunde Gedeihn eines Nachbarvolkes unverträglich mit der französischen Ehre schiene?

Ich weiß sehr wohl, daß Sie nicht auf diesem Standpunkte stehen. Ihre Erwägungsgründe sind würdiger und tiefer. Vor Allem ziehen Sie die geschichtlichen Vorgänge zu Rathe, und

diese scheinen Ihnen nicht zu Gunsten der neuen Ordnung in Deutschland zu reden. Sie erwähnen der überlieferten Politik, durch welche Frankreich seit drei Jahrhunderten seine Selbstständigkeit und Größe geschaffen habe. Sie bemerken sehr richtig, daß der unwandelbare Gedanke derselben der Widerstand gegen den Ehrgeiz des Hauses Habsburg gewesen. Seit den Kriegen Franz' I. gegen Karl V. habe Frankreich Alles aufgeboten, um die Unterwerfung des ganzen Deutschland unter Oesterreich zu hindern, und habe bei dieser Politik sich vortrefflich befunden. Sei es hiernach nicht höchst bedenklich, die Unterwerfung des ganzen Deutschland unter Preußen zuzulassen?

Wie mir scheint, liegt dieser Frage eine Verwechslung sehr verschiedener Dinge zu Grunde, eine Verwechslung, die freilich in Deutschland selbst noch immer oft genug von vielen wackeren Patrioten begangen wird. Man glaubt, weil Karl V. unter vielen anderen Würden auch die eines deutschen Kaisers besaß, sei er in demselben Sinne der Typus und der Vertreter des deutschen Wesens und der deutschen Bestrebungen gewesen, wie Franz I. jener der französischen. Aber nichts entspricht der Wahrheit der Thatsachen weniger. Karl V. war römischer Kaiser, König von Spanien, Beherrscher Neapels, Mailands, Amerikas. Wohl war er auch Erzherzog von Oesterreich und Graf von Tyrol, aber seine Muttersprache war nicht die deutsche, sondern die französische; seine Denkweise war nicht die deutsche, sondern die spanische; seine leitenden Minister waren nicht Deutsche, sondern Burgunder, Spanier und Italiener, und als er die Zeit gekommen glaubte, um nicht bloß dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit der Herr in Deutschland zu werden, unterwarf er sich die deutschen Völker mit einem spanisch-italienischen Heere. Mit einem Worte, er war der größte Vertreter, nicht der deutschen Nationaleinheit, sondern jener theokratischen Weltherrschaft des Mittelalters, des imperium urbis et orbis, dessen Inhaber die Freiheit der Individuen und die Besonderheit der Völker in allen Theilen der Erde gleichmäßig bedrohten. Daß die Könige von Frankreich, als Vertheidiger ihrer nationalen Selbstständigkeit, diesem System in den Weg traten, haben ihnen die Deutschen nicht weniger als die Franzosen selbst gedankt, und Frankreich ist durch diese Politik gediehen, weil sie das natürliche und reale Recht der nationalen

Unabhängigkeit gegen einen mystischen Despotismus und eine weltumfassende Habsucht vertrat. So weit Frankreich diese Linie einhielt, ist es ruhmreich gewachsen: sobald seine Herrscher, wie es unter Ludwig XIV. und Napoleon I. geschah, ihrerseits nach Universal-Herrschaft strebten, führten sie nach herrlichen Triumphen endlich die Niederlagen von Malplaquet und Waterloo über ihr Volk herein. Der Grundsatz der Nationalität gegenüber der erobernden Universalgewalt, das ist in Wahrheit die überlieferte Politik Frankreichs, die positive, segensreiche Politik. Und heute, wo dieser Grundsatz nachdrücklicher als je vor Ihrer Regierung verkündet wird, heute sollte Frankreich die nationale Einheit Deutschlands hindern wollen? heute sollte es das Recht der nationalen Selbstbestimmung verkennen, und damit in die selbstmörderischen Ausschreitungen Ludwig's XIV. und Napoleon's I. zurückfallen?

Der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich ist ohne Zweifel lange nicht so mächtig, wie sein gewaltiger Vorfahr Karl V.: zum Glücke der Welt haben dafür 1859 die französischen, 1866 die preußischen Waffen gesorgt. Aber seine überlieferte Politik ist dieselbe, wie die jener mittelalterlichen Imperatoren. Das moderne Oesterreich ist wie das alte Haus Habsburg die lebendige Verneinung der nationalen Berechtigungen. Im Norden auf die slawischen Böhmen, im Süden auf die ungarischen Magyaren gestützt, hat es in den Verträgen von 1815 mit der einen Hand Italien, mit der anderen Deutschland seinem herrschenden Einflusse zu unterwerfen gesucht. Damit das Haus Lothringen diese vielsprachige Staatsgewalt behaupten könne, mußten zwei große Culturvölker Europas, Italien und Deutschland, von 1815 bis 1848 auf Preßfreiheit, Vereinsrecht, repräsentative Verfassung verzichten. Und in Wien war man von dem ewigen Rechte dieses Despotismus in so naiver Weise durchdrungen, daß man jeden Versuch einer Reform ohne Weiteres als ein öffentliches Verbrechen betrachtete und mit vernichtender Aechtung zu ahnden wünschte. Als 1850 Preußen die deutsche Verfassung zu verbessern strebte, rief in Wien der Minister Fürst Felix Schwarzenberg: Il faut avilir la Prusse pour la démolir! Als 1859 Napoleon III. an die vertragsmäßige Unabhängigkeit Mittelitaliens erinnerte, erklärte der Minister Graf Rech-

berg: der eigentliche Zweck unseres Krieges wird der Sturz Napoleon's und die Restauration Heinrich's V. sein, c'est ce que nous voulons! ni plus ni moins! Wie man weiß, hat es diesen zornigen Strafurtheilen nur an Einem, an der Kraft der Vollstreckung gefehlt: um so reichlicher war in Wien der aufrichtigste Wille vorhanden, Preußen und Frankreich im 19 Jahrhundert eben so zu behandeln, wie Karl V. im 16. die deutschen Protestanten und König Franz I. behandelt hat. Die Zeiten haben sich geändert, der Trieb auf Freiheit und Recht ist in allen Herzen erwacht, die Kraft des nationalen Gefühls ist in ganz Europa lebendig: Alles, Alles ist neu geworden, nur die Gesinnung der Wiener Staatsmänner ist unwandelbar geblieben.

In Frankreich weiß es heute ungefähr Jedermann, was es für Italien bedeutet hat, der Herrschaft einer solchen Macht unterworfen zu sein, und die große Mehrheit der Franzosen hat demnach die Befreiung des italienischen Volks mit lebhaftem Mitgefühl begrüßt. In Deutschland schien der Druck nicht so grell; und wenigstens für das Auge des Ausländers traten die Folgen desselben nicht so deutlich zu Tage, wie am Fuße des Apennin. In der Hälfte unseres Landes war der Protestantismus errettet worden; das Emporkommen des preußischen Staates setzte dem habsburger Ehrgeize gewisse feste Schranken; eine bedeutende nationale Literatur war entstanden, an welcher Oesterreich zwar keinen thätigen Antheil nahm, die es aber auch nicht zu unterdrücken vermochte. Aber wenn Oesterreich nicht mehr stark genug war, uns unmittelbar zu beherrschen, so besaß es doch noch Kraft genug, unsere nationale Entwicklung so weit zu lähmen, um seinen Bestrebungen einen leitenden Einfluß zu sichern. Es trat bei uns nicht wie in Italien als Eroberer auf, aber es handelte nach dem alten Worte: divide et impera! Es wußte in Berlin das Mißtrauen zwischen König und Volk zu säen, und sein Werk war es, daß dreißig Jahre lang die verfassungsfeindliche Partei am preußischen Hofe die Oberhand behielt. Es gewährleistete unseren kleinen Fürsten ihre unbeschränkte Allmacht über ihre Unterthanen und eine volle Entbindung von allen nationalen Pflichten, und war dafür ihrer Ergebenheit und Unterwürfigkeit in allen inneren Verhandlungen sicher. Dies war die

praktische Bedeutung der Verfassung des deutschen Bundes, wie sie zum Unheil Deutschlands von 1815 bis zum Vertrag von Nikolsburg bestanden, und Sie begreifen demnach, welchen Wiederhall das Wort Napoleon's in Auxerre: „Ich verabscheue die Verträge von 1815!" auf deutschem Boden finden mußte. Wie oft habe ich von Franzosen oder Engländern aussprechen hören, daß ihnen die deutsche Bundesverfassung ein unverständliches Chaos sei: natürlich genug; das schlechthin Unvernünftige schließt das Verständniß aus. Was würde man in Frankreich zu einer Verfassung sagen, welche dem Marquis von Carabas oder dem König von Yvetot das Recht gäbe, jede Aenderung des Grundgesetzes durch sein Veto zu verhindern, welche dem Maire von Bordeaux oder dem Präfecten von Lyon die gesetzliche Vollmacht ertheilte, jede Verbesserung des Zolltarifs unmöglich zu machen, welche außerdem den Königen von Belgien und Spanien die Befugniß einräumte, jede Reform in der Organisation der Armee, jede Anlage einer neuen Festung zu verbieten? Wir aber in Deutschland hatten dreißig Könige von Yvetot, die unter Oesterreichs Schutze mit jenen ungeheuerlichen Vollmachten durch die Bundesverfassung ausgestattet waren, und bis zu den Umwälzungen der letzten Jahre waren die Könige von Dänemark und von Niederland als die Beherrscher Holsteins und Luxemburgs jeden nationalen Fortschritt durch ihr Veto zu hindern befugt. Es ist wahr, daß, wenn Oesterreich und Preußen über irgend eine Sache einmal einig waren, jene kleinen oder fremden Machthaber in der Regel keinen Widerspruch wagten; aber nach der Beschaffenheit der österreichischen Politik war eine solche Einigkeit nur dann vorhanden, wenn Preußen sich Oesterreich fügte und die Sache des nationalen Fortschritts Preis gab. Ein Franzose muß in der Geschichte seines Landes bis in das 15. Jahrhundert zurückblicken, um ähnliche Erscheinungen zu finden. Erinnern Sie sich an das Verhältniß Königs Ludwig XI. zu Herzog Karl dem Kühnen von Burgund. Denken Sie sich, Karl sei im Kampfe mit den Schweizern Sieger geblieben, hätte dann seine sämmtlichen Lande an seinen Schwiegersohn Max von Oesterreich vererbt, und diesem sei endlich Charles-Quint auch als Herzog von Bourgogne gefolgt: wenn Sie die Lage Königs Franz I. unter

solchen Voraussetzungen sich ausmalen, so haben Sie ungefähr das Bild von der Lage Preußens in dem von Oesterreich präsidirten deutschen Bunde. Glauben Sie, daß die französische Nation eine solche Lage 50 Jahre lang ertragen hätte?

Die deutsche Nation hat diese Geduld gehabt, vielleicht weil sie etwas ruhigeren Blutes als die Ihrige ist, hauptsächlich aber, weil sie leider seit mehreren Jahrhunderten an einen Zustand der Zersplitterung und nationalen Anarchie gewohnt ist, und der lange Bestand der kleinen Höfe aller Orten eine Menge von selbstsüchtigen Interessen im Sinne des alten Systems erzogen hat. Als sie die Freiheit der Presse begehrte, erfuhr sie, daß Oesterreich dieselbe nicht ertragen könne, und die Bundesfreundschaft alsoauch f ür uns den Verzicht auf dieselbe erheische. Als von einer Verbesserung des deutschen Heerwesens die Rede war, von der besseren Einrichtung eben des Bundesheers, das vor vier Wochen die kläglichen Lorbeern der Prinzen Karl von Baiern und Alexander von Hessen geärntet hat, erschien die Erklärung, daß auf keinen Fall die Souverainetät der dreißig Fürsten beschränkt werden dürfe: denn Oesterreichs Einfluß in Deutschland bedurfte ja der vollen Unabhängigkeit dieser Souveraine. Als die Nation mit Jubel die ersten Anfänge einer deutschen Flotte in der Nord= und Ostsee begrüßte, beeilten sich Oesterreich und der Bundestag die Fahrzeuge dieser jungen Marine nach zweijährigem Bestande in öffentlicher Auction versteigern zu lassen; denn die weitere Entwicklung der Sache hätte ja schließlich Preußen, dem verhaßten Nebenbuhler Oesterreichs, zu Gute kommen müssen. Als die Eisenbahnen dem europäischen Verkehr unvermuthete Entfaltung brachten, gab es in Deutschland an hundert Punkten theils lächerliche, theils gehässige Hindernisse nach den Gränzen der kleinen Staaten oder den Launen der kleinen Fürsten. Hier wollte man eine eigene Spurweite, verschieden von jener der Nachbarn, und machte damit den durchgehenden Verkehr unmöglich; dort mußte eine Bahn weite und kostspielige Umwege machen, um nicht den Park des fürstlichen Schlosses zu durchschneiden. Mehrere Staaten bauten eine gemeinschaftliche Bahn, aber jeder von ihnen wies bei seinen Cassen das Papiergeld seines Genossen zurück; andere Territorien schlossen völlig sich ab, und ließen die Bahn des Nachbars an ihrer Gränze enden. Beinahe ein halbes Jahrhundert hin=

durch belasteten Nassau und Darmstadt die Schifffahrt auf dem Rheine, Mecklenburg und Hannover jene auf der Elbe mit vertragswidrigen Zöllen; alle Einsprüche Preußens, Frankreichs, Hollands blieben fruchtlos; die deutsche Bundesverfassung gab kein Mittel, den fiscalischen Gelüsten jener kleinen Staaten Schranken zu setzen. Frankreich hat sich von den Zolllinien zwischen seinen Provinzen in jener Einen großen Nacht des 4. August 1789 befreit: in Deutschland machte Oesterreich auch in dieser Frage sich zum eifrigen Anwalt der Zersplitterung und Vereinzelung, und gegen seinen Widerspruch war ein unausgesetztes Ringen Preußens zehn Jahre hindurch zur Erreichung des Zieles nöthig. Der Handelsvertrag mit Frankreich wurde mehr als zwei Jahre lang verschleppt, zu gewaltigem Schaden unserer industriellen und commerciellen Bevölkerung, weil Oesterreich, fast wörtlich wie früher bei der Preßfreiheit, erklärte, es könne für sich jene Herabsetzung des Tarifs nicht ertragen, und mit eifriger Zustimmung unserer kleinen Könige die Forderung erhob, also müsse auch Deutschland unter dem Drucke des alten Systems verharren. Dann folgte unser Handelsvertrag mit Italien: er hatte ein ganz ähnliches Schicksal, denn Oesterreich machte es ungefähr zu einem casus belli, daß Deutschland sich unterfangen wolle, mit den Italienern Handel zu treiben, welche zwei österreichische Erzherzoge aus ihren Residenzen zu Florenz und Modena verjagt hatten.

Sie werden, hoffe ich, einräumen, daß ein solcher Zustand für eine große und gebildete Nation auf die Dauer schlechthin unerträglich war. Nichts ist gewisser, als daß hier Abhülfe geschafft werden mußte, und daß, so lange dieß nicht geschehen, hier in der Mitte Europas eine bleibende Ruhe nicht zu erwarten war. Die Geschichte des deutschen Bundes von seinem ersten Tage bis zu dem heutigen bestätigt diese Auffassung: es ist die Geschichte eines bleibenden Krankheitsstandes, fortgesetzter Zuckungen, gewaltsamer oder schleichender Krisen. Kaum war 1815 die Bundesverfassung gegründet, so begann die innere Gährung, und die damaligen liberalen Parteien erhoben um die Wette den Ruf nach der deutschen Einheit. Damals, 1819, gelang es dem Fürsten Metternich, den König von Preußen durch das Gespenst einer angeblich drohenden rothen Revolution für das conservative österreichische System zu ge-

winnen, und so, von Preußen selbst unterstützt, die deutschen Unitarier niederzuwerfen. Derselbe Vorgang wiederholte sich 1830. Denn trotz aller polizeilichen Maßregeln war das tiefe Mißvergnügen im Volke lebendig geblieben; der Anstoß der Juli-Revolution reichte hin, um starke Zuckungen in halb Deutschland hervorzurufen. Noch einmal ließ sich Preußen bestimmen, erschreckt durch die damaligen republikanischen Bestrebungen der Neuerer, mit Wien und Frankfurt gemeinsam für die bestehende Ordnung einzutreten. Aber kaum hatte 1840 in Berlin Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen, so änderte sich die Lage der Dinge. Der geistreiche Fürst, conservativ und feudal gesinnt, wie er war, hatte dennoch vom ersten Tage an die Ueberzeugung, daß die bisherige Versumpfung der deutschen Verhältnisse aufhören müsse, wenn nicht Preußen und Deutschland zu Grunde gehen solle. Seine wohlmeinenden und gemäßigten Reformvorschläge wurden in Wien mit schwach verhehltem Mißvergnügen aufgenommen, und ehe er im Stande war, die Stumpfheit des gealterten Fürsten Metternich in Bewegung zu setzen, brach über beide der Sturm von 1848 herein. Es fehlte zu jener Zeit in Deutschland im Uebrigen jeder Gährungsstoff, wodurch sonst große Revolutionen entstehen; es gab keine Hungersnoth im Lande, die Rechtspflege war untadelhaft, nirgends kam religiöse Bedrückung vor. Aber allgemein war der Unwille über die Unwürdigkeit der deutschen Bundesverfassung, und in allen Theilen des Landes erhob sich mit seltener Einmüthigkeit als die Losung der Bewegung der Ruf nach einem deutschen Parlamente, nach einer volksthümlichen constituirenden Versammlung. Man weiß, wie der Versuch scheiterte. Das Parlament verstand es in seinem demokratischen und lehrhaften Eifer nicht, sich mit dem preußischen Könige in das Einvernehmen zu setzen. Friedrich Wilhelm lehnte die Kaiserkrone ab, und versuchte dann ein gemäßigteres System deutscher Reform durchzuführen. Unterdessen aber hatte Oesterreich die aufrührerischen Wiener und Ungarn unterworfen, stellte ein starkes Heer an der böhmischen Gränze auf und erzwang von dem friedliebenden Könige den Verzicht auf jede Aenderung der Bundesverfassung. Allein die Unerträglichkeit des Zustandes verstattete nur kurze Ruhe. Der innere Zwiespalt zwischen beiden Mächten kam schon 1854 bei Anlaß des

Krimkrieges zum Vorschein; die Erschütterung des italienischen Krieges von 1859 rief den „deutschen Nationalverein“ in das Leben, und dieser begann sofort eine lebhafte Agitation für ein deutsches Parlament und preußische Hegemonie. 1861 bequemte sich der sächsische Minister, Herr v. Beust, zu dem Zugeständniß, daß die bisherige Bundesverfassung unbrauchbar sei; 1863 überbot ihn Kaiser Franz Joseph durch seine Erklärung auf dem Frankfurter Fürstentage, der bisherige Bund sei das Chaos. Leider waren die Anerbietungen beider Staaten in ihrem positiven Theile immer so beschaffen, daß der badische Minister, Herr v. Roggenbach, amtlich erklärte, das heiße dem deutschen Volke statt des Brodes einen Stein geben; eine Versammlung deutscher Abgeordneten lehnte den kaiserlichen Reformplan eben so entschieden ab, wie der preußische Minister Herr v. Bismark. Als Preußen in denselben Jahren seinerseits eine bessere Einrichtung der Bundesarmee und die Berufung eines Parlaments zur Sprache brachte, erneuerte sich der Zorn von 1850 in Wien und Frankfurt, in München und Dresden; schon im Jahre 1863 war die Spannung auf die bedenklichste Höhe gestiegen, und der dann eintretende Streit über Schleswig-Holstein war keineswegs die Ursache, sondern nur die zufällige Veranlassung der heute erfolgten Explosion.

Sie sehen, durch fünfzig Jahre hindurch hat die deutsche Frage nicht einen Augenblick geruht; wenn heute von Willkür und Ehrgeiz in der Behandlung derselben geredet wird, so kann das geschichtliche Urtheil nur dahin lauten, daß Willkür und Ehrgeiz 1815 in Deutschland einen unmöglichen Zustand geschaffen, und daß die Beseitigung desselben ein Werk nicht des Zufalls, nicht individueller Gelüste, sondern nationaler Nothwendigkeit ist. Die Unnatur der bisherigen Verhältnisse würde unaufhörlich das weite Deutschland in Athem halten, wenn das alte System erneuert und die dreißig kleinen Souverainitäten hergestellt würden. Man wird also fragen dürfen, ob die Fortdauer eines solchen Zustandes, in der geographischen Mitte unseres Welttheils, nicht eine bleibende Gefahr für die Ruhe Europas genannt werden muß? Ob nicht die Beseitigung desselben ein gemeinsames Interesse aller Nachbarvölker ist? Ob Franzosen, Russen, Engländer es mit ihrem Vortheil vereinbar erachten können,

zwischen ihren Gebieten eine stete Quelle des Mißbehagens, einen ewig unbefriedigten, mit Revolution geschwängerten Zustand zu erblicken?

Sie, mein Herr, erklären sich, trotz einiger Bedenken, schließlich einverstanden mit unsern Wünschen. Sie finden es, trotz einiger Zweifel, zuletzt verträglich mit der Wohlfahrt Frankreichs, die deutsche Einheit sich vollenden zu lassen. Dies alles aber unter einer sehr bestimmten Voraussetzung. Nous voulons donc croire, sagen Sie, à la modération qu'on prête à la Prusse; nous estimons le peuple Prussien et nous assisterons sans chagrin à sa fortune, s'il consolide par une franche liberté intérieure les conquêtes qu'il doit aux armes: mais si son succès n'était que le succès d'une dynastie et d'une cour, si ses ressources ne devaient être que l'instrument d'un pouvoir arbitraire, on serait bien obligé de se tenir en défiance et en éveil. Nichts ist berechtigter, als dieser Vorbehalt. Alles hängt von der Frage ab, ob das neue Deutschland nach der Wahrscheinlichkeit seines Entstehens sich kriegerischer Ehrsucht oder den Arbeiten des Friedens überlassen, ob es nach den Elementen seiner Natur ein bequemes Werkzeug fürstlicher Eroberungslust oder ein fruchtbarer Boden nationaler Freiheit sein wird. Indessen, wie mir scheint, haben Sie selbst diese Frage bereits beantwortet. Sie sagen: Derrière le gouvernement prussien, et quelque soient les défectuosités constitutionelles de ce gouvernement, il y a un vrai peuple moderne. On sent bien là une nation fécondée par les travaux intellectuels et par les travaux materiels d'une industrie avancée, assouplie à une savante discipline militaire, et sachant appliquer jusqu'à son armement quelque chose de la précision scientifique. Il faut rendre justice à cette armée recrutée de soldats qui savent lire et dont le plus grand nombre venait à peine de quitter les travaux de la vie civile. Es ist nicht möglich, die Thatsachen richtiger auszudrücken; diese Thatsachen aber entscheiden, denke ich, unsere Frage ohne Widerrede. In der That, das preußische Volk ist un peuple vraiment moderne: ist aber der moderne Geist nicht in seinem Kerne dem ehrsüchtigen Kriegseifer auf das gründlichste abgekehrt? Verabscheut der moderne Geist nicht die Opfer und das

Unheil eines jeden Krieges, der für einen anderen Zweck als für nationale Vertheidigung geführt wird? Dieser moderne Geist ist in Deutschland nicht anders beschaffen als anderwärts; im Gegentheil, er ist durch den Verlauf unserer Geschichte mit doppeltem Nachdruck auf die Arbeit und die Bestrebungen des Friedens gewiesen. Die nationale Einheit ist in Deutschland durch die Eroberungssucht und die Niederlagen unserer alten Kaiser zerrüttet worden; der erste Schritt zur Wiedergeburt des nationalen Bewußtseins war nicht ein blutiger Kriegstriumph, sondern die Schöpfung einer großen, gemeinsamen Literatur. Was die Kaiser zerstört, haben die Dichter und Philosophen gut zu machen begonnen. Und diese Arbeit des vorigen Jahrhunderts ist im jetzigen durch entsprechende Bestrebungen fortgesetzt worden. Während der Bundestag unsere Zersplitterung zu verewigen schien, knüpfte das Wachsthum einer jugendlichen, gemeinsamen Industrie unsere Stämme immer fester zusammen, und an unsere Literatur schloß sich als zweite Etappe auf dem Wege zur Einheit der Zollverein. Je fester sich auf diesem Grunde die politische Partei unserer Unitarier einrichtete, desto entschiedener sagte sie sich von allen Bestrebungen unserer mittelalterlichen Vergangenheit los; da sie für sich das Recht des nationalen Daseins begehrte, so konnte ihr nicht in den Sinn kommen, es Anderen zu bestreiten. Wie oft und wie bitter ist sie von Oesterreichs Parteigenossen verklagt und verhöhnt worden, weil sie die Befreiung der Lombardei mit Theilnahme begrüßte und auf das natürliche Bündniß zwischen Deutschland und Italien hinwies! Die preußische Regierung, welche jetzt die Bestrebungen der Einheitspartei aufgenommen hat, zeigt keine andere Gesinnung. Trotz der gewaltigsten Siege hat sie keine Scholle österreichischen Landes begehrt. Denn die polnischen Gebiete, welche ihr das vorige Jahrhundert vererbt, dünken ihr eine höchst zweifelhafte Bereicherung; sie wünscht nichts weniger, als irgend einer Vermehrung ihrer slawischen Einwohner. Nicht anders hat sie zwar mit größter Entschiedenheit die dänische Herrschaft über die deutschen Elb-Herzogthümer gebrochen, aber ohne irgend eine Schwierigkeit ist sie im Vertrage von Nikolsburg darauf eingegangen, die dänisch redenden Bewohner einiger nördlicher Gränzstriche, wenn sie wollen, zu Dänemark zurückkehren zu lassen. Die deutsche

Nation will eben nichts von den anderen; sie begehrt nur, daß die andern sie in der Ordnung ihrer Angelegenheiten unbeirrt lassen. Sie lehnt fremden Einspruch ab, wenn sie ihre kleinen Souveraine unter das Gesetz des nationalen Gesammtwohls beugt; und sie ist berechtigt zu einer solchen Ablehnung, weil sie weiß, daß die Entwicklung ihres Gesammtwohls keinem Nachbarn ein Leid zufügt. Es ist auch für Frankreich kein Schaden, wenn kein innerer Verfall in Deutschland mehr einen künftigen Bewohner der Tuilerien in Versuchung führt de brûler le Palatinat; wohl aber ist es ein Nutzen auch für Frankreich, wenn die Vollendung unserer inneren Reform uns in den Stand setzt, unsere Einfuhr aus Frankreich von 200 auf 400 und 600 Millionen zu steigern. Ohne Zweifel, unsere Einheit wird uns stärker und kriegstüchtiger machen als zuvor, unaufhörlich aber wird sie die wichtigsten Interessen des Handels des Gewerbes, der Bildung erschaffen, welche die Neigung des Volkes vom Kriege hinweg auf Frieden und Freiheit lenken. Oliver Cromwell's Motto wird stets auch die Gesinnung Deutschlands ausdrücken: pax quaeritur bello. Werfen Sie einen Blick auf die Einrichtungen selbst, mit welchen Preußen seine Kriege vorbereitet: in jeder Einzelnheit derselben finden Sie Cromwell's Gedanken, daß der Friede der Zweck des nationalen Daseins und der Krieg nur als unumgängliches Mittel zum Frieden berechtigt ist.

Die preußische Heerverfassung beruht auf den beiden Grundsätzen der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Schulpflicht. Unter den 600,000 Mann, welche in diesem Augenblicke bei uns die Waffen tragen, gibt es kaum 20,000, welche des Unterrichts der Volksschule entbehrt haben; alle anderen sind so weit unterrichtet, daß sie in Friedenszeiten täglich ihre Zeitung lesen, daß die Bauern unter ihnen von den Verdiensten der Chemie um den Ackerbau Notiz zu nehmen, daß die Handwerker in den Städten in jeder Woche gemeinnützigen wissenschaftlichen Vorträgen zu folgen im Stande sind. Ungefähr 80,000 jener Soldaten — immer abgesehen von Officieren und Unterofficieren — haben den Bildungsgang der Gymnasien, Universitäten oder polytechnischen Schulen durchgemacht. Diese Männer gehören allen Lebensberufen an: es sind Staatsbeamte, Gelehrte, Aerzte, Kaufleute, Fabrikanten, welche durch eine Mobilisirung des

Heeres mit Einem Schlage aus einer fruchtbaren Thätigkeit gerissen und vielleicht für mehrere Jahre gestört und geschädigt werden. Jeder von ihnen ist bereit, zum Schutze des Vaterlandes sein Leben einzusetzen; aber jeder von ihnen ersehnt den Augenblick des Friedens und ist frei von jeder Anwandlung soldatischen Ehrgeizes. Im Frieden besteht die Linientruppe aus 200,000 Jünglingen von 20—23 Jahren, welche in den Regimentern eine Waffenschule von drei Jahren durchmachen, um dann in das bürgerliche Leben zurückzutreten, hinreichend geübt zu kriegerischer Leistung, wenn das Vaterland sie ruft, aber von dem Wunsche erfüllt, durch keinen solchen Ruf vom Acker, der Fabrik oder der Schreibstube hinweggerissen zu werden. Es sind höchstens 12,000 Soldaten in dem ganzen Heere, welche den Militärstand als ihren bleibenden Beruf, als ihre gewerbliche Nahrungsquelle betrachten, während, wenn ich nicht irre, diese Classe in Frankreich mehr als das Zehnfache jenes Betrages erreicht.

Das preußische Heer erhält durch diese Zusammensetzung die Fülle geistiger Fähigkeit, welche Sie anerkennen. Sie stattet es mit allen wissenschaftlichen und moralischen Vorzügen aus, welche aus der Bildung des Geistes entspringen. Aber nicht minder klar ist es, welche ungeheuere Kosten und Opfer eine solche Kriegsverfassung dem Volke zumuthet. Mit dieser Armee läßt sich im gegebenen Augenblicke das Unglaubliche leisten: was sie aber ihrem Beherrscher unbedingt versagt, ist der bleibende Kriegsstand, ist der willkürliche dynastische Eroberungskrieg. Bei uns wird der Ausmarsch des Heeres in jeder Familie, auf jedem Bureau, auf jedem Acker empfunden; es gibt keinen Zweig der Staatsverwaltung, welcher durch die Einberufung der Landwehr nicht gestört, es gibt keine Art der Industrie, welche durch die Mobilisirung des Heeres nicht gelähmt würde. Solche Opfer kann der Staat sich nur in ernsten Krisen zumuthen; unsere Heerverfassung ist unübertrefflich für solide Vertheidigung und kurze, energische Offensive, aber völlig unbrauchbar für eine dauernde Kriegs- und Eroberungs-Politik. Sie empfehlen wiederholt der französischen Regierung die Einführung unseres Heersystems; ich kann versichern, daß eine solche Maßregel gerade in Deutschland mit höchster Freude als eine Bürgschaft dauernden

Friedensstandes begrüßt werden würde. Nichts ist im Auslande geläufiger, als der Satz, daß Preußen in hervorragendem Sinne ein Militärstaat sei. Der Satz ist richtig, wenn man darunter versteht, daß Preußen für die militärische Sicherheit des Landes seinen Bewohnern die schwersten Opfer zumuthet; er wäre aber völlig verkehrt, wenn man ihm den Sinn beilegte, daß seine Einrichtungen, wie etwa die schwedischen im 17. Jahrhundert, auf fortdauernden oder offensiven Kriegsstand berechnet wären. Die Geschichte unseres jungen Staates zeigt vielmehr, daß seit seiner Gründung die in ihm vereinigten Landschaften dauernde Perioden des Friedens erlebt haben, wie zu keiner früheren Zeit. Der eigentliche Gründer des Königreichs und seiner militärischen Verfassung war König Friedrich Wilhelm I. Er hat den Thron von 1714—1740 besessen und in dieser langen Regierung kaum drei Jahre lang zu Felde gelegen. Sein Nachfolger war Friedrich der Große, dessen Regierung 46 Jahre dauerte, den Staat durch die Erwerbung von drei Provinzen vergrößerte und dennoch neben eilf Kriegsjahren 35 Friedensjahre zählte. Die beiden folgenden Könige waren die Zeitgenossen der französischen Revolution und des ersten Empire. Sie haben in dieser, die Welt umwälzenden Periode, 1792—1815, etwa sieben Jahre lang die Waffen getragen. Dann folgte ein Friedensstand von einem halben Jahrhundert, der nur für wenige Monate durch die kleinen dänischen Kriege von 1848 und 1864 und durch die Bekämpfung der badischen Meuterei von 1849 unterbrochen ward. Wie Sie sehen, zeigt die Entwicklung des preußischen Staates binnen 150 Jahren kaum 25 Kriegsjahre, während in der französischen, russischen, österreichischen Geschichte, wenn man von 1714 zu zählen beginnt, eine solche Ziffer schon vor 1789 erreicht wird. Der Staat, welcher den Umfang seines Gebietes in bedeutenderem Verhältnisse als alle seine Nachbarn vergrößert hat, ist zugleich der friedfertigste unter den großen Mächten Europas gewesen. Der Grund dieser auffallenden Erscheinung ist derselbe, der auch heute die Erfolge der preußischen Politik geschaffen hat: die preußische Geschichte ist nur scheinbar eine Reihe dynastischer Eroberungen. Sie ist in Wahrheit eine naturgemäße allmählich voranschreitende, ihrem Wesen nach defensive Vereinigung der deutschen Nation.

Sie wird diesen Charakter auch ferner behalten. Sie wird sich kriegslustig und unerschütterlich zeigen überall, wo es sich um die Sicherheit des Bodens und die Abwehr fremder Einmischung handelt; sie wird, wo sie von außen ungestört bleibt, keine andere Gesinnung als die der friedfertigen, schöpferischen Arbeit athmen; sie wird, je weiter Preußen in seiner deutschen Aufgabe voranschreitet, sich immer mehr mit liberalen Richtungen erfüllen, und mit der Vollendung der deutschen Einheit der Centralisation der Verwaltung vollständig den Rücken wenden.

Schon jetzt enthält der preußische Staat ungleich mehr Elemente des Selfgovernment, als es dem Fremden bei einer solchen Heeresverfassung möglich erscheint. Die Städte werden von gewählten Obrigkeiten verwaltet, die Einwirkung der Regierung beschränkt sich dabei auf eine Aufsicht, welche nach dem Gesetze nicht blos das Interesse der Staatsgewalt, sondern in gleichem Maße die Interessen der Steuerpflichtigen zu schirmen bestimmt ist. Die Vorsteher der Kreise, diejenigen Beamten, deren Wirkungskreis jenem der französischen Unterpräfecten entspricht, werden von den Grundbesitzern des Kreises gewählt und dem Könige zur Ernennung vorgeschlagen. Bei wichtigeren Angelegenheiten und bleibenden Einrichtungen haben sie den Rath der Kreisstände, einer Versammlung städtischer und ländlicher Notabeln, einzuholen. Jede der acht Provinzen hat sodann einen aus größeren und kleineren Gutsbesitzern gebildeten Landtag, der in der Regel jährlich zusammentritt, mannichfaltige Institute seiner Provinz selbst verwaltet und von der Krone vor der Einbringung jedes für die Provinz erheblichen Gesetzes gutachtlich vernommen wird. Wenn Sie dazu nehmen, daß in keinem Lande Europas die kirchlichen Behörden aller Confessionen sich einer größeren Unabhängigkeit erfreuen, als in Preußen, daß sämmtliche Universitäten des Landes corporative Einrichtungen und einen hohen Grad von Selbstverwaltung haben, und daß der König weder bei den Linien- noch bei den Landwehrtruppen Jemanden zum Officier macht, der nicht von dem Officiercorps des Regiments vorgeschlagen wäre: so sehen Sie wohl die mannichfaltigen Keime politischer Selbstbestimmung, von welchen das innere Leben dieses Staates erfüllt ist, wie bestimmt sich auch die Regierung die entscheidende Kraft in

allen Kreisen vorbehielt, und wie unvollständig bisher die Rechte der Volksvertretung entwickelt waren. Auch das Wachsthum des Staates ist in demselben Sinne gefördert worden. Die Regierung hat stets die Eigenthümlichkeit von neu erworbenen Provinzen zu schonen gewußt, unbeschadet der für die Staatszwecke erforderlichen Centralisation. Lange Jahre hindurch hat ein so unumschränkter König wie Friedrich II. in Schlesien und in Ostfriesland die der Bevölkerung gewohnten und werth gewordenen Einrichtungen erhalten und weiter entwickelt. Wir sehen heute den Grafen Bismarck beschäftigt, nach denselben Grundsätzen das Verhältniß Hannovers, Hessens und Nassaus zur preußischen Krone zu regeln. Man darf hoffen, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben, und daß die Erwerbungen Wilhelm's I. ebenso leicht und rasch mit dem Staate verschmelzen werden, wie die Eroberungen Friedrich's II.

Indessen dieß alles trifft, wie ich weiß, noch immer nicht den Haupteinwand, den in ganz Europa tausendfach vernommenen Vorwurf: das Ministerium Bismarck habe sich von seinem ersten Tage an als den brutalsten Gegner der parlamentarischen Rechte und des constitutionellen Systems gezeigt; wer werde es glauben, daß es über Deutschland eine andere Einheit als die einer gemeinsamen Knechtschaft bringen wird? Als Graf Bismarck die deutsche Frage auf das Tapet brachte, sagte alle Welt: er wird endigen, wie das Ministerium Manteuffel begonnen, mit einer schimpflichen Unterwerfung unter Oesterreich. Als er das deutsche Parlament vorschlug, erklärte die öffentliche Meinung, es sei das nicht ernsthaft gemeint; als er dafür das suffrage universel beantragte, redete man von einem lächerlichen Fechterstreich. Als nun vollends der Krieg begann, war nur Eine Stimme unter der liberalen Partei: wenn Preußen hier den Sieg davon trage, sei es vorbei mit Verfassung und Freiheit; der Triumph über Oesterreich werde im Innern den Staatsstreich und das Säbelregiment bringen. Ich selbst habe einige dieser Ansichten getheilt; heute aber ist, wie Sie sofort bemerken, von all diesen Urtheilen und Prophezeihungen das Gegentheil eingetreten. Es war Ernst mit Bundesreform, deutschem Parlament und allgemeinem Stimmrecht. Der König, welcher vor dem Kriege der liberalen Opposition das geringste Zugeständniß hartnäckig weigerte,

hat nach einem Siegeslaufe ohne Beispiel in der preußischen Geschichte nicht an den Staatsstreich, sondern an Versöhnung und inneren Frieden gedacht. Er hat die Ungesetzlichkeit des bisherigen Zustandes anerkannt, Indemnität nachgesucht, die rechtzeitige Vorlage des Budgets verheißen. Der Grund dieser erfreulichen, für die Meisten überraschenden Erscheinung, welche sowohl der Einsicht als dem Charakter des Königs so hohe Ehre macht, liegt in der Thatsache, daß für jeden preußischen Staatsmann ohne Ausnahme die Frage der deutschen Einheit unabweisbar zu einer Schule des Liberalismus — nicht des anarchischen und revolutionären, sondern des positiven und staatsbildenden Liberalismus — wird. Es handelt sich dort um die Beschränkung oder Vernichtung von dreißig Souverainetäten, deren jede in den Augen der Legitimisten eben unantastbar wie jene der Hohenzollern ist. Es handelt sich um dreißig Höfe mit legitimer Autorität von Gottes Gnaden, mit zahlreicher erlauchter Verwandtschaft, mit einer Menge hohen und niederen Adels, deren Verbindungen sich in Berlin eben so nachdrücklich wie irgend sonst in Europa geltend machen. Wer die deutsche Einheit, oder auch nur einen norddeutschen Bundesstaat herstellen will, kann nicht anders, als mit jedem Schritte einen Riß in diese fürstliche und adelige Herrlichkeit machen. Auf dem feudalen und legitimistischen Standpunkte gibt es keine Möglichkeit zu einer solchen Reform: sie wird erst denkbar für einen Staatsmann, welcher die Souverainetät nicht als ein Familiengut, sondern als ein Staatsamt betrachtet, dessen Bestand und Berechtigung sich stets nach den Bedürfnissen der Nation zu richten hat. Nichts ist also natürlicher, als das Mitgefühl der feudalen und legitimistischen Partei in Preußen für die kleinen Souveraine und die alte Bundesverfassung in Deutschland; nichts ist erklärlicher, als ihre dauernde Hinneigung zu Oesterreich als dem Schützer und Erhalter aller feudalen Herrlichkeit auf deutschem Boden. Diese Partei war es, welche dreimal binnen fünfzig Jahren, 1819, 1834, 1850, die Scheu der preußischen Regierung vor liberalen und revolutionären Gedanken benutzte, um Preußen in der hergebrachten Abhängigkeit von Wien und Frankfurt zu erhalten. Sie ist auch jetzt auf das höchste mit dem kräftigen Aufschwunge unzufrieden, welchen Preußen unter der Leitung des Grafen Bismarck genommen.

Sie wüthet über das Bündniß mit dem italienischen „Räuberkönig", wie sie Victor Emanuel nennt; sie trauert in Sack und Asche über den „Bruderkrieg" gegen die czechischen und magyarischen Regimenter des Kaisers von Oesterreich; sie bietet alle Anstrengungen auf, um den frommen König von Hannover, den gestrengen Kurfürsten von Hessen, den ritterlichen Herzog von Nassau wieder auf ihre Throne zurückzubringen. Ihre Verbindungen reichen in die höchsten Kreise; sie hat Vertreter im Ministerium, das Herrenhaus ist von ihren Stimmungen erfüllt: und der König, so wie der Graf v. Bismarck, welche ihnen gegenüber die zweifellosen Interessen des preußischen Staates und der deutschen Nation zu vertreten haben, sind durch diesen stillen, aber ununterbrochenen Kampf zur Zeit stärker behindert, als durch den abgeblaßten und verwischten Gegensatz zur Fortschritts-Partei. Wie jetzt unsere Verhältnisse sich gestaltet haben, steht und fällt in Preußen die Sache der politischen und parlamentarischen Freiheit mit der deutschen Politik des Grafen Bismarck. In den eroberten und verbündeten Territorien wiederholt sich dieselbe Erscheinung. Für die Einheit, für die Verbindung mit Preußen sind die liberalen Massen der bürgerlichen und industriellen Bevölkerung; für die Herstellung der alten Souveraine und von bitterer Abneigung gegen Preußen erfüllt ist ein Thor der Beamtenkreise, die Mehrheit des Adels und des Klerus, die Krämer der kleinen Residenzen. So zeichnet sich die Stellung der preußischen Regierung mit sehr bestimmten, wenn auch nicht ganz einfachen Linien. Da die Anhänger der alten Ordnung in einzelnen Territorien sehr stark sind, so wird die Regierung zuweilen sehr energisch und herrisch auftreten müssen. Da die preußische Partei entschieden liberal ist, so wird die Regierung fort und fort liberale Einrichtungen als das Ziel ihres Strebens zu betrachten haben. Eine solche Aufgabe ist keine leichte. Sie ist es um so weniger, als die liberale Partei in Preußen selbst über der neuen Gemeinschaft die alten Gegensätze keineswegs vergessen hat, und noch weit von voller Versöhnung mit dem Ministerium entfernt ist, so daß dieses nicht umhin kann, einen offenen Bruch mit den früheren conservativen Parteigenossen zu vermeiden, und dadurch wieder die liberale Abneigung steigert. Was das schließliche Ergebniß sein wird, wer will es voraussagen? Eins

aber ist sicher, daß, wer die deutschen Bestrebungen des Grafen Bismarck erschwert, damit nicht der Sache der Freiheit und der parlamentarischen Verfassung, sondern daß er lediglich den feudalen und legitimistischen Parteien in Deutschland und Europa einen Dienst erweist. Sie, mein Herr, erklären sich mit der deutschen Einheit einverstanden, wenn dann die preußische Regierung offen sich zur innern Freiheit bekenne. Sie dürfen den Satz unbedenklich umkehren. Wenn Sie die innere Freiheit in Preußen wünschen, so fordern Sie die preußische Regierung auf, in der deutschen Sache fest zu bleiben. Sollte, was Gott verhüte, das Ministerium Bismarck in dieser Frage scheitern, so würde nicht der geringste Zweifel über den glücklichen Erben desselben obwalten. Nicht die Fortschritts-Partei, nicht die Altliberalen würden die Minister-Sessel besetzen. Es würde ein Umschlag wie 1850 erfolgen. Die Conservativen reinen Wassers, die Bewunderer der kleinen Höfe, die Verehrer Oesterreichs würden an das Ruder kommen. Mit den guten Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Italien wäre es vorbei; denn weder in Frankreich noch in Italien herrschen ja die Dynastieen, welche allein in den Augen jener Parteien legitimes Erbrecht besitzen. Wie mir scheint, wäre ein solcher Ausgang weder für den Frieden, noch für die Freiheit Europas erfreulich.

Glücklicher Weise scheinen zur Zeit die Aussichten unserer Zukunft besser zu stehen. In Berlin ebnen sich die Schwierigkeiten, die Kammer der Abgeordneten beginnt jede andere Rücksicht der einen höchsten, der Durchführung der deutschen Sache, unterzuordnen, und bei der Regierung zeigt sich eben so viel Mäßigung wie Festigkeit. Es scheint zweifellos, daß das Bundes-Parlament binnen wenigen Monaten zusammentreten wird. Man wird allerdings die Bewohner von Hannover, Hessen, Holstein nicht einzeln über ihre Verbindung mit Preußen oder dem norddeutschen Bunde abstimmen lassen, und eben so wenig wird man dem Könige von Sachsen gestatten, der Gebieter der sächsischen Truppen zu bleiben und dadurch die Militär-Verfassung des Bundes zu lähmen. Will man darin eine Härte erblicken? Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei diesen Territorien nicht um den Eintritt in einen

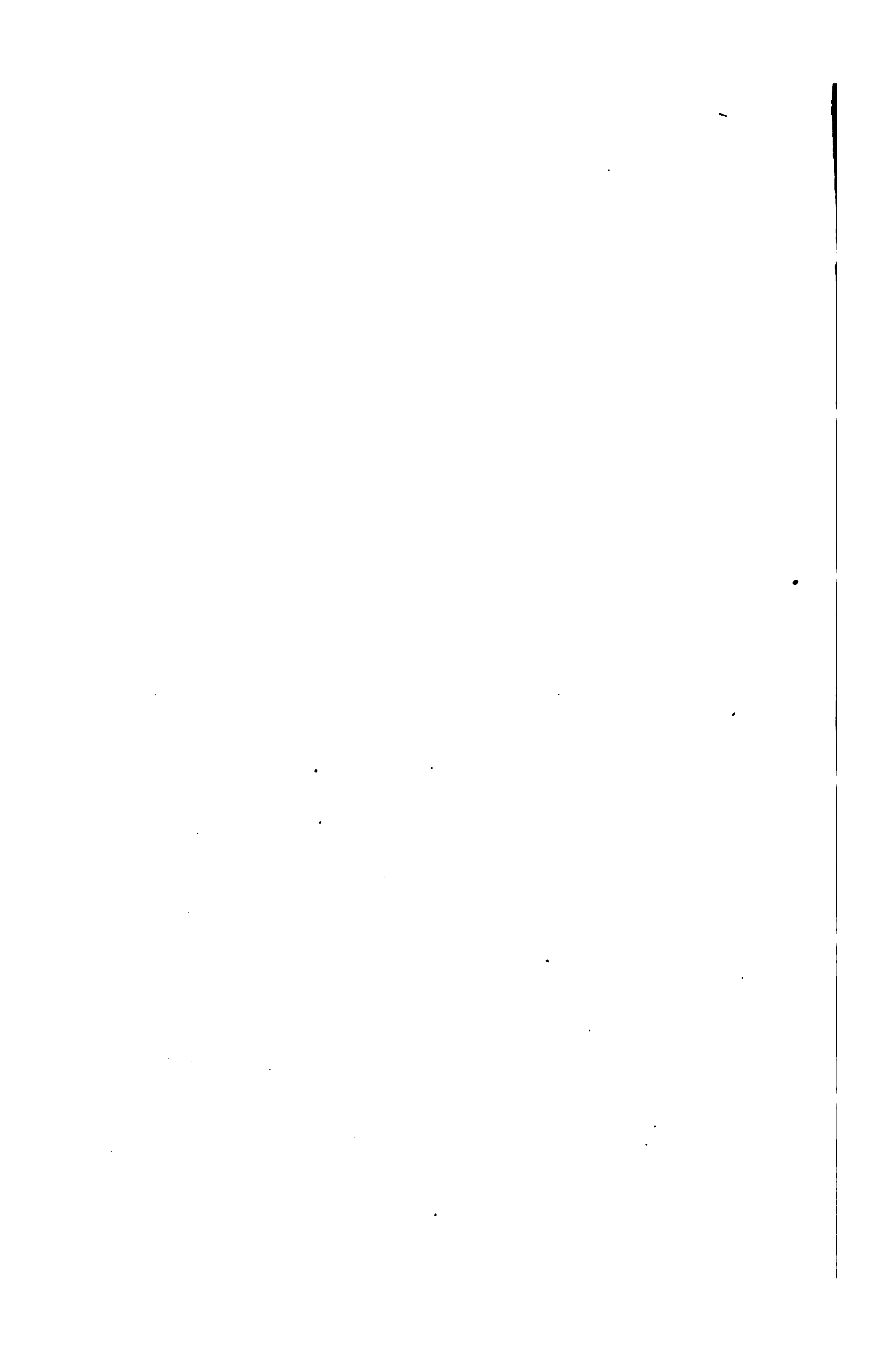
fremden Staat oder um die Gründung eines neuen Staates handelt; vielmehr ist die Frage ausschließlich die Eine: wie innerhalb der bestehenden Gränzen Deutschlands die Verhältnisse der einzelnen Provinzen nach den Interessen der Gesammtheit regulirt werden sollen, und hierüber läßt man nicht die einzelnen Provinzen, sondern die Vertreter der ganzen Nation abstimmen. Auch in Frankreich macht man die politische Stellung eines Departements nicht von dem Votum der Bewohner dieses einzelnen Departements abhängig, und andererseits auch in unserem Lande werden die Deutschen in Hannover und Hessen, in Holstein und Sachsen gemeinsam mit den Deutschen in Preußen durch eine große repräsentative Versammlung die künftige nationale Verfassuug zu ordnen haben. Es wird in dieser Versammlung nicht an Zweifeln und Streitfragen, an politischem Hader und vielfacher Parteiung fehlen. Zu den Anhängern der vertriebenen Fürsten und den Schwärmern für die locale Souverainetät werden sich die Männer gesellen, welchen zwar die deutsche Einheit, aber nicht die gerade beantragte Form derselben gefällt. Denn gerade in Deutschland ist eine Art der Gesinnung häufig, daß man über den Zweck einverstanden ist und über die Mittel hadert, daß man den Zweck fordert und die Mittel verabscheut. Alle Schwierigkeiten dieser Art stehen uns bevor, und es wird noch ein großer Theil Geduld und Klugheit und Festigkeit bei unseren Machthabern vonnöthen sein, um in dem nächsten Jahre zu dem ersehnten Ziele hindurchzubringen. Aber glauben Sie mir, dieses Ziel wird erreicht werden, weil es erreicht werden muß, wenn unsere Nation nicht zu Grunde gehen soll. Aller Zank über die Mittel wird endlich doch verstummen vor der einleuchtenden Nothwendigkeit und Größe des Zweckes, alle Gegensätze der Neigung und Abneigung werden erlöschen vor dem Drange der unabweisbaren, nationalen Bedürfnisse. Was uns die neue Ordnung bringen soll, läßt sich in zwei Worte zusammenfassen: Sicherheit nach Außen, freier Verkehr im Innern. Um dies zu erreichen, bedarf es großer Reformen in allen Theilen der Staats-Verwaltung; in allen deutschen Territorien sind neue Einrichtungen im Militärwesen und neue Gesetze über Heimath- und Anzugsrecht, über Handwerks- und Fabrikbetrieb, über Eisenbahnen und Zölle erforderlich. Es

sind Reformen, beinahe so umfassend, wie die Umgestaltung Frankreichs im Jahre 1789, aber sie sind durch längere Vorbereitung den Geistern klarer, und man darf hoffen, daß die innere Regeneration sich auf friedliche und parlamentarische Weise vollziehen wird, nachdem die Waffen einmal das ihrige gethan und Oesterreich, das absolute Hinderniß, aus Deutschland entfernt haben. Nur in einem Falle wäre ein rascherer und heftigerer Verlauf zu befahren, wenn wir erleben müßten, was Frankreich 1791 erlebt hat, eine Störung des innern Ausbaues durch auswärtige Einmischung. Dann würde bei uns eintreten, was dem französischen Volke einst verhängnißvoll geworden ist: durch den Eingriff der Fremden würde die nationale Leidenschaft in allen Theilen Deutschlands in die heftigste Gluth versetzt und die parlamentarische Verhandlung in revolutionäre Zuckungen verwandelt werden. Conservative und Liberale, Unitarier und Particularisten würden in dem Kampfe für die Unverletzlichkeit des Gebietes zusammenstehen. Mit dem Norden würde, trotz aller bisherigen Mißstimmung, der Süden sich verbinden, und diesseit und jenseit des Mains alle deutschen Stämme sich der Führung des Staatsmannes anschließen, der sie am kühnsten und kräftigsten gegen den Angriff des Auslandes in das Feld führte. Jeder kleine Hof, welcher dann etwa sich auf die Seite des Auslandes zu stellen wagte, würde mit derselben patriotischen Wildheit zertrümmert werden, mit welcher das französische Volk 1793 die Genossen und Söldner der Coalition, die Priester der Vendée und die Emigranten von Coblenz, zermalmte. Das Werk der deutschen Einheit, an sich selbst ein Werk des Friedens und der Freiheit, ein Werk der Opposition gegen die altkaiserliche Eroberungs-Politik, dieses Werk würde dann seinerseits revolutionär und kriegslustig, Deutschland würde im Getümmel der Waffen höchst wahrscheinlich der eigenen politischen Freiheit verlustig; und dann vielleicht, anstatt einer Beruhigung, eine Gefahr für Europa werden. Möge eine richtige Erkenntniß der Dinge, möge die Weisheit der Regierungen und die Mäßigung der Völker uns vor solchem Unheil bewahren! Was uns Deutsche betrifft, so steht in der ersten Reihe unserer Wünsche ein Verhältniß ächter Freundschaft mit Frankreich — ein

Einvernehmen, welches an die Stelle der alten Eifersucht den Wetteifer der Bildung und der Production setzt, ein Verständniß, welches vor Allem auf vollständiger gegenseitiger Achtung beruht. Dann wird keiner von uns den Andern in der Gestaltung seiner heimischen Angelegenheiten hindern, keiner an den Anderen wegen dessen innerer Fortschritte eine selbstsüchtige Anforderung stellen. Beide Nationen haben oft genug gezeigt, daß sie den Krieg nicht fürchten, beide können ohne Schaden ihrer Ehre rückhaltlos bethätigen, daß sie den Frieden lieben.

Das neue deutsche Reich.

Fortnightly Review, 1. January 1871.



Mehrere englische Freunde haben mich zu einer Aeußerung über die Frage aufgefordert, welche Vortheile die europäische Civilisation von der Hebung Deutschlands und dem relativen Sinken Frankreichs zu erwarten habe. Ich komme diesem Wunsche um so bereitwilliger nach, je mehr ich jede etwa hervortretende irrige Auffassung bedauern würde, welche ein herzliches Einverständniß zwischen unsern Nationen für die Zukunft erschweren könnte. Ich muß im Voraus bemerken, daß bei der überraschenden Größe und Schnelligkeit der neuesten Entwicklung unsere politischen Parteien als solche noch keineswegs feste Stellung zu den hauptsächlichen Fragen genommen haben; ja, es ist höchst wahrscheinlich, daß die meisten derselben durch die neuen Verhältnisse ihrerseits aufgelöst und umgestaltet werden. Was ich im Folgenden vorbringe, kann ich also schlechterdings nur als meine individuelle Ansicht geben: es kann demnach nicht das Gewicht es Programms einer großen und geschlossenen Partei haben; dafür besitze ich den Vortheil, ohne irgend eine äußere Rücksicht meine persönliche Ueberzeugung in jeder Einzelnheit feststellen zu können. Und immer herrscht augenblicklich über die allgemeine Richtung der nationalen Wünsche in Deutschland eine solche Einmüthigkeit, daß es nicht wohl möglich ist, in der Auffassung derselben sich erheblich zu täuschen.

Wenn man fragt, wie die neue Erhebung Deutschlands auf den Gang der europäischen Cultur einwirken wird, so wird die Antwort sich vielleicht nicht besser vorbereiten lassen, als durch die entgegengesetzte Frage: was wäre für Europa die Folge, wenn Napoleon oder die französische Republik den Sieg davongetragen, und, was dann selbstverständlich gewesen, Deutschland und Preußen in den Zustand der früheren Schwäche und Zersplitterung zurückgeschleudert hätte? Welche politische Tendenz, welche Richtung der Cultur wäre

dadurch befördert worden? Doch ohne Zweifel die Partei und die Gesinnung, welche den Krieg geschaffen und den Sieg erfochten hätte. Nun hatten freilich unter dem Kaiserreich alle französische Parteien ohne Ausnahme der Reihe nach mit dem Chauvinismus und dem Gedanken der Rheingrenze cokettirt, alle hatten dem Kaiserthum, wie einst dem Bürgerkönigthum, seine Mißerfolge nach Außen zum bittersten Vorwurf gemacht. Eben deshalb aber war im letzten Augenblicke der wirkliche Ausbruch des Kriegs doch das Werk der absolutistisch-clericalen Fraction, welche durch den noch so beschränkten Liberalismus des Januarministeriums ihre Zukunft bedroht sah, und in auswärtigen Siegen, und namentlich in der Demüthigung einer vorwiegend protestantischen Macht die Herstellung ihres innern Glanzes suchte. Es war derselbe Mann, welcher im Innern das für die parlamentarische Regierungsweise tödtliche Plebiscit dem Kaiser anrieth, und ihn wenige Monate nachher im Namen des Senats wegen seiner langjährigen Kriegsrüstung beglückwünschte. Es war die Majorität der Arkadier, welche im gesetzgebenden Körper jeden Widerspruch gegen die Kriegspolitik niederschrie. Es war der katholische Klerus, welcher bei den im Grunde des Herzens friedliebenden Bauern den Kreuzzug gegen die preußischen Ketzer predigte, im Elsaß und in der Bretagne, in Bourgogne und Orleans; und selbst nach dem Sturze des Kaisers und der Anwerbung Garibaldi's haben, wie man weiß, diese Bestrebungen nicht einen Augenblick nachgelassen. Der Sieg Napoleon's in diesem Kriege wäre der Sieg der klericalen Tendenzen durch halb Europa gewesen. Nicht minder deutlich scheint die Folgerung, die sich aus einem Triumphe Gambetta's über die deutsche Armee ergeben hätte. Er und seine Genossen wirkten für ihre Sache mit allen Mitteln der terroristischen Demokratie von 1793. Da wir im 19. Jahrhundert leben, so setzten sie die Guillotine nicht so häufig wie ihre gefeierten Vorfahren in Thätigkeit; dafür handhabten sie Absetzung der Officiere, militärisches Standrecht, Requisitionen, Papiergeld, Maßregelung der Presse, Beseitigung aller gesetzlichen Formen, mit gleichem Schwung wie Danton und Robespierre. Ihre wesentliche Stütze ist überall das Proletariat, das, an Entbehrungen gewöhnt, weniger rasch als die besitzenden Klassen vor dem persönlichen Leid und Ungemach des Kriegs den

Nacken beugt, jede officielle Siegeslüge glaubt, und in seinem heißen Patriotismus jedes Mißgeschick für das Werk reactionären Verrathes hält. Auch hier würde der Sieg einer solchen Regierung den Sieg ihrer Partei durch halb Europa, den Sturz der bestehenden Verfassungen, die Umwälzung der bestehenden Besitzverhältnisse bedeuten. Denn während Monarchisten und Liberale ihrem Wesen nach auf nationalem Boden stehen, ist es zu allen Zeiten die Natur der klericalen und der radicalen Partei, weltbürgerlich zu sein, kein Vaterland als ihre Partei zu kennen, für diese die Weltbeherrschung zu fordern. Ohne allen Zweifel hätte in Spanien Napoleon's Sieg den jungen Alfons und dessen Beichtvater auf den Thron gesetzt, Gambetta's Triumph aber höchst wahrscheinlich die Erklärung der iberischen Föderativrepublik nach sich gezogen. Jener hätte Italien zu der chronischen Schwindsucht der September-Convention verurtheilt, dieser würde ihm die acuten Krämpfe der Mazzini'schen Republik bereitet haben. Jener hätte die belgische Ostgrenze mit der französischen Militärmacht umklammert, und der klericalen Partei in Brüssel die Segnungen des katholischen Imperialismus entgegengebracht; dieser würde das linke Rheinufer municipalisiren, und alle radicalen Elemente Belgiens um sich zu sammeln wissen. In Deutschland, wo bisher die unitarische Nationalsache keinen heftigeren Gegner hatte, als die ultramontanen Katholiken hier und die socialistischen Demokraten dort, wo die eine dieser Parteien in Baiern, die andere derselben in Schwaben ganz offen die Rüstungen zum französischen Kriege zu hindern suchte, in Deutschland würde mit der Zertrümmerung der nationalen Einheit der Sieg Napoleon's den Einen, der Triumph Gambetta's den Andern zum Besitz der Macht in den kleinen Staaten verholfen haben. Ja noch mehr, die Wellen des napoleonischen Einflusses würden wohl an den russischen Grenzen ihre Schranke gefunden haben; hier hätte der religiöse Gegensatz den politischen geschärft, da in Rußland Nation und Kirche ein und dasselbe sind, und vor Allem die Beziehungen zum Orient, wo beide Mächte die Beschützung ihrer Glaubensgenossen als Haupthebel ihrer Thätigkeit gebrauchen, die religiöse Spannung stets fühlbar erhalten. Wie aber, wenn die französische Republik triumphirt hätte? Gambetta sieht nicht danach aus, als wenn er an dem Protectorat

der römischen Katholiken im Oriente besonderen Geschmack finden würde: um so eher aber ließe sich vermuthen, daß die russische Demokratie, die im eignen Staate und im slavischen Europa immer mächtigere Entfaltung und Verzweigung findet, höchst bereitwillig mit der Pariser fraternisiren würde: was dann allerdings eine höchst unerwartete Lösung der orientalischen Frage in Aussicht stellte.

Doch, denke man über diese fernen Möglichkeiten wie man wolle. Die Hauptsache scheint uns zweifellos. So sicher jeder Baum nach dem innern Gesetze seines Baues auswächst, so sicher jeder Sieg eine Ausdehnung der den Sieg erfechtenden Kräfte in sich schließt, so sicher ist es, daß Napoleon's Triumph in Europa die jesuitisch-klericalen Parteien gekräftigt, Gambetta's Obsiegen aber der Socialdemokratie in allen Landen Vorschub gethan hätte. Wer in Europa nicht zu „den Schwarzen" und nicht zu „den Rothen" gehört, wird also zufrieden sein dürfen, daß der Sieg den deutschen Waffen geblieben ist, und durch den endlichen ruhmreichen Frieden das neue deutsche Reich, wie wir hoffen, seine volle Befestigung erhalten wird.

Wir wissen hiernach, was dieser Sieg für Europa verhindert hat. Die Freunde fortschreitender Bildung, constitutioneller Freiheit und nationaler Selbstständigkeit werden mit diesem negativen Resultate einverstanden sein. Die Abwendung eines sicher drohenden Uebels ist ein realer Gewinn, vorausgesetzt natürlich, daß das Heilmittel nicht in anderer Hinsicht schlimmer als das Uebel ist. Unsere Frage stellt sich also dahin: glaubt man, daß die jetzt siegreiche deutsche Macht dem Rechte, der Freiheit, der Bildung Europa's größere Gefahren bereitet, als die vorher entwickelten Folgen unserer Niederlagen in sich geschlossen hätten?

Ich weiß, es ist jetzt ein vielfach vorkommender Brauch, von der preußischen Habgier und Raublust zu reden, von der Annexion Holsteins, Hannovers und Hessens, von der bevorstehenden Erdrückung Hollands, Belgiens und der Schweiz, von einer angeblichen Propaganda in Deutschösterreich und den russischen Ostseeprovinzen. Man beschwert sich im Namen unveräußerlicher Menschenrechte, daß wir die friedfertigen französischen Republikaner nicht loslassen wollten, ehe sie uns Elsaß und Deutschlothringen abgetreten haben, und

vollends nach der Aufkündigung der Luxemburger Neutralität ergeht über uns ein wahres Hagelwetter von Verwünschungen, daß jede Achtung vor Völkerrecht und Verträgen aus unseren Herzen verschwunden sei. Mit dem definitiven Triumphe der deutschen Politik, so scheint es, würde in ganz Europa kein anderes Gesetz als das der brutalen Gewalt mehr herrschen.

Diese Declamationen treten in den glühendsten Farben auf. Aber es geht damit wie mit den Farben des Regenbogens. Es sind weithin schimmernde Wolkenreflexe: tritt man näher heran, so lösen sie sich in Dunst auf. Alle jene Anklagen und Befürchtungen beruhen auf einigen Trugschlüssen und Verwechselungen, deren Irrthum für jeden unbefangenen Beobachter handgreiflich ist.

Jedermann würde heute fürchten sich lächerlich zu machen, wenn er die alten französischen Könige des Hauses Capet deshalb einer unersättlichen Eroberungslust anklagte, weil sie, von ihrem Herzogthum Paris ausgehend, allmählich die übrigen Provinzen und Baronien, meistens durch Waffengewalt, ihrer Herrschaft unterworfen haben. Alle Welt würde einem solchen Ankläger entgegen rufen, daß es sich hier nicht um gewaltthätige Eroberung, sondern um die nationale Constituirung Frankreichs, um die höchste und nothwendigste Wohlthat für das französische Volk gehandelt habe. Die Rechtfertigung welche den Capets so allgemein zugestanden wird, weshalb will man sie den Hohenzollern versagen? Ihre Eroberungen, zum unendlich größten Theile auf deutschem Boden vollzogen, was waren sie Anderes, als die Herstellung der jammervoll zerrissenen deutschen Nation? Wenn die Mittel zuweilen unsanft waren, waren etwa die Hindernisse leicht, die Motive des Widerstandes achtungswerth? Wir haben die Versuche durchgemacht, auf glimpflichere Weise zum Ziele zu kommen: Bewegung der öffentlichen Meinung, Frankfurter Parlamentsschlüsse, diplomatische Verhandlung, Alles hat sich völlig unwirksam erwiesen. Und ich denke, natürlich genug. Nationale Einheit ist eine täuschende Phrase, ohne die Gründung einer nationalen Regierung, einer souveränen, herrschenden, im Nothfall zwingenden Regierung. Wo aber war daran zu denken, daß die bisherigen Souveräne, zumal so mächtige wie ein Kaiser von Oesterreich, so vornehm stolze wie die Abkömmlinge des alten Welfenhauses, jemals

gutwillig den Oberbefehl eines ihrer Pairs auf sich nehmen sollten? In England wundert es niemand, daß die schottische Union, der irischen zu geschweigen, erst nach hundertjährigen Kämpfen möglich wurde: nun, die Fürsten und die Bewohner Deutschlands sind zwar ohne Zweifel recht gebildete und wackere Menschen, aber es sind doch Menschen wie Engländer und Schotten, erfüllt von denselben menschlichen Leidenschaften, wie jene: auch für sie gilt das Wort unseres Dichters, daß „Blut ein ganz besonderer Saft ist". Gewiß, die preußischen Könige waren keine uneigennützigen Idealisten: aber ihr Gewinn diente der nationalen Sache, und für diese war es kein Schade, daß ihre Aufgabe ein und dasselbe mit den Wünschen jenes königlichen Ehrgeizes war. Mit einem Worte, die Annexion von Hannover, die Ausweisung Oesterreichs, der Heerbefehl über Süddeutschland, das Alles sind Fragen nicht europäischer, sondern innerer deutscher Politik. Diese Dinge beweisen, daß die deutsche Nation das Bedürfniß empfunden hat, endlich wieder als Nation zu existiren, oder was dasselbe ist, sich eine politische Form für ihre Gesammtheit zu erschaffen: aber nicht das Mindeste haben sie mit der Frage zu thun, ob Rauflust und Ehrgeiz, ob Eroberungsdrang und Nichtachtung fremden Rechts einen Bestandtheil des deutschen, sonst für so träge erachteten deutschen Blutes bildet.

Aber die Kaiserwürde, wendet man mir ein, mit ihren mittelalterlichen Erinnerungen von Weltherrschaft und göttlicher Weihe. Und das Nationalitätsprincip und dessen gefährliche Schrankenlosigkeit. Und Luxemburg, und die Seelenverwandtschaft zwischen Bismarck und Gortschakoff —

Ich wiederhole, es ist Dunst, nebliger Dunst, lediglich für die Augen derer bestimmt, welche von deutschen Dingen und Menschen so deutliche Vorstellungen haben, wie die Flaneurs der Pariser Boulevards von der Geographie Hinterpommerns, des Landes, wo, wie sie meinen, die preußischen Turcos, die halbwilden Stämme der Ulanen, wohnen.

Mögen solche Beobachter noch so stark von dem Militärdespotismus durchdrungen sein, mit welchem Graf Bismarck das deutsche Volk wie eine willenlose Heerde vor sich her treiben soll: im Ernste werden sie selbst nicht glauben, daß ein Staat, dessen militärische

Macht in erster Linie auf einer geistigen Kraft, auf dem Heeresdienste aller gebildeten Einwohner beruht, der noch dazu eine große Literatur, eine freie Presse und zwei debattirende Parlamente besitzt, auf die Dauer ein politisches System treiben könnte, welches von der unermeßlichen Mehrheit seiner Bevölkerung verworfen würde. Man hat sich im Auslande vielfach daran gewöhnt, die deutschen Liberalen, welche 1862 dem Grafen Bismarck in der Frage der Heeresorganisation heftig opponirten und ihm dann nach den Siegen von 1866 enthusiastisch zujauchzten, für blinde Götzendiener des äußern Erfolges, für charakterlose Schwärmer in jungem Chauvinismus zu halten. Man hat dabei die hier offenkundige Thatsache übersehen, daß der Conflict von 1862 ein Streit über die Mittel und die formelle Gesetzlichkeit des Verfahrens, das Einverständniß aber von 1866 die Anerkennung großer gemeinsamer Zwecke war. Graf Bismarck war früher ein heftiger Widersacher der kleindeutschen und antiösterreichischen Bestrebungen gewesen; hauptsächlich deshalb weigerte ihm 1862 die liberale Partei die Verstärkung der Armee, weil sie der Meinung war, für österreichischen Vasallendienst, wie jener ihn 1848 empfohlen, sei auch die kleinste Armee in Preußen groß genug. Nach dem Ende des dänischen Krieges erfuhr sie mit immer froherer Ueberraschung, daß Graf Bismarck seit 1848 ein Anderer geworden, daß nicht sie zu ihm zu kommen brauchte, aus dem einfachen Grunde, weil er zu ihr herüber getreten war, weil er sich den alles entscheidenden Zweck ihrer nationalen Wünsche angeeignet hatte. Und man sollte sich wundern, daß sie ihm jetzt mit vollen Händen die Mittel zur Durchführung eines Systems bewilligte, welches seit zwanzig Jahren das Ideal ihrer Hoffnungen, der Angelpunkt ihrer Bestrebungen gewesen war? Sie hatte nichts vermocht, so lange ihr der leitende Genius des praktischen Staatsmannes fehlte: aber dieser mächtige Geist würde der letzte sein, die Wahrheit zu bestreiten, daß das Fundament all seines Thuns die thatsächliche Uebereinstimmung seiner Zwecke mit den Wünschen seiner Nation gewesen ist. Die große Mehrheit aber dieser Nation verwirft jede Erinnerung an das mittelalterliche Kaiserthum, sowohl nach der kirchlichen als der weltherrschenden Seite desselben. Schon der Titel ist ihr eine nicht durchaus erfreuliche Einräumung an das Selbstgefühl der süddeut=

schen Könige, die, wenn sie einmal Heeresfolge leisten müssen, lieber einem Kaiser als einem ihres Gleichen folgen wollen. Die alten preußischen Provinzen meinen, ihr Königthum sei besser gewesen, als jedes Kaiserthum der Welt. Es sei ein besonderes Verhalten, hört man, einem Könige, der zwei Kaiser in den Staub geworfen, deren Titel als Ehrenschmuck anzutragen. Das deutsche Reich ist uns lieber als der deutsche Bund, ein König aber des deutschen Staates hätte uns noch mehr erfreut als ein Kaiser des deutschen Reiches. Der Kaisertitel wurde erst unvermeidlich, als Wilhelm I. großherzig darauf verzichtete, in allen deutschen Staaten volles Königsrecht zu üben; er bedeutete nur im Scheine eine Erhöhung, in Wahrheit eine Beschränkung der Reichsgewalt. Er enthält heute alles Andere eher als eine Ermuthigung zu der weltstürmenden Kaiserpolitik des Mittelalters. In schlichten und entscheidenden Worten hat es Wilhelm I. bei der Annahme der neuen Würde selbst verkündet: er will ein Reich des Friedens aufrichten, und nicht, wie die alten Vorgänger, die innere Kraft an nutzlose Eroberungen vergeuden. Die Zeiten der Kreuzzüge und der Romfahrten sind vorüber auf immer.

Es ist wahr, daß dies nicht die völlig einstimmige Meinung aller Bewohner des neuen Deutschland ist. Das alte Kaiserthum der Karolinger und der Ottonen ist in das Leben getreten, indem es dem römischen Papste geholfen hat, die nationalen Einheitsbestrebungen Italiens im 8. und im 10. Jahrhundert zu nichte zu machen. Unsere klericale Partei leistet das Mögliche und Unmögliche, um das neue Reich zu demselben kirchlichen Vassallendienste zu pressen. Deputationen und Adressen an den Kaiser, Wahlprogramme und Resolutionen dieses Sinnes sind sich in dichter Reihe gefolgt. Sie reden von Italien wörtlich so wie die Hietzinger Agenten von Preußen. Sie fordern von jedem ihrer Abgeordneten, daß er im deutschen Reichstag für die Herstellung des Kirchenstaats wirke. Sie hoffen auf legitimistische Sympathieen des Kaisers für den legitimen Fürsten des Kirchenstaats, auf religiöse Wahlverwandtschaft bei den hochkirchlichen Protestanten der conservativen Partei, auf das Gewicht der von ihnen durch Schule und Berichte gelenkten bäuerlichen Bevölkerung. Welche Aussichten haben sie, ihr Ziel zu erreichen? Die geschichtliche Betrachtung macht keinen Anspruch, die Zukunft vorauszusehen: dies

aber kann sie feststellen, daß von allen Beweggründen, welche einst die Frankenkönige zur Romfahrt und damit auf die hohe See eines schrankenlosen Ehrgeizes trieben, heute das gerade Gegentheil vorhanden ist. Pippin war ein Emporkömmling, welcher seit Jahrzehnten mit dem Papste verbündet gewesen, und durch den italienischen Krieg die kirchliche Weihe seines Kronenraubs bezahlte. Er sah in dem Verhältniß zur katholischen Kirche fort und fort die beste Stütze, die sicherste Befestigung seiner Staatsgewalt. Und endlich er selbst und sein ganzes Volk hatten den Glauben an den göttlichen Beruf und die erhabene Heiligkeit des Papstthums, welches um jeden Preis zu unterstützen, die Pflicht jedes Christen und jedes christlichen Staates sei. Das neue Kaiserthum dagegen ist herangewachsen auf dem festen Grunde der gesetzlichen preußischen Monarchie. Jene kirchlichen Gewalten, auf welche Pippin seine Usurpation gestützt, haben jedem Schritte der preußischen Politik ihre offene Abneigung entgegengesetzt. Ueberblickt man die Thätigkeit der ultramontanen Partei in den letzten Jahrzehnten durch Europa hindurch, so findet man, daß in den Händeln dieser Erde ihr leitender Gedanke gerade die Todfeindschaft gegen den preußischen Staat und die Bestrebungen des Grafen Bismarck war; jede Nummer der Civiltà Cattolica, jedes Zeitungsblatt des Herrn Veuillot, jedes Heft der historisch-politischen Blätter gibt davon Kunde. 1866 arbeiteten sie mit voller Kraft für Oesterreich, 1870 mahnten sie, die Einen zur Unterstützung Frankreichs, die Andern wenigstens zur Neutralität Süddeutschlands, und noch im letzten Augenblicke haben sie die glühendste Anstrengung aufgeboten, um den Eintritt Baierns in das deutsche Reich zu verhindern. Diese Verhältnisse sind weltkundig; sie haben nicht die Kraft gehabt, den Sieg der von Preußen verfochtenen Sache zu hindern, wohl aber ihn an hundert Punkten zu erschweren und zu verzögern. Sollte also Preußen plötzlich seine europäische Politik in den Dienst dieser Partei stellen, so würde dies etwa so zu denken sein, daß dafür auch umgekehrt die Macht und der Einfluß der Partei den sonstigen Zwecken Preußens gewonnen würde. Man braucht dies nur auszusprechen, um die Unmöglichkeit eines solchen Bündnisses vor Augen zu haben. Die Partei hat so eben einen Concilsbeschluß durchgesetzt, nach welchem es Gewissenspflicht jedes Katholiken sein soll, jede amtliche Verfügung

eines Papstes über Fragen des Glaubens und der Sitte für untrüglich zu halten und zu befolgen. Nicht bloß die Gesetze der mittelalterlichen Päpste über die Oberaufsicht der Kirche über die Könige und die Vernichtung aller Ketzer sind damit auf's Neue eingeschärft: auch der jetzige Papst hat in unzweideutiger Fassung die Verwerflichkeit der modernen Civilisation und der Glaubensfreiheit ausgesprochen. Und eine so auftretende Macht zu stützen und zu stärken, und ihr zu Liebe sich in die weitesten europäischen Verwicklungen zu stürzen, das sollte die Aufgabe eines Herrschers werden, dessen Gesetze die staatsbürgerlichen Pflichten über die kirchlichen stellen, die bürgerlichen Rechte von dem kirchlichen Bekenntniß unabhängig machen, der Staatsgewalt die Leitung der Schule zuweisen, keine andere Gesetzgebung als die des Monarchen und der Volksvertretung in Preußen und Deutschland kennen? Zwischen diesen Standpunkten ist ein Vergleich nicht denkbar, ein Bündniß auf wechselseitige Unterstützung ein Widersinn. Für den Liebesdienst der Herstellung des Kirchenstaats hätte Deutschland mit voller Sicherheit als einzigen Lohn die Forderung zu erwarten, seine weltliche Souveränetät den Geboten des unfehlbaren Kirchenfürsten schlechthin zu unterwerfen. Und der Kaiser, den man auf diese Wege verlocken möchte, ist selbst protestantischen Glaubens wie die Mehrheit seines Volkes. Auf dem Boden der unbedingten Glaubensfreiheit haben bisher die beiden Bekenntnisse friedfertig neben einander gewohnt. Aber es wäre nichts als Nothwehr für die evangelische Bevölkerung, die Haltung des schärfsten Gegensatzes gegen das katholische Streben zu ergreifen, wenn dieses ihr zumuthete, ihre höchsten Staatsinteressen, und in letzter Instanz das Blut ihrer Söhne dahinzugeben, zur Herstellung einer Souveränetät, deren Inhaber so eben erst die Verfluchung aller Ketzer feierlich erneuert hat. Die preußischen Könige haben die Erhaltung des confessionellen Friedens seit mehr als einem Jahrhundert zum Leitstern ihrer innern Politik gemacht; kann man denken, daß das deutsche Kaiserthum die Bahnen einschlagen sollte, auf welchen der erste Schritt den religiösen Hader entflammen und das Gewissen der evangelischen Kirche im tiefsten Grunde bewegen müßte? Nein, die Zeiten der Kreuzzüge und Romfahrten sind vorüber auf immer.

Und noch gründlicher sind die Tage der Weltbeherrschung, der Annexion von Burgund und Italien, der Vasallenschaft von Frankreich und Dänemark, von Ungarn und Polen vergangen. Deutschland hat es zu seinem eigenen Verderben erfahren, was solche lockere Agglomerationen bedeuten. Bei der Verschiedenartigkeit ihrer Bewohner ist ein wohlgeordnetes Staatswesen dort nicht durchführbar, und geht darüber auch dem herrschenden Reiche selbst verloren. Kein Mensch in Deutschland sehnt sich nach der Annexion eines Landstrichs, der sich nicht dem deutschen Staat nach innerer Gleichartigkeit einfügen ließe. Wir wollen kein Land erobern, was nicht deutsch ist, und wohlverstanden, wir denken nicht an die Umkehrung dieses Satzes, so daß wir jedes Land, was deutsch wäre, zu erobern trachteten. Auch nach dem Elsaß und Deutschlothringen hätte keine Hand sich ausgestreckt, wenn Frankreich, mit dem früher gewonnenen deutschen Grenzlande zufrieden, uns weiteren Frieden gegönnt hätte. Jetzt fordern wir den Elsaß, um an den Vogesen eine festere Grenze zur Deckung unseres Südens als an dem offenen Rheinstrome zu haben. Wir würden auch dort keine Scholle Landes über die deutsche Sprachgrenze hinaus begehren, wenn es überhaupt möglich wäre, eine haltbare Grenzlinie in jedem Detail nach der Sprachgrenze zu ziehen. So lassen wir jenseit der Vogesen meherere tausend Deutsche draußen, und begehren umgekehrt an der Mosel zwei Quadratmeilen jenseit der Sprachgrenze hinzu, um dort das Gebirge, und hier die Metzer Positionen zwischen uns und Frankreich zu stellen. Für sonstige Deutsche aber des Auslandes, die uns nicht aufsuchen und nicht verletzen, haben wir keinen Wunsch als gutes Einvernehmen. Aus der Seele jedes Deutschen heraus hat Graf Bismarck in einer berühmten Depesche den Grundsatz ausgesprochen, daß er keinen deutschen Staat zum Eintritt in den Bund zwingen, aber jedem die Freiheit zum Eintritt gegen auswärtigen Einspruch wahren werde. Aus der Seele jedes Deutschen hat er später die Erklärung gegeben, daß der preußischen Regierung nicht im Traume, geschweige im Wachen, ein Gedanke an die Bedrohung Hollands beikomme. Und vollends, worauf auch schon als bedrohliche Consequenz des Nationalitätsprincips hingedeutet worden ist, die russischen Ostseeprovinzen! Hier wohnt eine Anzahl deutscher Edelleute, Bürger und Gelehrter, inmitten einer völlig fremden

Bevölkerung, weit entlegen von der Heimath, bisher für Rußland ein unschätzbares Culturelement. Wir empfinden lebhafte Sympathie, wenn sie durch den Fanatismus der moskowitischen Demokraten mißhandelt werden. Aber wenn Rußland ihnen ihre Nationalität oder ihre Existenz unmöglich macht, so haben wir kein Interesse, dem großen Slavenreiche diese selbstmörderische Schwächung zu wehren. Deutschland bietet jedem Bewohner jener Landstriche ein stets geöffnetes Asyl, wo er bald genug die livonische Geburtsstätte vergessen wird. Ein Weiteres aber soll uns niemand zumuthen. Die öden Küstenstriche dieser unwirthbaren See erobern zu wollen, wird niemals einem deutschen Staatsmann in den Sinn kommen. Kein Mensch in Deutschland hat Sehnsucht nach großem Colonialbesitz: ist doch der letzte Reichstag sogar über eine Petition, die nur die Erwerbung einer Flottenstation in Ostindien zum Gegenstand hatte, fast einstimmig zur Tagesordnung übergegangen.

Das also ist unser Nationalitätsprincip. Es enthält keine positive Forderung, wie etwa die Vereinigung aller Germanen dieser Erde im deutschen Reiche. Es will unserer Ausdehnung keinen Rechtstitel, sondern eine Schranke setzen. Es will so weit wie möglich verhüten, daß nichtgermanische Bestandtheile unsere innere Einheit lockern. In einzelnen Grenzstrichen können wir nicht um jedes dänische, polnische, französische Haus unsere Grenze herumführen; ein für alle Male aber wünschen wir das bisherige Verhältniß unserer Volkstheile (36 deutsche gegen 3 nichtdeutsche) nicht zu verschlechtern. Wir dürfen kühnlich fragen, ob irgend eine Maßregel unserer Regierung eine hiervon abweichende Meinung verräth; wir dürfen mit gleichem Nachdruck weiter fragen, welche der übrigen Großmächte Europa's eine gleiche Enthaltsamkeit beobachtet hat?

Aber Luxemburg? Nun, ich gestehe, daß es mir schwer wird, an den Ernst des an diesen Vorgang geknüpften Wortschwalls zu glauben, und noch schwerer, meinerseits an eine ernste Widerlegung desselben zu gehen. Sehr selten ist mir eine komischere Gravität vorgekommen, als in diesen Erörterungen der englischen Presse, wo mit unerschütterlichem Eifer Null und Null und wieder Null addirt wird, um dann der erstaunten Welt als das Ergebniß der Rechnung die Thatsache zu verkünden, daß Preußen in seiner Habgier

sich über die heiligsten Vertragspflichten hinwegsetzte, und fortan durch seine und Rußlands Schuld eine neue Aera der rechtlosen Gewalt über Europa hereinbrechen müsse. In unseren Tagen beispielloser Katastrophen und Aufregungen lebt man rasch, und besonders bei dem großen Publicum der Zeitungsleser scheint man nicht auf ein zähes Gedächtniß zu rechnen. Der Vertrag von 1867 ist volle drei Jahre alt; es sind gründliche Leute, die sich heute noch seiner Existenz erinnern. Aber wer denkt noch an den Inhalt seiner Paragraphen? oder gar an die erklärenden Vorgänge seiner Entstehung? Wenn ein völkerrechtlicher Vertrag gegenseitige Versprechungen enthält, so war es bisher anerkannte Regel unter den Nationen, daß im Falle der Verletzung desselben die verletzte Partei die Wahl hatte, entweder auf Herstellung zu dringen oder sich von dem Vertrage loszusagen. In dem Vertrage von 1867 hatten nun die fünf Mächte erklärt, daß Luxemburg neutral, daß es seinerseits zur strengen Beobachtung dieser Neutralität verbunden sein, daß es die Festungswerke seiner Hauptstadt schleifen sollte. Dem entsprechend tauschten beim Beginne des Krieges Frankreich und Deutschland die Erklärung aus, diese Neutralität ein Jeder respectiren zu wollen, so lange der Andere sie respectire. Daß dies weder auf der Luxemburger, noch, was für uns das Wichtigste ist, auf der französischen Seite geschehen ist, darüber haben längst vor Bismarcks Depesche dem englischen Publicum die Luxemburger Correspondenten der Times, der Daily News u. s. w. genaue und wiederholte Auskunft gegeben: die dort berichteten Thatsachen, die höchst unvollständige, eigentlich nur scheinbare Schleifung der Festungswerke, die Beförderung großer Proviantrains nach Thionville, die Aufnahme der aus der Gefangenschaft desertirten französischen Officiere, die Equipirung derselben und Hinübersendung zur französischen Nordarmee, alle diese Thatsachen sind ebenso notorisch wie zweifellos neutralitätswidrig. Preußen also hatte die Macht, von dem verletzten Vertrage zurückzutreten oder bei den Contrahenten auf Abstellung zu dringen. Aber für den letzten Fall hatte ihm, gleich nach der Unterzeichnung des Vertrags, das englische Ministerium selbst die Antwort im Voraus gegeben. Der Vertrag, hatte Lord Stanley öffentlich und amtlich im Parlamente erklärt, enthält eine Collectivgarantie der fünf Mächte; sobald eine

derselben sich von derselben lossagt, hat diese Garantie zu existiren aufgehört, und fällt also ipso facto die Haftbarkeit der übrigen Mächte weg. Der geneigte Leser erinnert sich vielleicht des peinlichen Eindrucks, welchen damals diese scharfsinnige Schlußfolgerung auf die große Zahl der rechtsunkundigen, aber geradsinnigen Menschen nicht allein in Preußen machte. Die dem Kaiser Napoleon anstößige Garnison in Luxemburg war für Preußen wichtig zur Sicherung seiner Moselgrenze. Um Preußen zum Abzug und damit zur Verhütung des Krieges zu bestimmen, bot man ihm die Garantie Europa's für die Luxemburger Neutralität; die Sicherheit seiner Grenze, die ihm bisher seine Bajonette geschaffen, sollte fortan ihm durch das Wort Europa's geboten werden. Kaum aber hatte es hierauf bauend den Vertrag gezeichnet, so beeilt sich Lord Stanley der Welt zu verkünden, daß gerade in dem Falle, wo Preußen der Garantie bedürfe, England dieselbe nicht gewähren würde. Eben dieser Fall ist jetzt eingetreten. Denn nicht bloß Luxemburg hat die Bestimmungen des Vertrags durch eigene Handlungen oder Unterlassungen verletzt, sondern die Klage des Grafen Bismarck geht dahin, daß Luxemburg die Verletzung seiner Neutralität durch die Franzosen, die französische Ostbahn, den französischen Consul, die französischen Officiere zugelassen habe. Damit ist Frankreich durch Verletzung der Neutralität von der Collectivgarantie zurückgetreten; folglich, nach der officiellen englischen Theorie, existirt dieselbe nicht mehr und sind die Mächte zu ihrem Schutze nicht verpflichtet; und folglich, wird heute in England weiter argumentirt, folglich ist Graf Bismarck ein vertragsbrüchiger, treuloser Eroberer, da er sich von dem Vertrage lossagt, ohne vorher den Schutz der Collectivgarantie bei den Mächten anzurufen. Für eine so unerschrockene Logik ist es natürlich ein vollends gleichgültiger Umstand, daß man über die Absichten Bismarck's noch nicht das Mindeste weiß, ob er ganz Luxemburg annectiren, oder die Festung wie früher mit Garnison belegen, oder lediglich die gewissenhaftere Beobachtung der Neutralität erzwingen wollte.

Ich bitte den Leser um Verzeihung, ihn so ausführlich mit dieser Erbärmlichkeit aufgehalten zu haben. Er wird sich überzeugt haben, daß diese Anklage gegen Preußens Loyalität ein Messer ohne Heft und Klinge ist. Denn beides ist gewiß: Preußen hat bisher

nichts gethan, den Neutralitätsvertrag von 1867 zu verletzen, und dieser Vertrag hat nach der officiellen englischen Theorie heute keine bindende Kraft mehr. Wenn morgen unsere Truppen in Luxemburg einzögen, England hätte am wenigsten ein Recht über Vertragsbruch zu klagen. Es ist erlaubt zu sagen, daß selten mit einer größeren Leichtfertigkeit der gute Ruf einer großen Nation angetastet worden ist, einer Nation, mit der England durch eine Menge lebendiger Beziehungen in Verbindung steht, mit der man, glaube ich, schließlich doch immer lieber sich in Freundschaft als in Feindschaft befindet. Dabei will ich gar nicht einmal betonen, welche ältere Erinnerungen bitterster Art gerade an der limburg-luxemburgischen Frage, gerade England gegenüber, für Deutschland hängen, in wie schlimmer Weise 1814 bei der Abgrenzung jenes Territoriums Deutschland, nach der thörichten Vorliebe Lord Castlereagh's für seine mißrathene Schöpfung, das Königreich der Niederlande, behandelt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Vertragswidrigkeit dann 1831 bei der Theilung Luxemburgs gegen den deutschen Bund durch die Londoner Conferenz verfahren worden ist. Es sind das in der That alte Geschichten, und wir haben an den neuen genug und übergenug. Auch meinen wir klar zu sehen, woher diese letzteren stammen. Deutschland ist deutlicher Maßen in kräftigem Wachsthum begriffen; wie menschliche Dinge einmal stehen, ist das kein Grund zur Sympathie für unsere geehrten Nachbarn. Es ist niemals eine Freude für Staatsmänner und Politiker irgend eines Landes, wenn in einem andern, das man bisher als bequemes Material diplomatischer Thätigkeit zu behandeln liebte, plötzlich ein mächtiger Factor emporwächst, mit dem man zu rechnen hat. Wir müssen die Folgen dieses Verhältnisses eben ertragen, als unvermeidliche Folgen unseres Glückes. Trotz ihrer Uebelstände ziehen wir doch die neue Lage der alten vor. Wenn wir verständig sind, werden wir uns in der richtigen Auffassung unserer internationalen Interessen durch jene Verstimmungen nicht beirren lassen. Die Welt hat nach vielfacher Erfahrung Anlaß zu einem gewissen Mißtrauen gegen den Glücklichen. Es wird unsere Aufgabe sein, die Nemesis nicht herauszufordern, sondern unsere Erhebung durch gedeihliches Wirken zu legitimiren.

Wenn ich nicht ganz irre, hat gerade das letzte Stadium unserer Entwicklung sehr nachdrücklich dafür gesorgt, uns vor übermäßiger

Centralisation, und dadurch auch von überthätiger Politik nach Außen zu bewahren.

Man kennt die Verträge mit den süddeutschen Staaten. Allerdings, Baden ist ohne jeglichen Rückhalt in den norddeutschen Bund getreten, und Würtemberg hat nur einige, nicht sehr erhebliche Vorbehalte gemacht. Dagegen sind die zahlreichen Clauseln des baierischen Vertrages ebenso viele Beschränkungen der Bundes- oder der kaiserlichen Gewalt. Preußen hat jetzt unter 60 nicht mehr Stimmen im Bundesrath als früher unter 40. Jede Aenderung der Verfassung, mithin jede Stärkung der Centralgewalt, bedarf jetzt drei Viertel, früher nur zwei Drittel dieser Stimmen. Die drei Könige von Baiern, Würtemberg und Sachsen bilden einen Ausschuß zur Controle der kaiserlichen Diplomatie. Eine Kriegserklärung darf nur erfolgen auf Beschluß des Bundesraths, nicht wie früher durch das Bundespräsidium allein. Dabei hat Baiern eine lange Reihe von Gegenständen der Gesetzgebung und Verwaltung für sein Gebiet der Wirksamkeit des Bundes entzogen, und damit seine innere Selbstständigkeit in weitem Umfange gewahrt. Es ist einleuchtend, daß dieses Beispiel indirect und thatsächlich auf die ganze Stellung des Bundes gegenüber allen Einzelnstaaten zurückwirken muß. Während also bisher unter dem Titel von Bund und Bundespräsidium eine überall durchgreifende, einheitliche Centralgewalt existirte, hat die neue Schöpfung zwar die unitarischen Namen von Kaiser und Reich erhalten, in Wahrheit aber eine entschiedene Wendung von der unitarischen zur föderalistischen Tendenz genommen. In Deutschland sind dadurch vielfache Besorgnisse laut geworden, ob nicht die Centralgewalt in zu hohem Maße für die Sicherheit des Ganzen beschränkt und gefesselt worden sei: um so mehr dürfen wir wenigstens hoffen, daß damit im Auslande der bisherige Argwohn gegen eine schrankenlose Angriffspolitik verschwinden wird.

Man sieht zugleich, daß die Vortheile, welche die deutsche Bildung aus der früheren Vielstaaterei gezogen hat, in dem neuen Zustande schlechterdings keine Gefahr laufen. Nach wie vor bleiben die fürstlichen Höfe und Civillisten bestehen, und wenn wir erst wieder einen Goethe und Schiller fänden, so brauchte ihnen der herzogliche Mäcenas nicht zu fehlen, und nicht erst aus Berlin

verschrieben zu werden. Nach wie vor bleibt es jedem der deutschen Staaten überlassen, sein Kirchen- und Unterrichtswesen zu pflegen wie es ihm gutdünkt; nach wie vor wird der Selbstständigkeit unserer Universitäten der löbliche Wetteifer von zwei Dutzend Regierungen zu Gute kommen. Dabei aber werden wir die empfindlichsten Uebelstände der alten Zersplitterung, die Lähmung der ökonomischen Verhältnisse, durch die gleiche Gesetzgebung über Posten und Eisenbahnen, über Indigenat und Freizügigkeit, über Gewerbe und Fabriken, mit einem Schlage für den ganzen Umfang des Vaterlandes los. Während bisher in Baiern allein, wenn ich nicht irre, 73 verschiedene Gesetzgebungen über bürgerliches Recht neben einander fortbestanden, hoffen wir jetzt in kurzer Frist zu einer Einheit des Privatrechts, des Strafrechts, des Proceßrechts für ganz Deutschland zu gelangen. Es müßte wunderlich zugehn, wenn unter solchen Verhältnissen die Nation nicht in jeder Richtung einen erfreulichen Aufschwung nähme. Unser Wehrsystem bringt durch die Einberufung aller Bürger aller Klassen eine starke Anregung zu Arbeit und Ordnung, und ein deutliches Gefühl für patriotische Pflicht bis in die letzten Hütten des Landes. Unsere Communen und Kreise verwalten ihre ökonomischen Angelegenheiten theils durch große Grundbesitzer, theils durch gewählte Vertreter mit einer Selbstständigkeit, die nur selten durch den Einspruch einer controlirenden Staatsbehörde unterbrochen wird; die Mängel des Systems werden allseitig und rückhaltslos verhandelt, und werden hoffentlich bald ihre legislative Abhülfe finden. An fruchtbaren Keimen zu einer gesunden politischen Entwicklung, wie man sieht, fehlt es Deutschland nicht. Dabei ist die Finanzverwaltung in der besten Ordnung, in allen größeren Staaten des Reiches ist von Deficit oder ungesetzlichen Ausgaben keine Rede; die Budgetdebatten sind jedes Mal höchst ausführlich, jedoch nur deshalb, weil bei jedem Etat alle denkbaren Wünsche und Beschwerden des betreffenden Verwaltungszweiges selbst, sehr selten aber weil eigentlich finanzielle Schwierigkeiten zur Sprache kommen. Es versteht sich, daß neben so vielem Lichte auch der Schatten nicht fehlt. Der tiefste entsteht durch den ungelösten Zwiespalt über das Verhältniß von Staat und Schule zur Kirche: doch darf ich mir ersparen, an dieser Stelle näher darauf einzugehn, da er ausschließlich Sache der Par-

ticularstaaten geblieben ist, und durch die Neugestaltung des Reiches an keiner Stelle berührt wird. Er wird der Gegenstand sein, den sofort nach dem Abschluß des Friedens die innere Politik der einzelnen Staaten in erster Linie beschäftigen muß.

Aber ich höre bereits den Haupteinwurf. Dies Alles, sagt man sei schön und gut, Aber wie stehe es mit dem entscheidenden Punkte, der politischen Freiheit der Nation, oder, nach dem französischen Ausdrucke, mit dem gouvernement du pays par le pays? Sei und bleibe nicht die Regierung des Königs oder des Kaisers, wenn gleich einsichtig, gemäßigt und erfolgreich, trotz alle dem ein gouvernement personnel? Es würde nicht viel helfen, dagegen anzuführen, daß wir Parlamente haben, zwei für eines, ein deutsches und ein preußisches, daß wir für beide das allgemeine, und wenigstens für jenes auch das gleiche, directe und geheime Stimmrecht besitzen, daß die Regierung nur einen verschwindend kleinen Einfluß auf die Wahlen ausübt, daß sie seit dem Ende des Verfassungsstreits von 1862 sich an die vom Parlamente genehmigten Steuergesetze und Ausgabeetats bindet, daß sie überhaupt keine Gesetze ohne parlamentarische Zustimmung erläßt. Ohne Zweifel ist mit diesen Dingen eine Verwaltung schnurstracks gegen den deutlichen Willen des Landes auf die Dauer unmöglich. Aber nicht minder gewiß ist es freilich, daß das neue Reich kein verantwortliches Ministerium, und sein Parlament kein Recht zur Ministeranklage und zum jährlichen Erlasse einer Mutinybill besitzt, und daß der preußische Landtag außerdem das Recht der jährlichen Bewilligung der Staatseinnahmen, und jeden unmittelbaren Einfluß auf die Landesverwaltung entbehrt. Leider fehlen also die directen Mittel, ein ihm mißliebiges Ministerium aus dem Amte zu treiben. Bleibt ein ministerieller Antrag oder Gesetzentwurf in der Minorität, so ist der Antrag freilich beseitigt, aber kein Minister denkt deshalb daran seine Entlassung zu nehmen, oder seinem politischen Verfahren eine andere Richtung zu geben. Wir haben eine constitutionelle Monarchie, aber wir haben keine parlamentarische Regierung.

Diese Thatsache ist vorhanden; sie dient unserer Sache bei den liberalen Parteien des Auslandes durchaus nicht zur Empfehlung, und im Inlande wurmt sie unser Volk, und manchen unserer Deputirten nicht wenig. Immer aber würde man sich gründlich

täuschen, wenn man darin ohne Weiteres einzig und allein den Ausdruck eines unsere Verhältnisse beherrschenden Absolutismus erkennen wollte. Die königliche Prärogative ist heute stärker in Deutschland als in England; sie behauptet eine Stellung, die man in mancher Beziehung mit jener der Tudors vergleichen kann. Aber ganz sicher ist es nicht die Kraft der königlichen Prärogative allein, welche bei uns die Ausbildung der parlamentarischen Regierung hindert. Die Ursache liegt großen Theils in uns selbst, und ich denke, daß dies Verhältniß günstig für unsere Zukunft ist, da wie das Uebel so auch das Heilmittel in uns selbst liegt. In England würde man eine Opposition nicht verstehn, welche ein Ministerium bekämpfte, ohne den Wunsch, sich an die Stelle desselben zu setzen, welche die Handlungen der Regierung bestritte, ohne die Bereitwilligkeit, die Verantwortlichkeit für eine bessere Verwaltung zu übernehmen. Parlamentarische Regierung heißt Regierung der jedesmaligen Majorität der Volksvertretung: damit sie existire, ist also erforderlich, daß eine gleichartige Majorität im Parlamente vorhanden, und daß sie in der Lage sei, aus ihrer Mitte ein Ministerium zu bilden. Beide Voraussetzungen aber haben bisher in Deutschland gefehlt, und ich glaube, daß wenig Aussicht vorhanden ist, sie schon in der nächsten Zukunft erscheinen zu sehn. Der deutsche Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus zerfallen in sechs bis acht Fractionen, unter denen bisher nie eine größere Anzahl als zwei oder drei es zu Coalitionen gebracht haben, und selbst diese Coalitionen besaßen nicht immer die Majorität, und bildeten noch weniger eine geschlossene und bleibende Majorität. So lange dieses Verhältniß dauert, ist es für sich allein ausreichend, ein parlamentarisches Ministerium unmöglich zu machen. Wenn das Haus aus sechs, unter einander streitenden Minoritäten besteht, so ist es unmöglich, ein Ministerium der Majorität zu bilden. Dazu kommt aber hinzu, daß die parlamentarischen Institutionen überhaupt in Preußen erst zwanzig, in Süddeutschland erst funfzig Jahre alt sind. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß diese Zeit zu kurz ist, um der Bevölkerung als ausreichende praktische Schule für die parlamentarische Regierungsform zu dienen. Noch heute betrachtet die große Zahl der Wähler als die wichtigste Pflicht des Abgeordneten die Controle und die Kritik der

Regierung; sie findet die wahre Bürgschaft ihrer Freiheit nicht in der besten Handhabung, sondern in der möglichsten Beschränkung der Regierungsgewalt. Ein Candidat, der sich merken ließe, daß er den Wunsch oder die Fähigkeit besäße, Minister zu werden, würde damit bei zahlreichen Wählerschaften seine Popularität auf der Stelle einbüßen. Ich erinnere mich, daß im Jahre 1846 der Großherzog von Baden einen Führer der liberalen Opposition mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragte, und dann der nächste Freund und Mitstreiter desselben sorgenvoll ausrief: es ist ein Glück für das Land, aber ein schwerer Schlag für die Opposition. Als im Jahre 1863, ebenfalls in Baden, ein liberaler Minister nach der Ablehnung eines wichtigen Gesetzentwurfs durch die zweite ebenfalls liberale Kammer seine Demission einreichte, und den Großherzog aufforderte, die Führer der Opposition in das Cabinet zu berufen, erklärten diese in hellem Zorne, daß eine solche Gewaltthätigkeit unerhört sei; es sei die Pflicht des Ministers, im Amte zu bleiben und dort den Wünschen der Volksvertretung nachzuleben. Jedem englischen Leser wird es einleuchtend sein, daß bei solchen Stimmungen der Mehrheit eine parlamentarische Regierung undenkbar ist. Unmöglich kann sich hier inmitten der parlamentarischen Parteien eine feste Schule praktischer Staatsmänner bilden, welche die Fähigkeit zur Regierung eines großen Reiches besitzen. Wenn die nächsten Wahlen zum deutschen Reichstag, was ich nicht glaube, eine compacte liberale Mehrheit ergäben, wenn dann der König die Führer derselben mit der Auswahl seiner Minister beauftragte, sie würden ihm für die Fächer des Innern, des Unterrichts, der Justiz technische Capacitäten aus ihren eigenen Reihen vorschlagen, aber nichts ist gewisser, als daß sie für Auswärtiges, Krieg und Finanzen die Beibehaltung der jetzigen Inhaber empfehlen würden, nicht bloß, weil diese Männer hervorragende Leistungen aufzuweisen haben, sondern weil die Majorität keine Candidaten für diese Aemter besäße.

Ist es nur die Jugend unserer Institutionen, welche dieses Ergebniß herbeigeführt? Wird die natürliche Fortentwicklung derselben uns die parlamentarische Regierung bringen? Ich halte es für möglich, unter bestimmten Voraussetzungen, welche glücklicher Weise so beschaffen sind, daß es in der Hand des Volkes selbst

liegt, sie sich zu erzeugen. Sie lassen sich zusammenfassen in dem einen Worte: politische Bildung der Wähler. Liefern die Wahlen erst geschlossene Parteien, deren Führer zur Regierung zweifellos befähigt sind, so wird die Krone nicht lange zaudern, sich eines solchen Vortheils für die Kräftigung ihrer Regierung zu bedienen. Zu einer solchen Bildung aber ist nicht bloß Zeitungslesen und Vereinswesen, es ist praktische Arbeit im Dienste des Gemeinwohls, und als die beste Folge derselben der Sinn der Hingebung an das Ganze und die Möglichkeit fester Disciplin erforderlich. Wir besitzen nun in Preußen an der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Schulpflicht die trefflichsten Grundlagen für eine solche Gesinnung und Erziehung praktischer Politik, wobei nur zu wünschen ist, daß der Staat die Schule nicht so ausschließlich, wie es seit 1840 geschehen, in den Dienst der hierarchischen Interessen stelle, sondern sie für die höchsten Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft ergiebiger zu verwerthen wisse. Dann aber wird Alles abhängen von der Organisation der inneren Landesverwaltung, und wie gesagt wir dürfen hoffen, daß hier in kurzer Frist erhebliche Schritte zum Guten geschehn, daß die Verständigung über eine gedeihliche Kreis- und Gemeindeordnung nicht lange mehr ausbleiben werde! Dann aber erst wird der Weg zur Erreichung parlamentarischen Regiments eröffnet sein.

Weit genug und schwierig genug, schwieriger als für England im 18. Jahrhundert, wird er sich uns auch dann zeigen. Wenn die politische Bildung der Wähler die entscheidende Bedingung parlamentarischen Regimentes ist, so wird die Aufgabe immer schwieriger mit jeder Ausdehnung des Wahlrechts auf weniger gebildete Klassen. Nun geht die demokratische Strömung, welche die Welt erfüllt, auch durch Deutschland. Alle Aemter sind allen Ständen geöffnet; neun Zehntel alles Besitzes sind beweglich und theilbar; durch die Wahlgesetze von 1850 und 1867 sind unsere Volksvertretungen auf rein demokratische Basis gestellt. Auf der andern Seite entwickelt sich der sociale Zustand des Landes durch unermeßliche Fortschritte der Industrie, der technischen Wissenschaften, der Communicationsmittel, des militärischen Systems in immer größeren, immer verwickelteren Verhältnissen; die Aufgabe der Staatsverwaltung wird täglich weiter

und tiefer, und fordert von jedem Beamten immer umfassendere Technik, immer speciellere Vorbildung. England war bisher der einzige große Staat der Welt, in welchem das System der parlamentarischen Regierung sich in dauernder Weise bewährt und wirkungsvoll functionirt hat. In dieser Zeit aber waren seine Grundlagen durch und durch aristokratisch, und die Landesverwaltung konnte in der Form des Self-government durch dieselben Grundbesitzer geführt werden, welche das Oberhaus bildeten oder die Wahlen zum Unterhause leiteten. In England selbst wagt heute nicht leicht ein vorsichtiger Mann eine Prophezeiung, wie sich das parlamentarische System in einer Zukunft gestalten wird, wo, wie in Deutschland, die Verwaltung auf den wichtigsten Gebieten immer mehr besoldete, technische, von der Krone abhängige Beamten fordert, und das Wahlrecht zum Parlamente umgekehrt immer größern Klassen politisch ungeschulter Bürger übertragen wird. Der Schwerpunkt des parlamentarischen Systemes lag bisher darin, daß durch das Self-government in allen Theilen des Landes eine regierende Classe herangebildet wurde, die sich dann durch die Parlamentswahlen eine große Centralbehörde für die Legislative und in dieser ein leitendes und verantwortliches Comité für die Executive erschuf. Wo diese Voraussetzungen fehlen, ist bis jetzt das Streben nach parlamentarischer Regierung eine blinde Frage an die Zukunft, ein Hasardspiel gewesen. In Frankreich hat es, wie aller Welt bekannt, bisher fort und fort in stets kläglicherer Weise Fiasco gemacht. In Amerika, dem Musterlande der Demokratie, wie England bisher das Musterland aristokratischer Verfassung war, hat man die parlamentarische Regierung niemals versucht. Wenn diese Bemerkungen einige Wahrheit enthalten, so wird man für Deutschland dem System der parlamentarischen Regierung keinen raschen Triumph prophezeien, man wird dann aber auch in diesem Umstande keine absolute Gefahr für Freiheit und Gedeihen erblicken. Wenn das System nur unter ganz bestimmten historischen und localen Voraussetzungen lebensfähig ist, so kann es eben deshalb auch nicht das einzige allein seligmachende Evangelium der Freiheit sein. Alle irdischen Dinge haben ihre Licht- und Schattenseiten, und nur politische Kinder werden die einen ohne die andern zu haschen suchen. Wer die Vortheile demokratischer

Institutionen genießt, muß die Kosten derselben bezahlen. Und hier darf man fragen, ob die Kosten in der That so empfindlich und verderblich sind. Auch wenn eine Volksvertretung, wie in Deutschland und Nordamerika, nicht die Kraft besitzt, Minister ein- und abzusetzen, so ist schon ihr Dasein und ihre Debatte, ihre Kritik des Budgets und ihre Befugniß, mißlungene Gesetzentwürfe zu vernichten, eine höchst bedeutende Schranke gegen jeden willkürlichen Absolutismus der Regierung. Diese Regierung aber in fester Hand, und den Wogen der populären Agitation entzogen zu wissen, erscheint uns gegenüber den entsetzlichen Folgen des Gegentheils in Frankreich als unschätzbarer Segen. Deutschland wird auch nach seinen letzten großen Siegen eine höchst gefährdete Stellung in Europa haben zwischen dem racheburstigen Frankreich, dem ehrgeizigen Rußland, dem schwankenden Oesterreich. Was wir in dieser Lage vor Allem bedürfen, ist Stetigkeit und Sicherheit der Regierung. Eine vierjährige Präsidentenwahl wäre bei uns jedes Mal ein Spiel über Leben und Tod. Es mag idealere Zustände geben als die unserigen; für uns ist es eine Frage des Daseins, daß die guten Fäden unserer politischen Ueberlieferung nicht leichtsinnig zerrissen werden. Unsere Könige haben die Erfahrung gemacht, daß ihr Militärsystem, welches sie heute zu so beispiellosen Erfolgen geführt hat, auf der Voraussetzung einer weithin im Volke verbreiteten Summe von Cultur, Wohlstand und Patriotismus beruht, und indem wir wissen, daß dies von allen Mitgliedern unserer Regierung deutlich anerkannt wird, giebt uns gerade die Spannung unserer auswärtigen Lage eine feste Bürgschaft, natürlich nicht gegen einzelne Mißgriffe und Irrthümer, wohl aber für ein stetes Streben der Regierung nach Cultur, Wohlstand und Patriotismus, das heißt mit einem Worte, nach Freiheit des Volkes.

Noch eine andere Erwägung führt zu demselben Ziele. Der alte deutsche Bund, wie er von 1815 bis 1848 bestand, war fast ohne Unterbrechung ein schwerer Hemmschuh für die politische Freiheit und den constitutionellen Fortschritt der einzelnen deutschen Staaten. Es scheint mir aber deutlich, daß unser neues Reich nach sehr einfachen, sehr erkennbaren Gründen, in entgegengesetzter Richtung wirken wird.

Der alte Bund wurde in seiner politischen Beschaffenheit durch die rechtlich gleiche und unbeschränkte Selbstständigkeit aller Bundesstaaten, und sodann durch die Rivalität der beiden zu ihm gehörigen Großmächte, Oesterreich und Preußen, bestimmt. Die beiden Großmächte hatten absolutistische Regierungen, die kleineren Staaten repräsentative Verfassungen. Ihre Könige, Großherzoge, Herzoge, hatten Seitens des Bundes keine Gefahr für ihre Souveränetät zu besorgen, rechtlich nicht, nach dem Grundgesetze des Bundes, factisch nicht, weil jeder des Schutzes der einen Großmacht sicher war, falls die andere ihn etwa zu unterdrücken gesucht hätte. Die einzige Sorge dieser kleineren Fürsten richtete sich also gegen ihre Kammern; die Summe ihrer Politik war die Beschränkung der perlamentarischen und populären Befugnisse. Die beiden Großmächte theilten diese Gesinnung, da sie selbst damals höchst abgeneigt waren, in ihren Reichen parlamentarische Verfassungen einzuführen; jede von ihnen wünschte unter ihren Bundesgenossen einen möglichst zahlreichen Anhang zu haben, und lernte sehr bald, daß es zur Gewinnung dieser Fürsten kein besseres Mittel gab als kräftigen Beistand gegen die constitutionellen, oder wie man damals sagte, revolutionären und destructiven Tendenzen. So wurde der Bund, bei dem gänzlichen Mangel einer starken Bundesregierung, unfähig zu positiven Schöpfungen im Innern und zu erfolgreicher Politik nach Außen; dafür aber sammelte sich seine ganze Thätigkeit auf die polizeiliche Unterdrückung aller liberalen und constitutionellen Bestrebungen, so daß er in ganz Deutschland den Haß der Bevölkerung und die Verachtung der Staatsmänner auf sich lud.

Völlig anders sind die Verhältnisse des jetzt gegründeten Reiches. An der Spitze desselben steht eine, jedem andern Mitgliede unendlich überlegene Großmacht. Alle Staaten des Bundes sind gewohnt an das constitutionelle System, an öffentliche Discussion, an freie Presse. Die Fürsten der kleineren Staaten sehn heute nicht mehr, wie vor fünfzig Jahren, in ihren Kammern die größte Gefahr für ihre politische Existenz. Die wesentliche und dringende Frage, welche sie heute beschäftigt, ist die, ob es ihnen gelingen wird, ihre vollständige Mediatisirung, die vollständige Einverleibung ihrer Gebiete in den preußischen Staat zu verhindern. Der einzige Rückhalt, den sie gegen

einen solchen Entwicklungsproceß des neuen Bundes finden können, liegt in der Stimmung ihrer Unterthanen. Sie haben keine andere Möglichkeit, der möglichen Unterwerfung zu entrinnen, als die Ueberzeugung ihrer Bürger, daß die Verwandlung des Bundes in einen Einheitsstaat ein allgemeines Unglück sein würde. Umgekehrt wird die neue Centralgewalt des Reiches wie jede Gewalt dieser Erde die Tendenz haben, den Umfang dieser Rechte auf Kosten der Selbstständigkeit der Particularstaaten zu erweitern, und auch für sie wird dafür nichts wichtiger sein, als ihren Sieg durch die Gewinnung der öffentlichen Meinung für ihre Wünsche zu erleichtern. So kann man auf beiden Seiten einen dieses Mal sehr erfreulichen Wetteifer erwarten, die Achtung und Neigung der Nation durch positive Leistungen für Freiheit und Gesammtwohl zu erringen.

Alles zusammen genommen, dürfen wir also hoffen, daß die Gründung des deutschen Reiches keinen Rückschritt für Bildung und Freiheit in Deutschland, keine Gefahr für den Fortschritt der europäischen Civilisation in sich schließt. Sicher werden wir nicht durch überraschend schnelle und blendende Erfolge auf dem Gebiete unserer inneren Politik von uns reden machen; wir werden keine großen revolutionären Schläge ausführen, welche für den Augenblick den staunenden Massen ein neues Zeitalter unendlicher Glückseligkeit verkündigen. Aber wir glauben das nicht beklagen zu sollen. Das mit jubelndem Applaus des Theaters begrüßte Feuerwerk rauscht binnen wenigen Minuten nutzlos vorüber; die zwischen den Mauern des Heerdes verborgene Flamme erwärmt und erquickt alle Genossen des Hauses. Wenn wir von französischen Siegen entweder eine Hemmung der europäischen Cultur durch clericale Tendenzen oder eine weite Umwälzung durch die rothe Demokratie — und möglicher Weise beides zugleich — zu besorgen hatten, so sehn wir in der endlichen Befestigung Deutschlands für uns selbst die Möglichkeit einer vielseitigen Reform auf festgeordnetem Boden, die an Sicherheit gewinnt, was sie etwa an Schnelligkeit verliert. Für unsere Arbeit an der geistigen Aufgabe der Menschheit entzieht uns die neue politische Form keines der früher wirksamen Momente, wohl aber giebt sie uns den Ansporn eines gehobenen nationalen Bewußtseins und die Garantie gegen die Störung durch fremde

Feindseligkeit. Aber auch von Frankreich dürfen wir hoffen, daß die schwere Schule des Unheils, welche es durch seine Angriffslust über sich hereingezogen hat, einzig die Schlacken der bisherigen Corruption verzehren und damit den kräftigen und edlen Kern seiner Nationalität nur zu höherer Entfaltung bringen wird. Der Krieg von 1870 hat es in seinem Ursprung und in seinem ganzen bisherigen Verlaufe gezeigt, wie tief und massiv in dem Herzen der französischen Nation die Vorstellung wurzelt, nicht bloß ein hervorragendes Glied einer gleichberechtigten Völkergemeinschaft, sondern ein ganz bevorzugtes, vornehmes, zur Leitung und Beherrschung der Anderen berufenes Volk zu sein. Wenn diese hochmüthige Einbildung, und mit ihr die Selbstvergötterung und die Herrschaft der Phrase aus den französischen Gemüthern durch den Krieg vertilgt würde, so wäre das auch für Kunst und Wissenschaft in Frankreich eine nicht geringere Wohlthat, als für den Frieden Europa's. Die Weltbeherrschung befördert nicht, sondern gefährdet die Bildung des herrschenden Volkes, und ein sicheres Mittel, allmählich die Fähigkeit zur Civilisation zu verwirken, ist der selbstgefällige Anspruch, ein für alle Male an der Spitze der Civilisation zu marschiren.

Was wir von Frankreich lernen können.

Vortrag,

gehalten im Bonner Bildungs-Verein am 18. Februar 1872.

Es giebt eine Art von patriotischer Begeisterung, welche schon die Ankündigung unseres heutigen Gegenstandes befremdlich finden würde. Was soll man, heißt es, von Frankreich noch lernen, diesem heruntergekommenen Lande, diesem großsprecherischen Volke, das unsere Heere verdienter Maaßen so gründlich zusammengeschlagen haben? Vor Allem, sage ich dagegen, können wir dort die Ursachen kennen lernen, durch welche ein mächtiges Reich zu Falle kommt. Wir stehn jetzt auf der Höhe des Glückes: wir haben eben deshalb, wenn wir nicht eitle Narren sein wollen, allen Grund zu ernster Prüfung, ob sich nicht auch bei uns die Ansätze zu den falschen Neigungen und Bestrebungen zeigen, an welchen das einst ebenso glückliche Frankreich krank geworden und zusammengebrochen ist. Dann aber ist es thatsächlich falsch, zu glauben, daß wir heute in jeder Beziehung unsern westlichen Nachbarn schon überlegen seien: wer dies behauptete, würde damit entweder eine große Selbstüberhebung, oder eine bedenkliche Unterschätzung Frankreichs bekunden, und die eine wäre eben so schlimm wie die andere. Einen gefährlicheren Dienst könnte man dem Vaterlande nicht erweisen, als wenn man das deutsche Volk mit demselben Hochmuth gegen seine Nachbarn erfüllte, der im Jahre 1870 die große Masse der Franzosen berauscht hatte und sie zu so vielen verderblichen Mißgriffen verleitete. Je mehr Haß und Rachedurst heute dort von tausend Stimmen gepredigt wird, je wahrscheinlicher es leider demnach ist, daß der Krieg von 1870 nicht der letzte feindliche Zusammenstoß zwischen beiden Nationen gewesen, desto mehr ist es für uns patriotische Pflicht, nicht in blinder Eitelkeit von der Schwäche des Gegners zu schwatzen, sondern mit möglichst scharfem Blicke die Stärke desselben zu erforschen und danach die eigne Rüstung in festem Stande zu halten. Zudem, was wäre erfreulicher, als die endliche Beschwichtigung des Haders? Dazu aber ist die nöthigste Vorbedingung die richtige Erkenntniß

des Andern, das Verständniß seiner Eigenthümlichkeit. Eine solche Stammeseigenthümlichkeit hat jedes Volk; seine Vorzüge und seine Schwächen erhalten dadurch eine besondere Farbe, so daß der anders geartete Ausländer oft genug in den Fall kommt, in seinem Urtheil irre zu werden. Es geht mit dem Menschen überhaupt wie mit seiner Sprache: man muß eben Französisch lernen um die Franzosen zu verstehn.

Frankreich ist bekanntlich ein weit ausgedehntes, durchgängig sehr fruchtbares, unter einem höchst günstigen Himmelsstrich gelegenes Land. Im deutschen Reiche sind es nur wenige bevorzugte Gegenden, wie unser Rheinland, welche in dieser Hinsicht mit ihm die Vergleichung aushalten können. Auf jenem glücklichen, halb südländischen Boden lebt dann eine Bevölkerung, deren Blut leichter und rascher fließt als das deutsche, erregbar, lebhaft, leidenschaftlich, gleich anstellig zu geistiger und körperlicher Arbeit, stets bereit zu den Abenteuern des Kriegs, überall vorwärts drängend, selbstbewußt, von dem eignen Werthe durchdrungen und doch immer unruhig und neuerungssüchtig. Sie sind im Durchschnitt vielleicht weniger stätig und gründlich als wir; sie ersetzen das aber für Arbeitskraft und Arbeitsfrucht durch rasche Gewandtheit, reizbares Ehrgefühl und treibende Rastlosigkeit. Es ist eine oft geäußerte, aber völlig irrige Meinung, daß in dem ersten und wichtigsten Zweige des nationalen Erwerbes, dem Ackerbau, die Völker des romanischen Stammes, Franzosen z. B. und Italiener, weniger fleißig und ökonomisch seien, als die Deutschen und Engländer. Vielmehr hat nur sehr selten die Landwirthschaft während eines Jahrhunderts irgendwo solche Fortschritte aufzuweisen, wie gerade in der letzten Zeit in Frankreich. Den Werth ihres jährlichen Ertrags hat man vor hundert Jahren auf etwa zwei, 1860 aber auf sechs Milliarden geschätzt. Und dieser erstaunliche Aufschwung wird doppelt achtungswerth durch den Umstand, daß höchstens ein Drittel des angebauten Bodens in der Hand großer Grundbesitzer liegt, ein anderes Drittel mittelgroße Güter bildet, das dritte Drittel in zahllosen kleinen Parzellen das Eigenthum schlichter Bauern ist. Das Kapital der großen und die Arbeit der kleinen Eigenthümer hat also gleichmäßig bei jener Verdreifachung des Ertrags mitgewirkt. Vollends in den feinern Culturen, dem Obstbau, der Geflügelzucht,

der Handelsgärtnerei haben die Franzosen alle andern Völker Europa's hinter sich zurückgelassen, zum Theil in Folge der glücklichen Boden- und Witterungsverhältnisse, mit denen Gegenden wie etwa Brandenburg und Pommern ganz gewiß niemals würden concurriren können. Anders aber und günstiger stände es z. B. hier im Rheinlande, wo die Natur alle jene ländlichen Industriezweige sehr wohl möglich machte und mithin Anlaß genug wäre, von dem Fleiße, dem industriellen Voranstreben und dem feinen Geschmacke unserer westlichen Nachbarn etwas zu lernen.

Noch auffallender zeigt sich die Fähigkeit des französischen Volkes auf dem zweiten großen Gebiete der ökonomischen Arbeit, auf dem Gebiete der Industrie und des Handwerks. Hier ist der Werth der Erzeugnisse während der letzten hundert Jahre mindestens versechsfacht worden; dies ist wenigstens das Verhältniß des Handels mit dem Auslande, der vor 1789 an französischen Waaren einen Werth von etwa 500, 1840 von 1000, 1860 von 3000 Mill. Franken ausführte, während der Ausfuhrwerth des deutschen Zollvereins 1860 nur auf 340 Mill. Thaler oder ungefähr 1300 Mill. Franken geschätzt wurde. Dabei ist zu bemerken, einmal, daß diese Entwicklung eine allseitige, alle Zweige der Industrie belebende gewesen ist. Lange Zeit hindurch war das Hauptaugenmerk in Frankreich auf gewisse Prunk- und Luxuswaaren gerichtet, und noch bei der ersten Londoner Weltausstellung 1853 bemerkte man, daß das aristokratische England sich hauptsächlich durch die ungeheure Masse seiner wohlfeilen, für den bürgerlichen Verkehr bestimmten Waaren, das demokratische Frankreich aber fast nur durch den Glanz der feinsten und prächtigsten Erzeugnisse, ungeheure Spiegel, glänzende Juwelierarbeiten, schwere Seiden- und Sammtstoffe, höchst eleganten Kattunbuntdruck auszeichnete. Kaum aber war dieser Gegensatz wahrgenommen, als die französische Rührigkeit auch an seiner Ausgleichung zu arbeiten begann, und bei der letzten Pariser Ausstellung 1867 war auch jene Massenindustrie wohlfeiler und solider Hauswaaren im höchsten Maaße vertreten; es zeigte sich z. B., daß die französische Wollentuchweberei, die lange hinter ihren ausländischen Nachbarn zurückgeblieben war, ihnen vollständig den Rang abgelaufen hatte. Sodann ist zu rühmen, daß das französische, und insbe-

sondere das Pariser Handwerk sich durchgängig des besten Rufes reeller Solidität erfreut. Dafür lassen sich folgende Gründe erkennen. Die Blüthe des Gewerbes ist in Frankreich etwa hundert Jahre älter als in Deutschland; dies hat die Folge, daß gewisse Grundwahrheiten dort längst allgemein in das Bewußtsein der Menschen getreten sind, und so auch der entscheidende Satz, daß übertriebene oder unredliche Profitmacherei zwar für den Augenblick Vortheil gewährt, sehr bald aber die Kunden abschreckt und den Credit des Geschäftes zerstört. Durchgängig ist das Pariser Gewerbe tüchtig und zuverlässig. Dies Verhältniß wird noch weiter befestigt durch die Lebhaftigkeit und eigenthümliche Ausprägung eines gewissen äußern Ehrgefühls bei allen Klassen der Bevölkerung. Der Arbeiter, der Handwerker, der Bauer, will so gut wie der Reiche und Vornehme als Mann von Ehre, als Gentleman, auch äußerlich anerkannt sein. Es ist ein Trieb nach geselliger Gleichheit, der, wie es unter den Menschen ergeht, zuweilen auch schlimme Folgen hat, feindseligen Neid gegen den Höhergestellten, oder thörichte Verschwendung zum Kitzel der Eitelkeit, der aber ebenso oft einen sehr wirksamen Antrieb zu Thätigkeit und Rechtschaffenheit giebt. Der Handwerker z. B. thut das Mögliche, um die versprochene Arbeit rechtzeitig abzuliefern, damit er nicht durch Wortbruch die Anerkennung seiner Ehrenhaftigkeit einbüße. So ist die große Masse des mittleren Bürgerstandes in Paris durch angestrengten Fleiß, durch Tüchtigkeit und Mäßigkeit ausgezeichnet, und man thut wohl, dies nicht zu vergessen, wenn man in den Zeitungen von den Scandalen des politischen Parteigezänkes, der Tagesliteratur, der Theater und Kneipen liest, während von dem gesunden Familienleben und der still fortwirkenden Arbeit der ungeheuren Mehrheit nie die Rede ist, weil sich hier kein Scandal für die Neugier des Publikums darbietet.

Geht man etwas näher auf die französische Art und Weise ein, so drängt sich zunächst ein wichtiger Unterschied gegen deutsches Wesen der Betrachtung auf. Man kann ihn kurz dahin aussprechen: der Franzose legt viel größeres Gewicht auf die äußere Form als der Deutsche. Dies zeigt sich in den mannichfaltigsten Anwendungen, zum Guten wie zum Bösen. Es zeigt sich vor allem im persön-

lichen Verkehr. Der Deutsche sucht nahe, vertraute Freundschaft, wo die Personen innerlich zusammen passen und deshalb Jeder sich nach seinem persönlichen Belieben unbefangen gehen läßt. Die französische Forderung dagegen ist feste Regel einer gebildeten Höflichkeit, welche auch innerlich verschiedenen Menschen die Möglichkeit eines angenehmen und lebhaft erregten Zusammenseins liefert. Es versteht sich, daß es Freundschaften auch in Frankreich, und Höflichkeit auch in Deutschland giebt; ich suche ein für alle Male nur die vorwiegenden Durchschnittsrichtungen zu bezeichnen. Bei der deutschen Art prägt sich die Eigenthümlichkeit der einzelnen Personen stärker aus; die Beziehungen unter ihnen werden enger, aber auch tiefer und inniger. Immerhin können wir aber auch hier von unsern Nachbarn lernen. Goethe läßt einmal in einem seiner Gedichte einen braven Deutschen sagen: wir sind bieder und natürlich, damit ist's genug gethan. Ohne Zweifel aber ist es nicht durchaus unbedenklich für gute Freundschaft, wenn die Natürlichkeit ganz bieder dem Freunde gelegentlich auf die Füße tritt; einige gebildete Rücksicht kann der aufrichtigsten Kameradschaft niemals schaden, sondern nur nützen. Das innigste Verhältniß, z. B. das der Ehegatten oder der Geschwister, braucht an Wärme und Aufrichtigkeit durchaus nicht zu verlieren, wenn die Menschen sich eine gewisse freundliche Höflichkeit zur Pflicht machen; im Gegentheil, das Verhältniß wird dadurch an Festigkeit und allseitigem Behagen nur gewinnen. Aus derselben Wurzel entspringt jenes allgemeine Streben nach Anerkennung äußerer Ehrenhaftigkeit bei den Franzosen aller Klassen, wovon ich vorher sprach; der Aermste und Niedrigste sucht seiner Haltung die von der Gesellschaft geforderte äußere Form zu geben, und wir bemerkten schon, daß auch in dieser Hinsicht nur der Mißbrauch verkehrt, die richtige Anwendung aber vortrefflich ist.

Aehnliche Bemerkungen wie bei den Menschen, kann man bei den Büchern machen. Der Deutsche sieht vor Allem auf den innern Gehalt und läßt sich, wo er diesen findet, auch eine unvollkommene Form, etwas Unklarheit in der Darstellung oder Unbeholfenheit in der Sprache leicht gefallen. Der Franzose zieht freilich auch ein tüchtiges Buch einem elenden vor, aber er legt selbst das tüchtigste sofort auf die Seite, wenn die Form desselben den einmal fest=

stehenden Anforderungen nicht entspricht. Damit hängt eine andere Erscheinung nahe zusammen: in Deutschland schreibt jeder bedeutende Schriftsteller in eigenthümlich persönlicher Weise, so daß ein etwas kundiger Leser ihn gleich auf den ersten Seiten erkennen wird, auch wenn er den Namen auf dem Titelblatt nicht angesehen hat. In Frankreich ist dies nur bei sehr wenigen Schriftstellern möglich; die große Mehrzahl schreibt einer wie der andere, und das Publikum will es so: es gibt nur eine einzige gute Ausdrucksweise; was anders ist, gilt für schlecht. Sie sehen, daß auch in dieser Beziehung die beiden Völker sich gegenseitig mittheilen können. In Deutschland ist Gründlichkeit des Inhalts, in Frankreich gebildete Form verbreiteter. Die Höhe der Entwicklung, auf welcher die gelehrte Wissenschaft in beiden Ländern steht, wird man im Ganzen und Großen ziemlich gleich setzen können; dagegen ist es sicher, daß die allgemeine Volksbildung bei uns weiter entwickelt und auf bessern Wegen ist als in Frankreich. Unsere allgemeine Richtung auf Gründlichkeit des Inhalts hat die Festigkeit und Selbstständigkeit des Urtheils in den weitesten Kreisen großgezogen; in Frankreich dagegen, wo die angenehme Form ganz unwiderstehlichen Reiz ausübt, selbst wenn sie leer und hohl ist, hat die Phrase, die Redensart, eine geradezu verhängnißvolle Macht gewonnen. Wer es sonst noch nicht beobachtet hatte, konnte es vor und während dem Kriege jeden Tag wahrnehmen. Die handgreiflichsten Lügen wurden geglaubt, wenn sie nur in glänzender Redewendung dem Volke vorgetragen wurden. Die verderblichsten Beschlüsse wurden im Jubel gefaßt, wenn der Antrag durch ein prunkendes Schlagwort unterstützt war. Kaum war die Lügenhaftigkeit des gestrigen Berichtes entdeckt, so wurde der heutige ebenso unwahre und ebenso pomphafte mit gleicher Bereitwilligkeit angenommen. Durch nicht minder glänzende Darstellungen haben die Franzosen sich seitdem überzeugen lassen, daß Deutschland den Krieg angefangen und nur mit roher Rechtsverletzung den Elsaß zurückgenommen hat; es ist wieder die inhaltslose aber wohlklingende Redensart, die sie bezaubert und damit den künftigen Frieden Frankreichs und Europa's auf das ernstlichste bedroht. Möchten sie lernen, durch die schimmernde Phrase hindurch auch der unangenehmen Wahrheit auf den Grund zu sehen. Das wirksamste Mittel hierzu

wäre ohne Frage die Einführung allgemeiner Schulpflicht nach deutschem Muster: nicht als ob die in unsern Volksschulen überlieferten Kenntnisse die Menschen zu großen Gelehrten machten, sondern weil ein solcher allgemeiner Unterricht ihnen Allen die Richtung auf selbstständiges Urtheil und vorsichtige Prüfung gibt. Leider aber ist, obgleich alle liberalen Parteien die Schulpflicht begehren, bis jetzt wenig Aussicht auf ihre Verwirklichung vorhanden. Denn die Geistlichkeit ist in Frankreich eine Macht, mit welcher die schwankende Regierung ängstlich rechnen muß, und die Geistlichkeit legt den heftigsten Widerspruch gegen die allgemeine Schulpflicht ein. Sie thut es wieder mit einer glänzenden Redensart; sie sagt nicht, daß sie Bildung des Geistes und Selbstständigkeit des Urtheils bei den Bürgern und Bauern zu verhindern wünscht, sondern daß der Staat keinen so gewaltthätigen Eingriff in die Freiheit der Familienväter thun dürfe, wie er in der Vorschrift läge, die Kinder nicht in Unwissenheit aufwachsen, sondern sie etwas Ordentliches lernen zu lassen. Und eine Menge Menschen sind wieder bezaubert von der Redensart, und sprechen sie nach: Freiheit der Väter und kein Zwangsunterricht der Kinder. Die Redensart wird seit einiger Zeit auch in Deutschland vernommen; auch hier also haben wir Grund, von den Franzosen zu lernen, eine Warnung nämlich, sich von einer noch so schönen Redensart nicht täuschen zu lassen.

Die kirchlichen Zustände in Frankreich können überhaupt für uns lehrreich werden, da sie uns in grellem Lichte die Folge von Einrichtungen zeigen, welche jetzt von verschiedenen Seiten her dem deutschen Volk mit höchstem Eifer empfohlen werden. In jedem Gemeinwesen, in der Kirche ebenso wie in dem Staate ist es für menschliches Gedeihen erforderlich, daß das richtige Gleichgewicht von Ordnung und Freiheit erzielt wird. Dem Menschen taugt weder völlige Vereinzelung und Ungebundenheit, noch umgekehrt unbeschränkte Unterdrückung. Er muß in einer Gemeinschaft mit bestimmter Rechtsordnung leben, diese aber muß durch ihre Gesetze nicht auf die Knechtung, sondern auf die Befreiung des persönlichen Geistes hinstreben. Noch vor etwa 200 Jahren entsprach der kirchliche Zustand in Frankreich diesen Forderungen. Die anerkannte Staatskirche war die römisch-katholische, welcher der König und die große Mehrheit des Volkes eifrig

angehörte. Immer aber war das Verhältniß derselben zum Staate und zu den Einzelnen durch feste gesetzliche Bestimmungen geregelt. Der reformirten Minderheit war ihre Glaubensfreiheit gewährleistet. Die französische Landeskirche forderte in wichtigen Punkten selbstständige Rechte gegenüber dem Papste. Den kirchlichen Gewalten war jeder Eingriff in das Gebiet des Staates und der Politik bestimmt untersagt. Leider wurden seit 1685 diese Ordnungen vielfach durchbrochen. Zuerst ließ sich König Ludwig XIV. bestimmen, die reformirte Kirche in Frankreich mit allen Mitteln der rohesten und grausamsten Gewalt zu unterdrücken. Der große Grundsatz der Glaubensfreiheit war damit für ein volles Jahrhundert in Frankreich abgeschafft; mit den schwersten Strafen wäre die Bildung einer nicht katholischen oder nicht rechtgläubigen Gemeinde verfolgt worden. So war die äußere Einheit des katholischen Bekenntnisses für das ganze Land wieder hergestellt, das äußere Ansehen der katholischen Geistlichkeit mächtig gewachsen. Aber so glänzend der Schein, so übel war die Sache. Die Menschen sind einmal verschieden in ihren religiösen Bedürfnissen; so ist es immer gewesen, so wird es immer bleiben; eben deshalb genügt eine einzige Kirche dieser Mannichfaltigkeit niemals, und ist die Befugniß immer neuer Kirchenbildung eine unvertilgbare Forderung der menschlichen Natur. Wo sie durch äußern Zwang verhindert wird, bleiben in den Geistern die abweichenden Meinungen dennoch bestehen, und die Folge ist nur die, daß die Menschen sich überhaupt von der Religion abwenden, die ihnen als zwingende und drückende Gewalt entgegentritt. So ging es im vorigen Jahrhundert in Frankreich. Die Geistlichkeit hatte die Befugniß, jeden Ketzer einsperren zu lassen; dafür war jeder liberale und gebildete Mann ein bitterer Feind von Kirche und Religion überhaupt, und als 1789 die große französische Revolution eintrat, verkündete sie nicht blos allgemeine Religionsfreiheit, sondern verhängte eine lange und grausame Verfolgung über die bisher herrschende Geistlichkeit. In Preußen dagegen, wo Friedrich der Große den Grundsatz erklärt hatte: in meinen Staaten kann jeder nach seiner Façon selig werden, entwickelte sich gerade durch die Freiheit ein warmes religiöses Leben in den manichfaltigsten Formen, und zugleich ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Bekenntnisse. Frankreich aber ist aus jenen unheilvollen

Wegen bis auf den heutigen Tag nicht herausgekommen. Als 1815 nach dem Sturze Napoleon I. die katholische Geistlichkeit wieder großen Einfluß errang, trachtete sie auf der Stelle auch die alte Alleinherrschaft zurückzugewinnen. Freilich hatte sie nicht mehr das Recht, die Ketzer mit peinlichen Strafen heimzusuchen: dafür aber bemächtigte sie sich des gesammten Volksunterrichts, und suchte mit allen Mitteln politische Macht über die Staatsregierung zu erlangen. Um für diesen Zweck einen starken auswärtigen Rückhalt zu haben, schloß sie sich auf das engste an den päpstlichen Stuhl in Rom an und warf freiwillig die alten Rechte der französischen Nationalkirche hinweg. Wie vor 200 Jahren die persönliche Religionsfreiheit, so suchte sie jetzt die nationale Selbstständigkeit zu brechen. Die Folge war wieder, daß alle liberal und national Gesinnten der Kirche und der von dieser Kirche verkündeten Religion nicht blos mit Gleichgültigkeit, sondern mit bitterem Hasse den Rücken kehrten. Wie weit dieser Haß herangewachsen, haben wir im vorigen Jahre mit Entsetzen gesehen, wo die Pariser Commune die Kirchen entweihte und plünderte, den Erzbischof und eine Menge von Priestern und Mönchen erschießen ließ. Es war die gräuelvolle Antwort auf den neuerlich wieder von Rom aus verkündigten Satz, daß die Kirche befugt sei, mit äußerem Zwange gegen Ketzerei und Unglauben einzuschreiten. Aber man muß noch mehr sagen. Auch wo es nicht zu Revolutionen und blutigem Bürgerkriege kommt, ist es für den ruhigen Zustand eines Landes das größte Unheil, wenn sein religiöses Leben erfüllt wird von priesterlicher Herrschsucht auf der einen Seite und von religionsfeindlichem Unglauben auf der andern. Bisher ist es noch keinem Volke gelungen, seine sittliche Gesundheit ohne warme und lebendige Religiosität zu bewahren; es ist also eine Frage von höchster Wichtigkeit, daß die Kirche ihren Einfluß nicht mißbraucht und überspannt, und dadurch alle freiheitliebenden und lebenskräftigen Elemente des Volkes der Religion entfremdet. Wenn in Deutschland, wie wir annehmen dürfen, der Stand der Sittlichkeit im Ganzen und Großen reiner und fester als in Frankreich ist, so verdanken wir dies hauptsächlich der Vielheit der bei uns bestehenden Kirchen und der größern Selbstständigkeit der persönlichen Religiosität, wo dann so furchtbare Gegensätze wie in Frankreich gar nicht erscheinen

konnten. Man nennt ultramontan diejenige Partei in der katholischen Kirche, welche, mit Glaubenslehre und Seelsorge nicht zufrieden, nach förmlicher Beherrschung des Staates und der Wissenschaft durch die kirchlichen Behörden strebt; in diesem Sinne ist seit 1815 die französische Kirche beinahe vollständig ultramontan geworden; und gerade dadurch hat Religionshaß und in dessen Folge ungebundene Sitte in weiten Kreisen um sich gegriffen. Wenn Deutschland Sehnsucht hätte, Pariser Zustände auf seinem Boden erwachsen zu sehen, so brauchte es nur sein kirchliches Leben nach den Grundsätzen der französischen Kirche einzurichten: unbedingte Unterwerfung der Laien unter die Priester, der Priester unter die Bischöfe, der Bischöfe unter den Papst. Dann würden wir auch in Deutschland die Commune erleben. Denn wer Unterdrückung säet, wird Revolution ernten. Wer die gesetzliche Ordnung will, muß in dieser Ordnung der Freiheit der Einzelnen und der besonderen Art der Völker Raum lassen.

An welcher Stelle wir bisher französisches und deutsches Wesen verglichen, überall trat uns der bezeichnende Zug entgegen: der Trieb auf persönliche Selbstständigkeit und Eigenthümlichkeit bei den Deutschen, die Forderung fester und gleichmäßiger Regel bei den Franzosen. Dies gilt denn auch von Staat und Politik. Die Deutschen streben vor Allem nach Freiheit, die Franzosen vor Allem nach Gleichheit. Der Deutsche hat einen starken Sinn für die besondere Art seiner Person, seiner Stadt, seiner Provinz; er wünscht darin vom Staate nicht gestört zu sein, selbst wenn eine gelinde Störung gelegentlich in der Sache ganz nützlich wäre. Der Franzose weiß nichts von städtischem oder provinzialem Patriotismus, und hat gar keinen Respekt vor persönlicher Besonderheit; er sieht nur auf die Zweckmäßigkeit in der Sache, auch wenn sie hundert einzelnen Menschen höchst unliebsam wäre. Dieser Unterschied tritt auf das deutlichste in der Art und Weise der Landes- und Gemeindeverwaltung hervor. Die Deutschen lieben das System, was man Selbstverwaltung nennt. Sie wünschen ihre Beamten zu wählen, wie sie ihnen eben gefallen; sie wünschen selbst an der Sache Antheil zu haben, um sie nach eignem Geschmacke führen zu können. Die Franzosen finden in ihrer großen Mehrzahl, daß bei einem solchen Ver-

fahren wenig Gutes für die Sache herauskommt. Die wenigsten Menschen, sagen sie, verstehen etwas vom Geschäfte; viele Köche verderben den Brei; über allem Dreinreden der verschiedenen Kreisräthe und Stadträthe und Wähler gehen die Geschäfte äußerst langsam; in einem Bezirke wird nach andern Grundsätzen als in andern verwaltet; das gibt Stockungen und Reibungen aller Art im Verkehr. Ein wohlgeschulter Minister, finden sie, versteht das Ding besser; er sucht für die Bezirke ebenso wohlgeschulte und kräftige Präfekten, diese ebenso tüchtige Bürgermeister für die Gemeinden aus; die große Maschine arbeitet unaufhörlich, gleichmäßig, nachdrücklich durch das ganze Land; die Bürger haben kurzweg Ordre zu pariren, aber sie stehen sich trefflich dabei, denn Alles wird auf das Beste besorgt; die Straßen der Städte sind sauber bei jeder Jahreszeit, die öffentliche Sicherheit läßt nichts zu wünschen übrig, der Bau von Straßen, Brücken und Kanälen ist ausgezeichnet; die Steuern sind freilich hoch, aber die Erhebung ist für die Bürger so bequem wie möglich eingerichtet; Alles greift pünktlich ineinander, Alles wird mit Einsicht und Schnelligkeit besorgt. Eine Menge dieser Vorzüge sind ohne Weiteres anzuerkennen; es wird in der That die französische Verwaltung geschickt und einsichtig betrieben. Nichts desto weniger wird kein Deutscher Lust haben, das ganze französische System gegen das unsere einzutauschen. Denn jenem fehlt die eine Kleinigkeit: es hat für die Freiheit und Selbstständigkeit der Bürger keinen Raum. Wir wollen lieber einige Dinge weniger vollkommen machen, aber wir wollen sie selbst nach unsern Wünschen machen. Wir wollen das nicht blos aus Bequemlichkeit oder Eigenwillen, sondern wir wollen es zum Besten unserer Bildung. Wir fühlen, daß die wichtigsten Seiten unseres Geistes und Herzens nicht entwickelt werden, wenn wir der gemeinnützigen Thätigkeit für die Landesinteressen fremd bleiben, wenn wir ohne eigene Arbeit die öffentliche Wohlfahrt nur von dem Herrn Minister zugeschnitten bekommen, wenn wir bei irgend einem Uebelstande nichts anderes zu thun wissen, als die hohe Regierung um Abhülfe zu bitten oder über sie zu brummen. Genau betrachtet, besteht die Freiheit in Frankreich darin, daß jeder Bürger seine Stimme abgibt bei der Wahl der Abgeordneten zur National-Versammlung. Ist diese einmal gewählt, so verfügt sie durch ihre

Gesetze und Minister unbedingt über das ganze Dasein aller Bürger. Erst nach dem Kriege hat man einen ersten Versuch in der entgegengesetzten Richtung gemacht, indem man in den einzelnen Bezirken gewählte Generalräthe mit weiteren Verwaltungsbefugnissen eingesetzt hat. Es zeigte sich aber sogleich, wie ungewohnt dergleichen Einrichtungen dem Volke waren; viele Generalräthe, anstatt sich der Bezirksverwaltungen anzunehmen, begannen sogleich, hohe Politik zu treiben, und wurden dadurch nur ein neues Element der Zwietracht in dem arg zerklüfteten Lande.

Da sich nun aber der Drang zur Freiheit aus keinem menschlichen Herzen ausrotten läßt, und also, wenn ihm die gesetzlichen Mittel versagt sind, zu gewaltthätigen greift, so ist in Frankreich bei unzähligen Menschen die Vorstellung herrschend geworden, daß die rechte Freiheit in der fortdauernden Befugniß zur Revolution bestehe. Auf die Revolution von 1789 ist später die von 1830, auf diese die von 1848 gefolgt; die dort erwachsene Republik ist durch den revolutionären Staatsstreich Napoleon's, und dessen Kaiserthum durch die Revolution des 4. September 1870 zu Grunde gegangen; jetzt herrscht seit einem Jahre die Nationalversammlung, und schon erhebt sich in tausend Stimmen der Ruf, wenn dieselbe sich nicht besser aufführe, so müsse das souveräne Volk sich erheben und die Regierung in würdigere Hände legen. Und während diese Grundstimmung des Volkes den ganzen Zustand erbeben macht, streiten nicht weniger als sechs große Parteien um den Machtbesitz in der Zukunft; die monarchisch Gesinnten theilen sich in Bonapartisten, Legitimisten und Orleanisten, die Gegner zerfallen in conservative, radikale und sociale Demokraten. Die ruhigen Bürger jammern, daß Niemand an Frankreich, Jeder nur an seine Partei denke. Handel und Wandel stockt, die Begriffe verwirren, die Leidenschaften erhitzen sich: die Zukunft erscheint völlig schwankend, unsicher und unheilvoll.

Das Einzige, worüber dort Alle einig sind, ist die Forderung der Gleichheit Aller. Keiner soll etwas vor dem Andern voraus haben, Jeder dasselbe Recht wie der Andere besitzen. Es klingt recht schön, und wir haben schon gesagt, daß nach Umständen sich daraus auch gute Folgen entwikeln können, ein wirksames Selbst=

gefühl, eine tüchtige Ehrenhaftigkeit der Menschen. Aber auch hier liegt eine große Gefahr. Wer die Gleichheit im vollen Maaße begehrt, der fordert, daß Keiner über den Andern hervorrage, daß Jeder ebenso reich, ebenso stark, ebenso gebildet wie der Andere sei. Ueberläßt man aber die Menschen ihrer Freiheit, so zeigt sich bald, daß der Eine begabter, fleißiger, klüger ist als der Andere, daß er also bei freier Entwicklung unaufhaltsam über den Andern emporwächst. Der Andere erklärt dann, daß sich dies mit der Gleichheit nicht vertrage; er selbst kann nicht stärker und klüger sein, als er von Natur einmal ist; er will vielleicht auch nicht fleißiger und sparsamer werden, als er bisher war; aber Gleichheit soll sein; er fordert also, daß von Staatswegen dem glücklicheren Mitbürger verboten werde, reicher, klüger, gebildeter zu sein, als die Menge der Andern. Es soll Niemand mehr die Freiheit haben, über die allgemeine Gleichheit emporzuwachsen. Dies ist in Frankreich die weitverbreitete Stimmung: wir sehen, es ist stets dieselbe Grundursache, die Geringschätzung der persönlichen Selbstständigkeit und Eigenthümlichkeit. Ist es nöthig, jener falschen Gleichheit, die so freiheitsfeindlich auftritt, die echte berechtigte Gleichheit erst entgegenzustellen? Die falsche Gleichheit fordert, daß jeder Mensch ohne Unterschied gleichen Antheil an den Gütern dieser Erde, an Reichthum, Macht, Genuß erhalte. Die echte Gleichheit erklärt, daß Jeder ohne Unterschied der Geburt und der Gunst nach seinem Verdienste behandelt werde. Die falsche Gleichheit begehrt für den Dummen, Trägen und Nichtsnutzigen so viel wie für den Fleißigen, Rechtschaffenen, Unterrichteten; sie richtet in ihrem Communismus Bildung, Wohlstand und Fortschritt zu Grunde. Die echte Gleichheit gibt einem Jeden nach dem Maaße seiner Leistung, und entwickelt damit Freiheit und Aufschwung nach allen Seiten. Stellt man sich nun vor, daß in Paris mit all jenem Parteigezänk, all jener Revolutionslust noch die wilde Leidenschaft der falschen Gleichheit zusammenarbeitet, so wird man leicht ermessen, welche furchtbare Gefahren ein solcher Zustand in seinem Schooße birgt.

Hier können wir lernen, gewaltig lernen. Denn hier liegen die eigentlichen, tiefen Ursachen des Elends, welches Frankreich 1870 betroffen hat, und manche der Versuchungen, die unsere Nachbarn in das Unglück

gezogen, haben auch auf deutschem Boden zu wirken begonnen. Auch bei uns predigt man der arbeitenden Klasse im Namen der Gleichheit von der Ungerechtigkeit, daß sie nicht so reich seien wie die Fabrikherren, den Handwerkern, daß sie nicht ein ebenso bequemes Leben führten wie die großen Kaufleute, den Taglöhnern, daß sie nicht so herrliche Genüsse hätten, wie die vornehmen Gutsbesitzer. Als wenn es in unsern heutigen Verhältnissen noch irgend einen Besitz gäbe, der nicht die Frucht von Arbeit, Sparsamkeit und Klugheit wäre, als wenn nicht auch der mäßige Besitz die Grundlage von Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit, von Familienglück und Bildung werden könnte. Auch bei uns hat man schon Lob und Preis der Revolution vernommen, als gäbe es keine Freiheit ohne die Befugniß zur Meuterei, und ohne die Staatsform der Republik. Frankreich lehrt uns, was wir davon zu halten haben. Die Republik kann unter gewissen Umständen, wie bisher in Nordamerika, eine ganz zweckmäßige Staatsverfassung sein. Die Bedingung dazu ist aber große Gleichartigkeit unter den Menschen, und sehr starker Sinn für Recht und Gesetz. Wo diese Bedingungen fehlen, fehlt der Republik die erste Voraussetzung des Gedeihens; es fehlt ihr der feste Halt und Anker, welchen das rechtmäßige Erbkönigthum dem Staate gibt. Wenn man auf die heutigen Zustände in Frankreich blickt, so bricht unwiderstehlich die Dankbarkeit und Freude hervor, daß wir in unserem Königthum einen solchen Halt und Anker des Staates besitzen. Auch wenn wir mit einzelnen Maaßregeln der Regierung unzufrieden sind, so wissen wir doch immer, daß, wo der ganze Staat in seinen Grundfesten schwankt, noch viel weniger an Freiheit und Fortschritt zu denken ist: unserem Königthum danken wir, daß auf fest gesichertem Boden Tag für Tag die Selbstständigkeit der Einzelnen, der Gemeinden, der deutschen Staaten sich breiter entfalten kann, ohne daß die neu errungene Einheit der deutschen Nation darunter Schaden leiden dürfte.

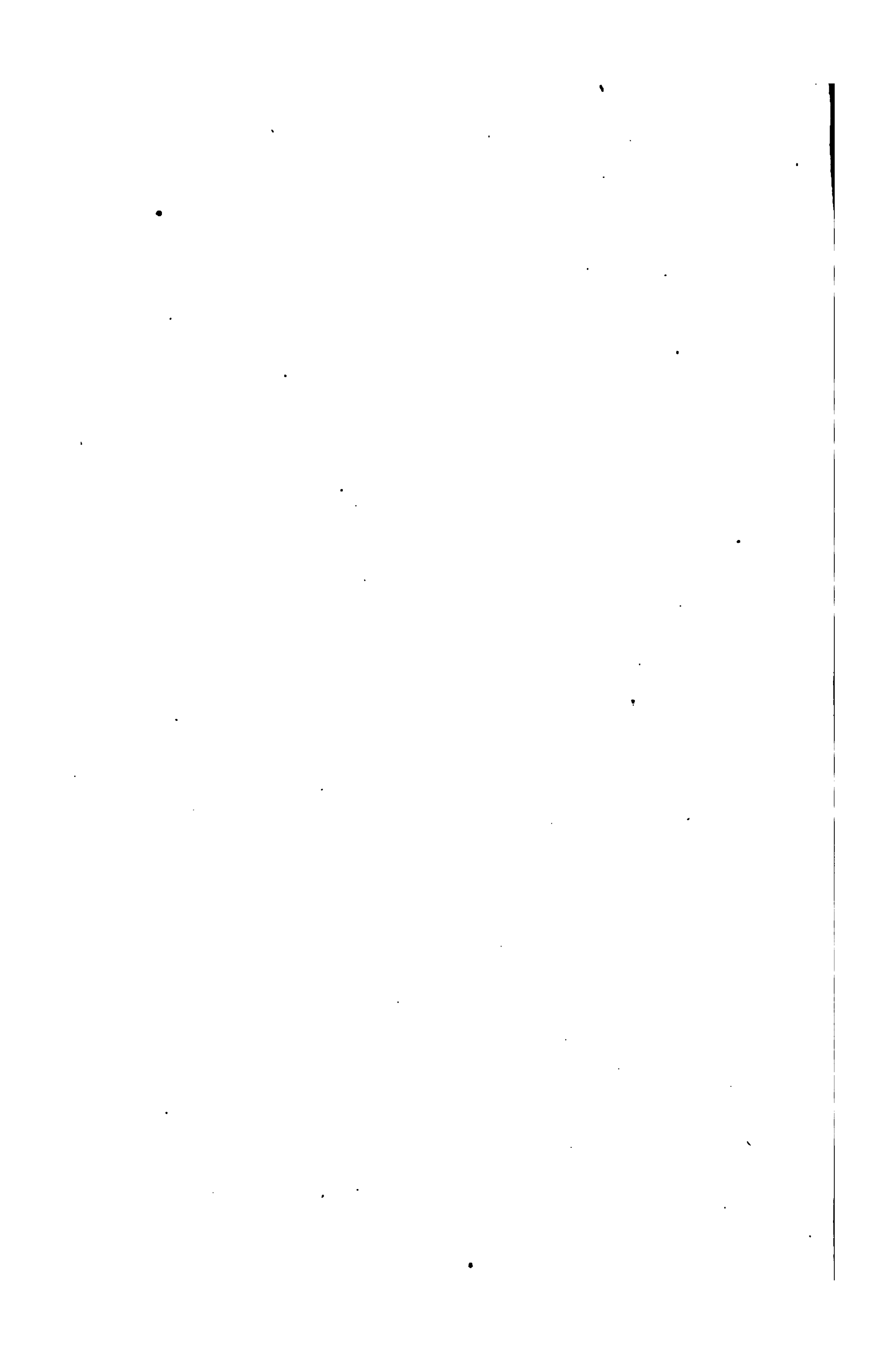
Was die Franzosen angeht, so wünsche ich, Ihnen folgende Sätze klar vor Augen gestellt zu haben. Es wäre sehr verkehrt, es wäre für unsere eigne Sicherheit höchst gefährlich, sie gering zu schätzen oder als verkommenes Volk zu verachten. Sie sind fleißig, geistreich, geschmackvoll, und übertreffen uns noch heute auf manchem Gebiete; sie sind anders als wir, aber sie sind ebenso begabt wie wir;

es wäre die größte Wohlthat für die Welt, wenn sie es uns möglich machten, uns wieder, wie vor dem Kriege, im Austausch der beiderseitigen Vorzüge zu ergänzen, auf den Gebieten friedfertiger Arbeit mit einander zu wetteifern. So lange aber sie uns feindselig bleiben, wäre es selbstmörderische Thorheit, wenn wir einen Augenblick vergäßen, daß wir allen Grund haben, uns angestrengt zusammen zu nehmen. Ihr großer Nachtheil liegt in ihren Einrichtungen und Anschauungen in Staat und Kirche, wo sie Macht und Selbstständigkeit nicht zu versöhnen wußten, sondern unaufhörlich zwischen Willkürherrschaft und Revolution hin und her schwanken. Wollen wir uns ihnen überlegen zeigen, so hat sich unser Streben vor Allem auf dieses Gebiet zu richten. Wir können das tüchtigste Volk der Erde werden, wenn wir im menschlichen Verkehr, in Ackerbau und Industrie, in Wissenschaft und Kunst von den starken Seiten der Franzosen lernen, und zugleich der Versuchung widerstehn, in Politik und Religion in ihre Schwächen und Fehler zu verfallen.



Am Denkmal Stein's.

Nassau, 9. Juli 1872.



Den Mann, dessen Bildniß wir heute enthüllt haben, nannten seine Zeitgenossen

des Guten Grundstein,
des Bösen Eckstein,
der Deutschen Edelstein.

So ist sein Andenken auf die bewundernde und dankbare Nachwelt hinübergegangen; so wird es wachsend forterben auf die kommenden Jahrhunderte, und so lange sein Geist und seine Gesinnung im deutschen Volke lebendig ist, so lange wird der stolze Bau des deutschen Staates feststehn wie auf Urgranitstein gegründet.

Es ist nicht nöthig, an diesem Weihetage das äußere Leben des Freiherrn Karl vom Stein im einzelnen zu erzählen: es steht leuchtend im Gedächtniß des Volkes und der Welt, und so genügt es, hier nur an die wichtigsten und bezeichnendsten Momente zu erinnern. Entsprossen aus einem uralten reichsfreiherrlichen Geschlechte dieser schönen Landschaft wurde Stein vierzehn Tage vor der Schlacht bei Roßbach geboren, als hätte das Schicksal den Staat, dem er dienen, den Gegner, den er bekämpfen sollte, seinem kommenden Dasein bezeichnen wollen. Er wuchs heran in der Ruhe des Landlebens, aber mit rastlos umhersuchendem Geiste, ein hochadlicher fürstengleicher Grundherr, aber schon früh von der Ueberzeugung erfüllt, daß eine solche Stellung ihn nicht zu hochmüthiger Vereinzelung, sondern zu doppelt warmer Hingebung an das Vaterland verpflichte. Seine Eltern, von gleichen Gefühlen beseelt, bestimmten ihn zum Dienste bei den damaligen officiellen Vertretern des heiligen römischen Reiches, dem Kaiser zu Wien, oder dem Kammergerichte zu Wetzlar: er aber, mit vorausschauender Einsicht, erkannte schon inmitten des 18. Jahrhunderts den wirklichen deutschen Zukunftsstaat

und wurde Beamter des großen Preußenkönigs. Vom ersten Tage seiner politischen Thätigkeit zeigte er sich, wie er sein Leben hindurch geblieben, kräftig und wuchtig, jeder Aufgabe durch Geist und Pflichttreue gewachsen, vielseitig unterrichtet, und gründlich und schlagfertig in jeder vorliegenden Frage. Bei heller Freundlichkeit und leicht aufflammendem Witze im persönlichen Verkehr war er in der Arbeit streng gegen sich und streng gegen Andere, von unbezwingbarer Festigkeit in jeder Ueberzeugung, stets auf die Sache losgehend, um formale Rücksicht unbekümmert, eine Natur von schwerem und großem Style, herrisch, schöpferisch, überwältigend. Ein Sinn ohne Vorurtheile und Selbstsucht, ohne Eitelkeit und ohne Ehrgeiz, erfüllt von tiefer Gottesfurcht und deshalb frei von jeder Furcht der Menschen, ein Geist immer auf das Große, Echte, Ganze gerichtet, und somit fest in sich, und imponirend in jeder Umgebung. So wollte er auch die Andern, fest in sich, und dem Ganzen hingegeben; er vertrug und liebte den Widerspruch, wenn er aus sachlicher Ueberzeugung entsprang; aber in unbändigen, zerschmetternden Zornesergüssen brach die treibende Kraft seines Wesens hervor, wo faule Trägheit oder gemeine Selbstsucht seine Wege kreuzte. So verletzte er Viele, aber die gediegene Tüchtigkeit seiner Leistungen hob ihn rasch von Stufe zu Stufe, bis er 1805 als Minister der indirecten Steuern in den Kreis der leitenden Männer des preußischen Staates eintrat. Auch hier wurde seine Thätigkeit auf der Stelle fruchtbar nach allen Seiten, aber allerdings bequem war es nicht immer mit dem starken und schroffen Manne zu hausen. König Friedrich Wilhelm III. erkannte und würdigte den Werth seines feurigen und vorwärts drängenden Ministers; er bezeichnete ihn selbst als einen denkenden, talentvollen, großer Conceptionen fähigen Kopf, und nahm die mit jenen Vorzügen verbundene Formlosigkeit lange Zeit schweigend in den Kauf. Da brach die furchtbare Niederlage von 1806 über Preußen und Deutschland herein. Napoleon vernichtete das preußische Heer, besetzte Berlin, nahm alle Lande bis zur Weichsel ein. Die Trümmer des Hofes, der Regierung, der Armee sammelten sich um den schwergeprüften Monarchen in Königsberg; die dringende Frage war die neue Einrichtung der zerbrochenen Staatsgewalt, und bei diesen Erwägungen, die man wohl mit dem verzweifelten Ringen eines Ertrinkenden

vergleichen kann, kam es zu einem völligen Bruche zwischen dem Könige und dem Minister. Stein nahm seine Entlassung und ging nach Nassau zurück. Nach allem menschlichen Anschein war er für immer von dem Staate seiner Wahl getrennt. Aber sein Herz hielt fest an Preußen; all sein Denken und Trachten haftete an der Frage der innern Herstellung und mächtigen Erhebung dieses Staates, als der Lebenshoffnung der deutschen Nation, und während die französischen Heeresmassen über die Weichsel hinüber die letzten Schollen preußischen Landes zu überfluthen drohten, arbeitete hier in ländlicher Einsamkeit der unerschütterliche Mann die Grundgedanken aus, welche unser zerschlagenes Gemeinwesen mit frischer Gesundheit und siegender Jugendkraft erfüllen sollten. Er begehrte eine innere Erneuerung und Wiedergeburt von Grund aus. Stein war kein Revolutionär und kein Demokrat; er wollte die Achtung bestehender Rechte, und verabscheute den selbstsüchtigen Individualismus, wie die radicale Gleichmacherei: er war mit einem Worte Aristokrat in seinem ganzen Wesen und Monarchist in seiner tiefsten Ueberzeugung. Aber sowohl nach seiner praktischen Erfahrung als nach seiner sittlichen Begeisterung stand ihm der Satz fest, daß der Befreiungskrieg nur durch ein freies Volk geführt werden könne, oder mit andern Worten, daß nur ein Volk, welches durch eigne Arbeit in öffentlichen Angelegenheiten Einsicht und Hingebung gelernt, die Kraft zur kriegerischen Wiedererhebung entwickeln werde. Hören wir ihn selbst. „Hat man sich überzeugt", sagte er, „daß das Verdrängen „einer Nation von jeder Theilnahme an den öffentlichen Angelegen„heiten den Gemeingeist erstickt, und daß dessen Stelle eine Ver„waltung durch besoldete Behörden nicht ersetzt, so muß eine Ver„änderung in der Verfassung erfolgen. Man muß bemüht sein, die „ganze Masse der in der Nation vorhandenen Kräfte auf die Be„sorgung ihrer öffentlichen Geschäfte zu lenken. Denn wenn eine „Nation sich einmal über den Zustand der Sinnlichkeit erhoben, „wenn sie sich eine bedeutende Masse von Kenntnissen erworben, „wenn sie einen mäßigen Grad von Denkfreiheit genießt, so richtet „sie ihre Aufmerksamkeit unausbleiblich auf ihre eigenen National„und Communalangelegenheiten. Räumt man ihr alsdann eine „Theilnahme daran ein, so zeigen sich die wohlthätigsten Aeußerungen

„der Vaterlandsliebe und des Gemeingeistes; verweigert man ihr „alles Mitwirken, so entsteht Mißmuth und Unwille, der entweder „schädlich ausbricht oder lähmend unterdrückt werden muß. Die „arbeitenden und die mittleren Stände werden alsdann verunedelt, „indem ihre Thätigkeit ausschließlich auf Erwerb und Genuß gerich„tet wird; die obern Stände sinken in der öffentlichen Achtung durch „Genußliebe und Müßiggang; die speculativen Wissenschaften erhal„ten einen usurpirten Werth; das Gemeinnützige wird vernachlässigt, „und das Sonderbare, Unverständliche zieht die Aufmerksamkeit des „menschlichen Geistes auf sich, der sich einem müßigen Hinbrüten „überläßt, statt zu einem kräftigen Handeln zu schreiten. Man „tödtet, indem man die Bürger von aller Theilnahme an der Ver„waltung entfernt, den Gemeingeist und den Geist der Monarchie."

Wir sehn aus diesen inhaltschweren Worten, welch einen hohen Begriff Stein mit dem Worte Freiheit verband. Was er im Sinne trug, war nicht die revolutionäre Lehre, welche die Freiheit als angeborenes Recht auf Willkür und Ungebundenheit fordert: es war die selbstständige Theilnahme Aller am Staate, also volle Hingabe an das Vaterland und thätiger Dienst am Gemeinwesen. Eine so verstandene Freiheit erzeugt und befestigt die erste Bedingung für politisches Gedeihn, den Sinn für gesetzliche Ordnung; sie wird eine Schule des gegenseitigen Vertrauens zwischen König und Volk, und befähigt dann den Staat zu Leistungen, welche jeden Surrogates spotten und jede Erwartung übertreffen.

Unser Standbild trägt das Datum: Juni 1807. Es waren die Tage, in welchen Stein, von jenen Anschauungen geleitet, hier in Nassau einen großen Entwurf niederschrieb, „über die zweckmäßigste Bildung der Obersten und der Provinzial-Finanz- und Polizey-Behörden in der Preußischen Monarchie." In den Rahmen dieses Aufsatzes legte er die Keime aller der Gesetze nieder, welche sein späteres Ministerium zu dem Wendepunkt unseres öffentlichen Lebens gemacht haben. Es galt ihm, entschieden aus einem Zustande herauszutreten, welcher die Masse des Volkes durch ihre politische Unthätigkeit dem Staate allmählich entfremdete, und sie entweder in zersetzende Tadelsucht oder in entnervende Selbstliebe hineindrängte: Beides war auf die grellste Art in den Zuständen von

1806 an das Licht getreten. Stein kam es darauf an, auf dem Wege fester Gesetzlichkeit, durch die Staatsgewalt selbst, das Volk von innen heraus zu befreien, und dadurch die Kraft des Staates zu verdoppeln.

Unterdeß wurde der Friede zu Tilsit geschlossen, welcher eine Hälfte der Monarchie abriß, die andere in der trostlosesten Aussaugung und Unterdrückung dem Könige zurückgab. Die Gesinnung des Monarchen begegnete den Gedanken seines früheren Ministers: auch er erkannte, daß die alte Ordnung sich überlebt hatte, und sagte sich mit tiefem Ernste, daß es von Grund aus anders und besser werden müsse. Dieses Gelöbniß hat Friedrich Wilhelm III. gehalten, fest und besonnen, selbstlos und pflichtgetreu, wie jemals ein Fürst auf einem großen Throne. Er erkannte, welcher Hand er bedurfte, um die große Wandlung durchzuführen; damit war jeder Gedanke an frühere Verstimmungen ausgelöscht; er berief noch am Tage des Friedensschlusses Stein zur Leitung aller Civilangelegenheiten der Monarchie. Stein empfing die Botschaft in demselben hohen Sinne, in dem sie erlassen war. Er lag krank und fiebernd darnieder; aber es verstand sich ihm von selbst, daß er bedingungslos dem königlichen Rufe folgte; von Stund an nahm sein Leiden eine günstige Wendung, und nach kurzer Frist konnte er zur Uebernahme der Geschäfte abreisen.

Nur ein Jahr lang war es ihm beschieden, an der Herstellung des tief gebeugten Staates selbstthätig mitzuarbeiten. Aber die kurze Spanne Zeit genügte seiner rastlosen und kernigen Kraft, um einen vollen Strom neuen Lebens durch alle Theile der Nation zu ergießen. Es war überall derselbe Grundsatz: geordnete Freiheit zu freudiger Hingabe an das Ganze. Also Entfesselung der Arbeit, durch Aufhebung der Erbunterthänigkeit der Bauern, Befugniß jedes Bürgers jeden Grundbesitz zu erwerben, Ausstattung der Domanialbauern mit freiem Eigenthum, Beseitigung der wichtigsten Zunftmonopole, Ersetzung des Mercantilsystems durch niedrige Einfuhrzölle. Sodann die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht, Beseitigung der Standesvorrechte in der Armee, die ersten Grundlinien zu der späteren Landwehrverfassung. Weiter die Erweckung politischen Gemeinsinns durch Betheiligung der Bürger an politischen

Rechten und politischer Arbeit, den Erlaß der Städteordnung, die Entwürfe für Kreis- und Landgemeindeordnungen, die Wiederbelebung provinzialständischer Berathungen, die Aussicht auf eine reichsständische Versammlung. Man pflegt oft genug, wenn von Freiheit des Volkes geredet wird, dabei in erster Linie an den Schutz der Privatinteressen gegen die Macht der Regierung, gegen polizeiliche Willkür, Steuerdruck und Militärlast zu denken. Dem großen Minister war eine solche Auffassung nicht fremd; er war innerlich entrüstet über den „Sultanismus" in mehreren der damaligen Rheinbundstaaten, und wünschte von Herzen, daß jeder Rechtsverletzung Seitens einer Regierung der Schild eines starken Volksrechtes entgegen gehalten werden könnte. Aber jene mächtigen Reformen, mit welchen er jetzt das preußische Gemeinwesen erneuerte, entsprangen aus edleren Begriffen vom Staate und wollten das Volk auf einen höheren Standpunkt hinaufführen. Der Einzelne bedarf der Gemeinschaft, wie die Gemeinschaft des Einzelnen. Staatsgewalt und Volksfreiheit sind nicht Gegensätze, sondern Eines nur möglich im Andern. Der Herrscher schädigt seine eigne Macht, wenn ihm irgend ein Anderes mehr als das Wohl des Volkes am Herzen liegt, und der einzelne Bürger richtet sich selbst zu Grunde, wenn er eigensüchtig sein Privatinteresse auf andere Weise als durch Arbeit für das Gedeihn der Gesammtheit zu fördern meint. Was jene Jahre der Wiedergeburt für alle Zeiten zum leuchtenden Muster erhebt, was immer und immer wieder ihre Betrachtung zu einem stärkenden Bade der Seele macht: es ist nichts Anderes als die unvergleichliche Wärme des Gemeinsinns, die hier den gesammten Körper der Nation durchströmte, die Abkehr von Selbstsucht, Sinnengenuß und Eitelkeit, in welcher der König seinem Volke ein unvergeßliches Beispiel gab, und alle Schichten der Bevölkerung mit einander wetteiferten. Ja, dieses Volk verdiente, zur Freiheit berufen zu werden, denn in der Schule beispiellosen Leidens hatte es gelernt, daß die Freiheit nicht ein Bollwerk der Eigenliebe sein soll, sondern daß sie gemeinnützige Arbeit, politische Pflicht, patriotische Leistung bedeutet. Möge diese Gesinnung fort und fort in den Herzen lebendig bleiben, dann wird es wohl stehn im deutschen Lande um Volksrecht und Staatsmacht.

Stein gehörte nicht zu der Fraction moderner Liberaler, welche dem Staate keinen andern Beruf zubilligen, als die Beschützung der Grenzen gegen die Feinde, und die Beschützung der Häuser gegen die Diebe. Er sah die Grundlage des Staates in Sittlichkeit, Religion und Bildung: sollte dem Staate verboten werden, sein eignes Fundament im Stande zu halten? Wer Stein's Ansicht vom Staate in Einem Worte zusammenfassen wollte, würde sagen dürfen: der Staat soll die Schule für den Charakter der Menschen sein — und so gibt es keine Seite des menschlichen Lebens, wohin der Einfluß des Staates, der erziehende und stärkende Einfluß des Gemeinwesens, nicht reichen müßte. Stein war einig mit Scharnhorst, die Armee so zu gestalten, daß sie für das ganze Volk eine Schule der Zucht, der Ehre, des freudigen Opfermuthes werde, und aus dieser Schule sind unserem Lande, — wer weiß es nicht? — die Siege von Leipzig und Waterloo, wie die Triumphe von Metz, Sedan und Paris erblüht. Er forderte durch seine Gemeindeordnung das System der Selbstverwaltung, damit die Arbeit in öffentlichen Dingen für die Bürger eine Schule der Ordnung, der Selbstverläugnung und des Gemeinsinns sei; es ist charakteristisch, wie er dabei sehr wenig Werth auf die Wahl der Beamten durch das Volk legt; wo besoldete Magistrate sind, will er sie ebenso gerne durch königliche Oberbehörden ernannt sehn; das Wesentliche ist ihm, daß überhaupt möglichst wenig durch Magistrate geschieht, sondern möglichst Viele der befähigten Bürger selbst Hand anlegen, selbst thätig sind, selbst in den öffentlichen Geschäften sich üben. Er verkennt nicht die Nothwendigkeit des Beamtenthums, überall, wo es auf Einheit der Leitung oder specielle technische Fertigkeit ankommt; aber mit scharfem Urtheile hebt er die Mängel der Bureaukratie hervor, wenn sie allein und ausschließlich, ohne Theilnahme der Bürger, die Verwaltung beherrschen will. Sie sei besoldet, buchgelehrt, interessenlos, eigenthumslos; wenn ihre Gehälter und ihre Acten in Ordnung seien, kümmere sie es wenig, wie es im Lande aussehe. Sollte eine solche Regierung besser sein, fragt er, als die repräsentative, welche bei der Gesetzgebung mit Menschen aller Stände beräth, so durch eignes Interesse über die heilsamen Maßregeln unterrichtet sind, und welche

diesen zugleich einen Theil der Verwaltung unentgeltlich überträgt? So führt ihn dieser Gedankengang ganz von selbst auf die letzte Forderung, eine allgemeine Volksvertretung. Auch hier ist sein höchster Gesichtspunkt stets derselbe, die Richtung der Geister auf patriotische Thätigkeit. Die Regierung soll ein sicheres Organ der öffentlichen Meinung erhalten, das Volk aber soll lernen, die Staatsgewalt, an der es fortan auch in ihrem Mittelpunkte Antheil habe, nicht als ein fremdes und gleichgültiges, oder gar als ein ihm feindseliges Ding, sondern als ein Stück seiner selbst zu betrachten. Er will deshalb jedem besitzenden Bürger Wahlrecht geben, sonst aber die Verfassung nicht nach allgemeinen Lehrsätzen erfinden, sondern überall aus den vorhandenen Zuständen herausbilden. So viel wie möglich soll ein Jeder Einfluß erhalten nach dem Maaße seiner Bedeutung und seiner Leistung; deshalb soll nach seiner Meinung die Einsetzung der Reichsstände der letzte Schritt des Systemes sein, und die großen Rechte der Gesetzgebung und des Budget erst dem in der Selbstverwaltung geübten Volke übertragen werden. Der Lauf der Geschicke hat diese Reihenfolge umgekehrt, und Stein's Vorschläge anfangs in der einen, später in der entgegengesetzten Richtung verschoben. Erst unsern Tagen und der Weisheit unseres kaiserlichen Herrschers blieb es vorbehalten, mit der Durchführung der Selbstverwaltung in Stein's Sinne Ernst zu machen, und durch die Kreisordnung unserem Verfassungsbau die naturgemäße Grundlage, und damit unserm Volke das wichtigste politische Erziehungsmittel darzubieten.

Bei solchen Bestrebungen mußte Stein von dem Staate mit dem höchsten Nachdruck die Pflege der eigentlich geistigen Kräfte, der Religion und der wissenschaftlichen Bildung, der Kirche und des Unterrichts begehren. Stein war von Grund seines Herzens ein gläubiger lutherischer Christ, und tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Sittlichkeit des Menschen nur auf warme, innere Religion gegründet werden könne. Er vermochte mit niemand ein näheres Verhältniß zu knüpfen, welchem diese Ueberzeugung fehlte. Er ärgerte sich über die Rationalisten seiner Tage, welche den christlichen Glauben verflachten und ernüchterten, ohne im Stande zu sein, ihren Schülern und Gemeinden eine bessere Seelenstärkung zu bieten. Er wollte festgeordnete kirchliche Einrichtungen, weil er ohne diese bei den

Volksmassen rathlose Verwirrung der religiösen Anschauungen und damit rasche Zerrüttung der öffentlichen Sitte befürchtete. Aber gerade weil in ihm selbst die Religion ein tief innerliches und deshalb freies Geistesleben war, stand er hoch über der Enge confessioneller Beschränktheit und scharf getrennt von jeder hierarchischen Anmaßung. Er, der entschlossenste Protestant, nahm in späteren Jahren das wärmste Interesse an dem Wiederaufbau der katholischen Kirche in Rheinland und Westphalen, billigte die liberale — in Wahrheit etwas unvorsichtige — Großherzigkeit, mit welcher sein Freund Niebuhr die Unterhandlung darüber in Rom geführt hatte, und stand in den vertrautesten Beziehungen zu dem ersten Erzbischof in Cöln, dem Grafen Spiegel zum Desenberg. Gleichviel ob in der einen oder in der andern Form, ihm lag nur daran, daß die sittlichen Segnungen des Christenthums dem Volke und dem Vaterlande zu Gute kämen. Dem Vaterlande, sagte ich, und betone hier doppelt das Wort. Denn in jener Zeit, als Pius VII. und der Cardinal Consalvi in Rom regierten, als der patriotische und tief gebildete Spiegel die cölnische Kirche verwaltete, damals dachte niemand daran, der vaterländischen Staatsgewalt den nöthigen Einfluß auf die vaterländische Kirche zu bestreiten, oder die Staatsgesetze als unverbindlich den kirchlichen Statuten unterzuordnen, und von Allen wäre Stein der letzte gewesen, irgend eine Spur solcher Regungen zu ertragen. Denn allerdings erlebte er die ersten Anfänge derselben, und sprach sofort gegen Spiegel und andere katholische Freunde seine schwerste Mißbilligung aus. Er beklagte das katholische Schreibwerk, das hetzerische Auftreten nämlich mehrerer katholischer Zeitungen; er mißbilligte das vielfache Proselytenmachen, den Lärmen über die gemischte Ehe, das Einschleichen und Einschwärzen der Jesuiten. In umfassender Weise entwickelte er dem Erzbischof bald nachher seine Vorstellungen über das richtige Verhältniß der Kirche zu den Nationen. „Hätte die Kirche“, sagte er, „nicht eine rein despotische Regierungsform „erhalten, hätten die Päpste die Rechte der Metropolitane, Bischöfe, „Capitel und Gemeinden geachtet, so wäre eine Zerrüttung, wie sie „im 13. bis 16. Jahrhundert bestand, unmöglich gewesen. Die „Zwischengewalten, so in der Nation durch die Nation bestanden, „mußten auch für die Nation leben, und ihr Betragen nach den

„Aeußerungen des öffentlichen Geistes einrichten. Gegen den päpst=
„lichen Despotismus erhob sich eine Revolution . . . . . Sollte
„eine Annäherung der Parteien nicht möglich sein? Wünschenswerth
„ist sie — es kommt aber nicht allein auf dogmatische Lehrsätze,
„sondern auf Kirchenverfassung an — auf Bestimmung der Rechte
„der Gemeinden, der Zwischenbehörden und der geistlichen Körperschaften,
„denn eine päpstliche Autokratie halte ich für schädlich. Hiezu kommt,
„daß die kirchlichen Einrichtungen verschiedener Nationen, die auf
„einer verschiedenen Bildungsstufe stehn und physisch und moralisch
„von einander verschieden sind, der Individualität dieser Nationen
„müßten angemessen werden, und hiezu gehört ein freies gesetzliches
„Wirken in denen einzelnen Nationalkirchen, denen zur Erhaltung
„der Einheit in dem Wesentlichen der Lehre, Grenzen und Wächter,
„Moderatoren, gesetzt werden müßten." Spiegel schwieg auf diesen
Brief: wird die Gegenwart die Antwort auf die dort aufgeworfenen
Fragen geben? wird sie aus der Hand des großen Befreiers das
Wort des Räthsels annehmen, daß in seinen Landen der Staat
auch auf kirchlichem Gebiete keine Autokratie der Willkür dulden
darf, daß die Sicherung vor den heute drohenden Gefahren nur in
der Herstellung fester Rechtsordnungen in der Kirche selbst zu
finden ist?

Dieselbe große, praktische und nationale Gesinnung, der wir
hier bei Stein in kirchlichen Dingen begegnen, bekundete sich nicht
minder kräftig in seiner Auffassung des öffentlichen Unterrichts. Bei
dem Drange der deutschen Nation zu literarischer Bildung, bei der großen
Zahl der Akademien, Universitäten und Gymnasien, bei der weitrei=
chenden Wirksamkeit dieser Menge von Gelehrten und Schriftstellern
begriff er es nicht, wie so viele Regierungen es vernachlässigten,
einen so mächtigen Hebel für die Entzündung patriotischer Begeisterung
und Thatkraft zu ergreifen. Er forderte eine auf die innere Natur
des Menschen gegründete Methode, durch welche jede Geisteskraft
von innen heraus entwickelt und jedes edle Lebensprincip angeregt
und genährt, alle einseitige Bildung aber vermieden würde. Würden
dann die bisher oft mit seichter Gleichgültigkeit vernachlässigten Triebe,
auf denen die Kraft und Würde des Menschen beruht, Liebe zu
Gott, König und Vaterland, sorgfältig gepflegt, dann, meinte

er, können wir hoffen, ein physisch und moralisch kräftiges Geschlecht aufwachsen, und eine bessere Zukunft sich eröffnen zu sehn. Eine Methode also, welche jede Geisteskraft von innen heraus entwickelt, das ist das Grundwort jeder ächten Pädagogik, die Verwerfung jeder äußerlichen Dressur, die Entfaltung der Seelenkräfte im Aether der wissenschaftlichen Freiheit. Wer diesen Gedanken verfolgt, wird keinen Widerspruch darin finden, daß Stein, der durch und durch kirchliche Mann, zwar die Erziehung überall durch religiöse Wärme getragen, den Unterricht aber völlig aus kirchlicher Bevormundung herausgehoben wünschte. Er begehrt in der Denkschrift vom Juni 1807 die Trennung des Cultus- und des Unterrichtsministeriums; der Cultusminister habe nur bei dem Religionsunterricht mitzuwirken. Die Schule ist ihm nach altpreußischem Grundsatz schlechthin Sache des Staates, weil sie die wichtigste nationale Sache ist. Auch hier hat die Gegenwart zum Heile des Vaterlandes an die Bestrebungen der großen Befreiungsjahre wieder angeknüpft.

Inmitten all dieser Erwägungen, Verfügungen, Umgestaltungen, inmitten eines Arbeitens, welches in wunderwürdiger Weise die Gemüther aufrichtete, die Kräfte sammelte, die Zukunft vorbereitete, wurde Stein im Herbste 1808 durch das Aechtungsdecret Napoleon's getroffen, welches „den Namens Stein als Anstifter von Unruhn in Norddeutschland" für einen Feind Frankreichs erklärte, seine Verhaftung befahl und das Sequester über seine Güter verhängte. Preußen war damals nicht im Stande, den Minister vor einer so unerhörten Gewaltthat zu schützen; er mußte flüchtend sich nach Böhmen retten, und blieb dort in sicherer Zurückgezogenheit, bis im Jahre 1812 Kaiser Alexander von Rußland ihn in seine persönliche Nähe nach Petersburg berief. Stein empfing damals kein Amt; er hatte nichts als die Wucht seiner Persönlichkeit, um durch den Kaiser auf die Welt zu wirken. Und so mächtig zeigte sich auch hier diese feste Mannesnatur, daß er binnen wenigen Monaten eine Stellung gewann, wie sie vor und nach ihm niemals in aller Geschichte ein Privatmann besessen hat. Er erlebte es jetzt, wonach sein Herz gedürstet, den Krieg der Befreiung: und das Wort, welches vor allen Andern Er diesem Kriege zur Losung gab, es hat fortgetönt durch die Geschlechter der Menschen, bis es endlich nach zwei Menschenaltern zur glorreichen Erfüllung gelangt

ist: die Einheit Deutschlands. Es war für ihn nichts Neues; er, der unabhängige Reichsfreiherr, war deshalb einst nach Preußen gegangen, nicht aus einer blinden Anhänglichkeit an diesen Staat, wie er das selbst erklärte, sondern aus der deutlichen Ueberzeugung, daß die Zerstückelung Deutschland schwächte, um Nationalehre und Nationalgefühl brachte, es unfähig machte zu einer staatswirthschaftlichen Verwaltung, und jeden einzelnen Bürger herabwürdigte, indem sie ihm einen Hauptträger der Sittlichkeit, die Vaterlandsliebe, entzog: den einzigen Weg zur Rettung aus diesem Elend sah er dann in der Erhebung der preußischen Macht, die einmal fest geschlossen bestand, politische Ordnung und geistige Bildung vor sich hertrug, und schon damals mit glänzendem Ruhme geschmückt war. So hatte er, um Deutschlands willen, in guten und schlimmen Tagen sein Leben an Preußen geknüpft, so war, als der deutsche Krieg von 1813 begann, sein erster und letzter Gedanke die Stärkung und Erweiterung Preußens, um Deutschlands willen. Es war ihm vergönnt, die Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und den Sturz der napoleonischen Fremdherrschaft zu schauen, und die gegen ihn ergangene Acht auf das Haupt des französischen Imperators zermalmend zurückzuschleudern. Was aber sein leibliches Auge nicht erblicken sollte, war die positive Neugestaltung des deutschen Vaterlandes nach seinem Sinne, unter Preußens Führung: hier hat er, wie in der innern Verfassungspolitik, den kommenden Zeiten die Wege gewiesen und seinen Namen mit unvertilgbaren Zügen in den Markstein zweier Weltalter eingeschrieben. Und heute, nachdem in einmüthigem Zusammenwirken Deutschlands Herrscher und Deutschlands Volk die damals gestellte Aufgabe herrlich gelöst haben, heute geziemt es der deutschen Nation, Stein's Denkmal zu enthüllen, in dem reinen Bewußtsein, daß sie der Väter werth geblieben.

So möge denn das Angedenken seines Wirkens bei dem deutschen Volke lebendig sein, als Spiegel der Manneséhre, als Bronn der Vaterlandsliebe, als Sporn zur Arbeit, als Schild gegen Selbstsucht und Sinnengenuß. Unser Reich steht heute, Dank der Leitung unseres Kaisers, Dank der Kraft seiner Berather, Dank den Thaten unseres Heeres, auf der Höhe des Glückes, des Ruhmes, der Macht: kein größerer Gegensatz scheint denkbar, als der zwischen

diesem Glanze und dem fast hoffnungslosen Elend von 1807. Aber gerade weil wir glücklich sind, ergeht an uns die gebieterische Mahnung, in doppeltem Maße den Pflichten zu dienen, deren Erfüllung damals das Land aus unsäglichem Jammer empor gehoben hat. Denn es ist ein altes Wort: die Vergeltung lauert auf den Glücklichen. Uns umgibt der Neid und Haß der Besiegten; in unserer Mitte rühren sich vaterlandlose, staatsfeindliche, nur zu weit herangewachsene Kräfte; an unser eigenes Innere tritt von hundert Punkten die Versuchung heran, auf Lorbeeren und Milliarden gebettet, endlich einmal das glückliche Dasein schwelgend zu genießen. Steigen ist schwer: sich auf der Höhe behaupten, ist schwerer. Mehr als jemals bedürfen wir heute, weil wir glücklich sind, der Thatkraft, der Entsagung und der Arbeitsfreudigkeit dieses Mannes. Halten wir denn fest an dem edlen Zorne, mit dem er Trägheit und Selbstsucht zurückstieß, an dem feurigen Schwunge der Seele, mit dem er sich und seinem Volke die feste Richtung auf die höchsten sittlichen Güter gab. Er liebte in voller Selbstverläugnung das Vaterland, als es unglücklich und zerschlagen war; uns hat Gott begnadet, die herrliche Erfüllung zu sehn; sollten wir zurückbleiben in Liebe und Opfermuth? Uns sind Regierer und Führer gegeben, in welchen der Geist von 1813 fortlebt und die unermeßliche Erndte von 1870 gezeitigt hat. Stände anstatt des Marmorbildes der herrliche Mann jetzt selbst dort oben, längst hätte er meine schwachen Worte unterbrochen: „wollt ihr thun nach meinem Sinne, so gebet dem Ganzen, gebet dem Haupt die Ehre — ein Hoch dem deutschen Vaterland, ein Hoch dem deutschen Kaiser!“

Druckfehler.

S. 24,	Z. 4	von oben statt:	Vorgängen,	lies:	Vorgängern.
„ 39,	„ 5	„ „ „	eigentliche,	„	eigentlich.
„ 49,	„ 9	„ „ „	Nationen,	„	Nation.
„ 104,	„ 16	„ „ „	Entscheidungen,	„	Erscheinungen.
„ 113,	„ 9	„ „ „	verprassen,	„	verpassen.
„ 121,	„ 7	„ „ „	Staat,	„	Staat oder.
„ 165,	„ 24	„ „ „	Ermahnungen,	„	Aufrufen.
„ 298,	„ 21	„ „ „	Thor,	„	Theil.
„ 305,	„ 14	„ „ „	Gewicht es,	„	Gewicht des.
„ 312,	„ 34	„ „ „	Berichte,	„	Beichte.
„ 326,	„ 14	„ „ „	Klassen,	„	Massen.
„ 329,	„ 3	„ „ „	möglichen,	„	künftigen.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.





